Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung

: Ein Kapitel zur Geschichte :
der deutschen Sozialdemokratie

Herausgegeben von
Eduard Bernstein

Erster Teil:
Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes

Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit



Berlin 1907
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstraße 69
(Hans Weber, Berlin)

Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung
Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Erster Teil:
vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes
Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit

Herausgegeben von Eduard Bernstein

Berlin 1907
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstraße. 69
(Hans Weber, Berlin)

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort.

Unter denjenigen Ortschaften Deutschlands, deren Arbeiterbewegung neben ihrer Bedeutung für die Gegenwart auch geschichtlich ein besonderes Interesse beanspruchen darf, steht sicherlich Berlin mit an erster Stelle. Die Hauptstadt des Deutschen Reiches hat in absoluten Zahlen von allen Städten der Welt heute das stärkste Kontingent politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter aufzuweisen, und auch das Verhältnis der organisierten zu den unorganisierten Arbeitern ist hier ein für eine Weltstadt außergewöhnlich günstiges. Im Gegensatz zu London, Paris und anderen Metropolen kann Berlin es in bezug auf den Prozentsatz seiner organisierten Arbeiter mit dem Durchschnitt der eigentlichen Industriestädte sehr wohl aufnehmen.

Es war das jedoch nicht immer so. Wie Berlin als Haupt- und Großstadt sich nur langsam den Platz erobert hat, den es heute in der Reihe der Weltmetropolen einnimmt, wie es an weltstädtischem Wesen lange Zeit selbst von Städten mit kleinerer Einwohnerzahl übertroffen wurde, bis es dann eines Tages in die Epoche eines Aufschwungs eintrat, der nur in dem Aufschnellen der Riesenstädte der Vereinigten Staaten seinesgleichen findet, so auch mit seiner Arbeiterbewegung.

Es gab Jahre, wo sie weit hinter der anderer deutscher Städte und ausländischer Großstädte zurückstand. Hier kam ihr nicht das leicht zu entflammende Temperament einer schnell erregbaren Bevölkerung, wie die von Paris oder Wien, oder die Gunst bevorzugter Wirtschaftsbedingungen entgegen, wie die großen, an den Flußmündungen gelegenen Handelsemporien sie darboten. Was hier geleistet wurde, mußte zunächst einem undankbaren Boden in schwerer, manchmal schier trostlos erscheinender Arbeit abgerungen werden. Es hat daher auch eine gute Weile gedauert, bis die großen, jenen Temperamentsmangel ausgleichenden Vorzüge des Berliner Arbeiters für die sozialistische Arbeiterbewegung nutzbar gemacht werden konnten.

Diese Entwickelung von der Mitte des 19. Jahrhunderts ab zu verfolgen, ist der Zweck der vorliegenden Arbeit. Sie ist im Auftrage der sozialdemokratischen Vertrauensmänner Berlins unternommen worden, die dem Unterzeichneten, nach erfolgter Verständigung über Umfang und Natur der Arbeit, das Mandat zu ihrer Ausführung übertrugen. Auch haben sie sich nach besten Kräften bemüht, dem Verfasser mit Material aus ihren Erinnerungen und Sammlungen an die Hand zu gehen. Insofern ist dieses Werk auch bis zu einem gewissen Grade Kollektivarbeit.

Und in beständiger Erinnerung an diesen bedeutungsvollen Umstand ist es geschrieben worden. Ohne der geschichtlichen Wahrheit irgendwie Gewalt anzutun, ohne zu vergessen, daß die Arbeiterklasse keine höfische Geschichtsschreibung brauchen kann, sondern daß sie Anspruch darauf hat, die Dinge so vorgeführt zu sehen, wie sie sich in Wirklichkeit verhielten, habe ich mich doch bei Abfassung des Buches in erster Linie selbst als Vertrauensmann derer gefühlt, die es veranlaßt haben. Ich habe darum auch allen literarisch-

subjektivistischen Ausputz beiseite gelassen und das Wesentliche meiner Aufgabe darin erblickt, möglichst viel Tatsachen aus der Bewegung ans Licht zu ziehen und diese Tatsachen durch Kennzeichnung ihres Zusammenhangs mit der jeweiligen geschichtlichen Umwelt möglichst für sich selbst sprechen zu lassen. Das soll nicht sagen, daß es sich etwa nur um Vorführung unpersönlicher Vorgänge, bloß um Massen-Äußerungen in diesem Buch handelt. Nein, auch das persönliche Eingreifen, das geistige und organisatorische Wirken von Personen gehört zu den Tatsachen der Geschichte: der Umstand, daß man die Rolle der Persönlichkeiten in den Bewegungen der Völker früher oft überschätzt hat, darf kein Grund werden, sie nun etwa auf Null zu setzen. Alle Geschichte wird durch Menschen gemacht, wobei Anlagen und Umstände dem Einen eine größere, dem Anderen eine geringere Rolle zuweisen, und jeder trägt sein Stück Verantwortung. So bildet auch die Vorführung von Personen, die sich um die Entwickelung der Berliner Arbeiterbewegung in der einen oder anderen Weise verdient gemacht haben, einen Teil des Programms dieser Arbeit.

Daß unsere Geschichte mit der Märzrevolution Preußens beginnt, wird nur billig erscheinen. So wenig die Chronik vor dem Jahre 1848 von einer Arbeiterbewegung in Berlin zu verzeichnen weiß, so bemerkenswert sind die ersten Regungen der Berliner Arbeiterschaft im Revolutionsjahr. Sie sind lange unterschätzt worden und haben eine angemessene geschichtliche Darstellung bisher überhaupt noch nicht gefunden. Ich habe daher diesem Abschnitt besondere Aufmerksamkeit geschenkt und hätte ihn gern noch weiter ausgestaltet, wenn die Oekonomie des Buches hier nicht bestimmte Grenzen vorgezeichnet hätte. Das ganze Werk zerfällt in drei Teile, von denen der erste die dreißig Jahre von 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes (1878), der zweite die zwölf Jahre Sozialistengesetz und der dritte die Entwickelung vom Jahre 1890 bis zur Schaffung des Zentralverbandes der Sozialdemokratischen Vereine Berlins (1905) behandelt.

Wenn die persönliche Note in diesem Buch im allgemeinen zurückgedrängt wurde, so habe ich doch in Einzelfällen das eigene Urteil nicht verschweigen zu sollen geglaubt. Es gibt Vorkommnisse in der Bewegung, die man nicht einfach chronistisch verzeichnen kann, ohne sie ihres wahren Charakters zu entkleiden, und in die Würdigung der Leistungen führender Persönlichkeiten gehört auch mit Notwendigkeit die Kritik ihrer Fehler und Mißgriffe hinein. Selbstverständlich ist der Kritiker so wenig unfehlbar, wie der Kritisierte und kann für sein Urteil nur mit diesem Vorbehalt Anerkennung verlangen. Daß es in jedem Falle nur erst nach strenger Abwägung aller Umstände abgegeben wurde, dafür wird, hoffe ich, der Name des Verfassers dem Leser Bürge sein. Sowohl die Umstände, unter denen das Mandat zur Abfassung dieses Buches an mich gelangte, wie die Tatsache, daß es mir vergönnt war, in der Bewegung, die es behandelt, selbst tätig zu sein, haben dazu beigetragen, daß neben dem Bewußtsein der historischen Verantwortung auch ein Gefühl der Erhebung mich bei seiner Abfassung nie verlassen hat. Wie sollte es übrigens anders sein, wo es

sich um die Geschichte einer Bewegung handelt, die begeisterte Kämpfer nach Ueberwindung einer Epoche der ersten Schwierigkeiten in beständigem Ausstieg von Sieg zu Sieg geführt haben!

Berlin, den 12. Dezember 1906.

Eduard Bernstein

Inhalts-Verzeichnis.

Erster Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes

Erstes Kapitel. Berlins Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution.

Vor 1848. — Der Berliner Handwerkerverein. — Die radikale Intelligenz und ihre Presse in Berlin. — Die ersten Versuche kommunistischer Propaganda unter den Berliner Arbeitern: Die Mentel-Hätzelsche Verschwörung und ihr Ausgang. — Der „Kartoffelaufstand“ von 1847.

> Tage des Februar, Tagen des Märzen,
> Waren es nicht Proletarierherzen,
> Die voll Hoffnung zuerst erwacht?
>
> Herwegh.

Von allen großen Hauptstädten des nichtrussischen Europa war Berlin diejenige, auf die des Dichters Wort von den im März 1848 zuerst erwachten Proletarierherzen vielleicht am wenigsten zutrifft. Vor 1848 war von einer Arbeiterbewegung in Berlin recht wenig zu merken gewesen, obwohl es in der damals rund 400.000 Einwohner zählenden Hauptstadt Preußens der Arbeiter nicht wenige gab.

Aber diese Arbeiter standen in ihrer großen Masse geistig noch sehr tief, nur eine kleine Minderheit erst interessierte sich für öffentliche Angelegenheiten und die zur Hebung ihrer Klasse erforderlichen Maßregeln.

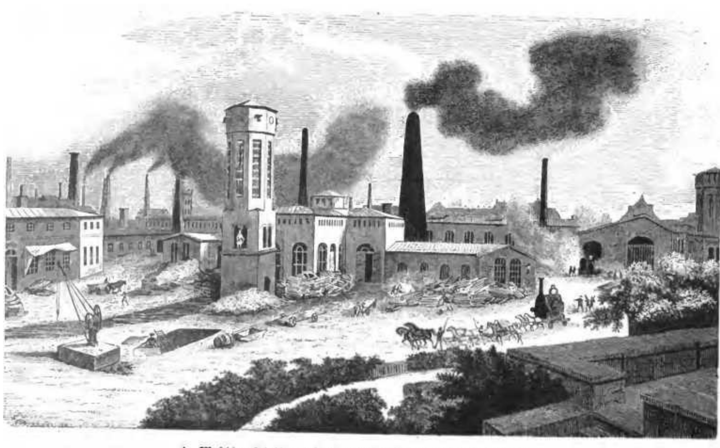
Wir finden diese Minderheit von 1844 ab zumeist in dem Berliner Handwerkerverein, der in jenem Jahre von bürgerlichen Arbeiterfreunden ins Leben gerufen wurde, als deren Haupt der damalige Stadtsyndikus und spätere zweite Bürgermeister Berlins Hedemann bezeichnet wird. Ihm und seinen Gesinnungsgenossen war der Handwerker noch der eigentliche Vertreter des gewerblichen Produzenten und der Handwerksgeselle der typische Repräsentant der Arbeiterklasse, soweit die damalige Arbeiterschaft Berlins in Betracht kam, dem Zahlenverhältnis nach gewiß nicht mit Unrecht.

Allerdings gab es im vormärzlichen Berlin auch nicht wenige Fabrikarbeiter. So im Norden der Stadt, wo vor dem Oranienburger Tor — damals wirklich noch ein verschließbares Tor der die Stadt umgebenden Zollmauer — sich in der Chausseestraße die Maschinenfabriken von Borsig, Egells, Wöhlert usw. befanden, die mehrere tausend Arbeiter beschäftigten, so im Osten und Südosten, wo in den Straßen längs der Spreeufer viele der Textilindustrie zugehörige Fabrikunternehmungen angesiedelt waren, und ähnlich in noch einigen Stadtvierteln. Aber im großen und ganzen überwog noch das Handwerk und seine Gesellen.

Auch hatten die Fabriken, am heutigen Maßstab gemessen, nur erst mäßigen Umfang, und ihre Arbeiter nennen sich noch, soweit sie nicht einfache Handlanger sind oder gerade zum Unterschied von solchen, selbst mit Vorliebe Handwerker, genau wie sich der gelernte englische Fabrikarbeiter zu jener Zeit entweder artisan oder mechanic nannte, beides Bezeichnungen für Handwerker. Den englischen, schon in den dreißiger Jahren ins Leben gerufenen Mechanics Institute war denn auch der Berliner Handwerkerverein nachgebildet, eine Handwerker- und Arbeiterbildungsschule.

Im Handwerkerverein, dessen Lokal in der Johannisstraße lag, also namentlich von den im Norden wohnenden Maschinenbauern sehr leicht erreicht werden konnte, fanden sich radikale Gelehrte, Künstler, Schriftsteller mit bildungsfreudigen Handwerkern und Arbeitern zusammen. Kein Wunder, daß die revolutionären Zeitströmungen, wenn nicht offiziell, so doch inoffiziell, im Kreise der Mitglieder selbst lebhaft erörtert wurden.

“Der Handwerkerverein“, schreibt Stephan Born in seinen „Erinnerungen“, „war eine Bildungsstätte für Heranwachsende Revolutionäre, nicht bloß des Arbeiterstandes, sondern aller Berliner Gesellschaftskreise.“



1. Maschinenfabrik von Borsig vor dem Oranienburger Tor. 1847

Den größten Einfluß hatte in diesem Verein der Buchdruckereibesitzer Behrends, ein ehemaliger Theologe, der wegen einer radikalen Abhandlung über die Bergpredigt gemaßregelt worden war.

Born, der eine so große Rolle in der Berliner Arbeiterbewegung von 1848 spielen sollte, stammte aus einer bürgerlichen Familie, war aber infolge mangelnder Mittel der Eltern genötigt, sich selbst seinen Weg zu machen. Er hatte die Schriftsetzerei erlernt und nebenbei, unter Anleitung eines älteren Bruders, der studierte, allerhand Vorlesungen an der Universität gehört und sich eine gewisse Belesenheit angeeignet. Durch Behrends wurde er u. a. in das „Rütli“ eingeführt, eine Vereinigung von jungen Poeten, Journalisten und Künstlern, die sich in einem Lokal bei der Spittelbrücke (wo jetzt die Beuthstraße liegt), zusammenfanden, und die Leute des „Rütli“ wiederum waren des öfteren Gäste der „Freien“ — der Edgar Bauer, L. Buhl, Max Stirner und Genossen — deren Stammlokal, die Lippelsche Weinstube, sich im nördlichen Teil der Friedrichstraße befand, schrägüber dem jetzigen Bahnhof Friedrichstraße.

An radikalen Schriftstellern fehlte es dem vormärzlichen Berlin nicht, wohl aber an einer radikalen Presse. Die Zensurbehörde waltete lange Zeit hier so streng ihres Amtes, daß ein 1844 unternommener Versuch des „Freien“ Ludwig Buhl, in Berlin eine Monatsschrift radikaler Tendenz herauszugeben, nicht ausgeführt werden konnte. Das erste Heft dieser „Berliner Monatsschrift“ erschien in Mannheim und blieb das einzige. Die von Bruno Bauer in Charlottenburg herausgegebene „Allgemeine Literaturzeitung“, die einen politisch unfruchtbaren,



2. Johann August Borsig, der Begründer der Borsigschen Maschinenfabrik

philosophischen Radikalismus verfocht, brachte es knapp zu einem Jahr Existenz.

Etwas mehr Erfolg hatte die im Herbst 1845 von dem Schriftsteller Friedrich Wilhelm Held, der in Leipzig die „Lokomotive“ veröffentlichte, in Berlin bei F. Reichardt & Co. herausgegebene Monatsschrift „Der Volksvertreter“. Es war ein 48 Seiten in Quartformat füllendes, nicht ungeschickt geschriebenes Blatt, in dem sich jedoch bis Ende 1846 von Arbeiterbewegung nichts vorfindet. Die Hefte für Oktober und November 1846 enthalten, was immerhin erwähnenswert ist, eine Arbeit von Friedrich Engels, allerdings nur eine Uebersetzung. Ihr Titel lautet: „Der Bankerott, Fragment aus einem Fragment über den Handel, mitgeteilt von Friedr. Engels“. Jede Einleitung dazu und selbst jeder Hinweis auf den Verfasser des Fragments — Fourier — fehlt jedoch.

Mit Ende 1846, am Vorabend des Zusammentritts des Vereinigten Landtags, konnte endlich der Schriftsteller G. Julius ein Tageblatt, „Die Zeitungshalle“, herausgeben, in dem ein etwas freierer Lufthauch wehte, als in der „Vossischen Zeitung“ oder der „Spenerschen Zeitung“, die bis dahin das Monopol für die geistige Versorgung Berlins gehabt hatten.

Aber auch Julius mußte sich sehr vorsichtig halten, hatte er doch die zur Zeitungsgründung erforderte Konzession nur daraufhin erhalten, daß er in der Frage der Benutzung der Preußischen Seehandlung für Finanzzwecke die Partei des Staats gegen die liberale Bourgeoisie ergriffen hatte. Und da er auch sonst wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung, die von den Liberalen bekämpft wurden, verteidigte und seine politische Kritik in Angriffe auf die konstitutionellen Illusionen des Bürgertums einkleidete, blieb es ihm nicht erspart, daß sein Blatt in Korrespondenzen der Provinzpresse als verstecktes Regierungsorgan hingestellt wurde.

Der Vorwurf war unberechtigt, die vormärzliche preußische Bureaukratie war in Wirtschaftsfragen wirklich manchmal liberaler als der Bourgeoisliberalismus, so daß man schon als Demokrat gelegentlich für sie gegen jenen eintreten konnte. Julius hatte vielmehr allerhand Kämpfe mit der Zensur zu bestehen, und wiederholt drohte ihm Konzessionsentziehung. Gerade die Geschichte der „Zeitungshalle“ illustriert die jammervolle Lage der Presse im vormärzlichen Berlin.

Daher flüchtete sich denn hier der Radikalismus und Sozialismus mit Vorliebe in die Belletristik. Roman, Novelle, Erzählung, Skizze, Gedicht und Drama boten dem radikalen Schriftsteller die sonst fehlende Gelegenheit, an den sozialen und politischen Zuständen schärfere Kritik zu üben, und neben weinerlich sentimentalem Zeug ermangelte diese Literatur auch nicht sehr kräftiger, scharfe Satire atmender oder eindringlich zum Kampf anfeuernder Erzeugnisse; wobei noch hinzukommt, daß, je mehr die allgemeine Lage den Oppositionsgeist erstarken ließ, die Phantasie des Lesers in die Worte des Dichters Gedanken hineinlegte, die dieser entweder nicht auszusprechen oder manchmal nicht einmal zu denken gewagt hatte.

Jede politische Anspielung wurde verstanden, jeder angedeutete Gedanke weiter gedacht. Weil man weniger las, las man intensiver; das Gelesene haftete tiefer und wurde eifriger diskutiert. Verbotene Manifeste wanderten in Einzelexemplaren von Hand zu Hand, und mancher ließ es sich die Mühe kosten, sie abzuschreiben, um sie sich und anderen wieder vorlesen zu können. Aus persönlichen Mitteilungen weiß ich, daß Herweghs bekannter Brief an Friedrich Wilhelm IV. längere Zeit fast nur in solchen Abschriften zu haben war.

Auf solche Weise und durch Kameraden, die aus etwas freieren Distrikten Deutschlands kamen oder gar im Ausland gewesen waren, erfuhren auch Berliner Arbeiter von den weitergehenden Bestrebungen für die Emanzipation ihrer Klasse. Der Sozialismus, wie ihn Weitling und andere lehrten, fand auch in Berlin Anhänger und Apostel, kommunistische Verbindungen auch hier ihre Gemeinden.

Infolgedessen hatte denn auch Berlin schon vor 1848 seinen Kommunistenprozeß. Es war dies der bemerkenswerte Prozeß Mentel-Hätzel. Der Hauptangeklagte in diesem Prozeß, der Schneidergeselle Christian Friedrich Mentel — verschiedentlich auch Mäntel geschrieben — in Berlin am 18. März 1812 geboren, hatte 1840 den Wanderstab ergriffen und längere Zeit in Paris gelebt, wo er die Bekanntschaft Wilh. Weitlings machte und Mitglied des Bundes der Gerechten wurde. Im September 1845 kehrte er, nachdem er auch in London gewesen war, nach Berlin zurück und machte sich nun mit Eifer daran, Anhänger für den Bund zu werben; auch stand er mit Mitgliedern des Bundes in der Provinz in Verbindung.

Wie Stephan Born erzählt, der, durch Mentel angeregt, 1846 nach Paris ging, um dort die sozialistische Bewegung kennen zu lernen, betrachtete man in Berlin im Handwerkerverein Mentel mit Mißtrauen, man witterte in ihm einen Agenten der Polizei, die dem Verein nichts weniger als wohl wollte, sondern mit Vergnügen die erste Gelegenheit benutzt hätte, ihm den Prozeß zu machen.

Der Verdacht war unbegründet, doch insofern nicht ohne einen Schimmer von Berechtigung, als die Polizei, wie Stieber-Wermuth in ihrer Geschichte der Kommunistenverschwörungen hervorheben, bald hinter Mentel hinterher war und ihn beobachten ließ. Mentel war es verhältnismäßig schnell gelungen, einen Kreis von Anhängern für den Bund zu gewinnen, der eifrigste davon der Schuhmachergeselle Karl Joseph Hätzel, dem wir auch später noch begegnen werden.


3. Die Berliner Hausvogtei im Jahre 1847
Gefängnis

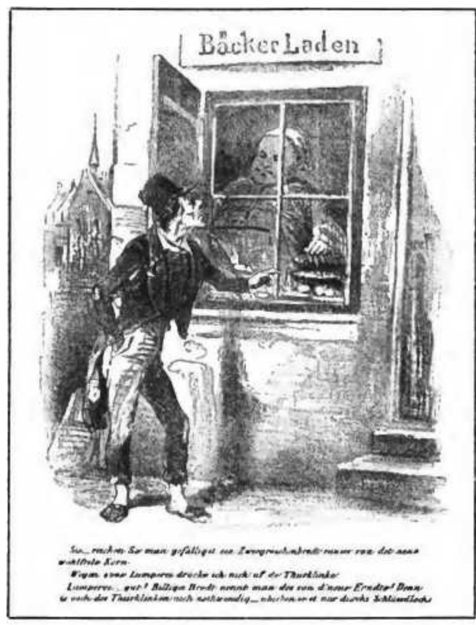
Man kam zunächst alle 14 Tage zu Diskussionen in den Privatwohnungen der Mitglieder zusammen, bis Juni 1846 aber hatte sich die Zahl der Mitglieder so vermehrt, daß man eine Teilung der Zusammenkünfte vornehmen mußte. Es wurden vier Gemeinden mit je zwei Vorstehern ins Leben gerufen, die zusammen einen „Gau“ bilden

sollten. Die Gemeinden, von denen jede nach damaliger Sitte einen Namen erhielt, hießen „Frühling“, „Morgenrot“, „Morgenstern“, „Vorwärts“.

Jetzt traf man sich in bestimmten Wirtschaften, und zwar bezeichnen Wermuth-Stieber als Zusammenkunftsorte der „Verschwörung“ die Lokale: Müller, Linienstraße, Herter, Leipzigerstraße, Becker, Alte Jakobstraße.

Als die Polizei genug Beweise in den Händen zu haben glaubte, erfolgte am 9. Dezember 1846 in den zwei zuletzt genannten Lokalen die Verhaftung der dort versammelten Mitglieder. Die meisten wurden nach kurzem Verhör als bloß Verführte freigelassen, außer Mentel und Hätzel behielt man noch den Schneidergesellen Rudolf Müller und den Tischlergesellen Karl Bühring in Haft. Letzterer, dem wir ebenfalls später noch begegnen, wird im Wermuth-Stieberschen Polizeiregister als sehr fleißig, sehr sparsam und von mächtigem Wissensdrang erfüllt geschildert. Die beiden waren wohl namentlich dadurch besonders verdächtig, daß sie mehrere Jahre im Ausland gelebt hatten.

Ferner wurden der Buchdruckereibesitzer Julius Behrends, der Handlungsgehülfe Robert Ottensoser und der Oekonom Eugen Fraling in die Untersuchung hineingezogen, doch konnte gegen sie nichts festgestellt werden, als daß sie mit der Verbindung in „eigentümlicher“, der Polizei „sehr verdächtig vorkommender Beziehung“ gestanden haben sollten. Nicht viel glücklicher als in bezug auf sie war aber die Polizei auch in bezug auf die vier Hauptangeklagten. Von einer eigentlichen Verschwörung zu Umsturzzwecken war nicht die Spur zu entdecken.



4. Spottbild auf das teure Brot

Mentel gab als Zweck der von ihm gestifteten Verbindung an, „allmählich eine Revolution herbeizuführen, durch Belehrung der Arbeiter über ihr Recht auf freie Presse und allgemeines Assoziationsrecht“. Einen Umsturz der bestehenden Verfassung in Preußen auf gewaltsamem Wege zu bewirken, sei ihm nie in den Sinn gekommen, wohl aber habe er sich gedacht, daß durch die allmählich beförderte Aufklärung der Arbeiter eine Aenderung in der Staatsverfassung Preußens entstehen müsse. Das letzte Ziel des Bundes sollte allerdings der Kommunismus, die allgemeine Gleichheit aller Menschen bei entsprechendem Staatszustande sein.

Das stimmt im wesentlichen mit den Angaben Borns überein, der aus den ihm gemachten Mitteilungen Mentels, wie er schreibt, soviel entnahm, daß der Bund die Utopistischen Gleichheitsvorstellungen fallen gelassen und statt dessen die Lehre von einer zu bildenden Arbeiterpartei akzeptiert habe, die auf dem Boden der zunächst zu

erlangenden politischen Freiheit die Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung zu erkämpfen haben werde.

Damit jedoch konnte die Anklage bei vormärzlichen Richtern nicht viel machen, und so erfolgte am 14. Juni 1847 ein Gerichtserkenntnis, das Hätzel und Müller völlig freisprach, Bühring und Mentel zwar wegen unerlaubter Verbindung für straffällig, die Strafe aber durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärte. Natürlich ging die stille Propaganda unbekümmert um den Prozeß ruhig ihren Weg weiter.

Noch vor Beendigung der Untersuchung, nämlich im April 1847, hatte Berlin ein Stück wirklicher Hungerrevolte. Sie war durch die hohen Lebensmittelpreise hervorgerufen, welche infolge der Mißernte des Vorjahres eingesetzt hatten und nach Ansicht der Volksmasse von Landwirten und Händlern noch über Gebühr emporgetrieben waren. Volkshaufen, darunter viele Frauen, übten eine Art Lynchjustiz, indem sie auf den Wochenmärkten und in Läden die Vorräte gewaltsam an sich rissen und zerstreuten. Natürlich konnte die Polizei der Revolte leicht Herr werden. In der Erinnerung des Berliner Volkes aber lebte sie als „Kartoffel-Aufstand“ noch längere Zeit fort, denn die Säbel und Knüppel der Polizei hatten die Mißstimmung über die drückende Not und die Fortdauer der durch Verbrauchssteuern aller Art betriebenen Auspressung des Volkes nicht ausrotten können.

Zweites Kapitel. Berlins Arbeiter in den Märztagen.

Eine Arbeiterdeputation an Friedrich Wilhelm IV. — Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1848 und die Stadt Berlin. — Notstandsarbeiten mit 9 Silbergroschen Tagelohn. — Berlins Arbeiter auf den Barrikaden. — Klassenkampf oder Klassenverbrüderung? — Der Magistrat an die Arbeiter. — Die Arbeiter und die Wahlrechtsfrage. — Die Klubs und die Arbeiter. — Lohnbewegungen. — Eine Bürgerpetition gegen Streitterrorismus. — Die Volksversammlungen an der einsamen Pappel. — Die vorgeschrittenen Arbeiter wider die Straßendemagogen.

> Denn wir schreiben jetzt Achtundvierzig, ihr Herrn.
>
> Freiligrath.

Zehn Monate darauf brauste von Frankreich her der Sturmwind der Revolution über Europa. Berlin war die letzte Hauptstadt, die er erfaßte, und Berlins Arbeiter wiederum griffen erst ein, als das radikale Bürgertum und die akademische Fugend in Versammlungen das Signal gegeben hatten. Auf nicht völlig aufgeklärte Weise kam in der zweiten Märzwoche 1848, als Gegenstück der schon im Gange befindlichen Adressen der Stadtverordneten und der Studenten an den König, eine Adresse von Arbeitern an den König zustande, die ein Arbeitsministerium verlangte. Sie wurde in lithographierten Abzügen verbreitet, fand viele Unterschriften und ist in der „Vossischen Zeitung“ vom 15. März 1848 abgedruckt.

Das genannte Blatt, das sich in jenen Tagen ganz besonders der Abwiegelung befliß und noch am 7. März in einem Leitartikel die Arbeiter pathetisch beschworen hatte, unter allen Umständen zu leiden ohne zu klagen, nämlich die große Arbeitslosigkeit, die in Berlin herrschte, als „von Gott geschickt“ geduldig zu ertragen — Gott ließ der Redaktion dafür am nächsten Tag die Fenster einwerfen — suchte den Ursprung der Petition zu verdächtigen und schrieb, die stilistischen Fehler der Petition wären wohl „absichtlich in sie hineinkorrigiert“.

Es ist aber keine Tatsache bekannt, die diesem Verdacht eine Unterlage verliehe, und darum hat das merkwürdige Dokument, das eine im Prinzip noch heute von der Arbeiterklasse verfochtene Förderung erhebt, Anspruch darauf, in einer Geschichte der Arbeiterbewegung Berlins aufbewahrt zu werden. Es lautet:

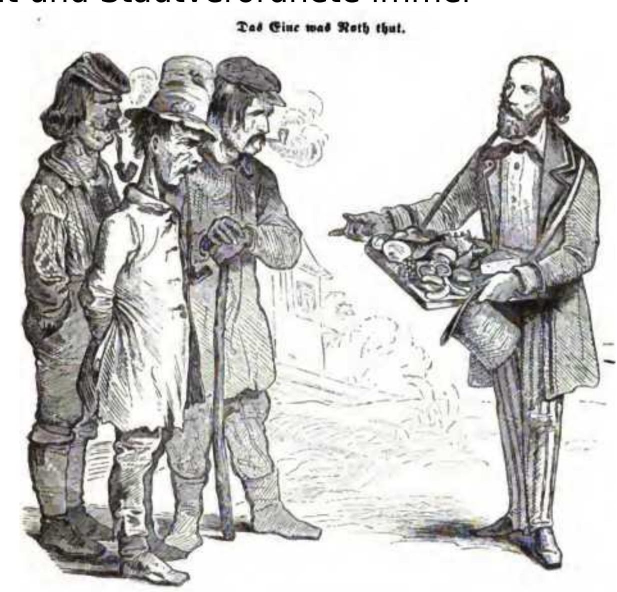
> „Allerdurchlauchtigster König! In dieser schon seit Jahren für uns so schwer bedrängten und drückenden Zeit wagen die Arbeiter jedes Standes eine Bitte an Ew. Majestät zu richten. Diese Bitte ist um schleunige Abhilfe der jetzigen großen Noth und Arbeitslosigkeit aller Arbeiter und Sicherstellung ihrer Zukunft. Der Staat blüht und gedeiht nur da, wo das Volk durch Arbeit seine Lebensbedürfnisse befriedigen und als fühlender Mensch seine Ansprüche geltend machen kann. Wir werden nämlich von Capitalisten und Wucherern unterdrückt; die jetzigen bestehenden Gesetze sind nicht im Stande, uns vor ihnen zu schützen. Wir wagen daher, Ew. Majestät unterthänigst vorzustellen, ein Ministerium bestellen zu wollen, ein Ministerium für Arbeiter, das aber nur von Arbeitgebenden und Arbeitern zusammengesetzt werden darf und dessen Mitglieder nur aus beider Mitte selbst gewählt werden dürfen.

> Ein solches Ministerium ist nur im Stande, den wahren Grund der drückenden Lage des Volkes kennen zu lernen, das Loos der Arbeiter zu verbessern, den Staat vor drohenden Gefahren zu schützen, Eigenthum und Leben Aller bevorstehenden Verwüstungen nicht preiszugeben. In tiefster Untertänigkeit verharrend“
> (Folgen die Unterschriften.)

Die Sprache dieses Schriftstücks mag manchem heute nicht gerade als der Ausdruck von Arbeiterempfindungen erscheinen. Es ist aber nicht zu vergessen, daß hier Arbeiter, die in ihrer großen Mehrheit praktisch noch ganz ungeschult waren, zum erstenmal als einheitlicher Körper in einer politischen Bewegung auftraten und daß der König in jenem Momente noch im vollen Besitz der Gewalt und außerdem — was überhaupt bei Beurteilung der Berliner Märzrevolution nicht vergessen werden darf — beim Volk nicht unbeliebt war. Noch später, als schon Blut geflossen war — ja, noch nach dem 18. März, ließ man in Berlin den König möglichst aus dem Spiel. Der Volkszorn suchte alle möglichen Sündenböcke für die Taten und Unterlassungen der Regierung, und häufte namentlich auf den Prinzen von Preußen, den späteren Wilhelm I., seinen intensiven Groll, aber mit dem König suchte man sich solange als nur irgend möglich gut zu stellen. Genau, wie man 1789 in Paris nicht im entferntesten daran gedacht hatte, Ludwig XVI. persönlich etwas zuleide zu tun.

An den Volksversammlungen in den Zelten nahmen indeß die Arbeiter in immer größerem Umfange Anteil, desgleichen an den Demonstrationen in den zentral gelegenen Straßen der Hauptstadt. Bei diesen Demonstrationen, die zu unterdrücken die Polizei sich absolut unfähig erwies, kam es bekanntlich schon vor dem 18. März zu Zusammenstößen mit dem Militär, und wurden hier und da schon Barrikaden gebaut. Sie wurden leicht genommen, aber das brutale Gebahren des Militärs bei diesen Gelegenheiten war am allerwenigsten geeignet, das Steigen der Flut aufzuhalten. Mit jedem neuen Tage zeigte sich das Volk in immer größeren Massen in den Straßen, immer drohender wurde seine Haltung, zu immer größeren Zugeständnissen bequemten sich der König und seine Regierung. Gleichzeitig hatten sich Magistrat und Stadtverordnete immer dringender mit der Frage zu befassen, wie man der entsetzlichen Notlage der Arbeiter begegnen solle.

In Berlin herrschte im Frühjahr 1848, wie anderwärts, große Arbeitslosigkeit. Die Folgen der Mißernten der Jahre 1846 und 1847 machten sich um so stärker fühlbar, als Preußen damals noch ganz überwiegend agrarisch war, und die Lage der



5. Beispiel der üblichen Verspottung der Arbeiter. 1848

Landwirtschaft demgemäß für den Gang von Handel und Gewerbe entscheidend ins Gewicht fiel.

Die Stadtverordneten lasen die Zeichen der Zeit insoweit richtig, als sie einsahen, daß es nicht mehr anging, der Arbeitslosigkeit gegenüber müßig die Hände in den Schoß zu legen. Sie beschlossen die Einrichtung städtischer Arbeitsnachweise, die am 9. März 1848 eröffnet wurden. Aber, wie ein Mitglied des Kuratoriums dieser Nachweise, der Stadtverordnete Remin, am gleichen Tage der Stadtverordneten-Versammlung mitteilte, konnten sie von den 6 bis 7.000 Arbeitsuchenden, die sich gemeldet hatten, nur einem einzigen Arbeit nachweisen. Das gibt, an heutigen Nachweisziffern gemessen, ein übertriebenes Bild, da die Sitte des Nachfragens von Werkstatt zu Werkstatt noch vollständig vorherrschte und daher für keinen Meister ein Anlaß vorlag, den Nachweis zu benutzen. Aber daß die Arbeitslosigkeit sehr groß war, steht außer Zweifel. Es wurde denn auch in derselben Versammlung ein Antrag eingebracht und einstimmig als dringlich erklärt,

> „1. eine permanente Kommission einzusetzen, welche sich lediglich mit dem Wohle der arbeitenden Klassen zu beschäftigen habe und
> 2. alle wohlhabenden Bürger der Stadt durch die Veranstaltung einer Hauskollekte zu veranlassen, sich selbst zu besteuern, um Geldmittel zur Ausführung gemeinnütziger Arbeiten zu beschaffen.“

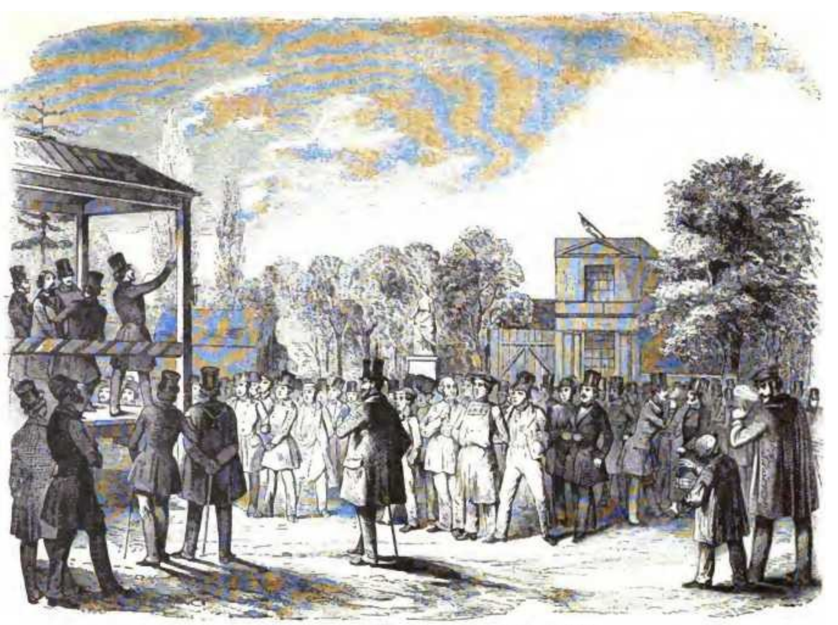
Acht Tage darauf legte die Kommission ihren ersten Bericht vor, und es wurde auf Grund seiner beschlossen, für Erdarbeiten am Wedding, wo 400 Menschen beschäftigt waren, noch 530 Karten auszugeben und den Lohn auf 9 — sage neun Silbergroschen pro Tag zu erhöhen (!), Abschaffung aller Zuchthausarbeit, die der gewerblichen Arbeit Konkurrenz, machte, sowie ein Verbot der Verwendung der Soldaten zu Handwerksarbeiten zu verlangen, und alle fremden Arbeiter abzuschieben, die nach dreitägigem Aufenthalt noch keine Beschäftigung gefunden hätten. Von der Hauskollekte empfahl die Kommission Abstand zu nehmen. Da sie wohl selbst einsah, daß mit alle dem Obigen noch herzlich wenig gebessert sein würde, teilte sie noch mit, daß sie unausgesetzt weiter beraten werde.

Von selbständigen Regungen der Arbeiter ist, abgesehen von der Petitionsbewegung, vor dem 18. März nicht mehr die Rede. Die Arbeiter beteiligen sich an den allgemeinen Volksdemonstrationen, treten aber nicht in eigenen Versammlungen auf. Ein Berliner Mitarbeiter der „Mannheimer Abendzeitung“, einer der radikalsten damaligen Zeitungen Deutschlands, weiß von sehr heftigen Reden zu berichten, die am 16. März von Arbeitern auf dem Schloßplatz gehalten worden seien. An Aeußerungen des Zorns wird es auch sicher nicht gefehlt haben. Da aber die Berliner Korrespondenzen jenes Blattes stets ein Gemisch von Wahrheit und Dichtung waren, kann man ihre Einzelangaben auf sich beruhen lassen. Welchen hervorragenden Anteil die Arbeiter Berlins dagegen an den Barrikadenkämpfen des 18. März genommen haben, erzählen die Gräber der Märzgefallenen im Friedrichshain. Ist auch die Berufs- und Klassenstatistik der Gefallenen kein absolut zutreffender Gradmesser

der Berufs- und Klassenstellung der Kämpfer, da die Zahl der Opfer an den verschiedenen Barrikaden von Umständen aller Art bedingt war, und müssen wir auch die Klassenstatistik aus jener Zeit der überwiegend handwerksmäßigen Produktion anders lesen, als wir dies heute tun, so bleibt die Tatsache darum doch bedeutungsvoll genug, daß von den 183 im Friedrichshain begrabenen Märzgefallenen, die rekognosziert werden konnten, mindestens 88 bis 90 Prozent als Angehörige der Klasse der Gesellen, Arbeitsleute und Fabrikarbeiter bezeichnet worden sind. Gewiß stellten auch andere Gesellschaftsklassen Barrikadenkämpfer, aber im ganzen wird Bruno Bauer wohl Recht gehabt haben, als er schrieb, daß die bürgerlichen Klassen den Barrikadenkampf mehr unterstützt oder begünstigt hätten — letzteres durch Oeffnen der Häuser und Wohnungen für die Kämpfenden, Hülfe beim Barrikadenbau, Ausfolgung von Waffen und Werkzeugen und dergleichen — als sie sich selbst am Kampf mit den Truppen beteiligten.

Uebrigens war ein nicht unerheblicher Teil der Gefallenen Nichtkämpfer gewesen[1].

Auf eine Schilderung der



6. Versammlung in den Zelten am 20. April 1848

Barrikadenkämpfe selbst muß hier verzichtet werden. Doch sei wenigstens einiger der für die Geschichte der Klassenbewegung der Arbeiter besonders wichtiger Momente hier gedacht.

Von Barrikaden, deren Verteidiger fast ausschließlich der Arbeiterklasse angehörten, sind vor allen die Barrikaden am Oranienburgertor zu nennen. Hier, im damaligen Viertel der Maschinenbauer, fiel jener Kartätschenschuß, der fünf am Kampf selbst unbeteiligte Personen auf einmal dahinriß. Ein Maschinenbauer war es ferner, der den Bau und die Verteidigung einer der

[1] August Braß behauptet in seiner, im April 1818 verfaßten Schrift "Berlin-Barrikaden", daß von den auf der Volksseite Gefallenen kaum 75 an den Barrikaden und im wirklichen Kampf gefallen seien. Die übrigen seien als Gefangene .erbarmungslos gemordet worden. Namentlich die Kavallerie habe viele Gefangene niedergehauen. Wolff erklärt in seiner „Revolutionschronik‟ den von Braß angegebenen Prozentsatz der als Gefangene Gemordeten für „nicht übertrieben‟.

bedeutendsten aller Barrikaden, nämlich der Barrikade beim alten Köllnischen Rathause am östlichen Ende der Breiten Straße leitete. Sein Name ist Siegrist, er und sein Sohn haben sich auch weiterhin in der Arbeiterbewegung betätigt. Ein anderer Arbeiter, der sich bei den Kämpfen des 18. März in Berlin auszeichnete, war der Drechslergeselle Gustav Lesse aus Halle. Er leitete den von abends 9 Uhr bis morgens 10 Uhr wahrenden Sturm auf das damalige Landwehrzeughaus in der Lindenstraße und legte dabei soviel Mut an den Tag, daß seine Mitkämpfer ihm an Ort und Stelle einen frischen Kranz auf das Haupt drückten. Furchtlos holte er einen Kameraden, der verwundet von der Barrikade gestürzt war, unter dem Feuer des Militärs hinter die Barrikade zurück, und immer wieder rückte er mit neugewonnenen Streitern wider die Kaserne los, bis sie am Morgen fiel. Besonders erwähnt ob ihrer Tapferkeit im Barrikadenkampf werden ferner der neunzehnjährige Schlossergeselle Wilhelm Glasewald und der siebzehnjährige Schlosserlehrling Ernst Zinna, beide geborene Berliner. Sie verteidigten die von ihrer Besatzung als unhaltbar verlassene Barrikade an der Ecke der Jäger- und Friedrichstraße so lange gegen das heranrückende Militär, bis dem Glasewald der linke Arm zerschmettert war und Ernst Zinna einen tödlichen Schuß in den Unterleib erhalten hatte. Gegen die mächtigen Barrikaden in den damals überwiegend von Arbeitern bevölkerten Straßen nördlich vom Lackeschen Markt ließ die Militärleitung es gar nicht erst auf einen Kampf ankommen. Sie blieben von Truppen unbehelligt. Desgleichen die Barrikaden im sogenannten Voigtland, dem Viertel der Aermsten der Armen, die Barrikaden im Frankfurter Viertel und andere mehr.

Die ersten Tage nach dem Kampf herrschte das Losungswort: Verbrüderung der Volksklassen. Man veranstaltete öffentliche Sammlungen für die verwundeten Barrikadenkämpfer und die Familien der Gefallenen, organisierte Brotverteilungen, erwirkte vom König Freigabe aller in öffentlichen und privaten Leihhäusern verpfändeten Artikel unter 5 Taler Wert auf Kosten der Staatskasse, Erlaß von Steuerrückständen, von Geldstrafen und dergleichen mehr. Bei dem feierlichen Begräbnis der Märzgefallenen am 22. März marschierten Arbeiter, Meister und Fabrikanten nebeneinander hinter ihren Gewerksfahnen. Und als tags darauf Gustav Julius in der „Zeitungshalle“ einen Leitartikel brachte, der vor übertriebenem Versöhnungseifer warnte und auf den unvermeidlichen Kampf zwischen Besitzenden und Arbeitern hinwies, der in der Folge noch auszukämpfen sein werde, da wurde nicht nur auf der Börse der Stab über ihn gebrochen und Boykott der Zeitung des „Schurken“ jedem zielbewußten Börsenbesucher zur heiligen Pflicht gemacht, auch Demokraten und selbst Arbeiter stürmten ins Redaktionslokal und drangen in Julius, das Gesagte zurückzunehmen. Meister kamen mit ihren Gesellen, ihn von der Eintracht, in der sie lebten, zu überzeugen. Und so zog Julius denn in der folgenden Nummer der „Zeitungshalle“ den schärfsten Teil des Gesagten wieder zurück und erklärte sich mit einem, u. a. von dem Tierarzt Urban, einem guten Barrikadenkämpfer und schlechtem Politiker, und dem Zigarrenarbeiter Bremer unterschriebenen Manifest einverstanden, in

dem es hieß: „Wir wollen nur Frieden unter allen Klassen, damit die sie trennenden Schranken fallen.“

Unter einem gewissen Gesichtspunkt war Julius auch in der Tat in den Fehler der Uebertreibung verfallen. Wenn es z. B. in seinem angefochtenen Leitartikel hieß, daß in Preußen ebensogut wie in England und Frankreich „der Bruch zwischen der Bürgerklasse und der Arbeiterklasse schon vollendet“ sei, so entsprach dem der damalige Stand der wirtschaftlichen Entwickelung durchaus noch nicht. Im Handwerk, das doch noch eine so große Rolle spielte, standen sich vielmehr Meister und Gesellen gesellschaftlich meist noch recht nahe, waren gar manche Gesellen selbst Söhne von Meistern, wo der Satz aber hätte zutreffen können, da gerade mühte man sich in jenen Tagen auf bürgerlicher Seile eifrigst ab, den Klassengegensatz nicht zu schärferer Zuspitzung gelangen zu lassen. Soviel sahen natürlich selbst die liberalen Bourgeois ein, daß es um die ihnen so überraschend schnell in den Schoß gefallenen politischen Errungenschaften sehr wackelig stand, wenn es zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu ernsthaften Zusammenstößen kam. Und während die geriebeneren unter ihnen schon Maßnahmen trafen, die Arbeiter politisch in den Hintergrund zu drängen, überbot sich alles, Freund und Feind, sie inzwischen bei möglichst guter Laune zu erhalten.

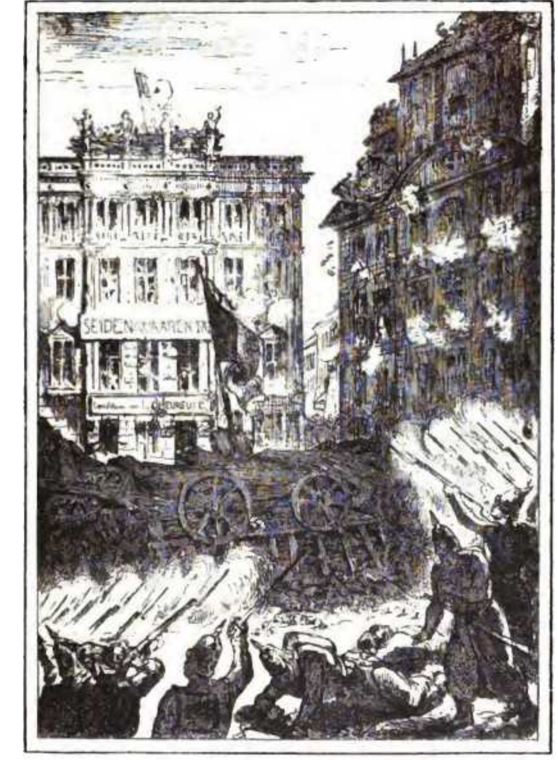


7. Kugelgießen hinter den Barrikaden

Bezeichnend für diese Tendenz ist ein Aufruf an die Bevölkerung Berlins, den der Berliner Magistrat am 24. März erließ. Da heißt es unter sichtbarer Bezugnahme auf den Artikel der „Zeitungshalle“:

> „Eine Spaltung zwischen den verschiedenen Klassen ist nicht der Weg, auf dem diese Aufgabe gelöst werden kann, sie ist auch am wenigsten in diesem Augenblick vorhanden, wo die Gemüter aller vereinigt sind durch das erhebende Gefühl, daß für alle die Freiheit errungen ist. Die Besitzenden werden es nicht vergessen, daß die durch die Hingabe und todesmutige Aufopferung unserer Leiden errungene Freiheit unter der erfolgreichsten Mitwirkung unserer ärmeren Brüder erkämpft worden ist. Die Besitzenden werden nicht — des sind wir gewiß — die Früchte des Sieges allein ausbeuten wollen. Wir von unserem Standpunkte werden mit allen unseren Kräften dahin streben, daß wir organische Einrichtungen herbeiführen werden, welche die Lasten der bürgerlichen Gesellschaft gerecht verteilen, welche den Anspruch jedes Menschen auf Bildung zu befriedigen geeignet sind.“

Diese Beteuerung der guten Gesinnung, der sich u. a. auch die Erklärung anschloß: „Wir müssen es erreichen, daß jeder Staatsbürger



8. Sturm auf die von dem Maschinenbauer Siegrist erbaute und verteidigte Barrikade am Köllnischen Rathaus

in den Stand gesetzt werde, die politischen, vornehmlich die Wahlrechte, auszuüben“, konnten gar keinen anderen Zweck haben, als den, die Arbeiter in Sicherheit zu wiegen, auf daß sie die politische Arena dem Bürgertum überließen. Es war von bürgerlicher Seite dasselbe Spiel den Arbeitern gegenüber, wie es der König zur gleichen Zeit mit dem Bürgertum trieb. Mit solchem Manöver war ein gewisser guter Wille, den Arbeitern in wirtschaftlichen Fragen entgegenzukommen, nicht unvereinbar. Als selbständiger wirtschaftlicher Faktor konnte die Arbeiterklasse dem Bürgertum damals nicht ernsthaft gefährlich werden, wohl aber als Teil oder Gefolgschaft einer revolutionären Aktionspartei, d. h. als Element der Forterhaltung des Zustandes der An ruhe. Das Bürgertum aber wollte so schnell als möglich wieder Ruhe und Ordnung im Lande haben.

So muß es verstanden werden, wenn der Magistrat in seinem Manifest weiterhin es als „unser aller Wunsch und Verlangen“ erklärte, daß „die Möglichkeit eines ganz allgemeinen Wahlrechts durch die ausgedehntesten Maßregeln für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen angestrebt werde“. Unter diesem Kauderwelsch steckte eine ziemlich deutliche Stellungnahme gegen das von der radikalen Demokratie geforderte allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Und in der Tat schloß sich der biedere Magistrat alsbald auch denen an, die da wollten, daß das zu schaffende Wahlrecht auf ganz gesetzlichem Wege durch den König und den noch nach alten, ständischen Prinzipien zusammengesetzten Vereinigten Landtag festgesetzt werde, während die entschiedenen Demokraten sofortige Oktroyierung des allgemeinen und direkten Wahlrechts durch den König verlangten.

Die Demokraten blieben im Hintertreffen, und aus dem Zusammenwirken von Regierung und Vereinigtem Landtag kam dann am 6. April ein Wahlgesetz zustande, das allen Staatsbürgern, die das 24. Lebensjahr überschritten hatten, mindestens sechs Monate am Wahlort wohnhaft waren und keine Armenunterstützung erhielten, das Wahlrecht gab, — aber für den Wahlakt die indirekte Wahl und für die Wählbarkeit das zurückgelegte 30. Lebensjahr vorschrieb. Im Entwurf des Märzministeriums Camphausen waren auch diejenigen vom Wahlrecht ausgenommen worden, die „ohne eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost beziehen“. Gegen diese Bestimmung, welche die Masse der Handwerksgesellen wahlunmündig gemacht hätte, wurde in einer am 2. April in den Zelten abgehaltenen, von mehreren tausend Personen besuchten Volksversammlung auf das schärfste Stellung genommen. Der Widerspruch der Versammlung fand in einer Protestresolution gegen

den ganzen Wahlgesetzentwurf Ausdruck, die eine von der Versammlung ernannte Redaktionskommission, bestehend aus den Arbeitern Engeling (Schmied), Krause (Schlosser), Siegrist (Maschinenbauer), dem Handlungsgehülfen Hirsch und den Studenten Monecke und Schlöffel, noch während des Verlaufs der Versammlung ausgearbeitet hatte und der die Versammlung einmütig mit dem Zusatz zustimmte, daß sie durch Maueranschläge weithin bekannt gegeben werde. Folgendes der Wortlaut dieses Protestes:

> Majestät! Wir glauben, daß dem Volke mehr gebührt, als ihm in dem Entwürfe zu einem Wahlgesetze gegeben ist. Wir wollten Urwahlen haben: wir haben sie nur beschränkt erhalten, weil derjenige, der durch den Fluch der Gesellschaft zum Dienen oder zum Almosen empfangen verdammt ist, von der Wahlfähigkeit ausgeschlossen ist. Wir wollten direkte Urwahlen haben: wir sehen zwischen uns und unsere Vertreter die Wahlmänner gedrängt; wir wollen endlich mit der Großjährigkeit das Aller eingetreten wissen, was zur Vertretung unserer Interessen befähigt.
>
> Wir hofften, die Großjährigkeit würde künftig mit dem 21. Jahre eintreten; unsere Wünsche sind auch hierin getäuscht. Wir schlagen vor:
>
> l. der Dienende und Almosenempfänger soll nicht ausgeschlossen sein von den politischen Rechten, von der Wählbarkeit und Wahlfähigkeit.
>
> 2. Die Urwähler sollen ihre Vertreter selbst und ohne Wahlmänner wählen.
>
> 3. Jeder 21 jährige Mann sei Wähler, jeder 24 jährige wählbar.
>
> 4. Wir haben diese Adresse in der Versammlung des Volksvereins beraten, und hoffen, daß das Recht, was durch den Gesetzentwurf beschränkt ist, nämlich: sich auch unter freiem Himmel, ohne Waffen, aber zahlreich zu versammeln, uns künftig unbedingt zuteil werde.
>
> Majestät! Wir haben uns als Männer gezeigt, wir haben im Kampfe für die Freiheit die Waffen zu führen gewußt, wir glauben uns dadurch das Recht erworben zu haben, sie auch zum Schutz und zur Gewähr derselben fortan tragen zu dürfen.
>
> Im Auftrage des Volksvereins unter den Zelten:
>
> Krause, Schlosser; Siegrist, Arbeiter; G. A. Schlöffel, Student; Monecke, Student; Hirsch, Kaufmann; Engeling, Schmied.

Hierzu muß erklärend bemerkt werden, daß die Volksversammlungen in den Zelten unter dem Titel: „Volksverein“ Ende März eine Art Organisation erhalten hatten. Sie fanden von da ab regelmäßig jeden Mittwoch



9. Verteidigung der an der Ecke der Jäger- und Friedrichstraße errichteten Barrikade durch den Schlossergesellen Wilhelm Glasewald und den Schlosserlehrling Ernst Zinna

Gezeichnet von Th. Hosemann. 1848

abend und Sonntag nachmittag statt. Der Volksverein beabsichtigte, sich nach Klassen, Gewerken usw. in kleinen Untergruppen zu gliedern und ein Flugblatt in fortlaufender Folge für die Aufklärung des Volkes herauszugeben. Als seine Grundsätze wurden in der konstituierenden Versammlung, die am 31. März stattgefunden hatte, laut dem ersten, vom Präsidenten der Versammlung, Dr. Max Schaßler, herausgegebenen Flugblatt des „Volksvereins“ folgende Forderungen bezeichnet:

> 1. Wahrhafte Volksbewaffnung, als Gegengewicht gegen die Gewaltherrschaft der Bürgerpolizei und des Militärs.
> 2. Wahrhafte Volksvertretung, als Gegengewicht gegen den falsch verstandenen Patriotismus der Beamtenwillkür und gegen die eigensüchtige Königsliebe der sogenannten Aristokratie.
> 3. Wahrhafte politische und sittliche Volksbildung, als Gegengewicht gegen die gesinnungslose Ver- und Ueberbildung der mittleren und höheren Stände.
>
> Das Volk soll zum Bewußtsein kommen über seine Pflichten und vor allem über seine Rechte.

Von der Entsendung einer Deputation zur Uebergabe des obigen Protestes an den König wurde auf Anraten Schlöffels Abstand genommen. Es sei anzunehmen, meinte der jugendliche Revolutionär nicht mit Unrecht, daß der König gewußt habe, das Wahlgesetz werde den Arbeitern nicht gefallen, und daß er daher auf die Deputation nichts geben werde. „Ich bin dagegen, daß wir auf das Schloß laufen und abflitzen.“ Doch ward die Resolution durch eine Deputation dem Ministerpräsidenten Camphausen vorgelegt, der Berücksichtigung versprach, aber meinte, daß ihm das Abhängigkeitsverhältnis, in welchem Dienstboten und diejenigen Arbeiter, Gesellen usw. ständen, welche beim Herrn oder Meister in Wohnung oder Kost sind, „ein Hindernis gegen die Wahlbefugnis zu enthalten scheine“. Gerade umgekehrt wie der liberale Minister stellte sich das konservative Junkertum im Vereinigten Landtag zum Wahlgesetz. Es ließ die Beschränkungen in Bezug auf das Wahlalter, die indirekte Wahl usw. passieren, half aber den Ausschluß der dienenden Personen aus dem Wahlrecht beseitigen. Wie ihr Führer, Graf Arnim, später erklärte, weil sie „außer Zweifel waren, daß gerade die Dienstboten ein sehr konservatives Element in den unteren Klassen bilden würden“, eine Ansicht — heißt es wörtlich — „welche die Erfahrung vollständig bestätigt hat“. Die Masse der Dienstboten fühlte sich zu jener Zeit noch als ein Stück Möbel vom Hause der Herrschaft, und nicht viel anders dachte ein großer Teil der beim Meister wohnenden Gesellen. So richtete das Wahlgesetz in seiner endgültigen Form sich vornehmlich gerade gegen die selbständigen städtischen Arbeiter. Ein namhafter Teil von ihnen blieb außerhalb des Wahlrechts, weil er in der einen oder anderen Form Armenunterstützung empfing, andere traf die Bestimmung, die sechsmonatlichen Aufenthalt vorschrieb, und im übrigen sorgte der Modus der indirekten Wahl dafür, daß diejenigen städtischen Arbeiter, die wirklich das Wahlrecht hatten, auf die Wahlen keinerlei Einfluß ausüben konnten. Die Wahlen, die im Mai stattfanden, brachten, außer dem in Breslau gewählten Schriftsetzer



10. Drechslergeselle Gustav Hesse
Leiter des Sturmes auf das Landwehrzeughaus
am 18. März 1848

Brill, nicht einen einzigen städtischen Lohnarbeiter in die preußische Nationalversammlung, wohl aber eine Anzahl Angehöriger des damaligen Landproletariats (Kossäten und selbst Landarbeiter), für die freilich erheblich mehr von den Beschlüssen der Nationalversammlung abhing, als in jenen Tagen für die gewerblichen Arbeiter, weil sie noch unter den drückendsten Feudallasten zu leiden hatten. Sie zeigten denn auch in verschiedenen Distrikten ein stärkeres Klassenbewußtsein und einen rebellischeren Geist, als jene.

Um aber bei den Arbeitern Berlins zu bleiben, so hatte die Märzrevolution sie ohne eigene Organisation, eigene Presse und einheitliche eigene politische Führung getroffen. Alles mußte erst geschaffen werden. Kein Wunder, daß wir sie zunächst ziemlich unsicher hin und her tasten sehen. Ging es doch den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten und Gruppen nicht viel anders. Unmittelbar im Anschluß an die Märztage waren zwei größere politische Klubs erstanden: der „Politische Klub“ und der „Konstitutionelle Klub“. Ersterer, von den Leitern der „Zeitungshalle“ ins Leben gerufen, hatte eine radikale Führung und wandelte sich später in den „Demokratischen Klub“ um, von dem sich dann wieder ein „Reform-Klub“ abzweigte. Andere bürgerliche Radikale riefen einen „Volksklub“ ins Leben.

Im „Konstitutionellen Klub“ überwog das satte Bürgertum; doch gab es auch da einen linken Flügel, der sich später (am 19. Mai) eine Sonderorganisation schuf; sie nannte sich „Verein für Volksrechte“. Vom „Volksverein“, der sich aus den Volksversammlungen in den Zelten gebildet hatte, ward oben schon gesprochen. In ihm übten F. W. Held und — bis zu seiner Verhaftung — der junge Schlöffel den größten Einfluß aus. Daneben schössen noch viele kleinere Klubs, Vereine allerart auf, und sobald ihnen die Luft erst wieder geheuer erschien, organisierten sich auch unterzweckentsprechenden Titeln („Patrioten“ usw.) die Reaktionäre der verschiedenen Schattierungen. Auch die älteren Vereine, wie der „Handwerkerverein“, machten von der erlangten Bewegungsfreiheit möglichsten Gebrauch — kurz, es gab plötzlich ein sehr lebhaftes politisches Vereinsleben, und da alle Vereine sich in der einen oder anderen Weise für Reformen im Interesse der arbeitenden Klassen aussprachen, die meisten auch sehr darauf bedacht waren, mit Arbeitern im Mitgliederbestand oder womöglich in der Vorstandsliste zu paradieren, gehörte schon ein ziemlich geschärfter Blick dazu, die Spreu von dem Weizen zu sondern.

Deutlicher zeigten sich bald die Symptome des wirtschaftlichen Klassengegensatzes zwischen Arbeitsherren und Arbeitern. Wie wir dies in unseren Tagen in Rußland auf größerer Stufenleiter und in vorgeschritteneren Formen sich vollziehen sehen, so liefert auch die Märzrevolution des Jahres 1848 das Bild, daß die Arbeiter die

errungene Freiheit alsbald in Brot umzusetzen suchen und, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, zunächst auch wirklich umsetzen — daß Freiheit Brot wird.

In einem Beruf nach dem anderen erhoben nach den Märztagen die Arbeiter die Forderung: Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Arbeitslohnes, bezw. Festsetzung eines Mindestlohnes. Die Geschäftslage war noch nicht besser geworden, sondern verschlechterte sich vorerst zusehends, trotzdem wurden unter dem Hochdruck der revolutionären Lage fast überall nach wenigen Tagen Arbeitseinstellung die Forderungen bewilligt oder wurde wenigstens ein Kompromiß geschlossen. Allerdings waren die Forderungen mäßig genug. Es ist für die damalige Lage der Arbeiter bezeichnend, daß der verlangte Normallohn sich selbst bei qualifizierten Arbeiten nirgends über 5 Taler die Woche erhob, daß die Stundenzahl pro Tag, auf welche die Arbeit verringert werden sollte, nirgends geringer war als zehn, und daß für Ueberstunden fast immer nur Bezahlung im Verhältnis des einfachen Tagelohnes verlangt wurde. Vor dem 18. März wurden 12, 14 und mehr Stunden gearbeitet und Ueberstunden meist überhaupt nicht bezahlt. Als die Maschinenfabrikanten ihren Arbeitern am 11. April 1848 einen Mindestlohn von 4 Talern die Woche bei zehnstündiger Normalarbeitszeit bewilligten, ward diese Festsetzung als eine große Errungenschaft bewachtet und mit einem gewaltigen Festessen gefeiert, an dem zwischen Z bis 4.000 Arbeiter teilnahmen und bei dem es an Hochs auf die Fabrikanten, die die Kosten auf sich genommen hatten, nicht fehlte. Borsig, der einflußreichste von ihnen, hatte sich in einem sehr bezeichnenden Rundschreiben an seine Arbeiter vom 25. März gegen Bezahlung der Ueberstunden erklärt. Ueberstunden sollten, heißt es da, überhaupt nicht gemacht werden, da sie nur zu Mißbräuchen führen. Käme es aber unter Ausnahmefällen zu solchen, dann sollten jedesmal besondere Abmachungen getroffen werden.

Den höchsten Lohnsatz — fünf Taler die Woche bei zehnstündiger Arbeitszeit — erzielten die bei öffentlichen Bauten beschäftigten Maurer. Ihre Forderung war vom Stadtsyndikus Hedemann, dem Vater des Handwerkervereins, in einem Gutachten unterstützt worden. Der Magistrat wollte nur 4½ Taler bewilligen, die Stadtverordnetenversammlung trat aber Hedemann bei und bewilligte fünf Taler.

Ganze fünfzehn Mark der höchste Normallohn! Das spricht wohl Bände. Gewiß war die Kontrast des Geldes vielfach höher, als sie heute ist. Die Wohnungsmieten und die tierischen Produkte waren erheblich billiger wie heute, Brot und Hülsenfrüchte, wenn nicht viel, so doch etwas billiger, Industrieprodukte teils billiger, teils teurer. Alles in allem wird man nicht fehlgehen, wenn man die Kaufkraft des Geldes für den Arbeiterhaushalt auf 50% höher ansetzt als heute, so daß der von den meisten gelernten Arbeitern verlangte Normalwochenlohn von vier Talern nach heutigem Geldwert einem Wochenlohn von etwa 18 Mark entspricht. Selbst mit den Märzerrungenschaften stellten sich die Einkommen der Arbeiter bedeutend niedriger, als sie heute sind.

Indes konnten sich die Einkommen der bürgerlichen Klassen noch weniger mit deren heutigen Einkommen messen.

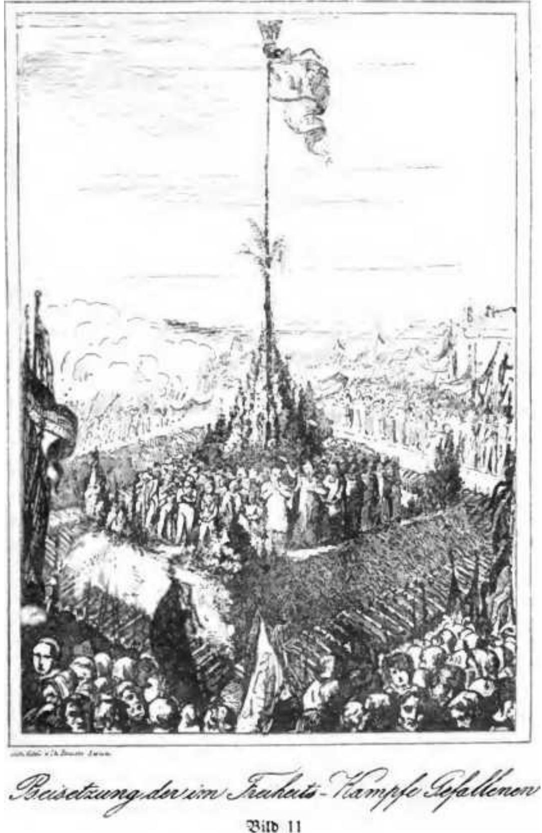

Beisetzung der im Freiheits-Kampfe Gefallenen

Bild 11

Im allgemeiner verliefen die Lohnbewegungen der Handwerker und handwerksmäßig angelernten Fabrikarbeiter ohne nennenswerte Kampferscheinungen. Man feierte ein paar Tage, zog mit klingendem Spiel und Fahnen, unter denen die schwarzrotgoldene Fahne nicht fehlen durfte, durch die Straßen, und dann kam es auf irgendeine Weise zu einem Friedensschluß mit den Prinzipalen, der wieder durch einen Umzug mit Fahnen, feierliche Danksagungen an die Meister und dergleichen gefeiert wurde.

Indes fehlte es nicht an Fällen, wo gegen Arbeitswillige Zwang ausgeübt wurde. Schon am 11. April hatte die „Bürgergesellschaft“, ein aus der vormärzlichen Zeit fortvegetierender Verein von liberalen Bourgeois, in einer Adresse an den Magistrat um Einschreiten gegen die Arbeitseinstellungen petitioniert, die weiter nichts als „Landzwang“ seien. Die Forderungen der Arbeiter mögen ja oft sachlich berechtigt und ihnen Erfolg zu wünschen sein, hieß es, aber Zwang dürfe nicht geduldet werden; der Magistrat solle es den Arbeitgebern, an die Forderungen unter Androhung der Arbeitseinstellung gestellt würden, „auf das strengstes untersagen, in solchen Fällen direkt mit den Arbeitern zu verhandeln, sie und die Arbeiter vielmehr anweisen, die Vermittlung der städtischen Behörde, als der rechtmäßigen Instanz, anzurufen.

Diesem Gesuch, das noch halb auf dem mittelalterlichen Boden der Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die Gemeindevorstände steht, entsprach der Magistrat insofern, als er am 12. April eine Bekanntmachung erließ, worin er, wieder unter lebhafter Beteuerung seines guten Willens, für die Verbesserung der Lage der Arbeiter einzutreten, die Erklärung abgibt, streng darauf zu achten, daß die Regelung der Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nach Recht und Billigkeit und auf dem gesetzlichen Wege erfolge, und die „Gewerksgenossen und Arbeiter“ — man beachte die Unterscheidung l — erwähnt, ihre etwaigen Wünsche und Forderungen nicht direkt an die Arbeitgeber, sondern an die von ihm zu diesem Behufe eingesetzte Deputation für das Wohl der arbeitenden Klassen schriftlich oder durch Deputationen aus ihrer Mitte gelangen zu lassen.

Die städtische Deputation, von der hier die Reden ist, war in Erweiterung der früher (s. 12) erwähnten Kommission auf Grund Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 25. März eingesetzt worden. Sie hielt täglich von 5 Uhr nachmittags ab Sitzung, die öffentlich war, und bei der es jedermann freistand, ihr mündlich

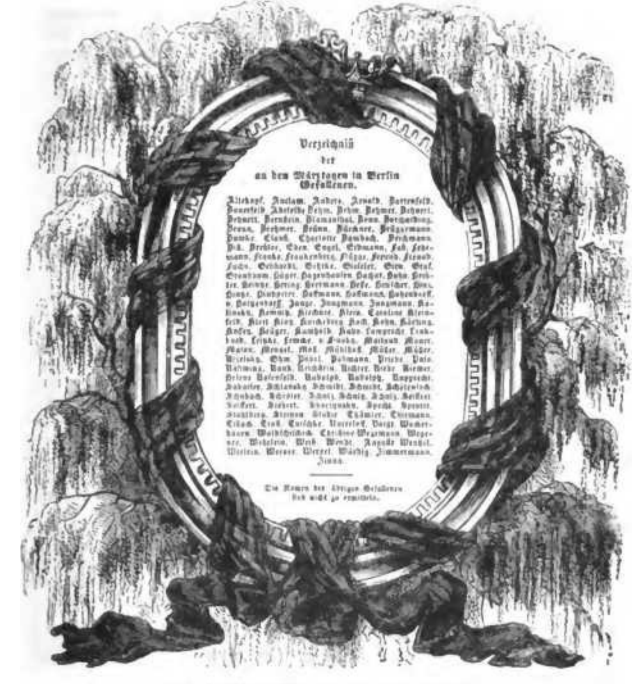
oder schriftlich Anträge zu unterbreiten. In einer Bekanntmachung vom 26. März 1848 hatte der Magistrat hierzu noch betont, daß die Deputation in Anbetracht der Fülle des zu behandelnden Materials „die aus den verschiedenen Stellungen der Arbeiters?) gewählten
Deputierten der Meister,
Beistand nehmen werde
Vereinigungspunktes, ei
Vorschläge sammele un
welche am geeignetsten
Weise zum Ziele zu gela
erklärt. Man sieht, wie d
Erkenntnis gewirkt hatte
Reihen der Arbeiter er tö
weit in die rechtsstehen
ziemlich starken Widerh



12. Die Massenversammlung „an der einsamen Pappel" vor dem Schönhauser Tor am 26. März 1848

Konnten die Lohn- rc. B
verhältnismäßig leicht e
Arbeiter, wie wir weiterh
Louis Blanc haltenden K
Gefolgschaftsverhältnis
Bürgertum erheblich grö
der ungelernten und der
Reihen geschleuderten T
dem 18. März begreiflich
zumal sie an aller, Ecker
nun in größerem Umfan
größeren Massen zusam
großen Teil der Besucher der Volksversammlungen, die auf dem Exerzierplatz vor dem Schönhauser Tor „an der einsamen Pappel" stattfanden, dort, wo jetzt Pappelallee und Schönhauserallee zusammenstoßen, sowie der Zeltenversammlungen. Merkwürdigerweise war die Tonart der Versammlungen vor dem Schönhauser Tor, damals eine reine Proletariergegend, sehr viel gemäßigter als die Sprache des in den Zelten, mitten im Viertel der eleganten Welt tagenden Volksvereins. Insbesondere fand in den Zelten die tiefststehende Schicht des Proletariats in Gustav Schlöffel einen ebenso begabten wie ungestüm vorwärts drängenden Wortführer.

Die Volksversammlungen vor dem Schönhauser Tor waren von einer improvisierten „Deputation für die Abhülfe der Not" eingeleitet worden, die aus dem ebenso konfusen, wie als Charakter zweifelhaften Demagogen Urban, seines Zeichens Tierarzt, dem Zigarrenmacher und Kattundrucker Bremer, dem Kleidermacher Eckert — beide nicht minder konfus — und den Arbeitern Fichte, Lange, Petri und Richard bestand. Die erste Versammlung fand am Sonntag, den 26. März, nachmittags 3 Uhr statt. Es war die größte Volksversammlung, die Berlin bis dahin gesehen hatte, man schätzte die Zahl der Teilnehmer bis auf 20.000. Eckert eröffnete und leitete die Verhandlungen, überließ aber zum Schluß die Vornahme der Abstimmung dem in allen Wässern schwimmenden Stadtverordneten Wöniger, der durch geschickte Fragestellung einen Mehrheitsbeschluß



13. Gedächtnisblatt für die Märzgefallenen

zugunsten der Bestimmung des Wahlgesetzes durch den Vereinigten Landtag erzielte. Das Resultat erregte stürmischen Widerspruch, worauf, nachdem Wöniger abgetreten war, ein Demokrat, der Justizkommissar Reinhart, eine zweite Abstimmung vornahm, die eine Mehrheit gegen Einberufung des Landtages ergab. Auf diese Weise gab es zwei Deputationen an den König, von denen jede im Namen des vor dem Schönhauser Tor versammelten Volkes in der so wichtigen Frage der Landtagseinberufung eine der der anderen direkt widersprechende Resolution vertrat. Friedrich Wilhelm IV. empfing am 29. März beide Deputationen, wenn auch zu verschiedener Stunde. Die vom Tierarzt Urban geführte Deputation bekam von ihm allerhand Liebesversicherungen zu hören. Beim Anhören der zweiten, der unter anderen der Buchdrucker Behrends, der Goldarbeiter Bisky und der Buchdrucker Brill angehörten, machte der König zum vorgelegten Programm der Volksforderungen seine kritischen Zwischenbemerkungen. In seiner schnoddrigen Weise, aber nicht ohne Witz, warf er, als unmittelbar auf die Forderung „Wohlfeile Regierung“ die Forderung „Unentgeltliche Volkserziehung“ verlesen wurde, die Bemerkung hin: „Paßt gut zu einander.“ Eine Regierung, welche die Forderungen der radikalen Demokratie verwirklichte, konnte alles mögliche, nur nicht „wohlfeil“ sein.

Bis zu einem gewissen Grade trifft das bissige Wort des Königs übrigens auch auf einen Teil der Reden zu, die in der Volksversammlung selbst gehalten worden waren. Viele Arbeiter, Vertreter der verschiedensten Berufe, waren in ihr zum Wort gekommen. Aber während die Reden der einen, darunter die des vorgenannten Schriftsetzers Brill, des Schlossers Krause, des Goldarbeiters Bisky, des Lohgerbers Wilke, des Bauarbeiters Bötticher, des Arbeitsmannes Vogel teils von großer Einsicht in die Tendenzen der Wirtschaftsentwickelung zeugten, teils wenigstens nichts ihnen Widersprechendes enthielten, kamen in Reden anderer die vorsintflutlichsten, zünftlerischen Anschauungen und Forderungen zum Ausdruck. Da wollte der eine den Gebrauch von Maschinen oder anderen arbeitssparenden Arbeitsmitteln in seinem Gewerbe verboten wissen, ein anderer keinem gelernten Arbeiter erlauben, gröbere Arbeit anzunehmen, ein dritter die Frauenarbeit unterdrückt haben und ähnliche Widersinnigkeiten mehr. Bei alledem ist es jedoch von großem Interesse, alle diese Reden nachzulesen. Sie gewähren nicht nur tiefe Einblicke in die Denkweise der Arbeiter, sie bringen auch ergreifende Tatsachen über die damalige Lage der Arbeiter ans Licht. Eine Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, ein

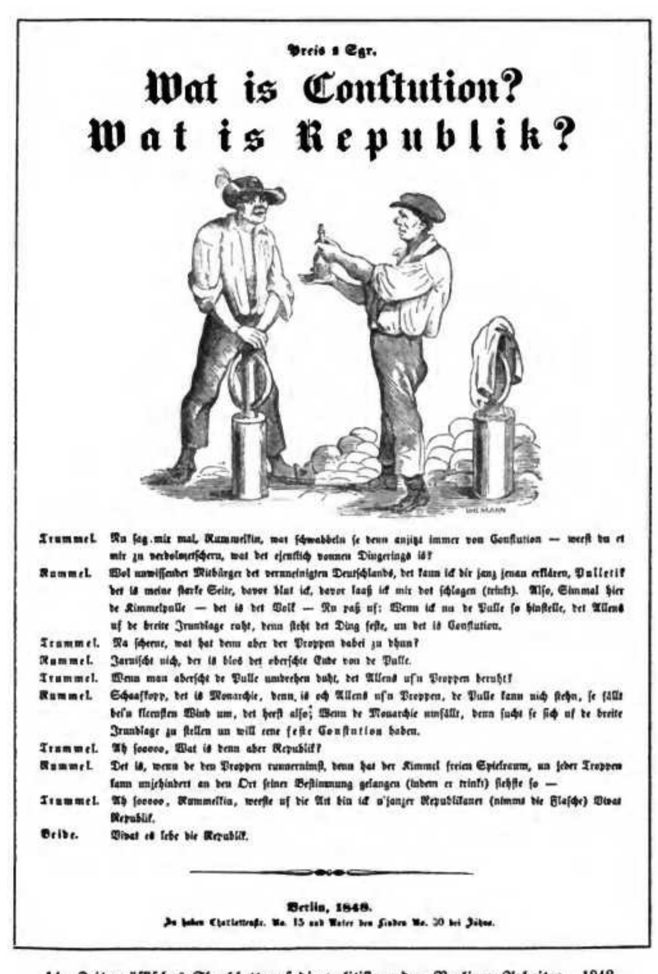
Arbeitslohn, bei dem ein Einkommen von 12 Mark die Woche als Ideal erschien, so tönt es aus verschiedenen dieser Reden heraus.

Hier ein Teil der markantesten jener Reden, auf Grund des in der „Zeitungshalle“ erschienenen und von Ad. Wolfs in dessen „Revolutionschronik“ revidierten Berichts:

> Bötticher, Bauarbeiter: Wir haben nur 9 Monat Arbeit. Im Winter müssen wir Schulden machen, im Sommer sollen wir diese wieder decken. Bei dem geringen Lohne können wir aber nicht jedem gerecht werden, wir tragen daher auf Lohnerhöhung an. Dann sind 14 Stunden Arbeit viel zu viel. Mit Hin- und Herlaufen werden 18 draus. Ein Familienvater kann dabei kaum das Lallen seiner Kinder hören. Wenn er nach Haus kommt, schlafen sie schon und wenn er ausgeht, sind sie noch nicht wach. Von den Bauherren wollen wir erhöhten Lohn haben, die können ihn geben.
>
> Siegerist, Schlosser: Im Namen sämtlicher Maschinenarbeiter beklage ich mich über Mangel an Arbeit. Wir haben höchst unpraktische Werkführer an der Spitze, Werkführer, die uns selten die Gelegenheit geben, einem Meister ein Frühstück abzuverdienen. Ein Arbeiterministerium würde ihrem Despotismus steuern. Ein solches Ministerium müßte dann auch das Minimum des Lohnes auf 4 Taler festsetzen, damit die arbeitende Klasse existieren könne; es müßte die Arbeitszeit auf 19 Stunden herabsetzen und die Verwaltung der Kassen beaufsichtigen, ohne Einmischung des Magistrats.
>
> Wilke, Lohgerber: Unser Wunsch ist erfüllt, wir wollen das Blutbad nicht erneuern, aber wir verlangen nach den Früchten unseres Schweißes. Wir arbeiten von 5 Uhr morgens bis abends 7 Uhr. Eine Verringerung der Arbeitszeit um 2 Stunden, eine Festsetzung dieser Zeit von 6 bis 6 Uhr und eine Erhöhung des Lohnes auf 4 Taler wöchentlich, heißt nicht zu viel verlangt.
>
> Brill, Buchdrucker: Wir haben alle gekämpft, wir wollen alle zusammenhalten. Wenn die heutige Gelegenheit vorübergeht, uns zu besprechen, werden sich unsere Kräfte zersplittern. Wir können den Meister nicht zwingen, höheren Lohn zu geben; denn er müßte dann selbst mehr nehmen, die Waren würden teurer und nicht mehr gekauft werden. Wir würden den Meister ruinieren, das wollen wir nicht! (Lärm.) Ich bin Arbeiter, wie Sie, und will ebenso das Wahre und das Rechte. Ich bin auch für eine Erhöhung des Lohnes, aber sie darf nur auf freundschaftlichem Wege zustande kommen, durch gütliche Uebereinkunft mit dem Meister, denn nicht dieser, sondern die Konkurrenz bestimmt den Preis der Dinge. Es ist ferner notwendig, daß der Arbeiter auch an seiner geistigen Ausbildung arbeiten könne, deshalb muß die Arbeitszeit abgekürzt werden. Die bis jetzt bestandene Gesellschaft hat ein großes Unrecht gegen die Arbeiter getan, sie hat sie mit Gendarmen zurückgewiesen, wenn sie Brot verlangten, und warum tat sie dieses? Weil die Arbeiter keine Bildung hatten. Ich verlange daher Volkserziehung auf Kosten des Staates. Es

wird viel Geld kosten, das sehe ich ein; wir ersparen aber auch viel.

Wir ersparen die Gendarmen, die Gefängnisse, die Zuchthäuser, die Henker, die Hinrichtungen. Wenn wir helfen wollen, müssen wir tief durchgreifende Mittel nehmen. Die Reichen müssen einen Teil ihres Vermögens aufopfern. Wer hat bis jetzt die Leitung in Händen gehabt? Der Adel, die Vornehmen, die Reichen. Die wußten wohl zu leben, aber für den Arbeiter taten sie nichts, für den Arbeiter, der ihnen doch alles, von ihrem Unterhalte bis auf ihren Luxus, schaffte. Freilich gibt es auch Leute, die, obgleich sie einen guten Rock anhaben, für uns sorgen werden. Der Arbeiter aber ist die Grundlage der Gesellschaft, und weil diese jetzt geändert wird, muß die ganze Gesellschaft gebessert, umgestaltet werden. Wir müssen eine wohlfeile Regierung haben. Dadurch werden die Lasten leichter, die auf dem Bauer, Handwerker und Arbeiter jeder Art ruhen. Sämtliche Mitbürger müssen das Wahlrecht haben, das stehende Heer muß durch allgemeine Volksbewaffnung ersetzt werden, die nach außen und nach innen ebenso viel Achtung gebieten wird, als jenes, wo nicht mehr. Dadurch wird erspart. Sachverständige müssen ein Arbeiterministerium bilden, das sich mit dem ganzen Lande in Verbindung setzt und in jeder Provinzialhauptstadt einen Provinzialausschuß, in jeder Kreisstadt einen Kreisausschuß niedersetzt. Endlich, wie ich schon sagte: Volkserziehung. Wir kennen alle das Ministerium Eichhorn. Dieses Ministerium vertröstete uns mit dem Jenseits, wenn wir ihm unsere diesseitige Not klagten: „Leute, nach dem Tode werdet ihr alles bekommen.“ Es schickte in alle Gemeinden Pastoren und Lehrer, die die Kinder mit Bibelsprüchen füttern und verdummen mußten. Durch eine solche Erziehung konnte der bedrückten Menschheit keine Hülfe werden. Die Hülfe für die Menschheit kommt aus ihr



Preis 1 Sgr.

Wat is Constution?
Wat is Republik?

Trummel. Nu sag mir mal, Rummelkin, wat schwabbeln se denn anjitzt immer von Constution — weeßt du et mir zu verdolmetschern, wat det ejentlich vonnen Dingerings is?

Rummel. Wol unwissender Mitbürger det vereinigten Deutschlands, det kann ick dir janz jenau erklären, Pulletik det is meine starke Seite, davor blut ick, davor laaß ick mir dot schlagen (trinkt). Also, Simmal hier de Kimmelpulle — det is det Volk — Nu paß uf: Wenn ick nu de Pulle so hinstelle, det Allens uf de breite Jrundlage ruht, denn steht det Ding feste, un det is Constution.

Trummel. Na scheene, wat hat denn aber der Proppen dabei zu dhun?

Rummel. Jarnischt nich, der is blos det eberschte Ende von de Pulle.

Trummel. Wenn man aberscht de Pulle umdrehen duht, det Allens uf'n Proppen beruht?

Rummel. Schaafskopp, det is Monarchie, denn is och Allens uf'n Proppen, de Pulle kann nich stehn, se fällt bei'n kleensten Wind um, det heeßt also; Wenn de Monarchie umfällt, denn sucht se sich uf de breite Jrundlage zu stellen un will eene feste Constution haben.

Trummel. Ah sooooo, Wat is denn aber Republik?

Rummel. Det is, wenn de den Proppen runnernimmst, denn hat der Kimmel freien Spielraum, un jeder Troppen kann unjehindert an den Ort seiner Bestimmung gelangen (indem er trinkt) siehste so —

Trummel. Ah sooooo, Rummelkin, weeste uf die Art bin ick o'janzer Republikaner (nimmt die Flasche) Vivat Republik.

Beide. Vivat es lebe die Republik.

Berlin, 1848.

Zu haben Charlottenstraße. No. 15 und Unter den Linden No. 20 bei Zühne.

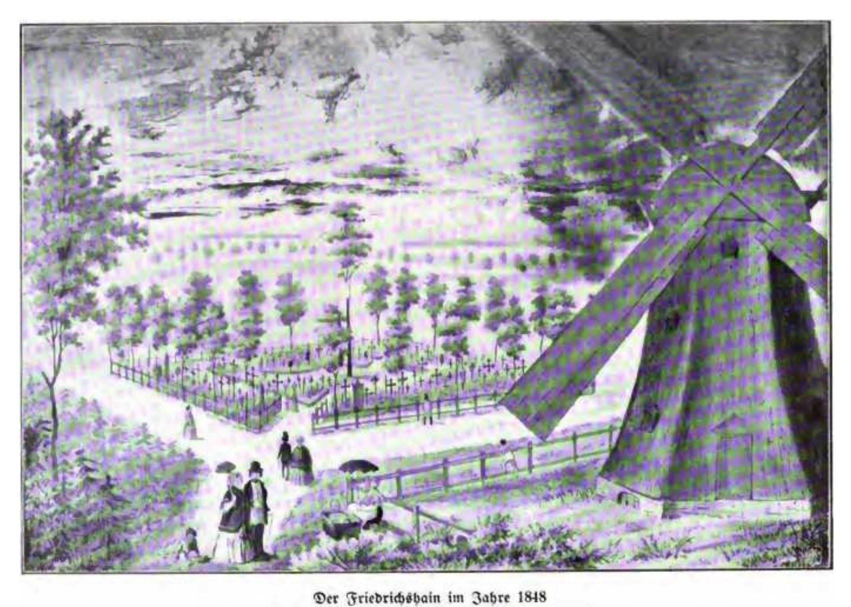
14. Zeitgenössisches Flugblatt auf die politisierenden Berliner Arbeiter. 1848

selbst. Jeder hat den Heiland in seiner Brust! (Langer, stürmischer Beifall.)
Ebert Helen, Arbeitsmann: Drei Taler geht für Unverheiratete, aber nicht für den Familienvater. Ueberall finden wir auf dem Bau Professionisten. Das dürfte nicht sein! Es muß verboten werden, daß diese als Arbeiter gehen.
Bergemann, Arbeiter: Ich bin Familienvater von 5 Kindern und mich trifft die Not namentlich deshalb, weil die Droschken alle Pakete in der Stadt und von und nach den Eisenbahnen fahren. Wenn ihnen dieses verboten und wenn festgesetzt würde, daß sie nur Pakete von einer bestimmten Schwere fahren dürfen, würden viele Leute Brot bekommen.
Hermes, Mustermaler: Im Namen meiner Kollegen beschwere ich mich, daß die Verleger zu viel im Zuchthaus arbeiten lassen. Ferner tut uns die Schablonenarbeit großen Schaden. Franke z. B. läßt durch Schablonen viel verfertigen und ist dadurch imstande, sechsmal billiger Ware zu liefern, als wir. Ich trage auf Abschaffung der Schablonen an. Ferner kann niemand bei dem Lohne bestehen. Wir haben ein sogenanntes Nullblatt. Da kostet das Dutzend ohnehin schon wenig und nun nimmt der Arbeitgeber von dem Preise noch einen großen Teil für sich. Der Preis des Dutzends muß um ein Drittel erhöht werden. Ferner wollen wir, daß kein Meister mehr als zwei Burschen beschäftige. Manche haben deren 6, das ist zu viel. In der Malmöneschen Anstalt werden ebenfalls viele Knaben beschäftigt, die uns wie die Mädchen großen Abbruch tun.
Diesel, Seidenwirker: Wir gehören zu den gedrücktesten Arbeitern und tragen darauf an, daß die Zuchthausarbeiten aufhören mögen. Ferner sollen die Arbeitgeber keine Mädchen und nicht mehr als 3 Lehrlinge beschäftigen dürfen, auch nicht mehr Stühle, als der innere Raum ihrer Wohnungen es gestattet, im Gange halten.
Steinhof, Posamentier, stellt folgende Anträge: I. alle Mädchen auf Posamentierstühlen müssen aufhören zu arbeiten; 2. die Maschinen, die Menschenhände unnötig machen, müssen beschränkt werden. Wenn man mir einwendet, was sollen die Mädchen zu Hause anfangen, so antworte ich: durch die Erhöhung des Lohnes werden ihre Väter in den Stand gesetzt, sie zu ernähren.
Kölling, Zigarrenmacher, will Ausgleichung zwischen Kapital und Arbeit, aber nicht im Sinne der Kommunisten. Feder müsse seine Kräfte bieten und nutzen, aber auch dem Verdienste der gerechte Lohn werden. Der Redner stellt die Anträge, daß den Fremden keine Arbeit gegeben werde und die Meister nicht mehr als drei Burschen halten sollen.
Zachariä, Schreiber: Nicht für sich, sondern für die Tagelöhner trete er auf. Der Staat habe den Arbeitern Wunden geschlagen, er müsse sie heilen. Er solle billige Wohnungen geben. Ebenso solle er Mehl im großen zum Wiederverkäufe im kleinen anschaffen. Die Tagelöhner möchten sich zu einem Proletarierbunde vereinigen. (Es entsteht ein Lärm, die Versammlung bestimmt den Redner, das Wort „Proletarier“

zurückzunehmen.) Jeder Bürger, der täglich weniger als einen halben Taler verdient, gehört dem Bunde an; der Staat gibt den Gliedern dieses Bundes Wohnung für geringen Mietszins (der Redner braucht wieder das Wort „Proletarier“, welches ihm neue Mißbilligung zuzieht. Die Mitglieder des Bundes bleiben von jeder direkten oder indirekten Steuer frei. (Beifall.)

Ziegelbein, Kattundrucker, liest eine Eingabe im Namen von 800 Kattundruckern, von denen seit Jahren nur 150 in Arbeit seien, die übrigen aber seien seit Entstehung der Maschinen im größten Elend. Die wesentlichen Punkte sind folgende: Beschränkung der Maschinen und Perrotinen, und zwar so, daß wenn das Stück 2 Farben habe, die zweite eingedruckt werden müsse; wenn es 3 Farben habe, die dritte usw. Ferner keine Mädchen, Verkürzung der Arbeitszeit, 14tägige Kündigung von beiden Seiten. Brot oder Sterben!

Konsky, Seidenwirker: Ich rede nicht im Namen einer Deputation, ich rede nur in meinem Namen, aber ich rede doch für alle. Man hat vorher von einem Arbeiterministerium gesprochen, das die Arbeit in unserem Lande regeln soll. Ich gehe weiter: auch in Frankreich, Oesterreich, England müssen solche Arbeiterministerien errichtet werden und alle untereinander in Verbindung treten, dann erst wird es möglich sein, ein gleiches System der Arbeit und Industrie



Der Friedrichshain im Jahre 1848
(Nach einer zeitgenössischen Aquarellzeichnung)

hervorzubringen. (Bravo! Bravo!)

Bethge, Kutscher, verliest im Namen sämtlicher Dienstboten eine Eingabe, in der besonders eine Beschwerde über die Verwendung der Soldaten zum Ziehen, Tragen, überhaupt zum Privatdienste variiert ist und bittet, daß seine Beschwerden sogleich dem Könige vorgetragen werden.

Berends, Mechanikus, hält eine energische, zusammenfassende Rede, worauf Urban die Debatte für geschlossen erklärt.

Was die ursprünglichen Leiter der Versammlung betrifft, so ließ der brave Urban schon am Tage vor der Audienz vom 29. März eine von ihm, Bremer und Eckerl unterschriebene Proklamation an den

Straßenecken anschlagen, worin „im Auftrage des Komitees der ersten Volksversammlung“ die von den reaktionären Ordnungsfreunden gestellte Forderung der Zurückberufung des Militärs nach Berlin im Namen der „allseitigen Versöhnung“ unterstützt wurde. Ein Teil der Arbeiterschaft fiel auf diese Proklamation, zu der die Betreffenden absolut kein Mandat hatten, wirklich hinein; Protestbeschlüsse des politischen Klubs und der Zeltenversammlung konnten es nicht verhindern, daß, als schon am 30. März das 24. Regiment wieder in Berlin einzog, es unter anderem von einem großen Teil der Maschinenbauer mit fliegenden Fahnen begrüßt wurde. Was die Zurückholung der Truppen zu einer Zeit bedeutete, wo noch gar keine Verfassung bestand, auf die man die Truppen hätte vereidigen können, diese vielmehr noch durchaus „des Königs Soldaten“ waren, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Zusicherungen des Königs, womit man dem Volk die Maßregel mundgerecht zu machen suchte, erwiesen sich als Spreu, die beim ersten kräftigen Windhauch verwehte.

Für die zu vollem Bewußtsein ihrer politischen Stellung gelangten Arbeiter waren Urban und Genossen damit ebenso abgetan, wie für die radikale bürgerliche Demokratie. Als sie kurz daraus in den Verdacht gerieten, an einem von konservativ-judenhetzerischer Seite angestifteten Ueberfall auf Mitglieder des Politischen Klubs beteiligt gewesen zu sein, wurden sie am 11. April in einer weiteren, von ihnen selbst veranstalteten Volksversammlung vor dem Schönhauser Tor, nach Reden des Goldarbeiters Bisky und anderer, mit erdrückender Mehrheit zum Rücktritt genötigt. Immerhin erlaubte ihnen die allgemeine Unklarheit, noch eine ziemliche Weile eine gewisse Rolle zu spielen, zumal sich der vorerwähnte Verdacht später als unbegründet herausstellte.

Drittes Kapitel. Die Sammlung der Arbeiter im Revolutionschaos.

Die ersten Organisationsversammlungen der vorgeschritteneren Arbeiter. — Gründung des Zentralkomitees für Arbeiter. — Die „Rehberger“ und der „Volksfreund“. — Eine verunglückte Massendemonstration: Sozialistische Arbeiter gegen akademische Stürmer. — Unklarheiten im Berliner Proletariat; vom Barrikadenheld zum Konstabler. — Die Wahlen in Berlin und die Arbeiter; Enttäuschung der Demokratie. — Der Magistrat zieht andere Saiten auf. — Die Volkspresse und die Arbeiter; allerhand „Arbeiterzeitungen“. — Ein Ministerialerlaß für Arbeitsämter. — Die organisierten „Arbeiter und der Zeughaussturm.

> „Sehen wir denn nicht, daß mit der Zeit, wo das Volk die politischen Freiheit errungen har, sein gesellschaftlicher Gegensatz zur Klasse der Kapitalisten nur um so klarer hervortritt, daß es sich nun auch mit all seiner Tatkraft auf den Erwerb der sozialen Freiheit wirft!“
>
> (Einführungsartikel des Arbeiterorgans „Das Volk“.)

Inzwischen hatte neben anderen Rücksichten auch der Umstand, daß es Urban und Genossen so leicht gelingen konnte, eine große Volksversammlung für eine das Werk der Revolution kompromittierende Maßregel herumzubekommen, den vorgeschritteneren Arbeitern die Notwendigkeit der Schaffung einer wirksamen eigenen Organisation nahegelegt. Unter dem Vorsitz des Schneiders Lüchow fand am 29. März im Café d’artistes eine von etwa 150 Personen besuchte Versammlung zur Besprechung der Gründung eines Arbeiterklubs statt. In ihr sprach unter anderen der vom Kommunistenprozeß des Vorjahres her bekannte Schuhmacher Hätzel. In Uebereinstimmung mit Lüchow empfahl er, von der Veranstaltung großer Versammlungen, deren Wertlosigkeit bei der Unwissenheit der Masse ja die Versammlung vor dem Schön Häuser Tor gezeigt habe, vorläufig abzusehen und sich zunächst nach dem Kettensystem zu organisieren, d. h. in kleinen, durch einen Zentralklub vereinten Bezirksklubs. Für politische Demonstrationen könne man sich einstweilen an die Versammlungen der bestehenden demokratischen Klubs, wie den Politischen Klub, anlehnen. Es handle sich im Moment nicht um die großen Fragen, welche die Arbeiter von allen anderen Klassen trennten, sondern um gemeinsame Frontstellung gegen die sich schon wieder stärker regende Reaktion. Diese Ansicht drang nach lebhafter Debatte durch, und es wurde demgemäß noch am gleichen Abend ein provisorischer Zentralklub konstituiert, der den Schriftsetzer Stephan Vorn zum Präsidenten wählte. Born, der wie Hätzel Mitglied des Kommunistenbundes war, war wenige Tage nach dem 18. März von Paris nach Berlin gereist, wo ihn auch die Schriftsetzer zum Präsidenten ihres Vereins wählten. Er war ebenso rede- wie schriftgewandt und kann von nun ab als das geistige Haupt der sozialistischen Arbeiterschaft des damaligen Berlin gelten. In der nächsten, auf den 6. April einberufenen Versammlung, die, wie ihre Nachfolger, im Maaßschen Lokale, Sebastianstraße 62, stattfand, wurde auf Vorschlag Schlöffels, den Vorn unterstützte, Anschluß an den Schlöffelschen „Volksverein“ beschlossen, der, wie wir gesehen haben, die Bildung von Fachsektionen schon im Programm hatte und wahrscheinlich auf Grund intimer Vorbesprechungen von Radikalen und Arbeitern gegründet worden war. Von größerer Bedeutung noch als diese Versammlung war die ihr folgende, auf den 11. April

einberufene Versammlung. Zu ihr waren die Arbeiter aller Gewerke eingeladen worden, sich durch gewählte Deputationen bezw. Delegierte vertreten zu lassen, und der Besuch war denn auch ein sehr starker. Man hatte in der Zwischenzeit tüchtig gearbeitet. Selbst der Konstitutionelle Klub entsandte einige Delegierte. Ueberhaupt fehlte es nicht an bürgerlichen Elementen, da in verschiedenen Gewerken sich die Arbeiter durch Angehörige anderer Gesellschaftsklassen vertreten ließen.

Born, der auch hier den Vorsitz führte, wies in der einleitenden Ansprache darauf hin, daß in Deutschland sich noch „das Mittelalter mit Halsstarrigkeit“ an die Neuzeit anklammere und sich Bourgeoisie und Proletariat daher noch nicht so scharf wie in Frankreich und England gegenüberständen. Die Fabrikanten böten zur Zeit den Arbeitern freundlich die Hand zur Vermittelung und die Arbeiter begriffen sich „noch nicht als Partei“. Sie müßten aber lernen, sich als Ganzes zu fühlen und sich zu diesem Behufe organisieren. „Wir müssen vorläufig ein Komitee wählen,“ schloß er, „das alle Geschäfte in die Hand nimmt und die Herumläufer und Wichtigmacher in allerhand Volksversammlungen beseitigt.“ In der nun folgenden Debatte spielte die Frage des Arbeitsministeriums und wie man sich im Hinblick auf ein solches zu organisieren habe, die Hauptrolle. Von einer Seite, deren Hauptvertreter der Präsident Lette war, wurde empfohlen, sich in Gewerksinnungen und Handelskammern zu organisieren, die aus Arbeitern, Meistern und Fabrikanten zusammengesetzt sein müßten. Im Gegensatz dazu traten Born, der Schneider Michaelis, der Schuhmacher Bock, der Töpfer Böhmer und noch verschiedene andere Arbeiter, sowie Gustav Schlöffel dafür ein, ein nur aus Vertretern der Arbeiter bestehendes Zentralkomitee zu wählen. Diese Ansicht drang durch, es wurde sofort ein solches Zentralkomitee gewählt, das aus 28 Mitgliedern — je eines für jede Delegation — zusammengesetzt wurde, und ein aus fünf Personen bestehender engerer Ausschuß wurde mit Ausarbeitung eines Statuts beauftragt. Am 19. April fand eine neue Delegiertenversammlung statt, die das inzwischen ausgearbeitete Statut genehmigte und sich endgültig als Zentralkomitee für Arbeiter mit einem geschäftsführenden Ausschuß von sieben Personen konstituierte. Mitglieder des Ausschusses waren: Born (Buchdrucker), Vorsitzender; Bisky (Goldschmied), stellvertretender Vorsitzender; Michaelis (Schneider) und l)r. Wöniger (Delegierter der Bureauschreiber), Schriftführer; Dr. Rieß (Delegierter der Prägereiarbeiter), Kassierer; Dr. med. Waldeck (Delegierter der polytechnischen Gesellschaft) und Lüchow (Schneider), Kassenaufseher.

№ 1. 5. April, Jahr I. der Freiheit.

Der Volksfreund.

Zwangloses Flugblatt,

Herausgegeben von einer Anzahl Volksfreunde,

redigirt von

Gustav Adolph Schloeffel.

Friedrichs-Straße Nr. 150.

In den ruhmvollen Tagen der ersten französischen Staatsumwälzung entging das sich erhebende Volk nur deßhalb und dadurch den zahllosen Schlingen seiner zahllosen Verräther, weil es Männer hatte, die es sich zur heiligen Aufgabe machten, verfolgt und geächtet wie sie waren, auf jedem Schritte ihres Lebens nur **sein** Wohl zu überlegen, die geistigen Schildwachen der großen Volkssache zu sein und mit flammenden Lettern die Ränke der Tyrannen zu erhellen, den Weg vorzuzeichnen, auf dem die blutig erkämpfte Freiheit zu befestigen und zu fördern sei. Der Volksfreund sagt sich los von aller und jeder Rücksicht auf einzelne Interessen; er will schrankenlos und ohne Rückhalt in seinen Besprechungen nur **ein** Ziel, nur **einen** entschiedenen Zweck verfolgen, den Umschwung der bestehenden Verhältnisse **durch** und **für das Volk**, dem ein unnützes Wissen noch nicht den Kopf verdreht, das noch ein Herz hat, die Freiheit zu begreifen, und einen Arm um für sie zu kämpfen; durch und für die **arbeitenden**, gedrückten und geknechteten Klassen. Sie sind es, die in dem faulen Staat unserer Gegenwart, einzig und allein zum Kämpfen anfeuern, deren Sache Man lieben, für die Man sich opfern kann. Ja, wir glauben an eine **baldige** Wiedergeburt unserer Gesellschaft, aber nur, wenn die faulen Bestandtheile, die an ihrer Oberfläche schwimmen, vernichtet und aufgelöst, wenn die Massen in Bewegung gesetzt, wenn sie aufhören Massen zu sein und als solche angesehen zu werden, wenn sie die Grundlage bilden, auf der nach Wegräumung aller Hindernisse der Staat der **Freien** gegründet werde. Nehmt unsere Gesinnungen Ihr Arbeiter, Ihr Proletarier, Ihr Armen, Ihr Unterdrückten mit dem Vertrauen auf, zu dem Ihr gedrängt werdet, wenn Ihr bedenkt, daß es junge Männer sind, die Euch in diesem Blatte einen Dienst zu erweisen gedenken, die Jugend die ohne Interesse, ohne Rücksichten ihr geistiges Vermögen und ihre sorgsam, wenn auch erst kurze Zeit, gesammelten Erfahrungen Eurer Befreiung, Eurer Sache widmet. Weiset die alten, kreuzlahmen Verfechter des Bestehenden zurück, die uns verdächtigen werden, und gerade den Umstand, daß unsere Haare noch nicht grau wurden im Dienst der Despoten, ausbeuten werden, um Euch irre zu machen! Glaubt es, daß nur die Jugend berufen ist, das Werk der Zukunft zu vollenden, denn nur sie hat die Kraft und den Muth sich von der Vergangenheit loszureißen.

15. Titelseite der ersten Nummer des von Gustav Schlöffel herausgegebenen „Volksfreund“

Das Statut sieht für Berlin und die Provinzen örtliche, aus Delegationen der verschiedenen beruflichen und sonstigen Arbeitervereine nach Maßgabe der Mitgliederzahl zusammengesetzte Komitees für Arbeiter vor, welche sich die Erforschung der Uebel, unter denen die Arbeiter leiden, und deren Bekämpfung zur Aufgabe machen, und unter einander, sowie mit dem Zentralkomitee Verbindung unterhalten sollten, das bis zu anderweitiger Bestimmung durch die gleichfalls im Statut vorgesehene Generalversammlung in Berlin zu verbleiben habe. Eine besondere Abteilung des Zentralkomitees sollte die Sache der Arbeiterinnen vertreten.

Damit war der Grund gelegt für die erste umfassende, vom Geist der Neuzeit erfüllte Arbeiterorganisation Deutschlands. Der gedruckten Ausgabe des Statuts ging eine von Born verfaßte programmatische Einleitung voraus, die neben großem historischen Verständnis ebensoviel Festigkeit wie Mäßigung atmet. Das Dokument verdiente vollinhaltlichen Abdruck, da es indes dafür zu lang ist, mögen wenigstens einige der bezeichnendsten Stellen folgen:

> „Wir Arbeiter waren einem großen Teile der deutschen Bürgerklasse fremde, unbekannte Wesen, an welche man die dunklen Begriffe von Roheit und Feigheit, Unbildung und Demut, Dummheit und wilder Zerstörung knüpfte; konnten wir erwarten, daß man uns in einer geschichtlichen Bewegung sah, daß man uns als eine Klasse in der Gesellschaft betrachtete, die ihre eigene selbständige Entwicklung durchwacht? Und nun, nachdem sich neben jener unbewußten Kapitalistenmacht allmählich eine bewußte Arbeiterklasse entwickelt, nach einer Revolution, die Deutschland halb überraschte, weil ihr Impuls vom Auslande gekommen, nun sieht ein Teil des Volkes, der hier und da selbst die errungenen politischen Freiheiten noch nicht zu benutzen versteht, sich einer drohenden Macht gegenüber, die mancher selbst um den Preis des eben erst gewonnenen Sieges unterdrücken möchte. Und diese Macht der Arbeiter, ist sie wirklich so drohend, so gefahrvoll, als es die Furchtsamen, die Geizigen und die Ehrgeizigen, die Diener der Reaktion auf der einen und die gedankenlosen Stürmer auf der anderen Seite meinen? ...
>
> ... Wir schlagen unsere Kräfte weder zu hoch noch zu niedrig an; es ist wahr, wir stehen jetzt auf einer Stufe der Entwicklung, von der uns keine Gewalt auf Erden mehr

zurückwerfen soll . . ., wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in unsere Händen und niemand soll sie uns wieder entreißen. Aber neben diesem Gefühle unserer Stärke wissen wir auch, daß es in unserem Vaterlande noch keineswegs zwei scharf getrennte Volksklassen, Kapitalisten und Arbeiter, gibt, sondern daß in demselben sich noch andere Elemente geltend machen. Wir wissen, daß das deutsche Volk in seiner geschichtlichen Entwicklung abhängig ist von der Entwicklung der Völker, die diesen Prozeß schon durchgemacht, daß in einem Volle, wo es zwar Arbeiter, Arme, Bedrückte und Belastete, aber noch keine arbeitende Klasse gibt, auch keine Revolution von einer solchen zuerst ausgehen kann. Wir wissen sehr wohl, daß wir bei dem unklugen Versuche einer neuen Revolution in die sehr nahe Gefahr kommen würden, alles das noch zu verlieren, was wir eben erst errungen, und Deutschland in eine Anarchie zu versetzen, in welcher aber, wissen wir es wer, zur Herrschaft gelangen kann? Hier begegnen sich unsere Interessen mit den Interessen der Kapitalisten, wir wollen beide den Frieden, wir müssen ihn wollen! Wollen wir es dahin bringen, daß wir als Arbeiterklasse, als eine Macht im Staate dastehen, daß jeder von uns sich als ein Mitglied derselben erkläre und betätige, so wird die Organisation der Arbeiter für uns zur ersten Notwendigkeit, sie ist unsere erste Aufgabe So legen wir unser Interesse nicht mehr in die Hände einzelner Menschenfreunde, so stellen wir an den Staat die Verpflichtung, dem größten Teile seiner Kinder nicht länger die Mittel zu entziehen, mit denen allein sie existieren, sich fortentwickeln und, hoffen wir es, glücklich sein können. Sind wir vereinigt, so werden wir diese Mittel finden, denn für jede Notwendigkeit muß es eine Möglichkeit geben. Deutschland ist noch nicht so arm, daß ein Teil seiner Kinder notwendig darben muß. Wir, die wir zu denen gehören, die in Not und Entbehrung groß geworden, wir werden unseren Brüdern Hülfe bringen."

Es liegt auf der Hand, daß eine bei aller Entschiedenheit so ruhig und versöhnlich motivierte Arbeiterverbindung der bürgerlichen Revolution nicht gefährlich erscheinen konnte. Man beurteilte sie daher selbst im bürgerlich-liberalen Lager eher wohlwollend; namentlich aber die radikaleren Elemente der bürgerlichen Demokratie begrüßten in ihr einen vielversprechenden Bundesgenossen gegen die kapitalistisch-feudale Reaktion.

Während das Zentralkomitee für Arbeiter sich nun zunächst vornehmlich auf den Ausbau der geschaffenen Organisation und Anknüpfung von Verbindungen mit der Provinz und anderen deutschen Staaten verlegte, fingen die bei


Lied der Rehberger.

(Melodie: Ein freies Leben führen wir.)

Ein schernes Leben führen wir,
Ein Leben voller Freide:
Der Dag verjeht bei Schnaps und Bier,
Un Abends denn erholen wir
Uns in de Jungfernhaide.

Un sind wir von de Arbeet matsch,
Denn wird zum Spaß jelesen:
Wir bilden uns janz demokrat'sch,
Wir halten bloß den Kladderadatsch
Un Tante Voß mit'n Besen.

Jetzt schinden wir von'n Majistrat
Dagdäglich man zwelf Jroschen —
Wat denkt denn so'n Jeheimderath?
Det wird, wenn Eener Unjlück hat,
In Klabberjas verdroschen.

Zwelf Jroschen, un zehn Stunden karr'n?
Ne, Scheenster, det jeht so nich!
Denkt er, de Rehberj'r, det sind Narrn?
Zwelf Jroschen, un zehn Stunden karr'n! —
Raunyn, ne, na man jo nich!

Die scheene Zeit is bald entfloh'n,
Drum nu noch frisch jetummelt.
Heit jeht et noch uf Dagelohn,
Doch ach Herrje, von morgen schon
Wird uf [illegible] jebummelt!

16. Illustriertes Spottgedicht auf die „Rehberger“

einem Teil der Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter an, Behörden wie bürgerlichen Parteien immer größere Kopfschmerzen zu bereiten. Es waren dies namentlich die beim Bau des Spreekanals, der vom Schlesischen Tor nach Charlottenburg führt, sowie die bei den Erdarbeiten weit draußen vor dem Oranienburger Tor beschäftigten Arbeiter, letztere nach den unter anderen zu verrichtenden Rodungs- usw. Arbeiten an den sogenannten Rehbergen bald im Volk die „Rehberger“ genannt. Ihre Zahl war durch weitere Anstellungsverfügungen immer mehr angewachsen, und da es teils sehr tiefstehende, teils durch ihre Notlage in eine verzweifelte Stimmung gebrachte Leute waren, so konnte es nicht fehlen, daß viele von ihnen eher wie andere Leute zu turbulentem Auftreten neigten. Der Wahrnehmung ihrer Interessen hatte sich, wie schon erwähnt, der junge Schlöffel mit besonderem Eifer gewidmet. Er ward von ihnen als ihr Delegierter in das Arbeiterkomitee entsandt und auch sonst zum Fürsprecher gewählt. Sein von ihm ins Leben gerufenes Blatt „Der Volksfreund“, das als „zwangloses Flugblatt“ unregelmäßig erschien, ward an sie unentgeltlich verteilt. Der „Volksfreund“, der im ganzen nur neun Nummern erlebte, kann als das radikalste Blatt bezeichnet werden, das in Berlin im Revolutionsjahr veröffentlicht worden ist. Es führte nicht umsonst den gleichen Namen, wie einst das Organ Marals. Ein radikal-revolutionärer Republikanismus und Sozialismus wurde hier mit großer Schärfe vertreten, und es war vielleicht auf den „Volksfreund“ gemünzt, wenn in dem vorerwähnten Programmartikel des Zentralarbeiterkomitees auch gegen die „gedankenlosen Stürmer“ Stellung genommen ward. Denn schon hatte sich ein Konflikt zwischen Born, Bisky und anderen Mitgliedern des Komitees auf der einen Seite und Schlöffel und seinen Freunden auf der anderen Seite herausgestellt. Schlöffel, der von dem Wunsch durchdrungen war, die Revolutionsbewegung immer weiter zu treiben, hatte im „Volksverein“ einen Mehrheitsbeschluß für den Vorschlag durchgesetzt, am Gründonnerstag, den 20. April, eine Massendemonstration gegen die indirekte Wahl zu veranstalten. In einem Zuge von 60.000 Mann sollten die Arbeiter vor das Palais des Ministers Camphausen ziehen und den Minister durch ein Komitee zur Abänderung des Wahlgesetzes auffordern. In Minderheit gebliebene Mitglieder, darunter Born und Bisky, hatten den Antrag bekämpft, weil sie die Manifestation für aussichtslos in der Sache des Wahlrechts und gefährlich für die allgemeine politische Situation hielten. Sie meinten, daß, wenn die Demonstration streng friedlich bleiben solle, sie überflüssig sei, da die Gegnerschaft des Volks von Berlin gegen das indirekte Wahlsystem in den politischen Klubs und Versammlungen unmißverständlich genug kundgegeben worden, eine Einwirkung auf das Ministerium aber ausgeschlossen sei, nachdem der Minister einer Deputation des Vereins am 13. April kategorisch erklärt hatte, mit dem schon beschlossenen Wahlsystem stehen oder fallen zu wollen. Eine Erneuerung der Revolution aber sei bei der Stimmung der großen Masse des Bürgertums aussichtslos und werde nur der Reaktion dienen. Daran war so viel richtig, daß sich so ziemlich das ganze Bürgertum gegen den Gedanken der Demonstration auflehnte und Aufforderungen an das Ministerium ergingen, Gegenmaßregeln zu

treffen und Gegendemonstrationen zu organisieren. Und als der Volksverein am Gedanken der Demonstration festhielt, wurde dann bürgerlicherseits in der Tat nach diesem Wunsch verfahren und die gesamte Bürgerwehr gegen die Demonstration mobil gemacht. Die Bürgerwehr, statt eine organisierte Wehr des gesamten Volkes zu sein, hatte noch in den Märztagen eine solche Organisation erhalten, daß sie faktisch weiter nichts war, als eine organisierte Garde von Groß- und Kleinbürgern. Ihr Verhalten im Revolutionsjahr war indes kein einheitliches, es wechselte mit den Stimmungen jener Klassen oft von Kompagnie zu Kompagnie.

Aber nicht genug, daß man die Bürgerwehr aufbot, wurde auch mit Hochdruck unter den Arbeitern agitiert, um diese zum Abstehen von der Demonstration zu bewegen, und dies nicht ohne Erfolg. Ein großer Teil der Maschinenbauer, insbesondere der Borsigschen, sagte sich von der Demonstration los, die Handwerksgesellen wurden von ihren Meistern gegen die Demonstration bearbeitet und ihnen die Auslieferung der Gewerksfahnen für den geplanten Umzug verweigert. Neue Zerwürfnisse im Volksvereinskomitee traten ein, und als der Tag der Demonstration herannahte, fand er mehr Schutztruppen des Bürgertums — auch der Handwerkerverein hatte sich zu einer solchen hergegeben — und Gegendemonstranten auf den Straßen, als Parteigänger der Demonstration. Zur Stunde, wo diese stattfinden sollte (nachmittags 2 Uhr), fanden sich im ganzen zwischen 1.000 bis 1.500 Personen in kleinen Trupps auf dem als Sammelplatz bestimmten Alexanderplatz ein und bildeten dort Gruppen, die sich mit der schon aufgestellten Bürgerwehr friedlich unterhielten. Um 4 Uhr wurde bekannt gegeben, daß der Zug abbestellt worden sei. Man zog darauf nach dem Exerzierplatz vor dem Schönhauser Tor und improvisierte eine Volksversammlung, in der man scharf dagegen protestierte, daß die Behörden einer friedlichen Demonstration die Bürgerwehr bewaffnet gegenüber gestellt hätten, und Fälle von brutalprovozierendem Auftreten einiger Bürgerwehrleute mitteilte. Tags darauf, am 21. April, wurde Schlöffet wegen eines für die Demonstration bestimmten Artikels des „Volksfreund“ verhaftet und unter Anklage gestellt, die am 11. Mai zu seiner Verurteilung zu sechs Monat Festungshaft wegen Verleitung zum Aufruhr führte. Schlöffel verzichtete auf Appellation und wurde zur Abbüßung der Strafe in der Festung Magdeburg interniert. Von dort entfloh er drei Wochen vor Ablauf der Strafzeit, um sich der ungarischen Revolutionsarmee anzuschließen, und nahm dann im Frühjahr 1849 am badisch-pfälzischen Aufstand teil. Im Treffen bei Waghäusel (21. Juni 1849) fiel er, von einer Kanonenkugel getroffen, im Kampf für die Revolution, der er schon in frühester Jugend sein Leben gewidmet hatte. Er war eine feurige, durchaus edle Natur. Sein Blatt, der „Volksfreund“, war in der Sprache der Leidenschaft geschrieben, aber seine Polemik, so scharf sie war, blieb von allen niedrigen Ausfällen frei.

„So gehe hin, du besonnene Minorität,“ rief er in der letzten der von ihm in Freiheit redigierten Nummern des „Volksfreund“ den aus dem Wahlkomitee des Volksvereins ausgeschiedenen elf Mitgliedern nach, „auf dir ruht nicht der Fluch, den einst künftige Geschlechter auf uns

wälzen werden, die wir schuld waren an diesem ungesetzlichen Zuge, an diesem Scheidewege des friedlichen Liberalismus und der Demokratie. Ihr seid unschuldig, sehr unschuldig!“ Milder konnte man Mitkämpfer, die vor einer im Interesse der Revolution für notwendig gehaltenen Aktion zurückschreckten, nicht kritisieren.

Freilich ist damit nicht die Frage der Zweckmäßigkeit der Aktion selbst entschieden. Blieb sie friedlich, so hatte sie, da man vor einer vollendeten Tatsache stand, wirklich herzlich wenig Zweck, denn an friedlichen Umzügen fehlte es in jenen Tagen nicht. Sie hatte vielmehr nur Sinn, wenn ihr der Gedanke zugrunde lag, die zu erwartende Weigerung des Ministers mit einem Handstreich oder neuen Barrikadenkämpfen zu beantworten. Polizeizeugen haben später behauptet, daß im internen Komitee ein solcher Plan in der Tat verabredet worden sei. Sie mögen gelogen haben. Aber dann ist es begreiflich, warum Männer, die vordem gezeigt hatten und später wieder zeigten, daß sie im gegebenen Moment zu kämpfen wußten, von der Demonstration nichts wissen wollten. Schlöffel hat ganz ersichtlich, wie manche andere Ideologen aus der Bürgerklasse, das revolutionäre Temperament der Arbeiter jener Tage überschätzt, sonst wären trotz aller Gegenagitationen wohl mehr als die paar hundert Mann auf dem Alexanderplatz erschienen. Born, Bisky und Genossen kannten ihre Klasse besser. Sie wußten, daß deren Zeit noch nicht gekommen war.

Was der Arbeiterklasse Berlins vor allem damals fehlte, war Stetigkeit. Ein typisches Bild des Durchschnittsarbeiters jener Tage war der tapfere Barrikadenkämpfer Gustav Lesse, der sich in der Nacht vom 18. zum 19. März so glänzend ausgezeichnet hatte und nach verhältnismäßig kurzer Zeit hinging und sich als — Konstabler anwerben ließ. Eine von ihm in der Volksversammlung vom 26. März gehaltene und als Flugblatt verbreitete Rede macht diese Wandlung sehr begreiflich. Der Stürmer der Kaserne fordert darin auf, an „unseren hochherzigen König“ mit der Bitte um ein demokratisches Wahlrecht heranzutreten. Aehnlich wandelbar benahmen sich die „Rehberger“. Unter Führung Schlöffels hatten sie vom Magistrat eine Erhöhung ihres Tagelohns erkämpft. Eine von Schlöffel für sie aufgesetzte Adresse, die im „Volksfreund“ vom 8. April abgedruckt ist, bezeichnete als Forderung der Tagelöhner für 12 Stunden Arbeit im Sommer nach heutigem Gelde 2 Mk. und für 10 Stunden Arbeit im Winter 1 Mk. 75 Pf. Tagelohn. Einige Tage darauf erklärten die Erdarbeiter, sich mit 1 Mk. 50 Pf. pro Tag begnügen zu wollen, und als ihnen dieser Satz bewilligt wurde, zogen sie am 15. April, 1.300 Mann stark, in feierlichem Zuge und mit geschmückten Spaten vor das Rathaus, sich bei den Behörden für die Bewilligung zu bedanken. Drei Tage darauf gab es indes schon einen kleinen Tumult, weil ein Baubeamter Arbeiter hatte veranlassen wollen, Akkordarbeit zu liefern, und das Gewerk der Zimmerleute beschwerte sich in einem öffentlichen Anschlag darüber, daß arbeitslosen Kollegen, die sich bei den öffentlichen Arbeiten gemeldet hätten, von den Erdarbeitern angedroht worden sei, man werde sie mit Gewalt davonjagen, wenn sie sich unterfangen wollten, solche Arbeit zu übernehmen. Und Erdarbeiter waren es auch meist, welche sich zu den Sprengungen

radikaler Klubs anwerben ließen, die in jenen Tagen wiederholt stattfanden. Sie lieferten einen Teil der „schwarzen Hundert“ der Berliner Revolution.

Bedenkliche Arbeiterdemonstrationen des Monats April waren auch die Aufzüge turbulenter Trupps vor Kleiderläden, Möbelläden usw., welche letzteren von den noch in zünftlerischen Anschauungen befangenen Arbeitern als Schädlinge der Arbeiterinteressen betrachtet wurden. Es gab da allerhand unliebsame Szenen und Konflikte mit der Bürgerwehr, welche die Läden zu schützen hatte.



Deutsche

Arbeiter-Zeitung.

Organ für Arbeiter und Arbeitgeber.

Erscheint: Für jetzt wöchentlich zwei Mal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezug: Durch alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.
Redaktions-Comité: Bielz Goldarbeiter, Hetzel Schuhmacher, Kurger Buchdrucker, Lenz Schuhmacher, Paide Gärtner, Neuvel Weber, Schramm Tischler, Schwarz Stuhlmacher.

Preis: Monatlich 3 Silbergroschen.
Büreau: Johannisstraße No. 4., wo auch Inserate, zu 1 Silbergroschen die Zeile, angenommen werden.
Herausgeber: F. Behrend und Schmidt von Danzig, Lehrer im Handwerker-Verein.

No. 1. Sonnabend, den 8. April. 1848.

Ankündigung.

Die Kämpfe der Gegenwart verlangen gebieterisch die Hebung der arbeitenden Klassen in gesellschaftlicher und bürgerlicher Beziehung und fordern die Abhülfe der Noth und der Mängel, die sie betreffen. Aus dem höchst gedrückten, ja unerträglichen Zustande, in den sie großentheils gerathen sind, müssen und wollen sie emporgehoben werden zu derjenigen Stufe der Gesellschaft, in diejenige Stellung, welche ihnen, die sie die Kraft und das Mark des Landes ausmachen, gebührt.

Auf welche Weise kann dieses aber geschehen ohne gänzlichen Umsturz alles Bestehenden, wodurch die arbeitenden Klassen würden mit begraben werden? Welches sind die Mittel und Wege, die zum genannten Ziele auf die schnellste, aber auch auf die sicherste und zuverlässigste Weise zu führen vermögen, ohne daß die Arbeit selber gänzlich zu Grunde gehe und ohne daß alles Vorhandene durch immer neue Zuckungen und Stöße durch und durch gefährdet werde?

Die Aufgabe ist noch nicht gelöst! Die verschiedensten Mittel sind angepriesen worden, aber noch sehr wenige sind ernstlich geprüft, und von den wenigen hat noch keins als durchgreifend und wirksam sich erwiesen. Sind die Mittel zu finden bei den Gelehrten und Staatsklugen, die nur aus ihren einsamen Zimmern heraus, ohne unmittelbare Anschauung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und ohne Verkehr mit den Arbeitern, die Sache betrachten? Oder sind sie zu finden bei den Planmachern und Volksaufregern, die durch Anzettelung von Unruhen und durch Antrieb zur Mißstimmung alle Industrie untergraben und mit völliger Vernichtung bedrohen? Durch jene und durch diese ist bereits ein wahrer Knäuel von Vorschlägen, Meinungen, Plänen und Andeutungen zusammengewirrt, der die Arbeiter zu ihrem eigenen Verderben immer mehr zu umgarnen droht.

Die Mittel und Wege zur Verbesserung und Hebung dieser Zustände müssen in den arbeitenden Klassen und durch sie selber gefunden werden. Die Arbeiter müssen Gelegenheit haben, sich auszusprechen über das, was ihnen Noth thut, — über das, was sie mit Recht oder ihrem Bedünken nach in Anspruch zu nehmen haben. Es muß ihnen entgegnet werden, wenn sie sich mit ihren Ansprüchen im Unrechte, — aber ihnen beigepflichtet und möglichst schnell beigestanden werden, wenn sie sich im Rechte befinden. Nur so kann das Wahre und wirklich Heilbringende erkannt und eine nicht nur durchgreifende, sondern auch dauernde Verbesserung erreicht werden.

Von dieser Ueberzeugung ausgehend, hat ein großer Theil der Arbeiter das Verlangen kund gethan, daß eine Zeitung gegründet werde, welche lediglich dem Interesse der Arbeiter gewidmet, ihnen gewissermaßen als Parlament oder Sprechsaal diene, um sich darin nicht unter sich, sondern auch mit den Arbeitgebern und Kapitalinhabern zu verständigen, und um endlich — was von der größten Wichtigkeit ist, — der Landesregierung klar und deutlich aus der Mitte der Arbeiter selber zu zeigen, was sie zu thun habe und wo zu helfen sei, wenn sie wirklich für die Arbeiter etwas thun und ihnen helfen will.

Neben diesem Hauptbestreben soll die Zeitung auch zugleich den Zweck haben, ein Träger der wichtigsten Neuigkeiten des Tages vom Inlande und Auslande zu sein, so weit sie den gebildeten Arbeiter interessiren können, und endlich soll sie zu einer Art Intelligenz- Amts- oder Anzeigeblatt für die arbeitenden Klassen sich gestalten.

Zur Verwirklichung dieses Plans haben die Arbeiter aus ihrer Mitte einige Männer erwählt, die sich mit einigen, mit dem Handwerkerstande in näherer Berührung stehenden Gelehrten und Schriftstellern zu einem „Redactionscomité“ verbunden haben. Die von diesem Comité herauszugebende Zeitung, die den einfachen Titel:

Deutsche Arbeiter-Zeitung

führt, wird folgende Abtheilungen darbieten.

1) Leitende Artikel über die wichtigsten, die Arbeiter betreffenden Tagesfragen.
2) Aufsätze über den Zustand und die Wünsche und Bedürfnisse der arbeitenden Klassen — **eingesendet** von Arbeitern und Arbeitgebern, von Meistern und Gesellen, von Fabrikinhabern und Gehülfen, Gelehrten, Kaufleuten, Beamten u. s. w.
Diese **„eingesendeten“** Aufsätze, Anfragen, oder Mittheilungen werden **unentgeldlich** aufgenommen.
3) Mittheilung der neuesten Tagesereignisse im Inlande und Auslande — kurz und bündig, damit der Arbeiter, der nicht viel Zeit zum Lesen hat, stets erfährt, was geschehen, und nicht durch einen großen Wust von Zeitungsnachrichten sich erst

17. Titelseite der ersten Nummer der Deutschen Arbeiterzeitung des Handwerkervereins

Mehr Rechtfertigung hatte eine Aktion der Volksmassen in der Brotfrage. Am 17. und 18. April zogen, nachdem am 16. April in einer Zeltenversammlung der Brotwucher zur Sprache gebracht und Selbsthülfe als das einzige Mittel der Abhülfe bezeichnet worden war, Arbeitertrupps durch die Stadt vor alle Bäckerläden. Bei jedem Laden wurde Lall gemacht, ein oder zwei Mann gingen in den Laden und wogen die Fünfgroschenbrote nach. Fand sich, daß die Brote weniger als 6 Pfund alten Gewichts (ungefähr 5½ jetzigen Gewichts) wogen, so wurde ein solches Brot mit einer entsprechenden Inschrift vor die Ladentür angenagelt. Auf diese Weise suchte sich das Volk gegen Uebervorteilung durch wucherische Bäcker zu schützen und erreichte es — da die Behörden sich auf eine Einführung der alten Brottaxe nicht verstehen wollten — daß wenigstens eine Verfügung erlassen wurde, wonach die Bäcker die Gewichtpreise des Brotes durch Aushang täglich bekannt zu geben hatten.

Bei den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung wie zum Frankfurter Reichsparlament trat die Arbeiterschaft Berlins selbständig nicht in die Aktion. Die indirekte Wahl und die Wahlbeschränkungen machten ihr dies unmöglich. Born hatte Anfang April im Volksverein statt der von Schlöffel beantragten Demonstration vorgeschlagen, während des Wahlkampfes selbst gegen das Wahlsystem zu demonstrieren, d.h. noch drei Wochen zu warten, bis der Wahlkampf im Gange sei. Wahrscheinlich hätten sich die Massen da mehr erwärmt. Nachdem aber die Demonstration vom 20. April so kläglich verunglückt war, war an eine Wiederholung in so kurzer Zeit nicht zu denken, und so verhielt sich die Arbeiterschaft selbst passiv. Dagegen hielten sich die Demokraten und selbst die Führer des konstitutionellen Klubs für verpflichtet, wenigstens einige

Vertrauensmänner der Arbeiter auf ihre Kandidatenlisten zu setzen. Auch zog man das Zentralkomitee der Arbeiter zu Besprechungen über die spezifischen Arbeiterforderungen heran. Die Urwahlen (Wahlen der Wahlmänner) ergaben jedoch die Wahl von soviel Spießbürgern zu Wahlmännern, daß Berlin schließlich zufrieden sein mußte, halb konservativ-gemäßigt und halb bürgerlich-radikal in der Nationalversammlung vertreten zu sein. Einzig der Goldarbeiter Bisky wurde, neben Bruno Bauer, im Dorotheenstädtischen Viertel zum Stellvertreter gewählt (der Stellvertreter hatte für den Abgeordneten einzuspringen, sobald dieser sein Mandat nicht ausfüllen konnte oder wollte). Die Abgeordneten dieses Kreises waren der Obertribunalsrat Waldeck und der Oberbürgermeister Grabow, die beide später eine hervorragende Rolle im Parlament spielen sollten.

Unzweifelhaft hatte neben anderen Vorkommnissen auch ein Kampf im



18. Berliner Karikatur auf die bescheidenen Erfolge der Märzkämpfe

Buchdruckgewerbe, der gerade in den Tagen sich abspielte, in welche die Urwahlen entfielen, das Berliner Wahlresultat beeinflußt. Die Buchdrucker, bezw. die Schriftsetzer, deren Wochenlohn bei 12—14 stündiger Arbeitszeit im Durchschnitt kaum 4 Taler erreichte, halten von den Prinzipalen Herabsetzung der Arbeitszeit und eine mäßige Lohnerhöhung verlangt. Nach längeren Unterhandlungen, die seitens der Prinzipale immer wieder verschleppt wurden, stellten die Gehülfen am 28. April die Arbeit ein. Verschiedene Zeitungen konnten gar nicht, andere nur in sehr beschränktem Umfange erscheinen. So entschlossen sich denn die Prinzipale zu einem Vermittelungsvorschlag, wonach die Streitfrage bis zum 1. Juni endgültig geregelt sein sollte, und das Komitee der Gehülfen stellte es daher am 30. April den Kollegen frei, je nachdem wieder an die Arbeit zurückzukehren. Als aber eine größere Zahl der Gehülfen am 1. Mai sich wieder zur Arbeit meldete, verlangte man in verschiedenen Druckereien Unterschreibung eines Reverses, wonach sie ihre „Reue über den getanen Fehltritt" ausdrücken und versprechen sollten, sich nie wieder zu dergleichen Missetaten hinreißen zu lassen. Natürlich wurde das Ansinnen mit Entrüstung zurückgewiesen, in den betreffenden Druckereien die Arbeit sofort wieder eingestellt und erst wieder aufgenommen, nachdem am 2. Mai der Stadtrat Risch den

versammelten Gehülfen die Mitteilung überbracht hatte, daß die Prinzipale beschlossen hätten, den Revers zurückzuziehen.

Diese Vorgänge wirkten auf die verschiedenen Elemente des bürgerlichen Publikums in verschiedener Richtung ein. Die radikaleren Demokraten, die auf ein Zusammengehen mit den Arbeitern nicht verzichten wollten, nahmen gegen die Scharfmacher unter den Prinzipalen Partei, so daß der Drucker Sittenfeld, der für den Haupttreiber galt, bei der Wohl der Wahlmänner nur 3 Stimmen erhielt, während er in den Vorversammlungen über 300 Stimmen erhalten hatte. Das große Heer der Spießbürger aber nahm gegen die Arbeiter Stellung. Die Arbeitseinstellung war in seinen Augen unverzeihliche Auflehnung gegen den „Brotgeber“. Schon am 23. April hatte der Magistrat in dieser Frage eine schärfere Tonart angeschlagen und eine neue Bekanntmachung veröffentlicht, die den Stimmungsumschwung charakterisiert.

> „In den letzten Tagen haben Gehülfen, Gesellen und Arbeiter vielfach ihren Verrichtungen sich entzogen, um den öffentlichen Versammlungen beizuwohnen, man hat sogar den fleißigen Arbeiter in seiner Beschäftigung zu stören versucht. Nachdem das Königliche Polizei-Präsidium bereits die öffentlichen Aufzüge untersagt, müssen auch wir die Gehülfen, Gesellen und Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß die Gesetze das eigenmächtige Verlassen der Arbeit nachdrücklich ahnden, daß diese gesetzlichen Bestimmungen ihre volle Gültigkeit haben und daß deren kräftige Handhabung zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung unerläßlich ist.
>
> Die Sonntage und Feierabendstunden bieten zu gemeinsamen Beratungen und Besprechungen so viel Zeit dar, daß es nur wünschenswert sein kann und im Interesse der Gewerbegehülfen selbst liegen muß, wenn der ohnehin bedrängte selbständige Gewerbetreibende bei seinem mühevollen Erwerbe nicht weiter unterbrochen und gestört wird.“

So stand es um die Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter, als erst kaum 5 Wochen nach dem Barrikadenkampf verstrichen waren, bei dem, wie die liberalen und demokratischen Bürger einstimmig anerkannt hatten, in erster Reihe die Arbeiter die Freiheit für das Bürgertum erkämpft hatten. Gewiß war es nicht lediglich Parteinahme für den Geldsack, die diese Haltung bestimmte. Ein gutes Stück davon müssen wir vielmehr auf die allgemeine Unklarheit in wirtschaftlichen Fragen zurückführen. Traten doch in fast allen Versammlungen auch Arbeiter auf, die erklärten, eine Lohnerhöhung könne nichts helfen, da sie nur zu Erhöhung der Kosten des Lebensunterhalts und Erschwerung des Absatzes führe. Letzteres mußte um so mehr als zutreffend erscheinen, als in der Tat in vielen Gewerben der Geschäftsgang ein immer schlechterer wurde. Daß dies vornehmlich der allgemeinen Unsicherheit zuzuschreiben war, welche die Gemüter erfaßt hatte, zum Teil auch den Konsumeinschränkungen zugeschrieben werden muß, welche sich die wohlhabenderen Klassen auferlegten, während die Arbeiter nicht konsumieren bezw. kaufen konnten, braucht hier nicht erst des breiteren nachgewiesen zu

werden. Der Geschäftsdruck war international, und alle Maßnahmen, ihm zu steuern, erwiesen sich zunächst als fruchtlos. So nahmen denn selbst Radikaldemokraten oder solche, die sich dafür ausgaben, wie z. B. der zu jener Zeit noch sehr populäre und namentlich bei den Maschinenbauern einflußreiche F. W. Held, gegen die streikenden Buchdrucker Partei. Leid hatte seine im Vormärz herausgegebene Zeitung „Lokomotive“ wieder auferstehen lassen und fand für sie, die übrigens den heutigen Leser durch ihre sehr ruhige Sprache überrascht, auch bei den Arbeitern eifrige Leser.

Fui Charlottenburg!

Dir muß man bei die Beene ufhängen!



En Urtheils-Spruch

von

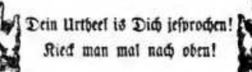
Aujust Buddelmeyer, Dages-Schriftsteller mit'n froßen Bart.

Ne Bürschken, Du mußt Die Ruthe kriegen,

Mops, belle den Mond nich an!

Die Milch kannst Du uns woll zu Wasser machen, aber nich die Freiheit!

In Spandow un Brannenburg hafte Jesinnungs-Verwandte, da sollste hinversetzt werren!



Dein Urtheel is Dich jesprochen! Kieck man mal nach oben!

Plansche in Deine Milch, aber mansche nich in die Pollitik!

Knickstiebel, Dein Urtheel is jesprochen! Jroßklapps Du mußt zappeln!

19. Satirisches Flugblatt auf Charlottenburg, damals noch „Dorf“ (Nach dem brutalen Ueberfall auf Charlottenburger Demokraten, 20. August 1848)

Hier dürfte es am Platze sein, einige Worte über die Berliner Volkspresse des Jahres 1848 einzufügen.

Eine ganze Reihe demokratischer Blätter waren plötzlich in Berlin erstanden; sie machten sich untereinander und der schon bestehenden demokratischen „Zeitungshalle“ eine solche Konkurrenz, daß kaum eines davon auf die Dauer seine Kosten deckte. Eine nicht unbedeutende Konkurrenz erwuchs der „Zeitungshalle“ durch die von Arnold Rüge und H. B. Oppenheim redigierte „Reform“. Das Blatt, das erst in Leipzig erschien, brachte zunächst nur eine für Berlin berechnete Beilage. Als es sich aber herausstellte, daß diese zu spät in Berlin eintraf, um mit den dort sich abspielenden Ereignissen Schritt halten zu können, ward die „Reform“ vom 1. Juli ab völlig in Berlin herausgegeben und gewann, da sie wesentlich packender geschrieben war, als die „Zeitungshalle“, erheblichen Einfluß. Keines dieser Blätter aber konnte hinsichtlich der Auflage mit der „Vossischen Zeitung“ konkurrieren, in deren Spalten nach wie vor dem 18. März, wenn auch in anderer Form, bürgerliche Ängstlichkeit und Engherzigkeit den Ton angaben, und die sich denn auch damals sehr zu ihrem Nachteil von der bald nach den Märztagen ins Leben gerufenen, ebenfalls durchaus bürgerlichen „Nationalzeitung“ unterschied.

Neben dem Schlöffelschen „Volksfreund“, von dem nach Verhaftung Schlöffels nur noch drei, von Schlöffels Freund Monecke geleitete Nummern erschienen, kam als Organ des Volksvereins die von dessen Vorsitzenden Doktor Max Schaßler redigierte „Volksstimme“ heraus. Sie war wesentlich gemäßigter gehalten als der „Volksfreund“,

predigte schon in ihrer erster Nummer den Arbeitern, keine Maßregel zu begehren, welche das Wohl der Arbeitgeber gefährden würde, und nannte sich auch demgemäß „Blatt für Arbeiter und Arbeitgeber“. Den gleichen Untertitel führten die zwei „Arbeiterzeitungen“, welche, gleich den letztgenannten Blättern, Anfang April ins Leben gerufen wurden.

Einladung zur Subscription und Prospectus

für das

Organ des Befreiungs-Bundes.

Vom 1. October an erscheint im Verlage von Rudolph Liebmann in Berlin, Friedrichstr 18., und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter zu beziehen:

Der Urwähler.

Wochenschrift.

Redakteur: Wilhelm Weitling.

Keine Güterverteilung!
Keine Zwangsarbeit! —
Aber lohnende Arbeit und ehrlichen Handel für Alle.

Abonnements-Preis für Berlin und für die Provinzen im Buchhandel monatlich 3 Sgr.
Bei den Königl. Post-Ämtern werden nur Quartal-Abonnements mit 10 Sgr. entgegengenommen.
Briefe und Zusendungen werden franco durch den Verleger erbeten.

20. Titelseite der Probenummer des von dem Kommunisten Wilhelm Weitling herausgegebenen „Urwählers“

Die eine davon, deren voller Titel wie folgt lautete: „Deutsche Arbeiterzeitung, Organ für die Interessen der Arbeiter, Gewerbetreibenden und Fabrikanten“, hatte zwei Lehrer, Dr. R. Lubarsch und Theophil Bittkow, zu Herausgebern. Sie fing ziemlich radikal an, verwandelte sich aber bald in ein höchst philiströses Unterhaltungsblatt und schlief nach einigen Monaten friedlich ein. Mehr Bedeutung hatte ihre Namensschwester, ein Kind des Berliner Handwerkervereins. Ihr Titel war: „Deutsche Arbeiterzeitung, Organ für Arbeiter und Arbeitgeber“. Sie hatte zwei studierte Leute, den Dr. jur. Eduard Schmidt und den Lehrer F. Behrend zu Herausgebern, denen eine aus acht Arbeitern bestehende Preßkommission als Redaktionskomitee zur Seite gesetzt war. Die ersten Mitglieder dieses Komitees waren: Bisky, Goldarbeiter; Hätzel, Schuhmacher; Karger, Buchdrucker; Lenz, Schuhmacher; Pathe, Gärtner; Rouvel, Weber; Schramm, Tischler; Schwarz, Stuhlmacher. Die von ihnen kontrollierte Zeitung darf entschieden größere Bedeutung beanspruchen als die Bittkowsche Zeitung, sie beschäftigte sich auch weit mehr als diese mit wirklichen Arbeiterfragen und enthält sehr viele, für die Geschichte der Arbeiterbewegung des Jahres 1848 überaus wichtige Einsendungen von Arbeitern, aber ihre Haltung war eine schwankende, wie die des Handwerkereins selbst. Vom 19. April ab war auch Born ins Redaktionskomitee eingetreten und die Haltung des zweimal wöchentlich erscheinenden Blattes wurde immer entschiedener politisch-radikal. Da muß es Mitte Mai einen Konflikt in Redaktion und Redaktionskomitee abgesetzt haben. Behrend schied aus der Redaktion, Born und noch ein Arbeiter aus dem Redaktionskomitee aus, und Dr. Schmidt kündigte in der Nummer vom 24. Mai an, daß er die „Deutsche Arbeiterzeitung“ fortan als „Kind des Handwerkervereins“, also wesentlich als Bildungsorgan redigieren werde. Mit diesem beschränkten Programm konnte sie aber den

vorgeschrittenen Arbeitern nicht genügen, und so trat denn Ende Mai als Organ des Zentralkomitees für Arbeiter das von Stephan Born redigierte Blatt „Das Volk“ ins Leben. Um diese Zeit gründeten sich auch die Maschinenbauer ein Organ, die „Maschinenbauerzeitung“, dem am 13. Mai der „Gutenberg“, Organ für das Gesamtinteresse der Buchdrucker und Schriftgießer Deutschlands, vorangegangen war, von allen im Völkerfrühlingsjahr aufgesprossenen Arbeiterzeitungen diejenige, welche das längste Leben haben sollte.



21. Wilhelm Weitling
Nach einem Holzschnitt aus dem „Wahren Jakob“

Mit Aufzählung dieser Blätter ist die Liste der im Frühjahr 1848 für die arbeitenden Volksklassen gegründeten Zeitungen noch durchaus nicht erschöpft. Alle Welt glaubte sich zur Herausgabe von solchen berufen, hatte sein Allheilmittel für die sozialen Mißstände an den Mann zu bringen. Projektenmacher aller Art glaubten ihren Tag gekommen. Je nichtssagender das Rezept war, mit um so tönenderen Schlagworten wurde es angepriesen. Zweideutige Gesellen spielten die unversöhnlichen Demokraten und kompromittierten durch ihre ultraradikale Phraseologie den wirklichen Radikalismus.

Zu ihnen gehört auch ein gewisser Massaloup, der am 19. April ein überaus schwülstig-revolutionäres Plakat anschlagen ließ, das „der Verein sämtlicher Maschinenbauarbeiter“ unterschrieben war, aber von den Maschinenbauern selbst sehr energisch desavouiert wurde. Dieser Massaloup gründete im Verein mit Dr. H. Wiß, der sich später gleichenfalls als unsicherer Kantonist herausstellte, die radikale Zeitung „Der Demokrat“, die es indes trotz der zur Schau getragenen Gesinnungstüchtigkeit nur auf ganze zwölf bis dreizehn Nummern brachte. Zwei Jahre darauf kam es in Breslau durch einen politischen Prozeß ans Licht, daß er sich als Polizeiagent hatte gebrauchen lassen.

Auch Wilhelm Weitling versuchte es in Berlin mit einer Zeitungsgründung, die aber gleichfalls fehlschlug.

Noch größer als die Zahl der Zeitungen war die der Flugschriften, Flugblätter und Plakate. Sie legen von dem regen geistigen Leben des Revolutionsjahres sprechendes Zeugnis ab, und manches Schriftstück ist darunter, das der Vergessenheit entrissen zu werden verdiente. Ueberwiegend ist aber auch hier die seichte, bald spießbürgerliche, bald phantastische Phrase. Selbstverständlich verschonte die Satire keine Partei und keine Klasse. Radikale Humoristen legten, wie dies schon Glasbrenner vor 1848 getan hatte, die derbsten Bilder und Vergleiche den niedrigst gestellten Arbeitern, insbesondere den Eckenstehern, in den Mund, und offene oder ertappte Reaktionäre machten es ihnen nach. Für die letzteren waren die „Rehberger“ das beliebteste Objekt von Spottbildern und Spottgedichten. Sie wurden, da ihre Arbeit wenig produktiv war — beim Ausroden von Baumstümpfen brauchten immer vier Mann sechs Tage für einen „Stubben“, so daß jeder Stumpf auf 36 Mk. zu stehen kam — als eine Art Prätorianergarde des Magistrats, bezw. des neuen Oberbürgermeisters Naunyn bewitzelt. Bei den kleinbürgerlichen

Demotraten waren die Flugblätter des Schriftstellers Dr. Cohnfeld lange Zeit sehr beliebt, der unter dem Pseudonym „Buddelmeyer, Dages-Schriftsteller mit'm großen Bart“ schrieb. Eines dieser Flugblätter findet der Leser auf Seite 45. Es handelt von einem nichtswürdigen Ueberfall der Reaktionäre Charlottenburgs auf die paar dortigen Demokraten, darunter die Brüder Bruno und Edgar Bauer. Unter Mitwirkung aufgestachelter Arbeiter belagerten die Charlottenburger Ordnungshelden am Sonntag, den 20. August 1848, schon in der Frühe das Lokal des etwa zwanzig Mitglieder zählenden demokratischen Vereins, mißhandelten unter wüstem Geschrei jeden Demokraten, der erschien, und zogen dann vor die Häuser der anderen, rissen sie aus den Wohnungen heraus und schlugen auf das brutalste auf sie drein, so daß einer davon, der Kaufmann Jacoby, lebensgefährlich verwundet wurde. Der Vorfall erregte in Berlin ungeheure Entrüstung, in radikalen Kreisen gingen die leidenschaftlichen Naturen ernsthaft mit dem Gedanken um, an Charlottenburg, damals noch mehr Dorf wie Stadt, durch Brandstiftung oder dergleichen ein warnendes Exempel zu statuieren. Eine Massenversammlung fand gleich Tags darauf auf dem Opernplatz statt, man zog vor die Hotels der Minister, um diese zur Rechenschaft zu ziehen, und dabei erfolgte Ausschreitungen gaben zum ersten Versuch Anlaß, das Recht der Versammlungen unter freiem Himmel der Gnade der Polizei zu unterstellen. Buddelmeyer-Cohnfeld-Flugblatt scheint den Zweck gehabt zu haben, die Berliner durch Hinweis auf die geringe Bedeutung Charlottenburg s von unüberlegten Gewaltstreichen abzuhalten. „Tante Voß mit'n Besen“ war ein auf das Arbeiterpublikum berechnetes Gegenblatt gegen die abwiegelnde „Vossische Zeitung“.

Nicht minder üppig als die Preßgründung wucherte die Vereinsgründung. Alle möglichen Vereine schössen ins Leben, von denen für uns, neben den politischen, vor allem die beruflichen Vereinigungen der Arbeiterklasse in Betracht kommen. Die Handwerks- und Fabrikarbeiter hatten in den Gewerkskassen eine Art Grundstock oder Vorbild der Organisation; sie brauchten für ihre beruflichen Verbindungen, die nun ins Leben waten, hier nur an das schon Gegebene anzuknüpfen. Zudem hatten viele von ihnen einen ständigen Sammelpunkt in den Berufs-Herbergen, deren es damals und noch später eine ganze Menge gab. Außer ihnen organisierten sich aber auch Arbeiter von Berufen, für die es weder Herbergen gab, noch irgend ein überliefertes Recht der Vereinigung. Die Handlungsgehülfen, die Eisenbahnbeamten, die Postbeamten, die Bureauangestellten usw. gingen nun dazu über, von der erlangten Freiheit Gebrauch zu machen und sich behufs Wahrnehmung ihrer Interessen zu organisieren. Auch an einem Versuch der Organisierung der Dienstboten fehlte es nicht. Der Assoziationstrieb machte sich gewaltig geltend, aber auch hierbei entzog gar oft in der allgemeinen Gärung die eine Pflanze der anderen den zum Leben erforderlichen Boden.

Auf Seiten der Regierung fand der Assoziationsdrang der Arbeiterklasse und ihr Streben nach wirtschaftlicher Hebung ein gewisses Entgegenkommen durch eine vom 8. Mai 1848 datierte

Verfügung, in der das Märzministerium, vertreten durch den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von Patow, nicht mehr und nicht minder ankündigte, als die Bildung eines Arbeitsamts, wie es die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags in späteren Jahren wiederholt vergebens in Vorschlag gebracht hat. Die Verfügung wägt den Titel: „Bekanntmachung, die Bildung von Ausschüssen und Kommissionen für die Erörterung der Verhältnisse zwischen den Gewerbetreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern betreffend.“ Sie schreibt die Bildung von örtlichen Ausschüssen, Bezirkskommissionen und einer Landeszentralkommission vor, in der Arbeiter und Arbeitgeber je nachdem unter dem Vorsitz von Regierungsvertretern gewerbliche Angelegenheiten verhandeln, Streitigkeiten schlichten und Gesetze vorschlagen sollten. Es heißt in diesem Produkt der Märzrevolution u.a.:

> „Ein großer Teil der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern entstandenen Mißhelligkeilen kann nur durch freiwillige Vereinbarung beider Teile über die künftige Feststellung ihres gegenseitigen Verhältnisses gehoben werden.
> Anderen Uebelständen ist durch örtliche Einrichtungen zur Erhaltung des Nahrungsstandes, zur leichteren Erörterung und Entscheidung der vorkommenden Streitigkeiten über Lohnzahlungen, über den Austritt aus der Arbeit usw., zur Nachweisung von Beschäftigung und zu ähnlichen Zwecken zu begegnen.
> Endlich kann sich das Bedürfnis allgemeiner gesetzlicher Anordnungen zur zeitgemäßen Umgestaltung gewerblicher Zustände herausstellen. Derartige Anordnungen bedürfen einer gründlichen Erwägung nicht bloß für sich, sondern auch hinsichtlich ihrer entfernteren Einwirkung auf die Gesamtheit, und es kann damit ohne vorherige Anhörung aller Beteiligten ebensowenig wie ohne Zustimmung der künftigen Volksvertretung vorgegangen werden.“

Der Erlaß ist, wie so vieles andere, vom Sturm der hereinbrechenden Reaktion hinweggefegt worden. Das Ministerium, von dem er ausging, überlebte seine Veröffentlichung nicht lange. Es hatte sich, ebenso wie die Bürgerwehr, durch die Maßnahmen gegen die Schlöffelsche Demonstration scharfen Tadel selbst bei einem großen Teil derjenigen zugezogen, welche gegen die Demonstration gewesen waren. Als es dann sich für die Rückkehr des beim Volk verhaßten Prinzen von Preußen ins Zeug legte, geriet es vollends bei den demokratischen Elementen der Hauptstadt in Mißkredit, und der Zeughaussturm (14. Juni 1848) läutete sein Ende ein.

Ueberhaupt hatte sich die Stimmung in Berlin im Mai 1848 wieder sehr in oppositioneller Richtung verschärft. Immer häufigere Zusammenstöße zwischen Volkselementen und der Ordnungspolizei fanden statt. Versammlungen, wie die des sogenannten „Lindenklub“ — tägliche Zusammenkünfte an der Kranzlerecke, Unter den Linden, wo die Volksredner Kaufmann Müller („Lindenmüller“) und Konditor Karbe in humoristischer Weise die Tagesereignisse besprachen, zogen insbesondere viele jugendliche Elemente heran, die sich ein Vergnügen daraus machten, die Bürgerwehr und andere Organe der



22. Der Zeughaussturm am 14. Juni 1848

Sicherheitspolizei in nicht immer sich auf Motte beschränkender Manier zu hänseln. Ernsthafter waren Zusammenstöße mit Transporten für militärische Zwecke oder Akte der Selbsthülfe der Volksmasse gegenüber solchen Sicherheitsmaßregeln der Regierung, wie der Versuch, das Schloßportal durch starke Eisengitter zu befestigen. Je unpopulärer die Bürgerwehr bei den Volksmassen wurde, um so stärker ertönte aus deren Reihen heraus der Ruf nach Volksbewaffnung, bezw. nach Organisation einer wirklichen Volkswehr, dem durch Bewaffnung einer Anzahl Maschinenbauer, bezw. Bildung eines Maschinenbauer-Korps, das sich aber ziemlich unselbständig benahm, scheinbar entsprochen wurde. Das Leben auf den Straßen nahm einen immer bewegteren Charakter an. Es kam die Gewohnheit auf, mißliebigen Personen Katzenmusiken zu bringen, wobei dann auch manchmal Steine flogen und zweifelhafte Gestalten aller Art zu Exzessen anreizten. Je öfter es vorkam, daß bei solchen Exzessen Sendboten der Reaktionäre die Hand im Spiel hatten, um so stärker regte sich im demokratischen Lager der Verdacht, daß es auf einen Staatsstreich gegen das revolutionäre Berlin abgesehen sei. Das Sitzungslokal der Nationalversammlung sah immer mehr Volksmassen vor seinen Türen sich ansammeln, die den Abgeordneten beim Gehen und Kommen ihre Sympathien und Antipathien sehr drastisch zu erkennen gaben.

Als dann am 9. Juni der Antrag des Berliner radikalen Abgeordneten Berends, „in Anerkennung der Revolution zu Protokoll zu erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben“, durch einen zweideutigen Kompromißantrag zu Fall gebracht wurde, stieg die Erbitterung auf den Gipfel, und so genügten einige neue Zusammenstöße, um am 14. Juni den von der Reaktion in jeder Weise ausgebeuteten Sturm der Volkmassen auf das Zeughaus und die Plünderung des letzteren herbeizuführen.

An diesem wie an anderen Zusammenstößen nahmen die Arbeitervereine als solche keinen Anteil. Der Handwerkerverein fungierte sogar beim Zeughaussturm als ein Stück Ordnungspolizei, allerdings mehr im vermittelnden Sinne. Immerhin war er dabei, als den Stürmern die Waffen wieder abgenommen wurden. Von bekannteren Arbeiterführern hatte sich nur der wiederholt von seinen Berufskollegen desavouierte Maschinenbauer Siegrist am Sturm beteiligt, und auch er behauptete später, daß er nur ein freiwilliges Herausgeben von Waffen habe erwirken wollen. Er wurde mit anderen Stürmern, darunter der russische Student Oskar Feenburg, ein sehr zur revolutionären Aktion drängender Kämpfer, der Barrikadenmann und Konfusionsrat Tierarzt Urban und der Kaufmann Korn, vor Gericht

gestellt und am 7. Oktober in zweiter Instanz zu vier Jahren Festungshaft verurteilt. Im übrigen geriet der Zeughaussturm dadurch in Mißkredit, daß Elemente sich an ihm beteiligt hatten, die wohl zerstörten und plünderten, die Waffen selbst aber ohne weiteres am Platze ließen.

Der Zeughaussturm war eine Auflehnung unorganisierter Volkselemente gegen die wesentlich zu einer Ordnungsgarde ausgestaltete Bürgerwehr gewesen. Seine Niederwerfung kam aber nicht den Anhängern, sondern den Feinden der neuen Ordnung der Dinge zugute. Ob er erfolgreicher gewesen wäre, wenn sich auch die organisierten Arbeiter an ihm beteiligt hätten? Es ist durchaus zweifelhaft. Bedeutungsvoll bleibt es aber, daß auch bei diesem Anlaß die geistige Vorhut der Berliner Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit ihre entschiedene Abneigung dagegen kundgab, die bürgerliche Ordnung zu gefährden.

Viertes Kapitel. Der erste Berliner Arbeiterkongreß und sein Werk.

Wie der selbständige Bund der Arbeiter notwendig wurde. — Berlins erstes sozialdemokratisches Arbeiterblatt. — Die Arbeiterforderungen des „Volk“. — Der Kongreß der Handwerkervereine und der Aufruf zum Arbeiterkongreß. — Entwurf eines Berliner Gesellenstatuts. — Neue Arbeitseinstellung der Buchdrucker. — Die Verhandlungen des Arbeiterkongresses. Die beschlossene Arbeiterverbrüderung.

> Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen.
>
> Karl Marx am 15. September 1850 in der Sitzung der Londoner Zentralbehörde des Kommunistenbundes.

Wir müssen es uns hier versagen, auf die Straßenmanifestationen, deren Schauplatz Berlin im Sommer und L erbst 1848 war, im einzelnen einzugehen, so wichtig diese auch für die Geschichte des Revolutionsjahres sind. Unsere spezielle Aufgabe, die Geschichte der Arbeiterbewegung dieses Jahres im Rahmen einiger weniger Kapitel wiederzugeben, nötigt uns, hier Beschränkungen eintreten zu lassen. Auch sind, wie schon im Vorhergehenden gezeigt worden, die wenigsten dieser Manifestationen eigentliche Arbeitermanifestationen gewesen. Von den Umzügen der Arbeitslosen oder der in Ausstand getretenen Arbeiter abgesehen, betrafen sie keine spezifischen Arbeiterforderungen, sondern Angelegenheiten politischer Natur, welche den Arbeitern mit anderen Klassen gemein waren oder sogar in erster Reihe den Zwecken bürgerlicher Parteien dienten. Was uns hier besonders interessiert, sind jene Bewegungen, die ein Ringen der Arbeiterschaft nach politischer und sozialer Verselbständigung erkennen lassen. Von dieser gibt uns von Anfang Juni ab das von Vorn redigierte „Volk“ Auskunft.

Es ist schon von anderer Seite hervorgehoben worden, daß der Vorwurf nicht zutrifft, Vorn und seine Freunde hätten es mit der Bildung einer Arbeiterpartei 1846 zu eilig gehabt und vergessen, daß die Organisation der Arbeiterklasse keine Dauer haben konnte und daß auf Verwirklichung von größeren Arbeiterforderungen nicht zu rechnen war, bevor nicht das Werk der politischen Revolution vollendet war. Sie beschränkten ihre Tätigkeit keineswegs auf Arbeiten für die Bildung einer großen Arbeiterverbindung. Wir finden sie fast alle auch in der politischen Arena tätig, wo sie, dem Programm des „Volk“ entsprechend, immer zur äußersten bürgerlichen Linken hielten, bezw. ein vorwärtsdrängendes Element bildeten. Vergleicht man das „Volk“ mit den radikalen bürgerlichen Blättern jener Tage, so wird man angenehm überrascht durch die unverhältnismäßig größere Klarheit über die gegebenen Möglichkeiten und die geschichtlichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse, die uns hier im Gegensatz zu der ganzen übrigen Presse entgegentritt, selbst den „Volksfreund“ Schlöffels nicht ausgenommen. Hier schrieben eben Arbeiter, die ihre Masse und die Arbeitsverhältnisse genau kannten, die durch die Schule der kommunistischen Propaganda gegangen waren und deren höchste theoretische Resultate, die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels, kennen gelernt und begriffen hatten. Diese Lehren gaben ihnen den weiten historischen Blick, der vor

Ueberschwänglichkeit auf der einen und vor Kleinmut ob zeitweiliger Niederlagen auf der anderen Seite schützte.

Im übrigen drängte sich die Bildung eines Arbeiterverbandes gerade in Berlin mit elementarer Notwendigkeit auf. Im Angesicht der großen Unklarheit, die hier noch herrschte und die Arbeiter in Nachläufer der verschiedensten Parteien und Persönlichkeiten zersplitterte, wurde es ein geradezu zwingendes Gebot, eine Körperschaft ins Leben zu rufen, die als Mundstück der Vorhut der Arbeiterklasse allem reaktionären und sonstigem sozialen Quacksalbertum entgegen treten konnte.

Es ist z. B. für das Zentralkomitee der Arbeiter in ehrendem Sinne bezeichnend, daß es gegen die vielfach auch von Arbeitern erhobene Forderung der Ausweisung der den Arbeitsmarkt überfüllenden fremden Arbeiter Stellung nahm. Wie recht es damit hatte, zeigt eine im Anschluß an die Arbeitseinstellungen erlassene Verfügung des Berliner Polizeipräsidiums, wonach jedem fremden Arbeiter, der nicht innerhalb drei Tagen nach Verlassen seiner Arbeitsstelle, bezw. bei Zuwanderung, neue Arbeit gefunden, Ausweisung angedroht wurde. Gegen diese Verfügung hatte das Komitee in einer Eingabe an das Polizeipräsidium Verwahrung eingelegt, und die Antwort wurde in seiner Sitzung vom 10. Mai verhandelt. Bestimmte Beschlüsse hierüber wurden jedoch, da die Antwort auf eine noch zu treffende Entscheidung des Ministeriums verwies, nicht gefaßt, sondern die auf Seite 50/51 mitgeteilte Bekanntmachung des Ministeriums hinsichtlich der Arbeiterausschüsse und -Kommissionen verhandelt. Bisky teilte mit, daß das Zentralkomitee zu einer Beratung jenes Entwurfs mit der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Deputation für das Wohl der Arbeiter eingeladen sei, wobei der Minister von Patow präsidieren werde. Er setzte hinzu, daß damit der Anfang gemacht werde, das Zentralkomitee und die Delegierten der Arbeiter in den Staatsorganismus hineinzuziehen. Das sei zwar notwendig, aber ebenso notwendig sei es, von vornherein gegen jede behördliche Bevormundung der Arbeiterorganisationen sich sicher zu stellen. Am Schluß der Sitzung kündigte Born, der jetzt regelmäßig den Vorsitz führte, die Herausgabe des Blattes „Das Volk* an, und es wurde beschlossen, dieses Blatt zum Organ des Zentralkomitees zu machen.

In der Probenummer des „Volk“, die am 25. Mai erschien, kennzeichnet die Redaktion ihre Aufgabe dahin, „das Bürgertum einerseits zu unterstützen im Kampfe gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von Gottes Gnaden; dem kleinen Gewerbetreibenden wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Kapitals und der freien Konkurrenz, und immer voranzuschreiten, wo es gilt, dem Volle ein noch vorenthaltenes politisches Recht zu erkämpfen, damit es die Mittel erhalte, sich die soziale Freiheit, die unabhängige Existenz um so schneller zu erringen“. „Wir werden uns dabei fern halten“, heißt es weiter, „von der hohlen Deklamation wutschnaubender Schwärmer, die ewig nach dem Strang der Guillotine fassen, weil sie selber keinen Kopf zu verlieren haben, sowie von allem tränenfeuchten und Ueberschmachtenden Sozialismus.“ In der gleichen Nummer wird ein vom Berliner Magistrat verfaßter Entwurf zu einem Gesellenreglement, der eine Art Gewerbegericht vorsah, scharf kritisiert, weil er u. a. die Gültigkeit von Verträgen

zwischen Arbeitgebern und Arbeitern von der Zustimmung des vom Magistrat bestellten Gewerksassessors und in zweiter Instanz des Magistrats selbst abhängig machte und geradezu ungeheuerliche Strafen einsetzte. In einem Pariser Brief wird der Handstreich der Blanquisten vom 15. Mai scharf verurteilt und heißt es: „Ich bin vollkommen mit Dir einverstanden, daß die Organisation der Arbeiter der Organisation der Arbeit vorangehen muß.“

In diesen Äußerungen ist die Haltung, die das „Volk“ von Anfang bis zu Ende beobachtete, im voraus enthalten. Das dreimal wöchentlich im Quartformat herausgegebene Blatt hielt sein Programm getreulich inne. Es blieb die Stimme der vorgeschrittensten Arbeiter, trat kraftvoll ohne Kraftphrasen auf und entwickelte nur selten übergreifende Forderungen oder Vorschläge.

In den wenigen Ausnahmen aber unterschied sich das „Volk“ nicht von den besten sozialistischen Publikationen der vorgeschritteneren Länder. Ueberall suchte man noch tastend nach Ansatzpunkten für eine wirksame Zusammenfassung der proletarischen Kräfte. Dabei darf man nicht für alle im „Volk“ entwickelten Vorschläge einzelne Persönlichkeiten verantwortlich machen. Sie sind oft nur der Ausdruck von Kollektivbeschlüssen des Komitees. Dies gilt zum Beispiel von einem im „Volk“ vom 10. Juni abgedruckten Programm von Forderungen an das Frankfurter Parlament und die preußische Nationalversammlung. Es ist in drei Rubriken eingeteilt: 1. Forderungen für Fabrikanten und Meister; 2. Forderungen für die Kleinmeister und Handwerker; 3. Forderungen für die Arbeiter. Die Forderungen der ersten Rubrik lassen sich zusammenfassen in: freie Einfuhr aller Rohprodukte und Förderung der Ausfuhr, keine künstliche Züchtung von Industrien, für die die Grundbedingungen nicht gegeben sind, Erweiterung des Patentwesens und der Staatsbanken.

Für die Kleinmeister wurde die Bildung von Korporationen verlangt, zu denen jeder selbständig Arbeitende freien Zutritt haben solle, Vergebung von öffentlichen Arbeiten an sie, Sorge für Proportionelle Verteilung dieser Arbeiten und Gewährung von unverzinslichen Vorschüssen auf sie, unentgeltliche Gerichtsbarkeit bei Mittellosigkeit und Staatshülfe für Kollektivbeschaffung von



Extra-Blatt.

Das Volk.

Organ des Central-Komites für Arbeiter.

Eine sozial-politische Zeitschrift.

Schriftsetzer Born.

Donnerstag, den 25. Mai.

Was wir wollen.

23. Titelseite der Probenummer der von Stephan Born herausgegebenen Arbeiterzeitung „Das Volk“. 1848

Maschinen für Vorarbeiten. Die Forderungen für Arbeiter lassen wir wörtlich folgen:

> „1. Bestimmung des Minimums des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit durch Kommissionen von Arbeitern und Meistern oder Arbeitgebern.
> 2. Verbindung der Arbeiter zur Aufrechthaltung des festgesetzten Lohnes.
> 3. Aufhebung der indirekten Steuern, Einführung progressiver Einkommensteuern mit Steuerfreiheit derjenigen, die nur das Nötigste zum Leben haben.
> 4. Der Staat übernimmt den unentgeltlichen Unterricht und, wo es nötig ist, die unentgeltliche Erziehung der Jugend mit Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten.
> 5. Unentgeltliche Volksbibliotheken.
> 6. Regelung der Zahl der Lehrlinge, welche ein Meister halten darf, durch Kommissionen von Meistern und Arbeitern.
> 7. Aufhebung aller für das Reisen der Arbeiter gegebenen Ausnahmegesetze, namentlich der in den Wanderbüchern ausgesprochenen.
> 8. Herabsetzung der Wählbarkeit für die preußische Kammer auf das 24. Jahr.
> 9. Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsanstalten, und zwar sorgt der Staat für eine ihren menschlichen Bedürfnissen angemessene Existenz.
> 10. Errichtung von Musterwerkstätten durch den Staat und Erweiterung der schon bestehenden öffentlichen Kunstanstalten zur Heranbildung tüchtiger Arbeiter.
> 11. Der Staat versorgt alle Hülflosen und also auch alle Invaliden der Arbeit.
> 12. Allgemeine Heimatsberechtigung und Freizügigkeit.
> 13. Schranken gegen Beamtenwillkür in bezug auf die Arbeitsleute. Dieselben können nur durch das entscheidende Urteil einer Kommission von ihren Stellen entlassen werden."

Wie man sieht, meist Forderungen, die auch noch heut von der sozialistischen Arbeiterschaft gestellt und verfochten werden, und sehr weniges, was man kurzweg als utopistisch bezeichnen könnte, so sehr sich die Zweckmäßigkeit der einen oder anderen Maßregel bezweifeln läßt. In den kommenden Nummern des „Volk" wurden die meisten dieser Forderungen in recht interessanten Abhandlungen eingehend erörtert. Verdienten die betreffenden Artikel schon aus historischem Interesse wieder abgedruckt zu werden, so enthalten sie außerdem auch gar manches, was selbst heute noch nicht überlebt ist. Es sind sehr wertvolle Dokumente der Berliner Arbeiterbewegung des Jahres 1848.

Zu dem auf den 2. Juni nach Hamburg einberufenen Norddeutschen Handwerker- und Gewerbekongreß hatte der Berliner Handwerkerverein seine Mitglieder Schramm und Bisky delegiert. Der Kongreß faßte sehr zünftlerische Beschlüsse, und im „Volk" vom 10. Juni, wo auch die Ansprache der Vorbenannten abgedruckt ist, wird daher „mit Bedauern" festgestellt, „daß dieser Kongreß zu keinem günstigen Resultat führte". Die Kleinstaaten, welche die fanatischen

Verteidiger der mittelalterlichen Zünfte nach Hamburg geschickt hatten, könnten sich eben, heißt es, nicht selbst organisieren, sondern müßten von größeren Staaten ins Schlepptau genommen werden[2].

Am 18. und 19. Juni tagte in Berlin ein Kongreß der Handwerkrund Arbeitervereine, der von über 90 deutschen Handwerkervereinen beschickt war. Auch das Zentralkomitee für Arbeiter war durch Delegierte vertreten. Da aber die Beschlüsse des Kongresses sich fast nur auf Bildungsfragen bezogen, wurde nun in den Reihen des Zentralkomitees die Einberufung eines Allgemeinen Arbeiterkongresses — eines Arbeiterparlaments beschlossen, das vom 20. bis 26. August in Berlin tagen und über die politischen und sozialen Forderungen der Arbeiter beraten sollte. Der Ausruf zu diesem Kongreß findet sich im „Volk" vom 27. Juni abgedruckt. Er trägt die Unterschriften von Friedrich Krüger (Königsberger Arbeiterverein), Ernst Krause und A. Lucht (Maschinenbauerverein Berlin), C. Bühring (Arbeiterverein Hamburg), F. E. Steinhauer (Arbeiterbildungsverein Hamburg) und Born (Zentralkomitee für Arbeiter). In dem hier genannten C. Bühring begegnen wir wiederum einem Angeklagten aus dem Berliner Kommunistenprozeß von 1847. Der Aufruf selbst lautet:

> „An die arbeitenden Klassen Deutschlands zur Beschickung eines in Berlin vom 20. bis zum 26. August abzuhaltenden Arbeiter-Parlaments.
>
> Arbeiter und Brüder!
>
> Die unterzeichneten Deputierten des vom Berliner Handwerkerverein zusammenberufenen Handwerker- und Arbeiter-Kongresses, nicht zufriedengestellt mit den Resultaten dieses Kongresses in bezug auf die soziale Frage der Gegenwart, wenn auch das Segensreiche seiner Wirksamkeit vollständig anerkennend, sind darin übereingekommen, die arbeitenden Klassen aus allen Städten, Fabrik- und Ackerbaudistrikten des gesamten Vaterlandes zur Beschickung eines gemeinsamen Arbeiter-Parlamentes aufzufordern, welches zum ausschließlichen Zweck die Besprechung der materiellen Interessen der arbeitenden Klassen haben soll. Auf allen bisher abgehaltenen mehr oder weniger lokalen Arbeiter-, Handwerker- und demokratischen Kongressen hat die große soziale oder Arbeitsfrage eine entweder nur flüchtige oder gar keine Erledigung gefunden. Wir hatten es daher für eine unabweisliche Notwendigkeit, daß eine möglichst geordnete Vertretung der arbeitenden Klassen Deutschlands die sie zunächst angehenden Fragen selbständig in ihre Hand nehme und sich in den wesentlichsten Punkten vereinige, welche die Befreiung des Arbeitertums aus den Fesseln des Kapitals, der

[2] Im Anschluß hieran sei auch auf einen höchst charakteristischen Leitartikel im „Volk" vom 8. Juni über das Geschrei über pommersche und märkische Reaktionen hingewiesen, wo dem Jammer der Liberalen gegenüber, daß so viele Bauern die Reaktion unterstützten, geradezu kühl entgegen gehalten wird, die Bauern seien von Natur konservativ, und selbst die zur Zeit revolutionären Bauern würden, sobald ihre Forderungen auf Steuererleichterungen usw. erfüllt seien, stramm zur Regierung des Tages halten. Eine Aenderung werde erst in dem Maße erfolgen, als die Industrie sich ausbreite und die Städte das Land beherrschten!

persönlichen Abhängigkeit und der materiellen Entbehrung in sichere Aussicht stellen. Die vom Arbeiter-Parlament festzustellenden Punkte sollen eine soziale Volks-Charte Deutschlands bilden, welche alle die Millionen, die bisher von einer kleinen Zahl ausgebeutet und in der Unterdrückung erhalten wurden, in fester Verbrüderung und mit aller Energie als das Gesetz des Landes zu erstreben haben."

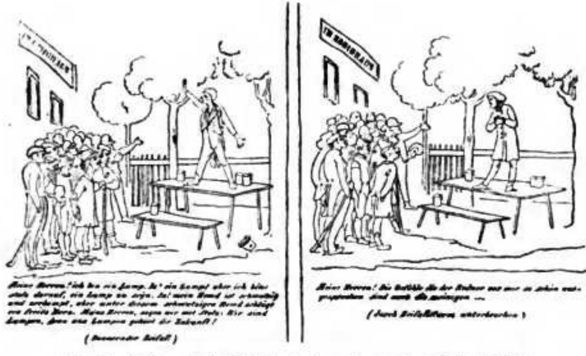
Es folgt nun ein Programm von Forderungen, die wir meist auch in dem auf Seite 58 mitgeteilten Programm finden. Neu sind nur die Forderungen:

1. daß der Staat verpflichtet sein soll, jedem, der arbeiten will, eine den menschlichen Bedürfnissen angemessene Existenz zu geben;
2. Verpflichtung des Staates zur Unterstützung und Förderung selbständiger gewerblicher oder industrieller Arbeiter-Assoziationen, und
3. Einsetzung von Arbeitsministerien in den einzelnen deutschen Staaten, die aus der freien Wahl der arbeitenden Klassen hervorgehen.

„Arbeiter und Brüder", schließt der Aufruf, „vereinigen wir uns, die wir bisher in der Vereinzelung und Zersplitterung schwach und unberücksichtigt waren. Wir zählen Millionen und bilden die große Majorität der Nation. Nur vereinigt in gleichem Streben werden wir stark sein und zu derjenigen Macht gelangen, die uns als den Hervorbringern allen Reichtums gebührt. Unsere Stimme ist eine schwere und versäumen wir nicht, sie in die Wagschale der sozialen Demokratie zu legen!"

In der gleichen Nummer des „Volk" finden wir einen „Entwurf zu einem Gesellenreglement", d. h. zu einer Organisation der gewerblichen Lohnarbeiter. Er ist noch nicht frei von den Eierschalen der Zünftlerei und unterscheidet sich von den Statuten der modernen Arbeitergewerkschaften u. a. dadurch, daß er viel stärkere Zwangsvorschriften vorsieht als diese. Die „Gesellen" jedes Gewerbes sollen danach an jedem Ort „Gemeinschaften" bilden, der sich kein Geselle bei Strafe vollständigen Verrufs soll fernhalten dürfen. So heißt es im § 3: „Die Gesellen werden darauf achten, daß sich keiner ihrer Gewerksgenossen von ihrer Gemeinschaft ausschließe und, sollte es dennoch geschehen, mit dem sich von ihnen Ausschließenden nicht arbeiten und ihm in vorkommenden Fällen ihre Unterstützung verweigern." Und im § 13: „Kein Geselle darf unter dem festgesetzten Arbeitstarif oder außer der bestimmten Arbeitszeit arbeiten. Wer dieses Gesetz Übertritt, ist von der Gemeinschaft der Gesellen ausgeschlossen, er darf ihre Versammlungen nicht besuchen, hat für immer das Stimmrecht in denselben verloren und kein Geselle arbeitet mit ihm in einer Werkstatt." Auch zweimaliges unentschuldigtes Fernbleiben von den Quartalsversammlungen wird mit Ausschluß bedroht. Weiter sieht das Statut den Abschluß von Arbeitstarifen mit den Meistern vor und die Bildung eines aus „vier Gesellen und drei Meistern" bestehenden Schiedsgerichten, welch letzteres so zu wählen sei, daß „die Gesellen sich bei der Wahl der drei Meister und diese bei der Wahl der vier Gesellen beteiligen." Die

Arbeitstarife sollten nach je zwei Jahren der Neubestätigung durch die Gesellenschaft unterliegen. Im übrigen betont das Statut die völlige Unabhängigkeit der „Gesellenschaften“ und sieht die nationale Verbindung der örtlichen Gesellenschaften vor.



24. Spottbild auf die Arbeiterversammlungen des Jahres 1848

Der Monat August sah von neuem eine Arbeitseinstellung von Berliner Buchdruckergehülfen. Vom 11. bis 16. Juni hatte in Mainz ein von 120 Orten beschickter allgemeiner nationaler Buchdruckerkongreß stattgefunden, der erste große Gewerkschaftskongreß Deutschlands. Dieser Kongreß hatte u. a. einen Normal-Arbeitstarif für ganz Deutschland entworfen, der am 1. August überall in Kraft treten sollte. Demgemäß traten Ende Juli die Berliner Buchdrucker mit entsprechenden Forderungen an die Prinzipale heran. Diese verlangten Ueberweisung aller Forderungen an ein Schiedsgericht, während die Gehülfen bei einigen Forderungen ein Schiedsgericht für zwecklos erklärten, für andere aber den Vorschlag eines Schiedsgerichts akzeptierten. Im „Volk“ wie auch im „Gutenberg“ würden die Argumente der Prinzipale gegen die Forderungen der Arbeiter scharf zurückgewiesen, und mit gutem Humor geht Born im „Volk“ mit den moralisierenden spießbürgerlichen Demokraten ins Gericht, die von egoistischer Despotie der Arbeiter fabelten. „Der moralisierende Demokrat sagt uns“, spottet er witzig, „er gehorche keinen Gesetzen, bei denen er nicht selbst mitgestimmt. Seit wann sind denn die Herren Rogge, Treu & Nuglisch und alle die Kaufleute, welche ‚prix fixe' (feste Preise) an ihre Ladentür schreiben, Gesetzgeber? Wir haben nun einmal „feste Preise“, zu denen wir unsere Arbeitskraft verkaufen wollen.“ Dann aber heißt es: „Wir wollen die Industrie nicht zerstören durch unmögliche Forderungen, denn wir wollen arbeiten; aber leben wollen wir durch die Arbeit, nicht allein da sein für andere, sondern leben, leben für uns mit, wie für alle.“

Bezeichnend für einen Teil der Bourgeoisiepresse jener Tage ist es, daß die „Vossische Zeitung“, die im April eine Antwort der Buchdruckergehülfen auf die von ihr unentgeltlich veröffentlichten Angriffe der Prinzipale nur gegen schwere Insertionsgebühren zum Abdruck gebracht hatte, diesmal eine von Born verfaßte Einsendung des Komitees der Buchdruckergehülfen, worin der prinzipielle Charakter des Kampfes betont und insbesondere den Arbeitern seine Bedeutung dargelegt wurde, auch nicht einmal gegen Bezahlung aufzunehmen sich herbeiließ, so daß der Aufruf als „Eckenzettel“ ins Publikum gebracht werden mußte. Die Nummer des „Volk“, die dies und den Aufruf selbst brachte, enthält noch eine vorzügliche Einsendung des Buchdruckers F. Stegen-Hannover, „geschrieben in der Untersuchungshaft als Hoch- und Landesverräter“, über die Vereinigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern, worin neben der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch die der

Teilnahme an der Vertretung und Gesetzgebung energisch betont wird. „Denn so lange wir dies nicht errungen haben," heißt es wörtlich, „haben wir nichts errungen."

Sowohl in der Stegenschen Zuschrift wie in einem im „Volk" vom 7. August abgedruckten Manifest des Arbeitervereins wird scharf Protest eingelegt gegen die Zusammensetzung und die Beschlüsse des im Juli in Frankfurt a. M. abgehaltenen nationalen Gewerbekongresses, auf dem die Zünftlerei sich wie in Hamburg breit gemacht hatte. Auch die Frankfurter Einsendung verlangt einen allgemeinen Arbeiterkongreß.

Man ersieht aus alledem, wie dringend überall gerade in vorgeschrittenen Arbeiterkreisen die Notwendigkeit einer sich über ganz Deutschland erstreckenden allgemeinen Arbeiterverbindung empfunden wurde, der freilich noch große sachliche Schwierigkeiten im Wege standen.

Unter diesen Vorzeichen trat am 23. August der vom Zentralkomitee für Arbeiter einberufene Allgemeine Arbeiterkongreß in Berlin zusammen. Er war von etwa 25 Orten beschickt, eine uns heute gering erscheinende Zahl, die aber bei dem damals noch wenig entwickelten Verkehr und den bescheidenen Mitteln der Arbeiter als ganz respektabel bezeichnet werden darf. Die Zahl der Delegierten belief sich auf 40, darunter 5 mit nur beratender Stimme. Den Vorsitz führte in der ersten Sitzung Stephan Born, in der zweiten wurde zum Präsidenten des Kongresses der als Sozialist bekannte und in seiner Heimat Breslau bei den Arbeitern sehr beliebte Gelehrte Professor Nees von Esenbeck, demokratisches Mitglied der Nationalversammlung, gewählt, dem das Mandat des Königsberger Arbeitervereins übertragen war. Vizepräsidenten waren Born-Berlin und Tirnstein-Dresden, Protokollführer Bisky-Berlin, Schwenniger-Hamm und Sekretär Fellmer-Berlin. An der ersten Sitzung nahm auch Wilhelm Weitling teil, der seit dem Juli in Berlin weilte und eine Zeitung „Der Urwähler" gegründet hatte, die indes schon nach der fünften Nummer wieder eingegangen war. Im Verein mit dem Frankfurter Delegierten Koch trat er dafür ein, daß der Kongreß, bevor er irgendwelchem anderen Gegenstand verhandele, eine von dem Frankfurter Gesellenkongreß beschlossene Petition an die deutsche Reichsversammlung um Einberufung eines Arbeiterparlaments zur Beratung stelle. Man kam ihm soweit entgegen, daß man die Petition vor Eintritt in die Tagesordnung verlas, beschloß aber, die Tagesordnung selbst erst zu bestimmen, wenn die mit Sichtung der eingelaufenen Anträge beauftragte Kommission Bericht erstattet habe. Gereizt verließ darauf Weitling den Kongreß. Der Verfasser der „Garantie der Harmonie und Freiheit", auf den die vorgeschrittneren Arbeiter Deutschlands wenige Jahre vorher noch mit Verehrung geblickt hatten, hatte die Fühlung mit der nach neuen Formen ringenden Arbeiterbewegung schon verloren.

Die Petition erhielt in einer späteren Sitzung des Kongresses eine etwas andere Gestalt, indem sie u. a. mit der Forderung einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung verbunden wurde. Im übrigen beschäftigte sich der Kongreß vornehmlich mit der Frage der Organisation der Arbeitermasse, der Gründung eines Arbeiterblattes und der Aufstellung eines Programms von Arbeiterforderungen.

Die Organisation war im wesentlichen föderalistisch gedacht. Sie sieht örtliche Komitees, Bezirkskomitees und ein Zentralkomitee vor, welch letzteres seinen Sitz zunächst in Leipzig haben sollte, offenbar, weil die Luft in Berlin schon als nicht mehr geheuer betrachtet wurde. 25 Orte wurden als vorläufige Sitze für Bezirkskomitees bestimmt, die Lokalkomitees sollten aus Delegierten der gewerkschaftlichen und sonstigen örtlichen Arbeitervereine bestehen. Eine nationale Verbindung der einzelnen Gewerkschaften ist nicht vorgesehen, was um so verwunderlicher erscheinen wird, als der auf dem Kongreß so einflußreiche Born auch Vorsitzender der Berliner Lokalorganisation der Buchdrucker war, die im Gutenbergbund einen nationalen Verband geschaffen hatte.

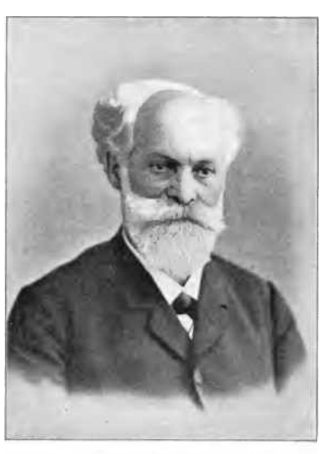
Indes war Vorn nicht in die Kommission zur Beratung des Statuts, sondern in die mit Ausarbeitung der Arbeiterforderungen beauftragte Kommission gewählt worden. Dem Denken der meisten Arbeiter aber lag die Idee einer gewerkschaftlichen Zentralisation noch gänzlich fern.

In den programmatischen Teil des Statuts nahm der Kongreß fast wörtlich alle die wirtschaftlichen und polnischen Forderungen auf, die bereits auf Seite 58 und 60 mitgeteilt worden sind. Das gleiche trifft von den in einem besonderen Abschnitt zusammengestellten Forderungen über das Erziehungswesen zu. Ueberall begegnen wir einer durchaus modernen Auffassung von den politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse: Demokratie im Staat, Wegfall aller altväterlichen Wirtschafts- und Verkehrsbeschränkungen, moderner Arbeiterschutz. Nur hier und da stoßen wir auf kleine Reste Künstlerischen Denkens, wie z. B. in der Forderung eines Erlernungsnachweises bei Uebernahme eines Geschäfts, das technische Fertigkeiten bedinge, ein Eintreten für Meisterprüfungen und „möglichste Aufhebung der Konkurrenz unter den Meistern“. Etwas naiv mutet ferner die Zusammenstellung der von den Lokalkomitees — die unseren heutigen Gewerkschaftskommissionen entsprechen — zu erfüllenden Aufgaben an. Ganz im Sinne der heutigen Arbeiterbewegung wurde ihnen die Organisation und Leitung der Arbeitsnachweise zugedacht; ferner sollten sie die Vereinbarung der Lohnsätze übernehmen und darauf achten, daß der Mindestlohn zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse ausreiche. Dann aber sollte auch die Auszahlung der Löhne durch die Hand der Lokalkomitees gehen, so daß die Unternehmer die Lohnsummen an deren Rendanten auszuliefern und die Arbeiter sie von diesen zu erheben hätten. War dies schon eine nur unter ganz kleinlichen Verhältnissen oder bei sehr weit vorgeschrittener Organisation durchführbare Idee, so berührt uns noch fremdartiger der Plan der von den Lokalkomitees zu bildenden Assoziationskassen und der diesen zugedachten Leistungen. Die Lokalkomitees sollten nämlich den Arbeitern nicht den vollen Lohn auszahlen, sondern einen bestimmten Prozentsatz — je nach der Lohnhöhe 7 — 10 % — abziehen und in die Assoziationskasse tun, wo der Betrag dem betreffenden Arbeiter zwar gutgeschrieben, aber nicht verzinst werden und von ihm auch während der ersten zehn Jahre nicht sollte zurückgefordert werden dürfen. Dafür sollte der

Arbeiter später im Verhältnis seiner Einschüsse am Gewinn der Assoziationskasse Anteil haben.

Diese selbst sollte als eine Kreditbank dienen, die an in Not befindliche Mitglieder der Assoziation zinslose und in Raten rückzahlbare, an Gewerbetreibende aber verzinsliche Darlehen ausleihen sollte. Außerdem sollte die Assoziationskasse je nachdem ackerbaufähiges Land ankaufen und an Mitglieder in Parzellen gegen Ratenzahlungen überlassen, und in gleicher Weise sollten mit Assoziationsgeld gesunde und billige Arbeiterwohnungen errichtet und an Mitglieder abgelassen werden. Auch Rohstoffe rc. sollten durch die Assoziationskasse vermittelt werden. Gewiß ein übersteigendes Programm, dessen Durchführung vielen Hindernissen begegnen mußte. Es ist aber große Uebertreibung, von ihm, wie dies geschehen ist, kurzweg als „Utopisterei“ zu sprechen. Sehen wir genauer zu und verfolgen wir die spätere Entwickelung, so werden wir finden, daß gar manches von diesem Plan Verwirklichung gefunden hat, nur in anderer Form und verschiedentlich auch mit anderen Resultaten, als die Verfasser dieses Programms sie erwarteten. Das ist aber auch anderen Programmen passiert; im übrigen ist es jedoch nur natürlich und hat sich überall gezeigt, daß gerade in den Anfangsstadien der Bewegung die umfassendsten Pläne aufgestellt werden. Erst die Praxis kann die Punkte zeigen, wo mit Aussicht auf Erfolg der Anfang zu machen ist.

Die Organisation erhielt zum Gesamttitel den Namen „Arbeiterverbrüderung“, und „Verbrüderung“ wurde auch das Organ genannt, welches sie sich gab, und das, wie das Zentralkomitee, nach Leipzig verlegt wurde. Zu seinem Redakteur wurde Born ernannt, der mit dem Geometer Schwenniger und dem Arbeiter Kick das Zentralkomitee bilden sollte, und zu dem Behuf nach Leipzig übersiedelte. Dort erschien vom 1. Oktober ab die „Verbrüderung“, bis sie im Dezember 1849 unterdrückt wurde. In ihr und ihren Nachfolgern „Konkordia“ und „Prometheus“ finden wir noch mancherlei Mitteilungen über die Berliner Arbeiterbewegung.



Stephan Born, Schriftsetzer, im Alter
Der Herausgeber der „Verbrüderung“ im Jahre 1848

Mit dem schon Ende August erfolgten Eingehen des „Volk“ war die vorgeschrittene Berliner Arbeiterschaft ohne eigenes Organ, da auch die „Arbeiterzeitung“ mittlerweile das Zeitliche gesegnet hatte. Für Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Berlins sind wir vom September ab wieder auf die Tagespresse angewiesen, und die weiß vom Organisationswerk der Arbeiter nichts zu berichten.

Fünftes Kapitel. Die Arbeiter und die letzten Revolutionskämpfe.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und Notstandsarbeitern; die Maschinenbauer als Friedensstifter. — Die Arbeiter in den Novembertagen. — Ein neues Opfer der Bürgerwehr. — Der Belagerungszustand und die Entwaffnung des Volkes.

„Weh uns! wir haben uns getäuscht!“

Freiligrath: Die Todten an die Lebenden.

Der Arbeiterkongreß schloß seine Sitzungen am 3. September. Er erließ einen Aufruf an die deutschen Arbeiter zum Anschluß an die Organisation, bezw. zur Bildung von Lokalkomitees, sowie Adressen an die Parlamente und ein sehr schönes Manifest. Unterm 18. September teilte dann das Zentralkomitee von Leipzig aus seine Konstituierung mit und rief von neuem die Arbeiter zum Anschluß an die „Verbrüderung“ auf. Schwerlich mit nennenswertem Erfolg in Berlin, wo vielmehr die politischen Kämpfe jetzt alles Interesse in Anspruch nahmen. Der Gegensatz zwischen Regierung, d. h. dem König, und der Nationalversammlung war zu einer solchen Schärfe gediehen, daß ein gewaltsamer Zusammenstoß immer unvermeidlicher erschien. Dagegen hatte wenigstens bei einem Teil der Bürgerwehr ein demokratischerer Geist die Oberhand gewonnen, so daß unter anderem auch ein demokratischer Bürgerwehrklub ins Leben getreten war.

Zunächst gab es allerdings gerade jetzt noch einen bösen Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und Arbeitern, bei dem es sogar zum Vergießen von Arbeiterblut kam. Er setzte auf dem sogenannten Köpenicker Felde ein, dort, wo jetzt der Michaelskirchplatz, Kaiser Franz Grenadierplatz usw. sich befinden. Daselbst waren Erdarbeiter und Arbeitslose aller Art, darunter viele gelernte Arbeiter, mit Arbeiten bei Anlage des jetzigen Engelbeckens beschäftigt. Da das Terrain sehr sumpfig war, hatte man eine Dampfmaschine aufgestellt, die bestimmt war, bei austretendem Grundwasser das Fortarbeiten zu ermöglichen. Die Arbeiter witterten dagegen in der ziemlich kostspieligen Maschine einen Feind und zerstörten sie über Nacht. Da sie auch sonst ein unruhiges Volk waren, wurden die dortigen Wachtkommandos verstärkt, und als am 16. Oktober eine Abteilung der Arbeiter, die ein Fest gefeiert hatten, mit roter Fahne vor das Exerzierhaus gezogen waren, um, wie sie aussagten, mit der Bürgerwehr zu fraternisieren, wobei vielleicht einige angeheiterte Arbeiter etwas zu zärtlich wurden, kam es zwischen diesen und der Bürgerwehr zu einem heftigen Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete und, nachdem noch Mengen anderer Arbeiter herbeigeeilt waren, sich zu einem veritablen Kampf steigerte. Die Arbeiter bombardierten die Bürgerwehr mit Steinen, diese drang unter Führung des Bäckermeisters Schulz erst mit gefälltem Bajonett auf die Arbeiter ein, gab dann, als dies nichts half, eine blinde Salve ab, der sie schließlich, da die Arbeiter nur um so wütender vergingen, eine wirkliche Salve folgen ließ, die drei Arbeiter tötete und viele verwundete.

Entsetzt stoben die Arbeiter auseinander, kamen aber bald zurück, nahmen ihre getöteten Kameraden auf und trugen sie, nach Rache

und Waffen rufend, durch die Stadt. Einige Waffenläden wurden geplündert, und viele Arbeiter schlossen sich den Demonstranten an. Nur die Maschinenbauer lehnten eine Beteiligung ab. In der Köpenickerstraße, Dresdenerstraße, Roßstraße, Alten Jacobstraße erstanden Barrikaden, die indes meist so schlecht gebaut waren, daß sie leicht genommen werden konnten. Lediglich an der Alten Jakobstraße hatte die Bürgerwehr einen schwierigeren Stand. Im ganzen fielen 11 Arbeiter und 1 Bürgerwehrmann, der Hofvergolder Schneider. Jedesmal, bevor gestürmt wurde, versuchten bekannte und beliebte Demokraten, wie Waldeck und Berends, und Volksredner, wie Karde und Lindenmüller, die Arbeiter zum Nachgeben zu bewegen. Die Wut der Arbeiter aber war zu groß und wurde überdies, wie später festgestellt wurde, von reaktionärer Seite noch geschürt.

Indes kam es am nächsten Tage zu keiner Wiederholung des Kampfes. Der demokratische Klub erklärte sich in Permanenz und verhandelte mit den verschiedenen Deputationen der Arbeiter. Die Linke der Nationalversammlung machte eine von Arbeitern in feierlichem Zuge vor das Parlamentshaus gebrachte Petition, die sofortige gerichtliche Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Bürgerwehrmänner, ehrenvolle Bestattung der Toten, Unterstützung ihrer Hinterbliebenen und Pflege der Verwundeten auf öffentliche Kosten verlangte, zu der ihrigen, und die Demokraten veranstalteten mit ihrem ganzen Anhang, darunter verschiedene Bürgerwehrvereine, Corps von Studenten und Kaufleuten und selbstverständlich viele Arbeitervereine, eine feierliche Bestattung der gefallenen Arbeiter. Der Leichenzug dauerte über anderthalb Stunden, am Grabe sprachen der Arbeiter Bisky, der Abgeordnete Berends und der Student Voßwinkel. Alle Redner mahnten zur Versöhnung zwischen Bürgern und Arbeitern; Versöhnung lauteten auch die Erklärungen des Magistrats und des Chefs der Bürgerwehr. Auf diese Weise gelang es, den Riß zwischen beiden Elementen wieder zu überkleistern.

Auch die Kanalarbeiter erließen eine versöhnliche Erklärung. Der Verein der Maschinenbauer aber machte bekannt, daß, wenn in Zukunft wieder ein Konflikt zwischen Bürgern und Arbeiten: ausbrechen sollte, die Maschinenbauer sich unbewaffnet zwischen beide stellen: würden, um Blutvergießen zu verhindern. Die sehr charakteristische Erklärung lautet:


25. Barrikadenbild aus den Oktobertagen des Jahres 1848

> „Die Reaktion will Bürgerkrieg; sie trägt Bedenken, die Demokratie mit offener Gewalt von außen zu bekämpfen, darum will sie dieselbe mit Hinterlist im Innern

> zerfleischen. Und dieserhalb erklären Wir Maschinenbau-Arbeiter als eherne Stützen des demokratischen Fortschrittes offen und fest entschlossen: „Bei dem Ausbruch eines neuen Kampfes zwischen Bürger und Arbeiter stellen wir uns sämtlich unbewaffnet, als Schutz- und Trutzwehr der brüderlichen Einigkeit, zwischen die kämpfenden Parteien, und nur über unsere Leichen führt der unglückliche Weg zum Bruderkampfe. Wagt aber die Reaktion einen offenen Kampf gegen die gute Sache der Freiheit —, dann, Bürger und Arbeiter! stehen wir bewaffnet mit Euch in Einer Reihe!“

Am 31. Oktober, als die Nachricht von der Beschießung Wiens alles, was in Berlin demokratisch dachte, in die höchste Erregung versetzt hatte und Petitionen, die Einschreiten im Interesse Wiens verlangten, im Volk zirkulierten und von den Demokraten in der Nationalversammlung zu einem Antrag formuliert wurden, drohte wieder ein Konflikt zwischen Bürgerwehr und Volk auszubrechen. Das letztere füllte den Gendarmenmarkt und drängte immer mehr gegen das Schauspielhaus vor, wo die Nationalversammlung tagte, während zum Schutz des Hauses aufgestellte Abteilungen der Bürgerwehr der Masse immer wieder ein Zurück boten. Und nun suchten die Maschinenbauer ihr Versprechen wahr zu machen. Sie rückten mit einer weißen Fahne vor und nahmen am Haupteingang des Schauspielhauses Stellung. Wieder aber fanden sich Bürgerwehrelemente, die schon der bloße Anblick von Arbeitern wild machte. Eine Kompagnie vom achten Bataillon drang auf die Maschinenbauer ein, dem Träger der Friedensfahne ward ein Finger abgehauen und mehrere Arbeiter wurden durch Bajonettstiche verwundet, einer davon so schwer, daß er nach wenigen Stunden starb. Die Erbitterung der Arbeiter läßt sich leicht denken. Mit einem Wutgeschrei zogen sie sich zurück, ihre Gewehre zu holen und Rache zu nehmen. In der Zeit, die dies erforderte, gelang es jedoch, sie durch die wiederholte Beteuerung, es liege ein Mißverständnis vor, von ihrem Vorhaben abzubringen, und so blieb es bei dem einen Zwischenfall. Bei der wenige Tage darauf erfolgten Bestattung des gefallenen Maschinenbauers marschierten der Chef der Bürgerwehr Rimpler und andere offizielle Persönlichkeiten hinter der Leiche im Trauerzuge.

Am 9. November verfügte ein Regierungserlaß die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg, und es begann deren mehrtägiger Versuch eines Widerstandes; am 12. ward der Belagerungszustand über Berlin verhängt, und in den Tagen vom 12. bis 15. November wurde die Entwaffnung der für aufgelöst erklärten Bürgerwehr schrittweise und mit geschickter Auswahl der Kompagnien vollzogen. Widerstandslos gab gerade die achte Kompagnie, die Arbeitern gegenüber stets schnell bei der Hand gewesen war, von der Waffe Gebrauch zu machen, ihre Gewehre ab. Andere Teile der Bürgerwehr wollten es auf einen Widerstand ankommen lassen, aber die Feigheit der einen demoralisierte auch die anderen, und so gelang es mit wenig Schwierigkeiten, die Bürgerbewaffnung wieder ungeschehen zu machen. Auch die Maschinenbauer, deren Widerstand man am meisten gefürchtet hatte,

gaben die Waffen schließlich anstandslos ab; sie hatten, wie andere Arbeitergruppen, sich der bürgerlichen Demokratie für den Fall eines Kampfes mit der bewaffneten Macht zur Verfügung gestellt. Nachdem die Kammer aber den passiven Widerstand proklamiert und das Bürgertum ihn akzeptiert hatte, verspürten auch sie keine Neigung, sich von den Truppen niederschießen zu lassen.

Die Reaktion war Herr in Berlin, die demokratische Presse unterdrückt, von Arbeiterbewegung ist im letzten Monat des Revolutionsjahres nichts mehr zu vernehmen.

Sechstes Kapitel. Hinter der Reaktion.

Ein Rückblick. — Die Ueberwachung der Arbeitervereine. — Der Prozeß Hätzel und die Massenausweisungen. — Der Prozeß Ladendorf-Lenze. — Das Schicksal der Arbeiterorganisationen. — Die Volkspresse: „Gerichtszeitung“, „Publizist“, „Volkszeitung“. — Die Genossenschaftsbewegung und Schulze-Delitzsch.

„Kein offener Hieb in offener Schlacht,

Mich fällten die Rücken und Tücken.“

Freiligrath, Abschiedswort der „Neuen Rhein. Ztg.“

Ueberblickt man die Haltung der Arbeiterschaft Berlins im Revolutionsjähr als ein Ganzes, so bietet sie kein unbefriedigendes Bild dar. Die Arbeiter hatten zu den Barrikadenkämpfern mehr als das ihnen zufallende Kontingent von Streitern gestellt. Sie hatten, als die Freiheit erkämpft schien, sie zur Besserung ihrer überaus gedrückten ökonomischen Lage auszunutzen versucht — sie hätten sich an sich selbst versündigt, wenn sie es nicht getan hätten, — aber sie hielten sich dabei grundsätzlich durchaus an das unter den gegebenen Verhältnissen ökonomisch Mögliche. Es heißt die Bourgeoisie Berlins über Gebühr entschuldigen, wenn man sagt, daß sie durch bedrohliches Auftreten der Arbeiter in Angst versetzt und so der Reaktion in die Arme getrieben worden sei. Zu solcher Angst hatten ihr die Arbeiter außerordentlich wenig Anlaß gegeben. Selbst die vielverschrienen „Rehberger“ und die Kanalarbeiter bedeuteten keine irgendwie ernst zu nehmende Gefahr für den kapitalistischen Erwerb. Sie rebellierten wohl hin und wieder, aber sie ließen sich leicht beruhigen, und ihre Forderungen waren nicht unbescheiden.[3] Natürlich fehlte es in Berlin nicht an exaltierten Köpfen, aber sie fanden ein Gegengewicht gerade in der Kerntruppe der Arbeiterschaft, den gelernten Handwerks- und Industriearbeitern, die sich allen sinnlosen Unternehmungen widersetzten und ihre politische Aufgabe darin sahen, der radikalen bürgerlichen Demokratie eine Stütze — man könnte beinahe sagen, eine Schutztruppe — darzubieten. Es waren daher weit mehr die Fehler der verschiedenen bürgerlichen Parteien, als Fehler der in die Bewegung eingreifenden Arbeiter, welche der Reaktion die Wege ebneten. Dies ist keine übertriebene Verherrlichung der Arbeiter, sondern drückt nur in anderen Worten die Tatsache aus, daß die politische Führung und damit auch die Verantwortung in jenen Tagen den bürgerlichen Klassen und nicht den Lohnarbeitern zufiel, die in der Hauptsache den von jenen ausgegebenen Parolen folgten und selbst der Zahl nach das Kleinbürgertum noch nicht übertrafen.

Es wurde schon im vorigen Kapitel darauf hingewiesen, daß die Zahl der Lohnarbeiter Berlins im Verhältnis zur Bevölkerung 1848 bedeutend geringer war, als man auf Grund späterer Klassengliederung geneigt sein mag, sie sich vorzustellen. Im

[3] Einen etwas derben Akt der Selbsthülfe der Erdarbeiter schildert die Heldsche „Lokomotive“ in ihrer Nummer vom 1. Juli 1848: „Ein Bauaufseher vor dem Halleschen Tore schalt immer auf die schlecht beladenen Karren. Die Arbeiter beluden einen Karren besser und frugen den Herrn, ob es nun gut sei? Und als er ja antwortete, nötigten sie ihn, diesen vollen Karren doch auch bis an Ort und Stelle zu schaffen, und als er dies wegen der Schwere nicht imstande war, bekam er überflüssigerweise ungeheure Prügel.“

Handwerk war fast durchgängig die Zahl der Lohnarbeiter erheblich geringer, als die Zahl der Meister. So gibt eine Statistik aus dem Jahre 1846 für eine Anzahl Gewerbe folgende Klassengliederung für Berlin an:

	Meister	**Gesellen**	**Lehrlinge**
Garnweber	2.325	885	300
Posamentiere	186	130	60
Raschmacher	427	300	70
Strumpfwirker	110	150	15
Seidenwirker	1.030	1.200	460
Tuchmacher	114	306	9
Tapezierer	300	250	?

Zusammengehalten weisen diese Gewerbe fast anderthalbmal soviel Meister als wie Gesellen auf. Natürlich müssen demgemäß die Mehrzahl dieser „Meister" in Verhältnissen gelebt haben, die wir heute als proletarisch bezeichnen. Aber sie waren darum doch Meister und fühlten sich als solche. In der Tischlerei wurden in runden Zahlen 2.000 Meister und 2.200 Gesellen, in der Schneiderei rund 4.000 Meister und nur 2.600 Gesellen gezählt. Die Schuhmacherei, deren Zahl nicht angegeben ist, muß dasselbe Verhältnis wie die Schneiderei gehabt haben, denn noch im Jahre 1861 zeigt die amtliche Volkszählung in Schneiderei und Schusterei fast zwei Drittel des Gewerbes als selbständige Meister, nämlich

unter 154.111 Schuhmachern 94.849 Meister

unter 122.789 Schneidern 73.088 Meister

Ebenso in Bäckerei, Fleischerei und anderen Gewerben. Die große Industrie weist natürlich andere Verhältniszahlen auf, aber sie war doch im ganzen noch immer in ihren Anfängen. Und, was nicht vergessen werden darf, noch beherrschte das platte Land vollständig die wenig zahlreichen Städte. Noch 1861 betrug in Preußen die Landbevölkerung rund 13 Millionen, die städtische nur etwas über 5½ Millionen Köpfe, 1848 ist das Verhältnis das von drei gegen eins gewesen. Von den Fabriken vor dem Oranienburger Tor und dem noch sehr unbedeutenden Geheimratsviertel vor dem Potsdamer Tor abgesehen, fing außerhalb der damaligen Stadtmauer Berlins sofort das Dorf an. Und auch innerhalb der Stadtmauer wohnten noch eine stattliche Zahl Ackerbürger, die ihre, vor den Toren liegenden Felder bewirtschafteten, gab es, wie Schreiber dieses selbst als Knabe kennen zu lernen Gelegenheit hatte, noch gar manches fast völlig bäuerliche Gehöft. Wie das hauptstädtische Leben überhaupt noch wenig entwickelt war, ganze Stadtviertel vielmehr einen außerordentlich tristen Eindruck machten, so gab es auch in Berlin sehr viele Leute, die noch nicht einmal die innerliche Trennung vom Dorf vollzogen hatten, aus dem sie eingewandert waren, sondern in ihren sozialen Anschauungen und politischen Urteilen fast völlig dem Landvolk entsprachen. Unter all diesen Verhältnissen konnte es nur eine verhältnismäßig kleine Auslese geistig entwickelter Arbeiter sein, die den Gedanken einer selbständigen wirtschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterklasse faßten, und kann es nicht Wunder nehmen, wenn ein Teil von ihnen, in dem Bestreben, sich über ihre soziale Lage aufzuklären, das Publikum eines F. W. Held bildeten.

Held hatte im Juli 1848 einen Radikal-Reform-Verein gegründet, der sich später „Sozial-Verein" nannte, und im gleichen Lokal tagte, wie

das Zentralkomitee für Arbeiter. Er hatte einen großen Zulauf, und wenn man die Berichte über seine Versammlungen liest, so kann man sich darüber nicht wundern. Gerade der noch stark kleinbürgerliche Grundzug der Heldschen, an Proudhon sich anlehnenden „Radikalreform“ entsprach dem Horizont der großen Masse von Kleinbürgern aller Art, die Berlin beherbergte, und mußte auch auf kleinbürgerlich erzogene Arbeiter Eindruck machen. Hätte Held sich nicht sonst kompromittiert, so würde er ein nicht ungefährlicher Konkurrent des Zentralkomitees gewesen sein, das ja, wie wir gesehen haben, für sein praktisches, wirtschaftspolitisches Wirken sich auch noch aufs Experimentieren angewiesen sah. Um so höher ist die treffende Kritik anzuschlagen, welche im Organ der Verbrüderung an Helds Wirtschaftsideen geübt wurde.

Anders als der Heldsche Verein ist der Berliner Handwerkerverein zu beurteilen. Es ist schon hervorgehoben worden, daß er wesentlich Bildungsverein sein wollte und infolgedessen in Arbeiterkreisen als neutraler Boden betrachtet wurde. Aber in seiner Eigenschaft als Sammelplatz für Arbeiter, die nun einmal in ihrer Mehrheit demokratisch, wenn nicht sozialistisch gesinnt waren, blieb er den Reaktionären ein höchst verdächtiges Institut. Er wurde denn auch schon in den Tagen, wo die Gegensätze in Berlin sich wieder verschärften, mit einer Haussuchung bedacht. Ein Sicherheitsbeamter hatte den Verein denunziert, daß in seinen Vereinsräumen 14.800 scharfe Patronen verborgen seien. Darauf wurde am 26. August 1848, zwölf Uhr nachts, das fliegende Korps der jungen Kaufmannschaft aufgeboten und vor das Lokal des Handwerkervereins geführt, wohin auch Konstabler abgeschickt waren, als Deckung für die Beamten, welche die Haussuchung Vornahmen. Als das Kaufmannskorps hörte, zu welchem Zweck es vorgeschickt worden war, machte es sofort Kehrt und legte beim Chef der Bürgerwehr, Rimpler, Verwahrung dagegen ein. Auf dessen Gegenantwort, daß allen Anordnungen unbedingter Gehorsam zu leisten sei, veröffentlichte es einen Protest durch Eckenanschlag. Folgender Satz daraus ist wert, hier wiedergegeben zu werden. Die junge Kaufmannschaft unserer Tage mag ihn sich ins Stammbuch schreiben:

> „Das fliegende Korps der jungen Kaufmannschaft protestiert friedlichste gegen das Verlangen eines blinden Gehorsams. Es erkennt als den Zweck der Volkswehr nicht nur die Aufrechterhaltung des Gesetzes, sondern auch die Wahrung des Eigentums und der Rechte des Volkes. Diese halten wir dadurch für verletzt, daß man einem Teile der Volkswehr die von ihm vorrätig gehaltene Munition konfisziert. Wir protestieren gegen eine solche Maßregel, die nur Zwietracht unter den einzelnen Korps herbeiführen kann.“

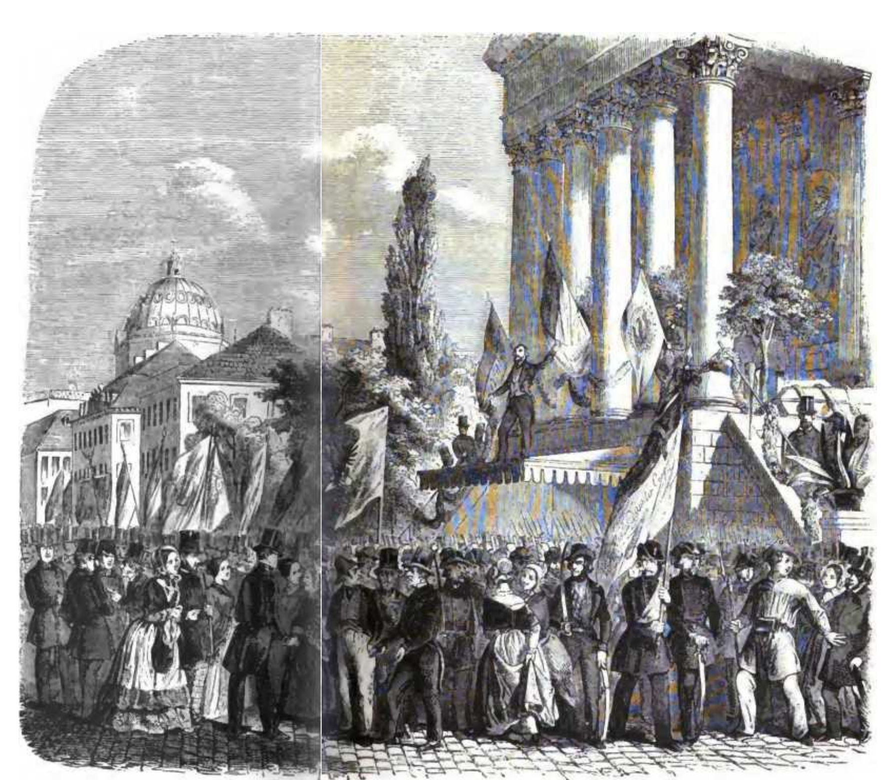
Die Haussuchung hatte zum Resultat, daß im ganzen 20 scharfe Patronen und etwa 600 Platzpatronen gefunden wurden, die dem Verein vom Kommando der Bürgerwehr selbst als Schießbedarf für seine der Bürgerwehr angehörenden Mitglieder übergeben worden waren, und nun veröffentlichte Herr Rimpler am 27. August eine Bekanntmachung, worin er sein „schmerzliches Bedauern“ darüber ausdrückte, daß das Korps, das sich so oft bewährt habe, „bei

Ausführung der erwähnten polizeilichen Maßregeln betroffen worden sei“. Auch die Polizei mußte sich, da sie nichts gefunden hatte, entschuldigen. Aber der Handwerkerverein wurde selbstverständlich j nach wie vor als verdächtig behandelt. Was Arbeiter war und nicht sich in die Patriotenvereine einschreiben ließ, wurde sorgfältig überwacht. Nicht ganz mit Unrecht, denn es blieben trotz aller Verfolgungen eine nennenswerte Zahl Arbeiter übrig, die sich nicht einschüchtern ließen. Dies beweist unter anderem der Prozeß Hätzel und Genossen. In allen Reaktionsepochen sind es ja Prozesse, in denen sich ein großes Stück Kampfbewegung abspielt.

Am 30. März 1849 hielt die Polizei auf Grund einer Denunziation bei dem Schuhmacher Hätzel und dessen Logiswirt, dem Schuhmacher Schmidt, Haussuchung ab. Sie fand eine Anzahl Waffen und Waffenteile, eine Kiste mit Handgranaten und einen ziemlichen Vorrat Briefschaften nebst Exemplaren von Statuten des Bundes der Kommunisten. Von den Briefschaften ist ein von Hätzel geschriebener Brief von besonderem Interesse. Er ist überschrieben: „Der leitende Kreis Berlin an die Zentralbehörde“ — dies die technischen Ausdrücke für die Organisation des Bundes — und führt aus, daß, während Berlin? „wie bekannt“, bisher ein schlechter Boden für die Propaganda gewesen sei, dies sich nach Verhängung des Belagerungszustandes geändert habe. Er gewinne täglich an Umfang und Bedeutung, habe bereits 100 Mitglieder in zehn Gemeinden und würde demgemäß monatlich über 12 Taler zu gebieten haben. Dies Geld wünsche er jedoch vollständig an Ort und Stelle zu verwenden, und er ersuche die Zentralbehörde, ihm dies in Anbetracht der Wichtigkeit des Platzes zu gestatten. „Eine neue Revolution scheint vor der Tür“, heißt es am Schluß, „und wir brauchen noch viel Geld zu Waffen und Munition. Uns fehlen außerdem Schriften für die Propaganda, und ersuchen wir die Zentralbehörde, uns solche nachzuweisen.“

Man sieht, wie es in jenem Moment noch in der Arbeiterschaft gärte.

Hätzel und der gleichfalls bei Schmidt wohnende Maler Wegener wurden in Haft genommen, und ihnen später noch der Schneider Bendeler und der



26. Leichbegängnis der am 16. Oktober gefallenen Arbeiter
Aufstellung der Särge vor dem Opernhause

Landschuhmacher Richter zugesellt. Schmidt, der Wirt Hätzels, wurde erst nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft freigelassen und sah sich geschäftlich ruiniert. Aus der Untersuchung und den späteren Aussagen Hätzels als Zeuge in dem Kölner Kommunistenprozeß ging hervor, daß der von Friedrich Engels in der Vorrede zu den Enthüllungen über den Kölner Prozeß rühmlich genannte Uhrmacher Moll im Dezember 1848 als Emissär des Bundes im Auftrage des Kölner Kreisvorstandes nach Berlin gekommen war, Hätzel aufgesucht und ihn mit Instruktionen und Material versehen hatte. Auch andere Personen muß Moll aufgesucht haben, denn Hätzel hörte bald nach dessen Abreise im Handwerkerverein davon reden, daß in Berlin ein Bund gestiftet werden solle. Zu etwas Bestimmtem kam es aber nicht, bis Hätzel Ende Januar 1849 die Sache energisch in die Hand nahm, worauf in kurzer Zeit die zehn Gemeinden ins Leben gerufen werden konnten. Die Namen dieser Gemeinden waren: 1. Vorwärts, 2. Not, 3. Durch, 4. Todt, 5. Lecker, 6. Blind, 7. Stuck. 8. Schulz, 9. Rumpf, 10. Kerl.

Hätzel gab noch als Zweck des Bundes die Einführung einer einigen, unteilbaren sozialdemokratischen Republik an, die sich nach seiner Ueberzeugung nur auf revolutionärem Wege erreichen lasse. Daher sei als Hauptbedingung der Mitgliedschaft die revolutionäre Energie aufgestellt worden. Die Kiste mit Handgranaten habe er von einem unbekannten Manne erhalten, die Granaten bei einer etwaigen Revolution gegen die Feinde der Arbeiter gebrauchen wollen und beschlossen, selbst welche anzufertigen, zu welchem Zweck er sich die bei ihm gefundene Form und Zink angeschafft habe.[4]

Dies die wichtigsten Aussagen Hätzels. Die Nennung von Namen und die Entzifferung der bei ihm gefundenen chiffrierten Listen verweigerte er. Er und seine Mitangeklagten wurden über 15 Monate in Untersuchungshaft gehalten. Ein Termin nach dem anderen ward verschoben, bis endlich am 15. August 1850 die Verhandlung stattfinden konnte. Die Zeugenaussagen fielen in jeder Hinsicht zugunsten der Angeklagten aus; ein Hauptzeuge der Polizei, der Tischlermeister Heilmann, mußte aus dem Gefängnis vorgeführt werden, wo er selbst in Untersuchungshaft saß, und zwar unter Verdacht des Meineids und der Verleitung zu falscher Zeugenaussage.

Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen — „weil man den ganzen Bund damals für ein leeres Hirngespinst hielt und keine Ahnung von dessen Umfang und Gefährlichkeit hatte“, heißt es bei

[4] In den Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln spricht Karl Marx u. a auch von Hätzel. Er bezeichnet ihn als ein Mitglied der radikalen Fraktion Willich-Schapper und wirft ihm vor, gegen die Kölner Angeklagten falsches Zeugnis abgelegt zu haben, „indem er die exzeptionelle Bewaffnung des Berliner Proletariats während der Revolutionszeit in einen erdichteten Zusammenhang mit den Bundesstatuten‟ gebracht habe. Aber wie Marx 1872 im Nachwort zu den „Enthüllungen‟ den größten Teil seiner Anklagen gegen Willich-Schapper selbst zurücknahm, würde er auch diesen Vorwurf bei genauerer Prüfung zurückgenommen haben. Hätzel hatte vom 30. März 1849 bis zum 17. August 1850 in Berlin im Gefängnis gesessen; da wird er wohl von den Streitereien, die sich im Sommer 1850 im Londoner Arbeiterbildungsverein abspielten, wenig genug erfahren und das wenige kaum verstanden haben. Als Moll ihn Ende 1848 aussuchte, betrieb der Bund noch ohne Unterschied der Fraktion die Organisation und Bewaffnung der Arbeiter für den Wiederausbruch der Revolution.

Stieber-Wermuth. Erst dem Kölner Kommunistenprozeß sei es vorbehalten geblieben, „den Behörden über die wahre Beschaffenheit des Bundes die Augen zu öffnen". Was aber Stieber und sein Mitverfasser nicht schreiben, ist, daß einer der Verteidiger der Angeklagten — Stieber selbst gewesen war.

Hätzel und sein Mitangeklagter Richter wurden nach der Verhandlung per Zwangspaß in ihre Heimatsorte abgeschoben. Von der Zeit ab, wo Hätzel verhaftet worden war, ist, soweit Berlin in Betracht kommt, von Organisationen des Kommunistenbundes nichts mehr zu ermitteln. Kurze Zeit nach der Verhaftung hatte Minister Manteuffel in der Kammer die Verschärfung des Belagerungszustandes mit dem Hinweis auf die fürchterliche Verschwörung begründet, der man bei Hätzel auf die Spur gekommen sei. Die Polizei ging darauf mit rücksichtsloser Brutalität vor. Das ganze Jahr 1849 und auch noch die folgenden Jahre reißen die Ausweisungen aus Berlin nicht ab. Im Mai 1849 wissen die Berliner Zeitungen von Massenverhaftungen von Arbeitern mit darauf folgenden Ausweisungen zu berichten. Die Zahl der Ausgewiesenen habe sich auf über tausend belaufen! Erklärlich genug, wenn sich da keine dauernden Geheimorganisationen halten konnten. Wohl gelingt es der Polizei noch immer, hier und da vergrabene oder versteckte Waffen zu ermitteln, aber es kommen dabei immer nur Einzelpersonen in Frage. So u. a. der Schriftsetzer Karger, den wir als Mitglied der Redaktionskommission der „Arbeiterzeitung" kennen gelernt haben. Am 19. Juni fand bei ihm Haussuchung statt. Einige Seitengewehre wurden gefunden, worauf er verhaftet und später kriegsgerichtlich zu Gefängnis verurteilt wurde. Größere Bedeutung hatte die Entdeckung der sogenannten Verschwörung Ladendorf-Gehrke, ein Gemisch von Polizeimache und naiver Revolutionsvorbereitung, das die Polizei im März 1853 der Welt kundzugeben für gut befand, nachdem sie durch den Lockspitzel Lentze seit mehr als Jahresfrist davon genau unterrichtet war. Es wird angemessen sein, diese Polizeiaffäre gleich im Anschluß an den Prozeß Hätzel zu behandeln.

Zuvor sei indes noch ein Schriftstück aus der Geschichte der Berliner Arbeiterverbrüderung mitgeteilt, das für den politischen Geist dieser Auslese der Berliner Arbeiterschaft besonders bezeichnend ist. Es ist ein Schreiben an den Demokraten Nauwerk, der für Berlin in das Reichsparlament zu Frankfurt am Main gewählt war, und bezieht sich auf eine Adresse an das Frankfurter Parlament, welche für dieses das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aller Erwachsenen verlangte und, neben zahlreichen Unterschriften einzelner, die Beitrittserklärung von 33 zum Bezirkskomitee gehörenden Arbeitervereinen trug. Hier sein Wortlaut:

> „Geehrter Herr! Mitten unter den Hindernissen des Belagerungszustandes und der rohen Gewalt — denn unsere Unterdrücker können nicht und wollen nicht anerkennen die Waffe der Ueberzeugung — haben die Unterzeichner der beiliegenden Adresse erkannt, daß es etwas Höheres gibt, als Bajonette und Kanonenschlünde, daß auf den Gesamtwillen

> des Volkes allein die ewig jugendliche Entwickelung alles Staatslebens sich stützt.
> Von diesem Grundsätze überzeugt, haben wir mit Lächeln das zornrote Rüstzeug unserer Gegner betrachtet, die da glauben, wer die Keule hat, könne auch der Hüter seines Bruders sein.
> Wir haben verzichtet auf den mittelalterlichen „Gotteskampf“, zu dem jene Rüstzeuge der Herren uns herausgefordert haben, denn Vernunft und Geschichte lehren, daß man wohl im guten Rechte sein und doch eine Weile unterliegen kann.
> Wenn wir aber zum Heile unseres Vaterlandes verlangen, daß bei der Gesetzgebung nur die Einsicht und der Wille des Volkes durch seine freigewählten Vertreter, nicht aber Keulen und Bajonette mit abstimmen sollen, so fordern wir auch, daß die Wahlberechtigung hierzu für jeden großjährigen freien Mann im Staate festgestellt werde.
> Wenn trotz alledem ein Zensus von der Frankfurter Versammlung beschlossen werden zollte, so verlangen wir, daß diejenigen von der Wahlberechtigung ausgeschlossen werden, die mehr als 2.000 Taler Einkommen haben, oder so hohes Gehalt von einem angestammten Herrscherhause beziehen oder anderen Ordensschmuck tragen als den einer ehrlichen Gesinnung und des freien männlichen Mutes, nicht als ob sie bestechlich wären, sondern weil sie schon bestochen sind — und weil die auf den seidenen Pfühlen auch unter einer schlechten Staatsverfassung bequem ruhen, weil ihnen nicht so viel an der Umgestaltung schlechter Gesetze liegt, als dem sogenannten Vagabunden, der hülflos von Dorf zu Dorf irrt und im Gewühl der Städte und auf kotiger Heerstraße vergebens nach Brot und Arbeit suchen muß.
> In diesem Sinne haben die Unterzeichneten die anliegende Adresse zu der ihrigen gemacht und bitten Sie, als den wackeren Kämpfer für unser Recht, um deren Uebergabe und Vertretung.
> Berlin, den 19. Februar 1849.
> Das Berliner Bezirkskomitee der deutschen Arbeiter-Verbrüderung.“

Man sieht, die Arbeiter verstanden es, auf den groben Klotz des Geschreis nach Ausschluß der Nichtbesitzenden von dem Wahlrecht einen gehörig groben Keil zu setzen. Den Wahlzensus umkehren und die Reichen für wahlunfähig erklären — ein entsetzlicher Gedanke. Die Frankfurter Versammlung entschied sich übrigens für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Und nun zum Ladendorf-Komplott.

Der Anstifter der „Verschwörung“, Leutnant Hentze, hatte Verbindungen mit den leitenden Personen des Kommunistenbundes unterhalten. In einem Brief von Bürgers an den Schneider Nothjung wird er als „alter Freund von Marx“ empfohlen; nach der Spaltung im Kommunistenbund scheint er sich aber mehr an die aktionslustigen Gegner von Marx gehalten zu haben, und durch deren Führer August Willich war er an den Gymnasiallehrer Gehrke empfohlen worden, der in Berlin in verschiedenen Arbeitervereinen Lehrkurse gehalten hatte und Lentze mit anderen Personen in Verbindung brachte, die in der Arbeiterschaft Einfluß besaßen oder wenigstens Fühlung hatten. Zu ihnen gehörte der Kaufmann S. Levy, der bei verschiedenen Arbeitergenossenschaften sich als Revisor betätigt hatte und Geschäftsführer des noch zu erwähnenden Gesundheitspflegevereins war, dessen Freund, der Lehrer Dr. Ladendorf, der Schlossermeister Letter, der Arzt Dr. Fallenthal und der Modelltischler Geister.

Eene
drömerige Viehsion



von
Ullo Bohmhammel,
Vize-Jefreiten bei de Bürjerwehr.

Det neue Stück, die Revolution,
Is jetzt beim dritten Akte schon.
Der zweete ward damit geschlossen,
Det man zwölf Menschen doot geschossen.

27. Satirisches Flugblatt auf das Leichenbegängnis der am 16. Oktober gefallenen Arbeiter (siehe S. 66)

Es war zu einer Zeit, wo man sich vielfach noch mit der Hoffnung trug, daß der Winter 1851/52 einen erneuten Ausbruch der Revolution in Frankreich bringen und diese dann nach Deutschland Überschlagen werde. Es wurden also Waffen beschafft, insbesondere mehrere hundert Hohlkugeln für Handgranaten angekauft, Pläne für den Revolutionskampf entworfen und andere Vorarbeiten mehr ins Wett gesetzt. Von alledem wußten Herr von Hinkeldey, der Polizeidirektor und seine Leute, da Lentze sie fortlaufend unterrichtet hielt; ja, ein Teil des Geldes, für das die Waffen beschafft wurden, war unzweifelhaft Polizeigeld. Aber erst im Frühjahr 1853 ward zur Aufdeckung des Komplotts geschritten. Dann jedoch mit wohlberechnetem, Sensation erregendem Aufgebot.

In mehrere hundert Häuser wurde in der Nacht zum 26. März seitens der Polizei eingebrochen, 40 Personen wurden ins Gefängnis abgeführt, und in der Hauschildschen Fabrik, wo der dort beschäftigte Modelltischler Geisler die von ihm angefertigten Bombenhülsen versteckt hielt, unter Anleitung Stiebers das Dach abgedeckt, wobei die zuführenden Straßen durch Militär abgesperrt gehalten wurden. Dies, obwohl man im Polizeipräsidium sogar genaue Zeichnungen

davon hatte, wo das Bombenmaterial lag, und einige Personen genügt hätten, es abzuholen.

Das Publikum sollte in Schrecken gejagt und ein Hauptschlag gegen die noch immer nicht genug eingeschüchterte Demokratie geführt werden. Daher wurde denn auch gleichzeitig der verantwortliche Redakteur der kleinbürgerlich demokratischen, aber keineswegs revolutionären „Urwählerzeitung“, Dr. Holdheim, verhaftet und das forterscheinen dieses Blattes unmöglich gemacht. Holdheim selbst mußte nach sechs Wochen freigelassen werden, und auch die meisten der übrigen Verhafteten kamen mit etlichen Wochen Untersuchungshaft davon. Neun Personen dagegen, darunter die Obengenannten, hatten nicht weniger als 19 Monate Untersuchungshaft auszustehen, in der sie in einer Weise moralisch gepeinigt wurden, daß Ladendorf darüber zeitweilig in Wahnsinn verfiel. Erst am 16. Oktober 1854 kam es zur öffentlichen Verhandlung über das so furchtbar aufgebauschte Komplott. Sie fand vor dem in der Reaktionszeit kunstvoll konstruierten Staatsgerichtshof statt, und dieses ausgesuchte Tribunal verurteilte denn auch, trotzdem es selbst den Zeugen Lentze und einen anderen Polizeizeugen für „nicht voll glaubwürdig“ erklären mußte, acht von den Angeklagten zu 3 bis 5 Jahren Zuchthaus, das zwei der Verurteilten nicht überlebten.[5] Ladendorf, der zu fünf Jahren verurteilt war, konnte infolge eines Gnadenaktes des Prinzregenten Wilhelm das Zuchthaus einige Zeit vor Ablauf der Strafe verlassen und ging nach der Schweiz, wo er sich noch lange in der demokratisch-republikanischen Emigration betätigte. Sein Freund Levy war später in der bürgerlichen Demokratie Berlins tätig und stellte sich auch der Sozialdemokratie noch bis in die Zeit des Sozialistengesetzes hinein freundlich gegenüber.



28. Graf Brandenburg, preußischer Ministerpräsident und Frhr. v. Manteuffel, preußischer Minister des Innern

Die Reaktion nutzte die Verschwörung gründlich aus. Sie mußte ihr u. a. dazu dienen, auch den letzten Resten von Arbeiterorganisation in Berlin ein Ende zu machen. Ehe wir ihre bezüglichen Maßregeln behandeln, müssen wir jedoch wieder bis in den Anfang 1849 zurückgehen und die öffentliche Arbeiterbewegung Berlins der Jahre 1849 bis 1853 an uns vorübergehen lassen.

Gegen die Bildungsvereine und die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter war die Reaktion nicht sofort mit voller Brutalität vorgegangen. Nicht daß man sie für gar so harmlos hielt. Diese Annahme, der Friedrich Engels Ausdruck gegeben hat, muß bei genauer Untersuchung der Tatsachen als irrig bezeichnet werden. Es fehlten der Polizei einfach zunächst die gesetzlichen Mittel, mit

[5] ‚Als den Unglücklichen dieses Urteil verkündet worden war,' erzählt A. Bernstein in „Die Jahre der Reaktion“, ‚glaubte Hinkeldey dem König einen freudigen Moment bereiten zu müssen. Er ließ die Wagen mit den Gefangenen einen Umweg machen, damit sie am königlichen Schlosse vorbeikämen. Und der König erschien auch am Fenster.
Was für ein Königsdiener! Und was für ein König!‘

öffentlichen Arbeitervereinen so umzuspringen, wie mit Geheimbünden. Wo sie konnte, ließ sie es, trotzdem die Regierung eine gewisse Arbeiterfreundlichkeit zur Schau trug, an Schikanierungen nicht fehlen, und die Regierung wiederum machte mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit gerade bei den in der Arbeiterverbrüderung oder sonst gewerkschaftlich organisierten Arbeitern herzlich schlechte Geschäfte. Sie ließen sich ihre politische Unabhängigkeit nicht abkaufen. Schon im Januar 1849 stieß die Regierung, die eine Handwerkerkonferenz einberufen hatte, um sich als Vermittlerin in den Konflikten des Handwerkertums beliebt zu machen, auf sehr energischen Widerstand bei den Arbeitern, denen die Zusammensetzung der Konferenz keine genügende Gewähr für eine entsprechende Vertretung ihrer Interessen bot, und am 22. Februar 1849 künden ihr die Buchdrucker an, daß sie jeder Beeinträchtigung des Wahlrechts die heftigste Opposition entgegensetzen würden. Verweigerung des Wahlrechts an die Arbeiter, heißt es in ihrer Erklärung, „ist identisch mit Proklamation des Bürgerkrieges“. Aber auch den bürgerlichen Klassen gegenüber zeigen die Arbeiter ihren Entschluß, sich das Wahlrecht nicht beeinträchtigen zu lassen. Als im Januar 1849 bei den Wahlen auf Grund der oktroyierten Verfassung der Lokomotivenfabrikant Borsig, der gern den Fabrikpatriarchen spielte, seine Arbeiter durch Werkführer rc. dazu bearbeiten ließ, in seinem Sinne bürgerlich-konstitutionell zu wählen, wurde dies in der demokratischen Presse von Arbeitern unter scharfem Protest bekannt gegeben. Ein anderer Zusammenstoß Borsigs mit seinen Arbeitern ist noch gehässigerer Natur. Er spielte erst im Jahr 1850, mag aber gleich hier Behandlung finden.

In jenem Jahr wollten nämlich die Maschinenbauer das Andenken an den 18. März durch Arbeitsruhe feiern. Da ließ derselbe Borsig, der 1848 mit zu denen gehört hatte, welche die im März gefallenen Arbeiter als heldenmütige Kämpfer für die Freiheit feierten, folgendes Plakat in seiner Fabrik anschlagen:

> „Es hat sich verlauten lassen, daß mehrere meiner Arbeiter am Montag, den 18. März, nicht arbeiten wollen. Ich mache hiermit auf die bestehende Ordnung aufmerksam, daß jeder, der am Montag nicht arbeiten will, den Urlaub bei seinen betreffenden Meistern nachsuchen muß.
> A. Borsig.“

Darauf hielten die Arbeiter Werkstattbesprechungen ab und beschlossen in den einzelnen Abteilungen in Gegenwart der Werkführer — wir zitieren ihre Erklärung — „das Andenken ihrer am 18. März 1848 gefallenen Brüder ohne Demonstrationen ruhig in ihren Wohnungen zu feiern“, und teilten dies gemäß dem Plakat den Meistern mit. Diese hatten aber schon Weisung erhalten, niemand Urlaub zu erteilen, und außerdem setzte ein Teil von ihnen eine Beeinflussung der Arbeiter in der Weise ins Werk, daß sie und von ihnen beauftragte Personen in die Wohnungen von Arbeitern gingen und sie in Gegenwart der Frauen unter Hinweis auf den sonst eintretenden Verlust des Broterwerbs zum Abstehen von der Arbeitsruhe bearbeiteten. Bei einer Anzahl mit Erfolg, rund 200

Arbeiter aber hielten das einander gegebene Wort und feierten. Sie wurden am 19., als sie sich wieder zur Arbeit meldeten, kurzweg entlassen, was nun auch eine Anzahl der Umgefallenen veranlaßte, empört mit ihnen die Werkstatt zu verlassen.

Die Sache erregte erhebliches Aufsehen, und auch die bürgerlich-liberalen Blätter erhoben sich zu einem schüchternen Tadel an die Adresse des verehrten Mitbürgers. Dieser machte in einer Gegenerklärung die Ausrede, die Maßregelung richte sich nicht gegen die politische Gesinnung, sondern gegen den ihm als Fabrikherrn gegenüber an den Tag gelegten „Ungehorsam". Er habe „die gegen sein Verbot von den Arbeitern beschlossene Feier als eine Demonstration gegen sich ansehen und deshalb mit Entlassung strafen zu müssen geglaubt". Die Polizei ergänzte diese fabrikherrliche Aktion dadurch, daß sie zunächst die Unverheirateten von den Gemaßregelten — gegen 40 Arbeiter — ohne weiteres aus Berlin auswies und dann anfing, die Verheirateten vorzuladen und auszufragen, selbstverständlich nur zum Behuf der Einschüchterung. Die so Bedrohten ließen sich denn auch in der Zeit der Allherrschaft der Polizei dazu bewegen, Borsig um Verzeihung zu bitten. Aber selbst sie wurden nicht ohne weiteres in Gnaden angenommen, sondern auch unter ihnen noch Auslese gehalten. „Herr Borsig und die Polizeibehörde helfen sich gegenseitig," schrieb damals selbst die bürgerlich-liberale „Nationalzeitung". Ein anderer Maschinenfabrikant, Hummel, machte noch kürzeren Prozeß und diktierte drei Arbeitern, die im Namen ihrer Kollegen als Deputation zu ihm kamen, um wegen der Feier des 18. März mit ihm zu verhandeln, kurzerhand die Entlassung. So weit war die Reaktion im Frühjahr 1850 gediehen.



Berlin Du bist gerettet!

oder

Die entdeckte Pulververschwörung!!

in der Nacht vom 27. zum 28. August.

England hat seine Pulververschwörung gehabt. Lappalie! Frankreich hat seine Höllenmaschinen gehabt. Lumperei! Italien prunkt mit seiner Sicilianischen Vesper! Bagatelle! Petersburg hat seinen Strelitzenmord. Kleinigkeit. Mehemed Ali beglückte Aegypten mit einem Mameluken-Massacre. Puppenspiel!

Berlin überragt sie alle!

Es war in der Nacht vom 27. zum 28. August.

Plötzlich brach es auf,

es spie das doppelt geöffnete Thor
Zwei Leoparden auf einmal hervor

Männer des Scandals!

Nanu druff.

600 Stück Platzpatronen.

Das löbliche Corps der jungen Kaufleute aber

Das Hausrecht aber ist garantirt! — Die Freiheit der Person ist gesichert!

Und ein halb Dutzend Volksredner wurden in der folgenden Nacht verhaftet.

Zu haben bei A. Hofmann & Comp. in Berlin, Gr. Friedrichsstraße 172. — Druck von J. Draeger, Adlerstraße 9.

29. Satirisches Flugblatt des Kladderadatsch auf die mißglückte Aktion gegen den Handwerkerverein

6

Aus dem Frühjahr 1849 ist noch weiter eine Prozeßverhandlung gegen fünf Schriftsetzer wegen Arbeitseinstellung zu erwähnen, bei der Glieder ebenfalls als Verteidiger auftrat, und wobei er das Recht auf Arbeitseinstellung unter Hinweis auf den Klassenkampf geltend machte. Anfang Februar sah einen Tumult der Kanalarbeiter, denen man den Tagelohn wieder von 15 auf 11 Sgr. pro Tag herabgesetzt hatte. Ueberhaupt waren die meisten Lohnaufbesserungen des Frühjahrs 1848 wieder verloren gegangen, da die Geschäfte sich in der

Revolutionszeit nicht hatten bessern wollen. Selbst die Bauhandwerker mußten bei Beginn der Bausaison von 1849 es über sich ergehen lassen, daß die im Vorjahr erlangte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zurückgezogen wurde. Einen ernsthaften Konflikt gab es aus ähnlichem Anlaß in der Berliner Kattundruckerei. Die Kattundrucker hatten im April 1848 von den Fabrikanten eine Einschränkung in der Verwendung von Maschinen erzwungen. Natürlich war das nicht aufrecht zu erhalten, und es gab schon im Herbst 1848 Konferenzen, die dazu führten, daß die Fabrikanten sich anheischig machten, die überzähligen Arbeiter über den Winter hinweg noch bis zum 1 März 1849 zu beschäftigen. Als dann aber Entlassungen vorgenommen werden sollten, weigerten sich die betreffenden Arbeiter, zu gehen, weil sie — wie es in einer Korrespondenz der „Verbrüderung“ heißt — „die Fabriken moralisch mit als ihr Eigentum betrachteten“. Hinzugezogene Schutzleute wurden von den Arbeitern mit in der Fabrik lagernden Rolholzknüppeln verhauen, dann rückte Militär an, und wenn nicht einige Ruhigere unter den Arbeitern eingesprungen wären, hätte es ein ernsthaftes Blutbad gegeben. Jedenfalls wurden die „Rädelsführer“ eingesteckt. Erregt stellten nun die gesamten Kattundruckerei-Arbeiter die Arbeit ein und blieben mehrere Wochen im Ausstand, mußten jedoch zu den Bedingungen der Fabrikanten an die Arbeit zurückgehen.

Je mehr aber die im Frühjahr 1848 erkämpften Lohn- usw. Verbesserungen verloren gingen, um so mehr mußte die Vorstellung erweckt oder die schon vorhandene Ansicht bestärkt werden, daß irgend welche dauernde Verbesserungen der Lebenslage unter dem Lohnsystem überhaupt nicht zu erzielen seien, und um so stärker mußte daher der Gedanke der Gründung von genossenschaftlichen Arbeiterassoziationen in den Köpfen der Arbeiter Eingang finden. Wir sehen daher von da ab die Arbeiterverbrüderung in Berlin vornehmlich auf diesem Gebiete tätig. Leider ist ein erschöpfendes und zusammenhängendes Material darüber nicht vorhanden. Weder in der „Verbrüderung“ noch in den Berliner demokratischen Zeitungen findet man eine regelmäßige Berichterstattung über Beschlüsse, Maßnahmen und Finanzstand der „Verbrüderung“ und der ihr angehörenden Vereine. Nur aus gelegentlichen Notizen und Abrechnungen kann ein Bild ihrer Entwickelung gewonnen werden.

Die ersten Versuche der Berliner „Verbrüderung“ auf dem Gebiet der Assoziationsbildung sind namentlich deshalb interessant, weil sie zeigen, daß man aus rein praktischer Erwägung heraus — denn eine Theorie des Genossenschaftswesens gab es noch nicht und konnte es noch nicht geben — auf den ganz rationellen Gedanken verfiel, mit Assoziationen für die Beschaffung der notwendigsten Gebrauchsgegenstände der Arbeiter den Anfang zu machen. Aber man wagte sich noch nicht an ganze Konsumvereine heran, sondern hielt sich in der Weise an die einzelnen Gebrauchsartikel, daß zunächst für jeden Artikel eine besondere Assoziation gegründet oder geplant wurde, und zwar sollte der Artikel auf dem Assoziationswege bergestellt oder seine Herstellung durch die Assoziation vermittelt werden. Zunächst sollte eine Hemdenassoziation ins Leben treten; sie



30. Satirische Darstellung der veränderten politischen Situation im Jahre 1849

sollte von den armen Webern in Reichenbach, um diesen möglichst zu helfen, gegen bar Leinwand ankaufen, die assoziierte Näherinnen dann unter Aufsicht des Frauenkomitees der „Verbrüderung“ in einem geheizten Arbeitsraum zu Hemden für die Assoziation verarbeiten sollten. Wieviel von diesem schon im Oktober 1848 beschlossenen Unternehmen wirklich zur Ausführung kam, läßt sich nicht mehr feststellen; in den Abrechnungen der Berliner „Verbrüderung“ figurieren zwar größere Posten Leinwand, aber nur wenig Hemden. Es scheint also die Bildung einer Näherinnen-Assoziation entweder wegen Mangel an geeigneten Persönlichkeiten oder wegen Mangel an Geldmitteln nicht zustande gekommen zu sein. Aehnlich war es mit der nächsten der geplanten Assoziationen, die Strümpfe herstellen sollte. Relativ großen Posten Strickgarn stehen nur winzige Posten eingelieferter Strümpfe gegenüber. Statt genossenschaftlicher Eigenfabrikation sehen wir nur erst genossenschaftliche Beschaffung von Rohstoff, den die Arbeiterinnen zu Hause für den Privatgebrauch oder für Kunden verarbeiteten. Die erste wirkliche Genossenschaftsgründung der Berliner „Arbeiterverbrüderung“ war eine Broteinkaufsgenossenschaft. Ihr Statut, welches das Datum vom 10. Januar 1849 trägt, ist in der „Verbrüderung“ vom 13. Februar abgedruckt. Danach hatte jedes Mitglied für soviel Brote, als es von der Genossenschaft wöchentlich entnehmen wollte, einen Stammbeitrag von 15 Sgr. einzuzahlen. Der Preis des Brotes selbst war der übliche Marktpreis von 5 Sgr. Wie es mit dem Gewinn gehalten werden sollte, ist aus dem Statut nicht zu entnehmen. Aus einem in der „Verbrüderung“ vom 31. Juli 1849 veröffentlichten Geschäftsbericht des Berliner Bezirkskomitees für März 1849 geht weiterhin hervor, daß auch eine Einkaufsgenossenschaft für Bekleidungsgegenstände und eine solche für Zigarren ins Leben getreten war.

Spätere Abrechnungen bringen dann auch Angaben über die von der „Verbrüderung“ eingerichteten oder mit ihr in Verbindung stehenden Assoziationen. Es sind da genannt: Eine Schneiderwerkstatt, eine Schuhmacherwerkstatt und eine Seidenwirkerassoziation. Die Umsatzziffern deuten allerdings auf noch recht geringe Beteiligung an den Assoziationen, die sich ja auch leicht erklären läßt. Der Gedanke, alle Mitglieder der „Arbeiterverbrüderung“ von vornherein zu Mitgliedern der Genossenschaften zu machen, wie er dem Berliner Arbeiterkongreß bei Entwurf der Organisation vorschwebte, konnte schon deshalb nicht zur Ausführung kommen, weil es den Organisationen noch ganz und gar an der Kraft fehlte, mit den Fabrikanten und Meistern Lohntarife zu vereinbaren, geschweige denn, sie zur Zahlung der Löhne an die Rendanten der „Verbrüderung“ zu bewegen. Für den Beitritt zu den Genossenschaften war man auf Freiwilligkeit angewiesen, und da konnte es nicht anders gehen, als

wie etwa bei den Webern von Rochdale, die auch mit Zwergumsätzen anfingen, zumal die Einzahlungen für die damaligen Einkommen der Arbeiter ziemlich hoch normiert waren.

Ob die Verquickung mit der politischen Bewegung den Assoziationen damals günstig oder ungünstig war, ist eine offene Frage. Jedenfalls steht fest, daß ihre Leitung sich nicht an streng wirtschaftliche Gesichtspunkte hielt. Schon im Märzbericht finden wir die Mitteilung, daß zur Feier des 18. März für 39 Taler 7 Sgr. Trauerflor und Lieder für Mitglieder der „Arbeiterverbrüderung“ beschafft worden seien; obwohl noch nicht alles bezahlt sei, habe sich, heißt es darin, doch schon ein Ueberschuß von 8 Talern ergeben, die laut Beschluß vom 15. März dazu verwendet würden, hülfsbedürftigen Mitgliedern Aktien der Brotbeschaffungsgesellschaft zuzustellen, und zu diesem Behufe den einzelnen Lokalvereinen überwiesen würden. Im Gegensatz zu den Assoziationen nahmen letztere einen erfreulichen Aufschwung. Aus der Abrechnung für das dritte Quartal 1849 geht hervor, daß sich dem Berliner Bezirk der „Arbeiterverbrüderung“ 19 Fach- oder, wie es damals hieß, Gewerksvereine angeschlossen hatten; desgleichen noch einige allgemeine Vereine, darunter auch der Handwerkerverein. Ueber die Mitgliederzahl der einzelnen Vereine wird nichts Genaueres mitgeteilt. Sie ist auch aus den Einnahmen der „Arbeiterverbrüderung“ nicht genau zu ersehen, da die Vereine offenbar nur einen mäßigen Teil ihrer Einnahmen an die Zentralkasse abführten. In einer Notiz der „Urwählerzeitung“ vom 17. Mai 1849 heißt es, daß der „Arbeiterverbrüderung“ schon 12.000 Arbeiter angeschlossen seien. Es ist aber möglich, daß sich dies auf ganz Deutschland beziehen sollte. Immerhin muß die Mitgliederzahl in Berlin sich auf mehrere tausend belaufen haben, wie denn überhaupt das Jahr 1849 ein starkes Anwachsen aller demokratischen Vereine in Berlin sah. Im August 1849 gründete der Berliner Distrikt der „Arbeiterverbrüderung“ eine Zentralkrankenkasse, die den Titel Gesundheitspflege-Verein des Berliner Bezirks der deutschen „Arbeiterverbrüderung“ erhielt und sich sehr gut entwickelte. Immer wieder kann in den Zeitungen von neuem Wachstum der Mitgliederzahl dieses Vereins berichtet werden.


31. Hinkeldey, Berliner Polizeipräsident

Die Regierung und die Reaktionsparteien sahen auf all das mit ziemlichem Mißbehagen. Es entwickelte sich zunächst eine Art Kleinkrieg in Anknüpfung an das Verlangen der Polizei um Einlieferung der Mitgliederverzeichnisse. Dazu wollten sich weder die bürgerlich-demokratischen, noch die Arbeitervereine verstehen. Es regnete Auflösungen von Versammlungen und Schließungen von Vereinen.

Indes konnte die Polizei gerichtlich zunächst nichts machen, weil die Verordnung über das Vereinswesen (29. Juni 1849) nicht von der Gesetzgebung ausgegangen oder

bestätigt war. Erst nachdem die auf Grund des oktroyierten Dreiklassenwahlsystems gewählte Reaktionskammer ein Vereinsgesetz geschaffen hatte, das noch reaktionärer war, wie das oktroyierte, konnte die Polizei auch die Erdrosselung der Vereine vornehmen, die denn auch Schritt für Schritt ins Werk gesetzt wurde. Das am 22. Mai 1850 erfolgte Attentat Sefeloge auf Friedrich Wilhelm IV. bot den erwünschten Anlaß dazu. Der „Gutenbergbund“, der Handwerkerverein und die gewerkschaftlichen Vereine der Arbeiter wurden polizeilich geschlossen, und am 23. Juli erklärte die Ratskammer des Stadtgerichts die Schließung für gesetzlich gerechtfertigt. Anfang August wurden auch die Zeitschrift „Verbrüderung“ und die „Konkordia“, das in Hannover herausgegebene Organ des Zigarrenarbeiterbundes, für den Umfang des preußischen Staates verboten. Nur den Gesundheitspflegeverein der „Arbeiterverbrüderung“ mußte man noch dulden. Kaum aber war im März 1853 das von Lentze unter Mitwissenschaft der Polizei betriebene Bombenkomplott aufgedeckt, so ging es nunmehr auch diesem Unterstützungsverein, dessen Mitgliedschaft inzwischen bis auf 20.000 gestiegen war, an den Kragen.

Am 3. April 1853 wurden sämtliche Vorstände und Leiter des Gesundheitspflegevereins vor die Polizei geladen und ward ihnen von Stieber zu Protokoll mitgeteilt, daß der Verein aufgelöst sei, weil sich herausgestellt habe, daß er „verbrecherische Tendenzen verfolge und namentlich zur Begünstigung der hier in den letzten Tagen entdeckten hochverräterischen Komplotte gemißbraucht worden sei“. Jede weitere Tätigkeit im Verein und Teilnahme am Verein sei bei einer Strafe von zehn Talern oder zehn Tagen Gefängnis untersagt.

Ein Beweis für die bezüglich des Vereins aufgestellte Behauptung ist niemals erbracht, noch ist, was im Fall der Wahrheit unter dem Polizeigesichtspunkt Pflicht gewesen wäre, jemals eine darauf gerichtete Anklage gegen den Verein oder seine Leiter erhoben worden.

Aber die Beamten und die meisten Aerzte des Vereins waren Demokraten, in irgend einem Brief hatte es angeblich geheißen, der Gesundheitspflegeverein sei ein Stützpunkt der demokratischen Partei, und darum mußte er brutal zertreten werden.

Irgendwelche Berufung gegen das Polizeidekret fand nicht statt, waren ja doch die tollsten Gerüchte über den Umfang des enthüllten Komplotts im Gange und sein Polizeicharakter noch nicht bloßgelegt. So war von einer Beschwerde Erfolg um so weniger zu erwarten, als der Geschäftsführer des Vereins, S. Levy, unter der Beschuldigung der Teilnahme am Bombenkomplott in Untersuchungshaft saß und schließlich auch verurteilt wurde.

Fabrikanten übernahmen die Liquidation des Gesundheitspflegevereins, der mit seiner numerischen Ausbreitung auch den Umkreis seiner Leistungen im Verhältnis zu den Beiträgen immer mehr erweitert hatte und dessen Wirken von der städtischen Armenverwaltung als ein großer Nutzen für die Armenpflege anerkannt worden war. Mit seiner Aufhebung war der letzte Rest von Arbeiterorganisation in Berlin ausgerottet. Damit verlor auch das Stück Arbeitervertretung in dem damals bestehenden Gewerberat — eine Art Gewerbekammer — jede Bedeutung. Ueber die Frage, ob man sich seitens der Arbeiter an den Wahlen zu diesem Gewerberat überhaupt beteiligen solle, hatten im Frühjahr 1850 eingehende Debatten stattgefunden; nur ein Teil der Gewerke hatte sich zur Wahlbeteiligung entschließen können, da die Grundtendenz des Gesetzes über die Gewerberäte zünftlerisch war. Ob die vorgeschrittene Arbeiterschaft durch geschlossene Beteiligung irgend etwas Ersprießliches hätte ausrichten können, ist eine offene Frage, den paar gewählten Mitgliedern war dies natürlich von vornherein unmöglich.


Die schreckliche Verschwörung
der
rothen Republikaner.

Ein November-Verschworner in Amtstracht.

von
Anastasius Schnüffler.

Berlin, 1849.

32. Titelblatt einer satirischen Flugschrift auf die von der Reaktion genährte Angst vor Arbeiterverschwörungen

Gegen die Wahlbeteiligung hatte sich u. a. auch der Goldarbeiter Bisky ausgesprochen, über dessen Haupt schon das Damoklesschwert der Ausweisung schwebte. Es sauste denn auch schleunigst auf ihn herab. Ende März 1850 verließ dieser überaus geachtete Führer der Berliner Arbeiter Deutschland und ging nach den Vereinigten Staaten.

Welche Fortschritte unter all diesen politischen Verfolgungen die wirtschaftliche Versklavung der Arbeiter gemacht hatte und wie es mit der Arbeiterfreundschaft der Reaktionsregierung stand, zeigt das Schicksal einer Ende 1849 durch eine Deputation dem Minister von der Leydt überreichten Petition von Arbeitern, die nach Einstellung der Berliner Notstandsarbeiten in der Provinz beim Bau der Ostbahn beschäftigt wurden. Das Schriftstück, sowie eine Kundgebung der Deputation der Arbeiter über ihre Aufnahme beim Ministerium sind so bezeichnende Zeitdokumente, daß sie als Brandmäler für jener Zeiten Schande aufbewahrt zu werden verdienen.

> „Petition.
>
> Hohes Ministerium! Wenn unterzeichnete Arbeiter der Ostbahn in schwerer Bedrängnis es wagen, ein Gesuch vorzulegen, so ist es die traurige Lage, in welche wir seit der Bekanntmachung der Lohnherabsetzung versetzt sind.
>
> Bei der teuren Lebensart und der herben Witterung kommt es sehr häufig vor, daß es dem Arbeiter unmöglich wird, zu arbeiten; er verliert also noch wieder für einen oder zwei Tage an seinen Lohn, welcher nur täglich 8 Sgr. beträgt, ist also dem

Hunger noch mehr ausgesetzt, und der verheiratete Mann kann an seine Familie gar nicht denken und muß dieselbe dem Hunger und der Not anheimgestellt sein lassen.

Unterzeichnete wagen es daher, so ehrenerbietigst als dringend zu bitten, die Lohnerhöhung baldigst gnädigst wieder bewirken zu wollen. Wenn uns das hohe Glück zuteil würde, einer baldigen Resolution entgegen zu sehen, würden wir bemüht sein, alles, was in unseren Kräften steht, zu tun, um uns eines hohen Ministerium-Gunst vollkommen würdig zu zeigen.

Rezadkowo, 28. November 1849.

(Folgen 783 Unterschriften.)

Kann man sich unterwürfiger ausdrücken und Bescheideneres verlangen, als es hier geschieht? Die Petition hat in ihrer unbeholfenen Sprache etwas ungemein Ergreifendes. Wie sie von dem Minister aufgenommen und beantwortet wurde, zeigt folgende, in der „Urwählerzeitung“ vom 6. Dezember 1849 veröffentlichte Zuschrift der Deputation:

„Wir unterzeichnete Arbeiter der Ostbahn haben die in Nr. 205 dieser Zeitung abgedruckte Bittschrift dem Herrn Minister v. d. Leydt hier eingereicht und sind heute zur Empfangnahme seiner Antwort bei demselben vorgelassen worden. Unsere dringendsten Bitten um Verbesserung der Lage der Arbeiter, unsere bescheidensten Vorstellungen verhallten nicht nur erfolglos an den Ohren Er. Exzellenz, sondern der einzige Bescheid, der uns auf unsere Petition zuteil wurde, bestand darin, daß Befehl gegeben werden solle, sämtliche Unterzeichner derselben sofort abzulohnen. Wir schweigen von dem Benehmen des Herrn Ministers, vielleicht gehört es zu den Gebräuchen eines konstitutionellen Staates, daß ein Minister nicht freundlich sein darf gegen Arbeiter. Wir kehren getrost zu den Unseren zurück, — selbst die erbetene Unterstützung zur Rückreise ist uns versagt, so daß wir gezwungen sind, öffentlich die Bitte auszusprechen, daß diejenigen, welche uns zu der 40 Meilen weiten Rückreise in rauher Jahreszeit eine kleine Unterstützung zukommen lassen wollen, solches an die Expedition dieses Blattes abgeben mögen.

Berlin, 5. Dezember 1849.

Im Namen der deputierten Arbeiter.“

Angeschnauzt und abgelohnt, dies die Antwort auf solche Petition! Es ist hierbei zu bemerken, daß Herr von der Leydt eine der beiden Persönlichkeiten war, die im Ministerium Manteuffel-Brandenburg das liberale Schaustück bildeten. Danach kann man auf den Geist der anderen schließen. Eine Sammlung in demokratischen Kreisen zugunsten der zwei deputierten Arbeiter ermöglichte es ihnen, wenigstens die Rückreise antreten zu können.

Nicht besser wie den Vereinen ging es der Presse. Von einer eigentlichen Arbeiterpresse kann in Berlin nach Eingehen des „Volk“ nicht mehr gesprochen werden. Aber auch die demokratische Tagespresse sah sich immer größerem Druck ausgesetzt, bis die Reaktion mit der Verfassung vom 31. Januar 1850 und der Verordnung

vom 5. Juni 1850 über die Presse (Wiedereinführung der Kautionspflicht, des Konzessionswesens, der Entziehung des Postdebits, des Verfalls der Kaution nach dreimaliger Verurteilung usw.) das Schicksal jedes Blattes in der Hand hatte. An Versuchen, radikal-demokratische Blätter zu gründen, fehlte es nicht, auch suchte die von Arnold Rüge begründete und nach dessen Wanderung ins Exil zuerst von Eduard Meyen fortgesetzte „Reform“ einen demokratischen Charakter zu bewahren, und während der Unterdrückung der „Reform“ trat eine Zeitlang die „Abendpost“ an ihre Stelle.

Sie konnten aber keine nennenswerte Verbreitung erlangen. Dagegen gewann die von A. Bernstein 1849 gegründete „Urwählerzeitung“ und später ihre Fortsetzung, die „Volkszeitung“, von Jahr zu Jahr an Lesern und Einfluß im Volk. Frisch geschriebene Artikel, in denen sich das starke Rechtsempfinden des Herausgebers oft in packender Form Ausdruck gab, machten dies Blatt eines Mannes, der von Natur eher konservativ-gemäßigt war, wie geschaffen für eine Reaktionsepoche. Unter den geschilderten Verhältnissen verschlug es auch wenig, daß Aron Bernstein in wirtschaftlichen Dingen durchaus Anhänger der Manchesterlehre war. Vom Reaktionsstaat erwarteten die sozialistisch gesinnten Arbeiter keine Hülfe. Wir haben vielmehr gesehen, wie sie das Stück Arbeitervertretung, das er ihnen bot, zurückwiesen. „Nur Selbsthülfe der Arbeiter“ ertönte es schon in den Spalten der „Verbrüderung“. Allerdings noch in einem ganz anderen Sinne, als wie die Manchesterdoktrin das Wort verstand, denn da vertrug es sich noch mit der Forderung von Staatskredit für Arbeitergenossenschaften.



33. August v. d. Heydt, preußischer Handelsminister

Indes, je reaktionärer die Regierung aussah und seit auch die Kammer von den Demokraten gemieden wurde, bekam es doch immer mehr den Sinn der absoluten Nichtstaatseinmischung, da man eben vom Staat nichts erwartete. Mit dem Bestreben der Arbeiter, sich durch Gründung von freien Assoziationen von Zwischenhändlern unabhängig zu machen, vertrug sich aber die Manchesterauffassung dort um so mehr, wo zu ihr, wie bei dem Gründer der „Urwählerzeitung“, ein aufrichtiges Wohlwollen für die Arbeiter hinzukam. Schließlich können unter bestimmten Verhältnissen solche Schlagworte wie „Selbsthülfe“ sehr verschieden denkende Leute vereinen, weil die Umstände es zur verschieden gearteten Anwendung nicht kommen lassen. So wurde denn allmählich die „Volkszeitung“ auch das Lieblingsblatt der Überhaupt politisch denkenden Arbeiter Berlins, während die noch aus dem Vormärz stammenden Zeitungen, „Gerichtszeitung“ und „Publizist“, mehr dem niedrigen Bedürfnis nach Stadtneuigkeiten aller Art dienten.

Wie wenig die geschilderte kleinbürgerliche Manchesterauffassung den damaligen Möglichkeiten der Arbeiterklasse widersprach, zeigt der fast unmerkliche Uebergang von Ausläufern der

genossenschaftlichen Reste der „Arbeiterverbrüderung“ in einen neuen, durchaus kleinbürgerlichen Genossenschaftstypus. Außer in Berlin hatte die „Arbeiterverbrüderung“ namentlich in Leipzig und Halle, sowie den kleineren Städten in deren Nachbarschaft Boden gefaßt. Die leichteste Form der Bildung von Assoziationen war die Einkaufsgenossenschaft, und wir haben gesehen, wie die Arbeiter allerorts fast instinktiv nach ihr griffen und dort, wo sie über sie hinaus gehen wollten, auf sie zurückgeworfen wurden. Einkauf von Lebensmitteln, Einkauf von Rohstoff für Handwerker, so stellen sich uns die Arbeitergenossenschaften von 1848/49 dar, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit Arbeiter des Handwerks waren. Eine Rohstoffassoziation in Delitzsch aber war es, die zuerst dem als Steuerverweigerer gemaßregelten demokratischen Abgeordneten Hermann Schulze aus Delitzsch, später kurzweg Schulze Delitzsch genannt, Gelegenheit gab, als praktischer Förderer des Genossenschaftswesens sich zu betätigen. Schulze-Delitzsch knüpfte, wie aus seiner ersten Schrift „Mitteilungen über gewerbliche und Arbeiterassoziationen“ hervorgeht, die im Sommer 1850 in Leipzig erschien, direkt dort an, wo die „Arbeiterverbrüderung“ aufgehört hatte. Man findet in ihr noch einen Teil der Ausdrucksweise der „Verbrüderung“ wieder. „Hat man nur erst den Beweis geliefert, daß die materiellen Interessen, welche bisher die Einzelnen feindlich von einander isolierten, gerade im Zusammenschluß Aller am besten gefördert werden, so hat man gewonnen. Der Geist der Verbrüderung, die Gewohnheit der Selbstregierung, das Bewußtsein der ungeheuren Macht dieser Prinzipien werden sich dann allmählich, aber unwiderstehlich, im Volke entwickeln und Schöpfungen hervorrufen, wie wir sie jetzt kaum ahnen.“ So in der Schulzeschen Schrift, und es kann daher kaum als ein Abweichen von den Tendenzen der „Arbeiterverbrüderung“ bezeichnet werden, wenn sie im „Prometheus“, dem nach Unterdrückung der „Verbrüderung“ geschaffenen Arbeiterblatt, mit großem Lob begrüßt ward. Richtiger ist es, von einer Beschränkung der Aufgaben zu sprechen, und diese Beschränkung hatte die Unterdrückungspolitik der Regierungen der „Arbeiterverbrüderung“ aufgezwungen. In der Besprechung des „Prometheus“ wird besonders hervorgehoben, „wie schnell und wahrhaft überraschend in Delitzsch sich eine Ankaufsgesellschaft, Krankenpflege- und Sterbegesellschaft und ein Vorschußverein gebildet haben“. Die Assoziation der Schuhmacher sei „vorzüglich im Fortschreiten“. Diese Delitzscher Schuhmacher waren durchweg Kleinmeister, von denen, wie überall, die meisten ohne Gesellen arbeiteten. Solche Kleinmeister unterschieden sich sozial nur wenig vom Gesellen, und gar mancher, der als Geselle der Arbeiterbewegung angehört hatte, hegte als Meister noch lange die alten Empfindungen. Finden wir doch manches sehr energische Mitglied der Arbeiterbewegung des Jahres 1848 schon wenige Jahre später als Meister wieder. So in Berlin u. a. den Schneider Lüchow, den Parteigänger Schlöffels. Wo dem Arbeiter eine solche Entwickelung zum Meister noch offen stand, trug auch die Vorschußgenossenschaft, die allmählich den ersten Rang in der Schulzeschen Bewegung erhielt, aber auch auf dem Programm der „Arbeiterverbrüderung“ gestanden hatte, noch keinen dem

Arbeiterinteresse entgegenstehenden Charakter.

Diesen erhält sie erst da, wo auch die Scheidung von Meister und Arbeiter Klassenscheidung wird, zu jener Zeit war sie jedoch noch vielfach mehr bloße Altersscheidung. Klassengegner der Arbeiter waren im Handwerk die von der Reaktionsgesetzgebung gehätschelten Zünftler, der Kampf der Arbeiter mit ihnen findet in den Spalten der „Verbrüderung“ häufig Widerhall. So finden wir z. B. neben scharfen, prinzipiellen Artikeln gegen das Zünftlertum unter anderem in der „Verbrüderung“ Bericht über eine interessante Gegenaktion von Arbeitern in der Seidenwirkerei Berlins gegen die Zunftmeister ihres Gewerbes. Letztere hatten die Fabrikanten veranlassen wollen, die außerhalb der Fabrik von ihnen direkt beschäftigten Arbeiter zu entlassen und ihre Adressen den Meistern anzugeben, damit diese sie in Arbeit nähmen. Die Zunftmeister stützten ihr Verlangen auf eine Regierungsverordnung vom 9. Februar 1849, betreffend Errichtung von Gewerberäten, und drohten mit Anrufung des bezüglichen Paragraphen dieser Verordnung, laut welchem „kein Fabrikinhaber, ohne die Befähigung zum handwerksmäßigen Betrieb nachgewiesen zu haben“, Gesellen oder Gehülfen außerhalb der Fabrik sollte beschäftigen dürfen. Die Arbeiter aber forderten die Fabrikanten auf, sich nicht von den Meistern einschüchtern zu lassen. Sie sahen, daß deren Verlangen faktisch auf Verschärfung der Ausbeutung hinauslief, unter der sie litten. Zunftmeister waren es ferner, die an verschiedenen Orten Deutschlands, darunter auch namentlich Leipzig, wo die „Verbrüderung“ und ihr Nachfolger, der „Prometheus“, erschienen, denunziatorisch die Behörden zur Unterdrückung der Arbeitergenossenschaften aufgefordert hatten, die ja nur dem Umsturz dienten. Gegen sie war Schulze-Delitzsch den Arbeitern ein willkommener Kampfgenosse. Daß auch er im letzten Grunde nur kleinbürgerlich dachte, konnte bei ihnen nicht anstoßen, wo die Epoche selbst noch so kleinbürgerlich war.

34. Geschäftsbericht des Berliner Bezirks der deutschen Arbeiterverbrüderung

Gerade in Berlin hätte die Genossenschaftsbewegung einen ausgeprägt kleinbürgerlichen Charakter annehmen müssen. Ein moderner Typus der Genossenschaft konnte sich nur in Fabrikstädten entwickeln, nicht aber in Hauptstädten, wie das damalige Berlin. Die Reaktion ließ es indes hier erst gar nicht zur Umwandlung kommen. Mit brutaler Faust zermalmte sie die Einkaufsvereine der „Arbeiterverbrüderung“, als deren Liquidator wir denselben Kaufmann

S. Levy finden, der dann im Ladendorf-Prozeß verhaftet und verurteilt wurde. Von da ab verschwinden alle Spuren irgendwelcher Arbeiterverbindung. Während des Restes der Reaktionsjahre herrscht in Berlin auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung Kirchhofsruhe.

Siebentes Kapitel. Die neue Aera und das Erwachen der Arbeiterbewegung.

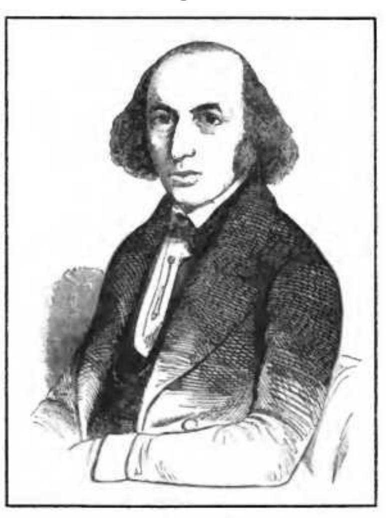
Politischer Umschwung in Preußen. — Die bürgerliche Demokratie wird Fortschrittspartei. — Der Verfassungskonflikt. — Lassalles Verfassungsrede. — Das Arbeiterprogramm. — Eine Stimme über seine Aufnahme bei den Arbeitern. — Die erste selbständige Regung der Berliner Arbeiter. — Gegenaktion der Fortschrittspartei. — Kompromiß. — Lassalles zweiter Verfassungsvortrag und Bruch mit der kleinbürgerlichen Demokratie.

> „Nicht dürfen Sie sich denen anschließen, die Ihnen das Meiste versprechen, sondern der Partei haben Sie sich anzuschließen, die den humanen Fortschritt will. Ich stehe nicht an, die Demokratie so lange für eine hohle Phrase zu erklären, als sie nicht zu einer Verbesserung der materiellen Existenzbedingungen der arbeitenden Bevölkerung führt.“
>
> Schulze-Delitzsch am 2. November 1862 vor den Berliner Arbeitern.

Mit der offiziellen Feststellung des Wahnsinns Friedrich Wilhelms IV. und dem Regentschaftsantritt des Prinzen Wilhelm, späteren Wilhelm I., nahm im Herbst 1858 für Preußen die sogenannte neue Aera ihren Anfang. Zwischen dem Prinzen und dem Junkertum herrschten Gegensätze, welche den ersteren veranlaßten, der liberalen Bourgeoisie etliche Zugeständnisse zu machen. Er berief ein dieser teilweise genehmes Ministerium, sprach sich offen gegen das von der Orthodoxie gezüchtete Heuchlertum in Kirche und Staat aus, und erklärte, daß er zwar keinen Bruch mit der Vergangenheit vollziehe, aber doch Milderung hervorgetretener Schäden herbeiführen wolle. Dies genügte, der kleinbürgerlichen Demokratie wieder Mut zu machen. Im Lande hatte die oppositionelle Strömung gegen die Reaktion ohnehin an Boden gewonnen. Die liebedienerische Haltung, die Friedrich Wilhelm IV. während des Krimkriegs Rußland gegenüber eingehalten hatte, war in weiten Volkskreisen bitter empfunden worden. Auch die Bundestreue Oesterreich gegenüber, die faktisch auf Unterwerfung unter die Interessenpolitik der Habsburgischen Monarchie hinauslief, war im Volle gründlich unpopulär, wenn auch bei den verschiedenen Volksklassen aus recht verschiedenen Gründen. Und als der Prinzregent dann Anfang November 1858 das liberalisierende Ministerium Flottwell-Auerswald berief, war der Jubel so groß, daß die Demokraten den Beschluß faßten, bei der nunmehr notwendig gewordenen Abgeordnetenwahl keine eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern überall für die gemäßigt-liberalen Ministeriellen zu stimmen, damit das Ministerium die Kraft erhalte, der bisher in der Kammer so starken Reaktion gegenüber ein wahrhaft verfassungsmäßiges Regierungssystem auszubilden. Die Politik der Wahlenthaltung selbst wurde jedoch von ihnen nunmehr aufgegeben.

Man akzeptierte also die Verfassung, die der Krone so große Vorrechte sicherte, und unterwarf sich dem Dreiklassenwahlsystem. Daraus geht schon hervor, wie schwach sich selbst das demokratische Bürgertum trotz alledem noch fühlte. Was Lassalle, der seit 1857 seinen Wohnsitz wieder in Berlin genommen hatte, im Juni 1859 an Marx schrieb, nämlich, daß er erst in Berlin mit Leidwesen gesehen habe, „wie wenig entmonarchisiert unser Volk ist“, beruhte unzweifelhaft auf richtiger Beobachtung. Auch hatte er vollständig recht, wenn er ebendaselbst erklärte, daß die Arbeiter in Berlin noch

„im Schlepptau der stumpfen Kleinbürgerdemokraten“ lägen, höchstens, daß es statt „noch“ hätte „wieder“ heißen sollen. Die Reaktion hatte den letzten Rest selbständigen Lebens unter den Arbeitern Berlins ausgerottet. Einzelne Personen, welche die allen Traditionen aufrecht erhielten, gab es wohl, aber von irgend welcher nennenswerten Verbindung unter ihnen war nicht die Rede. Daher ist auch in der „Neuen Aera“ zunächst nichts von Gründung selbständiger Arbeitervereine zu spüren. Die mildere Praxis der Polizei, die nun eintrat, verhalf zuerst dem Berliner Handwerkerverein zu neuem Leben. Er bildete wiederum den Sammelpunkt für die regeren Elemente der Berliner Arbeiterschaft. In ihm aber herrschte das Bildungsprogramm des kleinbürgerlich-demokratischen Liberalismus und, soweit die Politik überhaupt Einlaß fand, auch dessen Politik. Dasselbe gilt von einigen anderen Arbeitervereinen, die, als Ableger des großen Handwerkervereins, in anderen Stadtvierteln Berlins ins Leben gerufen wurden. Die bürgerliche Demokratie, oder — wie sie sich bald nennen sollte — die Fortschrittspartei, hatte ihre Organisation in den Bezirksvereinen, wie sie schon die demokratische Organisation von 1849 gekannt hatte.





36. Johann Jakoby



35. Der junge Lassalle

Lassalles erste politische Manifestation in Berlin, nämlich seine Schrift: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“

war weder dazu geeignet, noch darauf berechnet, eine besondere agitatorische Wirkung bei den Arbeitern hervorzurufen. Aber das Ereignis selbst, das zu ihr Anlaß gegeben hatte, der Krieg um die nationale Einheit und Unabhängigkeit Italiens, wurde ein wirkungsvolles Mittel, die Stimmung im Volke überhaupt und damit auch in der Arbeiterschaft im Sinne der Demokratie zu schärfen. Wie man auch über Lassalles Forderung denken mag, daß Preußen Oesterreichs Zwangslage dazu ausnutzen solle, sich an die Spitze der Einheitsbewegung Deutschlands zu stellen, so entsprach sie doch insoweit den demokratischen Instinkten im Volke, als diesem eine Parteinahme für Oesterreich verhaßt war. Dort war man denn auch mit der unentschlossenen Haltung, welche die preußische Regierung beobachtete, in weiten Kreisen keineswegs zufrieden, und in die sich zu einem wirklichen Nationalfest gestaltende Feier des hundertjährigen Geburtstages Friedrich Schillers (10. November 1859) mischte sich schon eine stark oppositionelle Note. Oppositionsgeist zog ferner in die Turnerei ein, die nun wieder allerorts kultiviert wurde. Auch ein Teil der Flüchtlinge, denen die beim Regierungsantritt Wilhelm I. erlassene Amnestie die Rückkehr ermöglichte, trug zur

Stärkung der radikaleren Strömungen bei. Von den meisten freilich gilt dasselbe, wie zunächst von der Arbeiterschaft: der Spiritus des Revolutionsjahres war verflogen. Selbst wo man die alten Schlagworte wieder gebrauchte, lag ihnen jetzt ein anderer Sinn zugrunde. Die Reaktion hatte die Wurzeln der Demokratie nicht ausrotten können. Aber sie hatten dazu beigetragen, daß die Grenzstäbe der Parteien zunächst ein erhebliches Stück nach rückwärts gestellt wurden.

Da kündete sich im Winter 1861/62 der Verfassungskonflikt an, herbeigeführt durch den Streit zwischen König und Kammer über die Heeresreorganisation. Schon des Königs Rede bei seiner Krönung am 18. Oktober 1861 hatte wegen der scharfen Betonung des Gottesgnadentums selbst in Bourgeoiskreisen sehr verstimmt. Sein starres Festhalten an solchen Punkten der von ihm geplanten Heeresreorganisation, wie die dreijährige Dienstzeit, verschärfte den Gegensatz noch. In der Kammer hatte sich sehr bald von der liberalen Mehrheit eine radikalere Gruppe vornehmlich aus Ostpreußen kommender Abgeordneter abgezweigt, die sich Jung-Litauen nannte. Mit ihr und anderen Liberalen verschmolz sich im Sommer 1861 der größere Teil der kleinbürgerlichen Demokraten unter Preisgabe des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zur „Deutschen Fortschrittspartei". Den Verbündeten aus der Bourgeoisie und den liberalen Grundbesitzern zu Liebe vertagte man diese Grundforderung der Demokratie „auf unbestimmte Zeit", worauf man um so williger eingehen zu dürfen glaubte, als die Erfolge, die Napoleon 111. in Frankreich mit dem wiederhergestellten Wahlrecht erzielt hatte, diesem auch bei vielen radikalen Demokraten allen Kredit geraubt hatten. Aber ein großer Teil früherer Demokraten war überhaupt mittlerweile völlig verbürgerlicht. Der bürgerliche Wohlstand hatte sich in Berlin wesentlich gehoben, die besitzende Klasse war zahlreicher und damit auch die Atmosphäre in den Kreisen der maßgebenden literarischen und politischen Vertreter der bürgerlichen Demokratie eine andere geworden. Die am stärksten verbreiteten oppositionellen Tageszeitungen Berlins wurden Organe der Fortschrittspartei, vor allem die „Volkszeitung", deren Auflage beständig stieg. Was noch an der kleinbürgerlichen Demokratie im älteren Sinne festhielt, fand ein Organ in der „Berliner Reform", die von dem nach Deutschland zurückgekehrten Eduard Meyen im Herbst 1861 gegründet wurde und, wenn nicht gerade sonderlich schneidig, so doch immerhin mit einer gewissen Festigkeit demokratischere Grundsätze vertrat als die „Volkszeitung". Sie brachte es indes ebensowenig, wie ihre Vorgängerinnen, zu einer größeren Auflage.

Und doch hatte Berlins Arbeiterschaft noch erheblich stärker zugenommen, als wie seine bürgerliche Bevölkerung. Denn als Luxusstadt spielte Berlin nur erst eine unbedeutende Rolle, und auch sein Handel war im Verhältnis zu dem einer Anzahl anderer Großstädte nicht übermäßig groß. Das produzierende Gewerbe, Industrie und Handwerk, bildeten die Haupterwerbsquellen seiner Bevölkerung. Seine Fabriken hatten sich vermehrt und vergrößert. Vom „Zug nach dem Westen" war nur wenig zu spüren, aber nach Norden und Osten reckte und streckte die Stadt sich immer weiter aus. Die Maschinenfabriken vor dem Oranienburger Tor waren

sämtlich gewachsen, die Wollfabrikation im Osten hatte einen großen Aufschwung genommen,





Theodor Metzner, Schuhmacher geb. 30. März 1830, gest. 20. August 1902 — Heinrich Vogel, Apotheker geb. 4. September 1839 — Hermann Peter, Buchbinder geb. 19. Dezember 1846 (Nach zeitgenössischen Bildnissen)

Telegraphenbau-Anstalten spielten schon eine nennenswerte Rolle, Tauwerke beschäftigten Hunderte von Arbeitern, chemische Fabriken wuchsen zusehends, die Gürtlerei und die Lampenfabrikation, der Wagenbau und die Sattlerei werden verschiedentlich im großen Stil betrieben, und die Zigarettenfabrikation zählte Tausende von Arbeitern. In den fünfzehn Jahren von 1845 bis 1860 hatte sich Berlin von 380.000 auf 493.000 Einwohner vermehrt. 1860 wird das Weichbild der Stadt durch Hineinziehen von Moabit vergrößert, so daß es $28.000 Seelen umfaßt. In den folgenden fünf Jahren, die Zeit, die uns jetzt beschäftigt, wächst die Stadt auf 657.000 Einwohner. Eine reißend schnelle Vermehrung, wie man sie nie zuvor gekannt hatte und von der der Hauptteil auf die Lohnarbeiterschaft entfällt.

Dies die Sachlage, als Ferdinand Lassalle seine ersten Schritte zur Entfaltung einer Agitation unter den Arbeitern unternahm. Er konnte sich jetzt frei bewegen, da er seit November 1859 nicht mehr von Polizeignaden sich in Berlin aufhielt, sondern die endgültige Aufenthaltsbewilligung erhalten hatte. Die freundschaftlichen Beziehungen, die er mit Franz Duncker, dem Herausgeber der „Volkszeitung“, und dessen Kreis unterhalten hatte, waren teils aus persönlichen teils aus politischen Gründen erkaltet, dafür mußte die Preisgabe des demokratischen Wahlrechts durch die Fortschrittspartei es ihm ermöglichen, stärkere Fühlung mit solchen Elementen aus Bürgertum und Arbeiterschaft zu gewinnen, die vom alten demokratischen Programm nicht ablassen wollten.

Fast gleichzeitig hielt er im Frühjahr 1862 zwei Vorträge, von denen sich der eine an ein allgemeineres demokratisches Publikum, der andere direkt an ein Arbeiterpublikum richtete. Der eine ist der Vortrag „Ueber Verfassungswesen“, den Lassalle nach der am 6. März 1862 erfolgten Auflösung der Kammer noch vor Beendigung des dadurch notwendig gewordenen Wahlkampfes am 16. April in einem fortschrittlich-demokratischen Bezirksverein hielt und später in einigen anderen Bezirksvereinen wiederholte. In dieser meisterhaften Abhandlung, die Lassalle alsbald auch in Broschürenform erscheinen ließ, ist noch kein direkter Angriff gegen die Fortschrittspartei enthalten. Nur am Schluß, wo er auf den gerade spielenden Verfassungskonflikt zu sprechen kommt, zeigt Lassalle in nicht mißzuverstehender Weise, daß er auf anderem, erheblich radikalerem Boden stehe, wie die


Der italienische Krieg
—
die Aufgabe Preußens.
Eine Stimme aus der Demokratie.

38. Titelseite von Lassalles anonym erschienener Broschüre über den italienischen Krieg

Fortschrittspartei und deren Berliner Hauptorgan, die „Volkszeitung“. Es gehörte nicht so viel dazu, aus dem Vortrag ohne weiteres herauszuhören, daß für Lassalle der Militärkonflikt nicht als Streit um den Buchstaben der preußischen Verfassung Bedeutung hatte, sondern nur als Kampf zwischen Krone und Volk um die reale Macht. Von der Verfassung mit dem oktroyierten Dreiklassenwahlsystem spricht Lassalle vielmehr mit der größten Verachtung. Mindestens einen Teil seiner Zuhörer dürste das aber durchaus sympathisch berührt haben. Denn noch gab es auch im Berliner Bürgertum Leute, die die oktroyierte Verfassung nicht als Heiligtum anerkennen mochten und darum dem von der „Volkszeitung“ gepredigten Bund mit den Altliberal-Konstitutionellen nur wenig Geschmack abgewinnen konnten. Lehnten doch auch Männer, wie. Franz Ziegler, Johann Jacoby und andere Demokraten, zu eben dieser Zeit noch jede ihnen angetragene Kandidatur zur Kammer entschieden ab. Die Masse der Berliner politischen Welt war indes durch den gerade eröffneten Wahlkampf viel zu sehr in Anspruch genommen, als daß der im wesentlichen noch rein theoretische Vortrag Lassalles nachhaltigeren Eindruck auf sie hätte machen können. Nur die „Berliner Reform“ sprach sich anerkennend über den Vortrag aus, wie sie ja ebenfalls die Kompromißpolitik der „Volkszeitung“ bekämpfte. In ihrer Nummer vom 11. Mai bringt sie über den Vortrag des gekannten geistreichen Autors“ einen Bericht, an dessen Schluß es heißt: „Wir wünschen, daß Dr. Lassalle, dem Wunsche der großen Mehrheit der Versammlung folgend, seinen so ideenreichen und anregenden Vortrag recht bald drucken lassen möge, damit er auch in weiteren Kreisen bekannt werde.“ Und nachdem der Vortrag dann im Druck erschienen war, machten sich sowohl das damalige ministerielle Organ, die preußische „Stern-Zeitung“, als auch bald darauf die junkerlich-reaktionäre ‚Kreuzzeitung“ darüber her, Lassalles Ausführungen in ihrer Weise gegen die Fortschrittspartei auszuspielen.

Dem Verfassungsvortrag war vier Tage zuvor, nämlich am 12. April, der Vortrag ‚Kleber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ vorausgegangen, den Lassalle dann mit dem Obertitel „Arbeiter-Programm“ in Broschürenform herausgab. Der Verein, in dem er zuerst gehalten wurde, war der nicht lange vorher ins Leben gerufene, in der Borsigstr. 20, also in nächster Nähe der Borsigschen und anderer Maschinenfabriken gelegene ,“Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt“. Wie andere von den Fortschrittlern protegierte „Handwerkervereine“ des damaligen Berlin war auch dieser nicht etwa ein Verein von Handwerksmeistern oder gar Zunfthandwerkern, sondern ein Bildungsverein, dem Handwerker, Handwerksarbeiter und Fabrikarbeiter unterschiedslos angehörten. Die Mehrheit des Publikums, vor dem Lassalle sprach, sind Arbeiter gewesen.

Ueber den hohen theoretischen Wert und die unvergleichlich schöne und klare Form des Arbeiterprogramms soll hier kein Wort weiter verloren werden. Hatte Lassalle im Vortrag über Verfassungswesen die fundamentalen Ausgangspunkte demokratischer Politik entwickelt, so legte er hier, ohne das Wort Sozialismus zu gebrauchen, die

Grundgedanken der sozialistischen Weltanschauung bloß. Eindringlich führt er den Arbeitern die besondere Stellung, die besonderen Aufgaben und die besonderen politischen Forderungen vor, die sie in der modernen Gesellschaft haben. Er zeigt ihnen, daß ihre Auffassung von den Aufgaben des Staats eine ganz andere sein müsse, als die des manchesterlichen Liberalismus, daß aber der Staat, der den Forderungen und Ideen der Arbeiterklasse gerecht werden solle, auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht gegründet sein müsse, welches Wahlrecht von den Arbeitern als ihr „unerläßliches politisches Kampfmittel, als die allerfundamentalste und wichtigste ihrer Forderungen“ hochzuhalten sei. Sich mit diesen Gedanken zu erfüllen und sich ihnen mit seiner ganzen Persönlichkeit hinzugeben, müsse jeder Arbeiter, der die Lage seiner Klasse erkannt habe, sich zum Gebot machen.

39. Erste Manuskriptseite von Lassalles Vortrag über Fichte
Gehalten am 19. Mai 1862

Damit hatte Lassalle zu eben der Zeit, wo die fortschrittlich-liberale Partei sich in das Dreiklassenwahlsystem geschickt hatte und unter der Gunst der Zeitströmung auch mit ihm sehr gut fuhr, von neuem, und mit einem Pathos, das insbesondere den Arbeiter, der die Schrift las, in hohem Grade begeistern mußte, die Fahne des allgemeinen Wahlrechts wieder aufgerichtet. Noch weniger, als der Verfassungsvortrag, polemisiert das Arbeiter-Programm wider die Fortschrittspartei, aber nicht minder wie die Verfassungsbroschüre proklamiert das Arbeiterprogramm der Sache nach schon die Ablösung der Arbeiter von der Fortschrittspartei. Ja, dem geschärften Auge verkündete er noch weit mehr; doch so tief dürste kaum einer der Zuhörer in den Geist des Vortrags eingedrungen sein. Ob er sofort den Erfolg hatte, Lassalle in nähere Beziehung zu einigen der ihn hörenden Arbeiter zu bringen, darüber sind keine Zeugnisse vorhanden.

Von wem der Vortrag aber in seiner vollen Tragweite erkannt wurde, das war die Berliner Staatsanwaltschaft, die die Broschüre sofort nach ihrem Erscheinen konfiszieren ließ und gegen Lassalle Kriminalverfolgung auf Grund der Paragraphen 100 und 56 des preußischen Strafgesetzbuches — Erregung von Haß und Verachtung zwischen Bevölkerungsklassen und Gefährdung des öffentlichen Friedens — einleitete. Von beiden Vergehen ist freilich nichts im

Vortrag enthalten, vielmehr atmet derselbe eine ungewöhnlich hohe geschichtliche Objektivität; aber daß die so ruhig vorgetragenen Gedanken viel „staatsgefährlicher“ waren, als der damals so laut geführte Kampf der Fortschrittler gegen die Regierung, das hat der Staatsanwalt von Schelling damals richtig gesehen. Wir dürften ihm dies um so eher zugestehen, als der von ihm ins Werk gesetzte Prozeß eines der Vorkommnisse wurde, die Lassalle in die gewünschte Verbindung mit der Arbeiterbewegung brachten.

Noch zwei Abhandlungen Lassalles kamen im Frühjahr 1862 in Berlin heraus. Die eine ist die Streitschrift wider Julian Schmidt, den literarischen Wortführer des kleindeutschen Altliberalismus, die zweite die am 19. Mai auf dem Fichte-Fest der philosophischen Gesellschaft gehaltene und alsbald im Druck herausgegebene Festrede „Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes“. Beide konnten natürlich nur auf Kreise Wirkung haben, die sich mit literarischen und philosophischen Dingen beschäftigten. Doch wurde der Julian Schmidt in der Meyenschen „Reform“ auch in seiner politischen Tendenz gewürdigt und so gleichfalls ein Mittel, Lassalles Ansehen bei den Demokraten Berlins zu erhöhen. Was die Fichte-Festrede betrifft, die in eine Kriegserklärung gegen das Fürstentum der Einzelstaaten Deutschlands ausläuft und es als Aufgabe des deutschen Volkes erklärt, aus dem Gedanken — dem „reinen Geist“ — heraus ein Reich zu errichten, „gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt“, so verließ bekanntlich ein Teil der Gäste, noch während Lassalle sprach, geräuschvoll den Saal, weil das im Nebenzimmer ihrer harrende Festmahl kalt zu werden drohte.

Indes bestand auf eine Anfrage Lassalles die große Mehrheit der Zuhörer darauf, daß er den Vortrag zu Ende führe und brach, wie ein Bericht der Berliner „Reform“ feststellt, am Schluß in langanhaltenden Beifall aus. Hinsichtlich der vorerwähnten Störung aber heißt es in der „Reform“: „Wo ist jetzt die Bildung, wo ist Achtung vor dem heiligen Ernst der Wissenschaft?

Dr. Lassalle, dessen streng wissenschaftliche Verträge, wie man uns sagt, von Handwerker- und Arbeitervereinen stundenlang mit der größten Aufmerksamkeit angehört werden, wird imstande sein, nach praktischen Erfahrungen diese Frage zu beantworten und sie zum Thema einer Rede zu machen; ob er dann seine Zuhörer in einer philosophischen Gesellschaft oder in einem Arbeiterverein zu suchen hätte, darüber würden wir unsererseits nicht im Zweifel sein.“ Mit dieser Anerkennung konnte Lassalle schon zufrieden sein.

40. Franz Duncker
Lassalles Freund und Verleger

Aber auch sonst spielten die Ereignisse für ihn. Um dieselbe Zeit, wo er jene Vortrage hielt, veranstaltete der von Liberalen aller Schattierungen ins Leben gerufene Nationalverein die Sammlung von Fonds, um eine Anzahl deutscher Arbeiter in den Stand zu setzen, die in jenem Jahr stattfindende Londoner Weltausstellung zu besuchen. Es kamen

mehrere tausend Mark zusammen, mit deren Hülfe denn u. a. auch eine Anzahl von Arbeitern Berlins delegiert werden konnten. Die Führung dieser Delegation hatte l)r. Max Wirth, ein eingeschworener Verfechter des unverfälschten Manchestertums, das er u. a. in den Handwerkerve reinen und Arbeiterbildungsvereinen aufs eifrigste propagierte. So sehr er indes bemüht war, seine Schutzbefohlenen vor jeder Ansteckung durch andersdenkende Arbeiter, die sie in London treffen mochten, zu bewahren, so konnte er doch nicht verhindern, daß gerade diese Delegation den Anstoß zum ersten Konflikt zwischen Berliner Arbeitern und der Fortschrittspartei gab, nachdem es anderwärts schon zu einer Trennung zwischen den radikaleren Arbeitern und dem Fortschritts-Liberalismus gekommen war.

Bereits in London sagte sich ein Teil der Delegierten von Max Wirth los, und kaum, daß sie heimgekehrt waren und in den Vereinen von ihren Erlebnissen und Erfahrungen erzählt hatten, so wurde auch schon der Gedanke der Herstellung einer allgemeinen Arbeiterverbindung unter ihnen erörtert. Er kam in Berlin in einer am 25. August 1862 abgehaltenen Versammlung, in der die Delegierten über ihre Reiseerfahrungen Bericht erstatteten, in Gestalt des Vorschlages zur Sprache, einen allgemeinen deutschen Arbeitertag einzuberufen. In sechs weiteren Arbeiterversammlungen, die in verschiedenen Stadtteilen Berlins veranstaltet wurden, ward der Gedanke näher besprochen und führte in einer Schlußversammlung, die am 7. Oktober stattfand, zur Bildung eines aus 25 Personen zusammengesetzten Komitees für die Vorbereitung des Arbeitertages.

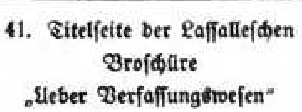
Vorsitzender des Komitees wurde der Lackierer Karl Eichler, der auch vorher schon die treibenden Seele der Bewegung gewesen war. Er hat eine ziemlich zweideutige Rolle gespielt und schließlich als Polizeibeamter einen Unterschlupf gefunden. Ob er aber zu jener Zeit schon bewußter Agent der Reaktion war, ist zweifelhaft, so sicher es ist, daß die Feudalparteien sehr darauf aus waren, die Arbeiter gegen die immer mächtiger sich ausbreitende und immer oppositioneller sich geberdende Fortschrittspartei ausspielen zu können. Der Verfassungskonflikt war zur äußersten Schärft zugespitzt. Erneute Kammerauflösung war vom Land mit Wahl einer noch oppositionelleren Volksvertretung beantwortet worden. Es ist



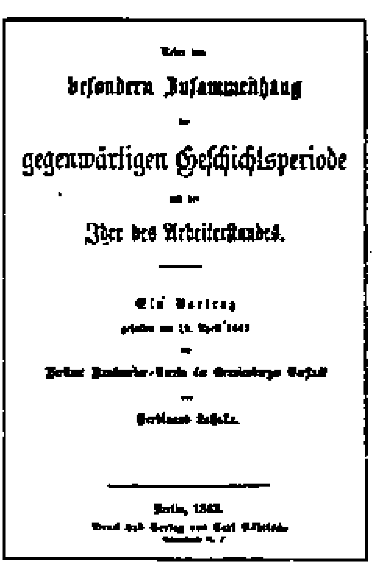
Ueber Verfassungswesen.

Ein Vortrag

Berlin, 1862.



41. Titelseite der Lassalleschen Broschüre „Ueber Verfassungswesen"



besondern Zusammenhang

gegenwärtigen Geschichtsperiode

Idee des Arbeiterstandes.

Berlin, 1862.

42. Titelseite der ersten Ausgabe des Lassalleschen Arbeiterprogramms

charakteristisch, daß man auf konservativer Seite das Dreiklassenwahlsystem dafür verantwortlich machte und allerhand Projekte einer Aenderung des Wahlrechts ausheckte. Die einen verlangten, daß jede Klasse ihre eigenen Abgeordneten wähle, da die Wahlmänner der ersten Klasse mit Hülfe derer der dritten Klasse nieder gestimmt würden! Andere, wie namentlich der Kreuzzeitungsredakteur Hermann Wagener, sprachen sogar von Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts, wobei sie jedoch, wie sich später herausstellte, gleichfalls an Wahlen in gesonderten Abteilungen, nämlich in Wahlkurien nach ständischen Prinzipien, dachten. Alle wetterten gegen den ausbeuterischen Kapitalismus und sprachen von sozialen Maßnahmen zugunsten der Arbeiter, welch letzteres indes noch nicht bei allen Komödienspiel war. Solange die Arbeiterklasse unentwickelt, d. h. die kapitalistische Industrie nur erst die zweite oder gar dritte Rolle in der Produktion spielt, ist eine gewisse wohlwollende Haltung gegenüber den Industriearbeitern mit feudalkonservativen Tendenzen durchaus verträglich. Auch fehlte es damals nicht an Leuten, die in aller Ehrlichkeit für ein den Bourgeoisliberalismus eindämmendes soziales Königtum schwärmten, ohne damit direkt reaktionäre Absichten zu verbinden. Es sei nur an B. U. Huber erinnert, von dem 1860 eine neue Schrift über Arbeitergenossenschaften erschienen war und der auch sonst in Zeitschriften Ideen über die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter zum besten gab, die in keiner Weise hinter Schulze-Delitzschs Plänen zurückblieben.

Dieser letztere war vollständig in das manchesterliche Fahrwasser eingelaufen. Ihm waren seine Genossenschaften, wie es in vielen seiner Vorträge zum Ausdruck kam, fast nur noch das Mittel zur Erhaltung eines bürgerlichen Mittelstandes. Als ihm am 26. August Eichler die Frage vorlegte, was er von dem Projekt der Bildung eines Arbeiterbundes zum Zweck der Gründung von Arbeiterproduktivgenossenschaften halte, und hinzufügte, er habe bei seinem Besuch der Londoner Ausstellung die von den Webern in Rochdale errichtete Arbeiterassoziation kennen gelernt und wünsche den deutschen Arbeitern, die schlimmer als die Sklaven in den Südstaaten Nordamerikas Sklaven des Kapitals seien, durch Gründung eines solchen Bundes zu helfen, da bekam er von Schulze-Delitzsch und dem ihm assistierenden Präsidenten Lette zur Antwort, das seien verkehrte und unreife soziale Anschauungen, vor denen dringend gewarnt werden müsse, da sie — „das der Arbeit — kraft unentbehrliche Kapital verscheuchen müßten. Das Kapital sei der wahre Segen für die Arbeit, da ohne dasselbe diese nicht gefördert werden könne, wenn schon eingeräumt werden müsse, daß Kapital ohne Arbeit aufhöre zu sein, was es ist; wolle man aber das Kapital verscheuchen, so würde der Arbeit ein schlimmer Dienst erwiesen“.

So der Zeitungsbericht über die betreffende Versammlung. Es liegt auf der Hand, daß diese Argumentation unmöglich überzeugend oder beruhigend auf Arbeiter wirken konnte, die sich lebhafter mit der Frage der wirtschaftlichen Hebung ihrer Klasse beschäftigten, zumal ihnen von eben derselben Seite im Handwerkerverein unausgesetzt gepredigt wurde, Lohnerhöhung zu verlangen sei das Verkehrteste

von der Welt, da sie nur die Wirkung hätte, die Preise der Waren gleichmäßig zu verteuern, und damit sich selbst wieder unwirksam mache. Solche Wirtschaftslehre war nur zu geeignet, Arbeiter den Aposteln der konservativen Sozialreform in die Arme zu treiben, und bei Eichler, der schon im Herbst 1861 als Gründer eines Arbeiter-Flottenvereins ziemlich konfuse Ideen kundgegeben hatte — wobei indes bemerkt werden muß, daß das Schwärmen für eine deutsche Flotte damals eine Spezialität der liberalen Opposition war — scheint sie denn auch diese Wirkung gehabt zu haben. Wir sehen ihn bald darauf in Leipzig vor dem Komitee des dortigen Arbeitervereins Vorwärts, der gleichfalls für einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß wirkte, mit der Mitteilung herausplatzen, daß das Ministerium Bismarck bereit sei, etwas für die Arbeiter zu tun, sobald sie sich von der Fortschrittspartei losgesagt hätten; sei dies geschehen, so würde die preußische Regierung den Arbeitern Geld zur Gründung von Produktivassoziationen vorstrecken. Die Leipziger wollten indes nichts davon wissen, und auch in Berlin geriet Eichler, nachdem seine Propagierung dieser Regierungssubvention ruchbar geworden war, bei der Arbeiterschaft bald in völligen Mißkredit. Dank der Entlassung durch seinen liberalen Arbeitgeber v. Unruh durfte er sich zwar als Gemaßregelter hinstellen, aber das ziemlich flotte Leben, das er als Arbeitsloser führen konnte, steigerte den gegen ihn gehegten Verdacht noch mehr, und sechzehn Jahre später, in der Reichstagssitzung vom 16. September 1878, hat denn auch Bismarck im Reichstage zugegeben, daß Eichler „im Dienste der Polizei gewesen ist und Berichte geliefert hat“. Auf den Verlauf der Arbeiterbewegung Berlins hat er vom November 1862 ab keinen Einfluß mehr ausgeübt.

Vorläufig sind wir indes noch im Oktober 1862. Am 22. Oktober erschien in der Berliner „Volkszeitung“ ein von Eichler und zwanzig anderen Mitgliedern des oben erwähnten Arbeiterkomitees verfaßter Aufruf zu einem allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß, der vom 18. bis 25. November tagen sollte. Hier die Hauptstellen des Aufrufs, dessen etwas verschwommener Stil mit sonstigen Ueberschwänglichkeiten auf Eichler als Verfasser hindeutet:

> „Arbeiter! Deutsche Brüder!
>
> Die Sonne eines neuen Lebens ist über unser Vaterland aufgegangen, unter ihren erwärmenden Strahlen sind alle Klassen der Bevölkerung zu neuem Handeln, neuem Streben aufgewacht. Nur allein wir, die Arbeiter, haben geruht in dem erschlaffenden Bewußtsein, daß für uns schon gesorgt werden und daß es doch nichts helfen würde, wenn wir uns an den Fragen, die für uns vom höchsten Interesse sind, beteiligen. Nun wir, die Unterzeichneten, fragen Euch: Wie hat man denn für uns gesorgt? Was gibt uns denn die Gewißheit der Nutzlosigkeit unserer Bemühungen? Hört Ihr denn nicht, daß ringsum uns die heiligsten wichtigsten sozialen Fragen, die Fragen wegen unseres Seins oder Nichtseins in allen Kreisen erörtert werden? Wißt Ihr denn nicht, daß eine Anzahl von Männern, begünstigt durch den Besitz von Glücksgütern und durchdrungen von den längst vermoderten Grundsätzen des

Mittelalters, in jüngster Zeit in Weimar tagten, um für den deutschen Gewerbestand diejenigen Einrichtungen herbeizuführen, welche der Fortschritt der Zivilisation und der Industrie in andern Ländern längst begraben hat? Was würde die Welt dazu sagen, wenn Ihr zu allen diesen Tatsachen stillschwieget? Oder wollt Ihr keine Gewerbefreiheit, keine Freizügigkeit, keine Vereine zur Hebung des Wohlstandes unter den Arbeitern?“

Insbesondere werden alle deutschen Arbeiter, welche die Londoner Industrie-Ausstellung besucht hatten, um Erscheinen auf dem Kongreß ersucht, da sie diesem „infolge ihres Bekanntseins mit den englischen Arbeiter-Einrichtungen von größtem Nutzen sein würden“.

Den Schluß des Aufrufs bildet das Programm der auf dem Kongreß zu erörternden Gegenstände. Es lautet:

„1. Die Einführung der Gewerbefreiheit durch ganz Deutschland.

2. Die Einführung der Freizügigkeit durch ganz Deutschland.

3. Die Beratung und Feststellung von Grundstatuten für Assoziationen und für Invalidenkassen für alle Arbeiter.

4. Die Arrangierung einer Welt-Industrie-Ausstellung zu Berlin in den nächsten Jahren.

5. Gewerbliche Mitteilungen der nach der Londoner Ausstellung gewesenen Arbeiter.“



43. Staatsanwalt Schelling

Unterzeichnet ist das Ganze: „Das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses“ und trägt folgende Unterschriften: C. Eichler, Schreiber, Niemann, Speck, Benker, Süpke, Hagen, Stief, Knoblauch, Kalischek, Kluge, Hecht, Wernicke, Schultze, Jacobsohn, Klette, Bey, Weimann, Ludwig, Schmidt, Ritzkowsky.

Der Aufruf stand in der „Volkszeitung“ unmittelbar unter dem Redaktionsstrich. Ihm vorausgeschickt war noch innerhalb des Redaktionsstriches ein Artikel des fortschrittlichen Schriftstellers Adolph Streckfuß, der die Arbeiter beschwor, im Angesicht der gespannten politischen Situation auf ihre Agitation und der: Sonderkongreß vorläufig zu verzichten, da man alles vermeiden müsse, was der Reaktion Wasser auf ihre Mühle liefern und Spaltung in die Volkspartei tragen könne. Tags darauf wurde in einer Wahlmännerversammlung des dritten Berliner Landtagswahlbezirks gegen Eichler, der dort über die beabsichtigte Bevormundung der Arbeiter Beschwerde führte, von fortschrittlicher Seite dasselbe Register gezogen. Am aber die Arbeiter zu überzeugen, daß man nicht die Absicht habe, ihre freie Selbstentschließung anzutasten, machte der Vorsitzende den Vorschlag, der auch angenommen wurde, Eichler solle unter Hinzuziehung von Schulze-Delitzsch und anderer sich für die Arbeiterfragen interessierenden Wahlmänner eine Volksversammlung zur Besprechung der Frage einberufen.

Diese Versammlung fand unter großem Andrang am Sonntag, den 2. November, vormittags in der Tonhalle statt. Zu ihr waren als Delegierte des Leipziger Arbeiterkomitees Julius Vahlteich und F. W. Fritzsche erschienen. Eichler führte den Vorsitz. Es sprachen zunächst zwei Arbeiter, die sich über den Streckfußschen Artikel beschwerten, worauf Streckfuß zu seiner Verteidigung das Wort nahm und sich sehr dagegen verwahrte, daß er die Arbeiter habe bevormunden wollen. Er müsse aber bei der Ansicht beharren, daß die Zeit für den Arbeiterkongreß ungünstig gewählt worden sei und daß dieser gründlicherer Vorbereitung bedürfe. In letzter Hinsicht stimmten ihm Vahlteich und Fritzsche bei, indem sie hinzufügten, es sei durchaus nicht die Absicht der Arbeiter, gegen die Fortschrittspartei zu agitieren, und weiterhin bemerkten, für den Ort des Kongresses sei Leipzig geeigneter, wie Berlin. Nach ihnen sprach, von stürmischem Beifall begrüßt, Schulze-Delitzsch. Er bekämpfte die Auffassung, daß die Arbeiter sich um Politik nicht zu kümmern hätten, trat gleichfalls für Hinausschiebung des Kongresses ein und erklärte sich bereit, in der Zwischenzeit Vorträge über das Verhältnis von Kapital und Arbeit und die Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse zu halten. Seine Rede, die in einen Appell für das Zusammengehen der Arbeiter mit dem gebildeten Mittelstand auslief, der „die Grundlage für Wohlstand und Freiheit“ sei, entschied den Ausgang der Versammlung. Von den nachfolgenden fünf Rednern sprachen vier in seinem Sinne, darunter der Buchdrucker Dittmann, der schon in der Arbeiterbewegung von 1848/49 sich ausgezeichnet und dafür längere Gefängnishaft erlitten hatte. Es wurde beschlossen, daß der Kongreß in Leipzig stattfinden solle, und ein neues, aus 12 Mitgliedern bestehendes Komitee gewählt, deren Namen hier folgen mögen: Baustz, Benker, Dittmann, Eichler, Hagen, Hoffmann, Huckauf, Klette, Ritzkowsky, Philipp, Schreiber, Speck.

Zwei Tage nach dieser Versammlung traf Lassalle, der am 21. Oktober seinen Vater durch den Tod verloren hatte, in Berlin wieder ein. Er enthielt sich anfänglich jeder Einmischung in die Arbeiterbewegung, sondern nahm vielmehr zunächst die politische Agitation in den fortschrittlichen Bezirksvereinen wieder auf. Am 14. November hielt er im Bezirksverein von Alt-Kölln noch einmal seinen Vortrag über Verfassungswesen und kündete nach dessen Beendigung an, daß er nunmehr auch eine Fortsetzung des Vortrages, nämlich die Anwendung seiner Theorie auf die politische Frage des Augenblicks zu halten bereit sei. Ueber die Aufnahme, die der Vortrag und die Ankündigung in der Versammlung gefunden, lesen wir in der „Berliner Reform“ vom 18. November:

> „Es kann nicht oft genug auf den Wert dieser bedeutsamen Arbeiten hingewiesen werden, die in einer seltenen, objektiv-wissenschaftlichen Weise unsere Verhältnisse besprechen, die Schäden derselben auch dem blödesten Auge klarlegen und die Mittel zu deren Leitung aufs Ueberzeugendste feststellen. — Unmöglich ist es, den Eindruck zu schildern, den diese gewaltigen, wuchtigen Gedanken auf den Hörer ausüben: fern von brillierenden Tiraden, wie von Ueberrumpelungen durch glänzende Phrasen, welche auf die Phantasie des Zuhörers

> berechnet sind, führt er in ruhiger Weise den Verstand des Auditoriums in die Bahnen, die er niemals wieder verlassen kann, zeigt ihm die Wahrheiten des alltäglichen Lebens in solch populären Worten, daß ein jeder glaubt, er höre nur seine eigenen Gedanken, daß ein jeder heimgeht aus der Versammlung mit dem festen Vorsätze, beizutragen zur Schaffung solcher Zustände, wie sie sein eigener Verstand ihm soeben als die einzig richtigen hingestellt hat. — Herr Lassalle wird nun in einem zweiten Vortrage die Nutzanwendung jenes ersten klar machen. Der Bezirksverein von Alt-Kölln hat deshalb sofort zu morgen, Mittwoch Abend 8 Uhr, im Mundischen Saale, Köpenickerstraße 100, eine neue Versammlung anberaumt, in der Herr Lassalle jene Fortsetzung und Nutzanwendung seines Vortrages darlegen wird.“

Die Notiz trägt, wie andere auf Lassalles Vorträge bezügliche Einsendungen der „Reform“, die Chiffre L. Man wird kaum fehl gehen, ihren Verfasser in dem jugendlichen Kaufmann und späteren Fabrikanten Ludwig Loewe zu suchen, der der „Reform“ sehr nahe stand und von Lassalle begeistert war. Aber ganz abgesehen von dieser Schilderung zeigt der Beschluß des Bezirksvereins, behufs Anhörung der Fortsetzung schon nach fünf Tagen eine zweite Versammlung stattfinden zu lassen, daß der Eindruck des Vortrags auf die Hörer ein bedeutender gewesen sein muß.

Auch über den zweiten Vortrag, der bekanntlich in dem Vorschlag gipfelt, auf das verfassungswidrige Vorgehen der Regierung mit dem parlamentarischen Streik zu antworten, brachte die „Reform“ einen Bericht. Er lautet aber schon erheblich kühler, während die „Volkszeitung“, kaum daß der Vortrag — Anfang Januar 1863 — im Druck erschienen war, aufs heftigste und auch in sehr unschöner Form über ihn herfiel. Zwei Gegeneinsendungen Lassalles gegen die Angriffe der „Volkszeitung“ wurden, wie von der „Vossischen Zeitung“, so auch von der „Reform“ zum Abdruck gebracht. Als aber Lassalle im Februar 1863 eine indifferente Bemerkung der „Reform“ (Graf Krassow stimmte Lassalle bei, daß der Konflikt eine Machtfrage sei) zum Anlaß nahm, der Redaktion eine neue Einsendung zu überschicken, nämlich den Aufsatz „Macht und Recht“, wurde diesem die Aufnahme verweigert, weil er an einigen Stellen preßgesetzlich bedenklich sei. Den gleichen Einwand setzte die „Vossische Zeitung“ der Veröffentlichung entgegen. Ob es sich, wie Lassalle in der Broschürenausgabe sagt, auch bei der „Reform“ um planmäßiges Totschweigen handelte oder, wie die Redaktion der „Reform“ noch wiederholt auseinandersetzte, für diese wirklich nur die Furcht vor einem Strafprozeß bestimmend war, kann dahingestellt bleiben. Im ganzen hat sich die „Reform“ auch noch später Lassalle gegenüber ziemlich anständig benommen, wie sie sich denn überhaupt durch eine gewisse Noblesse in der Polemik auszeichnete.

Jedenfalls aber nahm auch die „Reform“ gegen den von Lassalle vorgeschlagenen parlamentarischen Streik Stellung. Ebenso hörte man in den Bezirksvereinen bald nichts mehr von dieser Idee. Ein einziger Verein verstieg sich zu einer Resolution, die auf ähnliches hinausgelaufen wäre, da aber „Reform“ wie „Volkszeitung“ sehr

entschieden gegen sie Stellung nahmen, fand der Verein keinen Nachahmer. Lassalles Versuch, im radikaleren Bürgertum Berlins Stimmung für eine Politik zu machen, die Biegen oder Brechen bedeutet hätte, war fehlgeschlagen. Nur eine Handvoll Intellektueller, bezw. Akademiker schlössen sich ihm an. Sonst hieß es für ihn mit noch größerem Grund, als wie bei Herausgabe seiner Schrift über den Italienischen Krieg: Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo — kann ich die Oberen nicht herumbekommen, so werde ich die Unterwelt in Bewegung sehen. Und auch mit ganz anderer Wirkung.

Achtes Kapitel. Die Berliner Arbeiter zwischen der Fortschrittspartei und Lassalle.

Schulze-Delitzschs Vorträge über Kapital und Arbeit. — Der Berliner Arbeiterverein. — Die Berliner Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. — Die ersten Sitzungen und ihr Schicksal. — Kurzer Aufschwung. — Neuer Geist im Schulzeschen Arbeiterverein.

Individuen sind zu täuschen, Klassen niemals.

Lassalle, Aufsatz über die tragische Idee des Franz von Sickingen.

Nicht viel besser, als wie bei dem Berliner Bürgertum, erging es Lassalle zu seinen Lebzeiten bei den Berliner Arbeitern. Sie blieben in ihrer großen Masse zunächst im Heerbann der Fortschrittspartei.

Das in der Versammlung vom 2. November 1862 gewählte neue Arbeiterkomitee einigte sich über Gründung und provisorisches Statut eines allgemeinen Berliner Arbeitervereins, und dieser Verein wurde am 18. Januar 1863 gegen den schwachen Widerspruch Eichlers und einiger weniger zu ihm haltender Arbeiter in einer großen Versammlung konstituiert, in der Schulze-Delitzsch den ersten der angekündigten Vortrage über „Kapital und Arbeit" hielt. Es sind dies die Vorträge, die, nachdem Schutze sie in Broschürenform hatte erscheinen lassen, Lassalle zu seiner Gegenschrift „Here Bastiat Schutze von Delitzsch, der ökonomische Julian" veranlaßten. Sie fanden unter sehr großem Zulauf statt und wurden auch mit starkem Beifall aufgenommen. Ihre theoretischen Fehler kamen dem wenig durchgebildeten Publikum nicht zum Bewußtsein, und selbst als Lassalles, trotz mancher Uebertreibungen Schutze arg bloßstellende Erwiderung erschien, blieb sie auf die Masse der Arbeiter vorläufig ohne Einfluß, da schon der Preis des Buches eine größere Verbreitung ausschloß. Die meisten erfuhren nur von der Kritik, die Schulze-Delitzsch im Schlußvortrag an Lassalles Vorschlag geübt hatte, Lassalles Antwort aber wurde von ihnen ignoriert. Sie blieben vorläufig unter Schutzes Einfluß. Sowohl Eichler und seine Freunde, wie die wenigen Parteigänger Lassalles in Berlin, hielten in den folgenden Monaten wiederholt Konferenzen ab, um für eine geplante Versammlung des Arbeitervereins, die zu dem mittlerweile erschienenen „Offenen Antwortschreiben" Lassalles Stellung nehmen sollte, einen taktischen Feldzug zu entwerfen, und Eichler trat sogar zum Zweck der Opposition wieder in den Arbeiterverein ein.

44. Schulze-Delitzsch

Aber all das war vergebens. In der betreffenden Versammlung, die am 19. April 1863 stattfand, ward vielmehr einstimmig folgende Resolution angenommen:

> „Der Arbeiterverein in seiner Sitzung vom 19. April 1863 nach reiflicher Ueberlegung und in Erwägung, daß den in dem Antwortschreiben des Herrn Lassalle an das Leipziger Zentralkomitee niedergelegten Grundsätzen in ihrem politischen Teil, bezüglich des allgemeinen, gleichen, direkten

Wahlrechts, Geltung zu verschaffen für jetzt nicht geraten erscheint, weil das ganze Volk in dem Prinzipienkampfe, in dem es sich mit der Regierung befindet, fest zusammen stehen muß, und in Erwägung, daß in der Selbsthülfe und Selbstverantwortlichkeit allein den Arbeitern die Mittel geboten sind, eine ihrer würdige Stellung in der staatlichen Gesellschaft einzunehmen,

erklärt:

1. an den von Schulze-Delitzsch in seinen im Berliner Arbeiterverein gehaltenen Vorträgen ausgesprochenen Grundsätzen festhalten und dieselben durchführen, sowie

2. das Leipzigerzentralkomitee, weil es einseitig seine Stellung als solches ausgegeben, für die Folge nicht mehr als leitende Behörde der deutschen Arbeiterbewegung anerkennen zu wollen.“

In der Debatte hatte vornehmlich ein kaufmännischer Geschäftsführer der Borsigschen Fabrik, Laase, das große Wort geführt. Verfasser der Resolution war der Buchdrucker Dittmann, der auch den Vorsitz führte. Von Lassalles Freunden sprach Ludwig Loewe, der aber nur die gegen Lassalles Person gerichteten Angriffe zurückwies. Eichler seinerseits wiederum sprach nur von seinen eigenen Projekten. Gegen ihn ertönten, als er auftrat, die Rufe „Haut ihn!“, auf die Lothar Bücher, der ebenfalls anwesend war, aber sich nicht entschließen konnte, für Lassalle eine Lanze einzulegen, dann in seiner Zuschrift an das Leipziger Arbeiterkomitee Bezug nahm. Lassalle selbst versandte folgende, in der „Reform“ vom 24. April abgedruckte Erklärung an die Presse:

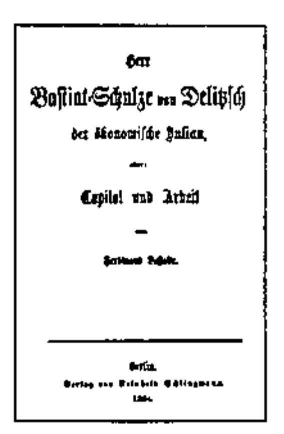
„Ich bitte sämtliche deutsche Zeitungsredaktionen, welche die Nachricht von dem Beschlusse der Berliner Arbeiterversammlung vom 19. April gebracht haben, um die Aufnahme der folgenden Erklärung:

1. Ich hatte zwei meiner Bekannten, welche in derselben anwesend waren, Tags vorher beauftragt, den Antrag zu stellen: „die Arbeiterversammlung möge beschließen, mich auf eine anzuberaumende Sitzung vorzuladen, um mindestens zu hören, was ich meinerseits auf die Entgegnung des Herrn Schulze-Delitzsch in seinem neulich vor den Arbeitern in der Tonhalle gehaltenen Vortrag zu erwidern habe.“ Ich wollte nicht unaufgefordert in der Versammlung erscheinen, da ich nur in einer solchen Aufforderung eine sichere Garantie sah, ruhig gehört zu werden. Die betreffenden Herren erklärten mir indes hinterher, daß sie, da jeder, der nur Miene machte, für mich das Wort zu ergreifen, sofort niedergeschrien wurde, vor Ueberdruß und Unwillen unterlassen hätten, den betreffenden Antrag zu stellen.

2. Daß ich sogar jetzt noch bereit bin — und das Komitee des hiesigen Arbeitervereins hierdurch davon benachrichtige — in der Arbeiterversammlung zu erscheinen, sie von meinen Ansichten zu unterrichten, und dieselben gegen die Einwürfe des Herrn Schulze zu verteidigen, falls ich von der Arbeiterversammlung hierzu aufgefordert werde.

Berlin, 22. April 1863. F. Lasalle.“

Hierzu bemerkte die „Reform“, es sei zwar nicht richtig, daß in der Versammlung Gegner nicht zum Wort gekommen wären, und es läge somit an den beiden nichtgenannten Freunden Lassalles selbst, daß die Versammlung nicht von dem Vorschlag Lassalles erfahren habe, doch werde der Arbeiterverein auf diesen um so weniger eingehen können, als ja die Vorträge von Schulze und die Broschüre Lassalles schon zur Beurteilung vorlägen. Die Frage sei von allen Seiten beleuchtet, den Arbeitern übergeben, sie hätten sich, die Einen für die eine, die Anderen für die andere Meinung ausgesprochen, es müsse sich jetzt zeigen, wie sie die von ihnen angenommenen Grundsätze ins praktische Leben einzuführen gedächten. Damit war diese Sache erledigt. Auf eine von seinen eigenen Anhängern einberufene öffentliche Versammlung ließ es Lassalle in Berlin noch nicht ankommen. So war denn auch bei der am 23. Mai 1863 in Leipzig erfolgten Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gerade Berlin unvertreten.


Herr
Bastiat-Schulze von Delitzsch
der ökonomische Julian,
Capital und Arbeit

45. Titelblatt der Streitschrift Lassalles wider Schulze-Delitzsch

Und als Lassalle am 1. Juli 1863 seine Badereise antrat, zählte die inzwischen ins Leben gerufene Berliner Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gerade 5 Mitglieder, von denen vier, nämlich der nach Berlin übersiedelte Sekretär des Vereins Julius Dahlie ich, der Berliner Bevollmächtigte des Vereins Fr. Arndt, sowie die Mitglieder Theodor Metzner und A. Vogt dem Schuhmachergewerbe angehörten. Dem eifrigen Wirken dieser gelang es, in der Zwischenzeit bis zu Lassalles Rückkehr die Mitgliederzahl bis auf gegen 50 zu steigern, auch wurden nunmehr Nichtarbeiter, wie der Buchhändler Reinhold Schlingmann, die Aerzte Eisner und Neumann und der Kandidat Alexi in die Mitgliedschaft aufgenommen. Ebenso Wilhelm Liebknecht, der im Sommer 1862 aus dem Londoner Exil nach Berlin übersiedelt war und seine Stelle in der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angenommen, sie jedoch wegen der Beziehungen dieses Blattes zu Bismarck bald wieder aufgegeben hatte.

Bei alledem brachte es die Mitgliedschaft noch lange Zeit nur zu einem Dahinvegetieren. Wohl nahm sie, als im Oktober 1863 der nach Berlin zurückgekehrte Lassalle die „Zernierung Berlins“, wie er es nannte, ins Werk setzte, vorübergehend einen gewissen Aufschwung, so daß Ende November 1863 die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder bis auf 200 gestiegen war. Aber sie erwiesen sich als Eintagsfliegen. Im Februar 1864 standen nur noch 35 Mitglieder auf der Liste, und davon werden auch noch verschiedene recht unzuverlässige Kunden gewesen sein. In den öffentlichen Versammlungen, die Lassalle abhielt, bildeten Lassalle feindliche fortschrittliche Arbeiter einen Teil des Publikums, Mitglieder der konservativen Partei, die in Lassalle einen Bundesgenossen gegen die Fortschrittler zu haben glaubten, einen anderen Teil.

Im Gegensatz dazu entwickelte sich der im Frühjahr gegründete Arbeiterverein, der zu den Fortschrittlern hielt, anfänglich sehr vielversprechend. Es ließen sich gegen 2.000 Arbeiter in seine Listen einschreiben, und im Mai 1864 wird die Zahl der mit ihren Beiträgen nicht über drei Monate restierenden Mitglieder in einer Korrespondenz an die „Koburger Arbeiterzeitung“ auf 838 angegeben. Diese Parteistellung des regeren Teils der Berliner Arbeiter erklärt sich zur Genüge aus der politischen Situation und den Ueberlieferungen aus der Reaktionszeit, die noch in der Berliner Arbeiterschaft lebten. Zum Teil muß sie auch Lassalle selbst aufs Konto gesetzt werden. So hinreißend seine, der Aufklärung bestimmten Broschüren geschrieben waren, so starken Eindruck seine Vorträge in Berlin gemacht hatten, so lange er nur als Vertreter der äußersten Linken der Demokratie erschienen war, so sehr stieß sein Auftreten selbst bei Arbeitern an, nachdem er in offene Gegnerschaft zur Fortschrittspartei und speziell Schulze-Delitzsch getreten war. Die Tonart, die er in seinen öffentlichen Erklärungen gerade in Berlin anschlug, sowie andere Aeußerlichkeiten stachen für den Mann aus dem Volke unvorteilhaft von dem etwas spießbürgerlichen, aber einer gewissen Wärme für den Arbeiter nicht entbehrenden Auftreten Schulze-Delitzschs ab, zumal dieser für den altpreußischen Arbeiter der Mann war, der in der Reaktionszeit tatkräftig sich seiner angenommen hatte. Auch sahen die sozialpolitischen Vorschläge Schulze-Delitzschs immerhin mehr nach Wirklichkeit aus, als Lassalles Genossenschaftsplan. Dieser war Zukunftsmusik, eine Staatssubvention von Seiten des gegebenen preußischen Staates konnte für die Arbeiter bestenfalls nur ein Danaergeschenk sein, sie war gerade in Berlin durch ihren Apostel Eichler gründlich diskreditiert. Für das allgemeine Wahlrecht trat auch Schulze-Delitzsch ein, gegen Lassalles Genossenschaftsplan aber hatte, wie wir gesehen haben, selbst die links von Schulze-Delitzsch stehende Berliner „Reform“ sich schroff ausgesprochen, ablehnend verhielten sich ihm gegenüber auch die von Lassalle angerufenen wissenschaftlichen Autoritäten. So erschien bei Lassalle alles luftige Spekulation, im Arbeiterverein Schulzes aber diskutierte man alle möglichen, anscheinend praktische Unternehmungen. Schulze selbst und Schüler von ihm hielten Vorträge über die Praxis des Genossenschaftswesens, die Gründung von Konsumvereinen und ähnlichen Unternehmungen, wie Speiseanstalten und Vereine zur Beschaffung billigen Brennmaterials, von Spar- und Vorschußkassen, sowie von Produktivgenossenschaften wurde in Angriff genommen, man erörterte eine Wiederbelebung der Arbeiterverbrüderung und beschäftigte sich demgemäß auch lebhaft mit der Frage des Koalitionsrechtes, während Lassalle sich in einer der ersten seiner Versammlungen“ recht doktrinär gegen die gewerkschaftlichen Koalitionen ausgesprochen hatte. Nimmt man nun noch hinzu, daß für Lassalle gerade die Blätter Partei nahmen, bezw. ihn protegierten, die bei den Arbeitern mit Recht in Verruf waren, so wird man es eher wunderbar finden, daß sich überhaupt noch eine Anzahl von Arbeitern Berlins in die Listen des Lassalleschen Vereins eintragen ließen, als daß ihm die Masse vorerst fernblieb.

Man muß dies Verhalten der Berliner Arbeiter unter dem Gesichtspunkt beurteilen, den Lassalle selbst in seiner ersten Ansprache an die Arbeiter Berlins in den Vordergrund stellt, wo er sagt, daß ihm „nichts eine reinere und lebhaftere Freude“ bereitet habe, als zu hören, daß ihm das Gerede, er sei ein verkappter Reaktionär, bei ihnen so ungemein schade. Tatsächlich war es politisches Mißtrauen, was die Masse der politisch regeren Arbeiter von ihm fernhielt. Trotz seiner energischen Verwahrungen galt er ihnen als Verbündeter der Konservativen. Dies um so mehr, als sich damals allerhand recht zweifelhafte Gestalten an Lassalle herandrängten. Andere erblickten in ihm einen rechthaberischen Phantasten und nahmen darum gegen ihn Stellung. Bis zu Lassalles Tode blieb denn auch die Berliner Gemeinde in ganz besonderem Grade das Schmerzenskind des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Was nun das Leben und Wirken der Berliner Mitgliedschaft anbetrifft, so versammelten sich die Anhänger Lassalles bis zum Herbst 1863 in der Privatwohnung des Mitgliedes Theodor Metzner. Der erste Versuch, in dem Zimmer Metzners eine öffentliche Versammlung abzuhalten, hatte, wie der Berliner Bevollmächtigte Arndt an das Parteisekretariat schrieb, das Resultat, daß gerade ein Arbeiter als Besucher erschien! Und selbst der habe so verschrobene Ansichten gehabt, daß es Arndt leid getan habe, ihm überhaupt die Liste zum Einschreiben vorzulegen.

“Für mich“, heißt es, „war das Resultat um so betrübender, da ich die Arbeiter Metzner gegenüber immer noch in Schutz (genommen habe). Aber er scheint seine Landsleute besser beurteilen zu können als ich.“

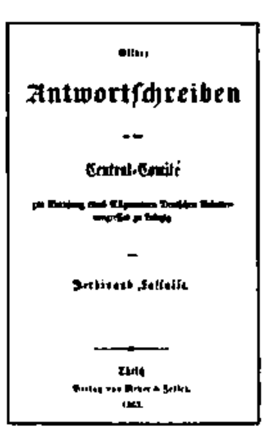


46. Berliner Volksküche. Nach einem zeitgenössischen Holzschnitt

Allmählich gewann man indes doch noch einige Mitglieder, und als Lassalle nach Berlin zurückgekommen war, ward für die Mitgliederversammlungen ein mittelgroßer Saal gemietet. Es war dies der Saal des Lokals zum Admiralsgarten, Friedrichstraße 102. Eine von Vahlteich für das „Präsidium“ gezeichnete Annonce in den Tageszeitungen machte dies mit dem Zusatz bekannt, daß nur Mitglieder gegen Vorzeigung der Karte oder solche Zutritt haben würden, welche sich in genanntem Lokale selbst als Mitglieder

einzeichnen wollten. Diese letztere Bestimmung hatte zur Folge, daß die ersten Einzeichnungen zum Teil von Leuten erfolgten, denen es mit dem Eintritt in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein nichts weniger wie ernst war, sondern die nur Neugierde oder die Lust, sich einen Spaß zu machen, in die Versammlung trieben. So kam es schon in der ersten Sitzung zu Störungen, die indes noch einen mehr humoristischen Charakter trugen. Ein gewisser Engel hatte den Vorschlag gemacht, der Verein solle Petitionen für Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und Koalitionsrecht veranstalten, von diesen könnten sich die Fortschrittler nicht ausschließen, und namentlich die Petition für das Koalitionsrecht würde die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hinsichtlich ihrer Arbeiterfreundlichkeit auf die Probe stellen. Lassalle wies den Vorschlag scharf zurück, das Koalitionsrecht habe keinen Nutzen für die Arbeiter, das Petitionieren solle man den Fortschrittlern überlassen; sein Prinzip sei, daß sich die Arbeiter durch das allgemeine gleiche Wahlrecht die Herrschaft im Staat erringen sollten; um die Herrschaft petitioniere man aber nicht, sondern höchstens um Almosen. Als Engel dagegen einwand, daß die Arbeiter sich erst Bildung aneignen müßten, wurde er von Lassalle unter Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Arbeiterbildungsvereine scharf zurückgewiesen. Lassalle redete sich dabei in eine solche Erregung hinein, daß er schließlich, nach einem mit Engel veranstalteten Examen, den Bevollmächtigten Arndt mit erhobener Stimme aufforderte, Engel wieder aus der Liste zu streichen. Ebenso forderte Lassalle diejenigen auf, die gleiche Ansichten wie Engel hätten oder sonst durch Mißverständnis in die Versammlung gekommen wären, vorzutreten und sich das Eintrittsgeld von ihm zurückgeben zu lassen. Dies hatte zur Folge, daß in der Tat sich viele das Geld — zwar nicht von ihm, wohl aber an der Kasse zurückgeben ließen.

Man kann sich denken, daß diese, von der Presse mit spöttischer Darstellung geschilderten Vorgänge nun erst recht auf gewisse Elemente als ein Anreiz wirkten, sportshalber in die Lassalleschen Versammlungen zu laufen, trotzdem im Schulzeschen Arbeiterverein — in der Sitzung vom 1. November — sehr energisch vom Besuch der Lassalleschen Versammlung abgeraten wurde.


Antwortschreiben
Central-Comité
Zürich

47. Titelblatt der ersten Auflage von Lassalles „Offenes Antwortschreiben"

So war denn in der Tat die auf den 2. November anberaumte zweite Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mehr als doppelt so stark besucht wie die erste, natürlich von einem überwiegend Lassalle feindlichen Publikum. Lassalles Vortrag wurde, mit so heftigen Angriffen gegen die Fortschrittspartei er gespickt war, ruhig angehört, desgleichen die Verlesung eines Artikels aus dem „Nordstern" durch Vahlteich, als aber dann der Kandidat Alexi ein Kapitel aus dem Roman 3. B. v. Schweitzers „Lucinde" vorlas, in dem die Fortschrittsführer in durchsichtiger Hülle arg karrikiert wurden, ertönten immer zahlreichere Schlußrufe, die sich schließlich zu einem richtigen Tumult steigerten. Man ließ Schulze-Delitzsch und den Nationalverein leben, forderte das

Eintrittsgeld zurück, und erhob, als erklärt ward, daß diesmal das Geld nicht zurückgegeben würde, einen solchen Lärm, daß der überwachende Polizist dies zum Anlaß nahm, die Versammlung aufzulösen. Selbstverständlich beschwerte sich Lassalle über letzteres und führte dabei einige Tatsachen an, die die Vermutung rechtfertigten,

daß die Auflösung von vornherein in Aussicht genommen war; auch wies er darauf hin, daß einige Polizeibeamte in unzulässiger Weise gegen ihn Stimmung gemacht hätten. All das ward von ihm in der dritten geschlossenen Versammlung der Berliner Gemeinde mitgeteilt, wobei er die Drohung aussprach, daß, sofern sich Vorkommnisse, wie die in der zweiten Versammlung, wiederholen sollten, er nicht dafür stehen könne, wenn sich in Berlin nicht noch gräßlichere Szenen ereignen würden, als wie in Solingen, wo am 27. September in einer großen Versammlung Lassalles störende Zwischenrufe mit Hinauswerfen der Gegner beantwortet und etliche Messerstiche ausgeteilt worden waren. Zum Ueberfluß forderte Lassalle seine Anhänger auf, ihre Uebereinstimmung mit der Drohung durch ein lautes Ja zu bekräftigen, das indes nicht sonderlich wuchtig ausfiel. Die fortschrittlich-demokratische Presse nahm denn auch von dem Vorgang nur in Form ironischer Mitteilung Notiz.

Am 22. November 1863 hielt Lassalle endlich seine erste öffentliche Versammlung in Berlin ab. Sie fand, wie auch schon die dritte Mitgliederversammlung, im Wollschlägerschen „Eldorado“, Ecke Bergstraße und Torstraße — letzteres die Nordseite der jetzigen Elsasserstraße — statt, da der Wirt des „Admiralsgarten“ sein Lokal nicht ferner hergeben wollte. Das Lokal war ein gewöhnliches Tanzlokal in einem rein proletarischen Viertel außerhalb der damaligen Stadtmauer, die Besucher waren fast ausschließlich Arbeiter. Nach Hinweis auf sein eigenes früheres Wirken und die von ihm erlittenen Verfolgungen erging sich Lassalle auch hier in scharfer Kritik der Fortschrittspartei. Seine heftigen Ausfälle gegen einen Teil der populärsten Führer dieser Partei führten zu wiederholten Unterbrechungen. Einigemale gelang es jedoch den etwas weniger fanatischen Parteigängern der Fortschrittler noch, die eigenen Genossen zum ruhigen Anhören Lassalles zu bewegen. Nachdem dessen Rede aber fünf Viertelstunden gedauert hatte und die Angriffe immer schärfer fielen, ward sie schließlich durch stürmische Hochrufe auf Schulze-Delitzsch unterbrochen. Die Polizei schien auf diesen Lärm nur gewartet zu haben, denn nun drang ein Polizeileutnant mit einer Eskorte von etwa 25 Schutzleuten in den Saal, erklärte die Versammlung für aufgelöst und Lassalle, der übrigens der Versammlung schon mitgeteilt hatte, daß ihm ein Verhaftbefehl wegen Hochverrat am Morgen präsentiert worden sei, für verhaftet. Ein Teil der anwesenden fortschrittlichen Arbeiter ließen sich in ihrer Erbitterung über die Ausfälle Lassalles gegen ihre Führer dazu hinreißen, der Verhaftung durch laute Bravorufe zu applaudieren.

Die Verhaftung selbst hatte mit dem Vortrag nichts zu tun, sondern war wegen einer Stelle in der Ansprache „An die Arbeiter Berlins“ erfolgt und führte zu dem bekannten Hochverratsprozeß, der am 12. April 1864 vor dem Staatsgerichtshof — ein Ausnahmegericht für

politische Prozesse — verhandelt wurde und mit Lassalles Freisprechung endete. Lassalles Verteidigung, so geschickt sie die, vom Staatsanwalt Schelling aus rein persönlichem Rachegefühl inszenierte Anklage zerzauste, enthielt neben Ausfällen auf die Fortschrittspartei Sätze über das Königtum, die nur geeignet waren, die gegen ihn bestehenden Vorurteile noch zu verschärfen.

Indes hatte Lassalle es mittlerweile schon aufgegeben, Berlin im Sturm zu erobern. Er war drei Tage nach der Verhaftung gegen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt worden und hatte dies durch folgendes Zirkular bekanntgegeben:

> „Arbeiter! In der Berliner Arbeiterversammlung vom 22. November wegen angeblicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens von der Polizei verhaftet — und zwar, wie die „Volkszeitung“ konstatiert, von Seiten der Anhänger der Fortschrittspartei, „„unter ihrer energischsten Zustimmung zu der polizeilichen Maßregel“„ — bin ich heute durch Beschluß des Gerichtshofs gegen Kaution wieder in Freiheit gesetzt worden. Mein so unterbrochener Vortrag wird infolge meines Gesundheitszustandes nicht nächsten Sonntag, sondern Sonntag, den 6. Dezember, 11 Uhr, im Eldorado fortgesetzt werden. Arbeiter aller Orte Deutschlands! Schart Euch fester denn je um unser Banner! Erhebt energischer denn je unsern Ruf: Es lebe die sozialdemokratische Agitation!“

Die angekündigte öffentliche Versammlung, sowie auch einige geschlossene Versammlungen, die Lassalle in Berlin noch abhielt, verliefen ohne jede Störung, da die Fortschrittler die Ermahnung an ihre Anhänger, den Lassalleschen Verein sich selbst zu überlassen, energisch wiederholt hatten und Besucher zudem nur noch in Begleitung von Mitgliedern oder gegen Einlaßkarten zugelassen wurden. Dafür wurde aber der Besuch der Versammlungen ein immer schwächerer, bis Lassalle, den seine sehr ausgiebige Korrespondenz als Vereinspräsident, die Abfassung der Streitschrift gegen Schulze-Delitzsch, Eingaben und Rekurse in Sachen der gegen ihn anhängig gemachten Prozesse, sowie andere Arbeiten sehr in Anspruch nahmen, selbst die Mitgliederversammlungen nicht mehr besuchte, wozu übrigens auch zweifelsohne die Opposition beitrug, der Lassalles immer mehr einseitig gegen die Fortschrittler gerichtete Taktik bei Liebknecht und anderen Berliner Mitgliedern begegnete.

Es war die Zeit, wo Lassalle in die bekannten Verhandlungen mit Bismarck eingetreten war, die den Zweck hatten, Bismarck zur Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts zu bewegen, und manchen Anspielungen, die er, wohl von seinen Hoffnungen hingerissen, im Verkehr mit Mitgliedern der Berliner Gemeinde fallen ließ, begegnete von Seiten dieser ziemlich deutlicher Widerspruch. In einer der letzten Versammlungen, die er in Berlin abhielt, soll er nach Bernhard Becker die Aeußerung getan haben, daß, wenn die Arbeiter bisher mit dem Bürgertum für die Freiheit gekämpft hätten, nun die Zeit gekommen sei, wo sie einen anderen Weg einschlagen müßten.

Indes habe er diesen Weg selbst nicht genauer bezeichnet. Den letzten Besuch, den Lassalle der auf weniger als dreißig Personen zusammengeschmolzenen Berliner Gemeinde machte, dürfte die von

dieser veranstalteten Feier seines Geburtstages —11. April — veranlaßt haben. Eine bei dieser Gelegenheit von Lassalle Liebknecht gegenüber fallen gelassene politische Bemerkung steigerte die oppositionelle Stimmung noch, so daß, als Anfang September 1864 die Kunde von Lassalles Tod eintraf, es gerade in Berlin nicht möglich war, eine Totenfeier zustande zu bringen. Damals tagte die Berliner Gemeinde nach allerhand Wanderungen in einem kleinen Lokal in der Mauerstraße; eine Zeitlang hatte sie ihre Sitzungen im Lokal von Denkewitz, Französische Str. 49, gehabt.



48. Ferdinand Lassalle zur Zeit seines ersten Auftretens in Berlin
Nach einem zeitgenössischen Holzschnitt

Während so die Berliner Mitgliedschaft des Lassalleschen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins längere Zeit dahin siechte, kündigte sich im Schulzeschen Arbeiterverein schon jener Gegensatz an, der für den Einfluß der Fortschrittspartei auf die Berliner Arbeiter so außerordentlich verhängnisvoll werden sollte. Wir hatten gesehen, daß im Schulzeschen Arbeiterverein für die Aufhebung der Gesetze gegen die Arbeiterkoalitionen agitiert worden war. Schulze selbst hatte sich im gleichen Sinne ausgesprochen. Aber seine Gegnerschaft gegen die Koalitionsverbote war eine abstrakt-liberale, vom Koalitionskampf der Arbeiter selbst wollte er so wenig wissen, wie Lassalle. Obendrein mit dem Unterschiede, daß, während Lassalle den Koalitionskampf bloß deshalb verwarf, weil er aus der Geschichte der Lohnkämpfe der englischen Gewerkschaften den Schluß zog, daß der Versuch der Arbeiter, durch Koalitionen ihre Lage zu verbessern, ein hoffnungsloses Schwimmen wider den Strom sei, für Schulze und noch mehr für dessen Trabanten der Versuch der Arbeiter, mit Hülfe der Koalition Lohnverbesserungen zu erkämpfen, ein wirtschaftspolitisch unberechtigter Eingriff in das Walten der freien Konkurrenz und die Rechte des Unternehmertums war. Anders ein Teil der Arbeiter im Schulzeschen Verein, vor allem die Buchdrucker, deren 1848 geschaffene gewerkschaftliche Verbindung sich am längsten erhalten und die sichtbarsten Erfolge erzielt hatte. Buchdrucker aber war der Arbeiter C. Dittmann, der Vorsitzender des Schulzeschen Arbeitervereins geworden war. In Reibereien zwischen ihm und Schulze kam der Gegensatz der Auffassungen denn auch zuerst zum Ausdruck. Den Anfang dieses bemerkenswerten Streits machte ein Vorfall auf politischem Gebiet. Schulze-Delitzsch war bei den Neuwahlen zum Landtag, die Ende Oktober 1863 stattfanden, sowohl im dritten Berliner Landtagswahlkreis, der die nördlichen Bezirke der Stadt umfaßt, wie in Barmen-Elberfeld gewählt worden. Die radikaleren Elemente wollten nun, daß Schulze für Barmen



Arbeiter Berlins.

Eine Ansprache

Ferdinand Lassalle.

49. Titelbild der Lassalleschen Broschüre „An die Arbeiter Berlins“

annehme, damit für Berlin ein Vertreter der schärferen Tonart ins Parlament geschickt werden könne. Ins Auge gefaßt war der Stadtverordnete Streckfuß, der für einen unentwegten Vertreter des allgemeinen Wahlrechts galt. So hatte denn auch Dittmann in der Sitzung des Arbeitervereins vom 1. November als Vorsitzender den Wunsch ausgesprochen, der verehrte Volksmann möge sich „derer in Barmen erbarmen“, da es nicht wahrscheinlich sei, daß anderenfalls dort ein Fortschrittler gewählt würde. Schulze aber hatte trotzdem für Berlin angenommen, um den dort drohenden Konflikt zwischen den beiden Strömungen im Fortschrittslager zu dämpfen, und in Barmen ward dann bei der Nachwahl tatsächlich ein dem gemäßigten Liberalismus genehmer Kandidat, der Fabrikant Auffermann gewählt. Das verstimmte in radikaleren Berliner Kreisen nicht wenig, und Dittmann schrieb an den Berliner Arbeiterverein einen Brief, worin er bat, bei der gerade ausstehenden Neuwahl des Vorstandes von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Es heißt da:

„Mancherlei politische und soziale Differenzen zwischen meinen eigenen Anschauungen und den im Arbeiterverein vertretenen, zu denen ich als Ihr Vorsitzender verpflichtet war, haben manches Opfer meiner Ueberzeugung von mir gefordert; ich habe sie einer guten Sache, der Sache der Ordnung und der Gesetzlichkeit, gern und freudig dargebracht. Es sind indes in der allerneuesten Zeit Verhältnisse eingetreten, die, wollte ich sie unberührt hingehen lassen, eine Verletzung meiner Pflicht und meiner Ehrenhaftigkeit bekunden würden. Nach Niederlegung meines Mandats darf ich mir Stillschweigen über eine Angelegenheit auferlegen, die ich in der letzten Versammlung, wie ich glaubte, ganz verständlich angedeutet hatte.“

Nach allem, was aus jener Sitzung vom 1. November bekannt ist, kann sich dieser Hinweis nur auf das geschilderte Parteimanöver beziehen. Die Differenz wurde aus nicht mehr zu ermittelnden Gründen zwar nach Möglichkeit vertuscht, aber nach erfolgter Vorstandswahl trat dafür in der Sitzung des Arbeitervereins vom 4, Dezember der soziale Gegensatz erheblich schärfer und deutlicher hervor. Es handelte sich um den Ausbau der Organisation des Vereins, und da machte Schulze-Delitzsch Vorschläge, die faktisch darauf hinauslaufen mußten, den Arbeiterverein in eine einfachen Filiale oder Ergänzung des Handwerkervereins umzuwandeln, d. h. die aus ihm eine Art Fortbildungsschule gemacht hätten. Das war aber gar nicht nach dem Geschmack der energischeren Elemente unter den Arbeitern. Schon der erste Arbeiter, der nach Schulze sprach, das Vorstandsmitglied Gaide, erklärte, zwar dem Fachunterricht nicht entgegen treten zu wollen, aber seine Ansicht dahin ausdrücken zu müssen, daß die Hauptaufgabe des Vereins in der Organisation der Arbeiter zu bestehen habe, damit sie befähigt würden, in Lohnfragen als besonderer Stand vorzugehen, so wenig sie politisch ein besonderer Stand im Staate sein wollen. Diese in sehr gemäßigter

Form vorgetragenen Gedanken veranlaßten den gleichfalls anwesenden liberalen Abgeordneten Fauch er, diesen eingeschworenen Manchestermann, zu einer Abkanzlung des Redners wegen seiner volkswirtschaftswidrigen Ideen. Der Kapitalprofit sei der berechtigte Lohn des Kapitalisten für die Entbehrungen, die er sich beim Ansammeln des Kapitals auferlegt habe, es sei daher „nicht möglich, daß der Arbeitslohn auf Kosten des Entbehrungslohnes sich erhöhe“. Inwieweit es möglich sei, den Arbeitslohn willkürlich zu erhöhen, sei eine offene Frage, eine Zentralisation aber zu dem Zwecke, diese Frage auf jeden Fall zu ordnen, müsse notwendig zur Staatsindustrie führen.


Statut

des

Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

§. 1.

Unter dem Namen

„Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“

begründen die Unterzeichneten für die Deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des Deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt,

auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung, für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.

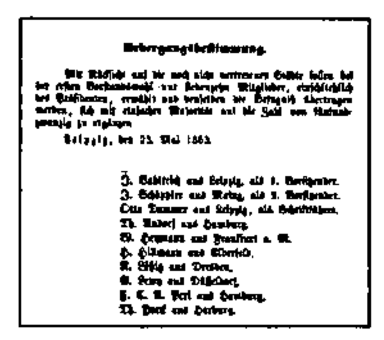
§. 2.

Jeder Deutsche Arbeiter wird durch einfache Beitrittserklärung Mitglied des Vereins mit vollem gleichen Stimmrecht und kann jeder Zeit austreten.

50. Erste Seite der Statuten des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“

Die Arbeiter hätten lediglich die gewerbliche und die persönliche Freiheit zu erstreben. Dieser Manchesterweisheit drückte Schulze-Delitzsch den Stempel auf, indem er nach Faucher das Wort nahm und dessen wirtschaftliche Darlegungen für die Quintessenz seiner eigenen Verträge erklärte. Der Arbeiter könne nicht einseitig seinen Lohn festsetzten, eine Zentralisation zur Festsetzung der Löhne aber würde gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, wozu er, Schulze, nicht anraten könne. Es wäre ja gut, wenn die Arbeiter in Preußen dasselbe Recht hätten, wie die englischen Arbeiter, dann würden sich die Ansichten schneller klären und das Richtige sich finden lassen. Durch Bildung von Genossenschaften würden die Arbeiter jedoch eine Macht werden, die sich das Kapital dienstbar machen könne. Mit der Verweisung auf den Weg der Genossenschaftlerei drang Schulze indes nicht durch. Gaide erklärte sich vielmehr durch jene Darlegung nicht überzeugt. Er habe die Arbeiterbewegung Deutschlands seit 14 Jahren verfolgt und wisse, was den Arbeiter am meisten drücke und ihn aus seinem Indifferentismus aufrüttele. In Hamburg hätten die Schiffszimmerer durch eine Arbeitseinstellung es erzielt, daß ihren Forderungen Rechnung getragen wurde. Dittmann, der hierauf das Wort nahm, trat Gaide in ausführlicher Rede bei. So wenig man es dem Fabrikanten vorschreiben könne, seine Produkte zu einem Mindestpreis zu verkaufen, so wenig dürfe man es dem Arbeiter verwehren, den Preis seiner Arbeit selbst zu taxieren. Auch handle es sich nur um gütliches Uebereinkommen mit den Arbeitgebern unter Ausschluß aller Gewaltmaßregeln. Fach- usw. Belehrung gehöre in die Handwerkervereine. Der Arbeiterverein müsse danach streben, die gesamten Arbeiter Berlins zu zentralisieren. Dem scheint die Mehrheit der Versammlung zugestimmt zu haben. Faucher erwiderte daher einiges, was den Ausführungen Dittmanns entgegen kam, und auch Schulze erklärte in seinem Schlußwort, er glaube, daß die Ansichten Gaides und Dittmanns sowie die seinen sehr wohl neben einander bestehen könnten. Eine Entscheidung wurde an jenem Abend nicht getroffen.

Lassalle hat, wie bekannt, im Bastiat-Schulze, an dem er zu jener Zeit schon arbeitete, von dieser Debatte Notiz genommen. (Gesamtausgabe, Bd. III, Seite 122 ff.) Soweit das sozialpolitische Wollen Schulze-Delitzschs in Betracht kommt, in sehr starker Uebertreibung. Ebensowenig traf er dabei den Kernpunkt von Schulzes falscher Wirtschaftstheorie, da er hinsichtlich der Frage, ob es möglich sei, den Arbeitslohn durch den Koalitionskampf zu erhöhen, wie schon bemerkt, fast auf gleichem Boden stand, wie Schulze. Er geht daher auch über den zweiten Teil der Verhandlung, die Ausführungen Gaides und Dittmanns, stillschweigend hinweg. Mit um so größerer Wucht und wissenschaftlicher Berechtigung brandmarkt er dagegen die gleißnerische Unwahrheit, die in der Bezeichnung des Kapitalprofits als „Entbehrungslohn“ liegt, und schwer genug hat Schulze es büßen müssen, daß er den Gebrauch dieses Wortes guthieß. Im Arbeiterverein wurde der Gegensatz zunächst noch überbrückt. In der Sitzung vom 16. Dezember erklärte der Vorstand, die Aufstellung eines Lehrplans nicht empfehlen zu können, und so wurde von neuem die Debatte über die Lohnfrage aufgenommen. Neben Gaide und Dittmann sprachen noch verschiedene Arbeiter in ihrem Sinne, und Schulze gab ein Stück mehr nach. Er erklärte sich den Erfahrungen des praktischen Lebens zugänglich und meinte, er habe aus den Debatten mancherlei gelernt, was ihm neu wäre. Seine wirtschaftspolitische Naivität kam in seinem Schlußwort in der Bemerkung zum Ausdruck, die Festsetzung der Arbeitszeit habe nur da Sinn, wo im Tagelohn und nicht in Akkord (Stückarbeit) gearbeitet werde. Er schloß mit dem Vorschlag, eine Statistik der Löhne, des Vorkommens von Tage- und Stücklohn und der Arbeitszeit in den verschiedenen Gewerben anzustellen, sie werde die Grundlage bieten für praktisches Vorgehen und für etwaige Anträge an die Gesetzgebung. Die Debatten, bei denen auch die oppositionellen Arbeiter noch immer eine große Verehrung gegenüber Schulze-Delitzsch an den Tag legten, wurden noch weiter fortgeführt. Am 24. Januar 1864 stellte Dittmann den Antrag, der Verein solle erklären,



51. Vierte Seite der Statuten des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“

> „In Erwägung, daß es das natürlichste Recht des Arbeiters sei, seine Arbeitskraft nach seinem Ermessen verwerten zu dürfen, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1845, das Recht der Arbeitseinstellung betreffend, aufgehoben werden“, und ein weiterer, von Gaide und Dittmann gestellter Antrag verlangte, eine Kommission von fünf Personen zu erwählen, welche „nach ihrem Ermessen und in ihr geeignet erscheinender Verbindung mit dem Verein eine Organisation der Berliner Arbeiter im Interesse des politischen, sozialen und materiellen Wohlseins der Arbeiter herbeiführen soll“.

Diese Anträge beschäftigten zwei weitere, am 1. und 7. Februar 1864 abgehaltene Sitzungen des Vereins, wurden aber schließlich gegen neun Stimmen abgelehnt und dafür ward mit allen gegen zwei

Stimmen folgende, von dem nunmehrigen Vorsitzenden Bandow gestellte Resolution angenommen:

> „Der Berliner Arbeiterverein in seiner Sitzung am 7. Februar, nach in mehreren Versammlungen sattgehabten vielseitigen Debatten über die Lohnfrage, beschließt:
> in Erwägung, daß die Lohnfrage einseitig nicht gelöst werden kann, in Erwägung ferner, daß für die beantragte Organisation der Verein selbst die beste Gelegenheit bietet,
> 1. über den Antrag des Herrn Gaide, unter Anerkennung des verdienstlichen Strebens des Herrn Antragstellers zur Tagesordnung Überzugehen;
> in Erwägung aber weiter, daß das Bedürfnis nach Reform in der Gewerbegesetzgebung von allen Arbeitern tief empfunden wird, und daß die Notwendigkeit einer Gewerbegesetzgebung, welche das Recht des redlichen Erwerbes und der wirtschaftlichen Freiheit mit den unerläßlichsten Garantien umgibt, immer mehr zu Tage tritt;
> in Erwägung endlich, daß es Zweck des Vereins ist, die Befreiung der Arbeit und des Verkehrs von allen Beschränkungen herbeizuführen und jede Sonderstellung des Arbeiters zu beseitigen,
> 2. seinen Vorstand zu beauftragen, mit allen gesetzlichen Mitteln und in jeder ihm dienlich erscheinenden Weise bei der Staatsregierung eventuell auch bei den anderen beiden Faktoren der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß alle die Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und das Recht der freien Vereinigung der Arbeiter hemmenden gesetzlichen Bestimmungen schleunigst aufgehoben werden.
> 3. Der Vorstand hat über das in der Sache Geschehene dem Verein Bericht zu erstatten."

Ein Zusatzantrag des Arbeiters Klockow, die Aufhebung der die Arbeiterkoalitionen verbietenden §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung von 1845 ausdrücklich in die Resolution aufzunehmen, hatte nicht genügende Unterstützung gefunden.


52. Lothar Bucher, Lassalles Freund und Testamentsvollstrecker

Damit war eine Anregung begraben, die bei Ausführung im Sinne der Antragsteller das bald darauf einsetzende Abbröckeln der Berliner Arbeiterschaft von der Fortschrittspartei hatte aufhalten, wenn auch nicht verhindern können. Aber die Durchführung im Sinne der Antragsteller war eben, angesichts der Zusammensetzung der Fortschrittspartei und der wirklichen Natur der Schutzeschen Bewegung, eine Unmöglichkeit. Faktisch stand Schutze schon weit mehr im Lager des Kapitalismus, als er es sich wahrscheinlich selbst gestand. Mit Anschauungen, die durchaus den Interessen der sich immer mehr entfallenden kapitalistischen Feudalität entsprachen, glaubte er eine Tätigkeit für die durchgreifende Hebung der Arbeiterklasse verbinden zu können. Das konnte möglich erscheinen, solange die Arbeiterklasse wenig entwickelt und infolgedessen auch

die Arbeiterbewegung schwach und auf das Wohlwollen von Angehörigen anderer Klassen angewiesen war. In dem Maße, als die Arbeiterklasse erstarkte und die Gegensätze von Kapitalisten und Arbeiter heftiger aufeinander platzten, als es anfing zu heißen: hier oder dort, mußte die auf das bloße Wohlwollen gestützte Absicht und Politik ohne Gnade zusammenbrechen. Die Lassallesche Organisation erschien siech, weil sie von argen Kinderkrankheiten befallen war, aber ihr Keim war ein gesunder. Schutzes Arbeiterverein dagegen trug den Todeskeim schon in sich, während er noch blühend ausschaute. Die Röte auf seinem Antlitz war nicht kräftigem inneren Leben geschuldet, sondern einer Gährung, die mit Zerfall enden sollte.

Neuntes Kapitel. Von Lassalles Tod bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes.

Berlins Arbeitervereine. — Eine Lohnstatistik aus dem Jahre 1864. — Der Buchdrucker-Gehülfenverein und Liebknechts Vorträge. — Die Gründung des „Sozial-Demokrat“. — I. B. v. Schwerer. — Die „Staatsbürgerzeitung“ und ihr Sozialismus. — Die Streitigkeiten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in der Berliner Mitgliedschaft. — Liebknechts Ausweisung. — Eine Ehrung der Berliner Buchdrucker. — Die Agitation für volle Koalitionsfreiheit und die Verlegenheiten der Fortschrittspartei. — Berliner Maschinenbaufabrikanten für das Koalitionsrecht. — Polizeiverfolgungen. — Eine Kommission zur Untersuchung der Arbeiterfrage. — Kontroversen mit Schulze-Delitzsch: Große Versammlungen in der „Alhambra“. — Schwerer wird inhaftiert, seine Gefängnisarbeiten. — Bewegung unter den Zigarrenarbeitern, erfolgreiche Lohnbewegung der Schuhmacher. — Diskussionen über die Frauenarbeit. — Eine Protestversammlung gegen das Obertribunal. — Saalabtreibung. — Der deutsche Krieg und die Haltung des „Sozialdemokrat“: Kanonen für Volksrechte.

> „Und dieser Partei, welcher eine Konzession um die andere, die sie nicht freiwillig gewähren wollte, durch die Angst vor dem immer bestimmteren Auftreten der Arbeiterpartei erpreßt wurde, diese Partei, der dir Arbeiter ihr gutes Recht stückweise abtrotzen mußten — diese Partei ohne Halt und Würde hat sich wirklich eingebildet, von ihr werde das Volk sich leiten lassen!“
>
> Der „Sozial-Demokrat“ vom 8. Februar 1865.

Der Sommer 1864 war für die Leine Berliner Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ereignislos verlaufen, zu einer größeren Wirkung nach außen hin war sie schon wegen der unter ihren Mitgliedern obwaltenden gegensätzlichen Auffassungen schlecht geeignet. Die persönliche Propaganda war der Hauptfaktor ihrer Ausbreitung, und mit ihr kam man nur erst langsam vorwärts. Ihre Wirkungen zeigten sich zunächst mehr indirekt, nämlich in der Beeinflussung des Geistes der sonst noch bestehenden Arbeitervereine Berlins.

Neben dem Berliner Arbeiterverein, der, wie wir gesehen haben, schon anfing, sich von der alten Schulzeschen Doktrin zu emanzipieren, dem großen Berliner Handwerkerverein und dessen Ablegern im Norden und Südosten Berlins, gab es damals noch eine kleine Arbeitervereinigung, die erwähnt zu werden verdient. Es war dies der Berliner Altgesellen-Verein, eine Verbindung von Arbeitern, die auf Grund des noch bestehenden Handwerkerstatuts für Berlin von der Gesellenschaft ihrer Berufe zu deren Vertretung in den Gewerksversammlungen gewählt waren. Ihre Vollmachten waren nur geringe und hatten praktische Bedeutung eigentlich nur in bezug auf die Vertretung der Arbeiter in den Angelegenheiten

Lucinde oder Capital und Arbeit. Ein social-politisches Zeitgemälde aus der Gegenwart in drei Bänden von J. B. v. Schweitzer. Frankfurt a. M. 1863.

53. Titelblatt von Schweitzers Roman: „Lucinde oder Capital und Arbeit“

der Gewerkskrankenkassen. Immerhin hatten sie als Vertrauensmänner eines namhaften Teils der Arbeiterschaft Berlins ein gewisses autoritatives Gewicht. Linker ihnen nun war die sozialistische Propaganda bezeichnenderweise am fruchtbarsten. An Metzner und Arndt, die Altgesellen der Schuhmacher, schloß sich auch bald der Altgeselle der Schneider, Albert Reimann, an, ein charaktervoller Arbeiter, der bis zu seinem im Jahre 1875 erfolgten Tode ein treues Mitglied der Sozialdemokratie geblieben ist. Dank dem Einflüsse dieser Männer blieb der Altgesellenverein ein neutraler Boden, wo die Arbeiterfragen unbeeinflußt durch die Interessen und Tendenzen der Fortschrittspartei behandelt wurden. Aber auch in den kleineren Handwerkervereinen zeigte sich oft ein unabhängigerer Geist. Es waren dies der Vorstädtische Handwerkerverein, der Gartenstr. 13—14 sein Lokal hatte, der in der Dresdenerstraße tagende Luisenstädtische Handwerkerverein, der Handwerkerverein Moabit und der schon genannte Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt. Sie trugen überhaupt einen anderen, mehr politischen Charakter, wie der große Berliner Handwerkerverein, der bei aller Hinneigung zur Fortschrittspartei allgemeiner Bildungsverein blieb und den wir bald, vom 2. Juli 1864 ab, in seinem eigenen Haus, Sophienstr. 15, tagen sehen. Im Frühjahr 1864 veranstaltete dieser Verein, der mehr Mitglieder zählte, als alle damaligen Arbeitervereine Berlins zusammengenommen, eine Lohnstatistik, und es mag interessieren, hier die Wochenlöhne zu erfahren, die nunmehr in Berlin in den Hauptberufen gezahlt wurden. Es erhielten danach:

Bäcker von 1⅙ — 3 Taler bei freier Station.

Böttcher im festen Lohn 4—5 Taler, im Akkord 7—8 Taler.

Buchbinder 3½ —4 Taler,

als Lederarbeiter 4—5 Taler,

in der Buchbinderei arbeitende Frauen 2 Taler.

Buchdrucker bezw. Schriftsetzer 5 Taler, bei Zeitungen mehr.

Drechsler 3½ —7 Taler, die Mehrheit 4—5 Taler.

Gürtler 3½ bis 4 Taler, bei freier Kost(!) 1½ — 2⅔ Taler.

Klempner im festen Lohn 4—5 Taler.

Maler, Anstreicher 4—4½ Taler,

gelernte Malergehülfen bis zu 7 Taler.

Maschinenbauer im Akkord zwischen 12 bis 13 Taler.

Maurer im Sommer 3—4½ Taler, im Winter 3½ Taler.

Mechaniker 4—5 Taler.

Sattler durchschnittlich 4 Taler, bei freier Station 1½ Taler.

Schlosser und Schmiede 4 Taler.

Schneider durchschnittlich 4, höchstens 5 Taler.

Schuhmacher 2½—4 Taler, wovon noch gewisse Auslagen im Werte von 10 Sgr. die Woche zu decken waren. Die Arbeitszeit im Sommer war von morgens 5 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr.

Tischler 3½—5 Taler, Tischler auf geschweifte Arbeit mehr.

Töpfer 4 Taler.

Weber 2½—4 Taler.

Spulerinnen 1⅓ bis 1⅙ Taler, Arbeitszeit 12 Stunden.

Zimmerer 4—4½ Taler, wovon noch 7½ Sgr. für Werkzeuge rc. abgingen.

Gegen die Löhne von 1848 weisen diese Lohnsätze nicht unerhebliche Steigerungen auf, wie denn überhaupt neben der Volkszahl die industrielle Entwickelung Berlins sich mittlerweile wesentlich gehoben hatte.

Indes waren auch gleichzeitig die Preise der Lebensmittel sehr merkbar gestiegen. Sowohl die Getreidepreise wie die Fleischpreise des Jahrzehnts von 1861 bis 1870 weisen gegen die des Jahrzehnts 1841—1850 in Preußen eine Steigerung von über 25 Prozent auf. Höchstens von einer sehr kleinen Aristokratie der Arbeiter könnte man sagen, daß ihre Lage sich merklich verbessert hätte. Daß der geschäftliche Aufschwung für die Masse der Arbeiter keine andere Wirkung gehabt hatte, wird der Unterdrückung all und jeder gewerkschaftlichen Organisation zugeschrieben werden müssen. Nur in einem Arbeiterberuf finden wir Anfang der sechziger Jahre in Berlin eine gewerkschaftliche Verbindung: es ist dies der Verein der Buchdruckergehülfen Berlins. Die Buchdrucker, die ein höheres Mindestmaß von Schulbildung haben mußten, wie die Masse der übrigen Arbeiter, empfanden zuerst die Notwendigkeit und waren dank der Natur ihrer Arbeit auch am ehesten in der Lage, sich gewerkschaftlich zu organisieren. In ihrem Verein herrschte damals ziemlich reges geistiges Leben; im Winter 1864/65 wessen wir unter seinen Vortragenden häufig Wilhelm Liebknecht an. Liebknecht hielt dort u. a. eine Reihe von Vorträgen über den Deutschen Bauernkrieg und behandelte am 28. Februar 1865 ebendaselbst eingehend die Stellung der Arbeiterklasse zu den bürgerlichen Parteien. In dieser Rede forderte er unbedingte Unabhängigkeit der Arbeiter von der Fortschrittspartei, polemisiert aber zugleich scharf gegen jede Kokettiererei mit Regierung und Feudalparteien — letzteres in ziemlich deutlicher Polemik gegen den „Sozial-Demokrat“ I. B. v. Schweitzers, dessen Mitarbeiter er bis dahin gewesen war, von dem er sich aber zugleich mit Karl Marx und Friedrich Engels losgesagt hatte, weil Schweitzer ihm die deutsche Politik Bismarcks zu günstig behandelte.

54. Faksimilierter Brief von Karl Marx an seinen Freund Kugelmann
(Uebertragung am Schluß des Kapitels, Seite 148)

Es ist bekannt, daß Marx an der Lassalleschen Agitation und ihrem Programm mancherlei auszusetzen hatte. Er hatte sich indes jeder öffentlichen Äußerung darüber enthalten und war, als nach dem Tode Lassalles der eitle Wichtigtuer Karl Blind diesen in einem, unter deutschen Flüchtlingen in Amerika damals viel gelesenen Blatt, nämlich der „Westlichen Post“ von St. Louis, giftig angegriffen hatte, im „Stuttgarter Beobachter“ gehörig mit Blind ins Gericht gegangen. In einem auch sonst recht interessanten Brief an den ihm befreundeten Dr. Kugelmann-Hannover vom 29. November 1864 kommt Marx auf diese Abfertigung Blinds zurück und bemerkt dabei, daß er zu ihr auch von Lassalle nahestehender Seite angeregt worden sei. (Die erste Anregung war von dem in St. Louis lebenden deutschen Sozialisten und Revolutionär J. Widemeyer ausgegangen.) Den Brief Marx' an Kugelmann findet der Leser auf S. 127/128 in Faksimile abgebildet. Marx bemerkt dort, daß es wohl keiner besonderen Erklärung bedürfe, warum er sich bei Lassalles Lebzeiten nicht in die von diesem entfaltete Bewegung eingelassen habe. Mittlerweile waren Karl Marx und Friedrich Engels zur Mitarbeit an dem von J. B. von Schweitzer geplanten „Sozial-Demokrat“ aufgefordert worden und hatten bedingt zugesagt, indes sollte diese Mitarbeit bei der Verschiedenartigkeit' der Standpunkte nicht von langer Dauer sein. Die Workingmens Association, von der Marx schreibt und von deren Statuten er durch Kugelmann auch Miquel ein Exemplar übergeben ließ, ist die am 28. September 1864 in London gegründete berühmte Internationale Arbeiter-Assoziation. Sie hat in Berlin später eine Anzahl Mitglieder gehabt, die aber als besondere Organisation nicht hervorgetreten sind.

J. B. v. Schweitzer war schon im Sommer 1864 nach Berlin übergesiedelt, um hier ein größeres sozialdemokratisches Blatt ins Leben zu rufen. Er und J. B. v. Hoffstetten hatten über diese Gründung mit Lassalle konferiert, doch hatte der Tod Lassalles die ersten Pläne durchkreuzt. Dadurch, daß J. B. v. Hoffstetten sein Vermögen zur Verfügung stellte, wurde die Gründung trotzdem ermöglicht, und am 15. Dezember 1864 erschien die Probenummer des „Sozial-Demokrat, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ mit der Ankündigung, daß unter anderen Bernhard Becker, Joh. Ph. Becker, Fr. Engels, Georg Herwegh, M. Heß, W. Liebknecht, Karl Marx, W. Rüstow und H. Wuttke ihre Mitarbeit zugesagt hätten. Sein Programm kennzeichnete der „Sozial-Demokrat“ wie folgt:

> „Drei große Gesichtspunkte sind es, welche das Streben und die Tätigkeit unserer Partei bestimmen.
>
> „Wir bekämpfen jene Gestaltungen des europäischen Staatensystems, welche, unnatürlich die Völker trennend und verbindend, aus dem feudalen Mittelalter in das neunzehnte Jahrhundert sich herübergeschleppt haben — wir wollen fördern die Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze zivilisierte Welt.
>
> „Wir wollen nicht ein ohnmächtiges und zerrissenes Vaterland, machtlos nach außen und voll Willkür im Innern — das ganze gewaltige Deutschland wollen wir, den Einen, freien Volksstaat.

> „Wir verwerfen die bisherige Beherrschung der Gesellschaft durch das Kapital — wir hoffen zu erkämpfen, daß die Arbeit den Staat regiere.
> Diese drei großen, auf gemeinsamer Grundlage beruhenden Gesichtspunkte weisen uns in jeder möglichen Frage mit zwingender Notwendigkeit auf die Bahnen, die wir zu wandeln haben.
> Andere Prinzipien sind einfach und klar — ihre Konsequenzen zu ziehen werden wir uns niemals scheuen.“

Die Gründung des „Sozial-Demokrat“, der bis zum Juni 1865 in Folioformat dreimal wöchentlich und von da ab in kleinerem Format sechsmal wöchentlich erschien, muß als das bedeutungsvollste Ereignis in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung des Winters 1864/65 bezeichnet werden. Denn damit hatte die Arbeiterschaft Berlins wieder ein ausschließlich ihren Interessen gewidmetes Blatt. Freilich litt es darunter, daß Schweitzer keine ganz unzweideutige politische Vergangenheit hatte und durch Artikel über die deutsche Frage, worin er die Geschlossenheit des Bismarckschen Programms der Zerfahrenheit der kleindeutsch-liberalen Parteien gegenüber mit bedingter Anerkennung bedachte, den Verdacht auf sich lud, mit dem im Volk sehr verhaßten Ministerium Bismarck zu liebäugeln. Irgend ein positiver Beweis, daß Schweitzer damals direkt oder indirekt aus dem Bismarckschen Lager Subventionen empfangen habe, ist niemals erbracht worden. Die Vorkommnisse, die dafür zeugen sollten, vertragen eine andere Auslegung. Unbestreitbar aber ist, daß Schweitzer wiederholt in Wendungen gegen die Fortschrittspartei polemisierte, die eine starke Aehnlichkeit mit den Schlagworten der Bismarckpresse aufwiesen. Schweitzer war sehr begabt, aber kein sehr gefestigter Charakter. Er durchschaute mit scharfem Blick die tieferen Ursachen der Schwächen der Fortschrittspartei und erkannte demgemäß auch, daß und warum Bismarck dieser Partei über die bloße Machtfrage hinaus überlegen war. Bei der Gehässigkeit, mit der die Fortschrittspartei sowohl die sozialistische Bewegung überhaupt wie ihn persönlich angriff, mußte es ihm daher nahe liegen, neben dem Bourgeoischarakter der Fortschrittspartei auch ihre widerspruchsvolle Haltung in der brennenden deutschen Frage mit aller Schärfe bloßzulegen. Da nun aber die Fortschrittspartei die radikalste Oppositionspartei war, die Bismarck im Abgeordnetenhaus gegenüberstand, konnte selbst diese Kritik als für Bismarck geschrieben erscheinen. In sozialpolitischen Fragen zeigte sich jedoch das verbreitetste Fortschrittsorgan in Berlin, die „Volkszeitung“, so vollständig dem orthodoxen Manchestertum ergeben und trat jeder sozialistischen Aeußerung so absprechend gegenüber, daß ein anderes Verhältnis als Krieg zwischen Fortschrittspartei und Sozialdemokratie gerade in Berlin ausgeschlossen erschien. Es ist ein hartes Urteil gegen ein Blatt, dessen Herausgeber es in seiner Art mit den Arbeitern gewiß wohl meinte und sich auf anderen Gebieten als Aufklärer erhebliche Verdienste erworben hat, aber es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß in bezug auf Verständnislosigkeit hinsichtlich des wirklichen Charakters der sich regenden Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse, die Berliner

„Volkszeitung“ in jenen Jahren kaum übertroffen werden konnte. Ihre Haltung war der vollständigste Bankerott des der Grundlage einer in die Tiefe gehenden Theorie entbehrenden guten Willens. Man wollte der Arbeiterbewegung, soweit sie noch nicht lassallisch war, nicht direkt entgegentreten und war doch im innersten Grunde der Lehre ergeben, daß die freie individuelle Konkurrenz alles von selbst aufs herrlichste ordnen werde. Infolgedessen witterte man in jeder Regung auf Seiten von Arbeitern, die nicht in das Dogma von der freien Konkurrenz paßte, sofort irgend welchen Verrat, dem entgegengewirkt werden mußte, und entfremdete sich so eine Arbeitergruppe nach der anderen.

Die Haltung, die der „Sozialdemokrat“ diesem Abbröckelungsprozeß gegenüber einnahm, muß als ein Muster von taktischem Geschick bezeichnet werden. Er enthielt sich — was vielleicht das Verdienst des gutmütig ehrlichen Z. B. von Hofstetten war — den noch im Lager der Fortschrittspartei stehenden Arbeitern gegenüber jeder die Empfindlichkeit reizenden Polemik, brachte vielmehr durchaus sachliche Berichte über Vorgänge in ihren Vereinen, wobei er sich vor vorzeitigem Jubel über daselbst sich zeigende Zweifel an der Unfehlbarkeit der Schulze-Delitzschen Lehren sorgfältig hütete. Auf diese Weise gewann er in dem Maße, als die Ernüchterung in bezug auf die in Angriff genommenen selbsthülflerischen Gründungen einsetzte, immer mehr Ansehen in der allerdings noch kleinen Schar politisch geweckterer Arbeiter. Die Schulzeschen Konsumvereine in Berlin, deren es etwa zwanzig gab, konnten es zu keiner Bedeutung bringen, die paar Produktivgenossenschaften, die ins Leben gerufen wurden, blieben auf Zwergexistenz beschränkt, und die Speisegenossenschaften, die man hatte gründen wollen, waten überhaupt nicht ins Leben; an ihrer Stelle wurde im Jahre 1866 in Gestalt der von Frau Lina Morgenstern gegründeten „Volksküchen“ den Arbeitern Berlins ein Ersatz geboten, der, wie man ihn auch sonst beurteilen mag, mit dem Prinzip der Selbsthülfe nichts zu tun hatte. Nur die Spar- und Vorschußkassen gediehen, aber zeigten auch damit um so mehr ihren kleinbürgerlichen Charakter. Die Vorschußkasse ist Hülfe für den kleinen oder mittleren Unternehmer und kann daher dem Arbeiter um so weniger Interesse abgewinnen, je mehr die Klassenscheidung zwischen Unternehmer und Arbeiter vorschreitet. Die Sparkasse wiederum kann zwar für eine Arbeiterbewegung eine Stütze sein, sie jedoch nie ersetzen oder überflüssig machen. Das machte sich mit jedem Tage deutlicher fühlbar, und so öffnete die praktische Erfahrung selbst den Arbeitern die Augen über die Unzulänglichkeiten der Schulze-Delitzschen Rezepte, während das Stück wirklichen Nutzens, das für die Arbeiter aus ihnen zu ziehen war, sich in kurzer Zeit überhaupt nicht kund geben konnte.


55. Polizeirat Stieber

Schulze-Delitzsch war auch durchaus nicht der Mann, dieses Stück Nutzen vorwegnehmend in voller Schärfe zu erfassen und klar zu legen. Daran hinderte ihn schon sein durchaus kleinbürgerlicher Standpunkt. Den Konsumverein als Arbeiterkonsumverein und als

Mittel zu begreifen, die Produktion für den Eigenbedarf der Arbeiter in größerem Maßstabe zu organisieren, dazu fehlte ihm der tiefere ökonomische Blick. Was er in dieser Hinsicht zu sagen wußte, ist ungemein verschwommen, seine Vorträge im Berliner Arbeiterverein über dieses Thema werden statt präziser und vertiefter immer flacher und unbestimmter. Niemand wird die Art gutheißen können, wie Schweitzer und andere das 1863 von Liberalen aufgebrachte sogenannte Nationalgeschenk an Schulze-Delitzsch gegen diesen zu persönlicher Verdächtigung ausnutzten. Aber um so berechtigter ist in ihren Grundgedanken die theoretische Kritik, die Schweitzer an Schulze-Delitzsch übte, als dieser Ende 1865 seine Gegenschrift gegen Lassalles Bastiat-Schulze: „Die Abschaffung des geschäftlichen Risikos durch Herrn Lassalle", erscheinen ließ. Allerdings sind auch Schweitzers, unter dem witzigen Titel: „Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle" im „Sozial-Demokrat" veröffentlichte Artikel nicht frei von theoretischen Fehlern. Sie hatten an der Idee der staatlich finanzierten Produktivgenossenschaften fest und widerlegen Schutzes Kritik dieser aus der Zukunftsspekulation der staatlich geregelten Produktion heraus. Statt die Fehlerlosigkeit des Mittels zu beweisen, führen sie die Vortrefflichkeit des nur erst als Utopie vorhandenen Resultats vor. Bei alledem offenbaren sie jedoch das Streben nach Befreiung von jeder sektiererischen Beschränkung der Arbeiterbewegung auf bestimmte Formeln und heben die tieferen Fragen der Arbeiteremanzipation mit soviel Klarheit hervor, daß der Eindruck auf Arbeiter, die an der Allheilkraft der Schulzeschen Theorie zu zweifeln angefangen hatten, ein bedeutender sein mußte.

Nur war die Zahl der Arbeiter, die den „Sozial-Demokrat" lasen, eben noch eine recht kleine. Der Rückgang im Abonnentenstand der „Berliner Volkszeitung", der sich damals vollzog, kam nicht dem „Sozial-Demokrat", sondern vornehmlich Blättern, wie der „Publizist", und von 1865 ab der Heldschen „Staatsbürger-Zeitung" zugute, die selbst gern in Sozialismus machte. Wohl war dieser Sozialismus ein ziemlich konfuses Gemisch Proudhonscher Gedanken und anderer Geldreform-Spekulationen, aber er war doch Opposition gegen die Manchesterökonomie, und das genügte in jenen Tagen, wo die Arbeiterbewegung erst im Werden war, das Blatt bei Kleinbürgern und Arbeitern, die mit der offiziellen Leitung der „Fortschrittspartei" unzufrieden waren und die „Reform" zu hoch fanden, populär zu machen. Leid nahm zur deutschen Frage eine Haltung ein, die man als die Konsequenz dessen bezeichnen kann, was Schweitzer bloß angedeutet hatte: da die deutsche Revolution mehr als unwahrscheinlich geworden war, blieb nur die preußische Lösung übrig. Daraus ergibt sich schon, daß Held sich Schweitzer wohlwollend gegenüber stellen mußte. Er nahm in



Nr. 1. 1865.

Der Social-Demokrat.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redigirt von J. B. v. Hofstetten und J. B. v. Schweitzer.

Berlin, den 4. Januar.

Ihre Mitwirkung zu diesem Organe haben zugesagt unter Andern die Herren:
Bernhard Becker, Präsident des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins",
Joh. Ph. Becker zu Genf, **F. Engels** zu Manchester, **Georg Herwegh** zu Zürich,
M. Heß zu Paris, **W. Liebknecht** zu Berlin, **Carl Marx** zu London,
Oberst-Brigadier **W. Rüstow** zu Zürich und Professor **H. Wuttke** zu Leipzig.

Unser Programm.

Drei große Gesichtspunkte sind es, welche das Streben und die Thätigkeit unserer Partei bestimmen:

Wir bekämpfen jene Gestaltungen des europäischen Staatensystems, welche, unnatürlich die Völker trennend und verbindend, aus dem feudalen Mittelalter in das neunzehnte Jahrhundert sich herübergeschleppt haben — wir wollen fördern die Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze civilisirte Welt.

Wir wollen nicht ein ohnmächtiges und zerrissenes Vaterland, machtlos nach außen und voll Willkühr im Innern — das ganze, gewaltige Deutschland wollen wir, den Einen, freien Volksstaat.

Wir verwerfen die bisherige Beherrschung der Gesellschaft durch das Capital — wir hoffen zu erkämpfen, daß die Arbeit den Staat regiere.

Diese drei großen, auf gemeinsamer Grundlage beruhenden Gesichtspunkte weisen uns in jeder möglichen Frage mit zwingender Nothwendigkeit auf die Bahnen, die wir zu wandeln haben.

Unsere Prinzipien sind einfach und klar — ihre Consequenzen zu ziehen werden wir uns niemals scheuen.

56. Titelseite der Probenummer des von J. B. v. Schweitzer 1864 begründeten „Sozial-Demokrat"

den Streithändeln zwischen Fortschrittspartei und Allgemeinem deutschen Arbeiterverein meist für diesen Partei, berichtete objektiv über die Arbeiterbewegung und machte so sein Blatt zu einer Etappe für diejenigen, die aus irgend welchen Gründen den letzten entscheidenden Schritt ins sozialdemokratische Lager nicht tun mochten. Die Auflage des Schweitzerschen „Sozial-Demokrat“ blieb lange Zeit eine außerordentlich niedrige. Sie bewegte sich in Berlin im ersten Jahr in Zahlen noch weit unter hundert und erreichte hier niemals die Zahl tausend. Aber auch die Mitgliederzahl der Berliner Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins blieb lange auf ein sehr bescheidenes Maß beschränk, wozu die bekannten Wirren im Verein selbstverständlich das ihrige beitrugen. Die Bevollmächtigten des Vereins lösten sich in der ersten Hälfte des Jahres 1865 ziemlich schnell ab. An die Stelle Arndts trat am 7. März Th. Mehner, und dieser wurde schon wenige Wochen darauf wieder außer Funktion gesetzt, nachdem unter seinem Vorsitze Liebknecht am 20. März eine längere Erklärung verlesen hatte, die, wie sich eine Korrespondenz an den zur Gräfin Hatzfeldt haltenden „Nordstern“ ausdrückt, „die gröbsten Angriffe gegen die von unserem Lassalle befolgte Politik enthielt und die allgemeine Entrüstung der Zuhörer erregte“.

„Der Vorsitzende“, heißt es in der Zuschrift weiter, „fühlte sich nicht veranlaßt, jene Verlesung zu unterbrechen, sondern ließ dieselbe ruhig bis zu Ende führen, ohne dann auch nur ein Wort der Mißbilligung zu äußern.“ Anten dem 29. März setzte Bernhard Becker, als Präsident des Vereins, kraft eigener Machtvollkommenheit den Expedienten des „Sozial-Demokrat“, Heinrich Roller, zum Bevollmächtigten für Berlin ein, während diejenigen Mitglieder, die sich dieser Anordnung nicht hatten fügen wollen, den Schriftsetzer Karl Schilling zum Bevollmächtigten wählten. In ihren Sitzungen vom 30. März und 3. April diskutierten diese in sehr langen und erregten Debatten folgende Anträge, die schließlich auch Annahme fanden:

> 1. Daß der „Sozial-Demokrat“ nicht im Sinn und nach den Prinzipien der Arbeiterpartei redigiert ist; und daß die jüngst ausgetretenen Mitarbeiter im Sinn und nach den Prinzipien der Arbeiterpartei gehandelt haben;
> 2. daß der Bernhard Becker als ein niederträchtiger Verleumder und unheilbarer Idiot aus dem Verein auszuschließen ist;
> 3. daß die Gemeinde sich mit der Handlungsweise des bisherigen Bevollmächtigten Metzner einverstanden erklärt und den von Bernhard Becker aufoktroyierten Bevollmächtigten Roller (Expedient des „Sozial-Demokrat“) nicht anerkennt;
> 4. daß der Verein an den von Ferdinand Lassalle verfochtenen Prinzipien festhält und jede Allianz mit der Reaktion oder Fortschrittspartei für ebenso unwürdig als unklug erklärt;
> 5. daß der Verein jede Beeinflussung seitens der Mutter Ferdinand Lassalles sowohl, als seitens der Gräfin von Hatzfeldt entschieden zurückweist; und
> 6. daß diese Beschlüsse allen anderen Gemeinden des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mitgeteilt, und daß

keine weiteren Beschlüsse behufs der Neugestaltung des Vereins gefaßt werden, bis von den anderen Gemeinden Bescheid eingelaufen ist.

Nur eine Hand erhob sich gegen diesen Antrag, und zwar die des als Agenten des Kreuzzeitungs-Wagener bekannten „Arbeiters“ Preuß. Eine Zeitlang konnte es scheinen, als ob die oppositionelle Mitgliedschaft der von dem sehr rührigen Roller geleiteten offiziellen Mitgliedschaft das Aufkommen unmöglich machen werde.

Indes trat das Gegenteil ein. Anfang Juli 1865 ward Wilhelm Liebknecht aus Berlin ausgewiesen, der geistig hervorragendste Gegner Schweitzers, und das Interesse an den Sitzungen: der oppositionellen Mitgliedschaft schwand zusehends, während Schweitzer und Roller es jeder in seiner Art verstanden, das Interesse an der neuen Mitgliedschaft lebendig zu erhalten. Liebknechts Ausweisung gab übrigens dem Berliner Buchdrucker-Gehülfen-Verein Anlaß zu einer Demonstration, die besondere Erwähnung verdient. In seiner Sitzung vom 4. Juli faßte diesen Verein folgenden Beschluß:

„Der Verein spricht sein tiefstes Bedauern über die so plötzlich erfolgte Ausweisung seines verehrten Freundes Liebknecht aus, und beauftragt seinen Vorstand, demselben für seine vom Verein so oft mit allgemeinem Beifall aufgenommenen belehrenden Verträge über die Arbeiterfrage Dank auszusprechen und ihm ein Ehrengeschenk von hundert Talern zu überreichen.“

Die Sprache dieser Erklärung hätte wohl eine etwas schärfere sein dürfen, ihr Geist verdient jedoch um so mehr Anerkennung, als der Verein mit dieser Sympathiebezeugung isoliert blieb. Schweitzer fand im „Sozial-Demokrat“ kein Wort der Verurteilung der elenden Polizeimaßregel, sondern berichtete nur ganz kurz in der Nummer vom 6. Juni, daß „Herr W. Liebknecht“, wie die Blätter berichteten, „aus allgemein polizeilichen Gründen aus Berlin und dem preußischen Staat ausgewiesen worden“ sei. Als ein Fortschrittsblatt, die „Breslauer Zeitung“, es als bezeichnend für die Ausweisung Liebknechts hinstellte, daß sie einen Mann traf, der „im Gegensatze zu von Schweitzer und von Hoffstetten die Lassalleanische Gemeinde vor der Allianz mit den Feudalen bewahren wollte“, antwortete er im „Sozial-Demokrat“ vom 13. Juli ziemlich lahm, das sei eine Verleumdung, der Zwist handle sich nur um Persönlichkeiten, nicht um Prinzipien. „Wir haben mit der feudalen Partei den Kampf gegen das Fortschrittlertum, mit diesem den Kampf gegen das Junkertum gemein, d. h. wir kämpfen gegen beide. Wo ist hierbei eine Allianz mit den Feudalen?“ Von einer ausgesprochenen Allianz war freilich nicht die Rede. Aber schon damit, daß Schweitzer den Gegensatz gegen die Fortschrittler auf eine Stufe mit dem Gegensatz gegen die Feudalen stellte und damit den geschichtlichen Unterschied der in Frage kommenden Tendenzen verwischte, kennzeichnet er selbst einen prinzipiellen Gegensatz. In dieser Weise faßte eben Liebknecht in Uebereinstimmung mit Marx und Engels die Gegnerschaft gegen Fortschrittler und Junker nicht auf. Behandelte man beide Gegner als gleichwertig, so war eine gelegentliche Allianz mit den Feudalen eben doch zulässig, und gleichviel wie man es unter dem Gesichtspunkt des Zweckes beurteilen mag, muß doch betont werden, daß

Schweitzer immer wieder Gelegenheit zu einer Sprache fand, die den Feudalen sehr in den Kram paßte. Auch in einem Artikel über Bismarck, den er für die Ergänzungsblätter des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen schrieb, schlug er einen Ton an, der weit über die historische Objektivität hinaus in eine Verherrlichung Bismarcks auslief. So nur ist es zu erklären, daß trotz des unleugbaren taktischen Geschicks, welches Schweitzer bei Behandlung der eigentlichen Arbeiterfragen an den Tag legte, die Masse der Berliner Arbeiter dem Schweitzerschen Verein lange fern blieb. Denn all diese Vorkommnisse wurden von der fortschrittlich demokratischen Presse gehörig ans Licht gezogen und entsprechend kommentiert.

Sonst arbeitete die Fortschrittspartei mit bemerkenswertem Ungeschick der Agitation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nach Möglichkeit in die Hände. Die Frage des Koalitionsrechtes, die, wie wir gesehen haben, schon seit Anfang 1864 die Berliner Arbeiterschaft beschäftigte, wurde im Verlauf des Jahres 1865 aktuell. Mit dem Aufschwung der Industrie und der damit gegebenen Zunahme der Arbeiterklasse und der allgemeinen Steigerung des öffentlichen Lebens waren die alten Koalitionsverbote des Jahres 1845 einfach nicht mehr aufrecht zu erhalten. Zum Teil wurden sie von den Arbeitern kurzerhand durch die Tat durchbrochen. Immer häufiger traten sie als berufliche Korporation mit Lohnforderungen an die Arbeitgeber heran, wobei sie sich gelegentlich der noch vorhandenen Reste von Zunftorganisation bedienten, hier und da auch zu Arbeitseinstellungen ihre Zuflucht nahmen. Unter diesen Umständen sah man sowohl in Regierungskreisen wie im Lager des liberalen Bürgertums die Notwendigkeit ein, das Gesetz zu ändern. Schon im Herbst 1864 hatte der preußische Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen unter Hinzuziehung von Vertretern von Arbeitern die Frage behandelt und sich schließlich zu einer Resolution geeinigt, die zwar Freigabe der Koalitionen, zugleich aber Strafbestimmungen gegen ihren etwaigen Mißbrauch verlangte. Der letztere Zusatz, der das Koalitionsrecht auf die Höhe der Thaden-Triglaffschen Preßfreiheit mit dem Galgen daneben bringen wollte, war durch ein Manöver des Liberalen Gneist zur Annahme gebracht worden. Kein Wunder, daß die Arbeiter dazu nicht ruhig blieben. Nachdem schon im Buchdruckerverein und anderen, kleineren Vereinen dagegen Stellung genommen war, fand am 22. Januar 1865 eine vom Berliner Arbeiterverein veranstaltete öffentliche große Protestversammlung statt, die einstimmig folgende, von dem Schriftsetzer Dittmann begründete Resolution annahm:

„Die am 22. Januar 1865 in der Tonhalle tagende Arbeiter-Versammlung erklärt mit Bezug auf diejenigen Beschlüsse, welche in der vom Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Preußen am 26. Oktober v. Js. gefaßt worden:

1. Die in dem Vorbericht enthaltene Annahme, als solle das Recht der Arbeiter-Koalition nur behufs Arbeitseinstellung dienen, ist eine irrtümliche, durch nichts erwiesene Annahme, und protestiert

2. gegen jede nicht durch allgemeine Landesgesetze bestimmte Beschränkung."

In dieser Versammlung waren u. a. die Sozialdemokraten Arndt und Metzner sowie der obengenannte Arbeiter Preuß, der gleich ihnen Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war, aufgetreten und hatten scharfe Angriffe gegen die Führer der Fortschrittspartei erhoben. Allerdings nicht ohne auf Widerspruch zu stoßen, aber doch mit geteilter Aufnahme. Auch die Reden der noch zur Fortschrittspartei haltenden Arbeiter klangen für die Führer nicht sehr schmeichelhaft. Zwei Tage darauf brachten Schulze-Delitzsch und Faucher im Verein mit ihren fortschrittlichen Kollegen einen Antrag im Abgeordnetenhaus ein, die §§181 und 182 der Gewerbeordnung, von denen der zweite Koalitionen der Arbeiter behufs Arbeitseinstellung unter hoher Strafandrohung verbot, aufzuheben. Nun hatte aber diese Gewerbeordnung noch im § 183 ein allgemeines Verbot jeder Arbeiterverbindung und im § 184 Strafandrohung gegen Arbeiter, die „ohne gesetzliche Gründe eigenmächtig die Arbeit verlassen oder sich groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit“ schuldig machen. Damit, daß der fortschrittliche Antrag diese Paragraphen einfach ignorierte, verstieß er direkt gegen die Resolution der Berliner Arbeiterversammlung, für die sich auch die etlichen zwanzig fortschrittlichen Abgeordneten erklärt hatten, die jener Versammlung beigewohnt hatten. Gleichviel ob hier Absicht vorlag oder bloßes Uebersehen, jedenfalls konnte der „Sozial-Demokrat“ den Fortschrittlern mit Recht vorwerfen, daß sie durch ihren Antrag jene Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter nun erst ausdrücklich sanktionierten. Die Berliner „Volkszeitung“ suchte die Fortschrittspartei Herauszureden, indem sie erklärte, daß der § 183 schon durch die Verfassungsbestimmung, welche das Vereinsrecht gewährleiste, faktisch aufgehoben sei, der § 184 aber zwar eine Milderung vertrage, indes nichts unbilliges verlange.



Bescheinigung.

Der Unternehmer Herr Metzner

hat angezeigt, daß am 6 ...

Abends 8 1/4 Uhr in dem Lokale ... 78 bei ...

eine Versammlung

des Allgemeinen deutschen Arbeiter Vereins

stattfinden soll.

Berlin, den 4. März 1865

Königliches Polizei-Präsidium.

57. Polizeiliche Bestätigung einer Versammlungsanmeldung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“

War die letztere, obendrein sehr von oben herab abgefaßte Erklärung schon an sich ein starkes Stück, da sie es ausdrücklich guthieß, daß der Kontraktbruch bei Arbeitern anders bestraft werde, als bei Unternehmern, so lud sie außerdem noch das Brandmal der Lächerlichkeit auf die Fortschrittspartei, indem diese wenige Tage hinterher in der Kommission des Abgeordnetenhauses dennoch den Antrag stellte, auch die §§183 und 184 aufzuheben. Und um ihre eigne Bloßstellung auf die Spitze zu treiben, stimmten die fortschrittlichen Abgeordneten am 15. Februar bei der Schlußberatung über den Antrag infolge falscher Auslegung der Fragestellung des Präsidenten so ab, daß schließlich doch nur Abschaffung von §§181 und 182 beschlossen ward. Gleichviel ob böser Wille oder wirklich nur ein Irrtum vorlag, hatte die Partei sich jedenfalls durch dies konfuse Verhalten gründlich kompromittiert, und

jeder „ Sozial-Demokrat“ konnte noch Großmut üben und den Fortschrittlern bestätigen, daß sie wirklich anders gestimmt hätten, als sie gewollt. Damit traf er die Partei schärfer, als wenn er sie des bewußten Verrats beschuldigt hätte; er kennzeichnete sie als unfähig, die Sache der Arbeiter konsequent zu vertreten. Dazu berechtigten auch die Reden, die fortschrittlicherseits in der Kammer bei' den Debatten über diese Anträge gehalten worden waren. Sie gingen nicht über ein gewisses, in einzelnen Fällen auch noch sehr bedingtes Wohlwollen für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter hinaus. Von einem tieferen Versenken in die Bewegung war nichts zu merken. Schuhe-Delitzsch wußte nichts besseres, als den Konservativen, die mit der Arbeiterfrage in ihrer Weise spielten, die Warnung zuzurufen, sie sollten sich hüten, die Bestie im Menschen zu entfesseln. Hätte Schweitzer sich darauf beschränkt, die philiströse Halbheit der Fortschrittler zu geißeln, so würde er ihnen in Berlin schon damals wirklich ernsthaft gefährlich geworden sein. Aber er verdarb seine günstige Position dadurch, daß er immer wieder die Regierung und die Konservativen im Lichte der größeren Arbeiterfreundlichkeit erscheinen ließ, spaltenlange Auszüge aus dem konservativen „Volksblatt“ und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ unkommentiert abdruckte und so den Verdacht bestärkte, daß er, wenn nicht ein Regierungsagent, so doch ein haltloser Abenteurer sei. Konnten doch seine Gegner u. a. darauf hinweisen, daß er seinerzeit in Wien eine Broschüre im Sinne der österreichischen Regierung verfaßt und in München für die bayerische Politik geschrieben habe.

So blieb die Bewegung in Berlin im ganzen noch eine konfuse. Bei einigen Arbeitseinstellungen, die im Laufe des Frühjahrs stattfanden, beobachteten die Fortschrittsblätter wieder eine etwas arbeiterfreundlichere Haltung; auch traten die Fortschrittler nun doch entschiedener für die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen ein. Selbst die fortschrittlichen Maschinenfabrikanten ließen sich in diesem Sinne hören, und es mag im Angesicht des heutigen Verhaltens der Berliner „Schwereisen-Industriellen“ nicht unangebracht sein, die Erklärung abzudrucken, welche die Herren Borsig, Egells, Freund, Pflug, Siemens-Halske und Genossen am 1. Mai 1865 dem Staatsministerium zur Koalitionsfrage überreichten. Sie lautete:

> „Die unterzeichneten Fabrikanten erklären, daß sie die Aufhebung des Verbots der Arbeiterkoalitionen (88.181 bis 184 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845) nicht nur für zulässig, sondern auch für zweckmäßig und nützlich erachten. Sie sehen in der Aufhebung jenes Verbots einen Schritt zur freien Selbstbestimmung des Arbeiters, zur freien Verfügung über seine Kraft und Leistung und zur Beseitigung des Mißtrauens inbetreff angeblicher Ausbeutung der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber. Sie erblicken ferner in dieser Befreiung das Mittel, dem Arbeiter zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß die Höhe des Arbeitslohnes nicht willkürlich von den Fabrikanten festgesetzt wird, sondern vom Mangel oder Ueberfluß an Arbeit und Arbeitskraft, also von Angebot und Nachfrage abhängt.

> Die Unterzeichneten verkennen nicht, daß neben dem Recht der Koalition auch die Freizügigkeit, das Recht der freien Niederlassung, bestehen muß; sie hoffen aber, daß die Aufhebung jener Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung die Wiederherstellung dieser Rechte notwendig zur Folge haben würde.“

Zwei bedeutungsvolle Arbeiterversammlungen fanden im Juli 1865 in Berlin statt. Sie bezogen sich auf das Verbot des nach Köln einberufenen Abgeordnetenfestes, das eine Demonstration gegen die Regierung hatte sein sollen. Diesem Verbot gegenüber nahm der „Sozialdemokrat“ alsbald eine überraschend entschiedene Haltung ein. In gleichem Sinne beschloß am 23. Juli eine in Schröders Salon, Große Frankfurterstr. 74, vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein einberufene Arbeiterversammlung, ein Glückwunschtelegramm an die „Verteidiger des bedrohten Versammlungsrechts“ in Köln, und wählte ein aus Vertretern der verschiedenen Richtungen in der Arbeiterschaft zusammengesetztes neunköpfiges Komitee, mit dem Austrage, eine Massenprotestversammlung einzuberufen. Folgendes die Namen der Mitglieder des Komitees: Bernhard Becker, C. Dittmann, Lamotke, Th. Metzner, A. Richter, H. Roller, C. Schilling, Johann Baptist von Schweitzer, Fr. Stephany. Zwei Tage nach dieser Versammlung wurde Bernhard Becker, damals noch Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, aus Berlin ausgewiesen!

Die Protestversammlung selbst fand am 30. Juli in der „Alhambra“, Weinbergsweg 6—7, statt. Das geräumige Lokal war überfüllt, C. Dittmann präsidierte und hielt auch die Hauptrede. Außer ihm sprachen u. a. die Demokraten Ungerstein und Stephany, sowie die Sozialdemokraten Metzner, Schweitzer und Schilling. Neben einer Resolution, die es für Pflicht der Arbeiter erklärte, jederzeit für das Vereinsrecht „durch tatkräftigen und unerschrockenen Gebrauch desselben einzutreten“, beschloß die Versammlung, „Vorsorge zu treffen, daß jeden Augenblick die Arbeiter Berlins zusammenberufen werden können“, und setzte zu diesem Zwecke das oben bezeichnete Neunerkomitee als dauernde Instanz ein. Eine weitere, einstimmig beschlossene Resolution erklärte „ihr tiefstes Bedauern über die an die Zeiten der ärgsten Reaktion erinnernden Ausweisungen, besonders diejenigen aus politischen Gründen, und erwartet von den Faktoren der Gesetzgebung, daß sie die bezüglichen, in einem einigermaßen freien Staate schlechterdings unzulässigen Gesetze schnellstens beseitigen“.

Mit dieser von ihm eingeleiteten Aktion hatte der Allgemeine deutsche Arbeiterverein eine gewisse Position in Berlin gewonnen, wozu auch der Umstand beitrug, daß der „Sozialdemokrat“ nunmehr wiederholt konfisziert wurde. Der Regierung war Schweitzer offenbar zu weit gegangen und sie ließ ihn dies deutlich fühlen. Die offiziöse Zeidlersche Korrespondenz schrieb in ihrer Nummer vom 2. August, daß, wenn die Arbeitervereine sich auf ihre Rolle als „Vereine zur Erörterung der Lage der arbeitenden Klassen“ beschränkt hätten, ihr Vereinsrecht nie in Frage gestellt worden wäre; nun aber „die alte revolutionäre Phrase durch die Tünche eines ernsten Strebens“ durchgebrochen sei, seien „die Folgen der Urteilslosigkeit und des

oberflächlichen Trotzes, womit man eine Aufregung von 24 Stunden erregte, unausbleiblich“. Die Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde für einen politischen Verein erklärt und wegen Verbindung mit anderen politischen Vereinen geschlossen, und diese Maßregel unterm 15. August von der Ratskammer des Berliner Stadtgerichts gutgeheißen. Für die junge Bewegung ein schwerer Schlag! Die Mitglieder des Vereins halfen sich vorläufig damit, daß sie freie Versammlungen von Sozialdemokraten abhielten, aber das Werk der Organisation war auf längere Zeit unterbrochen.

Am 21. August 1865 trat in Berlin eine von der Regierung einberufene „Kommission zur Untersuchung der Arbeiterfrage“ zusammen. Es gehörten ihr sechzehn Arbeitgeber und sechzehn Arbeiter an, die von der Regierung auf Grund von Vorschlägen der Verwaltungsbehörden ausgewählt worden waren. Außerdem noch eine Anzahl besonders ausgewählter Sachverständiger. Bezeichnend für die in Regierungskreisen herrschende Denkweise ist der Umstand, daß der Schriftsetzer Dittmann, der einzige bekanntere Arbeiter, den man zu den Versammlungen hinzugezogen hatte, die Mitteilung in folgender Form erhielt: 1. Zuschrift des Ministers an den Berliner Magistrat: „Die Verhandlungen der Kommission zur Beratung der Koalitionsfrage werden am Montag, den 21., vormittags 11 Uhr in den Räumen des Herrenhauses in Berlin eröffnet werden. Der Magistrat wolle den rc. auffordern, sich dazu einzufinden.“ 2. Zuschrift der Deputation für Gewerbe an Dittmann: „Vorstehenden Extrakt erhalten Sie mit der Aufforderung, obigen Termin wahrnehmen zu wollen.“ Mit guter Ironie schrieb dazu die Berliner „Reform“: „Ordnungsstrafen für Ausbleiben sind vorläufig noch nicht angedroht, vielmehr gönnt der Magistrat sogar dem Adressaten das Prädikat als ‚Herr', welches der Minister in sein ‚rc.' als Mantel der Liebe eingehüllt hat.“ Der Arbeiter ward nicht eingeladen, sondern vorgeladen.

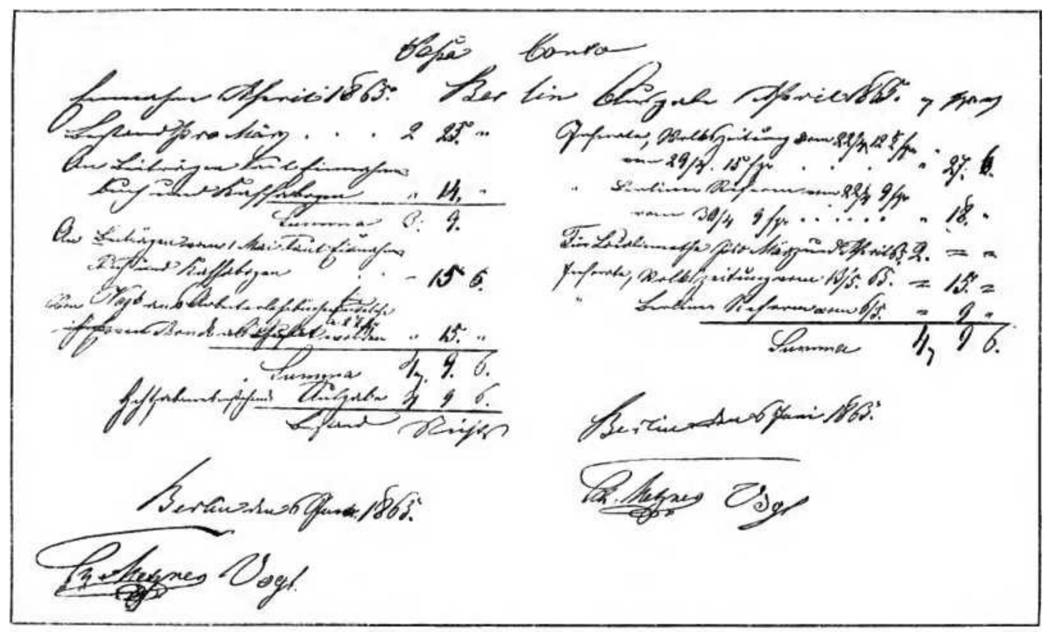
Der Kommission waren 12 Fragen gestellt, die sich auf Aufhebung der Koalitionsverbote, Schutz der Arbeitswilligen, Schiedsgerichte, Handwerkerprüfungen, Freizügigkeit, Bestrafung des Kontraktbruchs, Genossenschaftswesen und Arbeiterwohnungen bezogen. Dittmann und die meisten anderen Arbeiter in der Kommission vertraten nach Möglichkeit die Interessen ihrer Klasse. Der „Sozialdemokrat“ lobte die Einbeziehung Dittmanns in die Kommission, erklärte aber im übrigen treffend, daß die Arbeiter eine Kommission nicht anerkennen könnten, solange ihre Vertreter zu derselben nicht von ihnen selbst gewählt seien.

Uebrigens ward der Presse schon nach den ersten drei Sitzungen regierungsseitig kundgegeben, daß sie sich gefälligst des Unfugs enthalten möge, die Redner und Abstimmenden namhaft zu machen. Die Kommission sei keine öffentliche, sondern nur zur Information der Regierung einberufen. Von da ab verloren die Berichte über die Beratungen naturgemäß jedes Interesse. Man wartete ab, was die Kommission bringen werde, kümmerte sich aber nicht um ihre Einzelheiten.

Am 1. Oktober 1865 hielt Schulze-Delitzsch wieder einen öffentlichen Vortrag im Berliner Arbeiterverein und zwar über Prinzip und Wert der freien Arbeit. Noch immer übte sein Name eine große

Anziehungskraft aus, so daß der große Saal der „Alhambra“ überfüllt war. Auch fehlte dem Redner nicht der Beifall der Versammlung. Aber doch dürste gar mancher noch zur Fortschrittspartei gehörende Arbeiter auf dem Nachhauseweg ein Gefühl großer Enttäuschung empfunden haben. Denn neben einigen frommen Wünschen enthält der Vortrag kein Postulat, als das der Gewerbefreiheit, Bildung und Rechtsgleichheit. Nur beiläufig wird in Verbindung mit letzterer auch des Anspruchs der Arbeiter auf das allgemeine gleiche Wahlrecht betont. Als Beispiel eines Staates, in dem die Klassenunterschiede nach oben wie nach unten verschwunden seien, bezeichnete Schulze die — nordamerikanische Union. Dort gebe es weder eine Junkerpartei noch eine sozialistische Partei, und wenn solche Forderungen an den Staat gestellt würden, wie es hier von mancher Seite geschähe, würde man die Petenten „einfach für reif zum Narrenhause erklären“. Mit dieser Redensart sollte der Sozialismus abgetan sein.

Indes hatte Schulze die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Da eine Diskussion des Vortrags nicht zugelassen worden war, benutzte dies Schweitzer, in der Presse bekannt zu geben, daß er Schulze-Delitzsch in öffentlicher Versammlung antworten werde.



58. Eine Seite aus dem von Th. Metzner geführten Kassabuch der Berliner Gruppe des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“. April 1865

Diese Versammlung fand am 8. Oktober ebenfalls in der „Alhambra“ statt, und da Schweitzer das Thema nicht in einem Vortrag beenden konnte, folgte ihr am 15. Oktober eine zweite Versammlung im gleichen Lokal. Der Besuch war beide Male ein guter, wenn auch nicht so stark, wie der bei Schulze-Delitzsch, der Vortrag selbst in Aufbau und Inhalt dem Schulzeschen durchaus überlegen. Schweitzer zeigte in ihm sich von seiner stärksten Seite; klar und scharf entwickelte er eine Sozialökonomie, die auf jeden Arbeiter tiefen Eindruck machen mußte, und die namentlich in der ersten Versammlung sehr lebhafte Diskussion gab ihm Gelegenheit, die Einwände der noch in Schulze-Delitzsch's Gedankengängen lebenden Arbeiter geschickt zu widerlegen. Der Vortrag war stenographisch aufgenommen worden und wurde von Schweitzer in Abschnitten im „Sozial-Demokrat“

veröffentlicht. Um die Zeit, wo die letzten Abschnitte erschienen, berief das in der Versammlung vom 30. Juli gewählte ständige Berliner Arbeiter-Komitee noch eine Versammlung nach der „Alhambra“ ein mit der Tagesordnung „Besprechung der beiden Hauptrichtungen in der sozialen Frage“ und lud dazu die Liberalen Schulze-Delitzsch, Faucher, Michaelis, Prince Smith einerseits und Schweitzer und Professor Wuttke andererseits ein. Von den Eingeladenen erschien in der überfüllten Versammlung nur Schweitzer. Schulze-Delitzsch und Faucher ließen mitteilen, daß sie nicht in Berlin seien, und die drei anderen Eingeladenen lehnten aus verschiedenen Gründen ab, der Freihandelsagitator Prince Smith, weil er „in dem auf die Tagesordnung gesetzten Gegenstände keine irgend ernste Bedeutung entdecken könne“. Ein unbewußtes Bekenntnis der Blindheit der liberalen Oekonomen für das Gären und Keimen in der Arbeiterschaft. Schweitzer war geschickt genug, in der Versammlung nicht sofort das Wort zu nehmen, sondern ließ erst eine größere Anzahl Arbeiter und sonstiger Anwesender sprechen. Dann, nachdem Vertreter beider Richtungen sich zur Genüge geäußert, griff er mit um so größerer Autorität in die Debatte ein und ließ seine ganze Ueberlegenheit spielen. Nach ihm sprach nur noch ein liberaler Fabrikant und — sehr wirksam — der mittlerweile Vizepräsident des Allgemeinen Arbeitervereins gewordene Zigarrenarbeiter F. W. Fritzsche. So war der Ausklang dieser Versammlung ein entschieden sozialistischer. Immer stärkeren Halt gewann die Sozialdemokratie auf die Gedankenwelt der Elite der Berliner Arbeiterschaft. Eine sozialdemokratische Parteiversammlung, die Schweitzer auf den 20. November in das damalige Lokal des Buchdruckergehülfenvereins — (Lohmanns Lokal, Alexandrinenstr. 36) — mit der Tagesordnung Klarstellung des Begriffes Staatshülfe“ einberief, war so stark besucht, daß der dritte Teil der Erschienenen stehen mußte. Wie sehr sich das Interesse in der Arbeiterschaft schon gewendet hatte, zeigt die Tatsache, daß in denselben Tagen, am 23. November, eine Versammlung des Berliner Arbeitervereins, in der der damals noch zur Linken der Fortschrittspartei zählende Abgeordnete Loewe-Calbe über die politische Situation sprechen sollte, nur einen schwachen Besuch aufwies.

Am 24. November kam Schweitzer wegen verschiedener politischer Artikel vor Gericht und wurde in erster Instanz zu einem Jahr Gefängnis und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr verurteilt. Außerdem wurde seine sofortige Verhaftung verfügt. Schweitzer legte Berufung ein, mußte aber nichtsdestoweniger in Haft verbleiben. Dadurch erlitt die Abhaltung von Versammlungen eine Unterbrechung. Eine eigentliche Organisation bestand noch immer nicht, vielmehr war am 13. Oktober auch vom Berliner Stadtgericht die Schließung der Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins verfügt worden, und zwar erklärt das Urteil sie für einen Verein, welcher „geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu stören“. Am 22. Februar 1866 bestätigte das Kammergericht dies Erkenntnis, und eine Weile hörte man nichts von sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin.

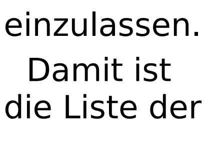
Aus der allgemeinen Arbeiterbewegung Berlins in jener Zeit sind eine Reihe von Versammlungen von Zigarrenarbeitern zu erwähnen, die am 16. November zur Gründung eines Berliner Zigarren-Arbeitervereins führte, in dessen provisorischen Vorstand die Arbeiter A. Hörig, Fleck und Falkenreck gewählt wurden. Hörig, der bis dahin dem Berliner Arbeiterverein angehörte, wird uns bald als eifriges Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins begegnen. Mitte Dezember wird auch von der Gründung eines Schneider-Gesellenvereins berichtet. Aus einer Lohnbewegung der Maurer im Herbst 1865 sei erwähnt, daß die Arbeiter, da die Meister sich weigerten, über 25 Sgr. Tagelohn (!) zu bewilligen, die Regierung in Potsdam um eine Entscheidung ersuchten, aber mit dem Bemerken abgewiesen wurden, daß die Festsetzung der Lohnsätze lediglich Sache der freien Uebereinkunft jedes einzelnen Gesellen mit seinem Meister sei. In einer Versammlung, die am 5. November stattfand, beschlossen die Gesellen hierauf, sich behufs Erreichung des von ihnen gewünschten Lohnes — ein Taler pro Tag! — an die Ministerial-Baukommission zu wenden.

Ende Dezember 1865 ward dem „Sozial-Demokrat“ von Fritzsches Nachfolger in der Vizepräsidentenschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Hugo Hillmann, das Recht, sich Organ dieses Vereins zu nennen, aufgekündigt, und demgemäß erschien das Blatt nunmehr mit dem Untertitel: „Organ der sozialdemokratischen Partei“. Sonst hatten die im Schoße des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins damals spielenden Wirren auf Berlin keine nennenswerte Rückwirkung. Die Mitgliedschaft der Anhänger der Hatzfeldtschen Sonderbewegung war zerfallen, und Bernhard Becker hatte in Berlin keinen Anhang. Als gegen Jahresende die anonyme Schrift: „Die Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Ferdinand Lassalles“ erschien, als deren Verfasser später Eugen Richter bekannt wurde und die den Zweck hatte, die Arbeiter gegen die Sozialdemokratie einzunehmen, fiel sie platt zu Boden. Mit die schärfste Verurteilung erfuhr sie von Seiten des Vorsitzenden des Vorstädtischen Handwerkervereins, Friedrich Stephany, später Redakteur der „Vossischen Zeitung“. Stephany sprach sich auch in der demokratischen Berliner „Reform“ ziemlich absprechend über Schulzes Gegenschrift gegen Lassalle aus. Am 20. Januar wurde J. B. v. Schweitzer vom Kammergericht zu weiteren vier Monaten Gefängnis verurteilt und ein Gesuch auf vorläufige Entlassung trotz erbrachten ärztlichen Attestes, daß Schweitzers Gesundheitszustand einen Urlaub wünschenswert mache, abgelehnt. Am 10. April 1866 wurde auch das frühere Urteil, das über Schweitzer ein Jahr Gefängnis verhängt hatte, vom Kammergericht bestätigt. So blieb Schweitzer bis zum Vorabend des deutschen Krieges in Haft. Erst vier Wochen vor Ausbruch des Krieges, am 9. Mai, ward er auf Urlaub freigelassen, und nach dem Kriege kam ihm die Amnestie zugute, so daß er den Rest seiner Gefängnisstrafe nicht abzusitzen brauchte. Die Frucht seiner sechsmonatlichen Haft waren die schon erwähnten Aufsätze: „Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle“, die vom 26. Januar 1866 ab im „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht wurden, und eine Arbeit über die Grund- und Bodenstage, die Schweitzer zuerst am 1. Juni 1866 in

Erfurt in öffentlicher Versammlung vortrug und dann ebenfalls im „Sozial-Demokrat“ zum Abdruck brachte. Wahrscheinlich Gefängnisarbeit ist auch Schweitzers Abhandlung: „Kapital und Arbeit“, die er im Oktober 1866 in einem Zyklus von sechs Vorträgen vor einem gemischten Publikum — darunter auch viele Akademiker, Offiziere rc. — in Arnims Hotel vortrug. Auch sie ist später im Druck erschienen.

Während Schweitzer in Haft saß, war sowohl das Interesse am „Sozial-Demokrat“ wie der Einfluß der Sozialdemokratie in Berlin wieder zurückgegangen. Nur auf eine sozialistische Versammlung von Interesse stoßen wir im ersten Quartal 1866. Es war dies eine am 15. Januar im Lokal des Vorstädtischen Handwerkervereins abgehaltene sozialdemokratische Parteiversammlung, in der der Buchhändler Reinhold Schlingmann über: „Frauenarbeit und Arbeiterstauen“ referierte. Der Vortrag sowohl wie seine Debattierung zeigen, daß man sich in sozialistischen Kreisen damals ziemlich unsicher darüber war, welche Stellung man zur Frage der Frauenarbeit einnehmen sollte.

Indes war die Unklarheit hier durchaus nicht größer, als wie in der bürgerlichen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin, die sich vier Wochen vorher ebenfalls mit der Frage beschäftigt hatte. Im Gegenteil, während in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft allen Ernstes noch die Heimarbeit als die beste Lösung des Problems der Frauenarbeit hingestellt werden konnte, wurde diese Art Lösung in der Arbeiterversammlung ziemlich heftig perhorresziert. Im übrigen half man sich damit aus der theoretischen Verlegenheit, daß man die Emanzipation der Frau auf den sozialistischen Zukunftsstaat vertagte und die Bestrebungen auf Ausdehnung der gewerblichen Frauenarbeit als ein Rezept brandmarkte, den Kapitalisten billigere Arbeitskräfte zu verschaffen. Am 4. Februar hielt der fortschrittliche Abgeordnete von Kirchmann, derselbe, an den Rodbertus seine Sozialen Briefe gerichtet hatte, im Berliner Arbeiterverein einen Vortrag über: „Kommunismus in der Natur“, worin er den Arbeitern neben etlichen sehr breiten moralischen Bettelsuppen das Maltussche Rezept der Beschränkung auf zwei Kinder zum besten gab, abgemildert durch den Zusatz, sie brauchten deshalb noch nicht den Trieb der Natur ganz zu unterdrücken. Nicht nur das Rezept selbst, sondern merkwürdigerweise auch der Zusatz zogen ihm scharfe Angriffe von Arbeitern im „Sozial-Demokrat“ zu. Am 7. März hielt im Nordosten Berlins ein demokratisch gesinnter Arzt, Doktor Eisner, einen Vortrag über die „Soziale Frage“, worin er nur die Möglichkeit der Verbesserung der Lage der Arbeiter betonte, ohne sich auf Darlegung von Mitteln einzulassen.



Damit ist die Liste der



J. B. von Schweitzer, Schriftsteller
geb. 12. Juli 1833, gest. 28. Juli 1875



Wilhelm Liebknecht, Schriftsteller
geb. 29. März 1826, gest. 7. August 1900



August Bebel, Drechsler
geb. 22. Februar 1840

(Nach zeitgenössischen Bildnissen)

im Jahre 1866 vor Ausbruch des deutschen Krieges in Berlin gehaltenen sozialistischen und auf den Sozialismus bezüglichen Vorträge erschöpft. Aus der allgemeinen Arbeiterbewegung ist eine Lohnagitation der Schuhmacher zu erwähnen, die um die Jahres wende 1865/66 zu einer Erhöhung der Löhne um zwanzig Prozent führte. Weiter spukt um diese Zeit wieder der Plan, eine Produktivgenossenschaft von Maschinenbauern zu gründen. Es sollte ein Aktienkapital von 50.000 Talern aufgebracht werden, wovon, wie es hieß, Anfang 1866 8.000 Taler gezeichnet waren.

Zum Glück für die Zeichner ist das erforderte Grundkapital nie zusammengekommen, sie hätten sonst nur die bösen Erfahrungen der Zeichner für die Produktivgenossenschaftsgründungen der englischen Maschinenbauer geteilt. Die Einzahlungen sollte der Arzt Dr. Langerhans entgegennehmen, der heute Vorsitzender der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist. Auch der Speise-Assoziationsplan des Berliner Arbeitervereins taucht wieder auf, ohne jedoch zur Ausführung zu gelangen ; dafür treten im Sommer 1866 die schon erwähnten Berliner Volksküchen ins Leben und rufen eine scharfe Kritik sozialistischer Arbeiter hervor. Im Januar petitioniert der Berliner Arbeiterverein um Aushebung der Paßgesetze, desgleichen beschließen die Zigarrenarbeiter eine Petition gegen die Anlernung von Zuchthäuslern zu Zigarrenarbeitern. Am 15. Januar beschließen die Klempnergesellen auf ihrer Quartalsversammlung einstimmig eine Resolution, die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen verlangt, im Gegensatz zu einem Beschluß ihrer Meister, welche die Fortdauer der Beschränkungen geordert hatten. Am 13. Februar brachte die Regierung einen Gesetzentwurf betreffs Aufhebung der Koalitionsverbote (§§ 181,182,183 der alten Gewerbeordnung) ein, der aber nicht zur Verhandlung gelangte. Im Februar setzt der Schulze'sche Berliner Arbeiterverein eine Petition für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht in Umlauf. Der Wortlaut ist im „Sozial-Demokrat“ vom 7. Februar 1866 abgedruckt. Am Schluß des Schriftstückes heißt es:



Kapital und Arbeit.
Sechs national-ökonomische Vorträge.
Arnim's Hôtel, Unter den Linden 44.
EINTRITTS-KARTE,
gültig für sämmtliche Vorträge.
Preis 1 Thaler.

59. Einlaßkarte zu den Vorträgen J. B. v. Schweitzers über „Kapital u. Arbeit“ (Oktober 1866)



Januar | Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | October | November | December
Social-demokratischer
Arbeiter-Verein
zu Berlin.
Mitglieds-Karte № 13
für Herrn Bruno Schultz
1866

60. Mitgliedskarte des im Juli 1866 gegründeten „Sozialdemokratischen Arbeiterverein zu Berlin“

> „Gerechtigkeit verlangt das allgemeine Wahlrecht; in der geheimen Abstimmung liegt die einzige Sicherung der faktischen Unabhängigkeit bei Ausübung des Wahlrechts; allein bei direkten Wahlen sind die Interessen aller Staatsbürger verhältnismäßig vertreten. Hiernach ersuchen wir das hohe Haus der Abgeordneten ganz ergebenst: die Initiative zu ergreifen, um ein Wahlgesetz auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der geheimen Abstimmung und der direkten Wahl baldigst herbeizuführen.“

Das hohe Haus der Abgeordneten hatte indes keine Eile. Seine Kommission, deren Berichterstatter der Abgeordnete Jung, ein weichgewordener Achtundvierziger, war, lehnte ein Vorgehen in

dieser Sache, als zurzeit inopportun, ab. Der Beschluß wurde am 23. April im Berliner Arbeiterverein verhandelt, nachdem die Kammer von der Regierung schon wieder aufgelöst war. Immer wahrscheinlicher war es geworden, daß die Regierung ein allgemeines, gleiches Wahlrecht oktroyieren werde. Man beschloß für diesen Fall Wahlbeteiligung, und von verschiedenen Arbeitern wurde erklärt, von Wiederwahl aller bisherigen Abgeordneten könne keine Rede sein, mindestens ein Teil müßte durch entschiedenere, freisinnigere Männer ersetzt werden. Eine weitere Resolution des Vereins spricht die Erwartung aus, daß die neuzuwählenden Abgeordneten energisch für das allgemeine Wahlrecht eintreten werden und „hofft, daß die Wähler allerorten nur solchen Männern ihre Stimme geben werden, von denen sie annehmen dürfen, daß sie dieser Aufforderung vollständig zu entsprechen geneigt sind“.

Eine andere Resolution des Berliner Arbeitervereins aus den ersten Monaten 1866 betrifft das famose Obertribunalserkenntnis, das den Artikel 84 der preußischen Verfassung über die Redefreiheit der Abgeordneten so auslegte, daß daraus das genaue Gegenteil geworden wäre. Es heißt in ihr:

> „Die in der ‚Alhambra‘ zu Berlin versammelten preußischen Männer erblicken mit der Majorität des Abgeordnetenhauses in dem Beschluß des königlichen Obertribunals vom 29. Januar d. I. einen jähen Angriff auf diejenige Redefreiheit, welche in der durch das Blut ihrer Brüder und den Schwur ihrer Könige geheiligten Verfassung gewährleistet ist. Sie erachten in dem tief verletzten Rechte ihrer Abgeordneten ihr eigenes Recht verletzt und sind entschlossen, die den Vertretern des Volkes in dem entbrannten Rechtskampfe bei der Erfüllung ihrer Pflicht angedrohten Gefahren männlich mit ihnen zu teilen.“

Die Volksversammlung des Arbeitervereins, die diese Frage verhandelte, hatte, wie frühere, im Lokal „Alhambra“ stattgefunden. Zuerst unter ungeheurer starker Beteiligung am 16. Februar und, da sie an jenem Tage polizeilich aufgelöst wurde, abschließend am 18. Februar. Wenige Tage darauf erklärte der Wirt der „Alhambra“, daß er sein Lokal nicht mehr für Arbeiterversammlungen hergebe, und die gleiche Erklärung gaben die Wirte der anderen größeren Lokale Berlins ab, so daß selbst der fortschrittliche Arbeiterverein für größere Versammlungen obdachlos gewesen wäre, wenn ihm nicht der mittlerweile fertig gewordene große Saal des Handwerkervereins zur Verfügung gestanden hätte. In diesem Saal fand am 13. Mai 1866 eine Volksversammlung statt, die für die nun ausgeschriebenen Wahlen ein politisch sehr radikales Programm aufstellte und von den Kandidaten unter anderem verlangte, daß sie sich „auf keine Geld- und Kreditbewilligung einlassen, bevor der innere Verfassungskonflikt gelöst ist“.

Anders als die fortschrittlichen Arbeiter dachte man in jenem Moment in sozialistischen Kreisen. Eine Einsendung des Hamburger Arbeiters Schallmayer, die der „Sozial-Demokrat“ am 28. März veröffentlichte, proklamierte direkt das Motto: Kanonen für Volksrechte, d. h. Kriegsbereitschaft für den Preis des allgemeinen Wahlrechts, unbekümmert um das Programm der anderweitigen

Politik der Regierung“. Gegen diesen letzteren Satz machte der „Sozial-Demokrat“ einen schwachen Vorbehalt, sonst aber ist seine Haltung von nun ab vollständig auf diesen Ton gestimmt. Er nimmt in der deutschen Frage immer stärker für Preußen Partei, macht für die Darlehnskassenscheine Stimmung, die die preußische Regierung vor Ausbruch des Krieges ausgab, und nimmt nach Königgrätz den Umstand, daß Oesterreich sich an Frankreich behufs Vermittelung wandte, zum Anlaß für die Erklärung, nunmehr sei „kein Unterschied mehr zwischen der Sache Preußens und der Sache Deutschlands“. Obwohl aber das liberale Bürgertum sowie die indifferente Volksmasse sich, je näher der Krieg rückte, immer mehr in preußischem Patriotismus ergingen, verbesserten die betreffenden Artikel die Lage der Sozialdemokratie in Berlin noch immer nicht. Die radikal-demokratischen Elemente der Hauptstadt bewahrten der Regierung gegenüber ihre oppositionelle Haltung, und sie waren es schließlich doch, auf die zunächst die Sozialdemokratie für Rekruten angewiesen war. Der Absatz des „Sozial-Demokrat“ ging eher zurück. Nach einer Preßnotiz, die im Mai 1866 erschien und vom „Sozial-Demokrat“ ohne Einwand abgedruckt wurde, war seine Auflage in ganz Deutschland damals, sage und schreibe, 420!

Allerdings war um jene Zeit auch der Geschäftsgang ein sehr schlechter. In Berlin herrschte im Frühjahr 1866 großer Notstand, der Pferdefleischkonsum griff stark um sich. Anfang Juni gab es in Berlin sogar Zusammenrottungen arbeitsloser Arbeiter, die indes von der Polizei ohne erheblichen Widerstand zum Auseinandergehen gebracht werden konnten. Nicht viel besser, wie dem „Sozial-Demokrat“, ging es übrigens der demokratischen Berliner „Reform“. Am 1. April kündigte das Blatt den Rücktritt des geistreichen Guido Weiß aus der Redaktion an und siechte nunmehr hoffnungslos seinem Ende entgegen. Der „Sozial-Demokrat“ aber konnte vom 1. April ab wieder nur dreimal wöchentlich erscheinen. Die Mitgliederversammlungen der sozialdemokratischen Partei schliefen vollständig ein. Ein sprechendes Zeugnis für die Indifferenz der Masse der Berliner Arbeiter liefert die Tatsache, daß eine Sammlung für die Deckung der Kosten der politischen Verfolgungen, die die Sozialdemokratie betroffen hatten, in Berlin absolut nichts einbrachte. Im Februar bildete sich ein Komitee von Maschinenbauern, um einen Maschinenbauer-Verein nach dem Muster des alten, 1848 gegründeten Vereins ins Leben zu rufen. Arbeiter aller namhaften Maschinenfabriken Berlins waren dabei beteiligt, und in einer am 11. Februar abgehaltenen Versammlung hob der Vorsitzende, der Maschinenbauer Röder, in packender Ansprache die Leistungen des von der Reaktion unterdrückten alten Vereins hervor. Im April und Mai fanden Versammlungen von Zigarrenarbeitern statt, die zur Gründung eines Zweigvereins des Allgemeinen deutschen? Zigarrenarbeitervereins führten. Die Grundsätze des Vereins wurden von F. W. Fritzsche, dem Mitbegründer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, und dem Arbeiter Ernst Bernhard Richter dargelegt. Fritzsche kam für diesen Zweck mehrmals nach Berlin. Zu einer der Versammlungen wurde auf Wunsch von Anhängern Schulze-Delitzschs auch dieser eingeladen. Er machte einige Einwände hinsichtlich der

Statuten des Verbandes, empfahl aber doch den Beitritt. Ende April beschlossen die Buchdrucker Berlins eine Bewegung behufs Aenderung der Arbeitszeit ins Leben zu setzen. Durch die ungeplante Agitation machte indes der Ausbruch des deutschen Krieges einen Strich. Er lenkte für einige Zeit alles Interesse von der Arbeiterbewegung ab. In seinen politischen Wirkungen sollte er sich indes gerade in Berlin der sozialistischen Arbeiterbewegung sehr förderlich erweisen. In den Tagen, wo die entscheidenden Schlachten auf dem Kriegsschauplatz geschlagen wurden, fanden in Preußen die Neuwahlen zum Landtage statt. Wie man sich leicht denken kann, fielen sie nichts weniger als günstig für die Fortschrittspartei aus. Die Partei verlor an hundert Sitze im Lande, die zum größten Teil an Regierungskandidaten übergingen. Die Berliner Wählerschaft blieb den Fortschrittsmannen freilich treu, aber deren großer Nimbus war auch hier dahin. Nun erst zeigte es sich, wie sehr diese Partei die Widerstandsfähigkeit verloren hatte. Das bedeutete noch nicht den sofortigen Uebergang ihres Erbes an die Sozialdemokratie, dazu war die Arbeitermasse Berlins selbst noch zu indifferent. Aber es bedeutete, daß das Feld für die Sozialdemokratie immer freier wurde.

Hier die Übertragung des auf S. 126/129 erwähnten und auf S. 127/128 in Faksimile wiedergegebenen Briefes von Karl Marx an seinen Freund Kugelmann:

29. November 1864, NW. London.

Geehrter Freund

Sie erhalten heute per Post von mir 6 Stück „Adress of the Workings men’s International Association“, die von mir verfaßt ist. Wollen Sie gefälligst ein Exemplar mit meinen besten Grüßen an Madame Markheim (Fulda) besorgen. Auch Herrn Miquel eins übermachen.

Die Association — oder vielmehr das Komitee derselben, ist wichtig, weil die Chefs der Londoner Trades Union’s dabei sind, dieselben Leute, die Garibaldi den enormen Empfang bereiteten und durch das Monstre-Meeting in St. James Hall Palmerston's Plan eines Kriegs mit den U. Stats [Vereinigte Staaten von Nordamerika D.H.] vereitelten. Auch die Chefs der Pariser Arbeiter sind damit in Verbindung.

Ich war in den letzten Jahren sehr (z. B. wieder während den letzten 14 Monaten durch Karbunkeln) von Krankheiten heimgesucht. Meine Privat-Verhältnisse haben sich verbessert durch Erbschaft in Folge des Todes meiner Mutter. Ich glaube, daß endlich nächstes Jahr meine Schrift über das Kapital (60 Bogen) zum Drucke reif ist.

Die Gründe, warum ich mich bei Lassalle's Lebzeiten nicht in seine Bewegung einließ, werden Sie wohl verstehen, ohne daß ich sie en detail formuliere. Dieß kann mich jedoch nicht abhalten, — zumal da ihm nahestehende Personen mich darum angehen — ihn nach seinem Tode gegen solche Lumpenhunde wie den Schreihals K. Blind in Schutz zu nehmen.

Ich fürchte, es setzt Anfang Sommer oder Mitte Frühling nächsten Jahres ital.-öster.-frzs.-Krieg. Dieß sehr schädlich für

die innere und bedeutend anschwellende Bewegung in Frankreich und England.

Ich hoffe bald von Ihnen zu hören. Ihr ganz ergebener

K. Marx.

Zehntes Kapitel. Unter dem Norddeutschen Bund bis zum Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß.

Reorganisation der Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. — Schweitzers Vorträge über Kapital und Arbeit. — Liebknechts „Bannbruch“ und Verhaftung. — Die Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag, Mißerfolg in Berlin. — Der Luxemburg-Handel, schönes Manifest der Berliner Maschinenbauer. — Neue Wirren in der Berliner Mitgliedschaft. — Die erste Versammlung im Universum. — W. Hasselmann, Mitredakteur des „Sozial-Demokrat“. — Die Wahlen zum ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes, Berlin ohne Arbeiterkandidaten. — Schweitzers Aufsätze über Kapitalgewinn und Arbeitslohn. — Schweitzer wegen Desavouierung Liebknechts angegriffen. — Berliner Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins; Disputation Schweitzer-Held. — Die Wollanfeuchtungsaffäre; Rechtsschutzverein für Arbeiter. — Allerhand Prozesse. — Bewegung der Zigarrenarbeiter: Kampf gegen entehrende Fabrikordnung. — Agitation gegen die Mietssteuer, Schweitzers Sieg über Held. — Schweitzer auf der Höhe seines Ansehens. — Kamps der Berliner Buchdrucker gegen Sonntagsarbeit. — Erneuter Verdacht gegen Schweitzer. — Gewerkschaftlicher Aufschwung; große Bewegung der Bäckergesellen gegen Nachtarbeit und der Zimmerer für Mindestlohn. — Max Hirsch reist nach England und schreibt über Trades-Unions. — Schweitzer-Fritzsches Aufruf zum Gewerkschaftskongreß; der Allgemeine deutsche Arbeiterkongreß in Berlin.

> „Nicht eher wird die soziale Frage zur Lösung kommen, als bis die Vorbedingungen sich geschichtlich vollständig entwickelt haben. Demgemäß muß auch das Durchdringen der Arbeiterklasse zur vollen Klassenerkenntnis sich innerhalb der tatsächlichen Zustände und in Gemäßheit derselben vollziehen. Innerhalb dieser heutigen tatsächlichen Verhältnisse nun aber ist für die Entwickelung der Arbeiterklasse zu selbstbewußtem tatkräftigem Element kein anderer Anknüpfungspunkt vorhanden, als der heutige, im Lohnverhältnls sich zeigende Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Am Lohnverhältnis also wird der Hebel angesetzt.‟
>
> J.B. von Schweitzer im „Sozial-Demokrat‟ vom 3. Juli 1868 über die Bedeutung der Streiks.

Mit einem liberalen Programm war die preußische Regierung in den Krieg gegen Oesterreich und die zu diesem haltenden Kleinstaaten gezogen. Sie wollte neben den kriegerischen „moralische“ Eroberungen machen, und das konnte sie nicht, ohne daheim etwas größere Freiheit walten zu lassen. — Dem preußischen Landtag kam sie durch einen Antrag auf Indemnität für die verfassungswidrig ausgegebenen Gelder halbenwegs entgegen, was für die mürbe gewordenen Liberalen genügte, dem Antrag, der die Kernfrage des Verfassungsstreits vollständig unerledigt ließ, gerührt zuzustimmen, und in der Verwaltung verzichtete sie eine Weile auf kleinliche Praktiken. Diese veränderte Situation benutzte die kleine Gemeinschaft der Berliner Sozialisten, sich eine neue Organisation zu schaffen. Mitte Juli 1866 ward ein „Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein“ gegründet, der sich als Zweck setzte, „für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung, sowie überhaupt für die Förderung der Volkssache im sozialdemokratischen Sinne, insbesondere für die Hebung der materiellen Interessen der Arbeiterklasse tätig zu sein“. Zu seinem Präsidenten, dem das Recht eingeräumt ward, zu seiner Vertretung einen Vizepräsidenten oder Bevollmächtigten einzusetzen, wählte der

Verein den damaligen Präsidenten des großen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, A. Perl, und dieser ernannte den Schriftsetzer Karl Schilling zu seinem Bevollmächtigten. Das Amt als Schriftführer und Kassierer wurde Heinrich Roller übertragen.

Diese Personalbestimmungen hätten unter anderen Verhältnissen wahrscheinlich der Polizei genügt, den Verein für eine Fortsetzung der aufgelösten Mitgliedschaft zu erklären und gleichfalls aufzulösen. Nun aber war davon keine Rede, und so konnte er sich zunächst ungehemmt bewegen. Schon nach wenigen Wochen ließ er die als Vorsichtsmaßregel gewählte „Personalunion“ mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein wieder fallen. Perl legte das Präsidium nieder, an seine Stelle wurde Schilling zum Vorsitzenden gewählt, und Vizepräsident wurde das Vereinsmitglied, Schuhmacher Louis Schumann. Mit wenigen Unterbrechungen hielt der Verein jede Woche Sitzungen ab, in denen es außer Vorträgen auch stets lebhafte Debatten gab. Neben den schon genannten Mitgliedern des Vereins begegnen wir in den Berichten über die Vereinsversammlungen nun auch häufig Leuten wie Schriftsteller Karl Hirsch, Apotheker Heinrich Vogel, Buchhändler Wilhelm Eichhoff.

In der Sitzung vom 2. Oktober 1866 beteiligte sich zum ersten Male I. B. von Schweitzer wieder an der Debatte; die am 20. September erlassene Amnestie enthob ihn der Notwendigkeit, sich des öffentlichen politischen Auftretens zu enthalten. Sie befreite auch den Verein von einigen drückenden Prozeßschulden. In der bezeichneten Versammlung kündigte Schweitzer die Vorträge über Kapital und Arbeit an, von denen bereits im vorigen Kapitel gesprochen wurde, und im „Sozial-Demokrat“ vom 12. Oktober lesen wir bezüglich des ersten dieser Vorträge, daß bei ihm der glänzende und geräumige Saal des Hotels Arnim fast gänzlich gefüllt war. Etwa die Hälfte der Anwesenden seien Arbeiter gewesen, die andere habe „aus Gelehrten, Offizieren, Beamten, Kaufleuten und Fabrikanten in großer Zahl“ bestanden. Die Vorträge wurden auch von der Presse beachtet und gaben u. a. der „Berliner Volks-Zeitung“ Anlaß, sich zum erstenmal einigermaßen sachlich mit den Lehren der Sozialdemokratie zu befassen.

Vom fortschrittlichen Berliner Arbeiterverein ist aus jener Zeit folgendes zu berichten: Am 12. August 1866 hielt er eine — übrigens nur schwach besuchte — Volksversammlung ab, die gegen die Trennung Deutschlands durch die Mainlinie protestierte. Am 27. August wählte er an Stelle des kurz vorher verstorbenen Journalisten Bandow den Buchbinder Robert Krebs zum Vorsitzenden und nahm eine Zustimmungsadresse an Johann Jakoby an, der in der Kammer erklärt hatte, die von der Regierung geforderte Indemnität so lange nicht zu bewilligen, bis nicht die Regierung das Budgetrecht der Kammer klar und rückhaltlos zugestanden habe. Im November petitionierte er an die Berliner Kommunalbehörden um Aufhebung der Zwangspflicht zum Beitritt zu den alten verzopften Gewerkskassen. Es handelte sich um das Recht für die Arbeiter, nach ihrer Wahl freien Hülfskassen beizutreten, bzw. solche zu gründen.

In dem Schriftstück wurde u. a. darauf hingewiesen, daß die Teilung der Arbeit und die Verwendung mechanischer Hülfsmittel in der

Produktion es dem Arbeiter immer mehr erschweren werde, aus seinem Arbeitsverhältnis heraus zur gewerblichen Selbständigkeit zu gelangen. Der „Sozial-Demokrat“ bezeichnete es nicht mit Unrecht als auffällig, diesen Satz in einem von Schulzescher Seite ausgehenden Schriftstück zu finden, und dies gab zu einer sehr sachlich geführten Auseinandersetzung zwischen ihm und Robert Krebs Anlaß. Am 26. November sprach zum ersten Mal der Fortschrittler Eugen Richter im Verein, und zwar über das Thema: Das preußische Budget seiner finanztechnischen und politischen Natur nach. Am 2. Dezember referierte Schulze-Delitzsch in einer vom Verein veranstalteten, zahlreich besuchten Volksversammlung über das mittlerweile für den Norddeutschen Bund gesicherte allgemeine Stimmrecht, und am 3. Dezember wurde eine neue Petition für das Koalitionsrecht diskutiert, in die auf Veranlassung Karl Dittmanns auch die Forderung der Koalitionsfreiheit für die Bergarbeiter und die ländlichen Arbeiter eingefügt wurde.

Im Verein der Berliner Buchdruckergehülfen trat am 2. Oktober 1866 Wilhelm Liebknecht wieder als Redner auf, wurde aber schon auf dem Nachhauseweg sofort wegen Bannbruchs verhaftet. Liebknecht war in der Auffassung nach Berlin gekommen, daß durch die von der Regierung verkündete Amnestie auch die im Vorjahr gegen ihn verfügte Ausweisung erledigt sei. Da hatte er aber, wie ihm die Verhaftung zeigte, die Rechnung ohne den Buchstabengeist der Berliner Polizei und Gerichte gemacht. Am 19. Oktober wurde er von der siebenten Deputation des Kriminalgerichts zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, der niedrigsten Strafe, welche das preußische Strafgesetz für das Vergehen bestimmte. Er mußte die Strafe sofort absitzen, und als er am 17. Januar 1867 das Gefängnis verlassen durfte, ward ihm gerade ein Tag noch gewährt, seine Angelegenheiten in Berlin zu ordnen. Ihm gegenüber blieb man in Berlin unversöhnlich.

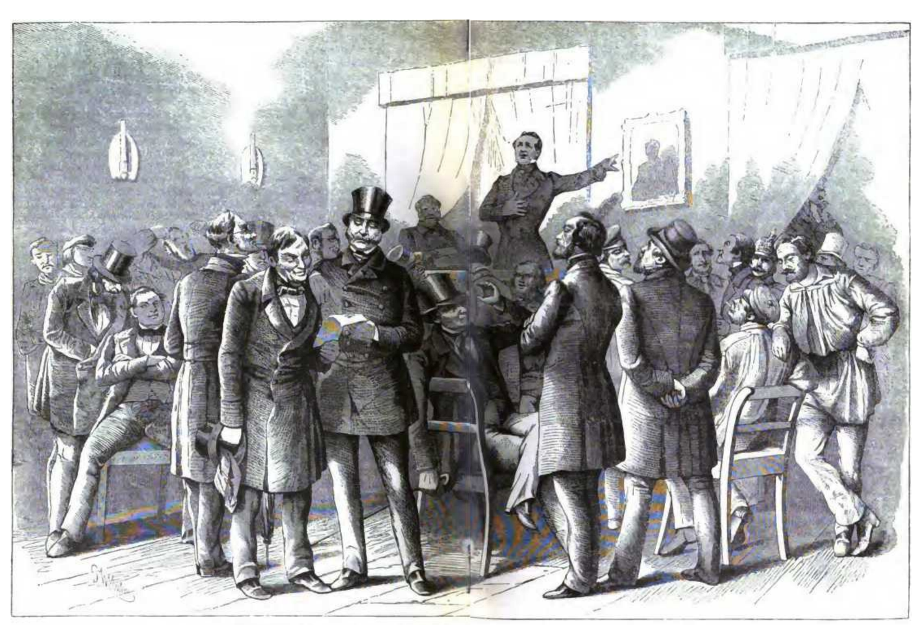
Die brutale Polizeimaßregel traf Liebknecht ungemein hart; sie trug wesentlich dazu bei, daß er seine erste Frau durch einen vorzeitigen Tod verlor. In welche Stimmung ihn das alles versetzte, zeigt ein Brief, den er damals an Th. Metzner schrieb. Der Brief, der hier reproduziert ist, lautet:

> 11 Braustraße, Leipzig, 8. Juni 67.
>
> Lieber Freund!
>
> Vorige Woche ist meine Frau gestorben. Von Berlin zurückkehrend, fand ich sie schon sehr krank, sie mußte sich bald zu Bett legen, im März trat zu der Lungenkrankheit noch die Wassersucht hinzu, bis endlich am Mittwoch vor 8 Tagen der Tod als Erlöser kam. Das arme Weib hatte in der Tat furchtbar gelitten.
>
> Und wer ist Schuld an Allem? So viel steht fest, ohne meine Ausweisung aus Preußen und dann später meine Verhaftung wäre sie heute noch frisch und gesund. Möge der Tag der Vergeltung nicht allzu lang ausbleiben!
>
> Meine Lage können Sie sich vorstellen. Der Sorge um die geliebte Frau ist nun die Sorge um die Kinder gefolgt. Was soll ich mit ihnen anfangen? Gern, gar gern behielte ich sie bei mir, aber unglücklicherweise habe ich Niemand, der ihre Pflege und

häusliche Erziehung übernehmen könnte; und so werde ich mich wohl von ihnen trennen müssen.
Vogt sagte mir, Sie beabsichtigten nach Amerika zu gehen. Haben Sie diese Absicht noch immer? Schreiben Sie mir darüber, vielleicht könnte ich Ihnen dann nützlich sein.
Vahlteich, den ich am Sonntag in Dresden besuchte, hält Sie in sehr gutem Andenken, und wünscht, bald von Ihnen zu hören.
Wir hatten eine demokratische Landesversammlung und, ich glaube, es ist auf derselben ein recht guter Grund gelegt worden.
Grüßen Sie Ihre liebe Frau, Reimann und andere Freunde.
Herzlichen Gruß von Ihrem
W. Liebknecht
11 Braustraße

Ein erschütterndes Beispiel dafür, was solche von Richtern mit Seelenruhe hinterm grünen Tisch verfügte Freiheitsberaubungen im wirklichen Leben bedeuten.

Mit dem Dezember 1866 beginnt im „Sozial-Demokrat“ die



61. Berliner Wählerversammlung der sechziger Jahre. Nach einem zeitgenössischen Holzschnitt

Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln über das Programm, mit welchem die Partei fortan ihre Wahlkämpfe werde zu führen haben. Sie sind in dem Geiste des von Schweitzer um dieselbe Zeit auf der Erfurter Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins vorgetragenen Programmreferats gehalten: Anerkennung der Tatsache, daß Preußen die Machtstellung gewonnen habe, kraft deren die Herstellung der Einigung Deutschlands sein Werk sein werde, und Bestimmung der Politik des Vereins gemäß dieser Tatsache. Wie es im zu Erfurt beschlossenen Parteiprogramm hieß: „Durch

Einheit zur Freiheit“. Das Programm verlangte „Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staatseinheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann“. Ferner das demokratische Wahlrecht mit Diätenzahlung und das Recht der beschließenden Stimme in allen Angelegenheiten für das zusammenberufene Parlament.

In seiner Nummer vom 4. Januar 1867 entwickelt der „Sozial-Demokrat“ sodann die Grundsätze der einzuschlagenden Wahltaktik. Jeder Kompromiß sei zu verwerfen, dagegen seien „Wahl-Transaktionen“ mit anderen Parteien statthaft und empfehlenswert. Unter Kompromissen sind hierbei Vereinbarungen mit anderen Parteien auf ein gemeinsames Programm und gemeinsame Kandidaten, unter Transaktionen Abmachungen verstanden, sich gegenseitig Wahlkreise zu überlassen, bzw. sich gegenseitig in bestimmten Wahlkreisen zu unterstützen, also, was man heute mit Kuhhandel bezeichnet.

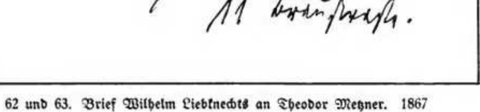
Irgendwelche Opposition gegen diese taktischen Vorschläge erhob sich nicht. Für Berlin hatten sie zudem keine praktische Bedeutung, da der Verein als Wahlfaktor noch nicht ernst genommen wurde. Hier kam es bei den auf den 12. Februar 1867 ausgeschriebenen Wahlen zum konstituierenden Reichstag überhaupt erst sehr spät zur Aufstellung eines sozialistischen Kandidaten.

Wieder ausgebrochene Wirren im Innern des sozialdemokratischen Vereins hatten dessen Agitation längere Zeit lahmgelegt. Erst am 4. Februar, ganze acht Tage vor der Wahl, kam eine Arbeiterversammlung zustande, die mit der Tagesordnung einberufen war, die Frage der Vertretung der Arbeiter im Parlament auch in Berlin zu erörtern. Sie fand in der „Alhambra“ statt und war sehr zahlreich besucht. Vorsitzender war der Schriftsetzer Berthold Feistel, der sich bereits im Buchdruckerverein des öfteren als Vortragender ausgezeichnet hatte. Nach einer längeren Diskussion, an der sich auch Anhänger von Schulze-Delitzsch beteiligten, wurde gegen deren Stimmen beschlossen, in allen Wahlkreisen Berlins einen und denselben Arbeiterkandidaten aufzustellen, und ward, nachdem die Schulzeaner sich unter Lärm entfernt hatten, Feistel mit Mehrheit zum Kandidaten bestimmt. Ein Arbeiterwahlkomitee ward gebildet, bestehend aus den Arbeitern und Sozialisten Metzner, Wißmeyer, Hornberg, Borchardt, G. Winckler, I. Sack, Fr. Arendt, B. Feistel, F. Hube. Ein von diesem Komitee herausgegebenes Wahlflugblatt hatte an der Spitze das folgende Programm:

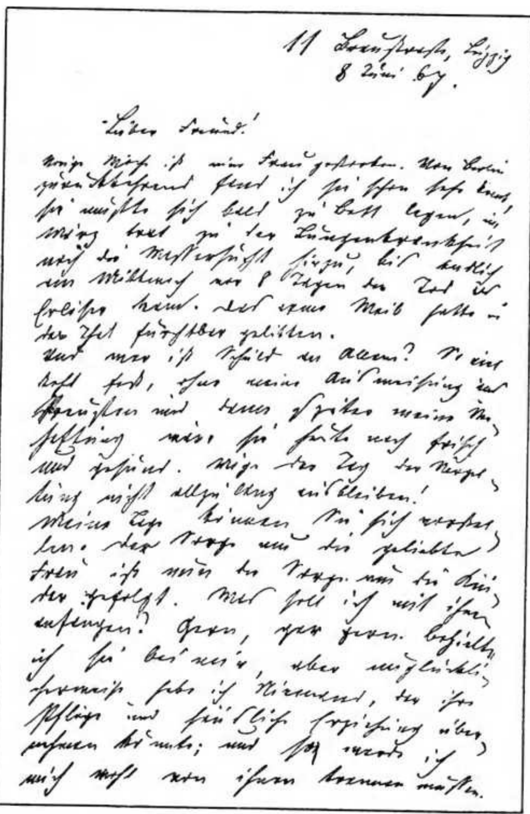
> „1. Gänzliche Beseitigung jeder Föderation, jedes Staatenbundes, unter welcher Form es auch sei. Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staats-Einheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann: „Durch Einheit zur Freiheit“.
> 2. Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung und Diätenzahlung für die staatlichen Volksvertretungen im gesamten deutschen Vaterlande. Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte.
> 3. Forderung, daß dem jetzt zusammenberufenen Parlament das Recht der beschließenden und nicht bloß beratenden Stimme in allen Angelegenheiten zustehe.
> 4. Anbahnung der Lösung der sozialen Frage durch freie Arbeiter-Assoziationen mit Staatshülfe nach den Prinzipien Ferdinand Lassalles“.

Der Aufruf selbst entwickelt sehr eindrucksvoll die Notwendigkeit der Wahl von Arbeiterkandidaten und die Grundgedanken der Ziele der Arbeiterbewegung. Selbstverständlich nahm die fortschrittlich-liberale Presse scharf gegen die Feistelsche Kandidatur Partei, und in „Staatsbürgerzeitung“, „Intelligenzblatt“ rc. gab es Einsendungen für und gegen die Kandidatur Feistels. Mehrere der Einsendungen gegen Feistel erschienen mit Unterschriften, wie: „Einige Arbeiter“, „Im Namen vieler Arbeiter“ usw. Das Arbeiterwahl-Komitee erklärte in einem Inserat, daß Feistel nicht als Lassalleaner, sondern schlechtweg als demokratischer Arbeiter aufgestellt sei. Er schwöre weder auf das Schulzesche, noch auf das Lassallesche System, sondern trete für das ein, was beide gutes enthielten.

Eine weitere Wahlversammlung ward nicht abgehalten, und so fiel bei der Wahl selbst die Kandidatur Feistel völlig zu Boden. Sogar im sechsten Wahlkreis, auf den man in Erinnerung der früher dort abgehaltenen erfolgreichen Versammlungen und angesichts seiner zahlreichen Arbeiterbevölkerung große Hoffnungen gesetzt hatte, erhielt Feistel nur 33 von im ganzen 9.788 gültigen Stimmen. In ganz Berlin zusammen war das Ergebnis gerade 69 Stimmen für den Arbeiterkandidaten.



62 und 63. Brief Wilhelm Liebknechts an Theodor Metzner. 1867



62 und 63. Brief Wilhelm Liebknechts an Theodor Metzner. 1867

Ein niederschmetterndes Resultat, auf das selbst diejenigen nicht gefaßt waren, die die Aufstellung in so später Stunde für verfehlt gehalten hatten. Hatte man doch noch im Dezember 1866 in den damaligen Versammlungen Arbeiter die Ansicht äußern hören, daß Schulze-Delitzschs Kredit im Maschinenbauerviertel völlig erschüttert sei und man mit Sicherheit darauf rechnen könne, einen Sozialisten dort durchzubringen.

Und nun dieser Mißerfolg. Zum Teil erklärt ihn eine vom 10. Februar 1867 datierte, also noch vor der Wahl geschriebene Einsendung des Schriftsetzers Hermann Smalian an das Organ des Buchdruckerverbandes, den Leipziger „Korrespondent“. Dort wird die Abneigung gegen die Arbeiterkandidatur auf den trocken-prosaischen Charakter des damaligen Berlinertums zurückgeführt. Ein großer Teil der Arbeiter habe allerdings, wie der Schreiber selbst, den Glauben an Schulze-Delitzsch verloren, meine aber, da das zu wählende Parlament nur ein konstituierendes sei, das sich nicht mit sozialen Fragen zu befassen habe, die Staatsbürgerpflicht über die „Standespflicht“ stellen zu müssen, um nicht durch Zersplitterung der Reaktion den Sieg in die Hand zu spielen. „Selbst Franz Duncker und Schulze-Delitzsch haben doch so manches vollbracht, worüber wir als Deutsche nicht böse zu sein brauchen und uns nichts vergeben, wenn wir sie für dieses Parlament wählten.“ Jetzt noch eine Arbeiterkandidatur aufzustellen, sei unpraktisch.

Der Ausgang der Wahl zeigte, daß Smalian den Geist und die Stimmung der Arbeiter richtig geschildert hatte. Die Masse schwor nicht mehr auf Schulze-Delitzsch, aber sie wandte ihm noch nicht den Rücken. Unter diesen Umständen mußte die Kandidatur Feistel und ihr Mißerfolg die ganze Stellung der Sozialdemokratie in Berlin ernsthaft schädigen.

Und die Situation verschlimmerte sich noch, als dann in Elberfeld-Barmen, wo Schweitzer kandidiert und 4.668 Stimmen erhalten hatte, bei der Stichwahl zwischen Bismarck und dem Fortschrittler Forckenbeck die Masse der sozialdemokratischen Stimmen für Bismarck abgegeben wurden.

Eine Einsendung des als eifrigen Sozialisten bekannten Buchbindergehülfen Hermann Peter im „Sozial-Demokrat“ vom 1. März läßt die Mißstimmung, die diese Taktik selbst bei einem Teil der sozialistischen Arbeiter Berlins hervorrief, sehr deutlich zum Ausdruck kommen. Auch eine Notiz des „Sozial-Demokrat“ gegen die „Berliner Reform“, worin ein, freilich sehr gehässiger Ausfall gegen Schweitzer als ein Angriff gegen die wahre Demokratie hingestellt und unter deutlichem Hinweis auf die Lynchjustiz bearbeitenden Volkes Name und Wohnung des mutmaßlichen Verfassers genau angegeben wurden, trug dazu bei, die Sozialdemokratie in Berlin von neuem zu diskreditieren.

In Berlin hatten die Fortschrittler gesiegt, in der Provinz aber erlitten sie schwere Niederlagen. Diese erklärte im Berliner Arbeiter-Verein der Fortschrittler Steinitz damit, daß das allgemeine Wahlrecht um drei Legislaturperioden zu früh gekommen, und daß die Abgabe gedruckter Stimmzettel gestattet sei. Dank letzterem habe das unwissende Landvolk für Abgeordnete gestimmt, über deren politische Ansichten und Absichten es völlig ununterrichtet sei. Steinitz wollte die Berliner Arbeiter veranlassen, für Verbot der gedruckten Stimmzettel zu petitionieren, fand aber mit dieser törichten Anregung selbst bei den fortschrittlichen Arbeitern keine Zustimmung.

Am 7. April 1867 beschäftigte sich eine von Fortschrittlern einberufene Volksversammlung mit der damals spielenden Frage der internationalen Stellung des Großherzogtums Luxemburg und nahm eine Resolution an, die es für die Pflicht des deutschen Volkes erklärt, mit allen Kräften für die Zugehörigkeit der Provinz Luxemburg zu Deutschland, sowie dafür einzustehen, daß die Vereinigung des Landes mit dem Deutschen Reiche erfolgen müsse. Eine Abstimmung der Luxemburger, die Frankreich angeregt hatte, sei unbedingt zu verwerfen.

Aus Anlaß dieses politischen Konflikts, der einen Augenblick die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges heraufbeschwor, erließen die — damals meist noch fortschrittlichen — Berliner Maschinenbauer folgende, der Aufbewahrung werte Adresse an die französischen Arbeiter:

> „Wir verabscheuen jeden Krieg, und halten besonders einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland für gleich sehr schädlich den Interessen der Zivilisation und der Freiheit.
> Wir wissen, daß beide Völker auf ihren weiten, schönen Gebieten Raum genug haben, um frei, glücklich und friedlich nebeneinander zu leben, und daß nur die Setzereien derer, die ein Interesse daran haben, der rohen Gewalt über Recht und Freiheit zum Stege zu verhelfen, die Völker zu gegenseitigem Hasse und zum Neide aufzustacheln suchen.
> Wir sind überzeugt, daß der Arbeiter nichts zu schaffen hat mit dem Lorbeer des Krieges, denn dieser Lorbeer wurzelt in den mit den Gebeinen der Arbeiter gedüngten Schlachtfeldern, ist befruchtet von den Tränen der Witwen und Waisen und ist beladen mit den Flüchen verhungernder Arbeiter.
> Wir halten die Konkurrenz der Arbeit für die einzige unserer Kultur entsprechende Wahlstatt und den gemeinsamen Kampf sämtlicher Nationen für die Freiheit gegen die Feinde derselben, für den einzigen unserer würdigen Kampf.
> So senden wir unseren französischen Brüdern unseren friedlichen Gruß.“

Auf dieses in seiner politischen Tendenz so schöne Manifest antworteten die Pariser Arbeiter in gleichem Sinne in verschiedenen Adressen, von denen eine im „Temps“, der damals Oppositionsblatt war, und eine zweite in der proudhonistischen Zeitschrift „La Cooperation“ veröffentlicht wurde. „Bei Euch ist die Gerechtigkeit und die Wahrheit; mit Tränen im Auge und mit Freude im Herzen haben wir Eure Adresse gelesen. Mit Euch weisen wir jede Absicht der Eroberung und der territorialen Vergrößerung zurück,“ heißt es in der letzteren Erklärung.

Mittlerwelle waren die Wirren im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu einer neuen Krise gediehen. Ein Teil der Mitglieder trennte sich unter Führung der Gräfin Hatzfeldt und deren Schützling Fritz Mende zu einer völligen Sonderorganisation ab. In Berlin fand diese Sonderverbindung wenig Anklang, doch hielten sich eine ganze Anzahl von Sozialisten auch von der alten Organisation fern, so daß auf der behufs Reorganisation nach Braunschweig einberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Vereins (19. Mai 1867)

Berlin wieder einmal unvertreten war. Diese Versammlung, die im übrigen stärker beschickt war, als die früheren Generalversammlungen des Vereins, wählte nunmehr nahezu einstimmig J. B. v. Schweitzer zum Präsidenten. Nach Berlin zurückgekehrt, nahm dieser aufs neue die Reorganisation der Berliner Mitgliedschaft in die Hand. Er ließ zunächst bei bekannten Gesinnungsgenossen eine Liste zur Einzeichnung in die Mitgliedschaft des Vereins zirkulieren und berief dann unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der Braunschweiger Generalversammlung in Sachen der Organisation auf den 1. Juli eine öffentliche Mitgliederversammlung nach Winklers Bierhaus, Mauerstraße 78, ein.

Diese Versammlung wurde durch den Präsidenten des Hatzfeldtschen Vereins, Emil Försterling, und dessen Genossen Fritz Mende, die speziell zu diesem Behufe nach Berlin gekommen waren, gesprengt. Försterling nahm aus eigener Machtvollkommenheit das Wort, erklärte, er sei der rechtmäßige Präsident des Vereins und verursachte auf diese Weise solchen Lärm, daß polizeiliche Auflösung der Versammlung erfolgte.

Schweitzer berief sofort auf zwei Tage später eine zweite Versammlung ein, zu der sich auch viele Studenten einfanden und in der Schweitzer die Arbeiter und die akademische Jugend als die Grundpfeiler der freiheitlichen Bewegungen bezeichnete. Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft, neben einem Anhänger von Schulze-Delitzsch nahmen Vertreter der sozialistischen Opposition das Wort und verursachten durch scharfe Angriffe gegen Schweitzer wiederholt stürmische Unterbrechungen; doch konnte die Versammlung immerhin bis zu Ende geführt werden.

Am 9. Juli fand abermals eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, und zwar im großen Saal des Universum, Brunnenstraße 29, ein Saal, der durch die Versammlungen, die von da ab in ihm stattfanden, eine historische Bedeutung für die Sozialdemokratie in Berlin erhielt. Auch hier referierte zunächst Schweitzer, und auch hier gab es lebhafte Opposition, die indes nicht durchdrang. Von nun an finden auf längere Zeit regelmäßig Mitgliederversammlungen statt, die gewöhnlichen Versammlungen häufig im Lokal von Lappold, Prinzenstraße 72.

Ein anderes Versammlungslokal des Vereins war der „Zentralgarten“ an der Spandauer Brücke. In den Debatten des Vereins begegnen uns nun der Schriftsetzer Fritz Milke, der Musiklehrer Rokicki, und im Bericht über die Sitzung vom 5. August taucht zum erstenmal der Name Hasselmann auf.

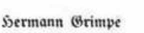
Wilhelm Hasselmann, der noch als Student bezeichnet wird, wurde mit noch fünf anderen Parteimitgliedern in ein provisorisches Wahlkomitee gewählt, das die Aufstellung eines Arbeiterkandidaten für die bevorstehende Wahl zum ersten gesetzgebenden Parlament des Norddeutschen Bundes in die Hand nehmen sollte. Das Komitee kam indes zu der Ueberzeugung, daß in der Kürze der Zeit die Schwierigkeiten einer erfolgreichen Wahlaktion nicht zu überwinden sein würden, und beschloß daher im Einverständnis mit dem

Präsidenten Schweitzer, für diesmal von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten ganz abzusehen.

Es enthielten sich daher bei der am 1. September 1867 erfolgenden Wahl die Berliner Sozialisten überhaupt der Beteiligung, während bekanntlich in Elberfeld Schweitzer zur Stichwahl kam und aus dieser siegreich hervorging. Den Arbeitern von Elberfeld-Barmen widmete Schweitzer eine vorzüglich geschriebene Abhandlung: „Der Kapitalgewinn und der Arbeitslohn“, die in Abschnitten dem „Sozial-Demokrat“ als Beilage beigegeben wurde. Sie wurde in Elberfeld und daraufhin nachträglich auch in Berlin selbst konfisziert und trug Schweitzer in Elberfeld eine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis ein, die am 1. Oktober 1868 von der Appellationskammer zu Elberfeld bestätigt wurde.

Wegen eines bei den Wahlen von 1866 herausgegebenen Flugblattes war Schweitzer ebenfalls in Elberfeld zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.





Hermann Grimpe
Tischler



Friedrich Arndt
Schuhmacher
(Nach zeitgenössischen Bildnissen)



Karl Anders, Schuhmacher
geb. 29. November 1841

Schweitzers Auftreten im Norddeutschen Reichstage gab im Herbst 1867 wiederholt Anlaß zu Diskussionen in der Berliner Mitgliedschaft. Im allgemeinen fand es Zustimmung. Eine lebhafte Opposition erhob sich aber, als Schweitzer in der Sitzung vom 17. Oktober den im 19. sächsischen Wahlkreis gewählten Liebknecht desavouierte, weil dieser dem Norddeutschen Bunde jede Existenzberechtigung abgesprochen hatte. In zwei öffentlichen Versammlungen, die am 20. und am 25. Oktober stattfanden, beschäftigte sich die Berliner Mitgliedschaft mit dieser Frage. Schweitzer brachte in der ersten Versammlung folgende Resolution ein:

> “Die Versammlung erklärt:
> 1. sie erkennt an, daß die von Preußen geschaffene Macht die Möglichkeit der Herstellung der deutschen Einheit in sich trägt;
> 2. sie ist mit der Fortschrittspartei darin einverstanden, daß mit äußerstem Nachdruck und ohne daß man sich um Drohungen der preußischen Regierung kümmere, auf eine freiheitliche Gestaltung Preußens und des Norddeutschen Bundes gedrungen werden muß, da nur hierdurch eine ersprießliche endgültige Lösung der deutschen Sache möglich ist;
> 3. sie erklärt es für verfehlt, in Gemeinschaft mit der Auffassung des mißgünstigen Auslandes das Vorgehen Preußens im vorigen Jahre zu beurteilen und demgemäß eine Zertrümmerung Preußens und des Norddeutschen Bundes zu

erstreben und zu erhoffen.“ Demgegenüber war von den zu Schweitzer in Opposition stehenden Sozialisten Metzner und Reimann folgende Resolution beantragt worden:

„Die Versammlung beschließt, daß Herr v. Schweitzer sowohl im Reichstage als durch seine Verdächtigung der radikalen Partei in der heutigen Versammlung das wenige Vertrauen, welches derselbe bisher bei den Berliner Arbeitern genossen, vollständig verloren hat.“


Der Allgemeine Deutsche
Arbeiter-Congreß
zu Berlin.
Vom principiellen und practischen Standpunkt beleuchtet
durch
Hermann Peter,
Buchbindergehülfe.
Preis 2½ Sgr.
Berlin, 1868.
Im Selbstverlage des Verfassers.

64. Titelseite einer Broschüre über den Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß

Und schließlich beantragte der zur Fortschrittspartei haltende Maschinenbauer Andreack im Verlauf der Debatte, die Versammlung möge einfach beschließen, „daß sie in der deutschen Frage sich nur mit dem Standpunkt der deutschen Fortschrittspartei einverstanden erklären kann“.

Schweitzer, der aus dem Gang der Diskussion ersah, daß seine Resolution möglicherweise abgelehnt werden würde, vollzog nun eine Schwenkung und erklärte, die Resolution Andreack bedeute faktisch dasselbe, wie seine eigene Resolution, er ziehe daher diese zugunsten der Andreackschen zurück.

Das bedeutete nichts anderes, als daß er sich durch die Fortschrittler gegen die Opposition der eigenen Partei decken ließ, und erregte einen wahren Sturm der Entrüstung, der sich noch steigerte, als J. B. von Hoffstetten, der den Vorsitz führte, gleich zuerst über die Andreacksche Resolution abstimmen ließ und sie für angenommen erklärte.

Metzner und Reimann verlangten stürmisch die Diskutierung ihres Antrages; sie ward ihnen mit der Bemerkung abgeschlagen, von Richtmitgliedern gestellte Anträge könnten nicht zur Verhandlung kommen. Da man jedoch soeben einen von einem Nichtmitglied eingebrachten Antrag hatte annehmen lassen, trieb diese Entscheidung den Zorn der Opposition auf den Gipfel, und unter großem Lärm und heftigen persönlichen Auseinandersetzungen, die sich nachher noch auf der Straße fortsetzten, erfolgte der Schluß der Versammlung. Im „Sozial-Demokrat“ ließ Schweitzer erklären, die Störer der Versammlung seien fortschrittliche Bourgeois gewesen, während die Arbeiter mit wenigen Ausnahmen zum Verein — sollte heißen: zu ihm — gehalten hätten. Eine tendenziöse Verdrehung der Tatsachen, denn Metzner und Reimann waren Sozialisten und gehörten der Arbeiterklasse an. Kurze Zeit darauf gab der „Sozial-Demokrat“ für eine in Düsseldorf notwendig gewordene Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Konservativen und Nationalliberalen, einem Kommerzienrat Bloemer, und dem Fortschrittler Bürgers eine Losung aus, die nur als eine Aufforderung verstanden werden konnte, für Bloemer zu stimmen, und auch in diesem Sinne befolgt wurde. Auch das trug dazu bei, den guten Eindruck, den Schweitzer mit seinen Vorträgen über die Grundfragen des Sozialismus in Berlin gemacht hatte, bei vielen zu verwischen und den Aufschwung der

Berliner Mitgliedschaft zwar nicht völlig zu verhindern, aber doch sehr zu verlangsamen. Trotz aller erfolgreichen Versammlungen zählte sie Ende November 1867 erst rund sechzig Mitglieder.

Am 23. und 25. November 1867 hielt der Allgemeine deutsche Arbeiterverein seine Generalversammlung in Berlin ab. Es waren 54 Orte vertreten, darunter endlich auch Berlin, und zwar durch das Mitglied Th. Schneider. Es war dies die erste Generalversammlung des Vereins, die öffentliche Sitzungen abhielt. Während die inneren Vereinsangelegenheiten in geschlossener Sitzung, die im Lokal des Buchdruckervereins stattfand, behandelt wurden, wurden in der im Universum abgehaltenen öffentlichen Sitzung Referate mit anschließender Diskussion erstattet, denen eine längere politische Ansprache I. B. v. Schweitzers vorausging. Eine Skizzierung dieser Referate gehört in eine Geschichte des Gesamtvereins; hier seien nun die Titel der behandelten Gegenstände und die Namen der Referenten aufgeführt:

> „1. Preußen und die deutsche Frage; Referenten: Hoffstetten aus Berlin und Ellner aus Frankfurt a. M.
> 2. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht: Klein aus Elberfeld und Frick aus Barmen.
> 3. Die Aufhebung der Wuchergesetze: Tölcke aus Iserlohn und Blaser aus Peterswaldau in Schlesien.
> 4. Die Frauenarbeit: Bracke aus Braunschweig und Real aus Düsseldorf.
> 5. Die Zuchthausarbeit: Fritzsche aus Leipzig und Zelle aus Augsburg.
> 6. Die Verfälschung der Lebensmittel und die Reklame: Vogel aus Essen und Hasselmann aus Bremen.
> 7. Der gesetzliche Maximalarbeitstag und die englische Fabrikgesetzgebung: Hofstetten aus Berlin und Seib aus Hamburg.“

Verschiedene der Referate zeugten von erheblichem Wissen und Talent und wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Am Abend des 25. November fand außerdem eine öffentliche Disputation statt, die in der Geschichte des Berliner Versammlungslebens eine größere Bedeutung beanspruchen darf. Es ist dies die Disputation zwischen Schweitzer und F. W. Held über die Berechtigung des Unternehmergewinns und die Heldsche Zinstheorie.

Held hatte in der „Staatsbürger-Zeitung“ in einer Reihe von Artikeln gegen Schweitzers Abhandlung über den Unternehmergewinn polemisiert, worauf der „Sozial-Demokrat“ in sieben Artikeln antwortete und zum Schluß mitteilte, daß die Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins beschlossen habe, die ökonomischen Ansichten der „Staatsbürger-Zeitung“ in öffentlicher Versammlung zu besprechen. Auf Anfrage Helds ward diesem erwidert, daß er selbstverständlich volle Redefreiheit haben werde.

Die Disputationsversammlung ward auf den 11. November ins Universum einberufen und locke ein so zahlreiches Publikum an, daß alle Räume, Treppen rc. des Lokals überfüllt waren. Den Vorsitz führte Losstetten.

Held sprach zuerst, brachte seine Kritik der sozialistischen Bekämpfung des Unternehmergewinns vor und erklärte seinerseits, daß das Grundübel im Zins für Pfanddarlehn und der Existenz des Privatkreditgeldes — der Banknoten der Zettelbanken — bestehe.

Ihm antwortete Schweitzer und wies mit Leichtigkeit nach, daß Held vollständig an der Oberfläche der wirtschaftlichen Erscheinungen bleibe. Held wie Schweitzer nahmen noch zweimal das Wort, worauf die allgemeine Diskussion eröffnet wurde, die aber nicht zu Ende geführt werden konnte.

Es wurde daher die Abhaltung einer zweiten Versammlung beschlossen, und zwar wurde das Datum für sie auf den 25. November festgesetzt, damit die Delegierten der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins an ihr teilnehmen könnten. Sie fand denn auch an dem bezeichneten Tage im Schäferschen Etablissement, Albrechtstr. 21, statt und war ebenso zahlreich besucht, wie die erste Versammlung.

Held entwickelte hier sein positives Programm, das in der alten Idee der Ausgabe eines zinsfreien Bodengeldes und der Forderung der Uneinklagbarkeit des Zinses auf Pfanddarlehen bestand, worauf Schweitzer darlegte, daß diese Maßregeln Konfiskation des Grund und Bodens und eine völlige Veränderung der Produktion voraussetzen, also nicht Ausgangspunkt der sozialen Umwälzung, sondern höchstens Folgewirkungen einer vorgeschrittenen Entwickelung sein könnten. Trotzdem Held, der ein gewandter Redner war, seine Ideen effektvoll vorzubringen wußte, hatte Schweitzer doch bei weitem den größeren Erfolg.

Gegen Ende 1867 machte ein Prozeß in Berlin großes Aufsehen, den eine Firma der Wollenmanufaktur, Schulze & Siebenmarck, gegen eine Heimarbeiterin wegen angeblicher Unterschlagung von Wolle angestrengt hatte. Im Verlaufe des Prozesses stellte sich heraus, daß die Heimarbeiter wiederholt von der Firma angefeuchtete Wolle erhalten hatten, die bei der Arbeit an Gewicht verlor, so daß sie für ein Manko aufkommen mußten, welches sie in keiner Weise verschuldet hatten, und daß es bei anderen Firmen der Wollenmanufaktur ähnlich zuging.

Die Sache wurde ursprünglich sogar noch schlimmer dargestellt, als sie in Wirklichkeit war, und erregte daher selbst in bürgerlichen Kreisen große Entrüstung. Versammlungen aller Art beschäftigten sich mit ihr, und auch die Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins griff in die Bewegung ein und wählte ein Komitee, welches die Wahrheit der Beschwerden feststellen und überhaupt sich den Schutz der Arbeiter in ähnlichen Angelegenheiten zur Aufgabe machen sollte.

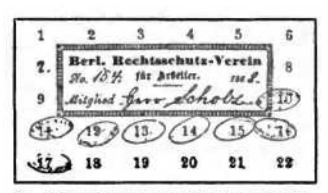
Das Komitee, das sich Delegierte von Vereinen anderer Richtung kooptieren sollte, hatte schon mehrere Sitzungen abgehalten, als schließlich ein schon früher gewählter Bürgerausschuß die Führung der Sache in die Hand nahm und auf den 26. Januar 1868 eine Allgemeine Arbeiterversammlung in den zu diesem Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellten Saal des Handwerkervereins einberief.

Diese Versammlung wurde indes polizeilich aufgelöst. Es hatten sich nämlich zu ihr auch einige der beteiligten Arbeiterinnen eingefunden, auf deren Entfernung die Polizei bestand. Anfangs hatte man ihr nachgegeben, bald nach Eröffnung der Debatte nahm indes der Demokrat Dr. Ungerstein das Wort, wies nach, daß das Verlangen der Polizei sich auf kein Gesetz stützte und beantragte, die Frauen wieder zuzulassen. Kaum hatte die Versammlung dem zugestimmt, als der überwachende Polizist sich erhob und die Auflösung verfügte.

Es wurde sofort auf den 2. Februar eine zweite Versammlung in das Universum einberufen und zu dieser die Frauen ausdrücklich eingeladen. Wieder fand Auflösung statt, aber die Einberufer hatten sich vorgesehen und eine zweite Versammlung auf eine halbe Stunde später angemeldet, die man nun ohne die Frauen abhielt.

Eine von Schweitzer unter stürmischem Beifall beantragte Protestresolution wurde mit einer von Dr. Ungerstein verlangten Verschärfung einstimmig angenommen und dann nach längerer Debatte ein Komitee mit dem Auftrage gewählt, schleunigst Statuten für einen zu begründenden Rechtsschutzverein für Arbeiter auszuarbeiten. Das Komitee ward aus drei Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, Schweitzer, Fritzsche, Schumann, drei Mitgliedern des Schulzeschen Arbeiter-Vereins, Krebs, Ungerstein, Weise, und drei außerhalb dieser Vereine stehenden Personen, Hörig, Schaar und Krämer, zusammengesetzt und ihm das Recht der Kooptation zugesprochen. Ein von ihm ausgearbeitetes Statut beschäftigte zwei weitere Versammlungen und wurde schließlich mit einigen Aenderungen angenommen, die seinen demokratischen Charakter noch verschärften. Auch hierbei gab es noch Auflösungen, da man immer wieder versuchte, Frauen die Teilnahme zu ermöglichen. Beschwerden gegen die Verfügungen der Polizei hatten die Wirkung, daß zwar die Auflösung der Versammlungen vom Ministerium bezw. dem Polizeipräsidium als unbegründet anerkannt, die Teilnahme von Frauen am Verein aber nicht zugelassen wurde, da der Verein als politischer Verein im Sinne des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes zu betrachten sei. Unter diesen Umständen ward auf die Aufnahme von Frauen verzichtet. Bei der am 5. März vorgenommenen Vorstandswahl wurden der fortschrittliche Literat Weise zum ersten und der Sozialist Schumann zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die anderen Vorstandsmitglieder waren die Literaten Krämer, Schweitzer und Wenzel, der Schuhmachermeister Aurin und die Arbeiter Fritzsche, Lehmann und Skladanowski. In der Notiz des „Sozial-Demokrat“, welche die Liste publiziert, wird festgestellt, daß der Vorstand „jetzt aus vier Lassalleanern, drei Schulzeanern und zwei Parteilosen zusammengesetzt“ sei. Dieses Zahlenverhältnis kann als typischer Ausdruck für die Verschiebung im Stärkeverhältnis der betreffenden geistigen Strömungen unter den am öffentlichen Leben teilnehmenden Arbeitern Berlins gelten. Bald nahmen übrigens die zu Schulze-Delitzsch haltenden Mitglieder des Vorstandes einen Konfliktfall zum Anlaß, ihr Amt im Verein niederzulegen. Am 15. August rekonstruierte sich dieser und wählte Fritzsche und Aurin, also zwei Sozialdemokraten, zu Vorsitzenden, doch finden wir unter den

anderen Vorstandsmitgliedern immer noch Anhänger der bürgerlichen Demokratie.



65. Mitgliedskarte des Berliner Rechtsschutz-Vereins für Arbeiter. 1868

In der Zwischenzeit war die Entwickelung der Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die folgende gewesen. Am 11. Januar 1868 hatte Schweitzer, nachdem er am 6. Januar in Elberfeld wegen der Schrift „Der Kapitalgewinn und der Arbeitslohn“ aus Grund des § 100 des preußischen Strafgesetzbuchs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, unter der Anklage vor Gericht gestanden, als Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Leiter verschiedener, mit einander in Verbindung stehender politischer Vereine gewesen zu sein. Er wurde indes freigesprochen und ebenso wurde der Antrag des Staatsanwalts, die Berliner Mitgliedschaft wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu schließen, abgelehnt. Schweitzers Darlegung über die Organisation des Vereins, welche dieses günstige Erkenntnis herbeiführte, wurde fünf Monate später von ihm im „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht. Sie betont den streng zentralistischen Charakter des Gesamtvereins und stellt jede Autonomie der örtlichen Mitgliedschaften entschieden in Abrede. Weiter hebt sie hervor, daß der Verein ausdrücklich auf dem gesetzlichen Boden beharren wolle. Auch in der Berliner Mitgliederversammlung vom 25. Januar betonte Schweitzer den streng zentralistischen Charakter des Vereins. In dieser Versammlung wurde das Mitglied E. Layder zum Bevollmächtigten für Berlin ernannt und beschlossen, für die Mitgliederversammlungen nunmehr ein ständiges Lokal zu nehmen.

Indes konnte dieser Beschluß nicht durchgeführt werden; wir sehen den Verein vielmehr noch immer häufig das Lokal wechseln. Auch der Besuch der Vereinsversammlungen wechselte vorläufig noch sehr erheblich. Je nachdem bestimmte Vorkommnisse die Berliner Arbeiterschaft erregten, waren die Sitzungen stark besucht, um dann wieder auf recht schwache Beteiligung herabzusinken. Dann wurde das freisprechende Erkenntnis des Berliner Stadtgerichts am 7. Juli wieder umgestoßen und auf Schließung der Berliner Mitgliedschaft erkannt, so daß längere Zeit wiederum nur öffentliche, von Schweitzer selbst einberufene Versammlungen stattfanden.

Einen großen Anstoß erhielten im Anfang des Jahres 1868 die Mitgliederversammlungen durch einen Kampf der Zigarrenarbeiter gegen eine Fabrikordnung, welche die Mitglieder eines sich „Geselliger Zigarrenfabrikanten-Verein“ nennenden Fabrikantenbundes ihren Arbeitern aufzudiktieren suchten. In dieser Fabrikordnung wurde den Arbeiterinnen das Tragen von Krinolinen und das Mitbringen von Körben in die Werkstatt untersagt und den Fabrikherren wie deren Stellvertretern das Recht zugeschrieben, zu jeder Tageszeit die Arbeiter und die Arbeiterinnen visitieren zu lassen. Außerdem hieß es unter § 7, daß nur solche Zigarrenarbeiter eingestellt werden würden, die einen mit dem Firmastempel ihres früheren Arbeitgebers versehen Entlassungsschein vorwiesen. Da die Fabrikanten sich weigerten, auf diese Fabrikordnung zu verzichten, stellten über 500 Arbeiter die Arbeit ein. Es fanden große

Protestversammlungen statt, ein Rechtsschutzkomitee der Zigarrenarbeiter wurde gewählt, mit u. a. F. W. Fritzsche und A. Hörig an der Spitze, und um einen Teil der Streikenden zu beschäftigen, wurde Geld zur Anschaffung von Tabak gesammelt und der Verkauf der mit diesem Tabak fabrizierten Zigarren organisiert. Nach kurzer Zeit verdichtete sich diese improvisierte Organisation zur „Deutschen Zigarrenarbeiter-Kompagnie", für die von allen Seiten Zeichnungen eingingen. Auch verkauften sich die „Streikzigarren" lange Zeit sehr gut, so daß die Genossenschaft Ende April 110 Arbeiter beschäftigte. Insgesamt wurden und 2.260 Taler in Gestalt von Arbeitslöhnen für „Streikzigarren" rc. ausgezahlt, während vom Gesamterlös der eingegangenen Unterstützungsbeiträge noch 2.570 Taler an Streikende, die ohne Arbeit waren, verteilt wurden. Von den übrigen Streikenden hatte eine größere Zahl Arbeit außerhalb angenommen, ein Teil bei Fabrikanten Arbeit gefunden, die die anstößige Fabrikordnung nicht eingeführt oder wieder abgeschafft hatten, und nur ein kleiner Teil war zu Kreuze gekrochen. Die Fabrikanten des Kampfvereins fanden ihrerseits zu einem großen Teil Ersatz von auswärts, so daß der Kampf in der Hauptsache schließlich versandete. Die anstößigen Paragraphen der Fabrikordnung erhielten indes eine etwas weniger verletzende Fassung.[6] Leiter der Produktivgenossenschaft wurden die Mitglieder des Zigarrenarbeiter-Verbandes, Fritzsche, Nägel und Scherpke; Kontrolleure die Verbandsmitglieder Ecks, Großkopf und Heinrich, während der Verband nun sehr an Mitgliedern zunahm. Und da das Verbandsorgan „Der Botschafter" von Fritzsche in durchaus sozialistischem Sinne redigiert wurde, wurde eine bedeutsame und rege Gruppe der Arbeiterschaft Berlins zu einer wertvollen Stütze der Sozialdemokratie. Die Zigarrenarbeiter stellten ein sehr erhebliches Kontingent der Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins und eine Reihe tüchtiger Agitatoren. Fritzsche, der seit 1867 nach Berlin übergesiedelt war, wurde zu Beginn des Streiks von der Polizei um seine „Subsistenzmittel" gefragt und ihm „der Rat gegeben", nach Sachsen zurückzukehren. Am der Polizei jeden Vorwand zu nehmen, diesen „Rat" in verschärfter Form zu wiederholen, engagierte der schon öfter genannte Dr. Ungerstein

[6] Folgendes der ursprüngliche Wortlaut der anstößigsten Paragraphen:
§ 7. Es werden nur solche Zigarrenarbeiter angenommen, die einen mit dem Firmastempel versehenen Entlassungsschein ihres früheren Arbeitgebers beibringen.
§ 9. Das Mitbringen von Körben, das Tragen von Krinolinen während der Arbeitszeit, sowie das Kämmen der Haare in den Fabrikräumen ist untersagt.
§ 10. Dem Fabrikherrn und dessen Stellvertreter steht das Recht zu, zu jeder Tageszeit die Arbeiter resp. die Arbeiterinnen vistiren zu lassen.
Die letzten beiden Paragraphen wurden von den Arbeitern mit Recht als „Spitzbuben-Paragraphen" bezeichnet. Und in einer an die Presse versandten Erklärung des Rechtsschutzkomitees der Arbeiter heißt es mit Bezug auf sie sehr treffend:
„Man lehrt auf den Zuchthäusern den Sträflingen das Zigarrenmachen, verpflanzt sie später unter uns, und dann sollen sich die ehrlichen Arbeiter wie Spitzbuben behandeln lassen. Das Recht, ein verdächtiges Subjekt vistiren zu lassen, hatte man bisher auch, aber es mußte recht augenfällig gezeigt werden, daß man sich aus der Mitte des Arbeiterstandes emporgehoben und den Folge einigen Kapitals selbst Herr über die Ehre seiner früheren Schicksalsgenossen geworden sei."

Fritzsche als seinen „Privatsekretär“. Bald darauf wurde jedoch Fritzsche Präsident des Zigarrenarbeiter-Verbandes, und nachdem er im Sommer 1868 bei einer Nachwahl im Wahlkreis Lennep-Mettmann zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden war, konnte von Ausweisung aus Berlin nicht mehr die Rede sein.

Eine andere Bewegung, die dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein mit zugute kam, war eine Agitation gegen die in Berlin noch bestehende Mietssteuer. Die Anregung dazu war vom Staatsbürger-Zeitungs-Held ausgegangen, der sich überhaupt stark den Fragen der Kommunalreform widmete und den schläfrigen liberalen Stadtverordneten gehörig einheizte; aber in den zum Teil großartig besuchten Versammlungen, die sich mit dieser Frage befaßten, spielten bekanntere Mitglieder der Sozialdemokratie, voran Schweitzer, die führende Rolle. Letzterem ward in den größten dieser Versammlungen stets ohne Widerspruch der Vorsitz übertragen. So u. a. in einer am 18. Mai 1868 im Tivoli abgehaltenen Volksversammlung, die als die größte Versammlung bezeichnet werden konnte, die Berlin seit 1848 gesehen. In der Versammlung ward mitgeteilt, daß eine in früheren Versammlungen für die Frage der Kommunalsteuerreform gewählte Kommission sich gespalten habe: die Mehrheit mit Held an der Spitze wollte alle bestehenden Steuern durch die Gebäudesteuer, die Minderheit, der Schweitzer angehörte, sie durch die Einkommensteuer ersetzt sehen. Referent der Mehrheit war Feld, Referent der Minderheit Florian Paul. Natürlich beteiligte sich auch Schweitzer an der Debatte, und bei der Schlußabstimmung wurde unter anhaltendem Beifall und Jubel mit großer Mehrheit der von ihm für die Minderheit der Kommission befürwortete Antrag angenommen. Die Anhänger Leids traten daraufhin aus der Kommission aus. In einer am 18. Juli im Universum abgehaltenen Volksversammlung wurde dies Verhalten scharf getadelt und eine Ersatzwahl vorgenommen, die noch weitere acht Sozialdemokraten, darunter O. Armborst, Th. Metzner, Fr. Mille und L. Schumann in die Kommission brachte. Die Sozialdemokratie war Siegerin und Schweitzer auf der Höhe seines Ansehens in Berlin.

Der Berliner Arbeiter-Verein Schulzescher Richtung war um diese Zeit immer mehr ins Hintertreffen geraten. Am 27. Januar 1868 sprach Eugen Richter dort über die Arbeiterbewegung in Oesterreich und zog dabei heftig gegen die Sozialdemokraten los, die nun auch in Wien Boden gefaßt hatten. Schweitzer nahm das Wort zur Antwort und erklärte, er wolle sich darauf beschränken, ein von ihm an die Wiener Arbeiter gerichtetes Manifest zu verlesen. Dies werde seine Auffassung am besten erkennen lassen. Nachdem er jedoch etwas über 10 Minuten gelesen, erklärte der Vorsitzende plötzlich, er müsse nun darüber abstimmen lassen, ob Schweitzer weiter lesen dürfe. Die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Vereins stimmte mit Nein, und Schweitzer wurde das Wort entzogen, was bei den demokratischer gesinnten Mitgliedern des Vereins lebhafte Opposition hervorrief. Ob Eugen Richter oder wer sonst den Anstoß zur Maßregelung gegeben, läßt sich nicht feststellen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß mit dem Hervortreten Richters die bisher von diesem Verein geübte Diskussionsfreiheit eine Einschränkung erlitt.

Eine von Richter verfaßte Schrift, die unter dem Titel: „Die Arbeiterbewegung in Wien. Aus dem Berliner Arbeiterverein“, anonym veröffentlicht wurde und sehr gehässige Angriffe gegen Schweitzer und den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein enthielt, gab ebenfalls zu erregten Debatten im Verein Anlaß. Am 17. Februar wurde nach heftiger Diskussion einstimmig eine Resolution beschlossen, durch die der Verein erklärte, daß er die von ihm ausgehenden Druckschriften mit der Unterschrift „Der Berliner Arbeiter-Verein“ bezeichne; eine deutliche Abschüttelung des Richterschen Pamphlets. Eine Anzahl Arbeiter, denen sie noch zu sanft war, kehrten dem Verein den Rücken, der Besuch seiner Sitzungen wurde immer schwächer. Eine am 8. Juni von ihm abgehaltene Versammlung, die über die Zweckmäßigkeit der Bildung einer spezifischen Arbeiterpartei befinden sollte, wies bei der Abstimmung gerade 18 Mitglieder auf. Auch der in der Sitzung am 20. April erstattete Kassenbericht läßt erkennen, daß der Verein auf Zwergdimensionen zusammengeschmolzen war.

Für die damalige Stimmung Berlins ist bezeichnend, daß sich selbst einer der fortschrittlichen Bezirksvereine, nämlich der Bezirksverein der Hamburger Vorstadt, am 4. März von Schweitzer einen Vortrag halten ließ. Das Thema war die Aufhebung der Wuchergesetze, eine Frage, bezüglich deren Schweitzer im Reichstag eine andere Haltung eingenommen hatte, als die Fortschrittler. Er hatte beantragt, für Darlehen von unter hundert Thaler die Vorschriften des Wuchergesetzes fortbestehen zu lassen und war dafür u. a. von fortschrittlich-liberaler Seite scharf angegriffen worden. In der Versammlung vertrat er seinen Standpunkt mit großem Erfolg. Unter den Berliner Handwerkern wiederum erzielten die Lassalleaner Aurin und Schumann in zum Teil stark besuchten Handwerkerversammlungen Erfolge. Wenngleich es da nicht immer ohne theoretische Verstöße abging, nahm man doch sehr energisch und mit Erfolg gegen die Bestrebungen des zünftlerischen Handwerkertums Stellung. Bei einer Nachwahl in der Schuhmacherinnung unterlag im August 1868 Schumann nur mit acht Stimmen Minderheit — 159 gegen 167 — seinem Gegenkandidaten. Jetzt hob sich nun auch die Verbreitung des „Sozial-Demokrat“ immer mehr. In seiner Nummer vom 3. April konnte er mitteilen, daß sich seine Abonnentenzahl auf 1.600 erhöht habe, von denen allerdings die weitaus größte Zahl noch nach auswärts gingen. Er wurde, nachdem er einige Monate in der Druckerei von Ihring & Co. hergestellt worden war, vom 1. Januar 1868 ab in der Druckerei von F. W. Koerting geduckt und hatte seine Redaktion und Expedition nach dem Hellweg Nr. 7 — jetzt Gitschinerstraße Nr. 17 — verlegt. In Wilhelm Grüwel hatte er einen neuen Expedienten, der als Verleger und Redakteur des Blattes zeichnete.


Nothwendige und berechtigte

Forderungen der Arbeiter.

Veröffentlicht

vom

Demokratischen Arbeiter-Verein.

Berlin, 1869.

Im Selbstverlage von Fr. Milke.

66. Ein Flugblatt des demokratischen Arbeitervereins

Nach dem Hellweg 7 siedelte auch das Präsidium und Sekretariat des Vereins über. Von der Kraft, welche die Arbeiterbewegung Berlins um jene Zeit schon angenommen hatte, zeugt u. a. der Umstand, daß die Berliner „Volkszeitung“ sich nunmehr veranlaßt sah, für sie eine eigene Rubrik unter dem Titel: „Soziale und Arbeiterbewegung“ einzurichten. Ein gewisser guter Wille, der Arbeiterbewegung entgegen zu kommen, läßt sich den damaligen Nummern der „Volkszeitung“ nicht absprechen. Auch der „Sozial-Demokrat“ erkannte das an, und eine Zeitlang mochte es scheinen, als ob sich ein ziemlich freundschaftliches Verhältnis zwischen dem von der „Volks-Zeitung“ vertretenen Flügel der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie einstellen wollte. Die „Volks-Zeitung“ erklärte in Antwort auf einen Artikel des „Sozial-Demokrat“ vom 3. April, worin die radikalen Elemente des Bürgertums als die natürlichen Alliierten der Sozialdemokratie bezeichnet wurden, angesichts der energischen Haltung der Lassalleaner gegen Halbliberalismus und Reaktion keinen Grund zu haben, ein politisches Zusammengehen mit den Sozialdemokraten zurückzuweisen. Auch in sozialer Beziehung könne man, unbeschadet der prinzipiellen Gegensätze in Bezug auf die Staatsindustrie und ohne diesen Gegensatz zu vertuschen, ein gutes Stück zusammengehen. Als die Berliner Buchdruckergehülfen, deren Verein bis auf 700 Mitglieder gewachsen war, im zweiten Vierteljahr 1868 einen Kampf gegen die immer mehr eingerissene Sonntagsarbeit aufnahmen, fanden sie außer beim „Sozial-Demokrat“ auch seitens der „Volks-Zeitung“ und deren Drucker, dem Abgeordneten Franz Duncker, lebhafte Unterstützung, während u. a. die „Staatsbürger-Zeitung“ und die Berliner „Reform“ im Namen der „Freiheit“ gegen die Bewegung Stellung nahmen und es auf einen Streik ihrer Setzer ankommen ließen. Held hatte um diese Zeit sein eigenes System in einer Reihe von Artikeln der „Staatsbürger-Zeitung“ entwickelt und unter dem Titel „Sozialreform“ als Broschüre veröffentlicht, deren Fehlschlüsse der „Sozial-Demokrat“ mit Leichtigkeit aufdeckten. Ebenso scharf aber nahm der „Sozial-Demokrat“ gegen die Idee Stellung, die soziale Frage durch die Gewinnbeteiligung der Arbeiter lösen zu wollen, für die die „Volks-Zeitung“ sich begeisterte und die ein dieser nahestehender Industrieller, der Berliner Messingfabrikant W. Borchert, zu jener Zeit in die Praxis umzusetzen unternahm. An eine den Kernpunkt treffende Kritik war freilich damals noch nicht zu denken; man bekämpfte die Idee als einen Versuch, die Arbeiter einzuschläfern und unter der Firma von Gewinnanteilen mehr Arbeit als bisher aus den Arbeitern herauszuschinden, während das eherne Lohngesetz den Lohn nach einer Weile doch wieder auf das zum Leben Notwendige herabdrücken werde. Auch im Maschinenbauer-Verein, der sonst zur Fortschrittspartei hielt, fand das Borchertsche Projekt überwiegend abfällige Beurteilung. Sehr scharf kritisierte es dort namentlich der Arbeiter R. Schmidt, wozu noch bemerkt sei, daß die Statuten der

Borchertschen Gewinnbeteiligung allerdings ganz besonders anstößig waren.

Eigentümlicherweise verhielt sich der „Social-Demokrat“ zur selben Zeit, wo er mit der „Volkszeitung“ etwas freundlicher diskutierte, scharf abweisend gegen die damals in Berlin immerhin noch zahlreichen radikalen Demokraten, die jetzt in der „Zukunft“ ihr Organ hatten und Johann Jakoby als ihren ersten politischen Vorkämpfer verehrten. Die „Zukunft“ war 1867. ins Leben gerufen worden und wurde von Guido Weiß ebenso geistreich wie politisch scharf redigiert. Welche Motive Schweitzers Verhütten bestimmten, ist Sache der Vermutung. Daß er zu jener Zeit wiederhott seine politische Stellung änderte, kann keinem aufmerksamen Leser des „Social-Demokrat“ entgehen. In dem von Liebknecht redigierten „Demokratischen Wochenblatt“, das in Leipzig herauskam, wird in der Nummer vom 7. März von einem der Redaktion befreundeten Arbeiter dargelegt, Schweitzer habe eine Weile den Plan gehabt, nach Wien überzusiedeln und seine plötzlich so scharfen Angriffe auf den Norddeutschen Bund, die ihm Konfiskation über Konfiskation zuzogen, hätten nur den Zweck gehabt, ihm den Boden in Wien zu ebnen. Den gleichen Zweck habe die Reise Hofstettens nach Wien gehabt. Als dann aber Hofstetten in Wien als Ratgeber ziemlich unhöflich abgelehnt wurde, habe Schweitzer mit einem Male die Haltung wieder geändert und preußenfromm geschrieben. Im „Demokratischen Wochenblattwürde Schweitzer auch vorgeworfen, daß er aus nicht in der Sache selbst liegenden Gründen im „Social-Demokrat“ und auf der Hamburger Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins das Marxsche „Kapital“ „mit byzantinischer Inbrunst verherrlicht“ habe. Es soll hier nicht zu diesen Beschuldigungen Stellung genommen werden, sie dürfen aber nicht übergangen werden, da sie von einer zwar verhältnismäßig kleinen, aber durch Intelligenz und Ueberzeugungstreue ausgezeichneten Gruppe Berliner Sozialisten teils selbst geltend gemacht und teils geglaubt wurden. Wie immer es sich aber mit der, Beweggründen verhält, die Schweitzer zu seinen Artikeln über das Marxsche „Kapital“ veranlaßten, ihrem Gehalt nach gehören diese Aufsätze, von denen der erste im „Social-Demokrat“ vom 22. Januar 1868 erschien, zu dem Besten, was damals und noch lange über das Marxsche Werk geschrieben wurde.

Das „Demokratische Wochenblatt“, von dem im Vorstehenden die Rede ist, nannte sich „Organ der deutschen Volkspartei“, war aber faktisch ein sozialdemokratisches Blatt, das allen denjenigen Sozialdemokraten Deutschlands zum geistigen Mittelpunkt diente, die Schweitzer mißtrauten und mit der Hatzfeldt'schen Organisation nichts zu tun haben mochten. W. Liebknecht, sein Herausgeber, hielt mit der äußersten Linken der bürgerlichen Demokratie Deutschlands und derjenigen Fraktion der deutschen Arbeitervereine Verbindung, die sich seinerzeit Lassalle nicht angeschlossen hatte, nun aber, als linker Flügel des „Vereinstags deutscher Arbeitervereine“, sich immer mehr dem Sozialismus zuwandte. Führer dieser Fraktion war August Bebel, damals Drechslermeister in Leipzig, auf dessen geistige Entwicklung Liebknecht großen Einfluß ausübte. Unter den Vertretern

des rechten Flügels im Verband der deutschen Arbeitervereine begegnen wir dem Dr. Max Hirsch, von dem bald mehr die Rede sein wird.

Bebel wurde im Februar 1867 in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag, und er und Liebknecht wurden im September 1867 in den ersten Norddeutschen Reichstag gewählt. Liebknecht konnte sich nun wieder in Berlin aufhalten, und seine und Bebels energische Reden im Reichstag erhöhten ihr Ansehen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft.

Unterm 18. April machte Schweitzer bekannt, daß ihm seine Geschäfte als Vereinspräsident und Reichstagsabgeordneter nicht mehr erlaubten, die regelmäßige Leitung der Redaktion des „Social-Demokrat“ zu führen. Er habe sie deshalb dem bewährten Vereinsmitglied W. Hasselmann übertragen, der schon seit dem Fortgange Hoffstettens (Dezember 1867) am Blatt mitgearbeitet habe. Hasselmann, der damals 23 Jahre alt war, stammle aus Bremen; er hatte sich schon als Student der Sozialdemokratie zugewandt und hing nun sein Studium — Chemie — völlig an den Nagel. Der erste, mit seinem Zeichen versehene Leitartikel steht im „Social-Demokrat“ vom 17. April 1868. Er läßt noch wenig von der Eigenart erkennen, die später Hasselmanns Artikel auszeichnete. Als Schweitzer am 8. Juli zur Verbüßung einer dreiwöchentlichen Haft ins Gefängnis ging, übertrug er für diese Zeit Hasselmann die alleinige Redaktion. Damit zieht allmählich ein anderer Ton in das Blatt ein. Gegen den linken Flügel der bürgerlichen Demokratie wird eine immer feindseligere Sprache geführt. In der Nummer vom 7. April wird das damals von Johann Jakoby entwickelte soziale Programm der Volkspartei als „albernes hohles Geschwätz eines wichtigtuenden Bourgeois“ bezeichnet. Hasselmann hatte von Schweitzer die Gabe übernommen, ökonomische Fragen in sehr volkstümlicher Sprache zu entwickeln. Sein Stil war packend, der Bau seiner Artikel meist wirksam abgerundet. Aber er war in jeder Hinsicht eine vergröberte Ausgabe Schweitzers. Die großartigen historischen Vergleiche und Bilder, über welche Schweitzer verfügte, wird man bei ihm vergebens suchen. Dafür übertrumpfte Hasselmann seinen Lehrer in der Kunst der Aufrüttelung der Leidenschaften.

Mit dem Sommer 1868 nimmt die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Berlins einen neuen Aufschwung. In einem Verein von Damenschneidergesellen, der bis dahin ein reiner Unterstützungsverein gewesen war, sehen wir Bebel und Liebknecht Vorträge halten. Ferner beginnt im Juli eine große Bewegung der Bäckergesellen gegen die Nachtarbeit, in die auch der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein eingriff. Es fanden stark besuchte Versammlungen im Universum statt, und in einigen davon übertrug man unter lautem Beifall dem speziell eingeladenen Schweitzer das Präsidium. Der Zweck der Bewegung, Abschaffung oder wenigstens Verkürzung der Nachtarbeit zu erreichen, wurde nicht durchgesetzt. Es traten Zerwürfnisse ein, eine Gegenpartei gegen das vom Bäckergesellen Kahlbaum geleitete Streikkomitee bildete sich, auch die Altgesellen der Bäcker weigerten sich, die Aktion des Streikkomitees zu unterstützen, und bei der geringen Schulung der

Masse der Gesellen verlief der eingeleitete Kampf schließlich im Sande. Immerhin hatte er die Gründung eines gewerkschaftlichen Vereins zur Folge, dessen Vorstand aus den Gesellen Kahlbaum, Merkel, Fechner, Lintzdorf und Weichert bestand und der — namentlich auf den Rat von Otto Armborst — die Ausdehnung seiner Organisation über ganz Deutschland auf sein Programm setzte und sich demgemäß „Deutscher Bäcker-Verein“ nannte. Zu seinem Organ wählte der Verein den „Social-Demokrat“. Im August regen sich die Zimmerer. Am 14. August findet auf der Herberge der Zimmerer, Landwehrstraße 11, eine Versammlung von Delegierten fast sämtlicher Berliner Zimmerplätze unter Vorsitz des Zimmerers Max von Mietzel statt, die beschließt, an die Meister mit der Forderung heranzutreten, den Lohn auf einen Taler pro Tag zu erhöhen; seit 1849, wo der Lohn von den Behörden auf 22½ Silbergroschen festgesetzt worden war, stehe er noch immer auf diesem Satz, obwohl die Preise der Lebensmittel seitdem fast auf das Doppelte gestiegen seien. In einer zweiten Versammlung, die am 31. August stattfand, konnte Mietzel mitteilen, daß eine Anzahl Meister sich bereit erklärt hätten, die Forderung zu bewilligen, während andere unter Führung des Obermeisters Ramm die Forderung bekämpften. Es wurde beschlossen, die Agitation fortzusetzen und auf Vorschlag von Gustav Lübkert die Gründung eines Vereins der Zimmergesellen beschlossen, „da der alte Verband der Zimmergesellen, die Zunft, nicht mehr genügt, den Interessen derselben geistig und materiell zu genügen“. Es wurde sofort ein ständiger Vorstand gewählt, der aus Mietzel als Vorsitzendem, Lübkert als Stellvertreter und Zimmermann als Schriftführer bestand. Alle drei waren Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, insbesondere zeichnete sich Gustav Lübkert auch bald als eifriger Agitator in der politischen Bewegung aus und nimmt in der sich nun entwickelnden allgemeinen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung eine führende Stelle ein. Die Zimmererbewegung selbst flaute als Lohnkampf zunächst wieder ab, um im Frühjahr 1869 mit um so stärkerer Wucht aufzuflammen.

Inzwischen hatte ein jüngeres Mitglied der Fortschrittspartei, der Schriftsteller Dr. Max Hirsch aus Burg, in der „Berliner Volks-Zeitung“ Artikel über die englischen Trade-Unions veröffentlicht, die Frucht einer ziemlich flüchtigen Studienreise nach England. Die Untersuchungen, die damals in England hinsichtlich der Trade-Unions von einer speziell dazu eingesetzten Königlichen Kommission veranstaltet worden waren, hatten ein die bürgerlichen Kreise außerordentlich beruhigendes Bild ergeben. Die stärkeren Gewerkschaften hatten durch Aufnahme des Hülfskassenwesens einen Charakter angenommen, der

67. Brief J. B. von Schweitzers an einen Genossen

sie der bürgerlichen Wirtschaftsordnung durchaus ungefährlich erscheinen ließ. Blätter wie die „Times“, die vordem oft gegen die Trade-Unions gedonnert, nahmen nun für sie Partei. Das tönte natürlich nach Deutschland hinüber und erweckte bei den Führern der Fortschrittspartei die Hoffnung, durch Förderung von Gewerkschaften nach englischem Muster ihren ersichtlich nachlassenden Einfluß auf die Arbeiter zurückzugewinnen bezw. zu befestigen, in welcher Erwartung sie indes schmerzlich enttäuscht werden sollten.

Schweitzer hatte mit dem ihm eigenen Scharfblick sofort erkannt, worauf die Fortschrittler hinauswollten; er hatte sich auch überzeugt, daß der Zug der deutschen Arbeiter zu gewerkschaftlicher Verbindung ein immer stärkerer wurde und es nicht anging, ihm Widerstand zu leisten und gleichzeitig für das Koalitionsrecht zu kämpfen. Noch Ende 1867 hatte er — im „Social-Demokrat“ vom 10. November 1867 — von den damals schon ins Leben getretenen nationalen Organisationen der Schneider und Zigarrenarbeiter geschrieben, es wäre „für die Tiefe und die innere Kraft der Arbeiterbewegung sicherlich besser, wenn sie nicht beständen“. Da sie aber nur Fachcharakter hätten, seien sie immerhin „noch zu entschuldigen“. Als aber die Streiks häufiger wurden und man sich theoretisch mit ihnen abfinden mußte, brachte der „Social-Demokrat“ am 3. Juli 1868 einen Leitartikel, worin zwar noch immer im Sinne der alten Auffassung des ehernen Lohngesetzes erklärt wurde, daß die Arbeiter in der Regel keinen Vorteil von den Arbeitseinstellungen hätten, es aber dann hieß, sie seien ein „geschichtlich notwendiges Uebergangsstadium zur vollen Herrschaft der sozialistischen oder kommunistischen Bewegung“. Sie entwickelten in den Arbeitern das Gefühl der Zusammengehörigkeit und zeigten ihnen an praktischen Beispielen, daß ein unversöhnlicher Gegensatz in der Gesellschaft vorhanden sei. Angesichts der sich nun deutlich abzeichnenden Versuche der Fortschrittler, die Gewerkschaftsbewegung in entgegengesetztem Sinne sich dienstbar zu machen, war eine passive Haltung, ein Abwarten der natürlichen Entwickelung nicht länger möglich, und so beantragte F. W. Fritzsche im Einverständnis mit Schweitzer auf der vom 22. bis 26. August 1868 in Hamburg versammelten ordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins eine Resolution des Inhalts, daß die Streiks kein Mittel seien, die Lage der Arbeiterklasse durchgehend zu verbessern, daß sie dagegen geeignet seien, das Klassenbewußtsein zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und gewisse besonders drückende soziale Mißstände zu beseitigen, und daß daher die Generalversammlung den Vereinspräsidenten beauftrage, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Begründung von allgemeinen Gewerkschaften zu berufen, die in diesem Sinne wirkten. Der Schlußteil dieser Resolution fand heftigen Widerspruch, da er gegen die ursprüngliche Lassallesche Organisationsidee verstieß. Er wurde gegen eine starke Minderheit — 3.255 gegen 3.044 Stimmen[7] — abgelehnt, dafür aber wurde nach erneuter heftiger Debatte, in der

[7] Im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein wurde aus Kongressen nach der Zahl der Mitglieder abgestimmt, die als Mandatgeber hinter den einzelnen Delegierten standen.


68. Dr. Max Hirsch, der Gründer der liberalen Gewerkvereine

Schweitzer mit seinem Rücktritt drohte, diesem und Fritzsche von Vereinswegen erlaubt, in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete oder in sonstiger Eigenschaft einen solchen Kongreß einzuberufen. Letzteres geschah alsbald in einem Aufruf, der das Datum des 27. August 1868 trägt und im „Social-Demokrat“ vom 30. August abgedruckt ist. Es wird darin als eine Sache von höchster Wichtigkeit erklärt, daß in dem Augenblick, wo das — vom Reichstag schon beschlossene — Koalitionsrecht proklamiert werde, die Organisation für die wirksame Vornahme von Arbeitseinstellungen bereits vorhanden sei. Es müsse „eine umfassende, fest begründete Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands durch und in sich selbst zum Zweck gemeinsamen Voranschreitens vermittelst der Arbeitseinstellungen“ geschaffen werden. Der Kongreß solle alles besprechen und einrichten, was mit den Arbeitseinstellungen zusammenhangt. Die Abhaltung des Kongresses ward auf den 27. September angesetzt, woraus später der 26. September wurde. Die Anmeldungen waren an W. Grüwel, Hellweg 7, zu senden, insbesondere wurden die schon bestehenden Gewerkschaften aufgefordert, den Kongreß zu beschicken.

Der Aufruf hatte die größte Wirkung. Er schlug in der Arbeiterschaft ein, und die gesamte bürgerliche Presse beschäftigte sich mit ihm. Lustig bekämpfte ihn die „Volks-Zeitung“ am Vorabend des Kongresses, indem sie erklärte, daß es keinen größeren Gegensatz gebe, als „die Trades-Unions in ihrer jetzigen Gestalt und das System und Projekt der Herren Schweitzer und Fritzsche“. Das war bis zu einem gewissen Grade richtig, nämlich soweit es diejenigen Trade-Unions betraf, die durch die oben erwähnte Untersuchung in den Vordergrund gebracht waren und von der bürgerlichen öffentlichen Meinung für die vollendetste Form der Gewerkschaften gehalten wurden. Tatsächlich aber waren sie eine vereinseitigte Form, das Produkt einer Periode der Entkräftung der Gewerkschaftsbewegung, in der die Hülfskasseneinrichtungen aus einem Mittel, den Zusammenhalt der Mitglieder zu fördern und zu festigen, bestimmender Zweck geworden waren. Die deutschen Gewerkschaften gleich von Anfang an auf diese einseitige Form festlegen zu wollen, war ein Widersinn, wie er nur in einem verphilisterten Gehirn keimen konnte. Zudem behauptete Schweitzer gar nicht, daß die Gewerkschaften, die er projektierte, eine Nachbildung der bezeichneten englischen Gewerkschaften sein sollten. Im vierten einer Reihe von Artikeln über die Aufgaben des Kongresses, die der „Social-Demokrat“ nun brachte, heißt es ausdrücklich, man könne von den englischen Gewerkschaften viel zur Nachahmung, aber auch viel zur Nichtnachahmung lernen. „Wir sind in der günstigen Lage, daß wir unsere Verfassung nach den Grundsätzen der Vernunft und mit allseitigem Ueberblick der Verhältnisse auf einmal in vollkommener Zweckmäßigkeit hinstellen können, während man sich in England mit allerlei überbrachten Rücksichten und Hindernissen hinschleppen muß.“ Es sei eine ähnlich glückliche Lage, als wie sie in bezug auf die politische Verfassung die

Nordamerikaner den Engländern gegenüber inne gehabt hätten. Darin lag ein großes Stück Wahrheit, wie denn überhaupt die Artikel viel Treffendes enthalten. Trotzdem irrte auch Schweitzer, wenn er meinte, es ließe sich schon aus der bloßen Vernunft heraus die zweckmäßigste Form der Gewerkschaft finden. Ohne es zu wissen, knüpfte auch er an eine Uebergangsform der englischen Gewerkschaftsbewegung an, nämlich an den großen und revolutionären Nationalen Gewerkschaftsbund von 1834. Die Vorlagen für den Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß, die er im „Sozial-Demokrat“ vom 25. September veröffentlichte, stellen zusammen das Gerippe dar für einen großen, über ganz Deutschland verbreiteten Gewerkschaftsbund, mit einem Präsidium an der Spitze und aus streng zentralisierten Gewerkschaften zusammengesetzt, die selbst wieder ihre Präsidien haben sollten. Alles ist da von oben bis unten bis aufs kleinste durchdacht und in seiner Art höchst rationell, so daß man glauben konnte, es hätten nur die Menschen in das fertige Gebäude hineinzuziehen brauchen, und alles würde zur Vollkommenheit geordnet sein. In Wirklichkeit kam es jedoch auch hier anders.

So wenig wie in England, wo der Versuch von 1834 übrigens noch mehrere Male wiederholt worden war, sollte man in Deutschland um die Notwendigkeit herumkommen, das Gebäude von unten herauf zu errichten. Im übrigen waren Schweitzer und Fritzsche darin den fortschrittlichen Gewerkvereinsgründern überlegen, daß sie der jungen Bewegung das Erbgut der Jugend, den Kampfgeist, mit auf den Weg gaben, während jene nichts anderes zu predigen wußten, als die greisenhafteste Selbstbeschränkung.

Wie allerorts in Deutschland fanden auch in Berlin nach Bekanntgabe der Einladung Versammlungen von Arbeitern der verschiedenen Berufe zum Zweck der Wahl von Delegierten für den Kongreß statt.

Außerdem wurden von sozialistischer Seite zwei allgemeine Arbeiterversammlungen in die Alhambra einberufen, die am 14. und 16. September unter Schweitzers Vorsitz stattfanden und sich nach eingehenden Debatten einstimmig zugunsten des Kongresses äußerten. Es wurde ein Komitee von 20 Personen gewählt, das Quartiere für die Delegierten beschaffen und ein Fest zu Ehren derselben veranstalten sollte.

Die zweite Versammlung nahm ferner auf Schweitzers Antrag eine Resolution an, die offenbar den Zweck hatte, das politische Mißtrauen gegen die Einberufer des Kongresses zu beseitigen. Sie erklärt nämlich, daß angesichts der Tatsache, „daß in der letzten Reichstagssession die Fortschrittspartei die Einführung des Koalitionsrechts der Hauptsache nach beantragt hat, während die im Norddeutschen Bund maßgebende Regierung das Ihrige zur Einführung der Koalitionsfreiheit nicht gethan hat“, sowie „anderer bekannter Tatsachen“, es „der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und überhaupt den reaktionären Blättern nicht zustehe, die Arbeiterfreundlichen zu spielen.

Das Quartierkomitee seinerseits forderte in Annonzen zur Beschaffung von Quartieren für die Delegierten auf, die in jener Zeit, wo es noch wenige Organisationen gab und diese wenigen außerdem über sehr spärliche Mittel verfügten, meist nur mit sehr schmaler Börse zu Kongressen kamen. „Es ist Pflicht der Berliner Arbeiter“, heißt es in der Anzeige, „für den möglichst kostenlosen Aufenthalt der Delegierten Sorge zu tragen, und wir erbitten daher eine möglichst schnelle Anmeldung von freien Quartieren an die Adressen der Herren J. Schulz, Schneidermeister, Kochstraße 10; Aurin, Schuhmachermeister, Königsgraben 15; Großkopf, Zigarrenmacher, Elisabethstraße 8, und Kahlbaum, Bäckergeselle, Rüdersdorferstraße 26.“

In einem zweiten Aufruf an die Arbeiter würden noch 11 weitere Adressen aufgegeben und heißt es: „Welche Schmach wäre es, wenn diese Hunderte von Männern, die das Opfer bringen und hierherkommen, um Euer und aller deutschen Arbeiter Interesse wahrzunehmen, in Berlin kein Obdach fänden? Wendet die Gefahr dieser Schande von Euch ab, nehmt die Delegierten, Eure Brüder und Vorkämpfer, in Eure Quartiere gastlich auf.“[8]

Die Delegiertenwahlen ergaben in fast allen Berufen große Mehrheiten für als Sozialdemokraten bekannte Arbeiter. Nur die Maschinenbauer wählten 12 Delegierte, die auf eine von Dr. Max Hirsch empfohlene Resolution verpflichtet waren. In zwei Versammlungen, von denen die erste im Woltersdorftheater, Chausseestraße 26, die zweite im großen Saal des Handwerkervereins stattfanden, bekämpften Max Hirsch, Franz Duncker und Schulze-Delitzsch den Schweitzer-Fritzeschen Plan.

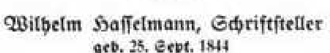
Gewerkvereine seien, heißt es in der Hirschschen Resolution, eine gesunde und auch für Deutschland höchst erstrebenswerte Institution. Die Vereinsbildung dürfe „aber nicht zentralistisch unter dem Befehl eines Diktators und zur Organisierung des sozialen Krieges erfolgen, sondern muß, wie in England, naturwüchsig von unten nach oben entstehen“. Die einzelnen Gewerke hätten sich vereinsweise zu konstituieren und alsdann sich durch Delegierte zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu verbinden.

Eine zweite Resolution beschloß, ein Komitee von 12 Personen mit dem Rechte der Kooptation zu wählen, welches ein Statut für den in Berlin zu gründenden Gewerkverein der Maschinenbauarbeiter ausarbeiten und einer späteren Versammlung vorlegen sollte.

[8] Die Namen und Berufe der elf weiteren Komiteemitglieder waren: Malewsky, Nolte, Pizkowsky, Schuhmachermeister, Krautwurst, Merkel, Bäcker, Müller, Schriftsetzer, Peter, Buchbinder, Roller, Stenograph, Scholz, Sattler, Tesch, Schlosser, Schulz, Vorsitzender des Rechtsschutzvereins für Arbeiter.

Das Komitee wurde aus den gleichen Personen zusammengesetzt, die auf den Arbeiterkongreß delegiert wurden, um dort Schweitzer-Fritzsche zu opponieren. Es waren dies die Schriftsteller Max Hirsch und Hugo Weise, der Ingenieur Blum und die Arbeiter Endenthum, Erbe, Reumann, Ortmann, Seiffert, Scholz, Spengler und Thümmler.





Wilhelm Hasselmann, Schriftsteller
geb. 25. Sept. 1844



Wilhelm Tölcke
geb. 31. Mai 1817, gest. 30. November 1893
(Nach zeitgenössischen Bildnissen)



Wilhelm Hasenclever, Lohgerber
geb. 19. April 1837, gest. 3. Juli 1889

Zur gedachten prinzipiellen Opposition kam es auf dem Kongreß, der am 26. September 1868 im großen Saal des Vauxhall-Etablissements, Dresdenerstraße 96, zusammentrat, jedoch nicht. Gleich in der Eröffnungssitzung machten Max Hirsch, Weise, Blum und Erbe in Geschäftsordnungsfragen Opposition. Sie verlangten, daß nur Delegierte anerkannt werden sollten, die aus direkten Wahlen hervorgegangen seien, und daß jeder Delegierte nur eine Stimme haben solle, während von sozialdemokratischer Seite verlangt wurde, daß jeder Delegierte so viel Stimmen haben solle, als Wähler auf seinem Mandat verzeichnet seien.

Als die heftig geführte Debatte über diesen Punkt durch einen Schlußantrag beendet wurde, ehe noch zu diesem besonders gesprochen worden war, verlangten die fortschrittlichen Delegierten das Wort zur Geschäftsordnung und verursachten dadurch wachsenden Lärm, bis schließlich Schweitzer, der zum Vorsitzenden gewählt war, sie mit Gewalt entfernen ließ. Mit ihnen verließen noch einige andere Delegierte den Kongreß, während die übergroße Mehrheit auf diesem verblieb.

Wie die Mandatsprüfung ergab, bestand diese Mehrheit aus 206 Delegierten von 110 Orten, die von 142.000 Arbeitern gewählt worden waren. Berlin allein war durch 27 Delegierte von 5.412 Arbeitern vertreten.[9] Außerdem nahm von Berlin auch der Delegierte des Buchdruckerverbandes, H. Smalian, teil, der aber, nachdem das

[9] Folgendes die Namen der Berliner Delegierten mit Angabe von Zahl und Beruf ihrer Mandatgeber:
Arndt
Nur zum kleinsten Teil bedeuten die Zahlen organisierte Arbeiter. Meist geben sie nur die Besucher der Versammlungen an, in denen die betreffenden Delegierten gewählt worden waren, und auch das auf Grund recht optimistischer Schätzung.

zentralistische Statut angenommen war, die Erklärung abgab, keinerlei bindende Verpflichtungen eingehen zu können, da der Verband aus seinen Erfahrungen zur Ueberzeugung gekommen sei, daß zunächst nur ein föderalistisches Verhältnis wünschenswert sei. Gegen das zentralistische Statut hatte sich übrigens auch Karl Marx in einem Brief an Schweitzer ausgesprochen, der aber erst im Jahre 1896 auf Grund einer im Marxschen Nachlaß vorgefundenen Kopie veröffentlicht worden ist, während Schweitzer ihn in den Tagen des Kongresses begreiflicherweise für sich behielt. Die zu Bebel und Liebknecht haltenden Arbeiter hatten den Kongreß wegen des einseitigen Vorgehens von Schweitzer und Fritzsche bei seiner Veranstaltung überhaupt nicht beschickt.

Umsomehr verlief der Kongreß nach Entfernung der Fortschrittler in voller Harmonie. Neben Schweitzer präsidierte Fritzsche als stellvertretender Vorsitzender, Schriftführer war Heinrich Roller. Das vorgelegte Musterstatut wurde nach eingehender Beratung in allen wesentlichen Punkten angenommen.

Vor allem blieb die streng zentralistische Verfassung, für die Schweitzer unter anderem mit dem Argument eingetreten war, daß der Föderalismus, bezw. das föderative Prinzip, eine Bourgeoisliebhaberei sei, entsprechend der bürgerlichen freien Konkurrenz, bei ihm jedoch alle Kraft des Handelns, alle Nachhaltigkeit des Angriffs verloren gehe. Im Kampf der Arbeiterklasse dagegen gelte es nicht nur, zu zentralisieren, sondern bis zur völligen Diktatur zu zentralisieren. Wie in der großen französischen Revolution die Diktatur der Bourgeoisie gerechtfertigt gewesen sei, so werde auch die Diktatur der Arbeiterklasse gerechtfertigt sein.

Uebrigens stünde in der neuen Organisation das Präsidium unter der beständigen Kontrolle des Ausschusses und der Generalversammlungen, und es habe keine anderen Machtmittel, als die ihm durch das Vertrauen aller übertragen worden seien. Niemals werde sich ein Mann von Talent und Tatkraft auf einen Posten stellen lassen, wenn man ihm nicht auch die Macht gäbe.

In diesem Sinne ward in der Mustersatzung für die einzelnen Verbände ebenso wie für den Gesamtverband eine zentralistische Leitung mit einem Präsidenten und einem ersten und zweiten Vizepräsidenten vorgesehen. Statt des Titels „Gewerkschaft“, wie im Entwurf vorgeschlagen war, ward vom Kongreß die Bezeichnung „Arbeiterschaft“ für die Organisationen beschlossen, nachdem eine ganze Reihe von Delegierten erklärt hatten, daß die Arbeiter, wenn sie von Gewerkschaft hörten, an Zünftelei und Zunfthandwerkertum dächten und dadurch vom Beitritt abgestoßen würden. Einige Delegierte hatten die Organisationen „Genossenschaften“ betiteln wollen. Faktisch nannten sich auch zwei der nun gegründeten Organisationen so, während andere sich mit dem einfachen Namen „Verein“ begnügten.

Zehn Organisationen wurden schon auf dem Kongreß als konstituiert erklärt, drei davon mit dem Sitz ihres Präsidiums in Berlin, nämlich der Allgemeine deutsche Schuhmacher- und Gerberverein (Präsident

Louis Schumann), der Allgemeine deutsche Bäckerverein (Präsident Kahlbaum) und die Allgemeine deutsche Arbeiterschaft der Buchbinder, Lederarbeiter usw. (Präsident Hermann Peter). Das Präsidium des Zentralverbandes der Arbeiterschaft wurde aus Schweitzer, Fritzsche und Karl Klein zusammengesetzt.

Karl Klein, bis dahin in Elberfeld, war ein leidenschaftlicher Parteigänger Schweitzers. Von ihm rührt eine recht geschmacklose Resolution gegen Schulze-Delitzsch her, die der Kongreß als Antwort darauf annahm, daß Schulze in einer Berliner Versammlung gegen ihn gerichtete Angriffe als von „unnützen Buben“ herrührend bezeichnet hatte.

Diese Resolution, in der Schulze ein „bezahltes Subjekt“ genannt wurde, das sich für 45.000 Taler — das bekannte Ehrengeschenk für Schulze, von dem dieser bekanntlich nur die Zinsen annahm — von der besitzenden Klasse habe „erkaufen lassen“, schadete der Sache des Kongresses ungemein. Dennnoch hatte Schulze auch bei vielen Arbeitern einen guten Namen.

Die Bildung leistungsfähiger Gewerkschaften ging außerordentlich langsam von statten. Es gelang wohl gelegentlich, die Arbeiter in Versammlungen zusammenzubringen, aber das hieß noch lange nicht Beitritt zur Organisation. War doch selbst jetzt noch die Zahl der organisierten Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins in Berlin eine recht mäßige und wurden Mitte Oktober 1868 in Berlin nur erst 224 Abonnenten des „Sozial-Demokrat“ gezählt, während Hamburg schon über 800 Abonnenten hatte.

Bei alledem muß der Allgemeine deutsche Arbeiterkongreß als ein bedeutsames Ereignis sowohl für die Arbeiterbewegung Deutschlands im allgemeinen, wie für die Arbeiterbewegung Berlins im besonderen bezeichnet werden, und durfte der „Sozial-Demokrat“ in seinem Leitartikel vom 2. Oktober mit Recht von ihm und seinem Werk als einer „neuen, gewichtigen Tat“ sprechen. Ein großer Schritt vorwärts war geschehen, ein folgenreicher Anstoß gegeben.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter hatte nun auch aus dem Lager der unter Lassalles Banner kämpfenden Arbeiterschaft offizielle Anerkennung gefunden. Sie sollte noch lange zu ringen haben, bis sie es zu dauernd leistungsfähigen Schöpfungen brachte, bis sie völlig festen Boden unter den Füßen erhielt. Wechselfälle aller Art standen ihr bevor. Aber sie war jetzt da, und, obwohl noch eine junge Pflanze, sollte sie bald die politische Bewegung auf eine bisher noch zu keiner Zeit erreichte Höhe emportragen helfen.

Elftes Kapitel. Vom ersten Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß bis zum Vorabend des deutsch-französischen Krieges.

Berlin Zentrale des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. — Die Gründung des demokratischen Arbeitervereins und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. — Andere Gewerkschaften in Berlin. — Ein republikanisches Manifest. — Der Zimmererverein. — Ein Konflikt bei Borsig. — Schweitzer im Gefängnis. — Wie man früher Preßsünder behandelte. — Liebknecht-Vortrag über die politische Stellung der Sozialdemokratie. — Schweitzer-Staatsstreich und der Eisenacher Kongreß. — Die „Ehrlichen“. — Der große Berliner Zimmererstreik. — Riesenversammlung im „Alcazar“. — Gesprengte Versammlungen: die Konzerthausaffäre. — Jubel der Bismarckpresse und merkwürdiges Verhalten der Polizei. — Eine Versammlung ohne Publikum. — Maschinenbauer und Sozialdemokraten im „Universum“. — Das Ende des Arbeiterschaftenverbands. — Die neunte Generalversammlung des Allgem. deutschen Arbeitervereins. — Wilhelm Hasenclever Mitredakteur des „Sozialdemokrat“. — Jacoby-Rede „Die Ziele der Arbeiterbewegung“ und ihre Kritik im „Sozial-Demokrat“. — Ein Ueberfall auf einen Literaten. — Der Allgemeine Arbeiterunterstützungverband. — Gustav Lübkert-Abschied. — Im Leichenzuge Waldecks. — Am Vorabend des Krieges.

> „Von dem Moment an, wo jeder Zweifel in bezug auf die politische Stellung der Sozialdemokratie beseitigt ist, wo die Sozialdemokratie, ohne den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu vernachlässigen, auch den politischen Vorkampf führt — haben wir die Massen der Arbeiter hinter uns, können wir sagen: „Berlin gehört uns.“
>
> Wilhelm Liebknecht, „Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie“, Vortrag, gehalten am 31. Mai 1889 im Demokratischen Arbeiterverein zu Berlin.

Als der Allgemeine deutsche Arbeiterkongreß zusammentrat, war Berlin wieder einmal ohne anerkannte Organisation der Sozialdemokratie. Am 16. September 1868 hatte die Leipziger Polizei den seit der Begründung durch Lassalle in Leipzig domizilierten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes aufgelöst, und Schweitzer hatte mit der Erklärung, daß nach Lage der Dinge jeder Rekurs vergeblich sein würde, die Auflösung auch der nichtsächsischen Mitgliedschaften verfügt.

Nachdem aber der Arbeiterkongreß verstrichen war, rief Schweitzer einen neuen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ins Leben, dessen Sitz nach Berlin verlegt wurde, da es vor allem „darauf ankomme, im größten deutschen Staate, in Preußen, die Agitation auf gesetzlichen Boden zu stellen“. Das Statut des neuen Vereins wurde noch zentralistischer gefaßt, als es das alte war, weil man der Polizei jeden Vorwand nehmen müsse, den Verein für ungesetzlich zu erklären. Er wurde nach einer im „Social-Demokrat“ vom 11. Oktober bekannt gegebenen offiziellen Mitteilung faktisch unter die Aufsicht der Berliner Polizei gestellt, was, so plausibel die Erklärung dafür lautete, doch vielfach anstieß und den Gegnern Schweitzers zu scharfen Angriffen Anlaß bot.

Die Berliner Mitgliedschaft des neuen Vereins hielt ihre erste Sitzung am 13. Oktober im Café Hubrich, Burgstraße 6, ab. Otto Armborst wurde ihr erster Bevollmächtigter, der Metallarbeiter Ellinger „Beitragssammler“, d. h. Kassierer, die Mitglieder Aurin, Lienig und Lübkert Revisoren. Nach dem Bericht des „Social-Demokrat“ ließen

sich gleich in der ersten Versammlung gegen 50 Personen in die Mitgliederliste einzeichnen.

Noch eine andere politische Organisation trat in jenen Tagen in Berlin ins Leben. Auf dem im September 1868 in Nürnberg abgehaltenen fünften Vereinstag deutscher Arbeitervereine hatte sich die Mehrheit der Delegierten für ein von Bebel, Liebknecht, Motteler usw. verfochtenes Statut erklärt, durch das seine Unterzeichner sich auf den Boden der internationalen Arbeiterassoziation stellten.

Dem Vereinstag gehörte auch der Berliner Arbeiterverein an, und ein Teil seiner Mitglieder verlangte nun, der Verein solle sich auf die Seite der Nürnberger Mehrheit stellen. Dem traten die zur Fortschrittspartei haltenden Vereinsmitglieder, voran Dr. Max Hirsch, scharf entgegen. In drei Sitzungen wurde heftig darüber gestritten, bis schließlich auf Antrag von Hirsch einfach Uebergang zur Tagesordnung mit 32 gegen 28 Stimmen beschlossen wurde, nachdem Hirsch seine dem Antrag ursprünglich beigegebene Motivierung zurückgezogen hatte. Der Beschluß veranlaßte die Minderheit des Vereins, aus ihm auszutreten und einen neuen Verein zu gründen, der sich Demokratischer Arbeiterverein nannte. In der Erklärung, die Anlaß und Tatsache des Austritts bekannt gibt, heißt es:

„Hierdurch — es ist der Uebergang zur Tagesordnung über den vorerwähnten Antrag gemeint — hat nach unserer Ueberzeugung der (alte Schulzesche) Verein in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung sein Todesurteil gesprochen. Ein politischer Verein, welcher nach vierwöchentlichen Debatten nicht die Kraft hat, Farbe zu bekennen und sich für oder gegen ein scharf oder bestimmt ausgesprochenes Parteiprogramm zu erklären, hat kein Recht der Existenz, keinen Anspruch auf die rege Teilnahme seiner Mitglieder, keinen Anspruch auf die Achtung seiner Gegner.

„Durchdrungen von der Wichtigkeit und Bedeutung, welche die Vereinigung der Arbeiter in politische Vereine für die gesamte Arbeiterklasse hat, haben wir uns entschlossen, sofort mit Gründung eines neuen Arbeitervereins vorzugehen, welcher in sozialer Beziehung aus dem Standpunkt der Nürnberger Majorität stehen und in politischer Beziehung sich der deutschen Volkspartei anschließen soll. Wir ersuchen unsere Gesinnungsgenossen, uns hierin zu unterstützen und sich mit uns zu gemeinsamer Tätigkeit zu verbinden.“

Das vom 6. Oktober 1868 datierte Schriftstück trägt die Unterschriften: Ahrens. L. Aron. Bachtels. Benker. G. Boas. W. Eichhoff. Havenith. Karl Hirsch. Hoff. Jäger. Jonas. Jozewicz. Castan. Richter. Riese. Röhrich. Rubenow. R. Schmidt. Schoenfeld. Paul Singer. Skladanowsky. Tesch. A. Weiß. O. Wenzel. Wittnebel. R. Wolff.

Unterm 11. Oktober veröffentlichte das provisorische Komitee des Vereins einen Aufruf an die Arbeiter Berlins zum Beitritt, worin der Verein das politisch-soziale Programm des Nürnberger Vereinstags für das seinige erklärte und hinzufügte, daß er im übrigen jeden politischen Glaubens- und Gewissenszwang sowie die urteilslose Hingabe an persönliche Führerschaften verwerfe. Am 26. Oktober konstituierte er sich endgültig und wählte, um seinen sozialpolitischen

Charakter scharf zu manifestieren, zwei Arbeiter, den Schriftsetzer Milke und den Maschinenbauer Kämmerer, zu Vorsitzenden.

Es war eine durchaus sozialdemokratische Verbindung, in der wir hier, neben anderen Persönlichkeiten, die sich außergewöhnliche Verdienste um die Arbeiterbewegung Berlins erworben haben, Paul Singer begegnen. Singer trat damals öffentlich wenig hervor, blieb aber unausgesetzt mit der Bewegung im Zusammenhang, der er später so viel werden sollte. Der Verein, dem sich bald auch Th. Metzner und andere ehemalige Lassalleaner anschlossen, bezeichnete es in seinem Statut als seine Aufgabe, diejenigen Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern, welche „durch die geistige und materielle Hebung der Arbeiter die völlige politische und soziale Emanzipation der Arbeiterklasse bezwecken." In einer von ihm herausgegebenen Flugschrift „Notwendige und berechtigte Forderungen der Arbeiter", die 1869 im Selbstverlage seines Mitgliedes Fr. Milke erschien, werden als solche Forderungen die folgenden aufgeführt:

> 1. Gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages, gesetzliche Regelung der Sonntag- und Nachtarbeit für alle Arbeiter, auch auf dem Lande.
> 2. Gesetzliches Verbot der Kinderarbeit, gesetzliche Regelung der Arbeit der Frauen in Fabriken und auf dem Lande.
> 3. Gesetzliche Bestimmungen über die Beschaffenheit des Arbeitsmaterials, der Arbeitsmittel und Arbeitsräume zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter.
> 4. An das gesetzliche Verbot der Arbeit der Kinder knüpft sich die Forderung unentgeltlichen und besseren, auf die Bildung des Verstandes berechneten, die Ueberladung des Gedächtnisses mit dogmatischen Formeln und Gebeten gänzlich ausschließenden Schulunterrichts der Arbeiterkinder auf dem Lande und in den Städten.

Diese Forderungen, heißt es in der kurzen Begründung, seien es, „welche die Arbeiter überall, wo sie anfingen, ihre selbständige Politik zu treiben, zuerst erhoben haben." Und gegen die liberale Manchesterdoktrin polemisierend, heißt es am Schluß:

> „Wenn also die bürgerliche Freiheit nur dadurch aufrecht erhalten werden kann, daß Menschen zueinander in dem Verhältnis von Herren zu Dienern, — von Lohnherren zu Lohndienern stehen, wenn die bürgerliche Freiheit nur auf dem freien Schacher mit der Arbeitskraft gedeihen kann: nun, so wird der Arbeiter höchstens den Schluß daraus ziehen, daß er nicht diese bürgerliche Freiheit zu fordern habe, sondern die demokratische Freiheit, gegründet auf Gleichheit alle- dessen, was Menschengesicht trägt."

Erkennt man aus diesem Manifest schon den Geist heraus, in dem damals die internationale Arbeiterassoziation geleitet wurde, so betätigte sich der demokratische



69. Bürgerliche Karikatur auf den Maurerstreik, 1869
„Berliner Wespen"

Arbeiterverein auch dadurch im Sinne seines Anschlusses an den, die Internationale betreffenden Beschluß des Nürnberger Vereinstages, daß fast alle seine Mitglieder persönlich Mitglieder der internationalen Arbeiterassoziation wurden, wozu ja weiter nichts als der Erwerb eines Statutenexemplars und der jährliche Erlös einer Beitragsmarke gehörte. Den Vertrieb besorgte fast die ganze Zeit über Fr. Milke, der dem Verein ebenfalls beigetreten war. Wilhelm Eichhoff, der selbst lange in England gelebt hatte, verfaßte eine Broschüre über die internationale Arbeiterassoziation, für deren Vertrieb der Verein sich eifrig ins Zeug legte. Ueberhaupt entfaltete der Verein ein sehr reges geistiges Leben. Er verfügte über eine große Anzahl von Vortragenden, unter denen wir bald auch dem scharfsinnigen Gustav Kwasniewski, später Redakteur des Crimmitschauer Parteiorgans, und dem witzigen Ad. Lepner, dem späteren Mitredakteur am „Volksstaat“, begegnen, und an die Vorträge schlossen sich regelmäßig lebhafte Debatten.

Der „Social-Demokrat“ erklärte anfangs, die Gründung des neuen Vereins nur mit Freuden begrüßen zu können. Ein Teil der Elemente, die sich in ihm zusammenfinden werden, schrieb er in seiner Nummer vom 11. Oktober, „hatte es sich bisher zur Aufgabe gemacht, die von Lassalle herrührende Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nach persönlichem Wohlgefallen umgestalten zu wollen, was zu beständigen Zwistigkeiten in der Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins führte. Jetzt, wo die betreffenden Personen und ihre Parteifreunde selbst zu bestimmter Organisation zusammengetreten sind, haben sie Gelegenheit zu selbständiger, positiver Wirksamkeit und schöpferischer Gestaltung. Dies ist ganz, was wir immer gewünscht haben — sobald für die verschiedenen Richtungen verschiedene Parteiorganisationen da sind, kann sich jeder anschließen, wo es ihm an: besten gefällt, und hat nicht nötig, bei ähnlichen Parteien, um seine Anschauungen zur Geltung zu bringen, Anordnung und Verwirrung hervorzurufen. Nach der obigen Ankündigung, die unseren vollen Beifall hat, dürfen wir annehmen, daß der neue Verein dem unsrigen befreundet sein werde. Wir wenigstens werden uns immer bewußt bleiben, was wir dem großen, gemeinsamen Grundgedanken schuldig sind.“

Aus dem freundnachbarlichen Verhältnis sollte nicht viel werden. Schon unterm 21. Oktober berichtet der „Social-Demokrat“, der demokratische Arbeiterverein habe am 19. Oktober seine Tätigkeit damit begonnen, daß „in seiner Sitzung einige Literaten auf Lassalle geschimpft haben“.

Diese von Hasselmann herrührende Notiz bezog sich auf einige Ausführungen Wilhelm Eichhoffs über den Lassalleschen Vorschlag und die Stellung des neuen Vereins zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, sowie einige anschließende Bemerkungen des Schriftsetzers Milke und des Literaten Karl Hirsch über die Gründe ihres Austritts aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Bald werden wir noch schärfere Gegensätze sich abspielen sehen. Vorläufig haben wir jedoch noch der dritten Gründung zu gedenken,

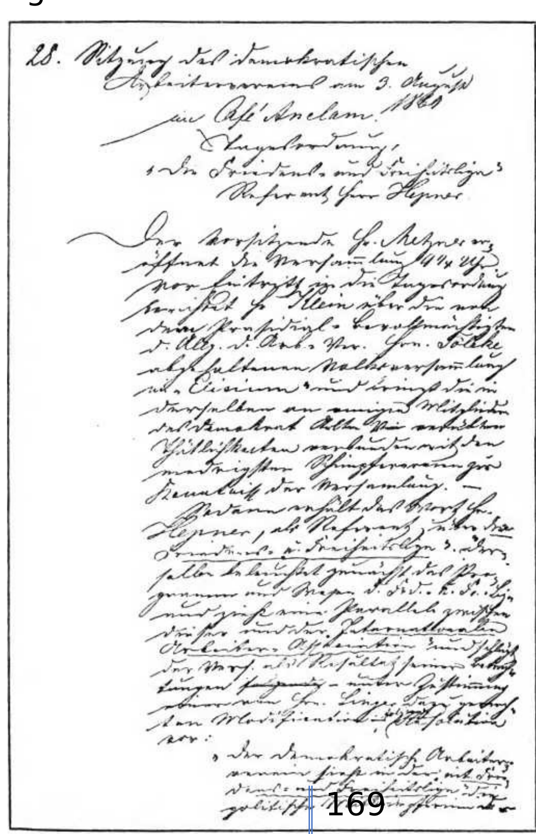
die aus jenen Tagen datiert, nämlich der Gründung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Gleich unmittelbar nach ihrer gewaltsamen Entfernung aus dem Arbeiterkongreß beriefen Max Hirsch und die mit ihm zur Fortschrittspartei haltenden Delegierten eine Arbeiterversammlung nach dem „Universum“ ein, die außerordentlich stark besucht war. Die große Masse der Teilnehmer bestand aus Maschinenbauern, und da es Delegierte der Maschinenbauer waren, die man aus dem Arbeiterkongreß herausgeworfen hatte, so war die Stimmung gegen diesen eine sehr erbitterte. Unter großem Beifall wurde der Fortschrittsabgeordnete Franz Duncker zum Vorsitzenden gewählt und nahezu einstimmig das Verhalten des Kongresses gegen die Maschinenbauerdelegierten für verdammenswürdig erklärt.

Wohl erhielten auch einige Sozialisten — Mann aus Kassel, Frick aus Barmen, Bremer aus Magdeburg, Prast aus Hamburg und Peter aus Berlin — das Wort, aber da ihnen nur kurze Redezeit gegeben wurde, konnten sie die Versammlung nicht umstimmen. Immerhin machte Prast durch geschickt gewählte geschichtliche Vergleiche so tiefen Eindruck, daß die Versammlung die ihm gewährte Redezeit mit Mehrheit verlängerte. Im übrigen wurde nach dem Referat Max Hirschs das Programm eines Gegenkongresses angenommen und die Delegation der Maschinenbauer beauftragt, unter Hinzuziehung von Vertretern anderer Gewerke ein Statut im Sinne der Hirschschen Ausführungen auszuarbeiten.

Dieser Gegenkongreß tagte am 11. Oktober unter Vorsitz von Franz Duncker im Café Engelhardt, Lindenstraße. Es nahmen etwa 70 Vertreter der Hauptgewerbe Berlins daran teil. Schulze-Delitzsch und sein Kollege Parisius waren als Gäste anwesend. Max Hirsch referierte über die von ihm ausgearbeiteten Musterstatuten, die eine von unten nach oben sich aufbauende berufliche Organisation der Arbeiterklasse vorsahen. Berufliche Ortsvereine sind danach der Ausgangspunkt dieser Organisation, die Ortsvereine organisieren sich nach Berufen zu nationalen Gewerkvereinen, die ihrerseits wiederum sich zu einem Verband der deutschen Gewerkvereine verbinden. Die Leitung des einzelnen Gewerkvereins liegt in den Händen eines von der Generalversammlung des Gewerkvereins zu wählenden „Generalrats“, an der Spitze des Verbandes steht ein Zentralrat. Außerdem vereinigen sich Ortsvereine an einzelnen Orten oder in Bezirken zu Orts- oder Bezirksverbänden.

Den Hauptzweck der Gewerkvereine sucht das Statut in Unterstützungen für alle möglichen Zwecke: Kranken-, Begräbnis-, Invaliden-, Reise-, Arbeitslosen- und



70. Erste Seite eines Protokolls des Demokratischen Arbeitervereins vom 3. August 1869
Zeigt unter anderem Paul Singer in seiner ersten öffentlichen politischen Tätigkeit

Streikunterstützung. Der Beitrag ward auf nur 1½ Sgr. pro Woche festgesetzt, was von Sachkennern von Anfang an als für die bezeichneten Zwecke bei weitem zu niedrig erklärt wurde. Nicht mit Unrecht konnte der „Social-Demokrat“ mit Bezug auf dieses Statut bemerken, daß bei ihm für Streiks nie Geld vorhanden sein werde. Aber der Streik ward auch im Statut als das nur im alleräußersten Fall zu ergreifende Mittel hingestellt. Bis zu ihm geschritten werden dürfe, sollten erst eine ganze Reihe von Instanzen gehört und in Bewegung gesetzt werden müssen. Als der normale Zustand wurde vielmehr die „natürliche Interessenharmonie von Kapital und Arbeit“ hingestellt, die höchstens ab und zu von den Beteiligten verkannt werden könne, in welchem Falle die Anrufung von Schiedsgerichten das geeignetste Mittel zur Schlichtung der entstandenen Differenzen sei.

Auch für die Bildung von Schiedsgerichten sieht das Statut von vornherein Bestimmungen vor. Weiter hat es die Förderung von Genossenschaften aller Art, von Volksbildungsunternehmungen, Organisierung des Rechtsschutzes und dergleichen von Anfang an vorgesehen.

Die Kritik des ganzen Statuts läßt sich am besten in die Umschreibung eines Satzes zusammenfassen, den der Geburtshelfer der Hirschschen Gewerkvereine, Franz Duncker, wenige Tage nach der Beratung des Statuts in einer im Saale des Handwerkervereins abgehaltenen Arbeiterversammlung in einem Referat über Gewerkvereine zum besten gab. Dort sagte er nämlich mit Bezug auf das Statut des sozialistischen Arbeiterschaftsverbandes, es sei „vortrefflich, wenn wirklich Krieg zwischen Kapital und Arbeit herrsche“, was aber Duncker selbstverständlich leugnete. So kann man vom Hirschschen Statut sagen, daß es, vom Grundfehler in der Beitragshöhe abgesehen, vortrefflich gewesen wäre, wenn die liberale Harmonielehre gestimmt hätte. So aber setzte es bei Arbeitern wie Fabrikanten Eigenschaften und Gesinnungen voraus, die hüben wie drüben nur bevorzugte Minderheiten haben konnten. Auf der Arbeiterseite war es ein Statut für solche Arbeiter, die mehr auf ihr individuelles Fortkommen als auf die Hebung ihrer Klasse bedacht waren, mit anderen Worten: für Arbeiter mit verbürgerlichten Köpfen, und das ist denn auch lange der Grundtypus des Hirschschen Gewerkvereinlers gewesen und geblieben: Werkführer bezw. Vorarbeiter haben immer in den Gewerkvereinen eine tonangebende Rolle gespielt.

Für den „Social-Demokrat“ war es ein Leichtes, die Schwächen des Statuts aufzudecken. Ausführlich besorgte dies ein von Hasselmann verfaßter Artikel, der in der Nummer vom 11. November erschien. Aber so scharf die Kritik auch war, so konnte sie doch eins nicht bewirken: ein schnelles Wachstum des Arbeiterschaftsverbandes. In den meisten Berufen zauderte die Elite der Arbeiterschaft noch immer, sich den sozialistischen Organisationen anzuschließen. In den Versammlungen jener Tage finden wir bald die eine, bald die andere Richtung in der Mehrheit, aber hüben wie drüben waren die Erfolge spärlich gesät. Wie es bei den Fortschrittlern stand, zeigt ein von Franz Duncker und dem Rendant E. Blum im Namen der „Kommission zur Beratung von Musterstatuten für deutsche Gewerkvereine“

unterm 19. Oktober 1868 versandtes Rundschreiben an bürgerliche Gönner um Geldbeiträge für die Deckung der der Kommission erwachsenden „nicht unbedeutenden Kosten“.

Trotz ihrer steten Betonung der Selbsthülfe hatten die Fortschrittler es eben nicht verstanden, den zu ihnen haltenden Arbeitern den Geist wahrer Selbsthülfe einzuprägen, der nur auf dem Boden des Klassenempfindens erwächst. So stand es denn auch bei den sozialistischen Gewerkschaften immerhin etwas besser. Vom 18. Oktober ab konnte der „Social-Demokrat“ mit der Ankündigung, daß seine Auflage jetzt 3.000 überschritten habe, wieder in größerem Format erscheinen.

Am 25. Oktober erklärt sich eine große Zigarrenarbeiterversammlung in der Alhambra gegen eine Opposition anwesender Schulzeaner für den Anschluß ihrer Organisation an den Arbeiterschaftsverband. Eine am 1. November im Handwerkerverein abgehaltene Gegenversammlung verläuft tumultuarisch und wird, nachdem ein fortschrittlicher Arbeiter erklärt hatte, Fritzsche sei nicht wert, Schulze-Delitzsch als Stuhl zu dienen, unter großem Lärm aufgelöst. Am 8. November kann der „Social-Demokrat“ die Gründung einer Berliner Mitgliedschaft der Lohnarbeitergewerkschaft mit dem Tischler Büchner als Bevollmächtigten und dem Möbelpolierer Renz als Ortskassierer melden. Renz wurde auch ein sehr eifriges Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Der Verein selbst zeigt eine Weile wieder ein regeres Leben. Schweitzer hält Anfang November in der Berliner Mitgliedschaft Vorträge über die Arbeiterbewegung Frankreichs in den Jahren 1848/49. Später wird der Schriftsteller Dr. Grothe, bisher Fortschrittler, für geschichtliche Vorträge gewonnen, auch debattiert man über den Wert der Fabrikgesetzgebung.

Immerhin sieht sich der „Social-Demokrat“ in seiner Nummer vom 15. November veranlaßt, in einem sehr bemerkenswerten Artikel den auswärtigen Genossen die Gründe für das langsame Wachstum der Bewegung in Berlin auseinanderzusetzen. In Berlin fehle der Arbeiterschaft der Zusammenhalt. Hier müsse der Arbeiter tatsächlich erst durch die Schule des Schulzeanismus gehen, ehe er für die Sozialdemokratie empfänglich sei. Das Schulzeanertum sei ein Uebergangsstandpunkt zwischen der Indifferenz des verphilisterten hauptstädtischen Arbeiters und dem Sozialismus. Die besten Schulzeaner würden, einmal gewonnen, auch die besten Lassalleaner.

Dem Beispiel der Sozialdemokraten Sachsens und der Volksparteiler folgend, die nach Verjagung der Königin Isabella Adressen an die spanischen Demokraten und Republikaner erlassen hatten, unterbreitete Schweitzer im „Social-Demokrat“ vom 8. November den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins eine Adresse an die spanischen Arbeiter, die die Berliner Mitgliedschaft einige Tage darauf in ihrer Sitzung guthieß. Diese Adresse wendet sich scharf gegen die Parteien, die in Spanien die durch die Flucht Isabellas zu Boden gefallene Monarchie wieder herstellen wollten und ruft den spanischen Arbeitern zu: „Eure Aufgabe, spanische Arbeiter, ist es, Hand in Hand mit den demokratischen Elementen des Bürgertums die

demokratische Republik zu befestigen und zu kräftigen, sie allein trägt in sich die Gewähr vollständig freiheitlicher Einrichtungen. Unter dem Schutze eines wahrhaft demokratischen Staatswesens werdet Ihr kühn auch die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse zu verwirklichen haben.“ Treffliche Worte, denen indes die Taktik, die der „Social-Demokrat“ gerade in Berlin beobachtete, nicht entsprach.

Die Versammlung, die die obige Adresse gutgeheißen hatte, hatte im Rosentaler Garten, Rosentalerstraße, getagt. Bald darauf war die Mitgliedschaft schon wieder heimatlos, und erst als man das Lokal des Kaisergartens, Alte Jakobstraße 120, gewonnen hatte, konnten wieder Mitgliederversammlungen stattfinden. Die erste davon war zugleich Abschiedsfeier für Schweitzer, der von neuem ins Gefängnis zu wandern hatte. Ihn vertrat wiederum Hasselmann als leitender Redakteur. Mit Lübkert und Roller war Hasselmann außerdem Mitglied des Sekretariats des Arbeiterschaftsverbandes.

Im „Social-Demokrat“ wie in Mitgliederversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins unterwarf er das von Bebel ausgearbeitete Statut der dritten Form von Gewerkschaften, die damals ins Leben gerufen wurden, nämlich der sich meist als international bezeichnenden Gewerksgenossenschaften, einer abfälligen Kritik — mußte es indes geschehen sehen, daß im Anfang Dezember der Berliner Schneiderverein den von seinem Delegierten auf dem Arbeiterkongreß versprochenen Anschluß an den Arbeiterschaftsverband für verfrüht erklärte und sich im Gegensatz dazu für die Annullierung des provisorischen Anschlusses des Allgemeinen deutschen Schneidervereins an den Arbeiterschaftsverband aussprach, welche Annullierung denn auch alsbald erfolgte. Während die Mitglieder des Schneidervereins mehr den Bebelschen Ideen zuneigten, ging der auf dem Berliner Arbeiterkongreß zum Präsidenten der Maurergewerkschaft ernannte Maurer Wahl zu den Fortschrittlern über und präsidierte einer nach Leipzig einberufenen Generalversammlung, die einen Verein im Sinne von Max Hirsch gründete. Dagegen wurde in einer, Mitte Dezember abgehaltenen großen Generalversammlung der Zimmerer mit allen gegen 36 Stimmen der Anschluß an den Arbeiterschaftsverband gutgeheißen. Die Berliner Zimmerer bildeten in bezug auf Zahl und festen Zusammenhalt die stärkste Arbeiterverbindung Berlins in jenen Tagen. Am 20. Dezember konnte der „Social-Demokrat“ feststellen, daß die Zahl der Mitglieder des Zimmerervereins auf 1.100 angewachsen war.

Ende 1868 spielte sich wieder einmal ein Konflikt der Borsigschen Maschinenbauer mit ihrer Fabriksleitung ab. Ein Obermeister, namens Krall, hatte einen Arbeiter geohrfeigt, was bei dessen Kollegen erfreulicherweise große Erbitterung hervorrief.

71. Mitgliedskarte der Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, 1869

Angesichts dieses legte sich der neugegründete Max Hirschsche Ortsverein der Maschinenbauer ins Zeug und wählte eine aus Franz Duncker, Max Hirsch, Schulze-Delitzsch und den Arbeitern Böhm und Dehnel bestehende Deputation, die Borsig um Entlassung des genannten Obermeisters angehen sollte.

Zu einem Empfang der Deputation durch Herrn Borsig kam es indes nicht, vielmehr berief Borsig, nachdem er persönlich mehrmals mit Schulze-Delitzsch konferiert hatte, am Sylvesterabend seine Arbeiter in den großen Fabriksaal zusammen und teilte ihnen kurzerhand mit, er werde Krall entlassen und später mit einem Verweis und der Erwartung künftigen besseren Betragens wieder einstellen. Er bitte die Arbeiter, den alten Groll im alten Jahr zurückzulassen, auf daß die Eintracht zwischen ihm und ihnen nicht mehr getrübt werde. Mit dem Dank für ihr Erscheinen entfernte er sich und schrieb dann an den Vorsitzenden des Ortsvereins, er halte die Angelegenheit für erledigt und einen Besuch der Deputation nicht mehr für nötig.

Nach einem unwiderlegt gebliebenen Bericht der „Volkszeitung“ hatte sich nach Fortgang Borsigs die Mehrzahl der Arbeiter mit dessen Vorschlag einverstanden erklärt. Ein ziemlich lahmer Ausgang, wenn auch keine völlige Niederlage, als die der „Social-Demokrat“ die Sache damals hinstellte.

Am 11. Dezember hielt der Wahlverein der Fortschrittspartei im Handwerkerverein seine Generalversammlung ab. Auf ihr wurde unter anderem die Frage des kommunalen Wahlrechts verhandelt. Ein Teil der Führer wollte sich auf gewisse Einschränkungen des Wahlrechts einlassen, während das Mitglied Adolf Streckfuß, in dem noch etwas Achtundvierziger Tradition lebte, für Festhalten am allgemeinen und gleichen Wahlrecht eintrat, wofür sich denn auch die große Mehrheit der Delegierten erklärte. Acht Tage darauf brachte der fortschrittliche Demokrat, Dr. Neumann, den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Natürlich ohne praktischen Erfolg.

Das Jahr 1868 hatte den kämpfenden Sozialisten Berlins allerhand polizeiliche und gerichtliche Verfolgungen gebracht. Da sie meist mit unbedeutenden Verurteilungen endeten, kann von einer Aufzählung abgesehen werden. Noch am 7. Dezember wurde der sehr rührige L. Schumann wegen Amtsehrverletzung, die er gegen den Polizeipräsidenten begangen haben sollte, zu Gefängnis verurteilt. Dagegen wurde am 30. Dezember Schweitzer auf Urlaub aus dem Gefängnis entlassen, um seinen schwer erkrankten Vater besuchen zu können. Dieser war aber schon tags vorher gestorben, und nun erwirkte sich Schweitzer Verlängerung des Urlaubs behufs Regulierung des Nachlasses und sonstiger Familienangelegenheiten. Die Tatsache, daß er während dieses Urlaubs, der sich bis Mitte Februar 1869 hinzog, in Süddeutschland agitatorisch tätig sein konnte, erregte von neuem Verdacht, dem Liebknecht im „Demokratischen Wochenblatt“ unverhüllten Ausdruck gab.

Indes ließ sich die übergroße Masse der Vereinsmitglieder dadurch von ihrer Anhänglichkeit an Schweitzer nicht abbringen. Bei der Anfang Februar 1869 erfolgten Neuwahl des Präsidenten wurde Schweitzer von den meisten Mitgliedschaften einstimmig, in den anderen, Dresden und Glauchau ausgenommen, mit erdrückender Mehrheit wiedergewählt. Berlin gab 101 Stimmen für Schweitzer und 7 gegen ihn ab, an den anderen Orten war das Maximum der gegen Schweitzer abgegebenen Stimmen drei.

Mitte Februar ging Schweitzer wieder in die Haft, konnte sie aber wenige Wochen darauf wieder verlassen, da der Norddeutsche Reichstag zur Frühjahrssession zusammentrat. Erst am 17. Juli ging er aufs neue ins Gefängnis. Ueber außerordentliche Vergünstigungen, die ihm in der Stadtvogtei zuteil geworden, gingen Berichte um, die sehr kompromittierend lauteten. Der „Social-Demokrat“ erklärte sie in seiner Nummer vom 29. August für größtenteils unwahr, es ist aber zur Kennzeichnung der seit jener Zeit in der Behandlung politischer Verbrecher in Preußen vor sich gegangenen Wandlungen von Wert, daß der „Social-Demokrat“ schreiben konnte: „Einige der angeführten Dinge, nämlich eigenes Zimmer, Lektüre, nach Belieben Spaziergänge im Garten (sogenannte Freistunde) hat jeder, der wegen Preßvergehen bestraft wird, in der Stadtvogtei.“

Bald sollte man auch davon sagen können: „Es war einmal“.

Das Jahr 1869 ward für die sozialistische Bewegung Deutschlands ein außerordentlich ereignisreiches. Eine lebhafte Agitation nach außen ging mit heftigen, immer wieder von neuem ausbrechenden Kämpfen von Organisation gegen Organisation Hand in Hand.

Auf der Elberfelder Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Ende März stattfand, erschienen Bebel und Liebknecht und brachten dort ihre Anklagen gegen Schweitzer vor. Dieser, der sich übrigens nicht persönlich verteidigte, sondern die Antwort auf die Anklage den zu ihm stehenden Delegierten überließ, erhielt zwar von der Mehrheit des Kongresses ein Vertrauensvotum, die für ihn eintretende Mehrheit war aber diesmal nicht übermäßig groß, und zudem wurde eine Aenderung des Organisationsstatuts angenommen, die den Vorstand des Vereins aus einer über ganz Deutschland zerstreuten und dadurch dem Präsidenten gegenüber nur ein Schattendasein führenden Körperschaft durch Reduzierung von 25 auf 15 bezw. — neben Präsident, Sekretär und Kassierer — 12 Mitglieder, die an einem und demselben Ort wohnen sollten, zu einer wirklich kontrollierenden Gegeninstanz zu machen suchte.

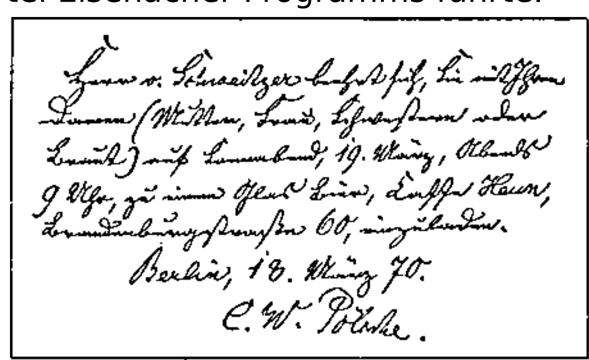
Unzweifelhaft war dieser Beschluß Schweitzer sehr unbequem, zumal in den Vorstand, der nach Hamburg verlegt wurde, einige Personen kamen, die sich ihm gegenüber stark oppositionell verhielten.

Aehnlich verlief die auf den 23. Mai nach Kassel einberufene Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes, wenn sie sich auch äußerlich günstiger für Schweitzer abspielte. Auf der einen Seite zeigte sich, daß die meisten Arbeiterschaften nur erst mit recht winzigen Zahlen auftreten konnten, auf der anderen machte sich schon ein Sweben der Arbeiterschaften nach Verselbständigung deutlich bemerkbar. Wurde doch u. a. von der Gründung eines eigenen Gewerkschaftsblattes gesprochen, da der „Social-Demokrat“ für die Aufgaben eines solchen nicht genügend Raum habe. Offenbar, um sich dieser Bestrebungen zu erwehren, vollzog Schweitzer plötzlich im Juni die Vereinigung mit der Fraktion Mende-Hatzfeldt in der Gestalt eines regelrechten Staatsstreichs.

Im „Social-Demokrat“ vom 18. Juni wurde den Mitgliedern die Vereinigung kundgegeben, deren Bedingung die Wiederherstellung

des alten Lassalleschen Statuts, d. h. die Auflösung des kaum gewählten neuen Vorstandes und Einsetzung eines wieder über ganz Deutschland zerstreuten Vorstandes war. Darüber hatten die Mitglieder einfach mit Ja oder Rein abzustimmen, wofür ihnen gerade drei Tage Zeit gelassen wurden. Der in der Arbeiterschaft stets mächtige Drang zur Vereinigung bewirkte, daß fast allerorts nahezu einstimmig die Vereinigungsbedingungen gebilligt wurden.

Nur eine kleine Minderheit von Mitgliedern empfand das Manöver als illoyal, und von ihr ward dann jener Aufruf erlassen, der zur Einberufung eines allgemeinen Sozialistenkongresses nach Eisenach, und dort, durch Verschmelzung der oppositionellen Elemente des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit den zu Bebel und Liebknecht haltenden Sektionen des Nürnberger Vereinstages und einer Anzahl unabhängiger demokratischer Vereine, zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms führte.



Herr v. Schweitzer beehrt sich, Sie nebst Ihren Damen (Mutter, Frau, Schwester oder Braut) auf Sonnabend, 19. März, Abends 9 Uhr, zu einem Glas Bier, Deutsches Haus, Brandenburgstraße 60, einzuladen.
Berlin, 18. März 70.
C. W. Tölcke.

72. Einladungsbillett an einen Genossen zu einem von Schweitzer veranstalteten gemütlichen Bierabend; geschrieben von der Hand C. W. Tölckes

Auf die stürmischen Vorgänge in Eisenach selbst kann hier nicht eingegangen werden, sie gehören der Geschichte der Gesamtbewegung an. Eine Stelle im Aufruf für den Eisenacher Kongreß, worin an „alle ehrlichen Sozialdemokraten“ appelliert wurde, sich der Bewegung anzuschließen, gab dem „Social-Demokrat“ Anlaß, die Einberufer und ihre Freunde spöttisch als „die Ehrlichen“ zu bezeichnen, ein Spottname, der sich später auf die ganze sozialdemokratische Partei Eisenacher Programms und damit auch auf den Berliner demokratischen Arbeiterverein übertrug, aus dessen Reihen verschiedene Mitglieder — Aron, Lepner, Metzner rc. — am Eisenacher Kongreß als Delegierte teilgenommen hatten und der sich politisch nun der Eisenacher Partei anschloß.

In diesem Verein hat am 31. Mai 1869 Wilhelm Liebknecht den Vortrag: „Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie“ gehalten, der wegen seiner starken Angriffe auf die Teilnahme am Gesetzgebungswerk im Reichstag später immer wieder von Anarchisten gegen die politische Taktik der Sozialdemokratie ins Feld geführt worden ist. In der Absicht, die Fehler von Schweitzers opportunistischer Politik bloßzulegen, und — wie wir heute wissen — eine Strömung in der eigenen Partei zu bekämpfen, die sich gleichfalls gegen die Beschränkung auf den bloßen Protest richtete und in A. Bebel einen Hauptvertreter hatte, hieb Liebknecht, dem der Vortrag übrigens drei Monate Gefängnis einbrachte, verschiedentlich über die Schnur.

Indes enthält der Vortrag selbstverständlich auch sehr viel Zutreffendes über die Gefahren des Parlamentarismus und legte die Kehrseiten der gerade damals vom „Social-Demokrat“ der bürgerlichen Demokratie gegenüber eingenommenen Haltung treffend bloß.

Die Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins blieb selbstverständlich von diesen Vorkommnissen nicht unberührt. Aber, wie an den meisten anderen Stammsitzen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, führte auch hier der Konflikt zu keiner eigentlichen Spaltung, sondern nur zu einer Absplitterung verhältnismäßig weniger Mitglieder. Selbst vorher einflußreiche Mitglieder, deren Tüchtigkeit ihnen eine große Popularität verschafft hatte, gingen von dem Moment an, wo sie dem Verein den Rücken kehrten, jedes Einflusses verlustig. In Einzelfällen genügte sogar noch weniger.

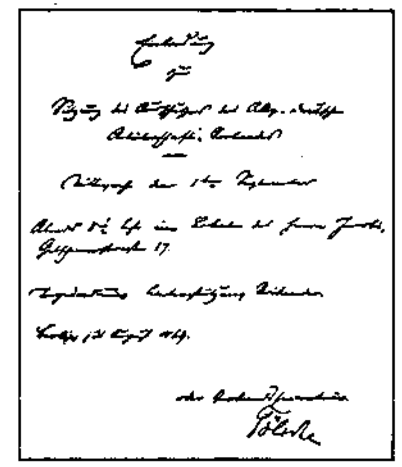
So wurde schon Anfang März von Berliner Mitgliedern die Ausstoßung des Metallarbeiters G. Kärger, des Buchbinders Hermann Peter[10], des Musiklehrers Rokicki und des Apothekers H. Vogel — alles um die Ausbreitung des Vereins sehr verdiente Mitglieder — beantragt, weil sie „im geheimen und öffentlich die Organisation des Vereins zu untergraben und durch Intrigen die Wirksamkeit desselben abzuschwächen suchen“.

Die Genannten hatten nämlich den Antrag propagiert und der Generalversammlung eingeschickt, „einen Kongreß der gesamten sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu berufen, um sich über ein gemeinsames Programm und Organisation zu verständigen,“ und in den Erwägungen zu diesem Antrag hatte es geheißen, daß die Arbeiterklasse „nur dann ihre Sache ohne Gefährdung der Parteizentralisation durchführen kann, wenn sie sich daran gewöhnt, unter allen Eventualitäten die Führerschaft bestimmter Personen entbehren zu können“.

Noch deutlicher gegen die persönliche Diktatur Schweitzers zielten zwei von Rokicki gestellte Anträge. Der eine verlangte, daß die Bestimmung über die geographische Richtung der Agitation dem persönlichen Befinden des Präsidenten entzogen werde, und der zweite forderte die Generalversammlung auf, im Hinblick auf den Liebknechtschen Vorschlag, die Streitigkeiten zwischen Liebknecht und Schweitzer einem Schiedsgericht der Internationale zu unterbreiten, die Erklärung des „Social-Demokrat“, daß der Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nur der Generalversammlung dieses Vereins verantwortlich sei, zu mißbilligen und im Gegensatz zu ihr den Grundsatz aufzustellen: „der Führer einer Fraktion des Proletariats ist für die Handlungen, die er als solcher unternommen hat, der gesamten, sowohl nationalen wie internationalen Sozialistenpartei verantwortlich“.

H. Vogel wurde von der Generalversammlung selbst aus dem Verein ausgestoßen, weil er bei Erörterung einer von J. B. v. Hoffstetten gegen Schweitzer erhobenen Anklage den letzteren beleidigt habe. Mit Bezug auf die anderen drei wurde die Regelung der Berliner Mitgliedschaft überlassen, und diese beschloß in ihrer Sitzung vom 24. April die Ausstoßung Peters und Rokickis mit allen gegen 12 Stimmen, während der Antrag auf Ausstoßung Kärgers abgelehnt wurde.

[10] Hermann Peter hatte das Werk des Berliner Arbeiterkongresses in einer Broschüre: ,,Der Allgemeine deutsche Arbeiterkongreß zu Berlin" (1868, Selbstverlag) wirksam verteidigt.



73. Versammlungs-Einladung Tölckes

Am 17. April war auch ein gegen den langjährigen Expedienten des „Social-Demokrat“, Heinrich Roller, gerichteter Ausstoßungsantrag wegen Pflichtverletzung und Beleidigung der Generalversammlung einstimmig angenommen worden. Nach dem Bekanntwerden des Schweitzerschen Staatsstreichs traten F. W. Fritzsche, Louis Schumann und der Metallarbeiter Ellinger, sowie noch andere freiwillig aus dem Verein aus. Die meisten der Ausgetretenen, bezw. Ausgestoßenen schlossen sich dem demokratischen Arbeiterverein an.

Für den Austritt Fritzsches und Schumanns war u. a. die zweideutige Haltung maßgebend, die Schweitzer den Gewerkschaften gegenüber einnahm. Auf der Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes in Kassel hatte er sich wie ein Triumphator feiern lassen — u. a. hielt er einen wohlvorbereiteten Einzug in offener Kutsche ab — in seinem Einigungsabkommen mit Fritz Mende dagegen verpflichtete er sich, wie dieser bald darauf öffentlich erklärte, die Gewerkschaften, bis ihre Auflösung möglich sei, immer mehr in den Hintergrund zu drängen; er habe zu ihnen nur auf Andrängen anderer als zu einem vorübergehenden Agitationsmittel gegriffen.

Es liegt kein Grund vor, die Mendesche Erklärung für aus der Luft gegriffen zu betrachten. Derjenigen Lassalleschen Orthodoxie, deren Führer Mende damals war, waren die Gewerkschaften prinzipwidrig, und Mende würde sich selbst aufgegeben haben, wenn er unter anderen Bedingungen, als die angegebenen, auf die Verschmelzung der Organisationen eingegangen wäre. Auch war Schweitzer über die Entwickelung und Verselbständigungsgelüste einiger Gewerkschaften sicherlich nicht erbaut und mag daher schon deshalb Mende in dieser Hinsicht Zugeständnisse gemacht haben.

Indes war im ganzen sein Spiel mehr darauf gerichtet, Mende für seine Zwecke auszunutzen und dann fallen zu lassen, als die Bewegung an diesen Phrasenheld zu verraten. Die Gewerkschaften aufzulösen und die Organisation von Arbeitseinstellungen möglichst zu verhindern, wie das Mendesche Programm lautete, konnte um so weniger seine ernsthafte Absicht sein, als gerade in jener Zeit der Allgemeine deutsche Arbeiterverein einer gewerkschaftlichen Streikbewegung und seiner intimen Verbindung mit der bezüglichen Gewerkschaft einen vordem kaum geahnten Aufschwung in Berlin zu verdanken hatte.

Mitte April 1868 organisierte der Berliner Zimmererverein eine allgemeine Arbeitseinstellung der Berliner Zimmerer, nachdem eine von diesen gewählte Lohnkommission vergebens versucht hatte, mit den Meistern wegen einer Lohnerhöhung zu Verhandlungen zu kommen. Die gestellten Forderungen waren überaus mäßige: für die Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends sollte ein Mindestlohn von 1 Taler pro Tag, bei Arbeit von 6 bis 6 Uhr 27 Sgr. 6 Pf., bei Arbeit von 7 bis 5 Uhr 25 Sgr., bei Arbeit im Winter von 7 bis 3 Uhr 1 Tlr. 5 Sgr., und die Ueberstunde mit 3 Sgr. bezahlt werden.

Der Streik erregte allgemeines Aufsehen. Es war der erste Lohnkampf großen Stils, den Berlin zu sehen bekam. Die Versammlungen der streikenden Zimmerer füllten die größten der damaligen Lokale, und in den Versammlungen herrschte unbestritten der sozialdemokratische Geist.

Schon im Januar hatte die Berliner Mitgliedschaft des Zimmerervereins die sozialdemokratischen Führer und Redner J. B. v. Schweitzer, Fritzsche, Tölcke, Armborst, Ellinger, Peter, Roller, Schumann, Triemer und Vogel zu Ehrenmitgliedern ernannt, die eigenen Wortführer des Vereins, Lübkert, Mietzel, Kapell, waren eifrige Agitatoren für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Lübkert insbesondere entfaltete die regste Propaganda für diesen Verein unter den Zimmerern. Er hielt stramm zu Schweitzer und wurde, als dieser am 17. Juli seine Haft antrat, von ihm zum Stellvertreter in der Präsidentschaft des Allgemeinen Arbeiterschaftsverbandes ernannt.

Da der Zimmererstreik mit dem Erfolg endete, daß nach vierwöchentlichem Kampf am 14. Mai die Meister die Forderungen der Gesellen mit ganz unwesentlichen Abänderungen annahmen und sich nur eine Frist für die Durchführung ausbedangen, gewann der Allgemeine deutsche Arbeiterverein in der Person Lübkerts unter den Zimmerern erhöhtes Ansehen. Die Popularität Lübkerts wurde noch dadurch gesteigert, daß er am 3. Mai wegen eines an die Arbeiter aller Berufszweige in Berlin gerichteten Flugblatts über den Streik zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Noch ehe der Streik zu Ende war, berief C. W. Tölcke als Bevollmächtigter der Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins eine große Volksversammlung in das Lokal Alcazar — das spätere Luisenstädtische und jetzige Thalia-Theater — mit der Tagesordnung ein: 1. Die Arbeitseinstellung der Berliner Zimmerleute, Referent G. Lübkert; 2. die Interessen der Arbeiter und der Norddeutsche Reichstag (die Sonntagsarbeit und die Gewerbeordnung), Referent C. W. Tölcke. In der Anzeige hieß es weiter:

„Die Abgeordneten der Arbeiterpartei, die Herren Dr. v. Schweitzer, Fritzsche und Hasenclever werden anwesend sein, die Abgeordneten der Gegenparteien, die Herren Dr. Braun, v. Hennig und Lasker sind eingeladen.“

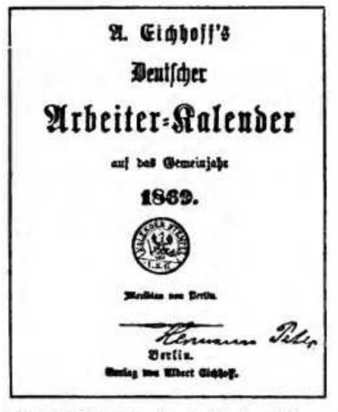
Die letztgenannten waren Mitglieder der nationalliberalen Partei und hatten bei Beratung der Gewerbeordnung die sozialdemokratischen Anträge bekämpft.

Die Versammlung war stärker besucht, wie irgend eine frühere Volksversammlung in Berlin. Lange vor Eröffnung mußten die Tische und Stühle aus dem gewaltigen Saal entfernt werden, und doch wogte noch eine große Menge auf dem Vorplatz zum Saal. Der „Social-Demokrat“ gibt die Zahl der Teilnehmer auf mindestens 6.000 an. Das mag etwas übertrieben sein, doch jedenfalls war der Besuch für die damaligen Verhältnisse Berlins ein ungeheurer. Verlauf und Ausgang der Versammlung gestalteten sich zu einem großartigen Erfolg für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Schweitzer und Tölcke wurden

zu Vorsitzenden, Max v. Mietze! und Troost zu Schriftführern ernannt. Die eingeladenen nationalliberalen Abgeordneten waren selbstverständlich nicht erschienen. Lübkerts Referat über den Stand des Zimmererstreiks wurde durch eine ganze Reihe von Rednern der verschiedensten Berufe waren unterstützt. Tölcke ging in seinem Referat über die Beratung der Gewerbeordnung im Reichstag ganz besonders scharf gegen die Nationalliberalen ins Zeug, während er von den Fortschritt lern anerkannte, daß sie immerhin in vielen Fragen mit den Arbeiterabgeordneten gestimmt hatten. Auch Schweitzer hob in seinem Schlußwort hervor, daß den Nationalliberalen und Reaktionären am meisten zu Mißtrauen sei, während gerade Lübkert in diesem Teil der Debatte scharf gegen die Fortschrittspartei polemisierte, die durch Ablehnung des gesetzlichen Normalarbeitstages die Interessen des Geldsacks vertreten habe. Aehnlich kritisierte der Metallarbeiter Kärger die Fortschrittspartei, während Hasenclever mehr die prinzipiellen Gegensätze zwischen Fortschrittspartei und Sozialdemokratie behandelte. Von anderen Diskussionsrednern sind noch der Zigarrenarbeiter Jakob Minnen und der Schuhmacher Zielowski zu nennen, die in der Berliner Bewegung ebenfalls längere Zeit hervorragend tätig gewesen sind, sowie der Buchhalter L. Aron vom demokratischen Arbeiterverein. Aron erklärte, gegen die Tölckesche Resolution stimmen zu müssen, da aus dem Reichstage nichts Gutes hervorgehen könne; erst in der sozialistischen Republik werde der Arbeiter seine Rechte erhalten. Die Resolution selbst, die schließlich mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde, lautet:

„Die Versammlung erklärt: der Norddeutsche Reichstag hat durch seine bisherigen Verhandlungen und Beschlüsse gezeigt, daß er vorwiegend aus Vertretern der reaktionären Staatsmacht und der Kapitalherrschaft besteht. Von einer solchen Versammlung hat das arbeitende Volk nichts zu erwarten. Es ist Pflicht der Arbeiter, in Zukunft eigene Kandidaten der Arbeiter durchzusetzen, um dadurch tatkräftige Vertreter politischer und sozialer Freiheit in den Reichstag zu bringen.“

Mit dem Gesang der Audorfschen Marseillaise und donnernden Hochs auf die Sozialdemokratie und die Arbeiterabgeordneten wurde die Versammlung um 3 Uhr nachmittags geschlossen. Eine Sammlung an den Ausgangstüren für die streikenden Zimmerer ergab rund 116 Tlr. Der Bericht des „Social-Demokrat“ schließt mit den Worten: „Berlin gehört uns.“ Und in der Tat gehörte von nun an, was wirkliche Volksversammlungen anbetrifft, Berlin der Sozialdemokratie. All die vorher erwähnten Wirren hielten das Wachstum des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nicht mehr auf. Auf den Zimmererstreik folgte ein Streik der Maurer um gleiche Forderungen, wie die der Zimmerer, und der ebenso wie der Streik der Zimmerer nach vierwöchentlichem Kampf gewonnen wurde. Auch hier gab es Versammlungen, die von vielen Tausenden besucht waren; nach einer Notiz des Berliner Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Maurervereins, E. Grändorff, zählte der Verein im August 1869 in Berlin 4.500 Mitglieder. Maurer und Zimmerer bildeten aber von nun an die feste Garde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Mit ihrem Korpsgeist, der damals allerdings noch einen etwas zunftartigen Zug hatte, waren sie durch einfache Mitteilung zu veranlassen, dort in Massen sich pünktlich einzustellen, wo ihre Anwesenheit gewünscht wurde.



A. Eichhoff's

Deutscher

Arbeiter-Kalender

auf das Gemeinjahr

1869.

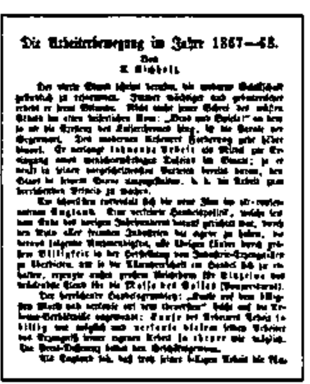
Berlin.

Verlag von Albert Eichhoff.

74. Titelblatt des ersten in Berlin erschienenen sozialdemokratischen Arbeiterkalenders

Bis zum September 1869 war die Berliner Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins auf gegen 500 und der Absatz des „Social-Demokrat“ in Berlin auf 765 gestiegen. Es muß aber hinzugefügt werden, daß der Inhalt des „Social-Demokrat“ in bestimmter Richtung mittlerweile eher eine Verschlechterung erfahren hatte. Dies bezieht sich nicht auf die allgemeine politische Haltung des Blattes. In dieser Hinsicht wird der unparteiische Berichterstatter zugeben müssen, daß, wie der Allgemeine deutsche Arbeiterverein sich vor der nunmehr seine Hauptkonkurrentin bildenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms noch längere Zeit durch größere innere Einheitlichkeit auszeichnete, hinter der sich freilich gar manche theoretische Unklarheit bergen konnte, auch die politische Haltung des „Social-Demokrat“ eine einheitlichere war. Das Blatt hielt sich von Ueberschwenglichkeiten frei, vertrat aber die sozialistischen und demokratischen Grundsätze mit rückhaltloser Konsequenz. Dagegen wurde sein Ton und insbesondere seine Polemik eine immer gehässigere und nicht selten rohe. Insbesondere wurde das Volksvorurteil gegen die Juden in unanständigster Weise gegen sozialistische und nichtsozialistische Gegner ausgespielt und dem Begriff des Literaten die denkbar schlechteste Deutung gegeben. Das Wort Literat wurde fortan immer nur als Schimpfwort ausgespielt, wenn nicht statt seiner, ob mit innerlicher Berechtigung oder nicht, das Kraftwort „Preßjude“ gebraucht wurde. Man wird nicht fehlgehen, wenn man für diese Veränderung zum Schlechten im „Social-Demokrat“ die Hauptverantwortung Wilhelm Hasselmann zuschreibt.

Hasselmann war es auch, der im „Social-Demokrat“ zuerst mit der schwieligen Hand renommierte, wobei er, der selbst Literat war, sich nicht scheute, die „schwielige Hand“ mit auf sich zu beziehen.


Die Arbeiterbewegung im Jahre 1867—68.

75. Eine Seite aus Eichhoffs Arbeiterkalender

Um die gleiche Zeit beginnt nun auch die Taktik des Sprengens gegnerischer oder von Nicht-Lassalleanern einberufener Versammlungen. Wie wir gesehen haben, war bisher der Verkehr der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit Gegnern in den Versammlungen ein leidlich auskömmlicher gewesen. Man griff sich mehr oder weniger scharf an, aber man respektierte das gegenseitige Versammlungsrecht. Das wurde nun anders, und zwar war es bezeichnenderweise der aus Sozialisten bestehende demokratische Arbeiterverein, der zuerst die neue Taktik an sich verspüren sollte. Der Verein hatte nach dem Schweitzerschen Staatsstreich auf Sonntag, den 4. Juli, eine Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Die Wiedervereinigung der Lassalleaner und ihre Stellung gegenüber der Sozialdemokratie[11] einberufen. Diese Versammlung wurde regelrecht gesprengt. Eine in der Nummer des „Social-Demokrat“ vom 4. Juli, die aber schon am 3. Juli herauskam, veröffentlichte Annonce fordert „sämtliche Parteifreunde, insbesondere die Zimmerleute, Maurer, Zigarrenarbeiter rc.“ auf, „zu freundschaftlicher Zusammenkunft Sonntag, den 4. Juli, morgens Punkt 8 Uhr, in Engelhardts Lokal, Lindenstraße 54 zu erscheinen“. „Es handelt sich“, heißt es weiter, „um sehr wichtige Angelegenheiten“. Die sehr wichtige Angelegenheit dieser freundschaftlichen Zusammenkunft war die rechtzeitige Besetzung der Versammlung des demokratischen Arbeitervereins. Ehe noch die Mitglieder dieses Vereins und sonstige Besucher das Lokal betraten, war es schon von den vom „Social-Demokrat“ aufgebotenen Mannschaften gefüllt, so daß sie nur noch an zerstreuten Teilen im Saale Platz fanden. Den Verlauf der Versammlung kann man sich danach vorstellen. Die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bestanden auf Bureauwahl und setzten ein ausschließlich aus den Ihrigen zusammengesetztes Bureau durch, bestehend aus dem Vertrauensmann der Zimmerer, August Kapell, dem Zigarrenarbeiter Leib und dem Schriftsetzer Lienig. In der Debatte sprachen von ihnen: Aurin, Hasselmann, Finn, Renz, Rost, Zielowski, während von der anderen Seite — wie der „Social-Demokrat“ schrieb — „Literat Aron, Metzner und Arndt“ sprachen. Man sieht, wie hier das Wort Literat gemißbraucht ward. Aron, der bis zu seinem Tode ein treuer Anhänger der Sozialdemokratie blieb, war damals Handelsangestellter.[12] Metzner und Arndt waren, wie man

[11]

[12] Als ihm später eine kleine Erbschaft zufiel, benutzte er dieselbe, den ihm widerstrebenden Berns zu verlassen und bereitete sich zum Studium der Medizin vor. Als Vierzigjähriger ging er 1877 noch einmal ins Gymnasium, machte im Herbst 1878 sein Abiturientenexamen und fünf Jahre darauf sein Staatsexamen. Nach wenigen Jahren medizinischer Praxis riß ihn indeß der Tod hinweg.

weiß, Schuhmacher. In gleicher Weise wurde der aus reiner Begeisterung der Bewegung beigetretene Wilhelm Bracke, der seine Uneigennützigkeit u. a. als Kassierer des Vereins trefflich bewährt hatte, in der gleichen Nummer des „Social Demokrat“, bloß, weil er in Opposition getreten war, mit „Bourgeois Bracke, Kaufmann in Braunschweig“ betitelt. In der Versammlung wurde, nachdem eine von Aron beantragte Resolution mit allen gegen 40 Stimmen abgelehnt worden war, eine von Hasselmann, Finn, Rost rc. eingereichte Resolution mit allen gegen 14 Stimmen angenommen. Folgendes ihr Wortlaut:

> „Die Versammlung erklärt: Es ist Pflicht aller Arbeiter Deutschlands, in der festen Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vereinigt gegen Reaktion wie Kapitalmacht anzukämpfen, denn die Wiedervereinigung der Lassalleaner, welche auf demokratischem Wege durch direkte, fast einstimmige Abstimmung der Vereinsmitglieder erfolgt ist, hat den festen Kern geschaffen, in dem sich die Arbeiter einigen können. Die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ist die wahre Vertretung der Arbeiterklasse Deutschlands. Der bisherige Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Dr. von Schweitzer, hat bisher mit voller Kraft gegen Reaktion und Kapitalmacht gekämpft. Infolgedessen verdient er das Vertrauen der Arbeiter Deutschlands.“

Größeres Aufsehen, wie diese Versammlungssprengung, machte vier Monate später die Sprengung, oder wie man es sonst nennen will, einer von Berliner Fortschrittlern auf Sonntag, den 7. November nach dem Konzerthaus einberufenen Volksversammlung. Die Versammlung sollte eine von der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause beantragte Resolution auf Herabsetzung des Militärbestandes und Anknüpfung diplomatischer Verhandlungen zum Zweck allgemeiner Abrüstung sanktionieren. Ehe indes die fortschrittlichen Versammlungsbesucher erschienen, fanden sie den Saal schon von Anhängern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins voll besetzt, und nun wiederholte sich in verstärktem Grade der Verlauf der oben bezeichneten Versammlung. Der Fortschrittler Loewe-Calbe erregte einen furchtbaren Sturm, als er bei der Wahl des Vorsitzenden, die eine große Mehrheit für den von Lassallescher Seite vorgeschlagenen C. W. Tölcke ergab, diese bloß daraufhin für ungültig erklärte, daß einer der Abstimmenden beide Händen emporgehoben habe. Der Lärm wurde noch stärker, als Loewe hierauf über seine eigene Person abstimmen lassen wollte, und Loewe erklärte nun als Einberufer die Versammlung für geschlossen. Nicht — destowenigen setzte Tölcke, der sich aufs Bureau begeben hatte, die Versammlung mit der Erklärung fort, Loewe habe, nachdem die Präsidentenwahl erfolgt sei, gar nicht das Recht gehabt, die Versammlung zu schließen. Die noch im Saal vorhandenen Fortschrittler, die nun ihrerseits zu lärmen begannen, wurden mit Gewalt aus dem Saal hinausbefördert oder gedrängt, worauf dann das Bureau vervollständigt und die Diskussion eröffnet wurde, die von da ab in aller Ruhe verlief. Eine von August Kapell eingebrachte Resolution, die fast einstimmig angenommen

wurde, verlangte Abschaffung der stehenden Heere, die durch eine Volkswehr ersetzt werden müßten, und erklärte die Forderung der Fortschrittler auf teilweise Abrüstung für eine unverzeihliche Halbheit, die im Verein mit dem sonstigen Verhalten der Fortschrittler im Reichstag und Landtag beweise, daß diese zu energischem Handeln unfähig und des Vertrauens der Arbeiter unwürdig seien. Die Arbeiter müßten statt ihrer auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts Abgeordnete wählen, welche der von Ferdinand Lassalle begründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehörten und die Interessen des Volkes voll und ganz verträten.

Neben dieser Resolution, für die außer dem Antragsteller von Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Finn, Zielowsky, Aurin, Grändorff, Schwekendiek, Rost und Tölcke sprachen, waren auch von Mitgliedern der Sozialdemokratie Eisenacher Programms (Tesch, Kämmerer und Schimanowsky), dem fortschrittlichen Vorsitzenden des Berliner Arbeitervereins Krebs und einem Doktor Gerlach Resolutionen beantragt worden, von denen die ersten beiden gleichfalls Abschaffung der stehenden Heere und Ersetzung durch Volkswehr verlangten, die Letztere in schwülstigen Phrasen den König aufforderte, irgend etwas „zum Heile aller Völker der Erde in Allerhöchste Erwägung zu ziehen“. Den Antragstellern wurde das Wort zur Begründung ihrer Resolution gestattet, doch fand über diese keine weitere Abstimmung statt. Nachdem die Kapellsche Resolution angenommen war, schloß Tölcke die Versammlung mit der Bemerkung, die Anwesenden könnten mit dem frohen Bewußtsein von dannen gehen, heute eine große politische Tat vollbracht zu haben. Unter begeisterter Ausbringung des üblichen Hochs und dem Gesang der Audorffschen Marseillaise entfernten sich die Arbeiter, von dem Gedanken durchdrungen, dem Tölcke Ausdruck gegeben hatte.

Traf er indessen das Richtige? Mit Bezug hierauf scheint uns eine Bemerkung am Platze. Ohne pharisäisch den Stab über Leute brechen zu wollen, die der Arbeiterbewegung große Dienste geleistet haben, und ohne zu verkennen, daß die Fortschrittler durch ihr eigenartiges Verfahren die ihnen zuteil gewordene Behandlung in hohem Grade selbst provoziert hatten, muß doch auch der sozialdemokratische Geschichtschreiber zugeben, daß an jenem Tage auf sozialdemokratischer Seite ein bedauerlicher Verstoß gegen das freie Versammlungsrecht begangen wurde. Nachdem der fortschrittliche Einberufer, der den Saal für die Versammlung gemietet hatte, diese geschlossen hatte, wäre es sozialdemokratischerseits besser gewesen, sie nicht willkürlich fortzusetzen, sondern es bei der Tatsache bewenden zu lassen, daß die Fortschrittler ihr eigenes Prinzip verleugnet hatten. Dadurch, daß man Ersteres doch tat, und daß Tölcke, wie sich sodann herausstellte, schon vorher in ein Lokal, das er gar nicht gemietet, im voraus auf denselben Vormittag zwei weitere Versammlungen polizeilich angemeldet hatte, um auch für den Fall, daß die Fortschrittler gar nicht erst eröffneten, Herr der Versammlung zu sein, lud er ohne Not einen sehr häßlichen Verdacht auf die Bewegung. Nämlich den, mit der Polizei unter einer Decke zu stecken.

Es steht fest, daß die Berliner Polizei in dieser Sache eine überaus zweideutige Rolle gespielt hat. Sie, die sonst, wenn es zu Versammlungen unruhig zugeht, so schnell mit Auflösungen bei der Hand ist, ließ hier den größten Tumult, das Prügeln und Hinauswerfen en masse ruhig vor sich gehen, und hielt sogar die später kommenden Fortschrittler vom Betreten des Versammlungslokals mit der Ermahnung ab: „Gehen Sie nicht erst hinein, Sie können da doch nur Prügel bekommen." — War es schon sonderbar, daß sie, die sehr wohl wußte, was vorging, die Anmeldung von zwei Versammlungen in ein Lokal, für das schon eine andere Versammlung angemeldet war, unbeanstandet passieren ließ, so muß es noch mehr auffallen, daß sie die zweite Versammlung alsdann auch faktisch als zu Recht bestehend anerkannte. Unter anderen Umständen hatte sie sie sicher nicht zugelassen.

Der „Social-Demokrat" konstatierte denn auch selbst im Triumph, daß eine organisierte Sprengung der Versammlung vorlag. Die Fortschrittler hätten, schrieb er, um die Zimmerer von der Versammlung abzuhalten, für den gleichen Vormittag die Wahl eines Altgesellen des Zimmerergewerks ansetzen lassen, und fügte dann hinzu: „Doch machte es uns unsere Organisation und Parteidisziplin möglich, in zwei Tagen (Freitag und Sonnabend) die ganze sozialdemokratische Armee von Berlin mobil zu machen."

Von alledem war die Polizei rechtzeitig unterrichtet. Wenn sie trotzdem sich passiv verhielt, so bloß deshalb, weil der Regierung damals die Sozialdemokraten noch eine willkommene Geißel waren, die Fortschrittler zu Paaren zu treiben, solange diese von ihren achtundvierziger Ueberlieferungen noch nicht völlig abgelassen hatten.

Die Resolution, die der Versammlung hatte unterbreitet werden sollen, bedeutete nun einen solchen Rückfall, verlangte sie doch noch die militärische Abrüstung. „Alle Völker", hieß es da am Schluß, „bedürfen des Friedens und alle Völker fordern ihn. An unserer Volksvertretung ist es, mit der Forderung auf Abrüstung voran zu gehen und den Parlamenten anderer Völker zuzurufen: wir wollen den Frieden, lasset uns gemeinsam wirken für den Frieden."

Die Versammlung hatte die Antwort darauf sein sollen, daß das Abgeordnetenhaus eine von den Fortschrittlern beantragte Resolution abgelehnt hatte, die diplomatische Schritte behufs internationaler Abrüstung verlangte. Ob diese Resolution unter dem Gesichtspunkt der bürgerlichen Klassen besonders politisch war, wo ein Zusammenstoß mit Frankreich sich immer deutlicher abzeichnete, ist eine Sache für sich. Die Fortschrittler oder wenigstens ein Teil von ihnen hielten damals etwas darauf, sich nicht mit der Bourgeoisie zu identifizieren.

Das Ziel der Arbeiterbewegung.

76. Erste Seite von Johann Jacobys als Flugschrift erschienene Rede: „Das Ziel der Arbeiterbewegung"

Als am 3. November ein von ihnen gestellter Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bei den Landtagswahlen im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gekommen war, hatte Virchow, wie ihm die „Nationalzeitung" jetzt höhnend vorhielt, „übermenschliche Anstrengungen" gemacht zu zeigen, wie gering er von der Bourgeoisie denke. „Er erniedrigte den städtischen Bürgerstand", schrieb sie, „so sehr er nur konnte und Worte zu finden wußte; schilderte ihn als noch unbeständiger, politisch unfähiger und charakterloser als selbst den Adel und hielt dafür, daß die Eigenschaft der Charakterfestigkeit, die nur durch ernste und strenge, einem sittlichen Ziel nachstrebende Arbeit zu erwerben sei, gerade bei den arbeitenden Klassen sich in höherem Maße als bei anderen Gesellschaftsschichten vorfinde." Und triumphierend fügte das Blatt hinzu, Virchow habe jetzt „eine glänzende Bestätigung dieses schmeichelhaften Bildes von der sittlichen Gediegenheit, der Bildung und dem allezeit ernsten Streben der arbeitenden Klassen in den Städten selbst erlebt".

Die Fortschrittler sollten daher nur hübsch von ihren Illusionen ablassen und bei den Wahlen fortan bescheiden mit den Nationalliberalen zusammengehen. Schärferm Lohn ergoß Bismarcks Organ, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", über die Fortschrittspartei. Ihr Redakteur, der Exrevolutionär A. Braß, der selbst einst mit „Tyrannenblut gefärbt" hatte, spottete höhnend über „diese Erwählten des Volkes, die sich nun die Verworfenen des Volkes nennen könnten": wie oft hätten sie nicht „die Massen gegen die bestehende Ordnung des Staates zu reizen gesucht". Angesichts dieses Verhaltens des Volkes verschwinde jedoch „jede Gewähr der Ordnung, die man bisher bei dem Streben der Fortschrittspartei vielleicht noch in der Persönlichkeit ihrer Führer hätte finden mögen.

Die Masse würde vielmehr die Schranke, vor der diese allenfalls würden Halt machen wollen, sicher nicht respektieren und mit ihnen selbst kurzen Prozeß machen.“ Also ohne Militärregiment gehe es nicht.

In dieser Tonart jubelte man jetzt im Bismarckischen Lager, was der Sozialdemokratie gewiß gleichgültig sein konnte, wenn der Sieg über die Fortschrittler ausschließlich mit Waffen erkämpft worden wäre, die den sozialistischen Grundsätzen entsprechen.

Der äußere Vorgang des Sprengungsfeldzuges war übrigens nicht ohne seine humoristische Seite. Tölcke hatte neben den Versammlungen im Konzerthaus noch eine andere Versammlung auf 9 Uhr in das nur wenige Minuten davon entfernte Engelhardtsche Lokal angemeldet. Dort trafen die Mitglieder und Anhänger des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zusammen, Tölcke eröffnete die Versammlung, Renz wurde zum Vorsitzenden gewählt und — vertagte dann sofort die Sitzung auf eine Stunde, worauf sämtliche Anwesenden, mit Ausnahme von Renz und dem überwachenden Polizisten, das Lokal verließen und ins Konzerthaus zogen, das sie besetzten. Hätte der Wirt des Konzerthauses energisch interveniert und die Abhaltung der Versammlung nach Abzug der Fortschrittler nicht gestattet, so würden die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ins Engelhardtsche Lokal zurückgekehrt sein und dort die Versammlung abgehalten haben. Da dies aber nicht geschah, blieb der Engelhardtsche Saal leer. Zweimal erklärte Renz vor leeren Bänken die Versammlung für eröffnet, um sie sofort wieder zu vertagen, bis der überwachende Polizist die Geduld verlor und ihm auseinandersetzte, daß zu solch einer Operation doch etwas mehr als leere Bänke gehörten. Da nunmehr aber auch schon mit Sicherheit anzunehmen war, daß die Versammlung im Konzerthaus den gewünschten Verlauf nahm, tat Renz gegen ½12 Uhr dem Polizisten den Gefallen und rief in den leeren Raum hinein: „Meine Herren, ich erkläre die Versammlung für geschlossen!“

Soweit behielt der Humor sein Recht. Im übrigen protestierten neben den Fortschrittlern und bürgerlichen Demokraten auch die Mitglieder des demokratischen Arbeitervereins in einer Erklärung, in der sie ausdrücklich ihre Anhängerschaft an das sozialdemokratische Prinzip der Internationalen Arbeiterassoziation betonten, gegen die Art und Weise der Sprengung und schlugen eine Konferenz vor, in der sich alle Parteien über die Modalitäten der Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Versammlungen verständigen sollten. Das war nun im Angesicht der Parteien, die damit in Betracht gekommen wären, ein etwas sehr naives Vorgehen, und der „Social-Demokrat“ konnte mit einem gewissen Recht sich über Philisterei lustig machen und die Frage aufwerfen, was wohl der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation in London zu solch kindischen Streichen sagen werde. Man schlug eben hüben und drüben über die Schnur, das ernste dabei war aber, daß den Vorteil doch noch lange Zeit die Gegner der Sozialdemokratie hatten. Denn wenn auch der Allgemeine deutsche Arbeiterverein in den Berufen, wo er Boden gefaßt hatte, in Berlin noch weiter Mitglieder warb, war sein Ansehen bei der großen übrigen Arbeiterbevölkerung doch sehr gesunken. Nicht nur in

bürgerlichen Kreisen galt der Sozialdemokat und speziell der Lassalleaner in Berlin auf längere Zeit hinaus jetzt als der brutale Knüppelheld.

Noch einen zweiten Versuch machten die Fortschrittler, das Terrain in Berlin sich für Volksversammlungen zu sichern. Die Maschinenbauer, in deren Reihen sie ihren sicheren Anhang hatten, sollten im Norden Berlins den Lassalleanern die Stirn bieten. Auf Sonntag, den 28. November, ward in das „Universum“ eine allgemeine Arbeiterversammlung einberufen zur Besprechung der letzten Volksversammlungen und der Mittel und Wege, durch welche absichtlichen Störungen vorgebeugt werden könnte. Einberufer waren die Maschinenbauer Andreak, Vetterlein, Kitzmann, Heim, Knoppke, Dehnel, Hoppe und Müller, der Klempner Otte, der Tischler Waldow, der Ingenieur Blum, der Vorsitzende des Berliner Arbeitervereins Krebs, der Vorsitzende des Ortsvereins der Fabrik- und Landarbeiter Landgraf und das Mitglied des Berliner Arbeitervereins Julius Mayer. Folgendes Plakat wurde in den Maschinenfabriken Berlins angeschlagen:

> „Freunde und Mitarbeiter, an Euch richten wir die Bitte, es als eine Ehrenpflicht anzusehen, in der morgenden Versammlung im „Universum“ recht zahlreich zu erscheinen, denn von dem Erfolg der morgenden Versammlung wird es wesentlich abhängen, ob die Arbeiter Berlins den Namen „intelligente Arbeiter“ führen werden oder nicht. Die Führer der Partei des Dr. Schweitzer behaupten, die Maschinenfabriken seien die „Brutstätten der Dummheit“, zeigt ihnen, daß dem nicht so sei und die Maschinenbauer derselbe Geist noch belebt, wie im Jahre 1848. Schon zu lange haben wir uns von einer zwar kleinen aber gut organisierten Partei bevormunden lassen; diesem Mißstande muß morgen abgeholfen werden. Jeder rechtlich denkende Arbeiter wird darum nicht um 11 Uhr, sondern um 9 Uhr im „Universum“ erscheinen, um an einigen Vorberatungen teilnehmen zu können. Um allen Mißhelligkeiten vorzubeugen, sei Andreak von Borsig unsere Parole.“

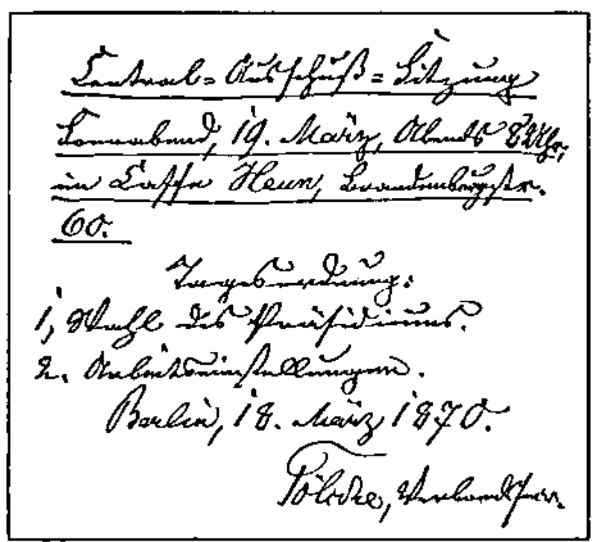
Mit einem gewissen Geschick war hier an die Traditionen angeknüpft, die unter den Maschinenbauern lebten, und da der Gewerkverein der Maschinenbauer immerhin eine gewisse Stärke erlangt hatte, glaubten die Veranstalter der Versammlung, diesmal vor einer unliebsamen Ueberraschung durch die Anhänger des „Social-Demokrat“ geschützt zu sein. Man hoffte, daß die Maschinenbauer pünktlich um 9 Uhr am Platze sein würden. Um aber ganz sicher zu gehen, traf man ferner die Vorkehrung, daß die Arbeiter, auf die man sich verlassen konnte, schon von 9 Uhr ab in den Saal durch eine Hintertür hineingehen sollten, während der Haupteingang erst später geöffnet werden sollte.

Indes wiederum sollte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Auch diesmal waren es die sozialdemokratischen Arbeiter, die früher aufstanden. Schon um 8 Uhr morgens belagerten mehrere Tausend Arbeiter das „Universum“, ohne zunächst auch nur in den Garten eindringen zu können. Als sie merkten, daß einzelne Personen von der Rückseite des Lokals her in dasselbe Eingang fanden, stellten

sie dort eine Abteilung zur Beobachtung aus, und nachdem etwa 90 Personen die Hintertür passiert hatten, wurde von ihnen diese vernagelt und verrammelt, so daß nunmehr auch kein fortschrittlicher Arbeiter in den Saal gelangen konnte. Immer mehr staute sich draußen die Masse, und die später kommenden fortschrittlichen Maschinenbauer sahen sich durch eine Mauer von Sozialdemokraten vom Lokal abgedrängt. Endlich ward um 10½ Uhr die eine Gartentür geöffnet, und von der nun in den Saal eindrängenden Masse bestand kaum der dritte Teil aus Fortschrittlern und Unbeteiligten. Der fortschrittliche Maschinenbauer Andreak, Vorsitzender des Gewerkvereins der Maschinenbauer, eröffnete als Einberufer um 11 Uhr die Versammlung mit einer taktvollen Ansprache, in der er dringend mahnte, sich nicht als Arbeiter gegenseitig zu zerfleischen. „Wir müssen einen Weg finden, wie wir nicht gegen, sondern neben einander gehen können, wie wir ja das schon früher in einer für Sie (die Lassalleaner) bedrängten Zeit getan haben.“ Man möge friedlich tagen und nicht das einzige Recht, das die Arbeiter hätten, das Versammlungsrecht, illusorisch machen. Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden wurde mit überwiegender Mehrheit Tölcke gegen Andreak gewählt. Die Wahl des zweiten Vorsitzenden vollzog sich unter großem Lärm, da Tölcke anfangs zuerst über den von sozialistischer Seite vorgeschlagenen G. Lübkert, statt über den aufs neue vorgeschlagenen Andreak abstimmen ließ. Bei den Maschinenbauern war die Meinung verbreitet, es sei vor Eröffnung der Versammlung ein Kompromiß geschlossen worden, wonach aus jeder Partei ein Vorsitzender gewählt werden solle. Tölcke ließ nun zuerst über Andreak und dann über Lübkert abstimmen, und zwar über letzteren mehrmals, da er zunächst die Wahl ablehnte; indes erhielt er immer wieder die übergroße Mehrheit und nahm schließlich an. Zum Schriftführer wurde Hasselmann gewählt, nachdem Andreak, der gleichfalls vorgeschlagen war, erklärt hatte, nunmehr unter keinen Umständen eine Wahl anzunehmen. So bestand das Bureau ausschließlich aus Lassalleanern. Als Redner traten von sozialistischer Seite Lübkert, Aurin, Zielowski, Merkel und Tölcke, von Fortschrittlern Liebscher und Andreak auf. Der Vorsitzende des Berliner Arbeitervereins Krebs erzwang sich zum Schluß auch noch das Wort, konnte aber in der mittlerweile sehr unruhig gewordenen Versammlung nicht mehr durchdringen. Im übrigen war der Verlauf der Versammlung ein verhältnismäßig ruhiger. Sowohl die sozialistischen wie die beiden Schulzeanischen Redner betonten die Notwendigkeit, es nicht zum äußersten zwischen Arbeiter und Arbeiter kommen zu lassen. Die ersteren griffen dafür um so mehr die Fortschrittspartei als die Zersplitterin der Arbeiter an, während die letzteren sich beschwerten, daß man ihre Absichten verdächtige, und die Fortschrittsführer Duncker, Loewe, Schulze-Delitzsch in Schutz nahmen. Schließlich wurde mit großer Mehrheit eine von Zielowski beantragte Resolution angenommen, die für die Unruhen im Konzerthause die parteiische Haltung des Abgeordneten Dr. Loewe verantwortlich machte, weil dieser den Beschluß der Majorität nicht habe anerkennen wollen. Nahezu einstimmig wurde dann auch noch folgende, von Andreak eingebrachte und von Tölcke namens der Lassalleaner für unbedenklich erklärte Resolution angenommen:

> „Die Versammlung erklärt: Feder, der durch Lärm oder unreelle Geschäftsführung eine Versammlung stört, ist jeder Ehre bar, und erachtet jede derartige Störung als ein Attentat auf das Versammlungsrecht.“

Besonders rühmlich war dieser Ausgang eigentlich für keine der beiden Parteien, denn die vorstehende Resolution war unter den gegebenen Umständen eine arge Zweideutigkeit. Aber die Organisation und Disziplin der dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zugehörenden Arbeiter hatte sich von neuem glänzend bewährt, und die Fortschrittspartei hatte in den zu ihr haltenden Arbeitern eine Niederlage erlitten, die ihr die Neigung zu allgemeinen Demonstrationsversammlungen für lange austrieb. Eine auf Sonntag, den 12. Dezember, von einem Komitee des Berliner Arbeitervereins und der Hirschschen Gewerkvereine in das Engelhardtsche Lokal einberufene allgemeine Arbeiterversammlung zur Besprechung des im Waldenburger Revier ausgebrochenen Bergarbeiterstreiks war, obwohl der Streik gerade die Gewerkvereinler anging, so mangelhaft besucht, daß sie gar nicht erst abgehalten werden konnte. Der „Social-Demokrat“ dagegen konnte mit Jahresschluß sein Format wieder um etwas vergrößern.


Central-Ausschuß-Sitzung
Sonnabend, 19. März, Abends 8 Uhr, in [illegible], Brandenburgstr. 60.
Tagesordnung:
1, Wahl des Präsidiums.
2. Arbeitseinstellungen.
Berlin, 18. März 1870.
Tölcke, [illegible]

77. Handzettel. Einladung zu einer Ausschußsitzung
Geschrieben von Tölcke

In der ersten dieser vergrößerten Nummern finden wir einen Bericht über eine in den Vauxhallsaal einberufene Mitgliederversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, in der J. B. v. Schweitzer über eine von ihm zurückgelegte große Agitationsreise referierte. Die Versammlung, zu der außer Vereinsmitgliedern nur noch organisierte Gewerkschaftsmitglieder Zutritt hatten, war glänzend besucht und bereitete Schweitzer wiederholt große Ovationen, die dieser mit dem Gelübde beantwortete, unverbrüchlich treu an der Bewegung festzuhalten. Das Gelübde war nicht unangebracht, denn die Bewegung stand schon wieder einmal vor einer Krisis. Daß die Einigung mit der Hatzfeldtschen Fraktion in die Brüche gegangen war, hatte freilich keine nennenswerte Bedeutung. Die Pamphlete und die sonstigen Angriffe, die Mende gegen Schweitzer veröffentlichte, machten keinen Eindruck. Von größerer Bedeutung aber war, daß dem Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverband die Todesglocke ertönte. Die geringe Ausbreitung, welche die Mehrheit der ihm angehörenden Gewerkschaften gefunden hatten, Reibereien zwischen den einzelnen Gewerkschaftsleuten und dem politischen Verein, und die theoretische oder doktrinäre Gegnerschaft vieler Lassalleaner gegen das Gewerkschaftswesen veranlaßten oder ermutigten Schweitzer — denn es wird wohl immer fraglich bleiben, ob Schweitzer in dieser Sache mehr der Schiebende als der Geschobene

war — sich öffentlich für die Umwandlung des Arbeiterschaftsverbandes in eine einzige große, die Arbeiter aller Berufe umfassende Verbindung zu erklären. Es sollte diese Umwandlung selbstverständlich zu einer erhöhten Stärkung der Gesamtbewegung führen, aber nicht nur, daß sie dazu nicht der geeignete Schritt war, war sie im übrigen doch zunächst ein Zugeständnis, daß die im Jahre 1868 geschaffene Gewerkschaftsorganisation verfehlt war.

Indes fiel der Vorschlag auf günstigen Boden. Die auf Mitte Januar 1870 nach Berlin einberufene Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes beschloß mit 13.000 gegen 9.000 Stimmen die Verschmelzung, setzte indes die Ausführung auf den 1. Juli 1870 fest. Diese ganze Entwickelung hatte im Verein mit dem sich wieder stärker zeigenden Geschäftsdruck die Wirkung, daß die gewerkschaftliche Bewegung in Berlin zunächst sehr an Kraft einbüßte, worunter selbstverständlich auch die politische Arbeiterbewegung litt.

Die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes hatte in dem Neuen Gesellschaftsbaus vom 12. bis 15. Januar getagt. Ihr war im gleichen Lokal vom 5. bis 11. Januar die neunte Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vorausgegangen. Sie war von 39 Delegierten besucht, die 8.000 zahlende Mitglieder vertraten, gegen die Generalversammlung des Vorjahres in beider Beziehung eine Abnahme, und der Verlauf der öffentlichen, wie der geschlossenen Sitzungen ließ ein gut Stück von jener Begeisterung vermissen, welche auf der zwei Jahre vorher in Berlin abgehaltenen Generalversammlung zutage getreten war. Es machte sich eine stärkere Opposition gegen Schweitzer geltend, der seinerseits seinen Opponenten vorwarf, eine Art Aristokratie der Arbeiterschaft zu bilden, die nicht das wirkliche Empfinden dieser zum Ausdruck brachte. Am Ende ward eine Art Frieden geschlossen und Schweitzer dann in der Urabstimmung mit erdrückender Mehrheit — 4.744 gegen 249 Stimmen — aufs neue zum Präsidenten gewählt. Berlin wählte ihn einstimmig, aber die Stimmenzahl selbst war eine sehr mäßige, nämlich 157, und das Leben in der Mitgliedschaft läßt wieder etwas nach, was u. a. daraus hervorgeht, daß sie für ihre regelmäßigen Versammlungen wieder Schwierigkeiten hinsichtlich der Lokalfrage hatte.

Auch der von der Vergrößerung des „Social-Demokrat“ für dessen Verbreitung bewirkte Erfolg entsprach nicht den an sie geknüpften Erwartungen. In einer vom 1. März 1870 datierten Bekanntmachung, welche die Herausgabe des für die Massenagitation bestimmten Wochenblattes „Der Agitator“ anzeigte, erklärte Schweitzer, daß die Eröffnung des laufenden Quartals für den „Social-Demokrat“ entschieden schlecht gewesen sei. Allein es seien, setzt er hinzu, zu Ende Januar und Anfang Februar mehr Nachbestellungen als in früheren Quartalen eingegangen, so daß es „doch vielleicht jetzt kräftig vorwärts gehen wird“. Und Anfang April wird denn auch konstatiert, daß der „Social-Demokrat“ um ungefähr 700 Abonnenten zugenommen habe.

Es ist hierbei noch zu erwähnen, daß Wilhelm Hasenclever, der nach Brackes Austritt aus dem Verein das Amt des Vereinskassierers übernommen hatte, um die Jahreswende 1869/70 nach Berlin übersiedelt und in die Redaktion des „Social-Demokrat“ als Mitredakteur eingetreten war.

Etwa eine Woche nach Schluß der Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes sollte eine Wählerversammlung der Wähler des zweiten Berliner Landtagswahlbezirks stattfinden, in der die beiden Abgeordneten des Bezirks, Stadtrat Runge und Johann Jacoby über ihre Mandatsausübung Bericht erstatten sollten. Schon vorher war bekannt gegeben worden, daß die Rede Jacobys sich eingehender mit der sozialen Frage befassen werde. Auch diese Versammlung wurde zu einem Kraftbeweis des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Auf Anordnung Schweitzers, wie der „Social-Demokrat“ in seiner Nummer vom 23. Januar feststellte, wurden „diejenigen Parteimitglieder, welche zugleich Wähler des Bezirks sind“, sowie eine zahlreiche Reserve für den Fall, daß die Gegner sich Tätlichkeiten erlauben würden, in die Versammlung dirigiert. Das Lokal, wieder das Neue Gesellschaftshaus („Die Linde“), war denn auch schon lange vor Beginn überfüllt. Die diesmal von Schweitzer persönlich geführten Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bestanden auf Bureauwahl, und nach heftiger Debatte willigte der Einberufer der Versammlung, der Vorsitzende des fortschrittlichen Wahlvorstandes, Dr. Langerhans, endlich in eine solche ein, damit die Versammlung wenigstens nicht resultatlos verlaufe. Natürlich ergab die Wahl eine große Mehrheit für die Sozialdemokratie. Schweitzer und Hasenclever wurden zu Vorsitzenden gewählt, und die Mehrheit der Fortschrittler verließen unter Protest den Saal, da eine große Anzahl Nichtmitglieder mitgestimmt hätten. Jacoby blieb indes und verlas seine vorher niedergeschriebene und auszugsweise schon an Parteiblätter versandte Ansprache, die später unter dem Titel „Die Ziele der Arbeiterbewegung“ in Broschürenform erschienen ist und in der Sozialdemokratie weite Verbreitung gefunden hat. Sie ist in dem gedrungenen klaren Stil gehalten, der alle Arbeiten Jacobys auszeichnet, und steht gerade der Lassalleschen Auffassung insofern nahe, als auch in ihr die Forderung des Staatskredits für Produktivgenossenschaften erhoben wird, allerdings unter scharfer Betonung der Tatsache, daß eine solche Hülfe nur vom freien Volksstaat zu erwarten sei, der zuerst erkämpft werden müsse. Auch den gesetzlichen Normalarbeitstag fordert die Rede, die u. A. den berühmten Satz enthält, daß die Gründung des kleinsten Arbeitervereins für den künftigen Kulturhistoriker von größerer Bedeutung sei, als alle Schlachttage von Sadowa und Königgratz.

Nahezu zwei Stunden dauerte der Vortrag, und obwohl Jacoby sehr leise sprach, bewahrte die Versammlung während seiner Rede große Ruhe. Nur gegen das Enden, wo die Worte des Redners in Teilen des Saales nicht mehr zu verstehen waren, wurden Schlußrufe laut, die aber Schweitzer energisch unterdrückte. In der sich an die Rede anschließenden Diskussion zollten Schweitzer und andere Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Jacoby dafür, daß er sich



der demokratischen Abstimmung unterworfen habe, statt, gleich den anderen Fortschrittlern, davonzulaufen, volles Lob und erkannten auch an, daß seine Rede sozialistische Ideen enthalte, erklärten sie aber für unzulänglich, weil sie nur eine Halbheit sei. Schweitzer vertrat Jacoby gegenüber mit großer Schärft den Klassenkampfgedanken in seiner radikalsten Fassung: sozialer Krieg bis aufs äußerste. Nur im schroffsten Gegensatze zu allen übrigen Staatsbürgern könne die Arbeiterklasse die soziale Freiheit erkämpfen. „Stehen Sie fest zusammen, und Sie brauchen niemand, Sie allein machen es, aber auch nur „Sie“, so schloß er unter stürmischem Beifall. Nach Beendigung der Diskussion wurde eine von Hasenclever eingebrachte Resolution angenommen, wonach die Versammlung erklärte, daß Jacoby zwar manche sozialistische Wahrheiten in sich aufgenommen habe, aber zugleich bedauerte, daß er auf halbem Wege stehen geblieben sei. Eine schärfere Kritik an der Rede wurde von Hasselmann in einem besonderen Artikel des „Social-Demokrat“ geübt, aber sie traf sie keineswegs tiefer, sondern suchte die Halbheiten meist da, wo sie gar nicht waren, wie z. B., daß Jacoby nicht die ganze Verteilung des Arbeitsertrages unter die Arbeitenden herbeiführen wolle, und schlägt schließlich einen ziemlich gehässigen Ton gegen Jacoby an, der in einer späteren Nummer noch gesteigert wurde. Es sei von Jacoby gar kein Verdienst, hieß es jetzt, in der Versammlung seinen Mann gestanden zu haben, sondern er sei nur deshalb geblieben, weil er seine Rede schon vorher in Druck gegeben habe. Die Rede habe hundertmal gehörte Dinge in langweiligster, anmaßendster Form vorgebracht, und Jacobys Mut löse sich bei näherer Betrachtung in blasse Angst vor dem Fluch der Lächerlichkeit auf. Der gleiche gehässige Ton, der hier gegen einen der unerschrockensten Vertreter des radikalsten Flügels der damaligen bürgerlichen Demokratie beliebt wurde, ward auch immer wieder gegen die sozialdemokratische Partei Eisenacher Programms angeschlagen. Kein Wunder, daß auf der Vorstandssitzung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vom 2. und 3. Juli in Hannover der Beschluß gefaßt werden konnte, bei den bevorstehenden Wahlen in Fällen von Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Volksparteiler bezw. Eisenacher Sozialisten sich der Stimme zu enthalten und bei engerer Wahl zwischen einem Liberalen und einem Eisenacher für den Liberalen zu stimmen!

Für die Stimmung unter der Berliner sozialistischen Arbeiterschaft, wie sie sich unter der Einwirkung der damaligen Schreibweise des „Social-Demokrat“ gestaltete, ist ein Vorfall bezeichnend, der sich am 18. März 1870 in Berlin zutrug. An den fortschrittlichen Schriftsteller Steinitz traten, als er aus dem Reichstag herauskam, Arbeiter heran

und verlangten unter drohenden Bemerkungen und Geberden von ihm Unterschrift unter eine Erklärung, daß er sich verpflichte, die Behauptung, Schweitzer sei ein Parteigänger der Regierung „ausdrücklich und in aller Form“ zurückzunehmen. Statt diese Art, Erklärungen zu erwirken, abzulehnen, hieß der „Social-Demokrat“ sie ausdrücklich gut. „Was soll man denn mit diesen Preßjuden anfangen?“ schrieb er, „wenn die Herren nicht wissen, was Anstand und Ordnung ist, so werden sie nötigenfalls durch Ohrfeigen belehrt werden.“

So bedauerlich diese Vorkommnisse waren, so dürfen sie doch nicht übergangen werden, weil sie u. a. den Haß erklären, der sich in Berlin immer mehr zwischen den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und den Anhängern der Sozialdemokratie Eisenacher Programms ausbildete. Denn in der gleichen Weise, wie der „Social-Demokrat“ das Volksvorurteil wider die Juden im Kampf mit der bürgerlichen Presse ausspielte und schütte, benutzte er es auch im Kampf gegen die Anhänger von Bebel und Liebknecht in Berlin, so daß es nur natürlich war, wenn es sich später bei einigen besonders leidenschaftlichen Naturen auch in häßlichen Handlungen kundgab.

Den äußeren Anlaß zu dem Angriff auf den Schriftsteller Steinitz hatte eine Notiz der „Volkszeitung“ über eine Volksversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gegeben, die am 13. März im „Neuen Gesellschaftshause“ stattfand und sich mit der Tätigkeit des Reichstages, der Todesstrafe, der Berliner Wohnungsnot und einem in Wien ausgebrochenen Schriftsetzerstreik befaßte. Es referierten dort August Kapell, Gustav Lübkert und W. Rost ebenso sittsam wie prinzipiell unanfechtbar. Schweitzer präsidierte und empfing auch hier wieder begeisterte Ovationen.

Ueber diese Versammlung, in der beiläufig auch ein fortschrittlicher Abgeordneter — Bollmann — auftrat und der Hoffnung auf eine Aussöhnung der Arbeiterpartei mit der Fortschrittspartei Ausdruck gab, brachte die „Volkszeitung“ nur eine bissige Notiz, in der sie feststellte, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ der Versammlung einen Bericht von zwei Spalten Länge gewidmet habe, und hinzufügte: „Die Bundesgenossenschaft geht daraus wieder zur Genüge hervor.“ Das traf, wenn richtig, das Regierungsorgan mehr, wie etwa Schweitzer.

Am 10. April 1870 tagte im „Neuen Gesellschaftshaus“ unter Schweitzers Vorsitz eine große Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, zu der auch die Mitglieder der dem Arbeiterschaftsverband angehörigen Gewerkschaften eingeladen waren. Es wurde die Frage der Verschmelzung der Gewerkschaften behandelt. Noch immer stieß der Gedanke auf lebhafte Opposition, die sich zum Teil in erregten Reden Luft machte, doch gelang es zum Schluß, einer der Verschmelzung günstigen Resolution nahezu einstimmige Annahme zu verschaffen. Ein Bild, welches die Stimmung in den Gewerkschaften über diesen Punkt war, liefert die Urabstimmung bei den Zimmerern: sie ergab 217 Stimmen für und 101 Stimme gegen die Verschmelzung — bei der starken Agitation, mit der die Verschmelzung betrieben wurde, eine auffallend große Gegnerschaft. Wohl ihretwegen wurde, nachdem am 1. Juli der

Allgemeine deutsche Unterstützungsverband offiziell ins Leben getreten war, ein Zimmerer A. Grau Berliner Bevollmächtigter des Verbandes, und außerdem hatten die Zimmerer in Otto Kapell auch einen Berufsgenossen im Präsidium des Verbandes. Weitere Berliner Beamte des neuen Verbandes wurden: Renz (Möbelpolier) Stellvertreter des Bevollmächtigten, G. Mertens (Zimmerer) und Guhl (Schuhmacher) Schriftführer, Engelke (Zimmerer) Kassierer, Ecks (Zigarrenarbeiter), Neubauer (Zimmerer) und Zindar (Möbelpolier) Beisitzer. Gustav Lübkert, der sich so große Verdienste um die Organisation der Zimmerer und Maurer Berlins erworben hatte, hatte am 30. April sein Amt als Präsident der beiden Vereine niedergelegt, um nach Amerika zu übersiedeln. In ihm, der auch eine Zeitlang Vizepräsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewesen war, verlor die Berliner Arbeiterschaft einen sehr fähigen und arbeitskräftigen Kämpfer. In der Nummer des „Social-Demokrat“ vom 8. Mai wird ihm vom Ausschuß und der Berliner Mitgliedschaft des Zimmerervereins „für seine als Führer bewiesene Tatkraft, seinen Eifer und unermüdlichen Fleiß, der tiefgefühlte Dank und die Versicherung“ ausgesprochen, daß sein Name allen Mitkämpfern unvergeßlich sein werde. Er selbst rief in einer vom 13. April datierten Abschiedserklärung den Zimmerern zu: „Schließt Euch eng und brüderlich zusammen zu einem festen, recht sozialistischen Kern. Verlaßt die Bahn nicht, auf der wir bisher geschritten; kämpft für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Sklaverei des Hungers, und zwar durch die Gesetzgebung, es gibt keinen anderen Weg.“ Aus Amerika ließ Lübkert auch in späteren Jahren wiederholt von sich hören. Einen interessanten Brief aus seiner Feder findet man in der „Berliner Freien Presse“ vom 4. Juli 1878.

In der Führung der Berliner Zimmererbewegung treten nach Lübkerts Abreise die Brüder August und Otto Kapell, und neben ihnen C. Finn immer mehr in den Vordergrund. Sie hat, ebenso wie die Maurerbewegung, im Frühjahr 1870 einen Kampf mit den Meistern gegen Arbeitskontrakte auszufechten, die den Arbeitern von einem Teil der Meister mit der Androhung der Entlassung zur Unterzeichnung vorgelegt wurden und ihrer Tendenz nach auf Zersplitterung der Arbeiterinteressen hinausliefen. Der energischen Agitation gegen die Unterzeichnung der Kontrakte gelang es, die Pläne der Meister zunichte zu machen.

Als am 12. Mai 1870 der Führer der Fortschrittspartei,

78. Briefliche Aufforderung Wilhelm Hasenclevers zu reger Beteiligung am Begräbnis Waldecks

Benedikt Waldeck, starb, ordnete Schweitzer an, daß auch die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sich an der Beerdigung dieses Mannes beteiligten. „Es galt," schrieb der ‚Social-Demokrat,“ „dem demokratischen Kämpfer von 1848 die letzte Ehre zu erzeigen und dadurch zugleich zu beweisen, daß wir gemeinsam mit den liberalen Parteien der Bourgeoisie allen reaktionären Bestrebungen entgegenstehen." Zugleich aber habe es gegolten, die Selbständigkeit der Sozialdemokratie als Partei kundzugeben, und zu diesem Behuf sei der Aufmarsch in Reih und Glied unter Vorantragung der roten Fahne angeordnet worden. Dieser Zweck wurde vollständig erreicht.

Das sozialdemokratische Kontingent, etwa 4.000 Personen stark, bildete weitaus den größten Einzelteil des Zuges. Alle ihm angehörenden Teilnehmer trugen rote Schleifen, und ihnen voran wehte eine mit Flor überzogene große rote Fahne. Wieder zeigte es sich, daß in Bezug auf Aktionskraft und Disziplin die sozialdemokratische Arbeiterschaft Berlins unübertroffen war. Der fortschrittliche Berliner Arbeiterverein dagegen kam selbst hierbei zu spät, und die Leiter des Trauerzuges mußten daher die Sozialdemokraten ersuchen, die Ordnung in der Potsdamerstraße aufrecht zu erhalten, was diese selbst nach gegnerischem Geständnis aufs beste besorgten. Hier ein Stück aus dem Bericht der liberalen Berliner „Tribüne“ über die Leichenfeier:

> „Die Polizei hatte die Bevölkerung in richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Tages allein die Aufrechterhaltung der Ordnung überlassen. Diese blieb eine wahrhaft musterhafte. Die Regierung war durch keine maßgebende Persönlichkeit vertreten: der unvergleichlichen Großartigkeit der Feier tat dies nicht den geringsten Abbruch. Der vorgestrige Sonntag war der feierlichste, den Berlin jemals erlebt hat und erleben wird.
>
> Nachträglich erfahren wir nachfolgende Einzelheiten: Zu den Geistlichen, die bei der Leichenfeier pontifizierten, gehörte neben dem Probst Herzog, der am Grabe sprach und Waldecks streng kirchliche Richtung pries, auch der bekannte „geistliche Rat Müller“, der sich von guten Freunden umgeben sah: vom katholischen Gesellenverein und den Anhängern des Herrn v. Schweitzer mit den roten Schleifen. Den Gesellen trug der große Unbekannte (sonst der Mann mit dem grauen Vollbart genannt) das Kruzifix vorauf und Papa Leibecke fungierte gleichfalls als Zugführer.
>
> Uebrigens herrschte überall das beste Einvernehmen. Die Schweitzerianer wurden, da der Berliner Arbeiterverein zu spät eintraf, ersucht, die Ordnung in der Potsdamerstraße aufrecht zu erhalten, und unterzogen sich diesen Mühe mit regem Eifer. Die Maschinenbauer hielten dem Verewigten das Wort auf dem Kissen, das sie ihm bei der Entlassung aus dem Gefängnis geschenkt: „Niemals, niemals werden wir Dich verlassen!“; sie waren die letzten an seinem Grabe und verließen später als alle anderen den Kirchhof.
>
> Dem Reichstag und Landtag schlossen sich Deputationen aus Bielefeld, Dortmund und aus der Lausitz an, auch der polnische

> Handwerkerverein war vertreten. Endlich sei noch hervorgehoben, daß Waldeck das erste Mitglied des Obertribunals gewesen ist, das in seinem Leben kein Orden geschmückt hat, die Bürgerkrone, die ihm geworden, mag ihm reichlichen Ersatz geboten haben.“

Es war eine schöne Manifestation der Sozialdemokratie Berlins. Aber alle diese großartigen Kundgebungen konnten es nicht verhindern, daß der „Social-Demokrat Anfang Juli 1870 sein Format wiederum verkleinern mußte. Es sei, schrieb er, vor Beginn des Quartals den Parteigenossen mitgeteilt worden, daß, wenn nicht 500 neue Abonnenten beschafft würden, das Format des Blattes eine Verkleinerung erleiden müsse. Tatsächlich aber seien kaum 100 neue Abonnenten hinzugetreten.

Die Nummer, die diese unangenehme Mitteilung enthielt, brachte an der Spitze ihrer Rundschau die Notiz, daß die Aufregung über die Kandidatur eines Hohenzollernschen Prinzen für den Thron in Spanien noch immer sehr groß sei. Man war am Vorabend des deutsch-französischen Krieges angelangt, der Europa revolutionieren und in seiner Folge die Arbeiterbewegung Deutschlands auf eine ungeahnte Höhe bringen sollte.

Zwölftes Kapitel. Im Kriegsjahr.

Berlin am Vorabend des Krieges: patriotischer Taumel. — Steigerung bei den ersten Siegesnachrichten. Haltung des „Sozial-Demokrat“ und der organisierten Arbeiter. — Antwort einer Volksversammlung auf die Adresse der Pariser Arbeiter. — Bäcker verzichten aus Patriotismus auf einen Streik. — Protest des demokratischen Arbeitervereins gegen gewaltsame Annexionen. — Abflauung der Arbeiterbewegung und Nachlassen der Kriegsbegeisterung. — Der „Sozial-Demokrat im Rückgang. — Die Reichstagswahl vom Frühjahr 1871. — Geringe Agitationsmöglichkeit für die Arbeiterpartei. Ihr Kandidat. Das Wahlergebnis und seine Wirkung auf Schweitzer. — Der „Sozial-Demokrat geht ein. — Die zehnte Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. — Schweitzers Rücktritt wird akzeptiert und Hasenclever zu seinem Nachfolger bestimmt. Die Gründung des „Neuen Sozial-Demokrat.

> Im Kriege selber ist das Letzte nicht der Krieg.
> Die großen, schnellen Taten der Gewalt,
> Des Augenblicks erstaunenswerte Wunder,
> Die sind es nicht, die das Beglückende,
> Das ruhig, mächtig Dauernde erzeugen.
> Schiller.

Während der Kriege schweigen die Musen. Von der Stimmung, welche die von Bismarck zurechtgestutzte Emser Depesche, die Kriegserklärung Napoleon III. an Preußen und die erste Phase des deutsch-französischen Krieges in Berlin hervorriefen, kann sich der Nachgeborene schwer eine Vorstellung machen. Eine Aufregung und später eine Begeisterung ergriff die sonst so kühle Berliner Bevölkerung, wie sie selbst im Revolutionsjahr nicht größer gewesen. Ein seit 1848 nicht mehr gekanntes Straßenleben entwickelte sich.

Der „Lindenklub“ stand in neuer Form wieder auf; als die Reklamationen Frankreichs gegen die hohenzollernsche Thronkandidatur einen drohenden Charakter annahmen, entwickelte sich an der Kranzlerecke Unter den Linden abends eine lebhafte Nachbörse der Bankierwelt und zog große Massen sonstigen Publikums an, das den Inhalt der neuesten Depeschen zu erfahren wünschte, denn das Aushängen der Depeschen in den Restaurants kannte man damals noch nicht. Man diskutierte auf der Straße über den Stand der Dinge und ihre mutmaßliche Tragweite; die Straßenjugend aber, die natürlich nicht fehlen durfte, erkundigte sich mit erheucheltem Interesse bei bekannteren Börsenmännern, wieviel „Fuß“ Lombarden oder „Franzosen“ denn nun gefallen seien.

So war es vor der Kriegserklärung. Als diese eintrat, nahm die Aufregung noch zu, aber die Stimmung wurde eine andere. Die ganze bürgerliche Welt und selbst weite Kreise der Arbeiterklasse waren Feuer und Flamme für den Krieg, alles entrüstete sich über die verbrecherische Anmaßung des Franzosenkaisers, den man für den Hauptschuldigen am Kriege hielt. Die demokratische Kritik trat zurück hinter den einen Gedanken, daß Napoleon, der Mann des Staatsstreichs, unter keinen Umständen siegen dürfe; hatte seine Regierung doch offenbar deshalb die Dinge auf die Spitze getrieben, um der steigenden republikanischen Hochflut daheim Herr zu werden.

Aber der Haß des großen Publikums blieb nicht bei Napoleon stehen, er übertrug sich bei den Gedankenlosen auch sofort auf das französische Volk, das nun ganz und gar mit dem „nach Berlin! nach

Berlin!“ rufenden Boulevardpublikum von Paris identifiziert wurde. Unter dem Einfluß verhetzender Preßartikel sprach man nur von der „verkommenen“ französischen Nation.

Wer gegen diese Art, über ein ganzes Volk abzuurteilen, einen Einspruch wagte, riskierte gelyncht zu werden. Schreiber dieses, damals noch Anhänger der Fortschrittspartei und durchaus für den Krieg gegen Napoleon eingenommen, wurde aus einem Lokal befördert, bloß weil er einem Literaten entgegentrat, der den Franzosen alle Fähigkeit zu großen geistigen Leistungen bestritt.

Es war ein vollständiger Rausch über die Masse gekommen. Die inneren Parteigegensätze schienen verschwunden, das Militär aller Grade erfreute sich einer Popularität wie nie zuvor, und an den Ovationen für den angeblich von Benedetti schwer beleidigten König Wilhelm beteiligte sich bei dessen Heimkehr von Ems neben dem üblichen Hurrapublikum auch das sonst zurückhaltendere Volkselement.

Das Gefühl griff um sich, daß dieser Krieg die im Norddeutschen Bund nur erst halb verwirklichte deutsche Einheit zur vollen Wahrheit machen werde, und die „Wacht am Rhein“ wurde der Hymnus des Tages, den zu hören man nicht müde wurde. Alle Leierkästen mußten sie drehen, in allen Konzerten mußte sie als Hauptnummer gespielt und endlos wiederholt werden, in den Theatern wurde sie von der Bühne herab vorgetragen.

Und als dann die Nachrichten von den Siegen auf den Schlachtfeldern eintrafen, stieg der Begeisterungstaumel auf den Gipfel. Traf am Abend eine Siegesnachricht ein, so wurde sie in den Theatern von der Bühne herab verlesen und die Vorstellung unterbrochen. Mehr noch als in den Theatern der Bourgeoisie gab man dann in den von Kleinbürgern und Arbeitern besuchten Volkstheatern seiner Freude demonstrativen Ausdruck. Man fiel sich in die Arme und küßte sich, man verlangte immer wieder die Wacht am Rhein und sang sie mit, und man jubelte beim Anhören der nun schnell ausgegrabenen oder für den Tagesgebrauch zusammengeschriebenen patriotischen Stücke jeder noch so plumpen Anspielung auf den Krieg zu.



Nr. 22. Berlin, 24. Juni 1871. 2. Jahrgang.

Agitator.

Vom 1. Juli dieses Jahres ab erscheint das neu gegründete Blatt unter dem Titel:

Neuer Social-Demokrat,

Organ des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, des Arbeiter-Unterstützungs-Verbandes und des Allgemeinen deutschen Maurervereins

dreimal wöchentlich, und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, für den vierteljährlichen Abonnementspreis von 16 Sgr.

Alle Postanstalten des In- und Auslandes nehmen Bestellungen auf den **„Neuen Social-Demokrat"** an.

In Berlin nehmen die Expedition, Gitschinerstraße 17, und alle soliden Zeitungsspediteure Bestellungen entgegen.

Wir bitten die Bestellungen auf den **„Neuen Social-Demokrat"** sofort zu machen, damit alle Abonnementen denselben rechtzeitig erhalten.

Die letzte Nummer des „Agitator"

liegt den Parteigenossen und Lesern jetzt vor. In doppelter Hinsicht hat das kleine Blatt, der „Agitator", seine volle Schuldigkeit gethan. Er ist in Kreise gedrungen, wohin der „Social-Demokrat", weil der Preis desselben höher war, nicht kam, und hat dort mit großem Nutzen durch seine kräftige Sprache agitirt; er hat dadurch einen guten Boden geschaffen, auf welchem der „Neue Social-Demokrat" mit Erfolg weiter arbeiten kann. Dann diente er auch in der letzten, schweren Zeit der Partei als einziges Bindemittel. Das sind Verdienste, welche dem kleinen Blatte nicht zu gering gedeutet werden mögen. Die Parteigenossen aber, welche sich die sämmtlichen erschienenen 63 Nummern zu einem Bande heften lassen, werden immer ein gutes social-politisches Buch erhalten, welches besonders in keiner Vereinsbibliothek fehlen sollte, um es gerade den neuen Mitgliedern zum fleißigen Lesen zu geben. Und somit wollen wir Abschied nehmen von dem „Agitator."

Am nächsten Sonnabend, 1. Juli, erscheint die erste Nummer des „Neuen Social-Demokrat", der seinen Vorgängern, dem „Social-Demokrat" und dem „Agitator" wahrlich keine Unehre machen soll, dafür muß und wird die Redaction Sorge tragen.

Der „Neue Social-Demokrat" aber hat den großen Vortheil, daß er **Partei-Eigenthum** geworden ist; dadurch ist jedes Parteimitglied gewissermaßen verpflichtet, durch Abonnement dazu beizutragen, daß er, ohne der Partei Geldsorgen zu verursachen, fortwährend im frischen Kampfe gegen Reaction und Geldsack das Banner der Social-Demokratie hochhalten kann, unbeirrt durch Anfeindungen aller Art, die ja gewiß nicht ausbleiben werden. Alle Parteigenossen werden mit uns den Mangel eines ausreichenden Parteiorgans in den letzten 2 Monaten schmerzlich genug empfunden haben; um wie viel schmerzlicher aber wäre es, wenn sich das künftige Abonnement als ungenügend herausstellte, das neue Parteiorgan lebensfähig zu erhalten.

Es wäre eine Schmach für die Arbeiterpartei, wenn sie zurücksinken und zu einem kleineren oder weniger als dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte ihre Zuflucht nehmen müßte. Bedenkt dies Eine, Parteigenossen, und dann werdet Ihr überall Eure volle Schuldigkeit thun. Doch wir haben das Vertrauen zur Partei; wir kennen die Arbeiter — wo es galt, standen sie immer auf dem Posten, und sie werden es jetzt erst recht thun.

Arbeiter allerorts, Parteigenossen, abonnirt zahlreich auf den „Neuen Social-Demokrat."

Wochenschau.

Berlin, 23. Juni.

Der deutsche Reichstag ist, nachdem er zu Allem, was die Regierung gefordert, sein „Ja" gesprochen, gnädigst in die Heimath entlassen worden. Seine letzte That war noch die Bewilligung von vier Millionen Thalern, welche der neue Kaiser an seine Getreuen nach Gutdünken als Dotationen zu vertheilen hat. Diese Gnadengeschenke werden, wie verlautet, in ziemlich unerwarteter Art und Weise ausgetheilt werden. So heißt es, dem Staatsminister Präsidenten des Bundeskanzleramtes Delbrück sei eine Dotation von 200,000 Thalern geworden. Außer Delbrück und den Generalen, sollen auch alle kleinstaatlichen Minister eine Nationalbelohnung aus der Hand des Kaisers erhalten. Fortschrittler und Nationalliberale werden, wenn dieser Fall eintritt, nicht wenig erzürnt sein; wegen dieses unschädlichen Grimmes werden sich die Machthaber aber schwerlich graue Haare wachsen lassen.

Es ist jetzt erwiesen, daß die Bourgeoisregierung Frankreichs bei der Niederwerfung der Pariser Socialisten die vollste Unterstützung von seiten der deutschen Truppen genossen hat. Es sind nicht blos die flüchtenden Pariser von den deutschen Linien zurückgetrieben worden, sondern es haben die Gardepioniere bei St. Denis eine Brücke schlagen müssen, welche später von den Versailler Truppen benutzt wurde. Und zwar ist dies Alles geschehen, ohne daß die völkerrechtliche Kriegserklärung den Parisern deutscherseits gemacht worden ist.

Die Gräulthaten, welche jetzt gegen die gefangenen Pariser zu Versailles begangen werden, spotten jeder Beschreibung. Frauen und Kinder läßt man massenweise ver-

79. Die letzte Nummer des „Agitator" vom 24. Juni 1871

Es ist begreiflich, daß in solcher Situation die Agitation der Sozialdemokratie in Berlin völlig in den Hintergrund treten mußte. Wohl hatten sich, entgegen der von Bebel und Liebknecht dem Kriege gegenüber eingenommenen Haltung, die Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für den Krieg erklärt. „Bonaparte", schrieb nach Bekanntwerden der Kriegserklärung der „Sozial-Demokrat", „greift jetzt die deutsche Nation an, um ihr das linke Rheinufer zu rauben. Was anders kann ihn zu diesem Schritt hinreißen, als der Wille, um jeden Preis der Idee des Sozialismus in Frankreich den Garaus zu machen und an ihre Stelle die Eroberungssucht zu pflanzen? Der Krieg von 1870, er ist ein Krieg gegen das deutsche Volk, er ist ein Krieg gegen den Sozialismus, und jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher entgegenwirft, der kämpft nicht nur fürs Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit."

Und in einer späteren Nummer: „Aber eine Niederlage Napoleons ist ein Triumph der preußischen Machthaber, so wird man sagen. Nun, zugleich ist es ein noch größerer Sieg des deutschen Volkes, ein Sieg im Kampf der Notwehr gegen einen fremden Despoten. Und wahrlich, das deutsche Volk, welches sein Blut verspritzt, es wird nicht in reaktionären Siegestaumel geraten, wie eine siegreiche Söldnerrotte." Das deutsche Volk werde vom Geist der Freiheit erfüllt werden, für das französische Volk aber werde „die Niederlage seines Tyrannen zu einem Siege". „Der Sozialismus, dessen festeste Burg Paris ist, wird aufflackern wie noch nie, und der Sturz seines ärgsten Feindes Napoleon wird gewiß sein." Somit müsse die ruhige Betrachtung die Sozialisten aller Völker darauf hinführen, „Partei zu nehmen für das deutsche Volk und sie mit dem Wunsche erfüllen, den Despoten Frankreichs in erster Linie zu vernichten".

In Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen stimmten Schweitzer und Hasenclever im Norddeutschen Reichstag für die zur Führung des Krieges geforderte 120 Millionenanleihe, während Bebel und Liebknecht bekanntlich ein motiviertes Votum dahin abgaben, daß sie zwar, da Deutschland angegriffen sei, die Anleihe nicht verweigern, sie aber, da der Krieg durch eine Politik herbeigeführt sei, die sie als

verderblich bekämpften, auch nicht bewilligen könnten. Ob dieser Haltung wurden sie im „Sozial-Demokrat“ zunächst des „lächerlichen Widerspruchs“ geziehen, später aber direkt als „Vaterlandsverräter“ hingestellt.

Wie man nun auch im Lichte der Geschichte die damalige Haltung Schweitzers und des „Sozial-Demokrat“ zum Kriege beurteilen mag, so entsprach sie jedenfalls der Stimmung der großen Masse der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft Berlins. Am 16. Juli, noch vor der Kriegserklärung, fand im Lokal „Vauxhall“ in der Dresdenerstraße eine von Schweitzer einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Zur Kriegsfrage“ und „Antwort auf den gegen den Krieg gerichteten Erlaß der Pariser Arbeiter“ statt und nahm nach einem Referat Schweitzers mit nachfolgender Debatte, an der sich von bekannteren Mitgliedern W. Hasenclever, Aug. Kapell, Dr. Grothe, C. Finn, H. Bäthke, C. Aurin beteiligten, folgende drei Resolutionen an:

> Die Versammlung erklärt:
>
> 1. Der binnen kaum vierzehn Tagen plötzlich heraufbeschworene Kriegszustand beweist mehr als irgend etwas anderes die tiefe Verderbnis des jetzigen sozialen und politischen Zustandes. Nur in einer auf Ausdeutung beruhenden Gesellschaft und bei entsprechenden despotischen oder reaktionären Staatswesen sind solche Erscheinungen möglich.
>
> 2. Der Friedensstörer ist diesmal Ludwig Napoleon Bonaparte, der zum Zweck der Beseitigung innerer Schwierigkeiten den Krieg herbeigeführt hat. indem er zugleich die Souveränität des spanischen Volkes und die Ehre Deutschlands zu verletzen sucht. Spanien und Deutschland, indem sie zum Schwerte greifen, kämpfen verteidigungsweise für ihre Unabhängigkeit und ihre Ehre.
>
> 3. Die Versammlung erklärt sich mit dem Aufruf der Pariser Arbeiter einverstanden, begrüßt denselben als Zeichen aufgeklärter und fester Gesinnung mit Freuden, spricht die Ueberzeugung aus, daß überhaupt die ungeheure Mehrheit des aufgeklärten französischen Volkes das Treiben ihrer Regierung mißbilligt, und knüpft hieran die Hoffnung, daß es der Tatkraft des demokratischen Frankreichs gelingen werde, noch rechtzeitig dem begonnenen Frevel Einhalt zu tun.

Mit Hochs auf die Sache des Proletariats, die trotz aller Kriege voranschreiten werde, auf die deutsche Einheit und Freiheit und — aus der Mitte der Teilnehmer — auf Schweitzer schloß diese Versammlung ab, die unter außerordentlichem Andrang stattgefunden hatte.

Nach erfolgter Kriegserklärung aber sah Berlin während der Dauer des Jahres 1870 keine sozialdemokratische Volksversammlung mehr. Eine größere Anzahl von Vereinsmitgliedern, darunter auch solche in führender Stellung, wurden in ihrer Eigenschaft als Reservisten zum Kriegsdienst eingezogen, und wo sie sich in öffentlichen Erklärungen verabschiedeten, wie z. B. die Brüder Kapell im „Sozial-Demokrat“ vom 22. Juli, klingt aus ihren Worten die gleiche Note wie aus der obigen Resolution heraus.

Eine Bäckerversammlung, die am 28. Juli stattfand, beschloß, nach einem Referat Hasenclevers, obwohl der Krieg gerade eine für die Bäckergesellen günstige Situation bedeute, im Interesse der Allgemeinheit von einem in Aussicht genommenen Streik, der u. a. die Abschaffung der Nachtarbeit zum Ziel hatte, zurückzutreten. Folgendes die einstimmig beschlossene Resolution, von der fast die ganze Presse Notiz nahm:

> „Die Bäckergesellen Berlins beschließen:
>
> „Angesichts des ausgebrochenen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland und der dadurch hervorgerufenen allgemeinen großen Not und auch deshalb, um keinerlei Mission zu bringen in die Einmütigkeit aller Parteien, Klassen und Stände in Deutschland gegenüber dem auswärtigen Feinde — von ihren berechtigten Forderungen vorläufig abzustehen;
>
> „sie behalten sich aber vor: nach beendetem Kriege ihre Rechte auf das Nachdrücklichste zur Geltung zu bringen.
>
> „Ferner spricht die Versammlung die berechtigte Erwartung aus, daß, wie jetzt die Bäckergesellen Berlins in den Zeiten schwerer Kriegsnot sich aus Patriotismus dem allgemeinen Interesse fügen, in Zeilen des Friedens die Militärverwaltungen sich nimmermehr dazu hergeben, durch Beurlaubung von Soldaten zur Arbeit, wodurch der Arbeiterschaft eine unerlaubte Konkurrenz gemacht wird, das allgemeine Interesse zu schädigen."

Eine Maurerversammlung, die am 31. Juli in der Maurerherberge, Brunnenstraße 115, stattfand, nahm eine Resolution an, die, unter Bezugnahme auf „das patriotische Verhalten der Bäckergesellen", ankündigte, daß man jeden Arbeitgeber der Oeffentlichkeit preisgeben werde, der die Gelegenheit benutzen sollte, „seinen Arbeitern auch nur einen Pfennig von dem bisherigen Lohn abzuziehen". Die Meister sollten sich an dem Patriotismus der Bäcker ein Beispiel nehmen und daran denken, daß die Maurergesellen „sich die Verpflichtung auferlegt haben, nach besten Kräften die zur Fahne einberufenen deutschen Kämpfer zu unterstützen". Sollten Meister dennoch Abzüge machen, so sei bei ihnen die Arbeit sofort einzustellen.

Nur das Sattlergewerbe sah jedoch eine wirkliche Arbeitseinstellung. Mitte August forderten die in Militäreffekten arbeitenden Sattler einen Lohnzuschlag von 25 Prozent für Militärarbeit und stellten, als er ihnen nicht sofort bewilligt wurde, die Arbeit ein. In einer Polemik gegen die schon damals gegen die Arbeiterbewegung hetzende „Post" hob der „Sozial-Demokrat" hervor, daß „die Bäckergesellen Berlins meistens unsere Parteigenossen sind, während die Sattler in geringer Zahl dem fortschrittlichen Ortsverein, die meisten aber keiner Partei angehören".

Wenn der „Sozial-Demokrat" so der patriotischen Strömung ein gutes Stück folgte, so ist doch zugleich hervorzuheben, daß er dem blöden Geschimpf auf die Franzosen, worin sich ein so großer Teil der deutschen Presse damals gefiel, von Anfang an wiederholt entschieden entgegentrat und daß er, nachdem die Schlachten

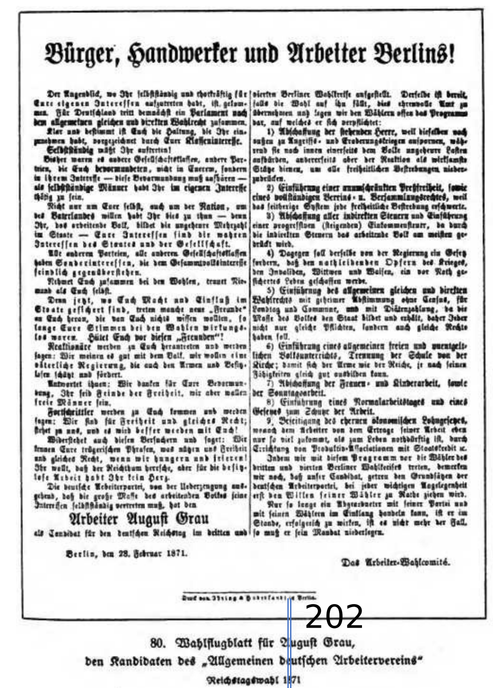
geschlagen waren, die für den Ausgang des Krieges entscheidende Bedeutung hatten, seine Stimme dagegen erhob, Frankreich demütigende Bedingungen aufzuerlegen; auch erklärte er sich gegen jede gewaltsame, d. h. nicht von der Bevölkerung in Urabstimmung gebilligte Annexion elsaß-lothringischen Gebiets.

Kurz und bündig erklärte sich auch gleich nach der Schlacht von Sedan der Demokratische Arbeiterverein in seiner gut besuchten Mitgliederversammlung vom 13. September gegen jede Annexion. Und in einer am 2. Oktober abgehaltenen öffentlichen Versammlung dieses Vereins wurde — wozu damals nicht geringer Mut gehörte — mit 60 gegen 13 Stimmen eine Resolution angenommen, die nach einem Hinweis darauf, daß das französische Volk jetzt seine Selbstbestimmung zurückerlangt habe, baldigen Friedensschluß verlangte und dann fortfährt:

> „Soll der Friede aber ein dauernder und segensvoller sein, so darf er keine für die besiegte Nation entehrende Bedingung enthalten. Wir protestieren daher gegen die von vielen Seiten verlangte Annexion des Elsasses und Lothringens, weil sie ein Zündstoff zu neuem Kriege wäre und vor Allem, weil wir die Zeit für gekommen halten, in der man über bewußte Menschen nicht wie über unbewußte Dinge verfügen darf.
> Wir protestieren zugleich gegen die Gewaltmaßregeln, die man gegen Diejenigen ergriffen hat, die, von ihrem natürlichen und durch die Gesetze gewährleisteten Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch machend, sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen haben, als gegen eine eines napoleonischen Willkürregiments würdige Verletzung der persönlichen Freiheit, die Ketten und Kerker für Den bestimmt, der den Mut hat, als Mann für seine Ueberzeugung einzutreten."

Der Idee, das geeinte Deutschland nur in Form eines erweiterten Norddeutschen Bundes herzustellen, stellte der „Sozial-Demokrat" wiederholt die Forderung entgegen, einer freien, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zu wählenden konstituierenden deutschen Nationalversammlung die Beschlußfassung über die Gestaltung des Deutschen Reiches zu übertragen. Daß, nachdem Napoleon bei Sedan gefangen genommen war, die Reichstagsmitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gegen die Ende November 1870 verlangte zweite Kriegsanleihe stimmten, ist bekannt.

Im ganzen hatte somit gerade in der ersten Epoche des Krieges, wo die Geister am stärksten erregt waren, die Sozialdemokratie in Berlin und die von ihr beeinflußte Arbeiterbewegung weder der Regierung noch dem bramarbasierenden Mordspatriotentum, hinter dem der noch sehr große Troß der Gedankenlosen einherlief, Anlaß zu



Bürger, Handwerker und Arbeiter Berlins!

Der Augenblick, wo Ihr selbstständig und thatkräftig für Eure eigenen Interessen aufzutreten habt, ist gekommen. Für Deutschland tritt demnächst ein **Parlament nach dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht** zusammen.

Klar und bestimmt ist Euch die Haltung, die Ihr einzunehmen habt, vorgezeichnet durch Eure **Klasseninteresse.**

Selbstständig müßt Ihr auftreten!

Bisher waren es andere Gesellschaftsklassen, andere Parteien, die Euch **bevormundeten**, nicht in Euerem, sondern in ihrem Interesse — diese Bevormundung muß aufhören — **als selbstständige Männer** habt Ihr **im eigenen Interesse** thätig zu sein.

Nicht nur um Euer selbst, auch um der **Nation**, um des **Vaterlandes** willen habt Ihr dies zu thun — denn Ihr, das arbeitende Volk, bildet die ungeheure Mehrzahl im Staate — Eure Interessen sind die wahren Interessen des Staates und der Gesellschaft.

Alle anderen Parteien, alle anderen Gesellschaftsklassen haben Sonderinteressen, die dem Gesammtvolksinteresse feindlich gegenüberstehen.

Nehmet Euch zusammen bei den Wahlen, trauet Niemand als Euch selbst.

Denn jetzt, wo Euch Macht und Einfluß im Staate gesichert sind, treten manche neue „Freunde" an Euch heran, die von Euch nichts wissen wollten, so lange Eure Stimmen bei den Wahlen wirkungslos waren. **Hütet Euch vor diesen „Freunden"!**

Reaktionäre werden zu Euch herantreten und werden sagen: Wir meinen es gut mit dem Volk, wir wollen eine väterliche Regierung, die auch den Armen und Besitzlosen schützt und fördert.

Antwortet ihnen: Wir danken für Eure Bevormundung, Ihr seid Feinde der Freiheit, wir aber wollen freie Männer sein.

Fortschrittler werden zu Euch kommen und werden sagen: Wir sind für Freiheit und gleiches Recht; stehet zu uns, und es wird besser werden mit Euch!

Widerstehet auch diesen Versuchern und saget: Wir kennen Eure trügerischen Phrasen, was nützen uns Freiheit und gleiches Recht, wenn wir hungern und frieren! Ihr wollt, daß der Reichthum herrsche, aber für die besitzlose Arbeit habt Ihr kein Herz.

Die deutsche Arbeiterpartei, von der Ueberzeugung ausgehend, daß die große Masse des arbeitenden Volkes seine Interessen selbstständig vertreten muß, hat den

Arbeiter August Grau

als Candidat für den deutschen Reichstag im dritten und vierten Berliner Wahlkreise aufgestellt. Derselbe ist bereit, falls die Wahl auf ihn fällt, dies ehrenvolle Amt zu übernehmen und legen wir den Wählern offen das Programm dar, auf welches er sich verpflichtet:

1) **Abschaffung der stehenden Heere,** weil dieselben nach außen zu Angriffs- und Eroberungskriegen anspornen, während sie nach innen einerseits dem Volke ungeheure Lasten aufbürden, andererseits aber der Reaktion als wirksamste Stütze dienen, um alle freiheitlichen Bestrebungen niederzudrücken.

2) **Einführung einer unumschränkten Preßfreiheit, sowie eines vollständigen Vereins- u. Versammlungsrechtes,** weil das seitherige System jede freiheitliche Bestrebung erschwerte.

3) **Abschaffung aller indirekten Steuern** und **Einführung** einer progressiven (steigenden) Einkommensteuer, da durch die indirekten Steuern das arbeitende Volk am meisten gedrückt wird.

4) Dagegen soll derselbe von der Regierung ein Gesetz fordern, daß den nothleidenden Opfern des Krieges, den Invaliden, Wittwen und Waisen, ein vor Noth gesichertes Leben geschaffen werde.

5) Einführung **des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts** mit geheimer Abstimmung ohne Census, für Landtag und Commune, und mit Diätenzahlung, da die Masse des Volkes den Staat bildet und erhält, daher Jeder nicht nur gleiche Pflichten, sondern auch gleiche Rechte haben soll.

6) Einführung eines allgemeinen freien und unentgeltlichen Volksunterrichts, Trennung der Schule von der Kirche; damit sich der Arme wie der Reiche, je nach seinen Fähigkeiten gleich gut ausbilden kann.

7) **Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit, sowie der Sonntagsarbeit.**

8) Einführung eines **Normalarbeitstages und eines Gesetzes** zum Schutze der Arbeit.

9. Beseitigung des **ehernen ökonomischen Lohngesetzes,** wonach dem Arbeiter von dem Ertrage seiner Arbeit eben nur so viel zukommt, als zum Leben nothdürftig ist, durch Errichtung von Produktiv-Associationen mit Staatskredit etc.

Indem wir mit diesem Programm vor die Wähler des dritten und vierten Berliner Wahlkreises treten, bemerken wir noch, daß unser Candidat, getreu den Grundsätzen der deutschen Arbeiterpartei, bei jeder wichtigen Angelegenheit erst den Willen seiner Wähler zu Rathe ziehen wird.

Nur so lange ein Abgeordneter mit seiner Partei und mit seinen Wählern im Einklang handeln kann, ist er im Stande, erfolgreich zu wirken, ist es nicht mehr der Fall, so muß er sein Mandat niederlegen.

Berlin, den 28. Februar 1871.

Das Arbeiter-Wahlcomité.

80. Wahlflugblatt für August Grau,
den Kandidaten des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins"
Reichstagswahl 1871

Verfolgungen und Belästigungen gegeben, und wohl im Hinblick darauf ließ man sie auch jetzt unbehelligt. Dagegen riß als unmittelbare Folge des Krieges eine große Flauheit in der Bewegung ein.

Mitte September versuchten die Bäckergesellen die Bewegung für die im Juli ins Auge gefaßten Forderungen wieder aufzunehmen. Sie verlangten folgende Mindestwochenlöhne: Werkmeister 3 Tlr., Kneter 2 Tlr. 15 Sgr., andere Gesellen 2 Tlr.; Bezahlung der Ueberstunden mit 2½ Sgr. für jede der ersten zwei und 5 Sgr. für etwaige weitere Ueberstunden, Abschaffung der Sonntagsarbeit und — Anrede der Gesellen mit ihrem Familiennamen! In der Frage der Arbeitszeit hatten sie ihre Forderung bereits ermäßigt und verlangten nur noch, daß sie von 12 Uhr nachts bis 12 Uhr mittags mit 2 Stunden Pause für Mahlzeiten dauern solle.

Es fanden verschiedene Versammlungen statt, eine Anzahl Meister erklärten, bewilligen zu wollen, aber nach verhältnismäßig kurzer Zeit fiel die Bewegung ab und schlief schließlich ein. Der Arbeiter-Unterstützungs-Verband hatte schon am 29. Juli bekannt gegeben, daß er im Angesicht der Zeitverhältnisse die Reiseunterstützung von 1½ auf 1 Sgr. pro Meile herabsetzen müsse.

Eine Sammlung der Maurer für die Frauen der zur Landwehr eingezogenen Kollegen ergab einschließlich von 76 Tlrn., die man bei den Meistern gesammelt hatte, rund 200 Tlr. Der Bericht über die Verteilung der Unterstützungen enthüllte, wie es im „Sozial-Demokrat“ heißt, „das traurigste und größte Elend“. Die im „Sozial-Demokrat“ vom 11. September veröffentlichte Abrechnung des Allgemeinen deutschen Unterstützungsverbandes für die Zeit vom 1. Januar bis 1. September 1870 weist sehr bescheidene Zahlen auf, die Einnahmen im Juli und August belaufen sich für ganz Deutschland zusammen auf nur rund 900 Tlr. Mit dem Verband war im August der Allgemeine deutsche Maurerverein einen Kartellvertrag eingegangen.

Im „Sozial-Demokrat“ vom 14. September erklärt der Präsident (Schweitzer), daß sich die Absicht, eine über ganz Deutschland zentralisierte Krankenkasse einzurichten, als unausführbar erwiesen habe und das Präsidium sich mit der Abfassung eines Normalstatuts für örtliche rc. Krankenkassen beschäftige, dessen Wortlaut im „Sozial-Demokrat“ vom 9. November veröffentlicht ist.

Im „Sozial-Demokrat“ vom 11. Dezember schreibt das Präsidium eine Urabstimmung darüber aus, ob die nächste Generalversammlung, die nach dem Beschluß ihrer Vorgängerin vor dem 1. März 1871 stattfinden sollte, nicht im Angesicht der Tatsache, daß im Februar oder März voraussichtlich die Wahlen zum neuen Reichstag stattfinden würden, bis nach dem 1. März verschoben werden solle, und die Abstimmung fällt überall einstimmig in diesem Sinne aus.

Im „Sozial-Demokrat“ vom 21. Dezember sieht sich Schweitzer zu der Mitteilung genötigt, daß der „Sozial-Demokrat“, der vor dem Kriege seine Kosten ungefähr deckte, in diesem Quartal ein Defizit von nahezu 1.000 Tlrn. gehabt habe. Die Berliner Parteigenossen hätten auf seinen Ruf sofort durch freiwillige Zeichnungen mehrere

hundert Taler zur Aufrechterhaltung des Blattes aufgebracht. Er wolle einen gleichen Aufruf nicht an die Gesamtpartei richten, sondern fordere nun zunächst noch einmal zu energischer Tätigkeit für eine Verbreitung des Blattes auf, sonst könne er unmöglich die bedeutenden Opfer weiter tragen.

In der gleichen Nummer des „Sozial-Demokrat“, die diese Ankündigung brachte, findet sich ferner in einer Notiz über die Abreise des plötzlich zum Militär eingezogenen Hasenclever folgende Schilderung der Szenen am Bahnhof:

> „Es war ein Jammer, diese Leute ihren Familien entrissen zu sehen, um an den Strapazen eines Winterfeldzuges teilzunehmen; die tiefdüstere Stimmung, die sich bemerkbar machte, war dementsprechend. Waren doch fast alle Familienväter. Genau genommen gehören diese Leute nicht zur Landwehr, sondern zum Landsturm: nur infolge des Kriegszustandes können sie als Landwehr eingereiht werden. Solchen selbst von der liberalen Presse unterdrückte Tatsachen sind deutliche Anzeichen — wer wundert sich noch, daß Berlin nicht mehr flaggt über die Siege!“

Wie man sieht, fing die Stimmung im Volke schon an, umzuschlagen. Und kein Wunder, daß dem so war. Die großen und für die den Ausgang des Kampfes entscheidenden Schlachten waren geschlagen, jetzt zog sich der Krieg in die Länge, ohne den Gemütern eine Steigerung an erhebenden Momenten zu bieten. Siege wurden noch erfochten, aber gegen ein Volk, das sich einen Landesteil nicht gewaltsam entreißen lassen wollte und dabei eine so überraschende Spannkraft und Opferwilligkeit an den Tag legte, daß darüber das Gerede von der „verkommenen Nation“ selbst im Munde der lautesten diesseitigen Apostel des Krieges verstummte. So wurden die Geister immer nachdenklicher gestimmt, zumal die Opfer an Menschen nicht nachließen.

Indes, noch war man bei alledem im Bann eines erfolgreichen Krieges, der die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches entsprach, die Annexion Elsaß-Lothringens wurde von der außerhalb der Sozialdemokratie stehenden breiten Masse als die Wiedergewinnung eines geraubten Volksstammes betrachtet, und so war die Situation, als Anfang 1871 die Wahlen für den ersten deutschen Reichstag ausgeschrieben wurden, für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein durchaus nicht günstig.

Noch hatte der linke Flügel der bürgerlichen Demokratie in Berlin ziemlichen Anhang, und der von ihm und den Anhängern der Sozialdemokraten Eisenacher Programms aufgestellte Johann Jacoby war im demokratischen Kleinbürgertum und bei einem großen Teil der Arbeiter sehr populär, zumal ihm auf der einen Seite der General Vogel von Falkenstein, der ihn wegen der Bekämpfung der Annexionsidee nach Lötzen hatte überführen lassen, und auf der anderen Seite die Berliner Fortschrittler, die ihm bei der Erneuerungswahl zum preußischen Landtag nunmehr die Kandidatur gekündigt hatten, Anspruch auf eine Genugtuung durch das demokratische Wahlrecht geliefert hatten.

Schweitzer fühlte das so gut heraus, daß er im „Sozial-Demokrat“ vom 8. Januar 1871 erklärte, der Beschluß der Hannoverschen Vorstandssitzung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, bei Stichwahlen zwischen Reaktionären und einem Volksparteiler Stimmenthaltung zu üben, und bei solchen zwischen Liberalen und Volksparteilern für die Liberalen zu stimmen, beziehe sich nicht auf Leute wie Jacoby, die sich nie in die inneren Angelegenheiten der Arbeiterpartei eingemischt haben, sondern gegen die „Eisenacher Ehrlichen“, die die Arbeiterpartei zu zersplittern suchten; für Jacoby könnten auch Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in der Stichwahl ohne Bedenken stimmen.

Als Kandidat des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins selbst wurde am 29. Januar 1871 in der „Alten Linde“ in einer unter Schweitzers Vorsitz tagenden Volksversammlung für alle Berliner Wahlkreise der Zimmermann August Grau aufgestellt. Grau war ein intelligenter Arbeiter, der sich u. A. in der Zimmererbewegung als Vorstandsmitglied bewährt hatte und sicher im Reichstag seinen Platz gut ausgefüllt hätte, aber bei der außerhalb der Bewegung stehenden Bevölkerung war er doch zu unbekannt, um gegen einen Jacoby aufzukommen. In der bezeichneten Versammlung sowie noch in einigen kleineren Versammlungen, die in anderen Stadtteilen stattfanden, entwickelte er in schlichten, kernigen Worten seinen sozialdemokratischen Standpunkt; zu einer intensiveren Agitation aber fehlten sowohl die materiellen wie die rednerischen Kräfte.

Wer reden konnte, war für die Wahlen in den wichtigen Wahlkreisen in der Provinz in Anspruch genommen. Nicht einmal der „Sozial-Demokrat“ konnte in den letzten Tagen vor der Wahl ordentlich redigiert werden, da Schweitzer und Hasselmann in ihren Wahlkreisen waren, noch fand eine ausreichende Flugblattverteilung statt. Meist begnügte man sich vielmehr damit, in kleinen Anschlägen an Häusern, Haustüren, Zäunen rc. zur Wahl als Arbeiterkandidaten August Grau aufzufordern. Ein kleines Wahlflugblatt wurde in einigen Arbeitervierteln verbreitet. Es ist ein interessantes Zeitdokument und als solches in unsern Abbildungen reproduziert.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß, als am 3. März 1871 die Wahl vor sich ging, das Ergebnis in keinem Verhältnis stand zu der intensiven Agitation und den glänzenden Versammlungen, die der Allgemeine deutsche Arbeiterverein vor dem Ausbruch des Krieges zu verzeichnen gehabt hatte, sondern das stolze Wort „Berlin gehört uns“ schnöde Lügen zu strafen schien. In den sechs Wahlkreisen Berlins zusammen erhielt Grau noch keine 2.000, Jacoby immerhin über 6.000 Stimmen. Und zwar verteilten sich die Stimmen wie folgt:

Wahlkreis	August Grau, Sozialdemokrat	Joh. Jacoby, Demokrat	die Fortschrittskandidaten	die Regierungskandidaten. Zentrum usw. zus.
I.	21	1.033	3.534	854
II.	180	330	6.123	1.642
III.	519	1.685	5.354	508
IV.	1.104	1.361	3.580	245

V.	76	802	3.323	642
VI.	82	1.182	3.559	652
zusammen:	1.982	6.393	25.473	4.543

Nur der vierte Wahlkreis hatte dem Arbeiterkandidaten über 1.000 Stimmen gegeben, und er hätte ihm wohl noch mehr gegeben, wenn nicht sein Gegenkandidat Jacoby gewesen wäre, zu dessen bisherigem Landtagswahlkreis der größte Teil des vierten Reichtagswahlkreises gehörte, und dessen Stellung zur Arbeiterbewegung eine solche war, daß selbst für viele sozialdemokratische Arbeiter der Antrieb, ihm ihre Stimmen zu entziehen, nur gering sein mußte. So war es eigentlich schon viel, daß Grau ihm in der Stimmenzahl so nahe gekommen war. Um so größer dagegen die Enttäuschung im sechsten Wahlkreis. Hier, in den proletarischen Bezirken des Nordens, im Viertel der Maschinenbauer, ganze 82 Stimmen für den Arbeiterkandidaten gegen 3.559 für den „toten“ Schulze!



81. Karikatur auf Bebel und Bismarck im Reichstag
„Berliner Wespen“. 1871

Wohl konnte da die „Volkszeitung“ jubeln, daß das „demokratische Wahlrecht über die demagogische Agitation gesiegt“ habe. Sie ahnte nicht, daß gerade der sechste Wahlkreis schon bei der nächsten Wahl den Fortschrittsturm im Wanken sehen sollte. Aber einstweilen hatte sie recht. Berlin gehörte noch bei weitem nicht der Sozialdemokratie.

Und aus den Provinzen kam keine bessere Kunde. Vom „Volksparteiler“ Bebel abgesehen, war im ersten Wahlgang nicht ein Sozialdemokrat gewählt worden, und die Stichwahlen änderten daran nichts. Schweitzer, der in Elberfeld, Hasselmann, der in Klausthal-Goslar, Bräuer, der in Altona in Stichwahl kam, sie alle wurden in dieser geschlagen, während Hasenclever und Fritzsche in ihren Wahlkreisen schon gleich im ersten Wahlgang unter großem Stimmenrückgang unterlegen waren, und ebenso waren der Försterlingsche und der Mendesche Wahlkreis verloren gegangen und Liebknecht unterlegen. Alle Agitationsarbeit schien vergebens gewesen zu sein.

Auf Schweitzer wirkte das Resultat niederschmetternd. Im „Sozial-Demokrat“ vom 26. März machte er an leitender Stelle bekannt, daß es sein „fester und unwiderruflicher Entschluß“ sei, die Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins niederzulegen. Wohl sah er weit genug, um sich sagen zu können, daß die Stimmung dieser Wahl vergehen und wieder besseres Wetter für die Sozialdemokratie einkehren werde. Aber auch er ahnte offenbar nicht, wie bald der Umschwung kommen sollte, und mußte sich sagen, daß mit dem Verlust des Reichstagsmandats seine Ausnahmestellung im Verein einen um so größeren Stoß erlitten hatte, als ihm die Mittel fehlten, das Defizit des „Sozial-Demokrat“ weiter zu tragen und dadurch mit dem Eigentumsrecht sich die Verfügung über das Organ der Partei zu erhalten.

Der Verein hatte ja nicht einmal die Möglichkeit oder auch nur die Lust, ihm ein Einkommen zu bieten, das ihm eine seinen Lebensgewohnheiten einigermaßen entsprechende Existenz gewähren konnte. Als am 18. Mai 1871 in Berlin die zehnte Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zusammentrat, war der „Sozial-Demokrat“ schon eingegangen. Am Mittwoch, den 26. April, war die letzte Nummer erschienen, lediglich mit dem Vermerk, daß „aus Gründen, die mit der Parteileitung zusammenhängen“, die Freitagnummer ausfallen werde, und aus dem Freitag wurde die ganze Folgezeit. Ohne Sang und Klang verschied dieses Blatt, das, was die Fähigkeit anbetrifft, mit der es geschrieben worden war, ein besseres Schicksal verdient hätte.

Die Generalversammlung, die von 74 Orten durch 34 Delegierte beschickt war, deckte in eintägiger Beratung allerhand Unregelmäßigkeiten in der Kassenverwaltung des Vereins auf, die auf Schweitzer zurückgeführt wurden und arg verstimmten.

Noch böseres Blut machte das Bekanntwerden der Tatsache, daß Schweitzer von den Nationalliberalen des Wahlkreises Hagen behufs Bekämpfung der Kandidatur des Fortschrittlers Dr. Harkort 400 Taler für die Kasse des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins angenommen hatte. Konnte Schweitzer sich auch darauf berufen, daß das Geld, statt für den gedachten Zweck, für die Stichwahl in Elberfeld-Barmen verwendet worden war, so zeigte doch das ganze Vorkommnis, mit wie wenig Skrupeln er solche Bündnisfragen behandelte.

Angesichts alles dessen ist es begreiflich genug, daß keinerlei ernsthafter Versuch gemacht wurde, ihn zum Verbleiben in seiner Stellung zu bewegen. Die Versammlung drückte nur ihr „Bedauern“ aus, daß „persönliche Verhältnisse“ ihn zum Rücktritt von der Parteileitung nötigten, nahm einstimmig einen Antrag an, der ihm das Vertrauen des Vereins für seine langjährige umsichtige Leitung aussprach und empfahl den Mitgliedern, als Nachfolger Schweitzers in der Präsidentschaft den von diesem selbst dazu vorgeschlagenen Wilhelm Hasenclever zu wählen, was denn auch in der Urabstimmung des Vereins mit allen gegen 58 Stimmen erfolgte.



Gustav Lübkert
Zimmerer



Otto Kapell
Zimmerer



Paul Grottkau
Maurer

(Nach zeitgenössischen Bildnissen)

Die Generalversammlung übernahm ferner die Schulden des „Sozial-Demokrat“„ bis zur Höhe von 1.000 Talern, wofür Schweitzer das Eigentumsrecht an diesem Blatt und dem einmal wöchentlich erscheinenden „Agitator an den Verein abtrat. Weiter wurde

beschlossen, mit Ende Juni auch den „Agitator“„ eingehen und vom 1. Juli ab den „Sozial-Demokrat“„ als Vereinseigentum wieder erscheinen zu lassen, mit Wilhelm Hasenclever und Wilhelm Hasselmann als Redakteuren.

Indes erschien das Blatt am gedachten Datum mit „etwas abgeändertem Titel“ als „Neuer Sozial-Demokrat, Organ des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, des Arbeiter-Unterstützungsverbandes und des Allgemeinen deutschen Maurer-Vereins“. Die erste Nummer enthält die letzten Bekanntmachungen Schweitzers, nämlich die Uebergabe des Vereinspräsidiums an Hasenclever und die Uebergabe des Verbandspräsidiums an August Kapell, sowie die Antrittserklärung Hasenclevers, in der noch einmal Schweitzer der Dank der Arbeiter ausgesprochen ward. Die zweite Nummer berichtet von einer von weit über tausend Personen besuchten Parteiversammlung im „Vauxhall“, in der Schweitzer sich als Präsident von der Berliner Mitgliedschaft verabschiedete und ihm von dieser ein dreifaches Hoch gebracht wurde.

Damit und mit einigen Vorträgen, die Schweitzer noch im Laufe des Monats Juli in Arbeitervereinen hielt, war sein politisches Auftreten in Berlin abgeschlossen. Er verlegte sich nun auf die Bühnenschriftstellerei, erzielte mit einem Drama „Canossa“ und einem Lustspiel mit historischem Hintergrund „Die drei Staatsverbrecher“„ an einer Berliner Vorstadtbühne, dem Belle-Alliance-Theater, ermunternde Erfolge, wandle sich dann aber des Broterwerbs halber dem Schwank und der Posse zu, die ihm den Weg zu besser zahlenden Bühnen ebneten, und starb im Juli 1875 im noch jugendlichen Alter von 43 Jahren.

Abgesehen von zwei Einaktern „Der Schlingel“ und „Die Gans“, die Schweitzer für die sozialistische Propaganda geschrieben hat, lassen seine Bühnenwerke selbst in der Grundauffassung nichts vom Sozialismus merken. In allen, „Der Schlingel“ und noch mehr „Die Gans“ einbegriffen, zeigt sich aber ein starker Hang zum Burlesken und zur gröberen Zote, was Psychologen vielleicht den Schlüssel für das Defizit des politischen Führers Schweitzer liefert. Aber sie zeigen genug Erfindungsgabe und dramatisches Geschick, um erkennen zu lassen, daß Schweitzer, wenn ihm ein längeres Leben beschieden gewesen wäre, sich unter den deutschen Bühnendichtern seiner Zeit einen angesehenen Platz erobert hätte.

Vier Wochen früher als der „Sozial-Demokrat“ trat auch das Organ der radikalen bürgerlichen Demokratie Berlins, die von Guido Weiß redigierte „Zukunft“, vom Schauplatz ab. Trotzdem — oder besser — weil sie das geistreichste, charaktervollste tägliche Blatt gewesen war, das Berlin in der Epoche des Norddeutschen Bundes aufweisen konnte, hatte sie sich in den nahezu vier Jahren ihres Bestehens nicht genug Abonnenten erwerben können, um aus eigener Kraft existieren zu können. Literarische Feinschmecker aus allen Parteien lasen sie gern, aber dem radikalen wie dem sich für radikal haltenden Kleinbürger war sie zu hoch, und dem gebildeteren Bourgeois ging sie in der Verneinung des Bestehenden zu weit, bot ihm auch nicht genug Geschäftsnachrichten und dergleichen, um ihn zum Abonnement zu veranlassen. So hielt es der Herausgeber, wie er in der

Abschiedserklärung ausführte, nicht für passend, das Blatt noch länger auf Kosten freigebiger Gesinnungsgenossen sein Leben fristen zu lassen, sondern ließ es eingehen, um einem volkstümlicher gehaltenen Organ gleicher Parteifarbe den Platz zu räumen.

Es war ein wirklicher Verlust für die Presse Berlins. Gerade in der Kriegszeit hatte die „Zukunft“ ihren Mann gestanden. Unerschüttert hatte sie zu Johann Jacoby gehalten, als dieser vor der gewaltsamen Annexion Elsaß-Lothringens warnte. Und als die „Norddeutsche Allgemeine“ die Verhaftung Jacobys durch Vogel von Falkenstein mit der fadenscheinigen Redensart zu verteidigen suchte, daß „in Paris ein Franzose, der sich am französischen Nationalgefühl in der Weise versündigen wollte, wie es Jacoby an dem deutschen Nationalgefühl getan“ — in Jacobys Erklärung hatte keine Silbe gegen Deutschland gestanden! — „dort sicher an der Laterne hinge“, da schrieb in ihrer Nummer vom 16. Oktober 1870 die „Zukunft“ mit mutig-scharfer Ironie:

> „Wir hoffen, General Vogel von Falkenstein versteht den Wink und macht sich seinen Vers darauf. ‚Ein Strick, ein Ruck — und keinen Muck!' Um es Herrn Braß übrigens in die Nähe zu legen, liefern wir ihm heute statt des Einen ein rundes Hundert solcher Exekutionsobjekte.“

Das war keine renommistische Phrase. Auf der dritten Seite der bezeichneten Nummer der „Zukunft“ stand folgende Erklärung, die mit dem Namen ihrer Unterzeichner als Zeitdokument der Aufbewahrung wert ist:

> „Erklärung.
>
> Am 14. September hat eine Volksversammlung zu Königsberg in. Preußen folgende, von Dr. Johann Jacoby beantragte und begründete Erklärung abgegeben:
>
> Die hier versammelten Mitglieder der Volkspartei sprechen ihre Ueberzeugung dahin aus, daß weder die Kriegserklärung Napoleons, noch die Waffentaten der deutschen Heere dem Sieger das Recht geben, über das politische Geschick der Bewohner von Elsaß und Lothringen zu verfügen. Auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, im Interesse der Freiheit und des Friedens protestieren sie gegen jede gewaltsame Annexion französischen Ländergebietes.
>
> Indem die Unterzeichneten dieser Erklärung vollständig beitreten, protestieren sie zugleich gegen die widerrechtlichen Beschränkungen, welche das Recht der freien Meinungsäußerung in Rede und Schrift gegenwärtig in einem großen Teile Deutschlands durch militärische Gewalt erfährt.
>
> F. Aar. Th. Abb. I. Baumann. I. Bey. A. Diesel. M. Boas. A. Bohne. W. Bohne, Dr. Bram. I. Büttner. H. Copelle. O. Clement. L. Cohn. B. Croner. I. Danziger l. I. Danziger II. G. Deckler. G. Dumas. J. M. Dzida. Eberstein. L. Eder. R. Falk. S. Falk. C. Fenchel. G. Fiedler. Dr. Fürstenheim. Gawanke. F. Gerten. Halbauer. L. Hartmann. H. Hannith. Dr. L. Heffter. H. d'Leureuse. H. Hofer. J. Hoffmann. W. Jordan. F. Jozewicz. C. Just. Kaiser. L. Kannegieß. Kärger. Keßler. E. Knorr. W. Könnecke. E. Kreter. G. Kwasniewski, v.d. Leeden. M. I. Levy. J. Lipschitz. W. Ludwig. L.

May. F. Mehring. K. Mentzel. R. Meyerstein. Mielke. F. W. Müller. R. Müller. N. H. Neumann. I. Pamper. Pawlowitsch. Petruschke. Dr. Gust. Rasch. G. Rathenau. A. Reimann. H. Reinhenkel. E. Röhn. Rohicki. Rosenstock. Ed. Sack. L. Sack. W. Schaar. G.S. Schäfer. Schiffert. A. Schmidt. R. Schmidt. Schönpflug. F. Schröter. Schramm. W. Schubert. A. Schulze. W. Schulze. R. Schweichel. Seeger. Dr. Seemann. C. Skladanowski. P. Singer. William Spindler. H. Steffe. Dr. Tappert. G. Thölde. E. Tockau. C. Troschel. L. Lager. H. Vogel. J. Voigt. K. Wedemeyer. Dr. G. Weiß. W. Wellner. A. Wendt. E. Wiedemann. E. Wolff.

In diesem Hundert „Exekutionsobjekte“ wird der Leser gar manche Persönlichkeit finden, deren Namen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung früher oder später weithin bekannt geworden ist. Andere haben sich damit begnügt, im stillen zu wirken, wieder andere sind verschollen oder matt geworden. Als die „Zukunft“ von der Bühne abtrat, erlosch naturgemäß das Interesse derer an der Demokratie, die bloß der Reiz der Weißschen Feder angezogen hatte.

Am 31. März 1871 erschien die letzte Nummer der „Zukunft“. Sechs Monate darauf kam ihre Nachfolgerin heraus, auf die Guido Weiß in seiner Abschiedserklärung hingewiesen hatte. Volkstümlicher war sie schon, aber ihr erblühte darum doch keine bessere Zukunft.

Dreizehntes Kapitel. Die ersten Jahre im neuen Reich.

Die „Demokratische Zeitung“ und der „Neue Social-Demokrat“. — Wiederaufleben der Arbeiterbewegung. Wohnungsnot. — Baracken Obdachloser vor den Toren Berlins. — Das Steigen der Lebensmittelpreise und die Lohnbewegungen. — Lassalleaner fassen Boden bei den Maschinenbauern. — Die Gründung des Berliner Arbeiterbundes, seine Verfassung und seine Mission. — Mißglückter Feldzug Max Hirschs für Einigungsämter und Niederlage bei den Zimmerern. — Glänzendes Wachstum des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und Steigen der Auflage des „Neuen Social-Demokrat“. — Stellung der Lassalleaner zur Wohnungsfrage: nichts vom heutigen Staat. — Bei den Landarbeitern in — Schöneberg. Verschärfung des Gegensatzes zwischen Lassalleanern und Eisenachern: die Sprengungen werden bösartiger. Wandlung bei den Eisenachern. Die „Jungen“: Ignaz Auer, August Heinsch, Max Kayser. — Der Sattlerverein. — Der Streik bei Pflug. — Gewerkschaftskongresse im Jahre 1872. Die elfte Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Schweitzer geächtet. — Der Blumenstraßenkrawall, drei Tage Straßenkampf und Barrikaden. Massenverhaftungen und Bluturteile. — Brutales Vorgehen gegen Barackenbewohner. Ein Wohnungsnotkomitee, sein Werk und dessen Kritik. Die bürgerlichen Demokraten und das Eisenacher Programm. Viermonatlicher Streik der Zigarrenarbeiter. — Volksversammlungen über Kathedersozialisten und antisozialistische Regierungskonferenzen. — Die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin: schändliches Spiel mit Volk und Soldaten. — Der Börsenkrach von 1873. — Verwegenes Vorgehen der Eisenacher und neue Sprengungen. — Auflösung des Berliner Arbeiterbundes. — Ende der „Demokratischen Zeitung“. — Der Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Verein. — Protestversammlung gegen Erhöhung der Tabaksteuer. — Der 25. Gedenktag der Märzrevolution. — Ein nationalliberaler Parteiführer über die Opferwilligkeit der sozialistischen Arbeiter. — Die Berliner Arbeiter und Rodbertus.

> „Das deutsche Volk, welches sein Blut verspritzt, es wird nicht in reaktionären Siegestaumel geraten wie eine siegreiche Söldnerrotte.“
>
> Der „Sozialdemokrat“ am Vorabend des Krieges.
>
> „Reich der Reichen, da stehst du, juchhei!“
>
> Georg Herwegh zum 18. März 1873.

Die „Demokratische Zeitung,“ die ein volkstümliches Blatt der bürgerlichen Demokratie sein sollte, trat am 1. Oktober 1871 unter der Redaktion von Karl Lübeck und Julius Voigt ins Leben. Voigt, der wirklich nur bürgerlicher Demokrat war, schied indes nach etlichen Monaten wieder aus der Redaktion aus, in die dafür erst Karl Hirsch und dann Max Kayser eintraten. Hirsch und Kayser waren Sozialdemokraten, Lübeck entwickelte sich zu einem solchen, und so wurde die „Demokratische Zeitung“ nach und nach ein wesentlich in sozialdemokratischem Sinne redigiertes Blatt. Ihre Schreibweise wurde auf diese Weise allerdings volkstümlicher, aber ihre Verbreitung wuchs darum doch nicht über die der „Zukunft“ hinaus.

Dem nichtsozialistischen Publikum wurde sie, da ihr die feingeschliffenen Weißschen Artikel und Notizen fehlten, nur um so unsympatischer, dem Kleinbürger bot sie nicht genug Unterhaltung, und der sozialistisch denkende Arbeiter fand im „Neuen Social-Demokrat“ eine ungleich kräftigere, einheitlichere, ganz seinem Bedürfnis angepaßte Kost. Lediglich die zur Eisenacher Partei sich rechnenden Sozialisten Berlins erblickten in der „Demokratischen Zeitung“, so lange Lübeck und Kayser sie redigierten, ihr Organ; aber

ihre Zahl reichte bei weitem nicht hin, das Blatt lebensfähig zu gestalten. So vegetierte es denn immer nur gerade zwischen Leben und Sterben dahin.

Vom „Neuen Social-Demokrat“ konnte man, soweit die Schreibweise in Betracht kommt, sagen, daß er sich zum Schweitzerschen „Sozial-Demokrat“ ähnlich verhielt, wie die „Demokratische Zeitung“ zur „Zukunft“. Auch hier ist der Faden wesentlich vergröbert. Der poetische Schwung und der geschichtsphilosophische Gehalt, die manche Artikel Schweitzers auszeichneten, fehlen, die Sprache wird sehr hahnebüchen und die Polemik manchmal ordinär. Aber damit hört die Parallele auf. Während die „Demokratische Zeitung“ im Gegensatz zur „Zukunft“ ihre Haltung wiederholt wechselt und auch sonst allerhand Seitensprünge macht, gewinnt die Haltung des „Neuen Social-Demokrat“ im Gegensatz zu der seines Vorgängers immer mehr an Einheitlichkeit und Bestimmtheit.

Allerdings hatten sich die Verhältnisse mittlerweile sehr vereinfacht. Das Bismarcksche Programm der Einigung Deutschlands war erfüllt, jetzt handelte es sich nicht mehr darum, ob man Preußen eine Mission zuerkennen dürfe oder nicht, bezw. ob der Norddeutsche Bund bloß als Eintagsfliege zu betrachten sei oder nicht, jetzt galt es vielmehr, im konstituierten Reich die Forderungen der Arbeiterdemokratie energisch und beharrlich zu verfechten.

Auf der anderen Seite hatten die Kämpfe der Pariser Kommune auf die nie sehr widerstandskräftige bürgerliche Demokratie Preußens wie ein nasser Schwamm gewirkt, und die entschiedene Parteinahme der Sozialisten beider Richtungen für die Kommune war auch in den oberen Regionen sehr unliebsam vermerkt worden.

Bismarck wurde mehr und mehr inne, daß mit der Arbeiterbewegung schlecht spielen war, und seine Presse fing an, dementsprechend ihre Tonart gegenüber der Sozialdemokratie zu ändern. Dazu trugen auch bei die Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet, die nunmehr, nachdem der Krieg beendet war und der Milliardensegen über Deutschland sich ergoß, mit einer Wucht und Kraft hereinbrachen, wie es niemand vorausgesehen hatte.

Der Krieg hatte überhaupt nicht, wie das vielfach befürchtet worden war, die Geschäftskrisis daheim verschärft, er hatte sie im Gegenteil nach und nach behoben. Wozu noch kommt, daß der Krieg das Arbeiterangebot von den zur Reserve und Landwehr eingezogenen Arbeitern entlastete. Es trat Arbeitermangel ein, und mit ihm oder durch ihn gefördert steigender Zuzug vom Land und den kleinen Städten in die großen Städte, zu dem der Krieg auch sonst Anlaß bot. Der Zuzug dauerte noch fort, als die eingezogenen Arbeiter später wieder entlassen wurden.

Alles wirkte so zusammen, eine Begleiterscheinung aller Zeiten aufsteigender Geschäftskonjunktur mit vordem unbekannter Heftigkeit eintreten zu machen: Wohnungsnot. Sie nahm in Berlin, das jetzt über 800.000 Einwohner zählte, den Charakter einer wahren Kalamität an. Die Wohnungsmieten stiegen reißend schnell im Preise, selbstverständlich am stärksten in den Arbeitervierteln. Aufschläge bis zu 60 Prozent und darüber gehörten nicht zu den Seltenheiten.

Wer den erhöhten Preis nicht zahlen konnte oder mochte, flog unbarmherzig hinaus, und so häuften sich, neben gleichzeitiger Ueberfüllung der Wohnungen infolge von Abvermietens und dergleichen, die Fälle absoluter Obdachlosigkeit. Berlins Arbeitshaus, der damalige „Ochsenkopf“ am Alexanderplatz, zu jener Zeit ein wahres Haus des Schreckens, konnte im Herbst 1871 die eingelieferten Obdachlosen überhaupt nicht mehr aufnehmen, und obdachlose Familien fingen an, sich dadurch zu helfen, daß sie auf wüsten Stücken Landes vor den Toren Berlins sich Bretterbuden usw. errichteten und darin mit ihrer Labe hausten.

Das Rixdorfer Feld vor dem Kottbuser Tor, Felder vor dem Frankfurter und Landsberger Tor sahen eine ganze Anzahl solcher dürftigen, aller Zivilisation hohnsprechenden Baracken. Allein auf dem Rixdorfer Feld wurden noch im März 1872 gegen 80 dieser Baracken gezählt. Sie verstießen gegen die Polizeiverordnung, aber die Polizei mußte sie zeitweise dulden, weil sie selbst sich keinen Rat mehr wußte.

Kam es doch auch vielfach vor, daß von ihren Hauswirten exmittierte Familien mit Sack und Pack in Straßen Berlins übernachteten, wobei selbst die feineren Straßen der Friedrichstadt nicht verschont blieben. Man sah Szenen herzzerreißenden Elends sich in voller Oeffentlichkeit abspielen. Aber die kapitalistische Oekonomie hatte den Trost, daß damals die Boden- und Häuserspekulation blühte und Millionen an gestiegenen Grundwerten „verdient“ wurden.

Wie die Wohnungspreise waren auch die Preise der wichtigsten Volksnahrungsmittel ungeheuer gestiegen; sie erreichten in Preußen anfangs der siebziger Jahre den höchsten Stand, den sie im ganzen Jahrhundert gehabt hatten. Es war die gesegnete Zeit, da man noch keine überseeische Lebensmittelkonkurrenz kannte, und so stand dem Auftrieb der Preise während des Krieges und nach dem Kriege kein Hindernis im Wege.



Nr. 1. Berlin, Sonntag, den 2. Juli 1871. 1. Jahrgang.

Neuer
Social-Demokrat.
Organ des Allg. deutschen Arbeiter-Vereins
des Arbeiter-Unterstützungsverbandes und des Allg. deutsch. Maurer-Vereins.

Politischer Theil.

Blut und Leichen

82. Titelseite der ersten Nummer des neuen Sozialdemokrat. 1871

Nach Conrad ist der mittlere Preis der vier Hauptgetreidesorten, die für die Volksernährung in Betracht kommen, im Preußen alten Bestandes von 121,4 Mark pro Tonne im Jahrfünft 1821/25 fast regelmäßig steigend bis auf 235,2 Mark pro Tonne im Jahrfünft 1871/75, d. h. um nahezu 100 Prozent gestiegen.

Ebenso stiegen die Fleischpreise. Da der Getreidebau sich vorzugsweise für die landwirtschaftliche Großproduktion eignet, ging mit jener Steigerung der

Getreidepreise eine fortgesetzte Aufsaugung von kleinbäuerlichem Grundbesitz durch Großgrundbesitz und Ueberflüssigmachung menschlicher Arbeit auf dem Lande Hand in Hand. Daher zunehmende Abwanderung vom Lande in die Städte, bis die Rückwirkungen eines Tages den Herren Agrariern bitter aufstoßen sollten. Damals aber merkten sie davon noch nichts; wie ihre Vettern, die städtischen Bodenbesitzer, steckten sie hohe Grundrenten in die Tasche und schwärmten sie für den Freihandel, der ihnen erlaubte, durch Ausfuhr nach England den heimischen Markt von Getreide, das die Preissteigerung aufhalten könnte, beliebig zu „entlasten“.

Bei dieser Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel war es nicht nur natürlich, nicht nur vom Standpunkt des Klasseninteresses der Arbeiter geboten, sondern auch im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse gelegen, daß die Arbeiter energisch dazu übergingen, ihre Löhne mindestens in gleichem Verhältnis zu erhöhen. Der geschäftliche Aufschwung, der zum Teil schon vor Beendigung des Krieges eingesetzt hatte, als die Milliarden nur erst in Aussicht standen, nun aber, da sie eintrafen, sich zur „Gründerära“ steigerte, bot die Möglichkeit dazu. Teils stiegen die Löhne automatisch, durch das bloße Spiel von Angebot und Nachfrage, teils ließen es die Arbeiter darauf nicht ankommen, sondern gingen organisiert vor.

Den Anfang machten die Schuhmacher, die schon im April 1871 eine Lohnbewegung ins Werk setzten. Sie forderten durchschnittlich 25 Prozent Lohnerhöhung, stellten, als die Meister die Forderung nicht bewilligen zu können erklärten, am 24. April die Arbeit ein und konnten Mitte Mai berichten, daß ihre Forderungen in der Hauptsache bewilligt seien. Den Streik überdauerte ein aus seinem Anlaß gegründeter Schuhmacherstreik-Verein, der alle Parteibestrebungen ignorieren wollte.

Im Juli traten die Maurer in einen Streik, der über sechs Wochen dauerte. Ausgangspunkt war keine Lohnforderung, sondern die Forderung eines zehnstündigen Normalarbeitstages, der von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit zwei Stunden Pausen dauern sollte. Die Meister erklärten sich zur Bewilligung bereit, doch sollte die neue Arbeitszeit erst vom 1. Januar des folgenden Jahres an in Kraft treten und mit der Einführung der „Stundenlöhnung“ — Bezahlung nach geleisteten Arbeitsstunden statt nach Arbeitstagen — verquickt werden. Darauf wollten die Gesellen nicht eingehen und stellten am 17. Juli in der Zahl von gegen 8.000 die Arbeit ein.

Der Streik erregte das größte Aufsehen; Riesenversammlungen, in denen teils die Führer der Maurer selbst — Paul Grottkau, Wilhelm Lange, Albert Paul — teils auch nicht dem Maurerberuf angehörende Gewerkschaftsvertreter und Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sprachen, wurden abgehalten, in allen Fachvereinen oder Fachversammlungen wurde für die Maurer gesammelt, die fortarbeitenden Maurer, d. h. diejenigen, denen die Forderung bewilligt war, zahlten einen Wochenbeitrag von 15 Sgr. in die Streikkasse, und eine große Anzahl der Streikenden — insgesamt waren es schließlich an 3.000 — reisten auf Veranlassung des Streikkomitees ab und traten anderwärts in Arbeit.

In den ersten Wochen des August stellten auch die Arbeiter, denen die Forderung bewilligt war, auf Beschluß einer Generalversammlung der Maurer Berlins die Arbeit ein, um den Druck auf die Beschlüsse des Komitees der Meister zu erhöhen.[13] Auf diese Weise wurde die Bautätigkeit in Berlin während mehr als einem Monat fast vollständig lahmgelegt und auch späterhin, als der vor stehende Beschluß wieder aufgehoben wurde, noch wochenlang stark verringert.

Daß dies bei der herrschenden Wohnungsnot ein großer Uebelstand war, liegt auf der Hand, und die bürgerliche Presse verfehlte denn in ihrer Mehrheit auch nicht, ihn den Arbeitern aufs Konto zu setzen und über deren „Uebermut" und ihre „Herzlosigkeit" zu lamentieren. Die Regierung und die städtischen Behörden nahmen demonstrativ für die widersetzlichen Meister Partei, versicherten sie ihrer Sympathie, enthoben sie ihrer kontraktlichen Verpflichtungen und auf einzelne Bauten wurden sogar Soldaten zur Arbeit kommandiert.

Der Vorsitzende des Streikkomitees, W. Lange, wurde unter der Beschuldigung, er habe die Streikenden aufgefordert, den Arbeitenden das Werkzeug zu stehlen und es unbrauchbar zu machen, plötzlich verhaftet und einige Wochen in Untersuchungshaft behalten; später ward er auf die Anschuldigung hin, am 5. September 1871 bei einer Altgesellenwahl, um das Zustandekommen der Wahl zu verhindern, eine Schlägerei angestiftet und kommandiert zu haben, zu der ungewöhnlich hohen Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ueber Gewaltakte der Streikenden wurden die übertriebensten Angaben in Umlauf gesetzt. Die Berliner „Volkszeitung" und die mit ihr verbündeten Ortsvereinler wiederum kamen den Streikenden mit unzeitigen Einigungsvorschlägen in die Quere. Aber trotz alledem sahen bis Ende August die Masse der Meister sich genötigt, die Forderung zu bewilligen und, um nur Arbeiter zu bekommen, auch den Lohnsatz zu erhöhen. So konnte, ohne daß es zu einem formellen Friedensschluß kam, der Streik als siegreich durchgeführt betrachtet und als Massenkampf abgeschlossen werden.

Das Meisterkomitee suchte den Sieg der Gesellen in Abrede zu stellen und ließ in der ihm zugängigen Presse verbreiten, es werde nach wie vor 11 Stunden — von 6 bis 7 Uhr — gearbeitet. Dem brach das Komitee schließlich dadurch die Spitze ab, daß es im „Neuen Social-Demokrat" vom 22. September 1871 die Namen der Unternehmer und Meister veröffentlichte, bei denen zu den neuen Bedingungen gearbeitet wurde. Im Oktober wurde nicht nur fast

[13] Der Beschluß wurde den bezüglichen Meistern mit folgendem Sendschreiben zugestellt: Wiewohl wir die Bereitwilligkeit, mit der Sie unseren Forderungen entgegengekommen sind, gern anerkennen und dieselbe in dankbarer Erinnerung behalten werden, so sind wir doch durch die Lage der Sache genötigt worden, eine allgemeine Arbeit-einstellung herbeizuführen. In den Meisterversammlungen sind seither größtenteils solche Meister vertreten gewesen, welche, weil sie gegenwärtig keine größeren oder dringenden Bauten unternommen haben, kein großes Interesse daran besitzen, eine Verständigung zu Wege zubringen. Wir wünschen gern, in den Meisterversammlungen das Gewicht derjenigen zu verstärken, welche zu einer gütlichen Beilegung des Konflikts die Land bieten, und darum haben wir auch bei Ihnen die Arbeit eingestellt, damit Sie in den Meisterversammlungen auf eine allseitige Vereinigung hinwirken.

durchgängig der Zehnstunden-Arbeitstag als maßgebend anerkannt, sondern war auch, durch Vorgehen von Bau zu Bau, Erhöhung des normalen Tagelohns von 1 Thlr. auf 1 Thlr. 5 Sgr. für 10 Stunden Arbeitszeit erkämpft. Alles in allem noch sehr mäßige Bedingungen, aber nach Lage der Dinge doch ein unbestreitbarer Erfolg.

Eine Bewegung der Bautischler für einen Normalarbeitstag von 9½ Stunden und 25 Prozent Lohnerhöhung führte zu einem Streik, der neun Wochen, nämlich vom 21. August bis zum 22. Oktober dauerte, und damit endete, daß die Arbeitszeit allgemein, die Lohnerhöhung in voller Höhe von der Mehrheit und mit 16⅔ Prozent von den übrigen Meistern bewilligt wurden. Der Kampf zeitigte die gleichen Erscheinungen, wie der Maurerstreik: Riesenversammlungen; bittere Angriffe in der Presse; Verdächtigung der Führer; unverlangte, unpassend gestellte und infolgedessen auch unwirksame Vermittlungsversuche des Hirschschen Ortsvereins; Versuche, den Erfolg der Bewegung in Abrede zu stellen oder zu verkleinern.

In einer Wählerversammlung wurde ein Mitglied einer von den Meistern selbst eingeladenen Arbeiterdeputation, der Tischler Grellmann, von einem Meister mit dem Stock derart zugerichtet, daß er wochenlang an den Folgen des Blutverlusts und der erhaltenen Wunden darniederlag. Dem Meister geschah trotz Anzeige nichts, die von ihren Meistern wegen Instichlassung von Akkordarbeiten angezeigten Arbeiter aber wurden in die damals noch übliche Schuldhaft gesteckt.

83. Titelseite der ersten Nummer der Demokratischen Zeitung. 1871

Allgemein kleinlich und gehässig nutzte die Presse die öffentlich bekannt gegebene Streikabrechnung zu Verdächtigungen der Führer und Beamten der Arbeiter aus. Daß dem Kassierer des Streikkomitees, der doch den ganzen Tag im Streiklokal zuzubringen hatte, ein Wochenlohn von 7 Thaler gezahlt wurde, ward als zuviel bemängelt. Tatsächlich waren die Entschädigungen an die Komiteemitglieder für Arbeitsversäumnis usw. unerhört niedrig — für Zehrungskosten wurden den Mitgliedern ganze 3 Sgr. pro Abend gezahlt! Im ganzen wurden für den Streik, bei dessen Führung namentlich Bauer, Breul, Greiner, Plenzig und an erster Stelle W. Schmitz hervorragend tätig waren, 6.900 Thaler vereinnahmt.

Neben diesen großen Streiks und oft direkt in ihrem Gefolge vollziehen sich Lohnbewegungen teils mit und teils ohne Arbeitseinstellung in einer ganzen Reihe anderer Gewerbe. Hier und

da wirkt das Gesetz von Angebot und Nachfrage wohl auch ohne organisierte Bewegung der Arbeiter lohnsteigernd, d. h. die günstige Geschäftslage genügt allein schon, die Prinzipale zur Erhöhung der Löhne zu nötigen, da sie sonst Fortgehen ihrer Arbeiter zu befürchten und Fortbleiben von Ersatz zu gewärtigen hatten; aber im allgemeinen bedarf es selbst in den kunstgewerblichen Berufen, die der individuellen Abmachung mehr Spielraum bieten, organisierten Vorgehens, um Lohnerhöhungen von einiger Bedeutung zu erlangen oder sicherzustellen.

So sehen wir denn, neben den Akkordträgern und Rollkutschern, den Böttchern und Korbmachern, den Färbern und Malern, den Sattlern und Tapezierern, den Drechslern und Stellmachern, die Uhrmacher, die Bildhauer und ähnliche Gewerbe sich regen.

Diese Bewegungen im einzelnen zu verfolgen, ist heute unmöglich, da sie nur in wenigen Fällen sich zu dauernden Verbindungen verdichteten, oft dagegen sich über die Köpfe bestehender Vereine hinweg vollzogen. Auf der einen Seite stand der Verdichtung zu größeren Koalitionsvereinen noch der Arbeiter-Unterstützungsverband im Wege, der zwar solche Vereine nicht geradezu verbot, aber doch durch seinen bloßen Bestand und den Geist seines Statuts sie als überflüssig hinstellte, auf der anderen Seite wirkte ihr in vielen Gewerben die Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung entgegen.

Hatte ein Verein auf irgend eine Weise sich enger an eine bestimmte Richtung in der Arbeiterbewegung angeschlossen — und das konnte in jenem Moment, außer bei den Maurern, nur die Hirsch-Dunckersche Richtung oder die der Eisenacher Partei sein, da mit jener Ausnahme die Lassalleanischen Verbindungen sich im Unterstützungsverein aufgelöst hatten — so war er den Anhängern anderer Richtungen schon verdächtig und daher zur Vertretung der Allgemeinheit der Arbeiter des Gewerbes ungeeignet.

So bildeten sich zunächst entweder bloß für den speziell ins Auge gefaßten Kampf bestimmte „Streikkassen“ des Gewerbes, oder es wurden Streikvereine einzelner Gewerbe in der Absicht oder aus dem Wunsch heraus ins Leben gerufen, den etwa ausbrechenden oder geplanten Streik nicht in die Hände dieser oder jener Verbindung fallen zu lassen.

Eine aus solchen Motiven heraus entsprungene Verbindung war der „Streikverein der Schneider“, der ins Leben gerufen wurde, weil der bestehende Schneider-Verein unter der Leitung A. Reimanns Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Schneider-Vereins geworden war, der die Prinzipien der Eisenacher Partei akzeptiert hatte.

In gleicher Weise entstand zur selben Zeit — Juli 1871 — eine „Streikkasse der Maschinenbauer“ neben dem schon bestehenden Ortsverein der Maschinenbauer und der Berliner Mitgliedschaft des Internationalen Metallarbeiterverbands.

In beiden Fällen ging die Gründung von Anhängern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins aus. Da die „Streikkassen“ winzige

Beiträge erhoben und baldige Streiks in Aussicht stellten, übten sie bei der damaligen Sachlage die größere Anziehungskraft aus.

In Verbindung mit der letztgenannten Gründung stand ein Streik, der im August 1871 in der „Norddeutschen Wagenbau-Fabrik“ ausbrach. Ein Arbeiter, Bischoff, war in jener Fabrik gemaßregelt worden, weil er für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und den „Neuen Social-Demokrat“ agitiert hatte, und der „Sozial-Demokrat“ allerhand über Vorkommnisse in der Fabrik in die Oeffentlichkeit gebracht hatte. Erbittert stellte die große Mehrheit der Arbeiter sofort die Arbeit ein. Man ging am gleichen Abend in eine gerade ins Maschinenbauer-Viertel einberufene Versammlung des Arbeiter-Unterstützungsverbandes, in der die Sache besprochen und eine aus 34 Arbeitern bestehende Kommission gewählt wurde, die mit der Leitung der Fabrik wegen Wiedereinstellung Bischoffs, den Zehnstundentag, Beibehaltung der alten Akkordpreise, Erhöhung des festen Lohnes um 5 Pfennig pro Stunde und gewisse weitere Forderungen verhandeln sollte; außerdem bildete man ein elfköpfiges Streikkomitee, dessen Sitz das Versammlungslokal des Unterstützungsverbandes ward und dem auch Bischoff, und zwar als Kassierer, angehörte.

Der Streik mußte nach drei Wochen wieder aufgegeben werden, da die Fabrikleitung sich auf keinerlei Verhandlungen einließ und die Unterstützungen, die sonst eingelaufen wären, für den gerade ausgebrochenen Riesenstreik der Maurer beansprucht wurden. Aber es war immerhin vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein stärkere Fühlung mit den Maschinenbauern, dem treuesten Arbeitergefolge der Fortschrittspartei, gewonnen worden. Die Rede eines der beteiligten Arbeiter, des Drehers Neukrantz, gehalten am 28. August 1872 im Universum, wurde in der Druckerei des „Neuen Social-Demokrat“ in Flugblattform hergestellt und massenhaft verbreitet.

Aus der Praxis der Streiks heraus drängte sich den maßgebenden Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Erkenntnis auf, daß der Arbeiter-Unterstützungsverband durchaus ungeeignet war, die feste Organisation für die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter Berlins abzugeben.

Da man jedoch zauderte, wieder zu der alten Gewerkschaftsform unvermittelt zurückzukehren, schritt man zur Schaffung eines Zwischengliedes, nämlich der Gründung eines lokalen gewerkschaftlichen Arbeiterverbands. Es ist dies der am 19. und 20. November 1871 ins Leben gerufene „Berliner Arbeiterbund“.

Er kam so zustande. In einer großen Volksversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die u. a. der Besprechung des gerade währenden Tischlerstreiks galt, wurde am 24. September von Schmitz, dem ersten Führer dieses Streiks, folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen:

> „Die heutige Volksversammlung beauftragt ihr Bureau, in nächster Zeit eine feste Vereinigung sämtlicher Arbeiter Berlins vorzubereiten, um dadurch dem Elend in der Arbeiterklasse durch Abkürzung der Arbeitszeit und Erringung höherer Löhne entgegenzuwirken.“

Es fanden nun Besprechungen statt, und auf einer am 5. Oktober zusammengetretenen Konferenz von gegen 100 Personen, die 17 Gewerkschaften vertraten, darunter auch einige Ortsvereinler, wurde die Idee der Zentralisation gutgeheißen, und ein aus dem Buchdrucker Ganguin, dem Bildhauer Blonk, dem Zigarrenarbeiter Stahl, dem Zimmerer O. Kapell, dem Tischler Schmitz, dem Maurer A. Paul, sowie W. Hasenclever und W. Hasselmann gebildetes Bureau wurde mit der Ausarbeitung eines Statuts für die Vereinigung, die parteilos sein sollte, beauftragt.

Es genehmigte einen von Hasenclever verfaßten Aufruf, der im „Neuen Social-Demokrat“ vom 20. Oktober 1871 abgedruckt ist, wurde am 15. Oktober auf 30 Personen, die außer den Maurern, Tischlern und Zigarrenmachern noch 25 Gewerke vertraten, verstärkt, beriet einen von Hasselmann verfaßten Statutenentwurf und legte ihn dem auf den 19. und 20. November einberufenen „Kongreß zur Einigung der Arbeiter Berlins“ vor.

Dieser Kongreß, der im Saale des Berliner Handwerkervereins tagte, war von 146 Delegierten besucht, die 23 Gewerke vertraten, nämlich 8 Streikkassen, 6 Vereine, die Mitgliedschaft Berlin des Arbeiter-Unterstützungsverbandes und 8 Gewerks- oder Fabriksversammlungen. Es hieß, daß sie zusammen 14.400 Arbeiter vertraten, wovon indes verschiedenes wird abgezogen werden müssen.

Der Kongreß genehmigte mit wenigen Abänderungen das vorgelegte Statut, das sowohl den Beitritt von ganzen Korporationen wie von Einzelmitgliedern vorsah, doch durfte das Mitglied einer Korporation, die als solche beigetreten war, nicht noch nebenbei für sich Mitglied werden. Korporationen hatten für jedes Mitglied 1 Sgr., Einzelmitglieder 2 Sgr. Monatsbeitrag zu leisten.

Ein Ausschuß von 30 Personen sollte die Bundesgeschäfte besorgen, außerdem aber alle Monate eine ordentliche, aus sämtlichen Kassenmitgliedern bestehende Generalversammlung als höchste Instanz über wichtige Entscheidungen beraten und beschließen.

Der Bund gründete eine Bundes-Streikkasse zur Unterstützung von Streiks, die, wenn sie das Unterstützungsrecht nicht verlieren sollten, acht Tage vor ihrem Ausbruch dem Bundesausschuß schriftlich anzuzeigen waren; nur bei Arbeitssperren und außerordentlichen Maßnahmen der Arbeitgeber war vorherige Anmeldung nicht vorgeschrieben.

Für die Veranstaltung freiwilliger Sammlungen zur Ergänzung der regelmäßigen Beiträge war ein „Delegiertenkongreß“, bestehend aus dem Bundesausschusse und je einem Delegierten pro 100 Bundesmitglieder erfordert.

Der Bundesausschuß bestand aus 30 Mitgliedern, die ihren Vorstand aus sich heraus wählten und zuerst vom Kongreß, späterhin aber von der Generalversammlung auf sechs Monate zu wählen waren.

Als Ziel bezeichnet der Bund die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit bis auf neun Stunden täglich, Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit, Erhöhung der Löhne und Wahrung der persönlichen Ehre und Freiheit der Arbeiter.

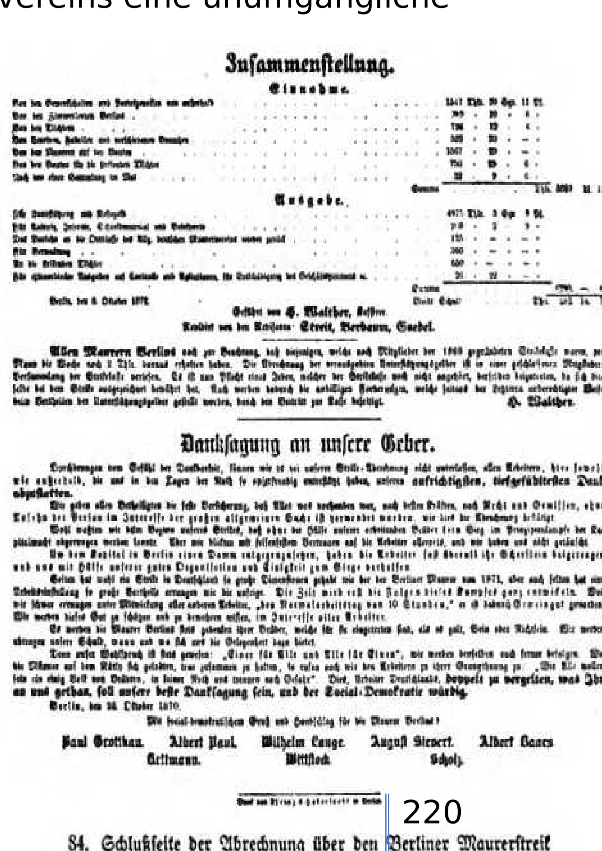
Die Liste des ersten Bundesausschusses ist: A. Bäthke, Drechsler; Brumberg, Akkordträger; C. Derossi (für den Arbeiter-Unterstützungsverband); H. Ecks, Zigarrenarbeiter; C. Finn, Zimmerer; W. Greitner, Tischler; Hasenclever (für den Arbeiter-Unterstützungsverband); G. Joel, Weber; C. Jonas, Sattler; G. Kärger, Metallarbeiter: A. Kapell, Zimmerer; Kapitän, Sattler; P. Kersten, Bildhauer; Kinner, Teppichweber; C. Krause, Schuhmacher; L. Lüdicke, Schneider; A. Merkel, Bäcker; Niegel, Stellmacher; I. Otto, Fabrikarbeiter; Alb. Paul, Maurer; Sahlfeld, Bildhauer; Schmitz, Tischler; R. Schnabel, Weber; Tscherner, Mühlsteinarbeiter; Trochmann, Rollkutscher; Weiß, Tapezierer; Welt, Hutmacher; Wendt, Akkordträger; Zielowsky, Schuhmacher; Zimmermann, Zigarrenarbeiter.

Erster Kassierer wurde A. Kapell mit einem Gehalt von 30 Talern, wofür er auch Hauptagitator des Bundes war. Vorsitzender wurde Hasenclever mit dem Schuhmacher E. Krause als Stellvertreter, Schriftführer C. Derossi mit dem Bildhauer Kersten als Stellvertreter. Revisoren wurden der Sattler Jonas, der Teppichweber Kinner und der Tapezierer Weiß. Bundesorgan wurde der „Neue Social-Demokrat“.

Dieser letztere Umstand, sowie die Tatsache, daß zum Bundesvorsitzenden der Präsident und zum Bundesschriftführer der Sekretär des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewählt wurden, genügen, um erkennen zu lassen, daß es mit der Parteilosigkeit des Berliner Arbeiterbundes seine eigene Bewandtnis hatte. Er war ein Kind des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und hat sich als dieses während seiner zweijährigen Existenz durchweg betätigt.

Bebel bezeichnete ihn damals als ein totgeborenes Kind, und wer das Statut genauer durchliest, wird sich im Lichte der gewerkschaftlichen Erfahrungen sagen müssen, daß in dieser Gestalt der Bund allerdings auf die Dauer keinen Bestand haben konnte. Aber unter den gegebenen Umständen war er für Anhänger des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins eine unumgängliche Zwischenform. Bei der Geringfügigkeit des Beitrags hätte der Bund übrigens leistungsfähigen zentralisierten Gewerkschaften nicht im Wege gestanden; es war vielmehr der Geist seiner Leitung, der ihn in Gegensatz zu den Gewerkschaften der Eisenacher Richtung brachte und den Austritt des einzigen, in den Ausschuß gewählten Eisenachers, des Metallarbeiters Kärger, aus dieser Körperschaft zur Folge hatte.

Den Hauptkampf führte der Bund indes mit den in Berlin


Zusammenstellung.

Einnahme.

Ausgabe.

Dankſagung an unſere Geber.

... doppelt zu vergelten, was Ihr an uns gethan, soll unsere beste Danksagung sein, und der Social-Demokratie würdig.

Paul Grottkau. Albert Paul. Wilhelm Lange. August Siewert.

Wittstock. Scholz.

84. Schlußseite der Abrechnung über den Berliner Maurerstreik des Jahres 1871

noch eine Rolle spielenden Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen. Diese betrieben damals unter Führung des Dr. Max Hirsch in Berlin die Gründung von Einigungsämtern nach englischem Muster und priesen sie der Oeffentlichkeit in einer Weise an, die in der Tat den Protest aller zum Bewußtsein ihrer Klassenlage und der gesellschaftlichen Gegensätze gelangten Arbeiter herausforderte.

Die Einigungsämter sollten eine Art Allheilmittel gegen die Streiks sein, was sie selbst in ihrer Heimat niemals gewesen waren und in Deutschland um so weniger sein konnten, als hier selbst noch die Voraussetzungen fehlten, auf denen sie in England erwachsen waren: kampferprobte, leistungsfähige Gewerkschaften. Auf die erst werdende Gewerkschaftsbewegung aufgepfropft, hätten sie, sofern sie überhaupt fungierten, keine andere Wirkung haben können, als diese von vornherein zu entmannen. Kein besserer Beweis dafür, als die Impotenz, welche die auf sie eingeschworenen Hirschschen Gewerkvereine bei jeder Kraftprobe an den Tag legten.

Noch konnten damals, was die Zahlen der eingeschriebenen Mitglieder anbetraf, in verschiedenen Gewerben die Hirschschen Gewerkvereine in Berlin mit den bezüglichen sozialistischen Fachorganisationen konkurrieren, wenn sie sie nicht direkt übertrafen, noch ward das Blatt, das für sie eintrat und ihnen eine spezielle Rubrik widmete, die „Volkszeitung", von weitmehr Arbeitern gelesen, als die sozialdemokratischen Blätter; aber wie jammervoll versagten die Gewerksvereine jedesmal, wenn es darauf ankam, einen Beweis ihrer Stärke im Kampf abzulegen! Für denjenigen, der bei Hirsch und der „Volkszeitung" den guten Glauben gelten läßt, hat es geradezu etwas Mitleiderregendes, wie kläglich diese von der scheinbar hinter ihnen stehenden Arbeiterschaft immer wieder enttäuscht wurden.

Im Vorgefühl der Tatsache, daß sie auf dem ausgeschriebenen Einigungskongreß Berliner Arbeiter in der Minderheit bleiben würden, hatten Hirsch und seine Leute gegen ihn Stellung genommen, wobei sie noch so ungeschickt waren, gar nicht erst die Meinung der Mitglieder ihrer Vereine selbst einzuholen oder mit ihnen darüber zu verhandeln, sondern von oben herab, als Zentralrat der Ortsvereine, die Nichtbeschickung des Kongresses zu dekretieren und so sich den Vorwurf undemokratischen Verfahrens zuzuziehen.

Durch einen Aufruf und allerhand Artikel gegen den Kongreß entfremdete man sich so den großen Teil derjenigen Arbeiter, die wohl für ihn gewonnen waren, aber doch noch außerhalb der spezifisch sozialdemokratischen Bewegung standen, und bewirkte so gerade das, was man hatte verhindern wollen.

Nun sollte am Vorabend des Kongresses eine Heerschau der 28 Berliner Ortsvereine Hirschscher Observanz als Gegendemonstration zeigen, daß hinter dem Berge auch noch Leute wohnten. Eine große Gewerkvereinsversammlung ward auf den 12. November in den großen Saal des Handwerkervereins einberufen. Max Hirsch, der Maschinenbauer Landgraf und der Tischler Waldow sollten referieren, man appellierte an das Pflichtgefühl der Mitglieder, sich zu dieser wichtigen Versammlung vollzählig einzufinden, und da die Mitglieder das Recht hatten, Gäste einzuführen, hoffte man auf einen immerhin

respektablen Besuch. Alles in allem waren es ja mehrere tausend zahlende Mitglieder, auf die man sich berufen konnte, die Mehrzahl davon Maschinenbauer, die es zum bestimmten Lokal nicht einmal weit hatten.

Als aber der Tag der Versammlung herankam, da fanden sich in denselben Räumen, die bei sozialdemokratischen Versammlungen stets zum Brechen voll waren, nach dem eigenen Bericht der „Volkszeitung“ gerade „300 bis 400“ Personen ein, nach der berichtigenden Angabe des „Neuen Social-Demokrat“ wären es aber einschließlich der „Eingeführten“ nur gegen 200 gewesen.

Indes selbst wenn man die doch möglichst günstig gefärbte Angabe der „Volkszeitung“ gelten läßt, so bedeutete auch sie eine Bankrotterklärung der Hirschschen Bewegung. Eine Arbeiterverbindung, die ihren Mitgliedern so wenig Feuer einzuflößen vermochte, daß sie selbst bei den wichtigsten Anlässen ihre Bequemlichkeit nicht opfern mögen, sprach sich damit selbst ihr Verdammungsurteil.

Nicht mehr Glück wie bei den Arbeitern hatten Max Hirsch und seine Leute mit ihrem Einigungsrezept bei den Behörden, die sie vor ihren Karren zu spannen suchten. Selbstverständlich wäre es den städtischen und staatlichen Behörden sehr angenehm gewesen, wenn sich die Arbeiter so leicht zur Raison hätten bringen lassen, wie es das Einigungsamts-Evangelium versprach, und an guten Worten bekamen die Gewerkvereinsdeputationen, die sich nunmehr darauf verlegten, Behörden und Arbeitgebern ihr Rezept anzupreisen, aus jenen Kreisen genug zu hören. Aber man hatte dort schon Erfahrung genug gesammelt, die Sache mit skeptischen Augen zu betrachten.

So lehnte es der Magistrat von Berlin trotz wiederholten Drängens ab, Einigungsämter in Berlin einzurichten, mit der Begründung, daß eine ersprießliche Wirkung von ihnen nicht zu erwarten sei.

Und als im Oktober 1871 die Berliner Ortsvereine eine erneute Deputation an den Magistrat schickten, die ihn wieder für das Streikverhütungsrezept breitschlagen sollte, antwortete ihr der damalige Oberbürgermeister Seidel kühl, Arbeitseinstellungen würden immer stattfinden und aus dem Kampf werde derjenige Teil stets siegreich hervorgehen, der es am längsten aushalte. Einigungskommissionen könnten erst dann erfolgreich eintreten, wenn beide Parteien durch den langen Kampf erschöpft und mürbe geworden seien. Auf Streikverhütung durch sie sei nicht zu rechnen.



Eine offene Antwort
auf das
Flugblatt einzelner Meister und Poliere
der
Baugewerke in Berlin.

„Ein fetter Proceß, den man sicher gewinnt, ist besser, als ein magerer Vergleich“ — und wenn die Arbeiter gut organisirt sind, so ist der Ausgang nicht zweifelhaft.

Kostbar aber ist das Geständniß der Herren Balz, Klinder, Ruppelt, Sasse und Simon, daß die von ihnen vorgeschlagenen Einigungsämter nur zu einem mageren Vergleich führen; d. h. doch unzweifelhaft nichts Anderes, als die Arbeiter durch derartige für sie magern Vergleiche im Zaum zu halten.

Wir wollen an der Hand, des von oben genannten Herren „An die Maurer und Zimmerer Berlins“ gerichteten Schriftstücks weiter gehen und unsere Ansichten, in Bezug auf das Einigungsamt, klarstellen.

Zunächst bemerken die Herren, daß der Meister einen Strike länger aushalten könne, als der Arbeiter, da letzteren die Noth allzuleicht zur Nachgiebigkeit zwänge.

85. Titelseite eines Flugblattes der Berliner Maurer. 1872

Ueber diese nüchterne Darlegung geriet die arme „Volkszeitung“ in ihrer Hilflosigkeit schier aus dem Häuschen und bezeichnete sie bitter als „echt sozialistisch“ und „Weisheit des grünen Tisches“. Tatsächlich war es zwar nicht das letzte Wort über die Erledigung

gewerkschaftlicher Konflikte, aber es hatte in viel höherem Grade die praktische Erfahrung für sich, als die Hirschschen Rezepte.

Die fortschrittlichen Arbeiterführer waren, wie das bei dem Zwittercharakter der Partei gar nicht anders sein konnte, in eine vollständig schiefe Lage geraten. Sie wollten es weder mit den Unternehmern noch mit den Arbeitern verderben und wurden daher von beiden mit immer mißtrauischeren Augen angesehen.

Gewiß war mancher Angriff, der damals im „Neuen Social-Demokrat“ gegen Max Hirsch und die Redaktion der „Volkszeitung“ erhoben wurde, insofern deren Motive verdächtigt wurden, sehr übertrieben, wenn nicht ungerecht.

Aber der ihnen immer wieder gemachte Vorwurf der Unwahrhaftigkeit war darum doch nicht unbegründet: die ganze Stellung dieser Leute war eine unwahre.

Sie dokumentierten es u. a. dadurch, daß Sie, die vordem gegen die Staatshülfe gedonnert und den Arbeitern immer wieder gepredigt hatten, nichts von oben zu erwarten, sondern sich nur auf ihre eigene Kraft zu verlassen, jetzt ihre Schutzbefohlenen auf Konferenzen mit den konservativen Ministern über die Mittel zur Lösung der sozialen Schäden und Bekämpfung des Umsturzes geradezu dressierten. Kein Wunder, daß ihr Kredit bei der demokratisch fühlenden Arbeiterschaft immer tiefer sank.

Unter diesen Umständen mißglückte denn auch der einzige nennenswerte Versuch, in Berlin ein Einigungsamt nach Hirsch'schem Rezept zu errichten. Er betraf das Zimmerergewerbe, in dem nach erfolgreicher Beendigung des Maurerstreiks am 19. Oktober 1871 die Arbeiter gleichfalls den zehnstündigen Arbeitstag und dazu eine Erhöhung der Löhne um 25 Prozent verlangten. Hier sahen die Anhänger Max Hirschs ihre Gelegenheit gekommen.

Der noch keine hundert Mitglieder zählende Ortsverein der Zimmerer setzte sich mit den Zimmermeistern in Verbindung und ersuchte sie, zur Herstellung eines Einigungsamtes die Hand zu bieten. Von jedem Zimmerplatz solle ein Vertreter zu einer gemeinsamen Versammlung delegiert werden, in der die Arbeitermitglieder des Einigungsamts zu wählen wären. Die Meister gingen auf den Vorschlag ein und ließen durch ihre Poliere die Wahl vornehmen.

In die Versammlung, die am 2. November in Gratweils Bierhalten stattfand, kamen indes nur Vertreter von 57 Zimmerplätzen, darunter eine größere Anzahl Anhänger des sozialistischen Zimmerervereins. Diese ließen es zu keiner Wahl kommen, und nun wurden auf den Zimmerplätzen den Arbeitern Zirkulare vorgelegt, in die sie mit Ja oder Nein einschreiben sollten, ob sie für oder gegen das Einigungsamt seien. 700 Arbeiter etwa ließen sich bestimmen, mit Ja zu zeichnen, wieviel Nein abgegeben wurden, ward nicht bekannt gemacht.

Die Arbeiter, die mit Ja gestimmt, wurden nun zu einer Versammlung einberufen, welche die Wahl vornehmen sollte. Wenig mehr als die Hälfte der Erschienenen, nämlich 265, gaben überhaupt Stimmzettel ab, und selbst von diesen Zetteln enthielten 106 lediglich den Namen

des Führers des sozialdemokratischen Zimmerervereins, Otto Kapell, dessen Wahl aber für ungültig erklärt wurde, weil er auf jede Wahl verzichtet hatte, so daß also faktisch das Einigungsami nur von 160 Zimmerern gewählt war.

Gegen dieses Treiben protestierten die übrigen Zimmerer in zwei großen Versammlungen, von denen die eine vom sozialistischen Zimmererverein, die zweite von Hirsch-Dunckerscher Seite selbst einberufen war. Die letztere, zu der die Meister und Platzpoliere die Legitimationskarten ausgegeben hatten, fiel geradezu vernichtend gegen die Einberufer aus.

Trotz Einigungsamts kam es denn auch im Frühjahr 1872 zum Kampf. Ein Teil der Meister bewilligte die gestellten Forderungen ohne weiteres, bei den anderen, die im Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister organisiert waren, wurde zum Werkstattstreik geschritten, den die Meister am 20. April 1872 mit einer Arbeitssperre zu beantworten suchten. Sie war bei der gestiegenen Konjunktur nicht durchzuführen, und um seine Niederlage zu bemänteln, schloß der Meisterbund mit dem Hirsch-Dunckerschen provisorischen Einigungsamt Vereinbarungen ab, die in bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeit lediglich wiederholten, was die Zimmerer bereits durch ihre Lohnbewegung erkämpft hatten, in Nebenpunkten aber Verschlechterungen bedeuteten, welche die Masse der Zimmerer einfach nicht anerkannten.

Das ganze Ergebnis der Einigungsamtspielerei war eine große Erbitterung der dem sozialistischen Zimmererverein angehörenden oder zu ihm haltenden Zimmerer gegen die Hirsch-Dunckerschen Zimmerer, die in einigen Fällen zu Mißhandlungen letzterer von seiten einiger exaltierterer Arbeiter führte und einen jener Arbeiter auf sechs Monate ins Gefängnis brachte. Die Idee der Einigungsämter konnte nicht wirksamer kompromittiert werden, als wie es durch diese Agitation geschah.

Weniger zahlreich noch als die Anhänger Max Hirschs waren in der Berliner Gewerkschaftsbewegung die Anhänger der Sozialdemokratie Eisenacher Programms, von den Lassalleanern bekanntlich spöttisch die „Eisenacher Ehrlichen" oder auch kurzweg die „Ehrlichen" genannt.

Hasselmann, der im „Neuen Social-Demokrat regelrechte Judenhetze betrieb, brachte auch den Schimpfnamen „Mühlendammer" gegen sie auf. Der Mühlendamm, zwischen Gertraudtenstraße und Molkenmarkt, war damals das Quartier jüdischer Händler, die ihr Gewerbe — Handel mit allen Kleidern — sehr aufdringlich betrieben. „Mühlendammer" bedeutet im Volk anreißerischer Schacherjude. Wegen der jüdischen Mitglieder der Eisenacher Partei in Berlin wurde der Gesamtheit dieser Titel angehängt.

Waren die zu den Eisenachern haltenden Gewerkschaften auch nicht stark oder blieben sie im Wachstum hinter den Lassalleanischen Streikvereinen zurück, wie der Schneiderverein, die Sektion der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft, die Mitgliedschaft der Gewerkschaft der Manufakturarbeiter usw. usw., so traten sie jedoch keinem Lohnkampf der andern in den Weg, sondern erfüllten bei

solchen Anlässen durchaus diejenigen Pflichten, welche die Solidarität der Arbeiterinteressen ihnen auferlegte.

Der Aufschwung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung kam unter den geschilderten Umständen und bei der geschickten Agitation der Lassalleaner sowohl der politischen Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wie auch in hohem Grade der Verbreitung des „Neuen Social-Demokrat“ zugute. Schon in seiner Nummer vom 22. September 1871 konnte konstatiert werden, daß die Auflage für Berlin auf 1.500 gestiegen war, und jede neue Liste der Verbreitung des Blattes zeigte einen weiteren Aufschwung. Berlin marschierte nun in diesem Punkt bei weitem an der Spitze der Bewegung. Bis zum November 1872 war die Abonnentenzahl in Berlin auf über 2.400 gewachsen.

In allen Versammlungen wurde auf das energischste für das Organ des Vereins agitiert und die konkurrierende Volkspresse aufs schärfste mitgenommen. Verschiedene große Volksversammlungen galten speziell diesem Thema.

Eine der größten dieser Versammlungen fand am Vorabend des Erscheinens der ersten Nummer des „Neuen Social-Demokrat im Alcazar statt. Die Presse schätzte den Besuch auf zirka 5.000 Personen. Es ging den Berliner Blättern, deren Vertreter besonders zu der Versammlung eingeladen waren, herzlich schlecht, keinem Blatt aber schlimmer als der „Staatsbürger-Zeitung“ und ihrem Redakteur Held, obwohl dieser der einzige Redakteur war, der der Einladung Folge gegeben und in der Debatte das Wort genommen hatte.

Der Humorist Stettenheim travestierte das von den Rednern der Versammlung der bürgerlichen Presse bereitete Autodafé in den „Berliner Wespen“ recht witzig, und der „Neue Social-Demokrat“, der in diesen Dingen nicht empfindlich war, sondern gern einen auf seine Kosten gemachten Witz reproduzierte, druckte den Pseudobericht der „Wespen“ vollinhaltlich ab.

Eine drei Wochen später abgehaltene Volksversammlung galt dem Kampf der Maurer für den zehnstündigen Arbeitstag und der Frage der Wohnungsnot. Sie erklärte die Forderung einer zehnstündigen Arbeitszeit für eine höchst mäßige und für heilige Pflicht aller Arbeiter Deutschlands, die Maurer in diesem Kampf zu unterstützen.

Zur Frage der Wohnungsnot nahm sie in gleicher Weise Stellung, wie eine zwei Monate später veranstaltete Volksversammlung, die auch den inzwischen ausgebrochenen Tischlerstreik und das Thema „Die Dotationen der Generale und das Elend der Landwehrleute“ zur Tagesordnung hatte. Beide Versammlungen zogen ein ungeheures Publikum an, für welches das Riesenlokal des Alcazar bei weitem nicht ausreichte. In der letzterwähnten Versammlung wurde selbstverständlich den Tischlern die volle Sympathie für ihren Kampf ausgedrückt und es scharf verurteilt, daß für die hochbezahlten Generäle dieselbe Summe in Form von Dotationen verteilt ward, die für Darlehen an die große Zahl der notleidenden Landwehrleute ausgesetzt war.

Arbeiter Berlins.

Die Arbeit befindet sich gegenwärtig im Kampfe für ihr gutes Recht gegenüber der Kapitalmacht!

Noch immer lastet die Letztere wie ein drückender Alp auf den Arbeitern; sie können sich in den Ketten, welche das Kapital um sie schlingt, nicht rühren und regen.

Diese Ketten zu zersprengen, um dadurch ein menschenwürdiges, glückliches Dasein zu erlangen, sei unsere Aufgabe!

Auf, Arbeiter Berlins, greift auch Ihr mit Eurer ganzen Kraft, mit Eurer ganzen Hingebung dieses große Werk an zur Befreiung Eurer Klasse, zur Errettung Eurer Nachkommen aus der Noth und aus dem Elende.

Jedem ächten Manne muß das Herz höher schlagen bei dem Gedanken, daß er als Mitkämpfer für eine heilige Idee streiten kann.

Der erste Schritt zum Kampfe ist die Erkenntniß unserer bedrängten Lage, und diese Erkenntniß wird uns fühlbar durch unsere Entbehrungen, durch unsere Sorgen beigebracht.

Der zweite Schritt zum Kampfe und zum Siege ist die Einigkeit unter uns selber.

Arbeiter Berlins, vereinigt Euch! So soll unser Kampfruf hallen!

Auf einen Hieb aber fällt kein Baum, und ebensowenig ist es möglich, daß die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital auf einen Streich aus der Welt geschafft werden kann.

Deshalb müssen wir, um unsere Lage zu verbessern, durch fortwährendes Ringen nach und nach den Baum zu Falle bringen! Und hierzu sind als gewaltige Axthiebe zu betrachten:

1. Die Verminderung der Arbeitszeit;
2. die Lohnerhöhung.

Durch die Verminderung der Arbeitszeit wird dem Arbeiter mehr Gelegenheit gegeben, sich auszubilden, und so zu zielbewußter Erkenntniß zu kommen.

Durch die Lohnerhöhung wird eine direkte augenblickliche Verbesserung der Lage erzielt, und wenn auch nach der Lohnerhöhung der Preis der Lebensbedürfnisse steigt, so ist es doch für die Arbeiter sehr vortheilhaft, wenn schon vorher der Lohn gestiegen ist, und nicht, nachdem der Preis der Bedürfnisse schon in die Höhe gegangen ist, erst die Lohnerhöhung eintritt.

So ist ja in den letzten zwanzig Jahren hier in Berlin der Preis der Wohnungen und Lebensmittel fast um das Doppelte gestiegen, während der Lohn erst nach und nach, und zwar lange nicht in dem Verhältnisse in die Höhe geht, wenn die Arbeiter die Lohnerhöhung nicht selbst erzwingen.

Und je besser durch den höheren Lohn die Lebensgewohnheiten des Arbeiters sich gestalten, je schwieriger wird es dem Kapital werden, die Arbeiter zu unterdrücken.

Aber auch dadurch, daß die Arbeiter diese beiden Vortheile fordern, und mit vereinten Kräften erkämpfen, liegt ein großer Schritt zur Erringung eines menschenwürdigen Daseins. Zum ersten Male tritt der zur Maschine herabgewürdigte Arbeiter seinen Arbeitgebern als Mensch entgegen, der sein Recht in Anspruch nimmt, und darin liegt die Gewähr eines endgültigen Sieges, eines völligen Menschthums für alle Glieder der großen Kette, die man jetzt nur Menschheit nennt.

Die Einigkeit aber allein führt zum Siege!

Der Kampf um Verminderung der Arbeitszeit und um Erhöhung des Lohnes ist in den letzten Zeiten von den Arbeitern oft genug geführt worden, und wenn auch in den meisten Fällen der Sieg auf Seiten der Arbeiter gewesen ist, so kostete der jedesmalige Kampf doch immer große Opfer, welche die Arbeiter selbst an den nothwendigsten Bedürfnissen bringen mußten.

Wer da weiß, welche Noth vielfach bei den langwierigen Arbeitseinstellungen herrscht, der wird sicherlich einsehen, daß die Strikes selbst nur das äußerste Kampfmittel sein dürfen, wenn auf andere Weise die Forderungen nicht durchgesetzt werden können.

Gutwillig aber haben bis jetzt die Arbeitgeber dieselben nur in ganz spärlichen Fällen gewährt, deshalb muß immer ein Druck, eine Machtäußerung von Seiten der Arbeiter vorhanden sein, welche die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit zwingen.

Und dieser Druck, diese Machtäußerung sind zu suchen in einer Vereinigung der Arbeiter Berlins.

Ist diese Vereinigung zur Wahrheit geworden, haben wir eine Organisation geschaffen, welche bezweckt:

1) daß nicht verschiedene Strikes auf einmal losbrechen;
2) daß die Strikes nur zu geeigneter Zeit geführt;
3) daß, wenn ein Strike ausbricht, derselbe auch genügende Unterstützung erhält, damit wenigstens in der Zeit des Kampfes die Arbeiter sich nicht in bitterer Noth befinden;

dann sehen die Arbeitgeber den Ernst, welcher unter den Berliner Arbeitern waltet und die große Macht, welche in ihrer Einigkeit liegt.

In den meisten Fällen werden sie den gerechten Forderungen, ohne daß eine Arbeitseinstellung nothwendig ist, nachgeben, und dadurch werden viele schwere Opfer gespart; geben die Arbeitgeber trotzdem nicht nach, nun, dann liegt in unserer Einigkeit die sicherste Gewähr zum leichten Siege!

Und was hindert uns an der Einigkeit?

Haben uns nicht die gleiche Noth, die gleichen Entbehrungen zu Brüdern gemacht? Sind wir nicht diejenigen, welche alle Arbeit schaffen und dafür mit kargem Lohne abgespeist werden, während eine kleine Anzahl von Menschen die Früchte unserer Arbeit verpraßt?

Bis jetzt hat uns an dieser Einigkeit noch gehindert, daß die Erkenntniß der eigenen Lage den meisten Arbeitern noch fremd war, weil sie noch glaubten an die Liebe der Fabrikherren und Arbeitgeber überhaupt, den Arbeitern gegenüber!

Doch diese Täuschung ist verschwunden; nichts steht uns mehr hinderlich im Wege, die Bruderhand uns zu reichen.

Schlagt ein, Arbeiter Berlins!

Durch Organisation, durch Einigkeit, durch Kampf zum Siege!

Berlin, den 18. Oktober 1871.

Der provisorische Ausschuß

Statut des Berliner Arbeiterbundes.

§ 1. Der Bund hat den Zweck, durch gemeinsames Handeln der Berliner Arbeiter die Lage derselben zu verbessern, und zwar durch allmählige Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 9 Stunden täglich, Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit, Erhöhung der Löhne und Wahrung der persönlichen Ehre und Freiheit der Arbeiter.

§ 2. Die Erreichung dieses Zieles erstrebt der Bund durch planmäßiges Vorgehen der Arbeiterkorporationen bei Stellung ihrer berechtigten Forderungen, und falls die Letzteren nicht auf gütlichem Wege durchgesetzt werden, durch organisirte Strikes.

§ 3. Bundesgenossen können alle Arbeiter und Arbeiterinnen werden, welche sich verpflichten, gemäß den Beschlüssen des Bundes für die Arbeiterinteressen einzutreten.

§ 4. Ausgeschlossen aus dem Bunde sind alle diejenigen, welche sich unehrenhafte Handlungen oder Schädigung des Bundes und der Arbeiterinteressen zu Schulden kommen lassen.

§ 5. Zur Erreichung seiner Zwecke gründet der Bund eine Bundesstrikekasse für Berlin.

86. Agitationsflugblatt zur Gründung des Berliner Arbeiterbundes

Bemerkenswert ist die Stellungnahme beider Versammlungen zur Frage der Wohnungsnot. Zu dieser so brennenden Frage wurden jedesmal nur negative, bezw. negierende Beschlüsse gefaßt. Sie erklären die Wohnungsnot und die Steigerung der Mietspreise für eine notwendige Folge der heutigen sozialen Zustände, der nur durch den sozialdemokratischen Staat ein Ende gemacht werden könne, tadeln die Fahrlässigkeit der städtischen Behörden und der Gesundheitspolizei, daß sie die Hausbesitzer nicht genügend um Sanierung verseuchter Wohnungen anhielten, und die zweite Resolution erklärt es außerdem „für eine Beleidigung des Volks von Berlin, wenn die Behörden sich unterstehen sollten, den unverschuldet obdachlos werdenden Arbeiterfamilien statt einer menschenwürdigen provisorischen Unterkunft das Arbeitshaus anzuweisen“.

Kein Palliativmittel könne helfen, hieß es in dieser Resolution, und Hasselmann bekämpfte bei ihrer Begründung u. a. auch den Vorschlag, Arbeiterwohnungen außerhalb der Stadt zu errichten. Für den Arbeiter bedeute eine ferne Wohnung Verlängerung der Arbeitszeit, das Legen von Pferdebahnen zu jenen Wohnungen sei aber „unmöglich, weil sie außerhalb der Zeit, wo die Arbeiter sie zur Hin- und Rückfahrt zur Arbeit benutzten, unbenutzt bleiben“ würden.

Ganz im Gegensatz zu dieser Zurückweisung aller Aushülfsmaßnahmen für Vermehrung der Wohnungen stehen die

Forderungen, die der fortschrittliche Gewerkvereinsführer Max Hirsch einer zwei Tage nach der letztbenannten Versammlung abgehaltenen Versammlung der Gewerkvereine vorlegte. Er verlangte rundweg Staatshülfe. Der Staat sollte fiskalischen Grund und Boden und außerdem Geldvorschüsse aus den Milliarden für den Bau von Arbeiterwohnungen hergeben.

Der „Neue Social-Demokrat“ verhöhnte diese Vorschläge nicht nur als Preisgabe der sonst so hochgehaltenen Selbsthülfe, sondern bekämpfte sie auch mit dem Argument, die Vorteile billigerer Wohnungen würden den Arbeitern durch das Wirken des ehernen Lohngesetzes immer wieder verloren gehen.

Eigenartig mutet uns aus jenen Jahren der Bericht über eine Versammlung an, die am 17. Januar 1872 in Schöneberg bei Berlin stattfand, in der Albert Paul und ein Genosse Namens Hoffmann referierten. Er illustriert für den heutigen Leser die gänzlich anderen Verhältnisse, die damals in der allernächsten Umgebung Berlins obwalteten. Die Rede des ersten Referenten richtete sich nämlich vor allem an die — ländlichen Arbeiter.

„Redner wies nach“, heißt es da, „daß der ländliche Arbeiter in einer Beziehung vor dem industriellen Lohnarbeiter etwas voraus habe, da er nicht in dumpfen Fabrikräumen eingesperrt werde, daß er aber von seinem Gutsherrn ebenso ausgebeutet werde, wie alle Arbeiter von der Kapitalmacht“. In dieser Weise geht die Rede nach dem Bericht weiterhin fort, und es wird eine Resolution angenommen, welche die Solidarität der ländlichen und industriellen Arbeiter ausspricht.

Schöneberg noch völlig Dorf, in dem nur im Sommer eine Anzahl wohlhabender Berliner Bürger „Sommerwohnung“ nehmen, der Zweifel Hasselmanns an der Möglichkeit, daß eine Pferdebahnverbindung zwischen Berlin und etwaigen Arbeiterquartieren auf den heute längst bebauten Feldern zwischen Berlin und jenen „Dörfern“ sich rentieren könne — das gibt ein Bild von der Ausbreitung des damaligen Berlin und der Schwerfälligkeit seines Verkehrswesens.

Obwohl der „Neue Social-Demokrat“ schon im Jahre 1871 in heftiger Preßfehde mit dem Organ der Eisenacher Partei, dem Leipziger „Volksstaat“ lag, sind nennenswerte Zusammenstöße zwischen den Lassalleanischen und den Eisenacher Sozialdemokraten aus jenem Jahr für Berlin nicht zu verzeichnen.

Nur am 12. Dezember wurde eine von den Eisenachern einberufene Versammlung, die gegen die von der Leipziger Polizei verfügte Unterdrückung der Leipziger Mitgliedschaft der Eisenacher Sozialdemokratie protestieren sollte, von Lassalleanischer Seite durch Majorisierung an der Erfüllung ihres Zwecks verhindert. Die in überwiegender Menge erschienenen Lassalleaner wählten ein ausschließlich aus ihren Leuten bestehendes Bureau und nahmen an Stelle des Protestes eine Resolution Hasselmanns an, die zwar gleichfalls zur Bekämpfung von Polizeieingriffen auffordert, aber als Beispiele solcher Eingriffe neben einer ganzen Reche anderer Fälle die erwähnte Polizeimaßregel in solcher Weise aufführt, daß der Protest um seine ganze Wirkung gebracht wurde.

Es hieß nämlich dort unter Punkt 5: „die Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Leipzig im Jahre 1868 und das aus denselben Gründen, aber erst jetzt erfolgte Verbot der dortigen Eisenacher Partei.“ Tatsächlich war das letztere Verbot mit ganz anderer Motivierung erfolgt, als das erstere, und konnte die Leipziger Mitgliedschaft der Eisenacher Partei 1868 nicht aufgelöst werden, weil diese Partei damals überhaupt noch nicht existierte.

Diese Art der Vereitelung eines Protestes, gegen den kein Sozialdemokrat grundsätzlich etwas haben konnte, ist ein typisches Muster einer Kampfmethode, die unendlich viel zu jener kaum zu beschreibenden Verbitterung beitrug, welche in den kommenden zwei Jahren nunmehr in Berlin zwischen Eisenachern und Lassalleanern Platz greift.

Insbesondere ist das Jahr 1872 ein Jahr von Kämpfen zwischen Sozialdemokraten Berlins untereinander, auf die man nicht ohne ein Gefühl der Beschämung zurückblicken kann. Es wäre sehr ungerecht, alle Schuld dafür etwa der einen Seite ausschließlich aufbürden zu wollen; es ist auf beiden Seiten gefehlt worden. Aber es ist doch wieder nur recht und billig, hervorzuheben, daß für den alles Vorhergehende übertreffenden Höhegrad der gegenseitigen Verhetzung eine Person der Haupttadel trifft, nämlich W. Hasselmann.

Statut
des
Berliner Arbeiterbundes.

§ 1. Der Bund hat den Zweck, durch gemeinsames Handeln der Berliner Arbeiter die Lage derselben zu verbessern, und zwar durch allmälige Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 9 Stunden täglich, Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit, Erhöhung der Löhne und Wahrung der persönlichen Ehre und Freiheit der Arbeiter.

§ 2. Die Erreichung dieses Zieles erstrebt der Bund durch planmäßiges Vorgehen der Arbeiterkorporationen bei Stellung ihrer berechtigten Forderungen, und falls die letzteren nicht auf gütlichem Wege durchgesetzt werden, durch organisirte Strikes.

§ 3. Bundesgenossen können alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Berlin und Umgegend werden, welche sich verpflichten, gemäß den Beschlüssen des Bundes für die Arbeiterinteressen einzutreten.

§ 4. Ausgeschlossen aus dem Bunde sind alle diejenigen, welche sich unehrenhafter Handlungen gegen den Bund schuldig machen, oder wissentlich die Interessen des Bundes und der Arbeiter schädigen.

§ 5. Zur Erreichung seiner Zwecke gründet der Bund eine Bundes-Strikekasse.

§ 6. Kassenmitglied ist jeder Bundesgenosse, welcher einen Monatsbeitrag von 2 Sgr. pränumerando zahlt. Hat ein Kassenmitglied diesen Beitrag 2 Monate nicht gezahlt, so verliert es seine Mitgliedschaft an der Bundes-Strikekasse. Vereine, welche für jedes ihrer Mitglieder monatlich 1 Sgr. an die

87. Erste Seite des Statutes des Berliner Arbeiterbundes

Hasselmann war ein klarer Kopf, er hat vorzügliche aufklärende und anfeuernde Artikel geschrieben und konnte hinreißend sprechen. Aber er war eine verbitterte, mißtrauische Natur und ein skrupelloser Polemist. Es wurde früher gezeigt welche Grundsätze der Allgemeine deutsche Arbeiterverein in bezug auf die Versammlungen anderer Parteien zu beobachten erklärte. Nun Hasselmann den Ton angab, wurden auch diese Linien nicht mehr beobachtet.

Je nach Belieben wurde eine öffentliche Mitgliederversammlung der Eisenacher Partei mit der Motivierung gesprengt: „Wir, der Allgemeine deutsche Arbeiterverein, sind die wirkliche Eisenacher Partei, denn wir haben in Eisenach die Mehrheit gehabt, folglich verlangen wir hier Bureauwahl und reklamieren für uns das „Hausrecht“. Daß es dabei dann nicht ohne Handgreiflichkeiten abging, ist nur zu begreiflich.

In anderen Ländern hat es ja auch Spaltungen unter der Sozialdemokratie gegeben, und unter Umständen kann eine Spaltung sogar das kleinere Uebel sein. Aber eine Polemik in der Weise, wie sie in jenen Jahren der „Neue Social-Demokrat“ gegen die Eisenacher führte und eine Mißachtung des Versammlungsrechts — es wurden sogar Sitzungen des „Demokratischen Arbeitervereins“ gesprengt — wie sie hier Platz fand, wird man in den meisten Ländern vergeblich suchen.

Wie anders z. B. die Haltung von „Commonwealth“ zu „Justice“, als sich die englische Sozialdemokratie Anfang der achtziger Jahre

spaltete, und später der Independent Labour Party Englands zur Sozialdemokratischen Föderation. Da waren und sind Gegensätze, mitunter auch stärkere Reibungen; aber daß Leute, die doch faktisch das Gleiche erstrebten, den Gegnern das Schauspiel so widerlicher Kämpfe geboten hätten, wie sie Berlin damals sah, das ist dort auch nicht ein einziges Mal vorgekommen. Namentlich wo es Protestaktionen gegen Unterdrückungs-Maßnahmen, Manifestationen zugunsten eines gemeinsamen Zwecks gab, hat man vielmehr stets Mittel und Wege gefunden, gemeinsam vorzugehen.

In den sechziger Jahren hatte es der Allgemeine deutsche Arbeiterverein auch in Berlin noch verstanden. Nun hörte das aber ganz auf. Auf der Geschichte der Sozialdemokratie Berlins in den Jahren 1872/73 lagert in dieser Hinsicht tiefer Schatten.

Aber ihm steht viel helles Licht gegenüber. Die sozialistische Agitation nahm in jenen Jahren in Berlin einen Aufschwung, wie nie zuvor. Auf beiden Seiten wurde ein Eifer im Werben von Anhängern, in Verbreitung der sozialistischen Aufklärungsliteratur, in der Organisationsarbeit entfaltet, der kaum übertroffen werden konnte. Hüben wie drüben herrschte reges geistiges Leben in den Versammlungen, und hüben wie drüben konnte man sich denn auch entsprechender Erfolge freuen.

Die Zahl der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Berlin stieg bis Ende 1873 auf über 2.000, und die kleine Gemeinde der Eisenacher nahm im gleichen Verhältnis zu.

Wie sehr gerade dieser letzteren durch die Sprengungen die Arbeit erschwert wurde, mag die Schilderung einer solchen Sprengung veranschaulichen. Und zwar sei sie dem „Neuen Social-Demokrat“ entnommen, der den Vorgang unter dem Gesichtspunkt ihrer Veranstalter und im günstigsten Lichte für sie darstellte. Sie steht im „Neuen Social-Demokrat“ vom 9. Oktober 1872 und lautet:

> „Berlin, 8. Oktober. (Niederlage der Eisenacher ‚Ehrlichen‘.) Auf gestern hatten die Anhänger Bebels und Liebknechts unter der Firma „öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ nach Brettschneiders Lokal, Gattenstraße 13, eine Versammlung ausgeschrieben, um unter dem Deckmantel einer sehr abgedroschenen Tagesordnung: Koalitionsrecht, Einigungsämter usw. für ihre Richtung und gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu agitieren. Da diese Herren in letzter Zeit dergleichen häufiger versucht hatten, und noch dazu sich bei solchen Gelegenheiten als eine Art Verein geberdeten, der den etwa anwesenden Mitgliedern unserer Partei eine Geschäftsordnung oktroyierte, so erschien diesmal die wahre sozialdemokratischen Partei, das heißt die unsrige, in so überwiegender Mehrheit, daß das erwähnte übliche Manöver von den Einberufern aufgegeben wurde.
> Es kam zur Bureauwahl, und mit über 500 gegen 15 Stimmen wurden Klinkhardt, Grottkau und Hasselmann in dasselbe gewählt. Sodann lehnte die Versammlung mit derselben Majorität die Tagesordnung der Einberufer ab und beauftragte Hasselmann, ein Referat über den Unterschied der Prinzipien und Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins

und der Eisenacher Partei zu halten. Als Korreferent wurde der Vorsitzende des Liebknecht-Bebelschen Vereins in Leipzig, ein Herr Stelzer, bestimmt.

Hasselmann erledigte sich des Auftrages in eingehender Weise, indem er die Notwendigkeit der festen Lassalleschen Organisation und die Verwerflichkeit der Kompromisse mit der radikalen Bourgeoisie betonte; er führte aus, wie letzteres dennoch von der Eisenacher Partei beliebt werde und wie sie infolgedessen dezentralistisch sei und ein machtloser Spielball von Literaten werde; Redner deckte endlich, ohne jedoch persönliche Angriffe zu machen, die verwerflichen Intrigen auf, durch welche der Eisenacher Kongreß hervorgerufen worden ist und die Zersplitterung der Arbeiter noch jetzt genährt wird.

Der Korreferent zeigte eine solche Unkenntnis der Vorgänge in der Arbeiterpartei, daß er allgemeine Heiterkeit erregte; auf prinzipielle Fragen ging derselbe gar nicht ein, sondern machte lediglich persönliche Angriffe gegen — Herrn v. Schweitzer. —

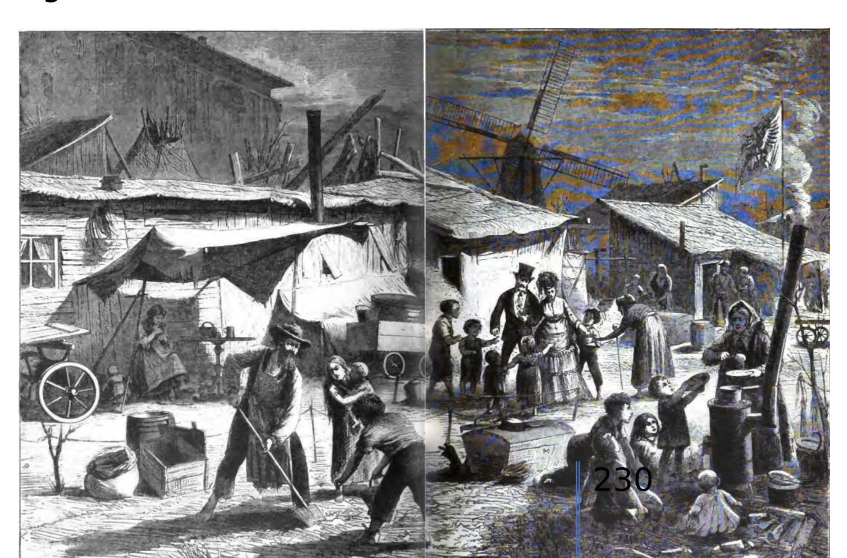
In einer Versammlung am Tage vorher hatte Herr Stelzer, wie mehrere Zeugen bestätigten, die gegenwärtigen Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für „Spitzel“ erklärt; dies leugnete er jedoch jetzt aufs Entschiedenste ab! — Im weiteren Lauf der Debatte, woran sich vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein noch Kersten, Schaar, Rost, Grottkau, von den Gegnern Auer und Kayser beteiligten — Herr York, welcher sich anfangs zum Wort gemeldet hatte, drückte sich beizeiten — wurde ein vollständiger moralischer Sieg des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins errungen und die Gegner wurden zum Schweigen gebracht.

Dann wurde mit allen gegen sechs Stimmen die folgende Resolution von Hasselmann mit einem Amendement von Wismeyer angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit dem Prinzip und der Organisation Lassalles vollständig einverstanden und jeden, welcher gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und seine Organisation wirkt, für einen Feind der Arbeitersache.“

Dies die „offizielle“ Darstellung. Tatsächlich war die Versammlung als öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms einberufen. Es war also ein grober Eingriff in das Versammlungsrecht, ihr gewaltsam ein Bureau von Nichtmitgliedern — ja, wie die Dinge damals lagen, von Gegnern dieser Partei aufzuzwingen.

Um diesem Eingriff vor den Arbeitern wenigstens einen Schein von Recht zu verleihen, entwickelte Hasselmann die oben geschilderte Deduktion, in



88. Baracken der Obdachlosen vor dem Kottbuser Tor. Nach: Originalzeichnung der „Leipziger Illustrierten Zeitung". 1872

Eisenach hätten die Lassalleaner die Mehrheit gehabt, folglich usw. bis die Schlußfolgerung kam: folglich sind die Lassalleaner allein legitimiert, hier das Bureau zu besetzen.

Aber damit nicht genug. Einmal im Besitz des Bureaus, zwang man den majorisierten Einberufern eine andere Tagesordnung, einen anderen Referenten (nämlich Hasselmann) und — unter Beiseiteschiebung des von ihnen selbst bestimmten Referenten — einen Korreferenten auf, der zwar ihrer Partei angehörte, aber weder von ihnen dazu gewählt, noch selbst sich dazu gemeldet oder auch nur bereit erklärt hatte. Diesem Muß-Korreferenten ward im Gegensatz zum Referenten die Redezeit auf eine halbe Stunde beschränkt, worauf dann wieder eine Reihe von Rednern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins das Wort erhielten.

Und erst ganz am Schlusse der Versammlung, nachdem dieselbe schon völlig übersättigt und die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt war, kamen dann zwei Eisenacher zum Wort, die sich selbst gemeldet hatten, aber in der Kürze der Zeit nicht den zehnten Teil der gegen ihre Partei von Hasselmann vorgebrachten Beschuldigungen widerlegen konnten.

Wenn man das liest, so wird man sich fragen, wie denn nur so etwas möglich sein konnte, wie Männer von dem ehrenhaften Charakter eines Grottkau, wie demokratisch denkende Arbeiter in nennenswerter Zahl sich zu solcher Niedertretung aller demokratischen Grundsätze hergeben, und wie auf der anderen Seite die Eisenacher sich solche Behandlung gefallen lassen, auf solche Karikatur einer Diskussion überhaupt eingehen konnten?

Indes, was die Lassalleanischen Arbeiter betrifft, so darf nicht vergessen werden, daß gerade die, bei solchen Sprengaktionen aufgebotenen Bauarbeiter in ihrer großen Masse politisch noch sehr unerfahren und daher unschwer dahin zu bringen waren, die Dialektik Hasselmanns für bare Münze zu nehmen. Für sie waren die Eisenacher eben Ränkespinner und Verräter an der Arbeitersache. Grottkau wiederum und andere Lassalleaner waren zwar durch den Parteihader genügend fanatisiert, sich an solchen Aktionen zu beteiligen, machten aber nicht alles, was dabei geschah, mit vollem Herzen mit. So tat gerade an jenem Abend Grottkau als Vorsitzender sein möglichstes, wenigstens innerhalb der obigen, von Hasselmann veranlaßten Geschäftsordnung das Recht der freien Rede sicher zu stellen. Die Eisenacher aber waren in einer Zwangslage. Da sie die Hülfe der Polizei gegen die Verletzung des Hausrechtes nicht anrufen mochten, hatten sie nur die Wahl, das Feld ganz zu räumen oder trotz aller Vergewaltigungen auszuharren und bis zum Schluß ihren Mann zu stehen.

In dieser Hinsicht waltete nun bei ihnen selbst Meinungsverschiedenheit. Ein Teil von ihnen, darunter der grade in Berlin anwesende Theodor York, verließen früher oder später das Lokal, andere, wie Auer und Kayser, blieben ungeachtet der Ungunst der Situation am Platz. Dieser Gegensatz war kein zufälliger, er war die Aeußerung eines überhaupt bei den „Eisenachern" in Berlin spielenden inneren Kampfes, auf den wir um so mehr einzugehen haben, als er auch den Schlüssel zu den etwas mysteriösen

Eingangssätzen in dem zitierten Bericht des „Neuen Social-Demokrat“ liefert und den tieferen Grund bloßlegt, weshalb die geschilderte Sprengung stattfand und Männer wie Grottkau sich an ihr beteiligten.

Mit dem Frühjahr 1872 war in die Gemeinde der Eisenacher in Berlin ein neuer Geist eingezogen. Ignaz Auer, der schon in Süddeutschland der Partei angehört hatte, war nach Berlin gekommen, hatte als Sattlergeselle Arbeit gefunden und nun die Mitgliedschaft der Partei aufgesucht.

Das war aber keine sehr leichte Sache, denn die Eisenacher hielten als Parteimitgliedschaft nur einmal im Monat eine Versammlung ab, während sie die andern drei Wochen als „Demokratischer Arbeiterverein“ zusammenkamen. Wie sollte aber der in Berlin Fremde wissen, wenn er im Vereinskalender der Zeitungen eine Zusammenkunft des „Demokratischen Arbeitervereins“ angekündigt fand, daß dieser Verein faktisch ein sozialdemokratischer Verein war? Namentlich dem aus Süddeutschland kommenden Arbeiter lag es näher zu vermuten, daß es sich um einen Arbeiterverein handelte, der im Gefolge irgend einer bürgerlich-demokratischen Partei einhertrabte. War der Arbeiter nicht schon sehr auf die Parteinuance eingeschworen, dann mußte er unter diesen Umständen früher oder später in den Hafen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins einlaufen.

Das setzte Auer, als er die Partei endlich gefunden, der Mitgliederversammlung in drastischer Weise auseinander. Seine Worte fanden starken Widerhall, namentlich eine Anzahl gleichfalls zugewanderter Genossen, voran der jugendliche Max Kayser, dann Leute, wie August Heinsch, der Vertrauensmann der Eisenacher Parteimitgliedschaft, die Schriftsetzer Baumann und Mitte, die Weber Liebmann und Alt usw. usw., unterstützten ihn, und der Metallarbeiter Kärger brachte im Demokratischen Arbeiterverein alsbald den Antrag ein, den Titel des Vereins in „Sozialdemokratischer Arbeiterverein“ abzuändern. Hier stieß die Idee jedoch auf Widerstand und es gab eine mit großer Festigkeit geführte Debatte, die fast an einen Byzantinerstreit erinnerte.

Theodor Metzner, der große, und unter verschiedenen Gesichtspunkten berechtigte Autorität bei den älteren Mitgliedern des Vereins hatte, stellte sich dem Antrag mit der Begründung schroff gegenüber, der Name „Sozialdemokratischer Arbeiterverein“ umschließe eine unlogische Häufung von Begriffen, es dürfe, wenn der alte Name nicht bleiben solle, höchstens nur „Sozialdemokratischer Verein“ heißen. Darauf wollten sich aber die „Jungen“, wie man sie heißen kann, und denen sich auch der in jenen Tagen der Partei beigetretene Schreiber dieses Buches anschloß', nichts wissen, sie bestanden darauf, beide Bezeichnungen: „sozialdemokratisch“ und „Arbeiter“, im Titel zu haben.

Drei Sitzungen nahm dieser Streit um den Namen, glaube ich, in Anspruch, Metzner legte sich mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit

immer wieder für die Reinheit des Begriffes ins Zeug, aber all seine Dialektik und Redegewandtheit halfen ihm nichts, das Ende war ein Sieg der Jungen und Niederlage der Grammatiker. Der gehäufte Titel wurde angenommen.

Verstimmt legten Metzner und die übrigen Vorstandsmitglieder ihre Aemter nieder; an ihrer Stelle wurden meist „Zunge“ gewählt, und diese vollendeten den Umsturz, indem sie das Verhältnis der Parteiversammlungen zu den Vereinsversammlungen erst auf zwei zu zwei und dann auf drei zu eins festsetzten, d. h., umgekehrt wie früher, der Partei drei Versammlungen im Monat und dem Verein nur eine im Monat zuerkannten. Alle Vereinsspielerei sollte aufhören, Agitation für die Partei die Hauptsache sein.

August Heinsch, der damalige Vertrauensmann der Eisenacher in Berlin, war auch ganz die Persönlichkeit, dies Programm zur Wahrheit zu machen. Mit einem unverwüstlichen Mutterwitz und ebensoviel Erfindungsgabe ausgestattet, verstand er es, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche die damals in Berlin sehr heikle Lokalfrage der Ausführung in den Weg stellte.

Weniger Schwierigkeiten machte die Referentenfrage. Das Häuflein Eisenacher war ein Offizierskorps ohne Soldaten: fast jedes Mitglied ein Referent. Und nun hatte man in Auer und Max Kayser Redner von besonderer Anziehungskraft, der eine auf süddeutsche, der andere auf norddeutsche Art witzig, beide imstande, durch kraftvolle Rede hinzureißen. Immer anziehender gestalteten sich die Versammlungen, immer anregender die Debatten der Eisenacher. Als die heißen Sommertage vorüber waren, konnte man es schon wagen, etwas größere Lokale zu mieten.

Nun kamen auch Lassalleaner in die Versammlungen, Opposition zu machen, drangen aber als einzelne nicht durch; in jeder Versammlung konnte Heinsch die Aufnahme neuer Mitglieder feststellen, wenn auch die Zahl in Wirklichkeit nie so groß war, wie er sie, „der Aufmunterung halber“, angab. Gerade diese Methode der Aufmunterung sollte jedoch der Mitgliedschaft eines Tages zum Verhängnis werden.

Am Schlusse einer besonders erfolgreichen Versammlung, in der auch eine größere Anzahl Lassalleaner anwesend, aber mit ihrer Opposition nicht durchgedrungen waren, verwendete Heinsch den Beitritt von — ich glaube — achtzehn neuen Mitgliedern. In Wirklichkeit werden es kaum die Hälfte gewesen sein, aber der Zuschnitt der Versammlung und der große Beifall, den die Reden der Eisenacher gefunden, machten die Sache doch glaubhaft, und unsere Lassalleaner gerieten in gewisse Bestürzung. Was sollte werden, wenn das so fort ging?

Vielleicht mit noch etwas mehr Uebertreibung ward die Geschichte der Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mitgeteilt, und die Folge war, daß die nächste Versammlung der Eisenacher gesprengt wurde. Es geschah mit der oben geschilderten Vergewaltigung, die dadurch ein etwas müderes Gesicht enthält, daß

sie zu einem Teil Produkt der Angst vor einem unbequemen Wachstum der Eisenacher war. Sie sollten davon abgeschreckt werden, noch weiter derartige öffentliche Parteiversammlungen abzuhalten.

Etwas verhüllt spricht es der obige Bericht des „Neuen Social-Demokrat“ aus, unverblümt verkündete es in der Versammlung ein Lassalleanischer Redner, der Bildhauer Paul Kersten: „Wenn die Eisenacher noch öffentliche Versammlungen abhalten wollen“, rief er unter Beifall seiner Genossen aus, „dann haben sie bei Hasenclever und Hasselmann erst vorher um Erlaubnis zu bitten“. Soweit ging die Verblendung.

Nach zwei Richtungen hin erfüllte übrigens die Sprengung zunächst ihren Zweck. Erstens ging den Eisenachern für eine Weile das bezügliche Lokal verloren. Es ist begreiflich, daß Wirte ihre Lokalitäten nicht gern zum Schauplatz tumultuarischer Szenen hergeben, und ziemlich wild war es in jener Versammlung sogar schon vor der Eröffnung zugegangen. Auch machte sich gerade, wo die „Partei Bebel“ in Betracht kam, der Einfluß der Polizei auf die Wirte schon damals deutlich bemerkbar.

Zweitens wurde von den „Alten“ der Eisenacher die erfolgte Sprengung als Beweis dafür geltend gemacht, daß ihre Methode der Men Propaganda im geschlossenen Verein doch für Berlin das einzig Richtige sei; und als drei Wochen später eine weitere öffentliche Parteiversammlung der Eisenacher in noch gewalttätigerer Weise gesprengt worden war — der Bericht des „Neuen Social-Demokrat“ vom 30. Oktober 1872 darüber sagt in dieser Hinsicht alles — da mochten die „Jungen“ noch so lebhaft die Ansicht der „Alten“ bekämpfen, für den Moment gab es nichts anderes, die Gewalt der Tatsachen machte Versammlungen der Eisenacher in anderen als ganz kleinen Lokalen für eine Weile unmöglich.

Eine zweite Tatsache, welche es den Lassalleanern als Pflicht der Selbsterhaltung erscheinen ließ, die Eisenacher in Berlin in keiner Weise aufkommen zu lassen, wurde vom Führer der letzterwähnten Sprengung, August Kapell, in der Versammlung offen hervorgehoben:

Eine zu jener Zeit nicht unwichtige Körperschaft organisierter Arbeiter Berlins, der Sattlerverein, hatte unter dem Einfluß Auers aufgehört, Domäne des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu sein. Auer hatte sich in der kurzen Zeit seines Aufenthalts in Berlin bei seinen Berufsgenossen, den Sattlern, ein solches Ansehen erworben, daß er auf dem Ersten deutschen Sattlerkongreß, der vom 29. Juni bis 2. Juli 1872 in Berlin tagte, zum ersten Vorsitzenden des Kongresses und sodann auch zum Vorsitzenden des Ausschusses des auf dem Kongreß geschaffenen Allgemeinen deutschen Sattlervereins gewählt wurde.

Im Berliner Sattlergewerbe gab es damals eine lebhafte Bewegung, um die sich unter anderen die Kollegen Berg, Jonas und Wirth verdient machten, und die Versammlungen des Berliner Sattlervereins, der im oberen Saal der Gratweilschen Bierhallen tagte, waren immer gut besucht.

Es war aber nur natürlich, daß in einem Verein, der einen als „Eisenacher“ bekannten Mann an seine Spitze gestellt hatte, gewisse Angriffe auf die Eisenacher nicht mehr zogen, sondern daß vielmehr bei den Mitgliedern sich eher ein Interesse für die Partei dieses Mannes einstellen mußte. Hatte doch außerdem der auch von Süddeutschland und Oesterreich beschickte Kongreß neben dem „Neuen Social-Demokrat“ und dem Wiener „Volkswille“ auch den „Volksstaat“, das Organ der Eisenacher, zum Vereinsorgan erklärt.

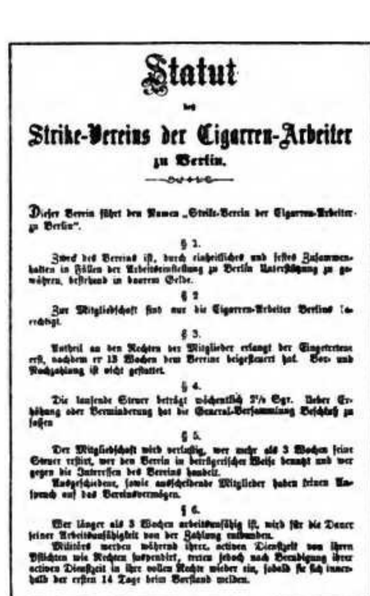
So kamen Sattler in die Versammlungen der Eisenacher, und Eisenacher besuchten gern die Versammlungen der Sattler. Direkt ließ sich hiergegen nichts machen, denn eine Gewerkschaft konnte man nicht wie eine gewöhnliche Versammlung sprengen.

Um so unangenehmer mußte aber dieser Zustand von den Leitern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins empfunden werden und es ihnen nahelegen, jeder möglichen Wiederholung in anderen Berufen rechtzeitig entgegenzuarbeiten. So zog denn in der, unter seiner Leitung gesprengten Versammlung der Eisenacher August Kapell heftig gegen die Zustände vom Leder, die im Sattlerverein eingerissen seien, seit „der internationale Herr Auer“ dort das große Wort führe.

Die Versammlung fand nämlich im Maschinenbauerviertel statt und hatte zur Tagesordnung einen eben beendeten Streik in der ehemals Pflugschen Fabrik für Eisenbahnbedarf, der von Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins — voran der Maschinenbauer J. Klinkhardt — geführt worden war und nach zwei Monaten Dauer resultatlos geendet hatte. Referent war der Vorsitzende des Berliner Schriftsetzervereins, G. Lehmert, der die gewerkschaftlichen Lehren aus dem Streik darlegen sollte.

Da der Schriftsetzerverein den Streik mit Geld unterstützt hatte, war an irgendwelche feindselige Kritik nicht zu denken. Sie erfolgte auch nicht, aber Lehnert ließ die Bemerkung einflechten, daß im Gewerkschaftskampf die politischen Parteigegensätze der Arbeiter zu schweigen hätten und daß man, um erfolgreiche Streiks führen zu können, rechtzeitig Geldmittel aufsparen müsse, und das wurde zum Stein des Anstoßes genommen. Er war es auch in mehr als einer Hinsicht.

Die Gewerkschaftsfrage war zu jener Zeit eine der verwundbarsten Stellen im inneren Organismus des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Die größten Gegensätze hinsichtlich ihrer herrschten im Verein. Ein nicht geringer Teil der führenden Mitglieder wollten überhaupt keine Gewerkschaften. Andere, welche die Unmöglichkeit einsahen, der Tendenz zu beruflichen Verbindungen Herr zu werden, wollten sie nur in solcher Gestalt, daß sie beständig unter der Vormundschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bleiben mußten, das heißt höchstens als lokale Streikvereine, und wieder andere fanden sich



Statut
des
Strike-Vereins der Cigarren-Arbeiter
zu Berlin.

Dieser Verein führt den Namen „Strike-Verein der Cigarren-Arbeiter zu Berlin“.

§ 1.

Zweck des Vereins ist, durch einheitliches und festes Zusammenhalten in Fällen der Arbeitseinstellung zu Berlin Unterstützung zu gewähren, bestehend in baarem Gelde.

§ 2.

Zur Mitgliedschaft sind nur die Cigarren-Arbeiter Berlins berechtigt.

§ 3.

Antheil an den Rechten der Mitglieder erlangt der Eingetretene erst, nachdem er 13 Wochen dem Vereine beigesteuert hat. Vor- und Nachzahlung ist nicht gestattet.

§ 4.

Die laufende Steuer beträgt wöchentlich 2½ Sgr. Ueber Erhöhung oder Verminderung hat die General-Versammlung Beschluß zu fassen.

§ 5.

Der Mitgliedschaft wird verlustig, wer mehr als 3 Wochen seine Steuer restirt, wer den Verein in betrügerischer Weise benutzt und wer gegen die Interessen des Vereins handelt.

Ausgeschiedene, sowie ausscheidende Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

§ 6.

Wer länger als 3 Wochen arbeitsunfähig ist, wird für die Dauer seiner Arbeitsunfähigkeit von der Zahlung entbunden.

Militärs werden während ihrer activen Dienstzeit von ihren Pflichten wie Rechten suspendirt, treten jedoch nach Beendigung ihrer activen Dienstzeit in ihre vollen Rechte wieder ein, sobald sie sich innerhalb der ersten 14 Tage beim Vorstand melden.

89. Erste Seite des Statutes des Streikvereins der Berliner Zigarrenarbeiter

mit der Existenz nationaler Verbindungen ab oder standen sogar schon an der Spitze von solchen — letzteres traf u. a. gerade von Kapell zu — aber selbst sie zauderten noch, für die Gewerkschaft eine völlig freie, aus deren eigenen Bedürfnissen sich ergebende Entwickelung zu beanspruchen.

Man befand sich da in einer gewissen inneren Unsicherheit, über die man sich, so gut es ging, durch den Hinweis auf den „rechten“ Geist, die „Aufklärung“ und stramme Disziplin, auf die es allein ankomme, hinweghalf. Nach Lage der Dinge, das heißt, weil die Organisationen noch lose waren, weil sie nur nominelle Beiträge erhoben und daher keine Kriegsfonds hatten, war auch tatsächlich der rechte Geist die Hauptsache. Nur war die Frage damit nicht erledigt. Mußten die Dinge immer so liegen?

Trotz jenes rechten Geistes hatte man ja eben den Maschinenbauerstreik resultatlos aufheben müssen. Zu einer Debatte darüber kam es in jener Versammlung natürlich nicht. Nachdem Lehmert sein nicht sehr tief in den Gegenstand eindringendes Referat beendet hatte, sprachen Kapell, Finn, Klinkhardt usw. und erschöpften sich in Angriffen auf die Eisenacher, von denen überhaupt nur ein einziger Redner ganz am Schluß zum Worte zu gelassen wurde.

Für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gestaltete sich jedoch unter politischem Gesichtspunkte der Pflugsche Streik sehr vorteilhaft. An der Spitze der Aktiengesellschaft für Eisenbahnbedarf stand der nationalliberale Abgeordnete von Unruh, und wenn dieser geriebene Geschäftsmann sich auch nicht von vornherein schroff zu den Arbeitern stellte, sondern zunächst mit ihrem Komitee verhandelte und ihm an der Hand des Geschäftsabschlusses der Gesellschaft nachzuweisen suchte, daß eine Lohnerhöhung um 20 Prozent, wie sie gefordert wurde, den ganzen derzeitigen Profit des Unternehmens verschlingen würde, so daß weder Verzinsung des Aktienkapitals noch Erneuerungen und Erweiterungen möglich sein würden, so war das Ende seiner Auseinandersetzungen doch eben ein kategorisches Nein.

Und als der Streik eingetreten war, verbündete sich Herr von Unruh mit den anderen Maschinenfabrikanten zu einem „Verein von Vertretern der Metallindustrie Berlins“, der den Streik für unberechtigt erklärte und sich gegen Festsetzung einer Konventionalstrafe verpflichtete, keinen Arbeiter ohne regelrechten Entlassungsschein zu beschäftigen.

Hatte auf solche Weise ein nationalliberaler Fabrikant sich und damit auch seine Partei bei einem großen Teil der Maschinenbauer in Mißkredit versetzt, so kompromittierten Dr. Max Hirsch und die „Volkszeitung“, die ursprünglich sich für die Forderungen der Arbeiter erklärt hatten, durch unzeitiges Rufen nach Frieden die Fortschrittspartei in den Augen eben dieser Arbeiter.

Die ewigen Erklärungen, daß die Forderungen der Arbeiter im Angesicht der gestiegenen Lebensmittelpreise durchaus berechtigt seien, aber mit Rücksicht auf den Geschäftsprofit der Gesellschaft zurückgezogen werden müßten, waren geradezu Beweisführungen für die Theorie vom ehern Lohngesetz, wie die Sozialdemokratie sie

damals vertrat und die „Volkszeitung“ sie bekämpfte, und wurden denn auch von den Volksrednern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit Geschick in diesem Sinne ausgenutzt.

Es fanden glänzend besuchte Versammlungen im Maschinenbauerviertel und dessen Umgebung statt, die teils vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein selbst und teils vom Streikverein der Maschinenbauer einberufen worden waren, in denen aber immer Agitatoren des ersteren das Wort führten. Der Maschinenbauerverein schmolz, nachdem der Streik aufgegeben war, begreiflicherweise schnell zusammen; aber der Allgemeine deutsche Arbeiterverein wußte den Boden, den er durch ihn gewonnen, darum doch festzuhalten. Auch die letzte Garde, welche die Fortschrittspartei unter den Arbeitern Berlins noch gehabt hatte, war für sie von nun ab in ihrer Mehrheit verloren.

Von den Arbeiter-Berufskongressen, die im Jahre 1872 in Berlin tagten, verdienen noch zwei besondere Erwähnung. Der eine davon war ein Kongreß von Webern, der als Zweiter allgemeiner deutscher Webertag (der erstere hatte 1871 in Glauchau stattgefunden) in den Pfingsttagen im Saale des Handwerkervereins seine Sitzungen abhielt. Er war von 81 Delegierten beider Richtungen der sozialistischen Arbeiterbewegung besucht und beschloß die Gründung eines allgemeinen deutschen Weber- und Manufakturarbeiterbundes, dessen Vorort Glauchau sein sollte. Daß man diesen Ort wählte, der als eine der festen Burgen der Eisenacher bekannt war, kennzeichnet den kameradschaftlichen Geist, der auf dem Kongreß vorherrschte. Die Delegierten gaben sich untereinander das Wort, in ihren Kreisen nach Kräften für eine Vereinigung der beiden Flügel der Arbeiterbewegung zu wirken.

Genau den entgegengesetzten Geist atmete der Allgemeine deutsche Tischler-Kongreß, der vom 6. bis 10. Oktober ebenfalls im Saale des Handwerkervereins tagte. Wohl hatte die Einladung zu ihm friedlich genug gelautet. Auf dem Kongreß selbst aber ließ man Theodor Dock, den Leiter des schon bestehenden und mehrere tausend Mitglieder zählenden Holzarbeiter-Verbandes nicht zu, weil sein Mandat nicht regelrecht aufgestellt sei. Und ebenso schloß man bei der Bestimmung der Organe des Vereins den „Volksstaat“ aus. Daß damit ein großer Teil deutscher Tischler gleichfalls von vornherein ausgeschlossen wurde, liegt auf der Hand. Zur Entschuldigung für die auf dem Kongreß tonangebenden Persönlichkeiten muß darauf hingewiesen werden, daß gerade in jenen Tagen die gegenseitige Verhetzung auf die höchste Spitze getrieben war.

Am Vorabend des Kongresses fand die auf Seite 172 geschilderte Sprengung der Eisenacher statt, die nun noch begreiflicher werden wird. Sie hätte offenbar auch den Zweck, auf die Delegierten des Kongresses einzuwirken und so jeder Wiederholung der bei den Sattlern gemachten Erfahrung vorzubringen.

Als auf dem Kongreß der Delegierte aus Wien Beschwerde darüber führte, daß die Einberufung übereilt und so den süddeutschen Orten gar nicht die Zeit gelassen sei, zu ihm Stellung zu nehmen, antwortete ihm ein Lassalleanisches Mitglied offenherzig, nein, das sei

ja gerade das Gute. Denn hätte man nicht die Sache beeilt, dann wären von Süddeutschland die „Internationalen“ gekommen und „hätten uns alles verdorben“. Der Tischlerverband sollte spezifisch Lassalleanisch sein.

Am Pfingsten 1872 fanden in Berlin auch die Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und des Allgemeinen Unterstützungsverbandes statt — die erstere vom 22. bis 25., die letztere am 27. und 28. Mai. Beide Organisationen konnten ein Wachstum verzeichnen, doch blieb der Unterstützungsverband immer mehr hinter der politischen Organisation zurück. Er war eine Zwitterschöpfung, aus der nichts rechtes werden konnte. Das zeigten gerade die Debatten dieser Generalversammlung.



Max Kayser, Schriftsteller
geb. 9. Mai 1853, gest. 29. März 1888



Wilhelm Fritsche, Zigarrenmacher
geb. 25. März 1825, gest. 6. Februar 1905

(Nach zeitgenössischen Bildnissen)

Der Verband hatte, wie gezeigt, im Interesse der Zentralisierung der Arbeiterbewegung die Gewerkschaften aufsaugen sollen, aber verschiedenen Delegierten war schon die Existenz des Verbandes neben dem Verein zu viel, obwohl beide Organisationen damals in einen Kopf zusammenliefen.

Andererseits hatten die Maurer ihre Verbindung mit dem Verband ganz gelöst und bildeten eine eigene Gewerkschaft, und ebenso zeigten andere Gewerbe Tendenzen zur Verselbständigung. Dann war wieder der Berliner Arbeiterbund da — wie sollte unter diesen Umständen das Unterstützungswesen geregelt werden? Das waren Fragen, welche die Delegierten der Generalversammlung beschäftigten, und auf die es bei der Ungewißheit über die schließliche Lösung der Gewerkschaftsfrage doch keine sichere Antwort geben konnte.

Von den Vorgängen auf der Generalversammlung des politischen Vereins machten die Verlesung von Enthüllungen Tölckes über die angeblichen Verbindungen J. B. von Schweitzers mit der Berliner Polizei und der mit 5.595 gegen 1.177 Stimmen gefaßte Beschluß, daß Schweitzer nicht mehr in den Verein aufgenommen werden dürfe, das meiste Aufsehen.

Liest man die Enthüllungen Tölckes nachträglich, so begreift man den Beschluß nicht recht. Daß Schweitzer, der in seiner Eigenschaft als Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, sowie als Strafgefangener wiederholt auf dem Polizeipräsidium zu tun hatte, die betreffenden Beamten kannte, war das geringste, was seine politische

Reinheit in Zweifel stellte. Aber in Verbindung mit anderen Vorkommnissen erhielten die darauf bezüglichen Erzählungen Tölckes für die Delegierten des Kongresses ein wesentlich schlimmeres Gesicht. Die Preßpolemik, die sich zwischen Schweitzer und Hasselmann aus Anlaß des Aechtungsbeschlusses entspann, gereicht keinem der Beteiligten zur besonderen Ehre.

Die Wohnungsnot stieg im Jahre 1872 in Berlin womöglich noch höher, als sie im Vorjahr gewesen war, und führte im Monat Juli zu wirklichen Straßenkämpfen zwischen Volk und Polizei, dem sogenannten Blumenstraßen-Krawall. Wie dem Kenner Berlins schon der Name anzeigt, handelt es sich um einen Aufstand im Osten der Hauptstadt. Er setzte am Donnerstag, den 25. Juli, abends, mit Zusammenrottungen vor dem Hause Blumenstr. 51c ein, wo ein armer Schuhmacher aus seiner Wohnung exmittiert worden war.

Schutzleute, welche die angesammelten Massen auseinandertreiben sollten, wurden mit Steinwürfen bedacht, ihre Verstärkung durch berittene Schuhmannschaft zog, statt Ruhe zu stiften, immer neue Massen an, und auch die angrenzenden Straßen waren schließlich von Menschen überfüllt; wo die Berittenen sich zeigten, flogen Steine. Es dauerte bis drei Uhr nachts, ehe die Massen sich völlig zerstreuten.

Am nächsten Tage schien alles ruhig abgehen zu wollen, bis gegen Mittag die Polizei wieder in großer Zahl auf dem Schauplatz erschien. Der Versuch, Färbereiarbeiter zum Verlassen der Straße zu zwingen, hatte die gefährliche Verletzung des Polizeileutnants von Rath durch einen Ziegelstein zur Folge.

Mittlerweile kam vom weiteren Osten, vom Frankfurter Feld her, Kunde, die das ganze Stadtviertel erregte. Draußen hatte die Polizei unbarmherzig Baracken von Obdachlosen niedergerissen, und der Jammer der armen Leute, die nun kamen, ihr Leid zu klagen, erbitterte alle Welt aufs höchste. Im ganzen Viertel, in Frankfurterstraße, Weberstraße und deren Querstraßen, in Blumenstraße, Strausbergerstraße und Krautsstraße, lärmte die Masse, warf die Gaslaternen ein, hob die Rinnsteinbohlen aus und errichtete aus ihnen und Pflastersteinen in den engeren Straßen Barrikaden.

Jetzt wurden die ganze berittene Schutzmannschaft und mehrere hundert Schutzleute zu Fuß aufgeboten, aber wohin die Polizisten kamen, wurden sie mit Steinwürfen empfangen, die an manchen Stellen wahren Bombardements glichen. Auch aus Häusern flogen allerhand Wurfgegenstände, Flaschen usw. auf die Schutzleute; so aus dem Hause Krautsstr. 36, während das Volk dort aus Bohlen eine Barrikade gebaut hatte, um die Polizei im Vorrücken zu hemmen. Wieder dauerte es bis drei Uhr nachts, ehe die Straßen von der Menge verlassen waren.

Am nächsten Tag, Sonnabend, den 27. Juli, machten Plakate der Polizei mit den üblichen Warnungen und Drohungen und ein Massenaufgebot von Polizei das Volk erst recht aufsässig. Gegen 400 Schutzleute zu Fuß, 200 zu Pferde und eine große Anzahl Polizisten in Zivil waren zur Stelle, zwei Bataillone des Kaiser Alexander-Regiments und zwei Schwadronen der Garde-Dragoner standen mit scharfen

Patronen in den Kasernen zum Ausmarsch bereit. Die Schutzmannschaft stellte sich am Zentralpunkt des Krawalls, Blumen- und Krautstraßen-Ecke auf und hielt hier Standquartier, von wo aus kleinere Abteilungen in die nächstliegenden Straßen entsandt wurden.

Das schien anfänglich zu genügen. Wohl gab es immer noch kleinere Krawalle und eine Art Guerillakrieg mit Steinwürfen aus den Häusern heraus, so daß einem der Schutzleute der Arm zerschmettert wurde. Aber die Häuser wurden bald von der Polizei gestürmt, und schon meldete der Kommandeur der Schuhmannschaft, Oberstleutnant von Tempsky, dem Minister des Innern: „die Situation hat sich wesentlich gebessert“ und war eben im Begriff, durch einen Polizeiassessor die zur Verfügung gestellten Militärmannschaften abzubestellen, da erlöschten gerade im selben Augenblick am Grünen Weg, östlich vom Andreasplatz, sämtliche Straßenlaternen unter Steinwürfen der Menge, und östlich und nördlich vom Hauptquartier der Schutzmannschaft tobt die Revolte erst recht.

So dichtgedrängt sind die Massen, daß es der Polizei lange Zeit nicht gelingt, sie zu sprengen. Drei Barrikaden werden gebaut, eine davon Ecke Grüner Weg und Küstriner Platz, und sie wird vom Volk erst verlassen, als die Polizei sie umgangen hatte. Außerdem wird das Polizeibureau in der Langestraße gestürmt und der dort wachthabende Polizist, Wachtmeister Kunze, schwer verwundet. Ja, in weiter entlegenen Stadtteilen revoltiert es nun auch.

Vor dem Hause Weinstr. 32, dessen Vizewirt Schutzmann ist, sammelt sich am Abend eine bis auf tausend Köpfe anwachsende Menge, dringt um 11 Uhr in das Haus ein, schlägt dort alles kurz und klein, bis eine Abteilung berittener Polizei eintrifft und sie nach dem Friedrichshain hin zurückdrängt.

Ein gleicher Angriff findet unweit vom Kottbuser Tor auf das Haus Skalitzerstr. 12 statt, wo ein Mieter exmittiert worden war. Der Krawall nahm hier ein so bedrohliches Gesicht an, daß in der Kaiser Franz-Kaserne in der Pionier- (jetzt Blücher-) Straße die Soldaten konsigniert wurden und ebenfalls eine Schwadron Dragoner sich gesattelt bereit halten mußte. Wieder wird es gegen drei Uhr nachts, bis es gelingt, überall die Volksmenge von den Straßen wegzudrängen.

Am Sonntag wurde ein noch stärkeres Aufgebot von Militär in den Kasernen konsigniert gehalten, aber man hatte mittlerweile gelernt und verzichtete darauf, die Schutzmannschaft in Massen aufmarschieren zu lassen. Da man es nicht provozierte, verhielt sich das Volk ruhig, und die Revolte hatte ein Ende.

Sie hatte aber selbstverständlich noch ihr Nachspiel vor den Gerichten. Nach amtlicher Feststellung waren 102 Beamte verwundet worden, davon 30 schwer. Durch amtliche Anfrage bei Heilgehülfen aber wurde ferner festgestellt, daß allein 159 Personen aus dem Publikum sich Säbelwunden hatten verbinden lassen. Eine Menge von Leuten, Erwachsene wie halbwüchsige Burschen, waren verhaftet worden, die meisten mußten wieder entlassen werden, aber 37 kamen vor die Geschworenen.

Die Verhandlung gegen die Verhafteten fand im Februar 1873 vor dem Schwurgericht statt und nahm mehr als eine Woche in Anspruch.

Ein Versuch, die Sozialdemokratie als Anstifterin des Aufruhrs hinzustellen, mißglückte kläglich. „Wir dürfen feierlich und offiziell erklären“, heißt es in der Schlußansprache des Präsidenten an die Geschworenen, „daß die sozialistische Partei bei dem Krawall ihre Hand nicht mit im Spiele hatte.

Aber — und nun kommt der Nachsatz — „bedenken Sie, meine Herren Geschworenen, was daraus hätte entstehen können, wenn zufälliger Weise zu jener Zeit ein größerer Streik ausgebrochen wäre, oder wenn einige sozialistische Führer sich der Sache bemächtigt hätten.“ Das war ein deutlicher Wink.

Der Staatsanwalt, Oppert, beantragte nicht weniger als 145½ Jahre Freiheitsentziehung gegen die Angeklagten: beinahe vier Jahre im Durchschnitt! — nämlich 89 Jahre Zuchthaus und 56½ Jahre Gefängnis.

Die Geschworenen sprachen nur drei der Angeklagten frei und billigten zweien mildernde Umstände zu, die für den einen davon Straffreiheit zur Folge hatte. Ueber 12 der Angeklagten wurden zusammen 47 Jahre Zuchthaus, über 21 weitere zusammen 30 Jahre Gefängnis verhängt.

Die

internationale Arbeiterassociation

(1864—1871),

ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit.

Mit besonderer Berücksichtigung der

Organisation des „deutschen Buchdruckerverbandes“ des „allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, der „social-demokratischen Arbeiterpartei“ und „den internationalen Gewerksgenossenschaften“, sowie der sogenannten Schulze-Delitzsch'schen „Bildungsvereine“ und des von Hirsch-Duncker gegründeten „Verbandes der deutschen Gewerkvereine“

von Carl Hillmann,

Mitglied des deutschen Buchdrucker-Verbandes.

Separatabdruck aus dem „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“.

Der Reinertrag ist zur Gründung eines Fonds für Productivgenossenschaften innerhalb des deutschen Buchdruckerverbandes bestimmt.

Es dürfte für die Leser dieses Blattes, für die Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbandes, jedenfalls nicht ohne Interesse sein, etwas Näheres über die „internationale Arbeiterassociation“ zu hören, um so mehr, als sich diese Gesellschaft von Seiten unserer Publicisten und Literaten — den bezahlten Lohnschreibern der herrschenden Klasse — nicht etwa der Aufmerksamkeit zu erfreuen hat, die dieselbe doch jedenfalls bei dem Streben des Arbeiterstandes nach Emancipation unbedingt verdient. Man hat den Zeitungslesern über diese Association die unglaublichsten Dinge erzählt, theils aus Raffinirtheit — theils aus Unwissenheit. Die Aufgabe dieser Feuilleton-Artikel soll es sein, die bis zum unentwirrbaren Knäuel gerollten Mißverständnisse, Verdrehungen, Verleumdungen und Verdächtigungen in etwas auseinanderzuziehen, um ein vorurtheilsfreieres Nachdenken über die vorstehende Rubrik zu ermöglichen. Der Verfasser dieser Zeilen hält an der Ueberzeugung fest, daß eine auf Thatsachen, Documente und Beweise gegebene, parteilose, kurze Geschichte der Gründung, Organisation, Thätigkeit und Ausbreitung dieser Gesellschaft auch Denen eine willkommene Gabe sein wird, die schon mit Vorurtheil die Rubrik ansehen und nur um der Neugierde willen diese Artikel lesen; eines dürfte er sich gewiß sein: Einen kleinen Theil zu dem Beweis beigetragen zu haben, daß das große Publicum von Seiten der gebildet sein wollenden, alles bemäkelnden und hoffärtigen Tagespresse mit wenigen Ausnahmen wissentlich und unwissentlich betrogen, hintergangen und an der Nase herumgeführt wird. Es sei von vornherein bemerkt, daß genannte Gesellschaft weder eine geheime noch ungesetzliche überhaupt ist, daß, wollten die Regierungen dieselbe auflösen, es nothwendig sein müßte, das Vereins- und Versammlungsrecht in Europa und Amerika vollständig zu suspendiren, mithin den Belagerungszustand für permanent zu erklären, eine Maßregel, die durchzuführen wenigstens auf längere Zeit ein Ding der Unmöglichkeit sein würde. Keine Reaction der ganzen Welt wird im Stande sein, die ihr zu Grunde gelegte Idee — die Emancipation des Arbeiterstandes — wegzulegen oder zu ersticken, und die neuesten Municipalrathswahlen in Paris haben den Beweis geliefert, daß trotz Chassepots und Kanonen die „Internationale“ lebt, indem vier Mitglieder derselben aus der Urne gewählt hervorgingen.

Die dieser Arbeit zu Grunde gelegten Quellen sind Jedem zugänglich, der sich für dieselben interessirt. Zum Beweise dafür, daß alle vor- und nachstehend gegebenen Darstellungen richtig sind, erlaubt sich der Verfasser auf diese Quellen aufmerksam zu machen und empfiehlt namentlich das zuerst folgende Buch der Aufmerksamkeit der Bibliothekare der Vereinsbibliotheken, dasselbe ist durch den Buchhandel überall öffentlich zu beziehen:

1) Wilhelm Eichhoff, die internationale Arbeiterassociation, ihre Gründung, Organisation, politisch-sociale Thätigkeit und Ausbreitung. Berlin, Verlag von Albert Eichhoff, 1868. Preis 6 Sgr. Zu beziehen durch C. F. Seifert, Bauerschestraße 7 e in Leipzig.

2) Der Vorbote. Politische social-ökonomische Monatsschrift. Centralorgan der Sectionsgruppe deutscher Sprache der internationalen Arbeiterassociation, redig. von Joh. Phil. Becker in Genf. Jahrg. 1866—71.

3) Die internationale Arbeiterassociation (1864—69). Eine Reihe von Artikeln, erschienen in der Newyorker „Arbeiterunion“ Jahrg. 1870, Nr. 277—290.

4) Protokolle der Arbeitercongresse zu Eisenach und

1

90. Erste Seite von „Die internationale Arbeiterassociation“ von Karl Hillmann. 1872

Die schwerste Strafe — 4½ Jahre Zuchthaus — traf den Stellmacher Arlt, den Droschkenkutscher Gundermann, den Strumpfwirker Körber, den Maurer Katzur, den Schlosser Krah und den Appreteur Schilling. Sie und die andern Verurteilten sind die Opfer polizeilicher Provokation des Volkszorns.

Sie waren von jungen Referendaren verteidigt worden, die mutige Worte gegen die Anklage fanden.

So rief der Referendar Meyer als Antwort auf die Hineinziehung des Sozialismus durch den Staatsanwalt den Geschworenen zu: „Die politische und religiöse Freiheit hat sich das deutsche Volk erkämpft, es wird sich auch die soziale Gleichberechtigung erringen.“ Mit Schärfe führte er ihnen vor, daß wenn die Polizei sich einigermaßen anders verhalten hätte, es wahrscheinlich zu keinerlei ernsthafteren Zusammenstößen gekommen wäre.

Sein Kollege, Dr. Arndt, warnte die Geschworenen, wenn er auch nicht das Wort brauchte, vor einem Klassenurteil. Seine Klienten unter den Angeklagten hätten ihm verzagt erklärt, bei der Voreingenommenheit der Bessersituierten sei ihnen eine Verurteilung wohl sicher.

Worauf der Vorsitzende erregt erklärte, solche Aeußerung der Angeklagten involviere „ein noch viel strafwürdigeres Verbrechen, als dasjenige, wegen dessen sie ihre Strafe empfangen würden“. Gleich darauf aber appelliert derselbe Mann mit der obigen Bemerkung

„aber bedenken Sie usw.“ direkt an das bürgerliche Klassengefühl der Geschworenen. Und mit welchem Erfolge! Diese Strafen für Vergehen aus Anlaß von Vorkommnissen, die jeden menschlich Fühlenden empören mußten!

Die armen Teufel, denen die Polizei die Notbaracken zertrümmerte, hatten auf ihren Hütten die schwarz-weiße preußische Fahne aufgehißt. Es waren nichts weniger als rebellisch gesinnte Leute. So auch sicher ein großer Teil derer, die in der Entrüstung über jenen vandalischen Akt der Polizei Widerstand geleistet hatten. Nur Leute, die das Volksempfinden nicht verstehen oder nicht gelten lassen wollen, konnten solche Strafen verfügen.

Vier Wochen, nachdem die brutale Niederreißung der Baracken vor dem Frankfurter Tor die Bevölkerung des Frankfurter Viertels in höchste Erregung versetzt hatte, wurden in noch brutalerer Weise, allerdings diesmal wohlweislich in der Nacht, Baracken Obdachloser vor dem Landsberger Tor niedergerissen.

150 Schutzleute zu Fuß, mit zwei Zügen berittener Schutzleute voran und zwei Wagen Feuerwehr hinterher, zogen in der Nacht des 26. August vor das Landsberger Tor, wo 22 Baracken errichtet waren, umstellten das Barackenlager, weckten dann auf einen Wink die Bewohner und hießen sie die Baracken verlassen, worauf die Feuerwehr in diese eindrang, die Möbel und sonstige Labe herausholte, sie auf mitgeführte Arbeitswagen warf, und sich dann daran machte, die Hütten mit Axt und Hacken niederzureißen, bezw. zu zertrümmern.

Den Insassen ward, als man zur Stadt zurückkehrte, mitgeteilt, daß ihre Mobilien im alten Viehhof untergebracht würden, Frauen und Kinder könnten im Arbeitshaus Obdach finden. „Lieber ins Wasser,“ antwortete ein Teil der Frauen, als ihnen tags darauf dieselbe Zumutung noch einmal gemacht wurde.

Bevor die ihnen von der Polizei in Aussicht gestellte Zertrümmerung ihrer Baracken ins Werk gesetzt wurde, hatten sich die Bewohner mit einer überaus bezeichnenden Bittschrift an den König gewendet. Sie schloß mit den Worten:

> „Die unglücklichen Bewohner der 22 Baracken vor dem Landsberger Tor repräsentieren eine Zahl von 42 ehrlichen strebsamen Männern und Frauen und 59 Kindern, welche auf Befehl des Polizeipräsidenten Berlins am 26. d. M. ihr Asyl aufgeben sollen, ohne ein angemessenes neues gefunden zu haben; sie werfen sich daher Ew. Majestät zu Füßen und bitten demutsvoll, womöglich bis Oktober, um telegraphische Hinausschiebung dieser Maßregel, deren Ausführung die Bewohner zur Verzweiflung führen würde. Ehrfurchtsvoll Albert Laack, Schuhmachermeister, im Auftrage der Bewohner einer Baracke vor dem Landsberger Tor, zweite Reihe, erste Bude.“

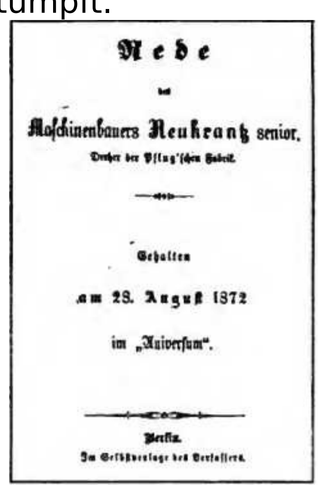
Das bescheidene Gesuch war umsonst, die bürgerliche Ordnung vertrug solchen Akt der Selbsthülfe nicht. Ueber die moralische Wirkung der Ausrottung der Baracken unterrichtet die Notiz in Berliner Blättern, daß ein Teil der Männer in Verzweiflung die Möbelstücke usw. um ein Spottgeld losschlugen und aus dem Erlös sich einen schweren

Rausch antranken. Die jammernden Frauen lagerten mit ihren Kindern am Alexanderplatz auf der Erde, bis sich mildherzige Seelen ihrer erbarmten und ihnen zeitweilige Unterkunft boten.

Was später aus ihnen, ihren Männern und Kindern geworden, wissen die Götter. Wenn sie ins Verbrechertum gesunken sind, so sind diejenigen die Urheber ihrer Verbrechen, welche die Hände, die sich vor dem Ertrinken an den letzten Balken anklammerten, gewaltsam zurückstießen.

Murrend, aber widerstandslos hatten fast alle der Betroffenen in der Nacht des 26. August das brutale Vernichtungswerk der Polizei vor sich gehen lassen. Nur einer von ihnen versuchte, sein Beil schwingend, sich zur Wehr zu setzen. Er wurde von der Uebermacht schnell gepackt und solange festgehalten, bis seine Hütte zerstört war. Als man ihn losließ, brach er in ein verzweifeltes Lachen aus, lief dann auf die Trümmer zu und pflanzte auf sie ein rotes Taschentuch als Fahne auf. Hohnlachen der Polizeileute antwortete ihm. Sie ahnten nicht, daß die rote Fahne ihnen eines Tages das Lachen austreiben sollte.

In die Stadt drang die Kunde von den Vorkommnissen zu spät, um eine Volksbewegung auszulösen. Die Polizei war diesmal klug genug, jede Provokation auf den Straßen zu unterlassen, und im Volk waren die Gemüter durch die Szenen von Ende Juli abgestumpft.


Rede
des
Maschinenbauers Neukrantz senior.
Dreher der Pflug'schen Fabrik.

Gehalten
am 28. August 1872
im „Universum".

Berlin.
Im Selbstverlage des Verfassers.

91. Titelblatt einer gewerkschaftlichen Agitationsflugschrift
(Vgl. S. 234)

Die Fortdauer der Wohnungsnot hielt die Diskussionen über mögliche Abhülfemaßnahmen auf der Tagesordnung. So hatte im Frühjahr 1872 auch der noch fortvegetierende Berliner Arbeiterverein es für angezeigt gehalten, sich in der Sache zu rühren. Er lud alle möglichen Personen und Körperschaften zu Beratungen über eine etwaige gemeinsame Aktion ein, und neben fortschrittlichen Bezirksvereinen, dem demokratischen Verein, einigen Arbeiter-Berufsvereinen entsandte auch der Demokratische Arbeiterverein, wie er damals noch hieß, seinen Delegierten. Es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung eines Programms von Forderungen an Staat und Gemeinde ernannt, und das von dieser fertiggestellte Werk sollte, mit Theodor Metzner als Referenten, am 7. Juni einer in den Handwerkerverein einberufenen Volksversammlung unterbreitet werden.

Indes hatte man auch hier die Rechnung ohne den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gemacht, der rechtzeitig im „Neuen Social-Demokrat" seine Mannen aufbot, mit musterhafter Disziplin das Lokal besetzte, das Bureau spielend in die Hand bekam, worauf, nachdem Metzner das Programm der Abhülfemaßregeln entwickelt hatte, Hasselmann und ihm folgende Lassalleanische Redner es als „grundreaktionär" sozusagen zerfleischten.

War diese Bezeichnung auch sehr übertrieben und die ganze Art der Polemik verwerflich, so enthielt doch tatsächlich das Programm verschiedene Vorschläge sehr zweifelhafter Natur und hatten die

Redner des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vor allen darin Recht, daß an die Spitze eines solchen Programms die Beseitigung des Klassenwahlrechts in Staat und Gemeinde gehört hätte.

Die Eisenacher in Berlin fehlten aber zu jener Zeit überhaupt darin, daß sie sich etwas gar zu leicht mit Krethi und Plethi einließen und, um Anhänger zu gewinnen, ihnen den Sozialismus manchmal in gar zu verwässerter Gestalt präsentierten.

Wiederholt traf sie dafür wohlverdienter Spott von Seiten des „Neuen Social-Demokrat“, der bei den weniger geschulten Lesern dieses Blattes immer wieder den Eindruck machte, es handle sich da faktisch nur um eine Gesellschaft konfuser Köpfe, wo in Wirklichkeit meist nur ein Stück zu weit getriebener Agitationsdiplomatie vorlag.

Den Leuten den Sozialismus damit plausibel machen, daß man ihnen erklärte, die Post, das Heer und dergleichen seien ja auch Sozialismus, die Sache sei also gar nicht so schlimm, das waren Werbemittel, zu denen auch anderwärts gegriffen wurde und die in einer sonst gesund entwickelten Bewegung wenig Schaden anrichten konnten. Aber bei den Eisenachern ging man manchmal hierin im Eifer über das Entschuldbare hinaus.

Aus solchem Agitationsbedürfnis heraus betrieben z. B. im Frühjahr 1872 der Eisenacher Partei angehörende Mitglieder des demokratischen Vereins die Anerkennung des Eisenacher Programms durch diese Körperschaft, die eine Verbindung der bürgerlichen Demokratie Berlins sein sollte. Nach mehrwöchentlichen Debatten drang der Antrag auch durch.

Aber von seiner Annahme hatten weder der Verein noch die Eisenacher Partei irgendwelchen Nutzen. Diejenigen, die für ihn stimmten, waren meist ohnehin schon für die Eisenacher Partei gewonnen, der Verein aber verlor durch den Beschluß vollends die Werbekraft für solche Leute, die für eine radikalere Politik als die der Fortschrittler, aber noch nicht für den Sozialismus zu gewinnen waren. Das sollte sich sehr bald an einem praktischen Beispiel zeigen.

Im September 1872 wurde im zweiten Berliner Landtagswahlkreis wieder eine Nachwahl notwendig. Der demokratische Verein ging also daran, eine Agitation für die Wiederwahl Johann Jacobys einzuleiten, wozu er von Hause aus auch durchaus legitimiert war, denn als Verein von Wählern und Gesinnungsgenossen Jacobys war er ins Leben getreten. Jetzt trug ihm die Sache weiter nichts ein als eine Sprengung seiner bezüglichen Versammlung durch Lassalleaner unter Führung Hasselmanns, woran sich u. a. auch F. W. Fritzsche beteiligte, der kurz vorher dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein wieder beigetreten war.

Für diese Rückkehr in die Organisation, der er drei Jahre vorher den Rücken gekehrt hatte, war bei Fritzsche der Wunsch maßgebend gewesen, wieder engere Fühlung mit den Berliner Zigarrenarbeitern zu gewinnen, die, soweit sie Sozialdemokraten waren, in ihrer übergroßen Mehrheit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein angehörten, und wovon Heinrich Ecks und Jakob Minnen zu dessen festesten Parteigängern zählten.

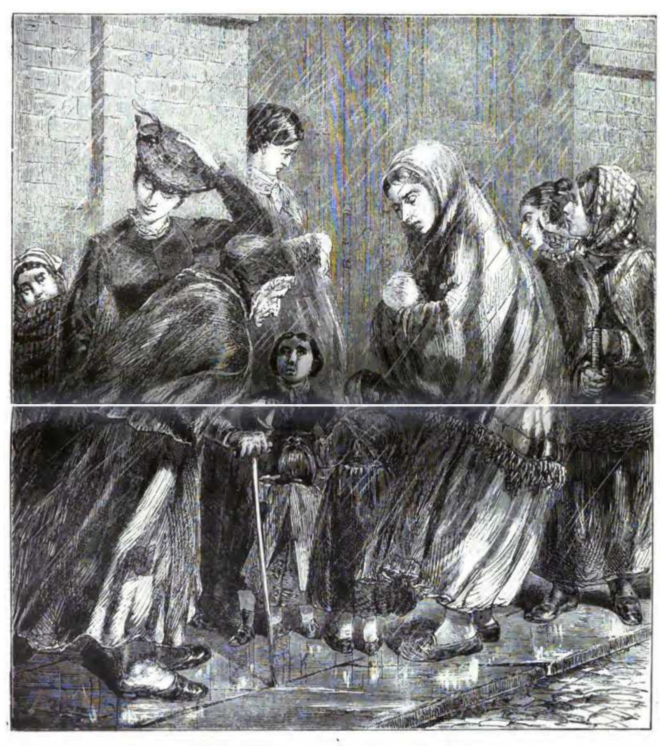
Die Zigarrenarbeiter Berlins kämpften im Jahre 1872 einen nahezu vier Monate währenden, äußerst heftigen Lohnkampf, den die Fabrikanten mit einem Ausschluß beantworteten, was von Seiten der Streikenden wiederum zeitweise mit Organisierung der Auswanderung erwidert wurde.

Später versuchte man es auch damit, durch Gewährung besonders hoher Unterstützungen an die Wickelmacherinnen diese den Fabrikanten zu entziehen, und suchte ferner dadurch einen Druck auszuüben, daß man das Publikum ersuchte, nur bei Firmen zu kaufen, welche bewilligt hatten.

Alle diese Mittel erfüllten indes nur zum Teil ihren Zweck, und der Streik endete mit gegenseitiger Erschöpfung. Die Arbeiter mußten mit Erfüllung eines Teils ihrer Forderungen zufrieden sein, und die Fabrikanten ließen ihren Beschluß, Arbeiter nur gegen Unterschrift eines Reverses anzustellen, daß sie dem Verein nicht angehören, einschlafen.

Auch hier hatten die Ortsvereinler schon in den ersten Stadien des Streiks ihren eigenen Frieden mit den Fabrikanten gemacht und in den größeren Fabriken die Stellen von Streikenden eingenommen.

Anfang Oktober des Jahres 1872 fand in Eisenach der erste Kongreß jener bürgerlichen Gelehrten, Politiker, Schriftsteller und Verwaltungsleute statt, die sich den Arbeiterbestrebungen etwas günstiger gegenüberstellten, wie die damals herrschende Schule in der Volkswirtschaft, und dafür den zuerst auf einige Professoren gemünzten Titel „Kathedersozialisten“ erhielten.



92. Obdachlose Frauen und Kinder vor dem Frauenasyl
Nach einer zeitgenössischen Zeichnung von Scherenberg.

Selbstverständlich hatte die Sozialdemokratie zu jenem Kongreß und seinen Beschlüssen Stellung zu nehmen, und das taten denn in Berlin sowohl die Lassalleaner wie die Eisenacher, und beide in gleichem Sinne. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein veranstaltete am 13. Oktober eine große Volksversammlung im „Alcazar“, zu der er eine Anzahl von Mitgliedern des Kongresses einlud. Fast alle — Gneist, Brentano, Baumeister Fehlisch, Franz Duncker, Max Hirsch — lehnten ab, nur Dr. Rudolf Meyer, der Redakteur der sozialkonservativen „Berliner Revue“, erschien und wurde von der versammelten Arbeiterschaft auch aufmerksam angehört.

Von Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sprachen Hasenclever, der das Einleitungsreferat hielt, Hasselmann, der Meyer antwortete, sowie Bäthke, Finn, Fleischmann-Stuttgart, Grottkau, A. Kapell, Röhl und Minnen, sämtlich im Sinne einer einstimmig angenommenen Resolution, welche erklärte, daß die soziale Frage im Interesse der Arbeiterklasse nur im Sinne der Lehren Ferdinand Lassalles gelöst werden könne, wie sie der Allgemeine deutsche Arbeiterverein vertrete, daß der Eisenacher Kongreß die Unmöglichkeit beweise, die von Lassalle ins Leben gerufene Bewegung noch länger totzuschweigen, seine Beschlüsse und Referate aber mit den ausgesprochenen Prinzipien in Widerspruch ständen und sich nur wenig vom Manchestertum unterschieden. Das Werk des Kongresses sei nur ein ohnmächtiger Versuch, die zum Sozialismus hindrängende Arbeiterbewegung durch Palliativmittel aufzuhalten.

Es waren gerade vier Wochen verflossen, da hielt in denselben Räumen der Allgemeine deutsche Arbeiterverein wieder eine Volksversammlung ab, die zu einer Konferenz von Gegnern Stellung nehmen sollte. Diesmal aber galt es nicht einer Zusammenkunft von Männern des Katheders, sondern der Konferenz sehr machtvoller Gegner, nämlich der Regierungen.

Nachdem Bismarck am Schicksal Napoleons und der Erhebung der Pariser Kommune und der rückhaltlosen Parteinahme beider Flügel der deutschen Sozialdemokratie für die Kommune gesehen hatte, daß sich mit der Arbeiterbewegung nicht spaßen läßt, daß es hier vielmehr erst recht heißt: „Hüt' di, Jung', 's sind Nesseln d'ran“, wollte er jetzt gerne bremsen, und es kam eine deutsch-österreichische Konferenz über die soziale Frage zustande, die Mittel und Wege beraten sollte, die Sozialdemokratie wieder unterzukriegen. Aus Artikeln der offiziösen Presse, insbesondere der „Provinzialkorrespondenz“, ging schon hervor, daß es sich hier um jene Politik handelte, die das Motto „Zuckerbrot und Peitsche“ trägt.

Stellung zu ihr zu nehmen, war der Zweck der bezeichneten Versammlung, die auf den 10. November in den „Alcazar“ mit der sehr charakteristisch zusammengestellten Tagesordnung einberufen wurde: „1. Die Erschießung von Robert Blum am 9. November 1848 und 2. Die Regierungskonferenzen über die soziale Frage.“ Hasenclever sprach über den ersten Punkt, dann sprach Hasselmann über den zweiten und schlug die Annahme eines Manifests vor, das dann vom Präsidium des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins auch den auswärtigen Mitgliedschaften zur Behandlung in großen Volksversammlungen überwiesen wurde.

Dieses Manifest, das zu lang ist, um es hier wörtlich wiederzugeben, enthält viele Gedanken, die auch in den Einleitungssätzen des Erfurter Programms zu finden sind, und sagt schließlich, nachdem es ausgeführt hat, daß das arbeitende Volk „mit vollster Zuversicht dem Augenblick entgegensieht, wo das Alte zusammenbricht und die neue Revolution des vierten Standes die Idee der Arbeiterklasse zur herrschenden macht“:

> „Im Hinblick auf dies geschichtlich notwendige Endziel erblickt das arbeitenden Volk in allen kleineren Errungenschaften des

> Klassenkampfes, insbesondere im möglichst scharf begrenzten Normalarbeitstag (vorläufig neun Stunden) eine Abschlagszahlung an die Arbeiterklasse, welche, da sie die Lohnarbeit nicht aufhebt, nur eine vorübergehende, wenn auch mit aller Kraft zu erstrebende Schutzwehr gegen das Kapital ist.
>
> Im übrigen ist das arbeitende Volk völlig erfüllt von seiner geschichtlichen Aufgabe: es gibt sich ihr voll und ganz hin und fürchtet keine Art der gewaltsamen Verfolgung."

Auch gegen das Jesuitengesetz von 1872 nahm der Allgemeine deutsche Arbeiterverein in einer großen Volksversammlung Stellung.

Zu Anfang September 1872 war Berlin der Schauplatz einer Dreikaiserzusammenkunft. Franz Joseph von Oesterreich und Alexander II. von Rußland waren die Gäste Wilhelms 1. Zu ihren Ehren wurden alle möglichen Schauspiele veranstaltet, Paraden, Revuen, Galavorstellungen, Zapfenstreich und so weiter. Darüber wäre an sich nichts weiter zu bemerken. Aber was jenen Veranstaltungen einen besonderen Charakter verlieh, war die verbrecherische Rücksichtslosigkeit, die dabei auf der einen Seite gegen die Soldaten und auf der andern gegen das schaulustige Publikum von den maßgebenden Instanzen an den Tag gelegt wurde.

Den Soldaten wurden in den noch glühheißen Spätsommertagen so übermenschliche Anstrengungen zugemutet, daß eine unerhört große Anzahl von ihnen dabei zusammenbrachen; ganze Transporte Erschöpfter und vom Hitzschlag Getroffener mußten eingerichtet werden, wie viele von den Transportierten schwer erkrankten, wurde ebensowenig bekannt gegeben, wie die Zahl der Todesfälle, an denen es gleichfalls nicht fehlte.

Noch bösartiger aber waren die Vorkommnisse am Abend des 7. September in Berlin. Ein Zapfenstreich vor dem Schlosse hatte eine ungeheure Menge Volkes angelockt, was die Veranstalter im voraus wußten, ja, was sie wollten, denn es gehörte ja mit zur Festlichkeit, auch waren ausdrücklich die Schloßbrücke und die Gänge im Lustgarten dem Publikum freigegeben.

Da fällt abends, gerade als der Andrang am stärksten war, irgend einer maßgebenden Person etwas anderes ein, es wird Befehl gegeben, die Brücke zu räumen, und der Befehl mit so rücksichtsloser Gewalt von Schutzleuten ausgeführt, die sich stauende Menge wird mit so sinnloser Brutalität gegen eine ebenso dichte, von der damals noch nicht freigelegten Schloßfreiheit her drängende Menge getrieben, daß unter gellenden Angst- und Schmerzensschreien sich geradezu entsetzliche Schreckensszenen abspielten.

Menschen wurden erdrückt, zertrampelt, geschunden und in den sich wälzenden und windenden, schier unentwirrbaren Menschenknäuel reiten immer wieder berittene Schutzleute hinein und schaffen so immer neue Opfer. Nicht genug damit aber wird etwas später im Lustgarten unter erschwerenden Umständen das Manöver noch einmal aufgeführt. Acht Personen wurden bei dieser patriotischen Festlichkeit getötet, unzählige andere mehr oder minder schwer verletzt.

Natürlich war die Erbitterung groß. Daß man loyales Volk — denn die Sozialdemokraten hatten mit der Sache nichts zu tun, beide, die Eisenacher wie die Lassalleaner und verschiedene Gewerkschaften hielten an dem Abend wie gewöhnlich ihre Versammlungen ab — daß man loyales Volk so brutal geringschätzig hin- und hertreiben werde, hatte sich keiner träumen lassen, und mancher bis dahin sehr Polizeifromme Mann ist an jenem Abend zum geschworenen Gegner dieser Polizeiwirtschaft gestampft, getreten oder geprügelt worden.

An oberster Stelle ging man eine Weile damit um, den kurz vorher von Frankfurt am Main herübergeholten Polizeipräsidenten von Madai dem Zorn der öffentlichen Meinung zu opfern, kam aber dann wieder davon ab. Die Knechtseligkeit des herrschenden Bürgertums war damals schon so groß, daß es sich alles bieten ließ.

Das Jahr 1873 zeigte in seinen ersten Monaten auf gewerblichem Gebiet noch dieselbe Physiognomie, wie sein Vorgänger. Große und meist erfolgreiche Gewerkschaftskämpfe — die Bautischler z. B. erringen den achtstündigen Arbeitstag mit 33½ Prozent Lohnerhöhung, und die gleiche Lohnerhöhung erlangen ohne Streik die Schriftsetzer und mit Hülfe eines Streiks die Schuhmacher — da erfolgt im Mai der große Börsenkrach, und in seiner Folge reißt nach und nach Geschäftsstockung ein.

Eine Lohnbewegung der Weber, einer Arbeiterkategorie, die es gewiß nötig hatte, muß nach etlichen Wochen aufgegeben werden. Später wirft die Reichstagswahl, deren Datum auf den 10. Januar 1874 angesetzt wird, ihre Schatten immer stärker voraus, und die Gewerkschaftsbewegung tritt auch deshalb mehr in den Hintergrund.

Im „Neuen Social-Demokrat“ vom 6. Juli wird bekannt gegeben, daß der Ausschuß des Berliner Arbeiterbundes einstimmig dessen Auflösung beschlossen habe, da sämtliche ihm angeschlossenen Korporationen dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverein beigetreten seien oder „den Wunsch ausgedrückt haben, es zu tun“ und der Bund für die Ausbreitung der Sozialdemokratie in Berlin reichlich seine Schuldigkeit getan habe.

Letzteres war gewiß richtig, mit dem ersteren haperte es jedoch. Die Tage des Unterstützungsverbandes waren vielmehr auch schon gezählt, da die Bildung selbständiger nationaler Gewerkschaften immer mehr Fortschritte machte.

Der Parteistreit im sozialistischen Lager dauert vorerst noch in seiner ganzen Schärfe fort. Wie die Eisenacher Anfang Mai 1873 dazu übergehen, wöchentlich drei Versammlungen an einem Abend abzuhalten, werden sie ob dieses unerhörten Unterfangens selbstverständlich wiederum gesprengt. Es hilft ihnen auch nichts, daß sie ihre Versammlungen als Mitgliederversammlungen anzeigen, zu denen nur eingeführte Gäste Zutritt haben sollen: gesprengt wird doch.

Aber nun vollzieht sich noch Unerhörteres: die Eisenacher halten aus! Früher war nach erfolgter Sprengung ein Teil von ihnen gewöhnlich seiner Wege gegangen, weil jede Diskussion, jedes Verbleiben nutzlos schien. Das war auch noch in den Versammlungen der Fall gewesen, die im Herbst 1872 gesprengt worden waren. Jetzt



93. Wie Schultze sich einen Katheder-sozialisten vorstellt
Aus dem „Kladderadatsch“

aber wird es bei ihnen Ehrenpunkt, bis zuletzt am Platz zu bleiben.

Und das Resultat ist, nach der dritten Woche werden die Sprengungen immer seltener und hören schließlich ganz auf. Man läßt sich endlich gegenseitig in Ruhe. Aber noch ist die gegenseitige Stimmung so, daß jeden Augenblick der Kampf in aller Heftigkeit wieder ausbrechen kann.

Im Juni sucht Karl Lübeck, der Redakteur der „Demokratischen Zeitung“, nachdem zu seinen alten Verurteilungen noch eine neue zu sechs Monaten Gefängnis gekommen, das Exil auf, und Anfang Juli geht die Zeitung ein, die den Eisenachern eine große Stütze gewesen war und für die in die Zeit ihres Bestandes fallenden Kämpfe der Berliner Arbeiter eine wertvolle Informationsquelle bildete. Manche charakteristische Vorgänge, über die der „Neue Social-Demokrat“ entweder gar nicht oder nur einseitig tendenziös berichtete, finden sich in ihr beschrieben.

Während sie der Abonnentenschwindsucht erliegt, steigt dagegen die Verbreitung des „Neuen Social-Demokrat“ unablässig; das Blatt wird zu einer Einnahmequelle für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und erhält in den von Hasenclever und Hasselmann herausgegebenen „Sozialpolitischen Blättern“ eine der Unterhaltung und Belehrung gewidmete Ergänzung.

In der Agitation wird jetzt auch auf die Frauenwelt der Arbeiterklasse Rücksicht genommen, und am 28. Februar ein Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchen-Verein gegründet, an dessen Spitze Frau Berta Hahn und Frau Pauline Stägemann treten. Die bürgerliche Presse hat noch so wenig Verständnis für die Verhältnisse der Arbeiterklasse, daß sie sich in entsetzlich dummen Witzen über diesen Verein überbietet.

Von großen Versammlungen des Jahres 1873 ist zunächst eine Protestversammlung gegen eine damals angekündigte Erhöhung der Tabaksteuer zu erwähnen, die am 16. Februar im Alcazar tagte. Sie erfreute sich sehr starken Besuchs und nahm, nachdem außer Hasenclever und Hasselmann auch die Zigarrenarbeiter Ecks, Korn und Winnen gesprochen, einstimmig eine vorgeschlagene Protestresolution an, die dem Reichstag übersandt wurde.

Im zweiten Teil der Versammlung wurde von Hasselmann auf die bevorstehende 25. Jahresfeier des 18. März hingewiesen und mitgeteilt, daß ein für diesen Zweck schon gebildetes Festkomitee des Vereins beschlossen habe, am 16. März solle eine Volksversammlung und am 18. eine große Feierlichkeit veranstaltet werden. Eine von Hasselmann vorgeschlagene Resolution, die das Volk von Berlin auffordert, den Jahrestag der Kommune-Erhebung und der Märzrevolution würdig zu feiern, und die Fortschrittler, „weil sie ausdrücklich eine Feier des 18. März zu hintertreiben suchen, für Volksverräter und feige Fürstenknechte“ erklärt, findet jubelnde Annahme.

Die Fortschrittsführer hatten in der Tat beschlossen, von einer ursprünglich auch in ihren Reihen geplanten Feier des 18. März — des Jahrestages ihrer Revolution — Abstand zu nehmen, weil, so heißt es in einem Brief der Fraktion an ihre Berliner Wahlvorstände, „eine Partei, welche sich verpflichtet hat, ihre politische Tätigkeit auf den Wegen des Gesetzes zu üben, nicht beabsichtigen kann, in einer solchen Feier das Prinzip der Revolution auf ihren Schild zu heben“.

So eine Partei, die noch beanspruchte, als Träger der demokratischen Grundsätze des Liberalismus zu gelten! Ja, selbst für den Vorschlag, den Jahrestag wenigstens als eine Feier der Erringung verfassungsmäßiger Einrichtungen in Preußen festlich zu begehen, fand sich keine Mehrheit im Rat der Parteihäupter. Es war eine so klägliche Abdankung, daß selbst der fortschrittliche Humorist Julius Stettenheim in den Berliner „Wespen“ die ganze Schale seines Spottes darüber losließ.

Um so großartiger fielen die Veranstaltungen der Sozialdemokraten und im Verhältnis auch der Gemeinde der noch wirklich an den alten Traditionen festhaltenden bürgerlichen Demokraten Berlins aus. Die Versammlung, die der Allgemeine deutsche Arbeiterverein am Sonntag den 16. März im Alcazar abhielt war überfüllt und nahm die Festreden mit Begeisterung auf. Freudig verzeichnet der „Neue Social-Demokrat“, daß auch „viele Landleute aus der Umgebung Berlins, aus Teltow, Friedrichsfelde, Wilmersdorf(!) zu der Versammlung sich eingefunden hätten.

Am 18. März selbst fand schon von den frühesten Morgenstunden an eine wahre Pilgerfahrt nach dem Friedrichshain statt. Obwohl es ein Wochentag war — der Tag fiel auf einen Dienstag — überstieg der Besuch der Gräber an Menschenfülle alles, was man seit den Revolutionsjahren erlebt hatte. „Ueber zwanzigtausend Arbeiter“, so heißt es in dem Bericht des „Neuen Social-Demokrat“, „hatten den Tag zum Feiertag gemacht“.

Aber auch die Polizei hatte mobil gemacht und trieb es auch hier wieder zum Blutvergießen. Schon am Morgen war sie auf dem Platze, verhinderte das Aushängen einer roten Fahne und erzwang das Abtrennen aller roten Schleifen von den Kränzen, mit denen sozialdemokratische Arbeiter die Gräber ausschmückten. Das ging so den ganzen Vormittag. Wollte ein Arbeiter ein paar Worte an irgend einem der Gräber sprechen, so trat die Polizei dazwischen, stimmten Arbeiter einen passenden Gesang an, so erfolgte sofort das Verbot aus Polizeimunde.

Da nahte die Mittagsstunde heran und immer stärker wurde die Menge der Besucher. Die Lassalleaner versammelten sich in der Brauerei von Lipps, damals noch vollständig Gartenlokal. Um 1 Uhr mochte der Besuch die Zahl zehntausend weit überschreiten. Die Arbeitermarseillaise ward gesungen und donnernde Hochs auf die Märzkämpfer und die Kommune wurden ausgebracht.

Nach 2 Uhr zog man, Hasenclever und andere Führer darunter, in zwei mächtigen Zügen aus den beiden Toren des Gartens zum Begräbnisplatz, stellte sich vor ihm auf und sang entblößten Hauptes die Marseillaise; Deputationen legten Kränze auf die Gräber und dann

begann die Masse sich zu zerstreuen, um die verschiedenen Biergärten am Friedrichshain aufzusuchen.

Schon hatten sich etliche Tausend entfernt, als es plötzlich zu einer Stauung kam, verschiedene Leute zweifelhaften Charakters, die schon vorher sich verdächtig gemacht hatten, begannen nach den Gräbern hinzudrängen, wo die Schutzleute postiert waren. Arbeiter traten ihnen entgegen, aber sofort war auch schon berittene Polizei zur Stelle, gebot Auseinandergehen, und als es dabei etliche Störungen gab, wobei sich wieder allerhand verdächtige Persönlichkeiten auffällig hervortaten, ward mit gezogenem Säbel links und rechts in das Volk hineingehauen, nicht nur dort, wo die Störung passiert war, sondern auch an der entgegengesetzten Ecke des Begräbnisplatzes.

Auf Alt, auf Jung, auf Männer und Frauen hieben die Berittenen wahllos ein und trieben die fliehende Menge bis nach dem Landsberger Tor, wo sie allerdings dann von einem Hagel von Steinen empfangen wurden, so daß sie zeitweise sich zurückziehen mußten. Ferner drang Polizei in die Brauereigärten an der Ostseite des Friedrichshains — Patzenhofer, Schultheiß — und gebot dort Räumung und Schließung der Lokale; auch einige Rohbauten in dortiger Gegend, in die sich Arbeiter geflüchtet, wurden von Schutzleuten mit blanker Waffe geräumt.

Dagegen blieb die Lippsche Brauerei, wohin der größte Teil der Lassalleaner zurückgekehrt war, längere Zeit unbehelligt — offenbar, weil der Polizei rapportiert worden war, daß Hasenclever nach dem Besuch der Gräber sich in die Patzenhofersche Brauerei begeben werde. Tatsächlich aber war Hasenclever, der solche Absicht zwar laut geäußert, im stillen jedoch anders beschlossen hatte, mit seinen Freunden zu Lipps zurückgekehrt. Dort fanden sich nach und nach auch die übrigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ein, so daß das Lokal schließlich wieder viele Tausende von Besuchern zählte.

Die Polizei umritt es immer und immer wieder, entschloß sich aber erst, auch hier vorzugehen, als gegen Abend die Arbeiter das Lokal in Trupps verließen, um die Säle aufzusuchen, wo die eigentlichen Märzfeierlichkeiten abgehalten wurden. Dann „säuberte“ man auch das Lippsche Lokal und schloß den westlichen Teil des Friedrichshains gleichfalls ab.

Eine große Anzahl Verhaftungen waren erfolgt, indes mußten viele der Festgenommenen sofort wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da selbst die Schutzleute nichts ernsthaftes gegen sie vorzubringen wußten. Wie viele Leute von den Polizeihieben schwerer getroffen waren, ward nicht festgestellt, dagegen wurden verschiedene Fälle, wo die Polizisten wie Bestien auf ganz harmlose Leute eingeschlagen hatten, von Augenzeugen teils in Presse und Versammlungen und teils später vor Gericht zur Sprache gebracht, selbstverständlich ohne daß gegen die Schutzleute Untersuchung erfolgt wäre. Von der Polizei waren, wie der Polizeibericht selbst erklärte, nur zwei Mann, und auch diese nur ungefährlich, verletzt.

Abends hielten die Lassalleaner auf „Königshöhe“ in der Greifswalderstraße und im „Apollosaal“ in der Rüdersdorferstraße, die

Eisenacher im „Königstädtischen Kasino“, die Demokraten im Verein mit sonstigen Radikalen und den Hirsch-Dunckerschen Ortsvereinen in der „Tonhalle“ Gedenkfeste ab. Auch die Freireligiöse Gemeinde, die an jenem Abend ihr Stiftungsfest feierte, verband damit eine Märzfeier.

Den Lassalleanern und Eisenachern verbot die Polizei, in den Festreden die Politik zu berühren. Natürlich wußten die Redner — bei den Lassalleanern Grottkau und Hasenclever, bei den Eisenachern Max Kayser und W. Fischer — um so wirksamer zu sprechen. Kaysers Rede war mit so viel Sarkasmen auf die Polizei gewürzt, daß der überwachende Polizist sich schließlich selbst ihrer Wirkung nicht entziehen konnte.

In der „Tonhalle“ sprach neben Guido Weiß und dem etwas zweifelhaften Literaten Ed. Krämer auch der fortschrittliche Abgeordnete Franz Duncker, der Besitzer der „Volkszeitung“, welches Blatt im Gegensatz zur Haltung der Parteimehrheit immerhin in Artikeln über die Märztage die schöpferische Kraft der im März 1848 erkämpften Volkssiege hervorhob.

Am 23. März hielt der Allgemeine deutsche Arbeiterverein eine Protestversammlung ab, in der die Polizeimaßnahmen sowie der überaus tendenziös gehaltene Polizeibericht über die Vorgänge scharf kritisiert wurden, und am 28. April ward vor dem Stadtgericht Anklage gegen zwanzig am 18. März im und am Friedrichshain Verhaftete verhandelt.

Der Gerichtshof verurteilte 18 Personen wegen tätlichen Widerstand gegen Schutzleute und sprach nur zwei frei, doch strafte er insofern den Polizeibericht Lügen, als er es für erwiesen erklärte, daß „kein gesetzwidriger Auflauf stattgefunden“ habe.

Die Strafen bewegten sich von einer Woche bis zu neun Monaten Gefängnis. Letztere Strafe traf den Maurer Kaschke, der, ebenso wie der zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte Schneider Francke, Berufung einlegte. Trotzdem von beiden Zeugen erbracht wurden, welche die Aussagen der als Belastungszeugen fungierenden Schutzleute widerlegten, und trotzdem im Fall Kaschke die Schutzleute selbst sich widersprachen, bestätigte das Kammergericht die Verurteilung, setzte aber die Strafen auf vier Monate bezw. einen Monat herab. Der Diensteid des Schutzmanns mußte um jeden Preis Recht behalten.

Welchen Eindruck die sozialdemokratische Agitation schon damals auf weiterblickende Politiker machte, zeigten unter anderen die Debatten über den Antrag auf Einführung von Diäten für den Reichstag, der gerade in jenen Tagen im Reichstag zur Verhandlung kam. Da war es namentlich der Parteiführer der Nationalliberalen, von Stauffenberg, der die Opferwilligkeit der Sozialdemokratie nicht hoch genug stellen konnte. „Denken Sie nur an die großen Summen,“ rief er aus, „die für die sozialdemokratische Agitation aufgebracht werden. Die Mittel für Sozialdemokraten im Reichstag würden sehr schnell zusammengebracht sein, viel schneller, als in andern Gesellschaftsklassen.“

Die Beibehaltung der Diätenlosigkeit werde „nur die Folge haben, daß die mittleren Parteien nach und nach aus dem Hause eliminiert werden und schließlich die Geldmatadore auf der Rechten und die Sozialdemokraten auf der Linken sich unvermittelt gegenüberstehen; was daraus folgen wird, kann sich jeder denken.“

Und der Ultramontane Windthorst prophezeite, die Zeit werde „vielleicht bald kommen, wo man die Klerikalen nötig haben wird, wo man sich nach ihrer Hülfe umschaut“.

Für die Regierung Bismarcks waren solche Argumente freilich in den Wind gesprochen. Bismarck bildete sich immer noch ein, die sozialistische Bewegung zu jeder Zeit mit Gewaltmaßregeln unterdrücken zu können. Und im Entwurf eines Reichspreßgesetzes, wie ihn die Regierung damals bekannt gab, kam schon die Tendenz zum Ausdruck, die Presse von der Gnade der Polizei abhängig zu machen.



A. Kapell



Motteler
geb. 18. Juni 1838



Vahlteich

(Nach zeitgenössischen Bildnissen)

Am 20. April 1873 sprach Hasenclever im Alcazar in einer gutbesuchten Volksversammlung über „Staat und Gesellschaft“. In der Debatte nahm Dr. Rudolf Meyer das Wort und teilte der Versammlung mit, daß Karl Rodbertus, der von Lassalle so hoch gestellte Sozialökonom, schwer erkrankt sei, worauf die Versammlung auf Vorschlag Hasenclevers einmütig sich zu Ehren des Verfassers des Offenen Briefes an die deutschen Arbeiter von ihren Plätzen erhob und Hasenclever beauftragte, Rodbertus brieflich von dieser Sympathiebezeugung Mitteilung zu machen, was auch geschah.

Der Brief ist im „Neuen Social-Demokrat“ vom 23. April 1873 abgedruckt, und in einem Brief, den Rodbertus an Rudolf Meyer gerichtet hat, schreibt ersterer: „Das Liebes- und Ehrenzeichen, das mir in der Arbeiterversammlung zuteil geworden ist, hat mich aufs Tiefste bewegt.“

Am 29. Mai wurde eine auf Königshöhe abgehaltene Volksversammlung aufgelöst, als August Hörig davon sprach, daß nach einem deutschamerikanischen Blatt die Hohenzollern von jüdischen Händlern, namens Collalto, abstammten, die aus Italien nach Deutschland eingewandert seien. Ein Versuch, Hörig wegen Majestätsbeleidigung an den Kragen zu gehen, mißlang kläglich.

Als im Oktober einige radikal-demokratische Freischärler, A. Jörissen, Ed. Krämer usw., Urwählerversammlungen einberiefen, um in Hinblick auf die gerade bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage für eine Kandidatenliste der äußersten Linken — Demokraten, Radikale und Sozialdemokraten — Propaganda zu machen, trat ihnen in der ersten Versammlung August Kapell entgegen, während in der zweiten die Lassalleaner, welche die übergroße Mehrheit hatten, gleich zu Anfang zwei Resolutionen zur Annahme brachten, von denen die eine es für

Pflicht und Schuldigkeit jedes Arbeiters erklärte, bei der Wahl nach dem Dreiklassenwahlgesetz nicht zur Wahlurne zu gehen, und die zweite den Beschluß aussprach, nicht weiter zu tagen, da die Einberufer, entgegen dem Verlangen der ersten Versammlung, statt einer Volksversammlung, eine Urwählerversammlung einberufen hätten. Dem Beschluß gemäß endete damit die Versammlung. Die Eisenacher hatten gleich den Lassalleanern Wahlenthaltung proklamiert.

Die Sozialdemokraten Berlins hatten um so weniger Anlaß, an einem Wahlakt teilzunehmen, bei dem sie, wie die Verhältnisse damals lagen, notwendigerweise ganz elend unterliegen mußten, als nur wenige Monate noch sie von der Reichstagswahl trennten, die ihnen die Möglichkeit bot, die Wirkung ihrer dreijährigen unermüdlichen Propaganda auf die Bevölkerung der Reichshauptstadt durch das Mittel des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu erproben und kundzutun.

Vierzehntes Kapitel. Die Reichstagswahl von 1874.

Die Wahlkandidaten. — Wie die Eisenacher zur Proklamierung ihres Kandidaten kamen. — Großartige Wahlkampagne der Lassalleaner. Monstre-Versammlung in einem Zirkus. — Das Wahlprogramm der Lassalleaner. — Am Vorabend der Wahl: 99 Versammlungen in Berlin. Der Wahltag. — Ein Wahlidyll. — Das Wahlresultat: zum erstenmal ein Sozialdemokrat in Stichwahl. — Die Eisenacher und die Stichwahl. — Die Nachwahl: Krach in der Fortschrittspartei. Eine unoffizielle Fortschrittskandidatur und ihr Ergebnis. — Bilanz und Ausblick.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen.“

J. Audorf jun., Arbeiter-Marseillaise.

Auf den 10. Januar 1874 war die Wahl des zweiten Reichstags des neuen Reichs angesetzt. In Berlin nahm man für sicher an, daß alle Wahlkreise hier der Fortschrittspartei zufallen würden. Sie war denn auch die einzige Partei, die in jedem der sechs Wahlkreise einen besonderen Kandidaten aufstellte. Von den sonstigen bürgerlichen Parteien stellten die Konservativen überall Moltke, die Katholiken den geistlichen Rat Müller, dir Handwerker den Tischlermeister Brandes und die Radikalreformer den Redakteur Ed. Krämer auf.

Von Lassallischer Seite war schon im Juni 1873 Hasenclever zum Reichstagskandidaten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für alle sechs Berliner Reichstagswahlkreise bestimmt worden, eine am 14. Juni 1873 in Moabit abgehaltene Volksversammlung hatte nach einem Vortrag Hasenclevers über die deutsche Gesetzgebung die Kandidatur mit allen gegen eine Stimme gutgeheißen.

Als der Wahltermin näher rückte, gingen auch die Eisenacher dazu über, die Kandidatenfrage zu erledigen, und stellten nach vorher bei Johann Jacoby eingeholter Erlaubnis diesen als ihren Kandidaten für die sechs Berliner Reichstagswahlkreise auf. Es war natürlich nur eine Zählkandidatur und obendrein — muß man heute sagen — eine nicht ganz „ehrliche“. Denn es wurde dabei natürlich auch auf die Sympathie spekuliert, die Jacoby doch immer noch in bürgerlichen Kreisen genoß.

Ohne Organ in Berlin, ohne die Möglichkeit, in Volksversammlungen für die eigene Partei zu agitieren, half man sich eben auf diese Weise aus der Klemme, wozu man immerhin dadurch legitimiert war, daß Jacoby öffentlich der Eisenacher Partei sich angeschlossen hatte. Aber wie die Kandidatur in öffentlicher Versammlung proklamieren, ohne von vornherein durch die Lassalleaner daran verhindert zu werden?

94. Erstes Wahlflugblatt der Lassalleaner zur Wahl von 1874. 1. Seite

95. Erstes Wahlflugblatt der Lassalleaner zur Wahl von 1874. 2. Seite

Um dies schwierige Problem zu lösen, setzte der unerschöpfliche August Heinsch folgendes Manöver ins Werk. Er berief eine der

Aufstellung des Kandidaten bestimmte „Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms“, zu der er „Parteigenossen und Freunde“ einlud, auf Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr, in den Gratweilschen Saal ein, meldete diese Versammlung bei der Polizei aber erst auf 10½ Uhr an. Dadurch hatte er nach dem preußischen Versammlungsrecht bis 11½ Uhr Zeit mit der Eröffnung. Nun trat zunächst ein, was vorauszusetzen war: an dem bezeichneten Sonntag war der Gratweil'sche Saal lange vor zehn Uhr von Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins besetzt, denn, deduzierte der „Neue Social-Demokrat“ hinterher, „die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sind jedenfalls die besten Freunde der irregeleiteten Arbeiter, welche der sogenannten sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehören“.

Indes wurden diese Freunde doch als ungeladen empfangen. Sie warteten und warteten, aber die Versammlung ward nicht eröffnet, wiederholte Anfragen bei Heinsch, wann denn nun eröffnet werde, stießen auf die lakonische Antwort: „wir haben Zeit“. Das wurde, weil der Allgemeine deutsche Arbeiterverein auf denselben Vormittag selbst eine große Versammlung nach dem Handwerkerverein einberufen hatte, an der viele der Gekommenen noch teilnehmen wollten, auf die Dauer unbequem, aber Heinsch ließ sich durch keinerlei Anrufe herumbekommen.

Er eröffnete keine Minute früher, als wozu er nach dem Gesetz gebunden war, forderte dann die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins auf, das Lokal zu verlassen und vertagte, als dem nicht sofort Folge gegeben wurde, gelassen die Versammlung auf eine weitere halbe Stunde. Nun ging es an ein Verhandeln. Heinsch erklärte kategorisch, da dies eine Parteiversammlung der Eisenacher sei, werde er als Vertrauensmann der Eisenacher unter keinen Umständen an Nicht-Eisenacher das Bureau abgeben, sondern im Notfall immer wieder vertagen — „wir halten aus“.

Und so ward, da ein Teil der Lassalleaner schon Miene machte zu gehen, während ein Eisenacher nach dem anderm nachrückte, schließlich zwischen Hasenclever und Tölke einerseits und Heinsch andererseits ein Kompromiß dahingehend geschlossen, daß gar keine Bureauwahl stattfinden, sondern Heinsch kurzerhand als Vertrauensmann die Versammlung leiten solle. Dafür aber ward die Tagesordnung abgeändert und, statt über das angesagte Referat, über die Frage debattiert, wieso die Eisenacher dazu kämen, dem von den Berliner Arbeitern aufgestellten Hasenclever Johann Jacoby als Kandidat gegenüberzustellen.

Hasenclever, der nach Verabredung zuerst das Wort erhielt, hielt den Eisenachern ein ganzes Sündenregister vor und bezeichnete ihr Verfahren unter jubelnder Zustimmung seiner Parteigenossen als im höchsten Grade undemokratisch. Als Sprecher der Eisenacher antwortete ihm der Verfasser dieses Buches. Er forderte diejenigen unter den Anwesenden, die sich zur Eisenacher Partei zählten, auf, dies durch Handaufheben zu bekunden, und als sich — zum nicht geringen Erstaunen der Lassalleaner — gegen 150 Hände erhoben, erklärte er, diese Parteigruppe habe nach demokratischen Grundsätzen durchaus das Recht, einen Mann ihres Vertrauens zum

Kandidaten zu wählen. Hasenclever habe dies Vertrauen nicht, aber Jacoby habe es, und für die Hauptwahl sei und bleibe er ihr Kandidat.

Damit war Jacoby — natürlich unter Protestrufen der Lassalleaner — zum Kandidaten proklamiert, und nun nahm die Versammlung den üblichen Verlauf; die Lassalleaner erzwangen die Annahme einer Resolution, welche die Aufstellung Jacobys als ein Zersplitterungsmanöver brandmarkte und Hasenclever als den einzigen Kandidaten der Arbeiter Berlins bezeichnete.

Das war nicht zu ändern, aber worauf es ihnen ankam, hatten die Eisenacher doch erreicht, und ein kleiner Triumph war es für sie, daß der „Neue Social-Demokrat" jetzt, statt von „Mühlendammern", von „mißleiteten Arbeitern" sprach. Darin lag indirekt ein Stück Anerkennung.

Noch einmal, am dritten Weihnachtsfeiertag, ward eine Wahlversammlung der Eisenacher von Lassalleanern gesprengt. Sie hatte im Woltersdorfsschen Theatersaal stattfinden sollen und war der Besprechung der Kandidatur Jacobys bestimmt. Da aber die Eisenacher sich keine Bureauwahl aufoktroyieren lassen wollten, erhob sich immer wieder so großer Lärm, daß die Versammlung schließlich von der Polizei aufgelöst wurde. Damit aber fand nicht nur für diesen Wahlkampf, sondern auch für fernerhin das traurige Kapitel der gewalttätigen Kämpfe von Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten in Berlin ein Ende.

Dagegen wurde tags darauf auch eine Versammlung eines von Dr. Max Hirsch und seinen Leuten gegründeten Vereins für Sozialpolitik gesprengt. Dieser Verein hatte vornehmlich den Zweck, gewerkvereinliche Reichstagskandidaturen zu betreiben, wurde aber von den Größen der Fortschrittspartei sehr mißtrauischen Auges betrachtet und bei Bestimmung der Kandidaturen auf das Schnödeste beiseite geschoben. Um die Aufstellung eines Gewerkvereinskandidaten im sechsten Berliner Reichstagswahlkreis zu hintertreiben, für die ein Maschinenbauer Ranisch in Aussicht genommen war, veranlaßte man Schulze-Delitzsch, dem schon ein Mandat in Wiesbaden sicher war, sich auch hier ausstellen zu lassen.

Die Monate November und Dezember sahen alle in Berlin in Betracht kommenden Parteien in der Wahlagitation, wobei aber der Allgemeine deutsche Arbeiterverein selbstverständlich seine sämtlichen Rivalen in jeder Hinsicht weit hinter sich ließ. Schon die am 9. November gleichzeitig mit der obengeschilderten „Schlacht bei Gratweil" im Handwerkerverein tagende Versammlung des Vereins

Berliner Arbeiter, Handwerker und Kleinbürger!

Der Tag der Reichstagswahl naht heran, der Tag, an welchem wir unsere Interessen vertreten können.

Haben wir ein Interesse daran, daß lediglich wohlhabende und reiche Männer als unsere Gesetzgeber fungiren oder solche, welche im Dienste des Kapitals stehen? Hat die Kapitalmacht durch ihre gewaltige Konkurrenz nicht jetzt schon das kleine Handwerk fast ganz unterdrückt? Leiden die Arbeiter nicht fortwährend unter dem Drucke des Kapitals?

Die erste Frage kann man nur mit: Nein! die beiden letzten mit Ja! beantworten.

Und wahrlich, die jüngste Zeit hat uns wiederum genügend gezeigt, wie die Kapitalwirthschaft, unbekümmert um die Roth der Arbeiter, unbekümmert um den Ruin der kleinen Geschäftsleute, auch in Deutschland ihr Unwesen treibt.

Wollen wir nun unsere Hand dazu reichen, daß durch die Gesetzgebung, wie es bisher geschehen ist, diese unselige Macht des Kapitals noch gestärkt werde? Nein, dreimal nein! Lange genug haben wir es mit den Vertretern des Liberalismus, der fortschrittlichen Halbheiten versucht, lasset uns einmal einen wahren Demokraten wählen.

Ein wahrer Demokrat aber streitet nicht allein für die politische Freiheit, sondern auch für die sociale Gleichheit des Volkes. — „Die Freiheit ist eine Lüge, wenn sie nicht die Gleichberechtigung Aller in sich birgt!"

„Freiheit" haben unsere früheren „Volksvertreter" immer im Munde geführt, aber leider den Knechtsinn im Herzen getragen. Sie haben das Volk nicht vertreten, sondern die Regierungsgewalt und die Kapitalmacht.

Noch im Jahre 1863 verlangte man von Seiten der Fortschrittler die einjährige Dienstzeit für alle Dienstpflichtigen (die Reichen haben die einjährige Dienstzeit schon lange Zeit); jetzt aber erklären diese „Freiheitshelden", daß sie trotz des gewaltigen Militär-Etats, der das gesammte Volk in furchtbarer Weise drückt, nicht an den gegenwärtigen Militärkonstitutionen, auch nicht an der dreijährigen Dienstzeit rütteln wollen. Zu einem Vertheidigungskriege aber ist eine Volkswehr mit einjähriger Dienstzeit doch mehr als genügend, Eroberungskriege aber sind ein Fluch für alle Völker.

Wie die Fortschrittspartei den Krebsgang in Bezug auf die Militärfrage gemacht hat, so auch bei allen anderen Fragen, welche das Volk besonders berühren. Die Ausbeutung der Arbeitskraft durch einen fortschrittlichen Kapitalisten ist aber ganz bestimmt eben so hart, als die durch einen Reaktionär.

Darum weg mit allen Parteien, welche dem Götzen „Mammon" dienen, weg mit allen den Parteien, welche nicht die Befreiung der Arbeit vom Joche des Kapitals auf ihre Fahnen schreiben, weg mit Denen, welche für die Arbeiter wirken wollen und sich dabei im fortschrittlichen Fahrwasser bewegen!

Wählen wir deshalb einen Mann, der es mit der Freiheit und Gleichberechtigung Aller ernstlich meint, wählen wir einen Demokraten, der zugleich helfen will, das sociale Elend des Volkes aus der Welt zu schaffen.

Und ein solcher Mann ist der Kandidat der Arbeiterpartei

Wilhelm Hasenclever in Berlin.

Nur ihm gebt Eure Stimme, Arbeiter, Kleinbürger und Handwerker, wählet einmal einen Mann aus Eurem Stande; die Reichen, die Professoren und Doktoren mögen ja ihre Stimmen abgeben auf einen Reichen, einen Professor oder Doktor, wir verargen ihnen dies nicht, aber Ihr, aus dem Stande der ewig Gedrückten, gebt Eure Stimme einem Manne, der Eures Gleichen ist, und der da weiß, wo Euch der Schuh drückt.

In Eurem eigenen Interesse, Ihr Männer der Arbeit, Ihr Handwerker und Kleinbürger, stimmt am

10. Januar 1874

einmüthig für

Wilhelm Hasenclever,

damit in Berlin die Demokratie wieder zu Ehren gelangt.

Berlin, den 27. Dezember 1873.

Das Arbeiter-Wahl-Comité.
J. A.: **H. Eckø.**

Druck von C. Ihring's Wwe. (A. Colbatzky) in Berlin.

96. Wahlflugblatt für Wilhelm Hasenclever in Berlin, Reichstagswahl 1874.

— es war eine Gedächtnisversammlung für Robert Blum — verlief glänzend. Eine zwei Tage darauf ebenfalls im Handwerkerverein abgehaltene geschlossene Mitgliederversammlung, die das Wahlkomitee für Berlin wählte, war von gegen 1.500 Personen besucht, die den größten Kampfeseifer an den Tag legten.

Alles vorher Erzielte übertraf aber die auf Sonntag, den 16. November, in den Zirkus Herzog-Schumann vor dem Halleschen Tor einberufene Volksversammlung, in der Hasenclever seine Hauptwahlrede halten sollte. Der gewaltige Zirkus — auch nach seinem früheren Besitzer Zirkus Ciniselli genannt — war in allen seinen Teilen überfüllt, so daß gut 8.000 Menschen anwesend sein mochten, die Hasenclevers wirkungsvolle Rede mit stürmischen Beifallssalven aufnahmen. 96 Taler ergab trotz schon eingerissener Arbeitskrisis und trotzdem für Bauarbeiter die flaue Zeit gekommen war, die Tellersammlung.

Aber es blieb nicht bei dieser wahrhaft imposanten Manifestation und noch einigen, in den größeren Lokalen Berlins abgehaltenen großen Volksversammlungen. Tag für Tag wurden jetzt Arbeiterversammlungen in mittleren und kleineren Lokalen abgehalten, meist mehrere an einem Tage. Kein Stadtviertel blieb unbearbeitet, wer nur einigermaßen fähig zum Reden war, sprang jetzt als Referent ein. Es war eine Agitation, wie sie Berlin nie vorher gekannt hatte, das Lassalleanische Wahlkomitee, an seiner Spitze Heinrich Ecks, leistete Unübertroffenes.

Und mit der Agitation ging die Organisation für Flugblätterverbreitung und Wahlarbeit am Wahltage Hand in Hand.

Was wollten dagegen die paar Versammlungen sagen, welche die Eisenacher, neben einem, allerdings sehr gut besuchten Parteifest auf Königshöhe, noch abhalten konnten, was die Bezirksvereinsversammlungen und die paar großen Versammlungen der Fortschrittler, in denen deren Kandidaten vor einem mühsam zusammengetrommelten Publikum ihre Kandidatenreden hersagten! Alle Kraft war dieser Partei abhanden gekommen. Sie hatte nichts mehr, wofür sie ihre Hörer begeistern konnte, und war darin sogar schlechter daran, als die Nationalliberalen, die den aufgeklärten Spießer doch mit dem Kulturkampf in eine Art Rausch hineinreden und sich wenigstens einbilden konnten, herrschende Partei zu sein.

Die Fortschrittler aber hatten weder das eine noch das andere. Sie waren nicht dabei, wo die organischen Gesetze des neuen Reichs geschaffen wurden, sie hatten aber auch nicht mehr Anspruch darauf, an der Spitze der bürgerlichen Opposition zu stehen, denn als Oppositionspartei trat jetzt das Zentrum mit ganz anderem Schneid auf. Sie lebten nur noch von ihren Ueberlieferungen und waren die herrschende bürgerliche Partei Berlins zum großen Teil nur durch die Macht der Gewohnheit. Und unter dem Zeichen des Gesetzes der Trägheit standen auch ihre damaligen Wahlversammlungen. Nur, wenn ein Sozialdemokrat, dem die Gunst des Zufalls eine Einlaßkarte in die Hand gespielt hatte, sich herausnahm, in die ihm zugebilligte Frage an den Kandidaten eine Empfehlung des eigenen Kandidaten zu

verflechten, kam etwas Leben in die Gesellschaft. Sonst ging alles entsetzlich ledern zu.

Der „Neue Social-Demokrat“ vom 3. Dezember 1873 brachte das Wahlflugblatt der Lassalleaner als Beilage. Das darin entwickelte Wahlprogramm ist als Merkzeichen der theoretischen Entwickelungshöhe des Vereins äußerst interessant.

An seiner Spitze steht selbstverständlich die grundlegende demokratische Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Es wird für alle Erwachsene vom 20. Lebensjahr verlangt, aber es ist immer nur von Männern dabei die Rede.

Vom Frauenstimmrecht will man noch nichts wissen, es gilt als bürgerliche Schrulle. Dagegen: freie Schule, Freiheit der Schule von der Kirche, Beseitigung der Priesterherrschaft durch volle Volksfreiheit; keine Ausnahmegesetze, auch nicht gegen Jesuiten.

Die nächste Forderung ist: progressive Einkommensteuer an Stelle aller indirekten Steuern. Und was für eine Progression wird als Beispiel vorgeführt! Bei 4.000 Talern Einkommen schon 60 Prozent, d. h. 2.400 Taler Steuer! „Mit 1.600 Talern läßt es sich ja selbstredend besser leben als mit 500 Talern.“ Durch solches Steuersystem „würde auch bald das Jagen nach Reichtümern, somit Schwindel, Betrug und Spitzbubenstreiche aufhören.“

Dann kommen: Verstaatlichung aller öffentlichen Verkehrsanstalten, volle Preßfreiheit, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Volkswehr, Abschaffung der Frauen- (!) und Kinderarbeit, Abschaffung der Sonntagsarbeit, ein Normalarbeitstag, „der aber vorläufig nur für die Großproduktion angewendet werden kann“, Aenderung des Haftpflichtgesetzes, Bekämpfung jedes Kontraktbruchgesetzes.

Ganz zuletzt erst kommt, als Mittel der „Verwirklichung des Endziels“, die Forderung der Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe. So weit ist die spezifisch Lassalleanische Forderung schon in den Hintergrund getreten — genau wie sie im Eisenacher Programm den letzten Punkt bildet.

In derjenigen bürgerlichen Presse, wo man das Wahlflugblatt bespricht, beschäftigt man sich denn auch weniger mit ihr, als mit der „konfiskatorischen“ Progression der Einkommensteuer.



Der conservativen Partei ist es, trotzdem sie den besten Köder aufgesteckt, nicht gelungen, etwas für sich zu angeln. Dagegen fischten die Social-Demokraten mit mehr Glück in dem Trüben, welches zwischen den liberalen Parteien aufgerührt wurde.

97. Karrikatur auf den Ausfall der Hauptwahl am 10. Januar 1874.
„Kladderadatsch“

Endlich naht der Wahltag heran. Ein herrlicher Wintertag, klar scheint die Januarsonne vom Himmel herab. Die Lassalleanische Organisation ist musterhaft, keine Partei kann sich entfernt mit ihr messen. Am Vorabend der Wahl hatte sie nicht weniger als 99 Bezirksversammlungen in Berlin abgehalten. Heute hat sie Zentralbureaus in jedem Wahlkreis, fliegende Kolonnen für die verschiedenen Bezirke, Mannschaften zum Stimmzettelverteilen in genügender Zahl, um vor

jedes Wahllokal von Anfang bis zu Ende mindestens einen Verteiler aus den eigenen Reihen zu postieren. So etwas kannte Berlin noch nicht.

Bei den Eisenachern reichen die eigenen Mannschaften nur hin, den vierten und den sechsten Wahlkreis mit Stimmzettelverteilern zu besetzen, die Fortschrittler haben meistens gemietete Stimmzettelverteiler, die anderen Parteien, die Kandidaten im Felde haben, haben entweder gar keine oder nur an zerstreuten Punkten Stimmzettelverteiler, natürlich ebenfalls meist nur gemietete Leute. Hören wir nun aus dem Munde eines Eisenacher Sozialdemokraten, der jenen Kampf mitgemacht hat, wie es dabei zuging:

„Ich war von unserem Wahlkomitee in ein Wahllokal des — damals — äußersten Osten Berlins dirigiert. Es war eine Gemeindeschule unweit vom Küstriner Platz, und das Wahlbureau im Schulsaal eine Treppe hoch. Die Stimmzettelverteiler mußten sich auf der Straße vor der Tür postieren. Sie bestanden aus zwei Erwachsenen, nämlich ein Lassalleaner und meine Wenigkeit, der ich damals der Eisenacher Partei angehörte, sowie einem Rudel dreizehn- bis vierzehnjähriger Jungen — Schüler der ersten Klasse, die von einem Lehrer beauftragt waren, die Stimmzettel für den Fortschrittskandidaten, den alten Stadtrat Eberty, zu verteilen.

Sie sollten dabei einander ablösen, zogen es aber vor, das Geschäft zu sechsen und sieben zu besorgen, und trieben dabei allerhand Kurzweil. So schlichen gewöhnlich zwei von ihnen dem gerade passierenden Wähler die Treppe nach, lasen die Stimmzettel auf, die er fortgeworfen, brachten sie vor die Tür und verlasen sie triumphierend. Auf diese Weise wußte man unten, wie der Betreffende gewählt hatte, sofern er nicht alle drei Zettel weggeworfen hatte.

Denn dann gehörte er entweder einer der drei „wilden“ Parteien an oder er hatte sich der Vorsicht halber seinen Stimmzettel selbst geschrieben. Es gab nämlich damals noch viele Leute, die auf diese Weise ihr Wahlgeheimnis besser gewahrt zu haben glaubten, während faktisch der geschriebene Stimmzettel nicht selten gerade der Verräter wurde.

So gaben 1877 in einem Wahlbureau des Nordens von Berlin alle Schutzleute geschriebene Stimmzettel ab, und da sich später beim Zählen fand, daß die geschriebenen Stimmzettel durch die Bank auf Hasenclever lauteten, wußten die Leute im Wahlbureau auch, wie die Vertreter des Gesetzes dort gewählt hatten.

In eine ähnliche Lage kamen wir, dank dem Uebermut unserer Jungen, die die Sache natürlich nur aus Sport betrieben. Denn irgend welches Interesse an der Wahl des Mannes, dessen Zettel sie verteilten, hatten sie nicht. Im Gegenteil, als wir sie später ausfragten, wen denn ihre Väter wählten, antworteten einige von ihnen sofort: „Hasenclever“, was uns zu entrüsteten Bemerkungen über den Mißbrauch veranlaßte, Kinder ohne Wissen der Eltern zur Verteilung der Stimmzettel des Gegners ihrer Eltern zu verwenden.

Indes alle Schuld rächt sich auf Erden. Als die Sache schließlich anfing, ihnen eintönig zu werden, kam es unseren Jungen nicht darauf an, plötzlich alle ihnen übergebenen Stimmzettel auf den Flur in eine Ecke zu legen und samt und sonders auf zehn bis fünfzehn Minuten zu verschwinden, so daß wir in der Zwischenzeit freies Feld hatten.

Ganz anders natürlich wir beide, mein Lassalleaner, seines Zeichens ein handfester Bauarbeiter, und ich, dem für ihn die Natur und ein Optikus die Ursprungsmarke „Mühlendamm“ ins Gesicht gepflanzt hatten. Wir sahen uns denn auch zuerst sehr schief an und tauschten nur einen kurzen Gruß aus, dessen Temperatur weit unter dem Kältegrad der Januarluft stand.



98. Karrikatur auf die Gleichgiltigkeit der bürgerlichen Wähler
Aus dem „Kladderadatsch“

Nach und nach erst gab ein Wort das andere, wofür insbesondere die Jungen sorgten; doch immer noch mit jener Reserve, die sich für die Wachtposten zweier im Krieg liegender Mächte schickt. Dann kam die Patrouille der Lassalleaner, musterte mich kritischen Blickes und löste ihren Mann für eine Weile ab, währenddem er sich etwas restaurieren ging. Das wiederholte sich noch zweimal, ein Luxus, den wir Eisenacher uns nicht leisten konnten. Nur einmal, um die Mittagszeit, kam ein Genosse und fragte mich, ob ich abgelöst zu werden wünschte, was ich jedoch verneinte.

Wie es dann gegen drei wurde, und mein Lassalleaner mich noch immer als standhaften Zinnsoldaten auf meinem Posten ausharren sah, packte ihn menschliches Mitgefühl, zumal der Thermometer unserer Beziehungen mittlerweile auch sonst schon dem Schmelzpunkt etwas näher gerückt war, und er drang in mich, doch in eine Restauration zu gehen und etwas Warmes zu mir zu nehmen — „was Warmes muß der Mensch doch genießen“ — er werde in der Zwischenzeit gewissenhaft auch meine Stimmzettel mit anbieten. Es kam aus gutem Herzen, das sah ich, aber ich konnte es doch nicht über mich gewinnen, das Angebot anzunehmen. Ich lehnte also mit Dank ab, ich sei noch durchaus nicht hungrig.

Der brave Mensch war etwas beleidigt, und nicht mit Unrecht, denn wenn mich auch wirklich der Magen noch in Ruhe ließ, so war von uns beiden doch sicher ich der größere Fanatiker, der intensivere Hasser. Sein Haß war der derbe, gesunde Haß des Naturkindes, meiner aber der durch die „Idee“ und durch die viele Unbill, die wir in Berlin erfahren hatten, vergiftete Haß. Gerade eine Gefälligkeit anzunehmen war mir daher unmöglich.

Immerhin suchte ich meinem Mit-Postensteher auf andere Weise beizubringen, daß ich ihn für einen ehrlichen Mann hielte, und als der Wahlakt seinem Ende näher ging, fingen wir an, über den Ausfall zu mutmaßen.

Er war natürlich überzeugt, daß seine Partei die Mehrheit haben werde. „Sie irren sich“, sagte ich, „soviel ich bemerkt habe, werden

Sie hier etwa doppelt so viel Stimmen haben, wie wir, aber die Fortschrittler haben mehr, wie wir beide zusammen". „Unmöglich", meinte er, worauf ich ihn daran erinnerte, wie oft wir uns in der Physiognomie der Wähler getäuscht hatten, wie oft Wähler, die wir beide bestimmt auf Hasenclever taxiert hatten, die Zettel für Hasenclever und Jacoby weggeworfen und den für Eberty ins Wahllokal getragen hatten. Er schüttelte ungläubig den Kopf.

Als aber dann, nachdem der Wahlakt geschlossen war, wir hinaufgegangen waren und dem Auszählen zuhörten, da sah er mich, wenn es eine Weile ging: Eberty, Eberty und wieder Eberty, trübselig an, als wollte er sagen: „Du Unglücksrabe hast doch recht behalten". Als wir uns dann voneinander verabschiedeten, stand das vorerwähnte Thermometer aber doch schon über Null, und er machte mir ein Kompliment über mein strammes Aushalten, worauf ich ihm antwortete, das hätten wir erst von ihnen, den „Allgemeinen", gelernt."

Das Wahlresultat von Berlin IV war im ganzen noch wesentlich ungünstiger, als in jenem Bezirk, und noch weit schlechter lauteten mit einer Ausnahme die anderen Wahlkreise.

Die Ausnahme war der sechste Wahlkreis. Hier, im Maschinenbauerviertel, war Stichwahl zwischen Schulze-Delitzsch und Hasenclever; die Stammburg der Fortschrittler war ins Wanken geraten. Für die Fortschrittler ein großer, aber nicht unverdienter Schlag, für die Lassalleaner ein großer und redlich verdienter Triumph. Schulze-Delitzsch, bisher der volkstümlichste der Fortschrittsmänner, hatte im größten Wahlkreis Berlins erheblich weniger Stimmen erhalten, als die Fortschrittskandidaten des 2., 3. und 4. Wahlkreises.

Folgendes die Resultate der sechs Wahlkreise Berlins:

	Hasenclever	Jacoby	Fortschrittler	Zentrumspartei	Konservativen	Radikalen	Handwerker Zersplittere
Wahlkr. 1	391	76	3.462	176	586	—	236
Wahlkr. 2	974	169	4.984	144	998	30	113
Wahlkr. 3	1.270	337	5.064	196	212	31	340
Wahlkr. 4	2.993	867	6.121	214	84	116	60
Wahlkr. 5	863	178	3.259	169	207	39	106
Wahlkr. 6	2.523	638	4.028	183	168	506	89
Wahlkr. 7	9.014	2.265	26.918	1.082	2.255	722	944

Im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow hatte der Lassalleaner Dietzmann von 11.002 Stimmen 1.453, im Wahlkreis Niederbarnim der Lassalleaner Grüwel von 10.271 Stimmen 2.141 erhalten.

Für die ungeheure Wahlarbeit, die in Berlin Lassalleanischerseits geleistet worden war, war das kein ganz angemessenes Resultat, aber

es war doch ein Resultat, das sich sehen lassen konnte und die Gegner in Erstaunen und Aufregung versetzte.

Vor allem waren die fortschrittlichen Spießbürger verdutzt. Sie hatten wohl von großen Versammlungen gelesen, aber da war stets von der Knüppel- und Sprenggarde die Rede gewesen, als ob das immer dieselben Leute wären. Und jetzt 3.000 Stimmen im vierten und über 2.500 im sechsten Wahlkreis, und Hasenclever, der „ungebildete“ Hasenclever, mit dem unvergleichlichen Schulze in Stichwahl! Das war himmelschreiend.

Nun aber auch alle Mann an Bord, hieß es jetzt, und Schulze eine glänzende Genugtuung. Denn daß die Wähler, die nicht gewählt hatten, allesamt gute Fortschrittler und nur zu Hause geblieben waren, weil sie Schulzes Sieg für ausgemacht hielten, war selbstverständlich. So schrieben es die „Volkszeitung“ und die „Vossische“, da war also ein Zweifel nicht möglich.

Die Stichwahl mußte den Beweis liefern, daß der Fortschrittsturm noch unerschüttert stand, der Riese Schulze mußte mindestens dreimal so viel Stimmen erhalten, wie der Zwerg Hasenclever. Auf in den Kampf!

Auf in den Kampf! hieß es aber auch bei den Lassalleanern. Hasenclever war zwar schon in Altona gewählt — wie übrigens Schulze in Wiesbaden — aber die Altonaer Lassalleaner bewilligten sofort 200 Taler für den Stichwahlkampf in Berlin und erklärten, daß, wenn Hasenclever in Berlin durchkäme, sie bereit wären, ihrerseits die Nachwahl auf sich zu nehmen. Von allen Seiten gingen Glückwunschtelegramme für den Kampf gegen Schulze ein, in welch letzterem man nun einmal einen besonderen Gegner erblickte, und mit Begeisterung ging es in die Agitation zur Stichwahl.

Arbeiter des sechsten Berliner Wahlkreises!

Wilhelm Hasenclever.

99. Erste Seite des Stichwahlflugblattes zu Gunsten Wilhelm Hasenclevers. (Reichstagswahl 1874)

Wie stellten sich die Eisenacher zu ihr? Heute wird man es nicht begreifen, daß das noch eine Frage sein konnte. Aber tatsächlich war es für die Eisenacher eine Frage. Hasenclever war ja doch der Mann, in dessen Namen und unter dessen Führung sogar wiederholt ihr Versammlungsrecht schnöde mit Füßen getreten worden war. Daß man trotzdem nicht gegen ihn stimmen konnte, war selbstverständlich. Aber nun so ohne weiteres für ihn stimmen, als sei gar nichts geschehen, das wollte vielen nicht in den Kopf. Mögen die „Allgemeinen“ wenigstens erst an uns appellieren und uns als Sozialdemokraten anerkennen, wenn sie unsere Stimmen haben

wollen, das war das erste Gefühl bei den meisten, und es fand in einer Korrespondenz an den „Volksstaat“ Ausdruck.

Als aber die Korrespondenz im Druck erschien, da hatte mittlerweile bei verschiedenen der Eisenacher ein anderes Gefühl die Oberhand gewonnen. Die 600 Stimmen Jacobys konnten die Wahl zwischen Schulze und Hasenclever, die jetzt einen symbolischen Charakter erhalten hatte, entscheiden, sollte man da die Verantwortung auf sich nehmen, durch Fernbleiben den Sieg der Gegner des Sozialismus herbeizuführen?

Denn faktisch war es ja nicht ein persönlicher Kampf zwischen Schulze und Hasenclever, sondern ein Kampf der kapitalistischen gegen die sozialistische Welt, des Kandidaten aller Schichten der Bourgeoisie gegen den Kandidaten der Arbeiter. Und hier abseits stehen und warten, bis man um seine Stimme gebeten ward, hieß das nicht sein sozialistisches Tun von der Befriedigung seiner persönlichen Empfindlichkeit abhängig machen?

Als die Sitzung der Eisenacher herankam, in der die Stellungnahme zur Stichwahl entschieden werden sollte — sie fand unter ziemlich starkem Besuch am 23. Januar 1874 bei Carius in der Prinzenstraße statt — da waren schon von drei Seiten Anträge vorbereitet, die verlangten, trotz aller Einwände gegen die Person Hasenclevers für ihn zu stimmen und zu seiner Wahl aufzufordern. Da sie inhaltlich gleich lauteten, einigten sich die Antragsteller, der unter dem Sozialistengesetz aus Berlin und Hamburg ausgewiesene und nach Amerika verzogene Schriftsetzer August Baumann, der Verfasser dieses Buches, und der gleichfalls aus Berlin ausgewiesene und 1905 in der Schweiz verstorbene C. A. Schramm, auf die von dem letztgenannten entworfene Fassung und empfahlen der Mitgliedschaft dringend ihre Annahme. Aber die war nicht so leicht durchzusetzen, es mußte viele Stunden lang für den Antrag gekämpft werden.

Eine Anzahl älterer Genossen, die, wie namentlich Th. Metzner, die Parteigeschichte von Grund aus kannten, sowie bestimmte Gruppen von Arbeitern — voran und besonders leidenschaftlich die der Eisenacher Partei angehörenden Weber — wollten absolut nichts von einem Eintreten für Hasenclever wissen und boten alle ihre dialektische Schärfe auf, die Schädlichkeit des obigen Antrags nachzuweisen.

So dauerte es bis ein Uhr nachts, ehe die Debatte ihr Ende fand und die Abstimmung erfolgte. Sie ergab, bei allerdings schon sehr gelichteter Versammlung, eine Mehrheit von zwölf Stimmen — 36 gegen 24 — für den Antrag, und August Heinsch, der zu seinen lebhaften Befürwortern gehörte, wurde beauftragt, ihn im Verein mit August Baumann dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu übermitteln. Er ward in der nächsten Wahlversammlung der Lassalleaner verlesen und mit Beifall aufgenommen. Sein Wortlaut war:

> „In Erwägung, daß bei der bevorstehenden engeren Wahl im sechsten Berliner Wahlkreise der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nur die Alternative bleibt, für Herrn Hasenclever zu stimmen oder sich der Wahl zu enthalten, beschließt die

> heutige Mitgliederversammlung, trotz aller entgegenstehenden Bedenken gegen die Person des Herrn Hasenclever demselben ihre Stimme zu geben und damit zu dokumentieren, daß sie sich im Grundprinzip mit den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins einig fühlt und die durch persönliche Interessen genährten und erweiterten Spaltungen unter den Arbeitern auszugleichen bemüht und bereit ist.“

Der „Neue Social-Demokrat“ druckte den Beschluß in seiner Nummer vom 25. Januar ohne Kommentar ab, behauptete aber später, Metzner habe trotz der Resolution in der Stichwahl direkt für Schulze agitiert. Daran war indes nur soviel richtig, daß Metzner aus seiner Gegnerschaft gegen den Beschluß auch in der Oeffentlichkeit keinen Hehl machte. Gewiß ein Verstoß, aber Metzner war nun einmal ein harter Kopf und hatte noch zuletzt von Lassalleanischer Seite soviel persönliche Unbill erfahren, daß man seiner Verbitterung etwas zugute halten mußte. Das taten wenigstens die Jung-Eisenacher, ohne ihn freilich vorerst versöhnen zu können.

Im übrigen wurde der gute Eindruck jener Erklärung durch den einen Oppositionsfall nicht verwischt. Daß das Gros der Eisenacher an ihr festhielt, zeigte der Ausgang der Stichwahl: Hasenclevers Stimmen stiegen um mehr als das Doppelte, nämlich von 2.523 auf 6.019, während Schulze, für den jetzt die ganze bürgerliche Presse Berlins mit Pauken und Trompeten eingetreten war, allerdings mit 9.318 Stimmen siegte.

Schulze nahm für Wiesbaden an und der sechste Wahlkreis mußte eine Nachwahl durchkämpfen. Für sie ließen die Eisenacher den Lassalleanern freies Feld, dagegen gab es jetzt einen Krach in der Fortschrittspartei.

Die „Sozialpolitiker“, d. h. die Gewerkvereinler, verlangten, daß man nun endlich einem Vertreter ihrer Richtung die Kandidatur übertrage, blieben aber mit dem von ihnen dazu ausersehenen Redakteur H. Sachse, einem ehemaligen Müller und freireligiösen Sprecher, in einer Abstimmung des fortschrittlichen Wahlvereins mit 214 gegen 728 für den Hamburger Rechtsanwalt Banks abgegebenen Stimmen in der Minderheit.

Erbittert hielten sie trotzdem an der Kandidatur Sachses fest, und die „Volkszeitung“, an der Sachse Redakteur war, hatte zu ihrer großen Betrübnis festzustellen, daß die tugendhaften Fortschrittler, so Anhänger der Banks'schen Kandidatur waren, eine auf dem Gesundbrunnen abgehaltene Versammlung der „Sachseaner“ — auch du, Brutus? — brutal sprengten.

Sachse erhielt bei der Wahl nur 1.028 Stimmen, während auf Banks 7.240 und auf Hasenclever 5.149 Stimmen entfielen. Der offizielle Kandidat der Fortschrittspartei war danach gewählt, aber es fehlte nicht viel, und er wäre mit Hasenclever in die Stichwahl gekommen, wobei die Entscheidung in der Hand der erbitterten Gewerkvereinler gelegen hätte.

Welche Stimmung aber bei diesen obwaltete, geht aus folgender Stelle ihrer Protesterklärung gegen die Proklamierung von Banks zum alleinigen Kandidaten der Fortschrittspartei hervor: „Es ist kein

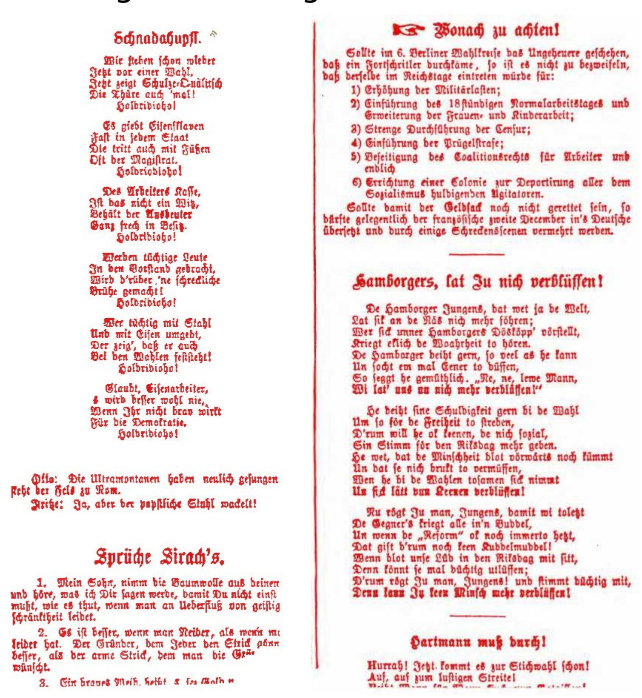
größerer Schimpf, wenn Hasenclever aus der Wahl hervorgeht, als wenn Sachse auf der Kandidatenliste gestrichen wird.“ Dahin hatten die Fortschrittler selbst ihre treuesten Anhänger aus der Arbeiterklasse schon gebracht.

Noch einmal war Berlin vor dem „Schimpf bewahrt geblieben“, wie es in der bürgerlichen Presse damals hieß, daß ein Sozialdemokrat mit einem Berliner Mandat in den Reichstag einzog. Aber die Situation hatte sich doch geändert. Nicht nur für Volksversammlungen, sondern auch für den Wahlkampf war die Sozialdemokratie in Berlin ein Faktor geworden, mit dem fortan ernsthaft gerechnet werden mußte.

Noch in anderer Weise änderte sich indes die Situation. In den Bureaus der Behörden wehte nun mit Bezug auf die Sozialdemokratie ein anderer Wind wie bisher. An Anzeichen dafür hatte es schon vorher nicht gefehlt.

Der Polizeipräsident von Madai hatte wiederholt gezeigt, daß er der Sozialdemokratie gegenüber andere Saiten aufzuziehen gedenke, als wie sein Amtsvorgänger, der junkerlich lebemännische Herr von Wurmb, den die Beschuldigung der Sprachlehrerin Elise Hessels in Berlin unmöglich gemacht hatte, er habe sie, als sie in Audienz bei ihm war, geschlechtlich zu vergewaltigen versucht. Auch verschiedene Gerichtserkenntnisse verrieten, wie wir gesehen haben, eine der Arbeiterbewegung feindselige Strömung.

Mit dem 1. Januar 1874 trat aber ein Staatsanwalt in Berlin in Funktion, der sich schon in Magdeburg als der speziell berufene Vertreter der gesellschaftlichen Ordnung gegen die Sozialdemokratie bemerkbar zu machen gesucht hatte. Mit Erfolg, denn er ward als erster Staatsanwalt an das Stadtgericht nach Berlin berufen. Und hier waltete er seines Amtes in solcher Weise, daß die nun folgenden Jahre für die Geschichte der Sozialdemokratie Deutschlands im allgemeinen und Berlins im besonderen mit seinem Namen verknüpft sind — die Aera Tessendorf brach herein.



Schnadahupfl.

Wir stehen schon wieder
Jetzt vor einer Wahl,
Jetzt zeigt Schulze-Quälitsch
Die Thüre auch 'mal!
Holdridioho!

Es giebt Eisensklaven
Fast in jedem Staat
Die tritt auch mit Füßen
Oft der Magistrat.
Holdriodioho!

Des Arbeiters Kasse,
Ist das nicht ein Witz,
Behält der Ausbeuter
Ganz frech in Besitz.
Holdridioho!

Werden tüchtige Leute
In den Vorstand gebracht,
Wird d'rüber 'ne schreckliche
Brühe gemacht!
Holdridioho!

Wer tüchtig mit Stahl
Und mit Eisen umgeht,
Der zeig', daß er auch
Bei den Wahlen feststeht!
Holdridioho!

Glaubt, Eisenarbeiter,
's wird besser wohl nie,
Wenn Ihr nicht brav wirkt
Für die Demokratie.
Holdridioho!

Otto: Die Ultramontanen haben neulich gesungen steht der Fels zu Rom.
Fritze: Ja, aber der päpstliche Stuhl wackelt!

Sprüche Sirach's.

1. Mein Sohn, nimm die Baumwolle aus deinen und höre, was ich Dir sagen werde, damit Du nicht einst mußt, wie es thut, wenn man an Ueberfluß von geistig schränktheit leidet.

2. Es ist besser, wenn man Neider, als wenn m leider hat. Der Gründer, dem Jeder den Strick gönn besser, als der arme Strick, dem man die Gr wünscht.

☞ Wonach zu achten!

Sollte im 6. Berliner Wahlkreise das Ungeheuere geschehen, daß ein Fortschritler durchkäme, so ist es nicht zu bezweifeln, daß derselbe im Reichstage eintreten würde für:

1) Erhöhung der Militärlasten;
2) Einführung des 18stündigen Normalarbeitstages und Erweiterung der Frauen- und Kinderarbeit;
3) Strenge Durchführung der Censur;
4) Einführung der Prügelstrafe;
5) Beseitigung des Coalitionsrechts für Arbeiter und endlich
6) Errichtung einer Colonie zur Deportirung aller dem Sozialismus huldigenden Agitatoren.

Sollte damit der Geldsack noch nicht gerettet sein, so dürfte gelegentlich der französische zweite December in's Deutsche übersetzt und durch einige Schreckensscenen vermehrt werden.

Hamborgers, lat Ju nich verblüffen!

De Hamborger Jungens, dat wet ja de Welt,
Lat sik an de Näs nich mehr föhren;
Wer sick unner Hamborgers Dösköpp' vörstellt,
Kriegt eklich de Woahrheit to hören.
De Hamborger deiht gern, so veel as he kann
Un socht em mal Eener to büffen,
So seggt he gemüthlich. „Ne, ne, lewe Mann,
Wi lat' uns nu nich mehr verblüffen!“

He deiht sine Schuldigkeit gern bi de Wahl
Um so för de Freiheit to streben,
D'rum will he ok keenen, de nich sozial,
Sin Stimm för den Riksdag mehr geben.
He wet, dat de Minschheit blot vörwärts noch kümmt
Un dat se nich brukt to vermüffen,
Wen he bi de Wahlen tosamen sick nimmt
Un sick lätt vun Keenen verblüffen!

Nu rögt Ju man, Jungens, damit wi toletzt
De Gegner's kriegt alle in'n Buddel,
Un wenn de „Reform“ ok noch immerto hetzt,
Dat gift d'rum noch keen Kuddelmuddel!
Wenn blot unse Lüd in den Riksdag mit sitt,
Denn könnt se mal düchtig utlüffen;
D'rum rögt Ju man, Jungens! und stimmt düchtig mit,
Denn kann Ju keen Minsch mehr verblüffen!

Hartmann muß durch!

Hurrah! Jetzt kommt es zur Stichwahl schon!
Auf, auf zum lustigen Streite!

Fünfzehntes Kapitel. Die Aera Tessendorf.

Ein aufs Bekanntwerden erpichter Staatsanwalt. — Tessendorfs Akas an die Berliner Polizeibehörde. — Tessendorfs erstes Auftreten als Ankläger in Berlin. — Die siebente Deputation. — Tessendorfs Strafanträge und das Kammergericht. — Tessendorfs Vorgehen gegen Most. — Andere Opfer Tessendorfs. — Tessendorf als Zerstörer der Arbeiterorganisationen. — Die Organisation in der Westentasche. — Tessendorf und die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie. — Die erste Vereinigungsversammlung in Berlin. — Die Agenten der geeinten Partei. — Kämpfe und Listen für das Vereinsrecht. — Die Erdrosselung der Gewerkschaften. — Tessendorfs Rechtsbegriffe. — Eine Protestversammlung. — Die Gründung der „Berliner Freien Presse“. — Die Allgemeine deutsche Assoziationsbuchdruckerei. — Die Abschiedsnummer des „Neuen Social-Demokrat“. — Hasselmann und die „Rote Fahne“. — Most in der Freiheit und sein Empfang. — Sein Vortrag über die Lösung der sozialen Frage. — Der Dühringkultus in Berlin. — Ein verlorener Setzerstreik. — Der Wahlkampf. — Eine Kampfstatistik. — Der Wahlsieg vom 10. Januar 1877. — Die Siegesfeiern auf Tivoli. — Die halberwachten Schläfer.

„Der Tessendorf, er ist der Held,
Der schlägt sie alle aus dem Feld,
Er stürmte stolz, er stürmte kühn
Des Fortschritts Burg, die Stadt Berlin.
Er ist, er ist, er ist
Der allergrößte Sozialist.“

Lied zur Feier des Wahlsiegs vom 10. Januar 1877.

Als Bebel und Liebknecht im Frühjahr 1871 in Leipzig als „Hochverräter“ in Untersuchungshaft saßen, erschien in der „Magdeburger Zeitung“ ein Artikel gegen sie, der sie der Mitschuld an Exzessen verdächtigte, welche damals in Zürich bei Gelegenheit einer Feier der deutschen Siege von Volksmassen gegen Deutsche verübt worden waren.

Da der Artikel augenscheinlich den Zweck hatte, die vorläufige Freilassung der Verhafteten zu hintertreiben, ließen diese durch ihren Verteidiger Freytag Verleumdungsklage gegen die „Magdeburger Zeitung“ erheben. Daraufhin erhielt Freytag von einem Staatsanwalt des Magdeburger Gerichts ein Schreiben, worin unter gehässigen Beschuldigungen gegen Bebel und Liebknecht erklärt wurde, die Staatsbehörde habe keinen Anlaß, sich für sie ins Zeug zu legen; wenn sie etwas wollten, so sollten sie nur die Privatklage erheben.

Dem Herr ward durch Freytag bedeutet, daß man seine Dienste gar nicht verlangt habe, seine bezüglichen Bemerkungen also ebenso unangebracht seien, wie die von ihm angeführten Beschuldigungen den Tatsachen widersprächen. Die Verleumdungsklage ging ihren Gang und führte zur Verurteilung des von der „Magdeburger Zeitung“ namhaft gemachten Verfassers des Artikels.

Damit war aber dem besagten Staatsanwalt durchaus nicht gedient. Unter dem 26. April 1871 schrieb er flugs an Freytag, es sei ihm eine anonyme Zuschrift zugegangen, von der er annehmen müsse, daß sie direkt oder indirekt von „Liebknecht und Genossen“ herrühre. Er sehe sich somit veranlaßt, Freytag und dessen Klienten anheim zu geben, ob es nicht zweckentsprechender sein würde, ihrem Aerger durch Veröffentlichung seiner Zuschrift Luft zu machen. Rücksicht auf seine Person brauchten sie dabei nicht zu nehmen.

Jetzt war klar, worauf der Biedermann hinaus wollte. Freytag erwiderte ihm daher kühl, Bebel und Liebknecht gehörten nicht zu den Leuten, die anonyme Briefe schreiben. Aber er, Freytag, könne ihnen auch nicht raten, die Zuschrift durch den Druck bekannt zu geben. Dem Herr Staatsanwalt werde die Nichtveröffentlichung indes nichts schaden.

„Ihr ganzes Verhalten in der vorliegenden Sache gibt mir der Beweis, daß Sie Ihre Karriere als königlich preußischer Staatsanwalt und Polizeimann in Preußen machen werden, auch wenn Ihr strammes Auftreten gegen die Herren Bebel und Liebknecht nicht an die Glocke der Oeffentlichkeit gehängt wird.“



00. Staatsanwalt Tessendorf vor den Blutrichtern der siebenten Deputation gegen angeklagte Sozialdemokraten plädierend

Das war am 28. April 1871 geschrieben. Nicht drei Jahre später sehen wir die — freilich unschwer zu machende — Vorhersage erfüllt und den auf das Bekanntwerden so versessenen Staatsanwalt zum Ersten Staatsanwalt am Stadtgericht Berlin befördert. Sein Name war Tessendorf. In der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts, insbesondere den Stadtgerichtsräten Reich, von Ossowsky und Giersch, fand er ein seinem staatsretterischen Eifer sehr weit entgegenkommendes Richterkollegium. Und daß Berlins Polizeipräsident von Madai ihm kongenial war, haben wir schon im vorigen Kapitel gesehen.

Indes genügte Herr Tessendorf diese Tatsache allein noch nicht. Er weihte seinen Amtsantritt durch eine, das Datum des 1. Januar 1874 tragende Zuschrift an Herr von Madai ein, in der er diesen aufforderte, bei allen Exzessen und jedem Widerstand gegen die Staatsgewalt „sehr gefälligst zu veranlassen“, daß „stets die polizeiliche Festnahme der Täter erfolge“. Er werde in allen diesen Fällen die vorläufige polizeiliche Festnahme aufrecht erhalten und seine betreffenden Anträge „meist schon durch den Hinweis auf die Höhe der zu erwartenden Strafe — (über 1 Jahr Gefängnis) — begründen können“.

In dem Register der zu ahndenden Exzesse werden auch die Versammlungssprengungen aufgeführt, die von Sozialdemokraten ausgehen würden. Sie würden sich „meist als schwerer Landfriedensbruch“ qualifizieren. Statt es also den durch Sprengungen Benachteiligten zu überlassen, ihr Recht, sofern sie es für angebracht hielten, selbst zu suchen, proklamierte sich Herr Tessendorf zum Hüter der Versammlungsfreiheit — wohlgemerkt, nicht gegen Sprengungen schlechtweg, sondern nur soweit „Sprengungen durch Sozialdemokraten“ in Betracht kämen.

Die einseitige, parteipolitische Tendenz konnte nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden. Und als am 13. Januar 1874 der unglückselige Lasker sich im preußischen Landtag dafür ins Zeug gelegt hatte, daß Versammlungssprengungen mit Gefängnis geahndet würden, und lobend hervorgehoben hatte, daß bei einem Streik in Magdeburg „Arbeiter, die ihre Genossen zur Arbeitseinstellung zwingen wollten, sofort verhaftet und binnen 4 Tagen mit 4 bis 5 Monaten Gefängnis bestraft wurden“, worauf sich solche Versuche nicht wiederholt hätten, da hielt es Herrn Tessendorf, den Urheber jener Verurteilungen, nicht länger, und seine Zuschrift an Madai erschien zwei Tage darauf zur Erbauung aller guten Bürger in der „Spenerschen Zeitung“.

Auch wurde den Berlinern zu wissen getan, daß bei Herrn Tessendorfs Fortgang von Magdeburg der Magistrat dieser Stadt ihm seinen „besonderen Dank für die erfolgreiche Bekämpfung der destruktiven Tendenzen“ öffentlich ausgesprochen hatte. Kein Zweifel, daß nunmehr Herr Tessendorf auch der Sozialdemokratie in Berlin den Garaus machen werde. Allerdings hatte in Magdeburg am 10. Januar 1874 die Sozialdemokratie trotz Tessendorf nahezu dreimal soviel Stimmen erhalten, als 1871. Indes, das bewies noch nichts, der Hydra mußte eben in Berlin der Kopf zertreten werden.

Der erste Vorstoß erfolgte am 9. Januar 1874. Frohme vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und Heinsch von den Eisenachern standen als Angeklagte vor der siebenten Deputation des Stadtgerichts, der erstere, um sich wegen einer Einsendung an den „Neuen Social-Demokrat“, die den Frankfurter Bierkrawall vom Sommer 1873 behandelte, der letztere, um sich wegen des ungeheuren Vergehens zu verantworten, auf die Rückseite eines Festprogramms das Greulichsche Gedicht: „Arbeitend leben oder kämpfend den Tod“ abgedruckt zu haben.

Gegen Frohme beantragte Herr Tessendorf anderthalb Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung, bezw., da Frohme nicht selbst erschienen war, steckbrieflichen Verfolgung.

Heinsch aber sollte das Verbrechen, ein Gedicht reproduziert zu haben, das schon seit Jahren in Deutschland unverfolgt in Liederbüchern verbreitet worden war, mit zwei Jahren Gefängnis büßen. Das Lied enthalte Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten und Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, erklärte Herr Tessendorf. Der Gerichtshof solle sich nur vorstellen, welche aufreizende Wirkung das Lied haben müsse, wenn es „von leidenschaftlichen Massen gebrüllt“ werde. Es gehöre „eine ungeheure Frechheit“ dazu, ein solches Lied drucken zu lassen, das „zu Mord und Totschlag auffordere“.

Und da Heinsch nicht zu den Lassalleanern gehöre, die doch wenigstens noch ein Vaterland anerkennten, sondern zu den Eisenachern, die weder Vaterland, Gott noch Religion hätten, so sei hier das höchste Strafmaß am Platz. Um die Verbüßung sicher zu stellen, empfehle sich auch hier sofortige Verhaftung.

Krasser konnte der Tendenzcharakter der Anklage, deutlicher der gehässig parteiische Standpunkt des Staatsanwalts nicht

kundgegeben werden, als durch diesen Strafantrag. Er ging denn auch selbst der siebenten Deputation zu weit. Aber sie fällte doch ein Erkenntnis, das eine juristische Ungeheuerlichkeit darstellt.

Heinsch wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt — man denke, wegen Abdruck eines Gedichts aus einem schon längst in Deutschland erschienenen Liederbuch. Und zwar war es ein Abdruck zum Zweck der Absingung des Liedes auf einem Arbeiterfest gewesen, wo kein Mensch an irgend welche Manifestation außerhalb des Festsaals dachte, wo vielmehr der zweite Teil in Theater-Aufführungen und Tanz bestanden hatte.

Das Kammergericht, an das Heinsch appellierte, setzte die Strafe denn auch auf ein Vierteljahr herab. Das war immer noch ein Vierteljahr zu viel, aber gegenüber dem ursprünglichen Strafantrag war die Ermäßigung doch eine schroffe Ablehnung der Tessendorfschen Parteijustiz.

Auch im Fall Frohme blieb das Gericht hinter Tessendorfs Strafantrag zurück. Statt 1½ Jahr ward auf 9 Monate Gefängnis erkannt, die vom Kammergericht auf 6 Monate reduziert wurden, und weder gegen Heinsch noch gegen Frohme wurde die sofortige Verhaftung für nötig erkannt.

Diese beiden Prozesse und insbesondere Form und Charakter der Tessendorfschen Anträge sind für die Verfolgungen, die nunmehr über die Sozialdemokratie in Berlin hereinbrachen, typisch. Leider ist es unmöglich, eine erschöpfende Zusammenstellung oder Statistik für Berlin zu geben, da der „Neue Social-Demokrat“ nicht über alle Prozesse berichtet hat, und auch der „Volksstaat“ nur einzelne Prozesse hervorhebt.[14]

101. Titelseite der ersten Nummer des von den Eisenachern herausgegebenen „Socialist“. 1874

Erwähnt sei daher zunächst, daß am 20. Februar Herr Tessendorf sich vergebens bemühte, das Kammergericht zum Umsturz einer vor seiner Epoche erfolgten Freisprechung Paul Grottkaus zu bewegen.

Dagegen gelang es ihm, den Arbeiter Gerstenberg wegen angeblicher Majestätsbeleidigung auf drei Monate hinter Schloß und Riegel zu bringen; und vier Wochen später eine Verurteilung Grottkaus in der ersten Instanz zu sechs Monaten Gefängnis zu erwirken. Das Vergehen Grottkaus sollte in dem Witzblatt „Die rote Laterne“ begangen sein, das Grottkau während des Wahlkampfes 1873/74 herausgegeben hatte.

Seinen ersten Hauptschlag sparte sich Tessendorf indes bis nach Schluß der ersten Session des neuen Reichstags auf. Kaum war der

[14] Eine Statistik aller Prozesse gegen Sozialdemokraten seit dem Auftreten Lassalles veröffentliche der „Frankfurter Volksfreund im Juli 1877. Sie gibt die Zahl 2.843; nahezu vier Fünftel davon, also rund 2.200 entfallen auf die Jahre nach 1871, wovon wieder gut drei Viertel der Aera Tessendorf angehören.

Sessionsschluß erfolgt, so ließ er den sozialistischen Abgeordneten Johann Most, der damals in Mainz wohnte, mittels telegraphischer Requisition dort verhaften und unter Polizeibegleitung nach Berlin zurückholen. Hätte Most nicht mit Hülfe von Freunden die Reisekosten aufbringen können, so würde er ungeachtet seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter per Schub nach Berlin gebracht worden sein.

Ueberhaupt wurde bei allen Anklagen des Herrn Tessendorf von der Untersuchungshaft der weitestgehende Gebrauch gemacht. Ziemlich gleichzeitig mit Most wurde der Maschinenbauer Arthur Slauk in Untersuchungshaft genommen, weil er in einer Rede gegen den § 130 des Strafgesetzbuches verstoßen haben sollte. Seinen Freunden und Parteigenossen war es unmöglich, eine Unterredung mit ihm zu erlangen, und nach vier Wochen Haft ward er zu sechs Monat Gefängnis verurteilt.

Most konnte man nicht in gleicher Weise von der Oeffentlichkeit abschließen, aber man steckte ihn anfangs auch mit gemeinen Verbrechern zusammen in Untersuchungshaft. Am 16. Mai kam die Anklage gegen ihn vor der siebenten Deputation zur Verhandlung. Sie betraf einen Vortrag über die Pariser Kommune, den Most am 23. März bei den Eisenachern gehalten hatte.

Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß Most, der sonst als Redner gewiß hinzureißen verstand, gerade an jenem Abend seine Freunde durch die ganz und gar nicht feurige Art seines Vortrages überrascht hatte. Niemand, der den Vortrag mitangehört hatte, hätte auch nur im Traum daran gedacht, daß auf Grund seiner eine Anklage erfolgen und Erfolg haben könne.

Aber Tessendorf hatte es eben persönlich auf Most abgesehen. In der vorerwähnten Verhandlung gegen Heinsch hatte er auf den Vorhalt, daß das Greulichsche Arbeiterlied im Mostschen Arbeiter-Liederbuch stehe, erwidert, er werde mit Most, der ihm als gefährlicher Sozialdemokrat bekannt sei, „schon bei Gelegenheit ein Hühnchen rupfen“. Diese Gelegenheit bot ihm der Vortrag über die Kommune, und das Hühnchen bestand in den Schlußworten Mosts, die Sozialdemokratie erstrebe eine friedliche Lösung, sie überlasse es den herrschenden Klassen, zwischen Reform und Revolution zu wählen.

Das sei „eine freche Drohung“, erklärte Tessendorf und verlangte für sie nicht weniger als zwei und ein halbes Jahr Gefängnis! Ganz so viel bewilligten die Richter nun nicht, indes fiel auch die von ihnen verfügte Strafe unerhört hoch aus: nämlich auf ein und ein halbes Jahr Gefängnis. Man denke, anderthalb Jahr für eine fast rein akademische Bemerkung!

Die von Most dagegen eingelegte Berufung erwies sich als fruchtlos. Im Gegenteil stimmte die bezügliche Abteilung des Kammergerichts Herrn Tessendorf bei, der gegen das Erkenntnis u. a. daraufhin Berufung eingelegt hatte, daß die Erst-Richter in der Bemerkung, das stehende Heer sei eine nichtswürdige Einrichtung, keine Beleidigung der Angehörigen des Heeres hatten erblicken können. Das Kammergericht fand die Bemerkung doch beleidigend und verfügte eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 7 Monat über Most, die dieser im Plötzenseegefängnis verbüßt hat, wohin er als gemeiner Verbrecher

im „ grünen Wagen“ transportiert ward, und wo er die ersten Monate auch als gemeiner Verbrecher behandelt wurde.

Am gleichen Tage, wo Most vor der siebenten Deputation stand, kamen vor dieser auch Anklagen gegen August Kapell und den Kolporteur Beck zur Verhandlung. Beck sollte in einer Versammlung Majestätsbeleidigung begangen und Kapell zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben, und beide waren daraufhin in Untersuchungshaft genommen worden. Tessendorf beantragte gegen Kapell 1 Jahr und gegen Beck 2½ Jahr Gefängnis.



102 u. 103. Mitgliedskarten von in der Aera Tessendorf unterdrückten Organisationen

104 u. 105. Mitgliedskarten von in der Aera Tessendorf unterdrückten Organisationen

Der Gerichtshof erkannte gegen Kapell auf 9 Monate, die vom Kammergericht auf 3 Monate reduziert wurden, und gegen Beck auf 1 Jahr Gefängnis. Wie bei Most wurde auch hier die Untersuchungshaft nicht in Anrechnung gebracht.

Von weiteren damaligen Verurteilungen Berliner Genossen seien erwähnt: Schweckendiek (Tischler) 3 Monate, C. Becker (Weber) 9 Monate, H. Szimmat (Schuhmacher) 3 Monate, Ecks (Zigarrenarbeiter) 6 Monate, Schmitz (Tischler) 12 Monate, Hurlemann (Maurer) 6 Monate, Grottkau (Schriftsteller) 6 Monate, Körner (Maurer) 3 Monate usw. usw.

Alle diese Verurteilungen bezogen sich auf Reden oder Artikel. Aber die Tessendorfsche Aktion beschränkte sich nicht darauf, das gesprochene oder geschriebene Wort zu verfolgen. Sie galt auch in nicht minderem Grade der sozialistischen Organisation, welcher Teil des Feldzugs gleichfalls sofort nach Schluß der Reichstagssession ins Werk gesetzt wurde.

Am 8. Juni 1874 fand in Berlin bei allen hervorragenden Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in früher Morgenstunde Haussuchung statt[15]. Eine große Masse von Schriftstücken aller Art

[15] Von der Haussuchung bei Hasenclever und August Kapell wußte das „Berliner Tageblatt“ zu berichten, daß die Beamten die Wohnung verschlossen fanden und von Viertelstunde zu Viertelstunde mit der höflichen Bitte vertröstet wurden, den Genannten zu erlauben, sich erst zu waschen und Toilette zu machen. Inzwischen aber hätten die Schornsteine der betreffenden Wohnungen lustig gequalmt und habe der Zugwind ganze Haufen halbverkohlter Papiere über die Dächer und anstoßenden Löse entführt. Die Blätter seien jedoch von nicht-sozialdemokratischen Handwerkern gesammelt und der Behörde abgeliefert worden. Sie seien keineswegs, wie behauptet worden, so harmlose Dinge, wie alte Liebesbriefe, wenn es auch schwer fallen werde, „aus ihnen ein Beweismaterial für mehr als die Verletzung einiger Paragraphen des Vereinsgesetzes zusammenzustellen“.
Ironisch bemerkte der „Neue Socialdemokrat“ dazu, was Hasenclever und Kapell so schleunig verbrannt hätten, seien Staatspapiere und Hunderttalerscheine aus der Kasse des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewesen. Im Leitartikel seiner Nummer vom 19. Juni hob er aber mit Recht hervor, daß die Presse nur durch groben Bruch des Amtsgeheimnisses vom Inhalt der konfiszierten Papiere Kenntnis erlangt haben könne. Wer das strafgesetzlich zu ahndende Amtsvergehen begangen

wurden zusammengepackt und nach dem Molkenmarkt zur Untersuchung befördert. Schon in den nächsten Tagen ward der Presse mitgeteilt, daß es sich bei der großen Haussuchung um Feststellung von ungesetzlichen Verbindungen gehandelt habe.

Bezeichnend für die Haltung der bürgerlichen Presse dazu ist, daß eine durch liberale Zeitungen laufende Notiz erklärte, man habe aus der Tatsache, daß die Regierung nicht längst eingeschritten sei, geschlossen, sie betrachte das Verbindungsverbot des preußischen Vereinsgesetzes gegen politische Vereine für überlebt, wenn sie aber jetzt doch zu ihm ihre Zuflucht nehme, so werde sie „Niemand, dem es mit der Erhaltung der staatlichen und sozialen Ordnung ernst ist, darum tadeln“.

Mit diesem Freibrief ging Tessendorf an die Arbeit. Unterm 25. Juni 1874 wurde der Allgemeine deutsche Arbeiterverein zu Berlin für geschlossen erklärt und gegen Hasenclever Voruntersuchung wegen Verletzung der Vorschriften des Vereinsgesetzes eingeleitet.

Aber nicht genug damit, erfolgten auch alsbald Schließungen einer Reihe von Gewerkschaften (Maurer, Schuhmacher, Zimmerer usw.) und etwas später ward die Berliner Mitgliedschaft der Eisenacher Partei gleichfalls für einen Verein erklärt und wegen Verbindung mit anderen „Vereinen“ geschlossen. Ebenso der Arbeiterfrauen- und Mädchen-Verein. Alles natürlich zunächst „vorläufig“. Aber durchgängig bestätigten die Gerichte die Schließungen und verurteilten die Vorstände der betreffenden Organisationen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu Gefängnis.

Die erste Zeit nach Schließung der Organisationen wurden auch alle Versammlungen, die von bekannteren Mitgliedern jener einberufen waren, oder in denen solche Mitglieder auftraten, aufgelöst. Nur ausnahmsweise gelang es, unter anderer Firma Versammlungen abzuhalten. So fanden im August 1874 zwei „Versammlungen der Steuerzahler Berlins“ statt, die sich mit der Frage der städtischen Steuer befaßten und in denen Hasselmann als Hauptredner auftrat, und solcher Versammlungen gab es auch später allerhand. Aber jede Schaffung einer politischen Organisation ward zunächst unmöglich gemacht, so daß im September die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Verbands freiwillig dessen Auflösung beschlossen.

Den Sitz des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins hatte Hasenclever schon unterm 10. Juni nach Bremen verlegt und damit die Gesamtorganisation dem Henkerbeil des preußischen Vereinsgesetzes entzogen.

Auch wurde vom 1. Juli ab unter dem Titel „Lassallesche Westentaschenzeitung“ ein Blatt im Westentaschenformat herausgegeben, das nur Abrechnungen der Partei und kurze Mitteilungen für die Mitglieder veröffentlichte und bei monatlich einmaligem Erscheinen vierteljährlich 6½ Sgr. kostete.

Selbstverständlich witterte Herr Tessendorf sehr bald, daß diese Zeitung nur den Zweck habe, den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein in Preußen fortzusetzen. Er ließ in der Expedition des

hatte, unterlag keinem Zweifel.

„Neuen Social-Demokrat“ nach ihr und den Büchern über ihren Vertrieb Haussuchung halten und erhob dann gegen ihren Expedienten, den von Hamburg nach Berlin übersiedelten Lassalleaner Heinrich Rackow, und den Parteisekretär Karl Derossi entsprechende Anklagen.

Als diese aber am 18. März 1875 zur Verhandlung kamen, amtierte als Vertreter der Staatsanwaltschaft nicht Herr Tessendorf, sondern der mit etwas mehr juristischem Empfinden und Takt behaftete Staatsanwalt Simon von Zastrow, und dieser ließ das Monstrum von Anklage freiwillig fallen.

Mittlerweile war — im Februar 1874 — die „Lassallesche Westentaschenzeitung“ wieder eingegangen. An ihrer Stelle erschien, vom März 1875 ab, von Heinrich Ecks herausgegeben und von Heinrich Schnabel expediert, in etwas größerem Format die Wochenschrift „Der Agitator“ zum Preise von 90 Pf. vierteljährlich. Gleich in der ersten Nummer kündigte Ecks an, daß die Ueberschüsse des Blattes „zur Agitation für das Recht der arbeitenden Klassen verwendet würden.



106. Johann Most

Für die Eisenacher gaben Hugo Adam und Eduard Bernstein eine Halbmonatsschrift „Der Socialist“ heraus, von der 8 Nummern erschienen und die ihrem verantwortlichen Redakteur, dem Weber Albin Schuster, 3 Monat Gefängnis wegen des Satzes eintrug, daß Napoleon III. nach Sedan als „lieber Bruder“ auf Wilhelmshöhe herrlich und in Freuden gelebt habe, während namenloses Elend über sein Land hereingebrochen sei. Herr Tessendorf hatte für das Vergehen nicht weniger als drei Jahre Gefängnis beantragt.

Die Veröffentlichung des „Socialist“ wurde eingestellt, nachdem die Berliner Eisenacher im Oktober 1874 einen „Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ gegründet hatten, den die Polizei vorläufig unbehelligt ließ. Auf Lassallescher Seite wurde Anfang Februar 1875 ein Arbeiterwahlverein für Berlin gegründet, der ebenfalls zunächst von der Polizei verschont blieb.

Inzwischen hatten im Herbst 1874 Verhandlungen zur Vereinigung der beiden streitenden sozialistischen Parteien ihren Anfang genommen und bald so starken Anklang gefunden, daß ihr schließlicher Erfolg nicht mehr in Frage gestellt werden konnte.

Es wäre zuviel gesagt, daß das Verdienst dafür ausschließlich Herrn Tessendorf gebührte, auch eine Reihe anderer Faktoren wirkten mit großer Kraft zugunsten der Vereinigung.

Nr. 1. Monat Januar. 1875.

Lassalle'sche Westentaschenzeitung für Arbeiter.

Erscheint monatlich einmal. | Verantwortlicher Redacteur H. Rackow in Berlin, Oranienstr. 8. | Preis vierteljährlich auf der Post 75 Pf.

Bei directer Bestellung bei der Expedition, Berlin S. O., Oranienstraße 8, 60 Pf. pr. Quartal. Bei gemeinsamer Bestellung mehrerer Abonnenten tritt eine Ermäßigung des Abonnementspreises von 50% ein.

Neujahrsgruß!

Heute treten wir an unsere Freunde heran mit dem Wunsche, daß im neuen Jahre, das neueste literarische Kind der deutschen Social-Demokratie, die „Lassalle'sche Westentaschen-Zeitung“ zur Freude aller Gesinnungsgenossen recht gedeihe und wachse; ein kleines Kind allerdings ist diese Zeitung, aber ein recht braves und gutes.

Sein Gedeihen ist wichtig für die große Idee des Socialismus; mit seinem kräftigen Aermchen zerdrückt es, wie einst Herkules in der Wiege, die Schlange, die Schlange der Zwietracht und des ohnmächtigen Hasses.

Nehmt deshalb den kleinen Riesen wohl auf; erfreut euch an seinen Kraftanstrengungen und an dem Aerger aller derer, die dem Kinde nicht wohl wollen.

107. Erste Seite der Lassalleschen Westentaschenzeitung

Zweidrittel der Originalgröße

So mußten die Abgeordneten der beiden Parteien im Reichstag sich wohl oder übel über ihr dortiges Vorgehen verständigen, da Herr von Forckenbeck, der parteiischste Präsident, den der Deutsche Reichstag noch gehabt, kategorisch erklärte, die

Sozialdemokraten nur als eine Parlamentsgruppe berücksichtigen zu können, und das Auftreten der Lassalleanischen und der Eisenacher Abgeordneten im Reichstag zeigte, daß allerdings irgend welche erhebliche politischen Differenzen zwischen den beiden Parteien nicht mehr bestanden.

Ganz von selbst war auch nach Beendigung der Reichstagswahl von 1874 der Ton der Polemik in den beiderseitigen Parteiorganen ein milderer geworden. Kurz, die Vereinigung wäre sicher auch ohne Herrn Tessendorf gekommen. Aber Ehre dem Ehre gebührt. Schwerlich wäre sie ohne das System Tessendorf so schnell gekommen und so glatt vonstatten gegangen, wie es nun geschah. Und die erste Einigungsdemonstration vollzog sich in Berlin, wo Herr Tessendorf das Szepter schwang.

Nachdem im „Neuen Social-Demokrat“ vom 11. Dezember 1874 Hasenclever an der Spitze des Blattes von den eröffneten Einigungsverhandlungen Kenntnis gegeben hatte, fand aus Anlaß einer Vorbesprechung, an der außer den beiderseitigen Abgeordneten von Berliner Lassalleanern Ecks und Fritzsche, von den Berliner Eisenachern Bernstein und Heinrich teilgenommen hatten, im Saal des Handwerkervereins die erste gemeinsame Volksversammlung in Berlin statt. Der Andrang zu ihr war ein ungeheurer. Von Anfang an wurden die Tische entfernt, bald hieß es aber auch „Stühle hinaus,“ und über die Köpfe der dicht gedrängt oder vielmehr gepreßt stehenden Masse wanderten die Stühle aus dem Saal hinaus — ein eigenartig berührender Anblick.

Die sieben auf freiem Fuß befindlichen sozialistischen Abgeordneten: Seib, Liebknecht, Motteler, Vahlteich von den Eisenachern, Hasenclever, Hasselmann, Reimer von den Lassalleanern sprachen, alle mit stürmischem Beifall begrüßt. Aus der Versammlung heraus äußerten der stets querköpfige Aurin und der Lassalleaner Merkel Bedenken gegen den Bestand der Vereinigung und meinten, ein friedliches Nebeneinander der beiden Fraktionen genüge; sie stießen aber auf allgemeinen Widerspruch, vier Lassalleaner: A. Bäthke, A. Paul, P. Höppner und M. Schulz, traten ihnen unter lebhafter Zustimmung der Versammlung entgegen.

Es war überraschend, wie schnell gerade in der Stadt, wo die bittersten Fraktionskämpfe stattgefunden hatten, der Einigungsgedanke in die Herzen eingezogen war. Die Einigungsresolution wurde nach beendigter Debatte einstimmig angenommen und beschlossen, den inhaftierten Abgeordneten Bebel und Most ins Gefängnis Nachricht von dem Beschluß zu geben. Damit endete diese bemerkenswerte Manifestation, deren überwältigendem Eindruck sich kein Teilnehmer entziehen konnte.

An der Vorkonferenz in Gotha, die den Entwurf von Statut und Organisation der geeinten Partei ausarbeitete, nahmen von damals in Berlin lebenden Genossen Hasenclever, Hasselmann, die Gebrüder Kapell und Ed. Bernstein teil. Auf dem Einigungskongreß selbst war Berlin durch

Herkules, der griechische Sagenheld, hat später den Stall des Augias gereinigt; er leitete die Fluthen des Eurotos hindurch, und Reinlichkeit und Frische trat an Stelle der dumpfen Atmosphäre.

Und so wird auch unser kleiner Held trotz allen Verfolgungen und Anfechtungen mithelfen an dem großen Reinigungswerk des Menschheitsstalles. Die Ställe des Augias in ihrer Ueberfülle des Unflaths, in ihrer stinkenden Dumpfheit — sie werden weit, weit übertroffen durch den Unflath, durch die Gemeinheit, welche aufgehäuft liegen in dem Menschheitsstalle, der vielfach — es kommt uns wie Ironie vor — Gottestempel genannt wird.

Der neue Herkules aber ist erstanden, der Socialismus in seiner gewaltigen Heldenkraft hat dies Reinigungswerk übernommen!

Die Dunkelmänner, ob schwarz oder goldstrahlend, sie können den Unflath des großen Augiasstalles der Welt nicht mehr retten — die Fluthen des Eurotos strömen hindurch, die silberhellen Wellen der Volksaufklärung, der Freiheit und des Menschenrechts.

Und an dieser Herkulesarbeit betheiligt sich auch die „Westentaschenzeitung“

Sie selbst wachse und gedeihe; es gedeihe aber vor allem das große Befreiungswerk der Menschheit.

Mit diesem Zuruf begrüßen wir im neuen Jahre unsere Freunde.

108. Zweite Seite der Lassalleschen Westentaschenzeitung

Fritzsche, Hasselmann, Hurlemann und Rackow vom Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein und Baumann und Mille von den Eisenachern vertreten.

Die ersten Bevollmächtigten oder, wie der Titel damals lautete, „Agenten“ der geeinten Partei für Berlin waren der Schriftsetzer Karl Greifenberg und der Drechsler A. Bäthke, welch letzterer einige Monate darauf zurücktrat und durch August Heinsch ersetzt wurde.

Der Berliner Arbeiter-Wahlverein wurde aufgelöst und an seiner Stelle ein „Sozialistischer Arbeiter-Wahlverein für Berlin“ gegründet, der sich am 15. Juli 1875 konstituierte und H. Rackow und W. Wißmann zu Vorsitzenden, A. Baumann und A. Küster zu Schriftführern, B. Breul und H. Grimpe zu Kassierern und August Heinsch zum Geschäftsführer wählte. Aber weder diesem Verein noch der Mitgliedschaft der geeinten Partei war ein langes Leben in Berlin beschieden.

Am 21. März 1876 wurde auf Beschluß der Ratskammer des Stadtgerichts der „Sozialistische Arbeiter-Wahlverein“ polizeilich geschlossen, und zehn Tage darauf machte Herr Tessendorf bekannt, daß auf seinen Antrag die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands für den ganzen Geltungsbereich des preußischen Vereinsgesetzes und speziell die Berliner Mitgliedschaft des Vereins vorläufig geschlossen seien.

Wieder einmal war die Sozialdemokratie Berlins jeder Organisation beraubt. In Hamburg gab die Partei aufs neue ein Monatsblättchen: „Der Wähler, Organ zur Förderung sozialdemokratischer Wahlen“ heraus, dessen Verbreitung Herr Tessendorf in Berlin nicht verhindern konnte, das aber auch unter den damaligen Verhältnissen keinen ausreichenden Ersatz für eine leistungsfähige Organisation zu bieten vermochte.

Wie eine solche schaffen, ohne daß sie von Polizei und Staatsanwaltschaft sofort für eine Fortsetzung des aufgelösten Vereins erklärt werden konnte? Nach etlichem Nachdenken darüber versuchte man folgenden neuen Weg.

Nachdem wieder eine Anzahl Versammlungen mit brutaler Willkür aufgelöst worden waren, wurde am 30. April 1876 am Schluß einer Volksversammlung, in der Grottkau einen ziemlich akademischen Vortrag über die Bedeutung der Organisation der Arbeiterklasse gehalten hatte, eine fünfköpfige Kommission mit dem Mandat gewählt, ein Statut für einen Verein der werktätigen Bevölkerung Berlins auszuarbeiten, das allen Anforderungen des Vereinsgesetzes entspräche.

Diese Kommission nun ging in ihrer Gesetzlichkeitsliebe so weit, daß sie die Sitzung, in der sie das Statut beraten wollte, der Polizei pflichtgemäß anmeldete, und die Polizei belohnte diese getreue Beobachtung des Gesetzes dadurch, daß sich an dem betreffenden Tage — es war gerade Bußtag — ein Offizier und ein Schutzmann in der im Norden Berlins vier Treppen hoch gelegenen Wohnung des Zigarrenarbeiters Jakob Winnen einfanden und an einem schon ziemlich baufälligen Tisch der etwas trockenen Statutenberatung lauschten. Das war am Nachmittag.

Am Abend desselben Tages fand nun im Handwerkerverein eine große Volksversammlung statt mit Wilhelm Bracke als Referenten über das Thema: „Die ‚Roheit‘ der arbeitenden Klassen und die Arbeiterbewegung.“ Das Thema und der Name des Referenten hatten für Ueberfüllung des Saales gesorgt. Ehe jedoch Bracke sein Referat begann, nahm E. Bernstein als Mitglied der besagten Kommission das Wort, verlas das am Nachmittag beratene Statut, indem er bemerkte, daß es durchaus dem Statut der Organisation der Fortschrittspartei nachgebildet sei, und forderte zur vorläufigen Einzeichnung in aufgelegte Listen des neuen Vereins auf, der „Wahlverein der Sozialdemokraten Berlins“ heißen solle.

Da die in die Volksversammlung zur Ueberwachung geschickten Polizisten keine Instruktion über ihr Verhalten zu einer Vereinsgründung, sondern nur den Auftrag hatten, über das Referat Brackes zu berichten, gingen Verlesung und Einzeichnung um so unbehinderter vorüber, als der Referent über das Statut nicht zu betonen verfehlt hatte, daß die Beratung in Gegenwart von Vertretern der heiligen Hermandad erfolgt war, und man hatte jetzt die Namen und Adressen von gegen 800 organisationsbereiten Berliner Arbeitern.

Im übrigen nahm die Versammlung ihren programmäßigen Verlauf, und Bracke unterließ nicht, in seinem mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag auf die wirksame Bekämpfung der Roheit durch die Arbeiterorganisationen hinzuweisen.

Das Wort war nun an der Polizei. Was sollte sie tun? Von Anfang bis zu Ende war die Gründung des neuen Vereins unter der Aufsicht von Polizeibeamten erfolgt, von irgend einem Zusammenhang mit einer früheren Organisation konnte keine Rede sein. Aber die Sozialdemokraten Berlins sollten einmal keinen Verein haben.

Und so half man sich damit aus der Verlegenheit, daß man den Verein zwar nicht verbot, aber auch das eingereichte Statut nicht bestätigte. Als am 15. Mai der Arbeiter Emil Dastig als Vorstandsmitglied des Vereins zum Polizeipräsidium ging, die ausgebliebene Bestätigung einzufordern, erhielt er auf seinen Vorhalt, daß § 2 des Vereinsgesetzes sofortige Bestätigung vorschreibe und die Vorenthaltung ungesetzlich sei, ein lakonisches „Ja“ zur Antwort, und als er nicht gleich ging, den brutalen Hinweis: „Dort ist die Tür!“ Deutlicher konnte man nicht kundtun, daß nicht das Gesetz bestimmend sei, sondern die Gewalt.

Unter diesen Umständen faßte der an Ideen unerschöpfliche August Heinsch den kühnen Entschluß, einmal den Löwen in seiner Höhle aufzusuchen, nämlich die für die Polizei in Preußen verfassungsrechtliche maßgebende Persönlichkeit direkt zu „stellen“. Zusammen mit den anderen Vorstandsmitgliedern des neuen Vereins kam er um eine Audienz beim Minister des Innern ein, die ihnen auch bewilligt wurde.

Und am Freitag, den 2. Juni 1876, sah der Minister, Graf Fritz Eulenburg, sechs Umstürzler in seinem Amtszimmer. Heinsch und Genossen setzten ihm die Lage der Dinge auseinander; sie wiesen ihm nach, daß das Verhalten der Polizei den Bestimmungen des Vereinsgesetzes direkt ins Gesicht schlage, und erklärten ihm höflich aber bestimmt, sie würden den neugegründeten Verein so lange aufrecht erhalten, als ihnen nicht rechtsmäßig der Nachweis geliefert worden, daß er tatsächlich nur eine Fortsetzung des geschlossenen Wahlvereins sei. Würde ihnen jedes Recht der Vereinsgründung genommen werden, dann würden sie ihre Gesinnungsgenossen veranlassen, in die fortschrittlichen Bezirksvereine einzutreten und so deren Vereinsrecht gleichfalls illusorisch zu machen, da jene Vereine ja, sobald Sozialdemokraten Mitglieder wären, konsequenterweise auch geschlossen werden müßten.

An die Social-Demokraten Deutschlands.

Parteigenossen!

Immer dringender tritt die Nothwendigkeit an die deutschen Arbeiter heran, die gesammte Socialdemokratie Deutschlands zu einer einheitlichen Partei zu verschmelzen. Umsomehr ist dies der Fall, als die verschiedenen Differenzpunkte, welche bisher das Zusammengehen aller Social-Demokraten Deutschlands verhindert haben, im Laufe der letzten Jahre ausgeglichen und durch die heftigen Verfolgungen, welchen die Socialdemokratie seitens ihrer Gegner ausgesetzt ist, zu Gunsten einheitlichen Widerstandes überwunden wurden.

Seit drei Monaten haben wiederholt Besprechungen stattgefunden, welche die Einigung der Social-Demokraten Deutschlands in einer festorganisirten Arbeiterpartei nach Kräften anstrebten. Heute nun sind wir im Stande, einen weiteren Schritt zur Begründung dieser Arbeiterpartei zu thun, derselbe erfolgt im Einverständniß mit Euch, Parteigenossen, die Ihr schon in vielen Versammlungen der erwähnten Einigung Eure Sympathien kund gegeben habt. Und so laden wir Euch denn ein zur Beschickung

eines Congresses der Social-Demokraten Deutschlands,

welcher am 23., 24. und 25. Mai d. J. in Mitteldeutschland, an einem noch näher zu bestimmenden Orte, stattfinden wird.

Die Tagesordnung dieses Congresses lautet:

1. Die Vereinigung der Social-Demokraten Deutschlands.
2. Das Programm der neu zu begründenden Arbeiterpartei.
3. Die Organisation dieser Partei.
4. Die Presse dieser Partei.
5. Die Partei-Agitation.
6. Wahl der Parteibehörden.

Die Besucher (Delegirten) des Congresses haben sich durch Vollmachten (Mandate) zu legitimiren. In jeder Vollmacht muß der Wohnort und die Zahl der vertretenen Gesinnungsgenossen angegeben und durch einen bekannten Parteigenossen beglaubigt sein. Ein Delegirter darf nicht mehr als vierhundert Parteigenossen, welche auch an verschiedenen Orten wohnen können, vertreten.

Damit die Verhandlungen über die Tagesordnung am Sonntag, 23. Mai, ohne Aufenthalt beginnen können, werden die Delegirten ersucht, schon des Sonnabends, den 22. Mai, spätestens 8 Uhr Abends, am Orte des Congresses einzutreffen, um an diesem Abend noch das Bureau des Congresses und die Mandats-Prüfungs-Commission zu wählen.

Parteigenossen! Gleichzeitig mit diesem Aufruf werden zwei Entwürfe veröffentlicht, aus denen Ihr entnehmen könnt, wie weit die Verhandlungen bezüglich einer gemeinsamen Organisation und eines Partei-Programm's gediehen sind. Diese Entwürfe, welche dem Congreß unterbreitet werden, berathet in allen Einzelheiten, damit kein Schritt, welcher zur Vereinigung hinführt, ungeprüft bleibe.

Ueberall, wo das arbeitende Volk Deutschlands im Kampfe mit der Kapitalmacht und der Reaktion begriffen ist, überall, wo die Social-Demokratie Deutschlands ihr Banner entfaltet und ihre Heimstätte begründet hat, rüstet Euch zur Beschickung des Congresses.

Parteigenossen! Es gilt ein Werk zu schaffen, an dem die Verfolgungswuth der Gegner der Arbeitersache zerschellen muß und auf dessen fester Grundlage die Partei sich mächtig und siegesfreudig entfalten kann. Wir sind Eurer Mitwirkung hierbei gewiß!

Mit socialdemokratischem Gruß!

I. Auer. Ed. Bernstein. W. Bock. August Geib.
G. W. Hartmann. W. Hasenclever. W. Hasselmann.
Aug. Kapell. Otto Kapell. C. Krämer. W. Liebknecht.
Julius Motteler. H. Ramm. P. C. Reinders. Jacob Schmidt.
Jul. Vahlteich. Walther. Conrad Wade.

Druck von C. Ihring Nachf. (M. Berein) in Berlin.

109. Aufforderung zur Delegiertenwahl für den Gothaer Einigungskongreß. 1875
Berliner Flugblatt

Der Minister, der, wie alle Minister, von keinerlei Gesetzwidrigkeit in seinem Ressort etwas zu wissen behauptete, versprach, der Sache genauer nachforschen zu wollen, und dann Antwort zu erteilen, die indes sehr lange auf sich warten ließ. Die willkürliche Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts dauerte noch eine ganze Weile in ungeschwächter Kraft an.

Irgendwelche bestimmte Richtschnur, was verboten sei und was nicht, gab es nicht mehr. Leute wurden Versammlungen erlaubt und die nächste Woche nicht, die eine Gewerkschaft durfte sich neuorganisieren, die andere nicht.

Als Hasselmann am 26. Mai 1876 eine Maurerversammlung einberief, wurde ihm, der doch vorher keiner Maurerverbindung angehört hatte, die Bescheinigung mit der Erklärung verweigert, daß

„das Polizeipräsidium im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft für erwiesen annimmt, daß es sich nur um die Fortsetzung der Tätigkeit der geschlossenen hiesigen Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes handelt“.

Auf Beschwerde beim Minister erhielt Hasselmann die Antwort, daß in dem vorliegenden Falle „durch konkludente Tatsachen der Zusammenhang der angemeldeten Versammlung mit der Tätigkeit eines geschlossenen Vereins festgestellt worden ist.“

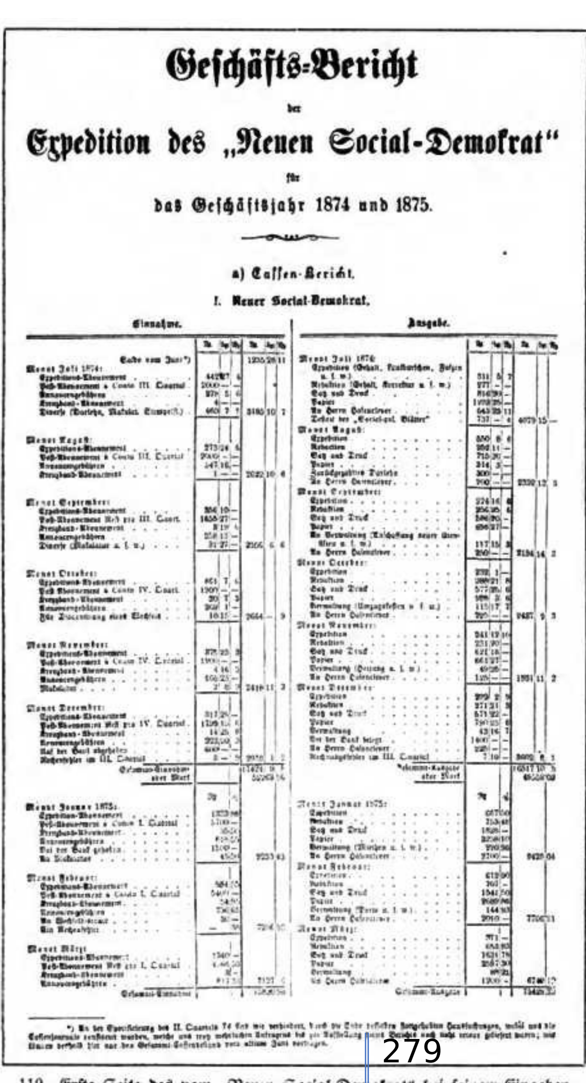
Das lautete so bestimmt, wie nur irgend möglich. Kein Zweifel, die Polizei hatte zwingende Beweise in der Hand.

Hasselmann setzte sich also hin und schrieb an die Staatsanwaltschaft, er verlange entweder Zurücknahme der ihn in seinem verfassungsmäßigen Recht, Versammlungen einzuberufen, schädigenden Behauptung, oder Erhebung einer Anklage gegen ihn wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Und nun vernehme man, welche Antwort ihm darauf von Tessendorf zuteil wurde.

Hasselmanns Prinzipalantrag sei gegenstandslos, da das Polizeipräsidium die Erteilung der Bescheinigung nicht auf seine, Tessendorfs, Verfügung, wenn auch im vollen Einverständnis mit ihm, verweigert habe. Dem Eventualantrag, Erhebung einer Anklage, könne aber keine Folge gegeben werden, weil — man höre — „in der von Ihnen — als vorgeschobenen Person — erfolgten Anmeldung der Versammlung noch keine Beteiligung an dem geschlossenen Verein, sondern nur der — nicht strafbare — Versuch zu finden ist, dem gewerkschaftlichen Verein im Interesse der sozialistischen Arbeiterpartei das Feld erneuter Tätigkeit zu eröffnen“.

Das war der „konkludente Beweis“, von dem das Polizeipräsidium geschrieben hatte! Mit solch schäbiger Begründung wurde den Arbeitern das gesetzlich verbürgte Vereins- und Koalitionsrecht verkümmert.

Hasselmann verlas und kommentierte diese Korrespondenz mit Polizei und Staatsanwalt in einer von drei großen Volksversammlungen, die am 30. Juli 1876 stattfanden und dem Protest gegen die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts galten. In den beiden anderen Versammlungen referierten Otto Reimer und der inzwischen frei gekommene Johann Most.



Geschäfts-Bericht

der

Expedition des „Neuen Social-Demokrat“

für

das Geschäftsjahr 1874 und 1875.

a) Cassen-Bericht.

I. Neuer Social-Demokrat.

Einnahme. | Ausgabe.

110. Erste Seite des vom „Neuen Social-Demokrat“ bei seinem Eingehen veröffentlichten Geschäftsberichtes. 1875

Die von den Rednern in diesen Versammlungen angeführten Beispiele von Polizeiwillkür und Polizeilogik rissen die Hörer bald zu Heiterkeitsausbrüchen und bald zu lebhaften Entrüstungsbezeugungen hin. Einstimmig ward überall eine Resolution angenommen, in der es hieß, das Verfahren der Polizei sei „Reaktion, gegen welche die Hinkeldey-Manteuffelsche Zeit sogar noch freisinnig erscheint“, im übrigen aber die Ueberzeugung ausgedrückt wird, daß „alle Anstrengungen der Herren von Madai, Tessendorf und Eulenburg wie bisher nur zur Kräftigung der Sozialdemokratie beitragen werden“.

Der Bericht über diese Versammlungen und die Resolution selbst wurden den genannten Staatsrettern, wie es ein in einer der Versammlungen gestellter Antrag wollte, direkt, und, wie vom Referenten unter stürmischer Heiterkeit hinzugefügt wurde, „rot angestrichen“ zugeschickt, hatte aber natürlich keinerlei Aenderung in ihrem Verhalten zur Folge. Im Gegenteil, in einer am 5. September 1876 zur Verhandlung gelangenden Anklage gegen Otto Kapell, den verbotenen Allgemeinen deutschen Zimmererbund durch den später in Gotha gegründeten deutschen Zimmerer-Verein fortgesetzt zu haben, tat Tessendorf, den noch schreiender jedem Rechtsbegriff ins Gesicht schlagenden Ausspruch, der vielleicht diese Aera am drastischsten kennzeichnet:

> „Wenn einmal ein Verein behördlich geschlossen ist, so haben die Mitglieder desselben für immer das Vereinsrecht verwirkt und jeder Versuch, der seitens solcher Persönlichkeiten gemacht wird, einen andern Verein zu gründen, muß als Fortsetzung des geschlossenen Vereins angesehen werden.“

Das war das „Recht“ der Aera Tessendorf, das waren die Rechtsbegriffe der Epoche des Bismarckschen Kulturkampfes. Denn, daß Tessendorf im Sinne seines obersten Vorgesetzten, des Lenkers der Regierung gesprochen hatte, ward in klassischer Weise dadurch illustriert, daß vierzehn Tage, nachdem Tessendorf jenen das Recht prostituierenden Ausspruch getan, bei dem man nicht vergessen darf, daß alle bürgerlichen Parteien mit Wissen der Polizei in ihren Organisationen das Vereinsgesetz ungehindert mit Füßen traten, er das Kreuz der Ritter des Königlichen Hauses von Hohenzollern erhielt!

Kapell wurde verurteilt, und der Zimmererverein ward für Preußen geschlossen, obwohl der Gerichtspräsident selbst zugab, daß in den im Verein gehaltenen Vorträgen das politische Gebiet zu vermeiden gesucht wurde. Aber, so lautete die Deduktion, „aus innern Gründen bejaht der Gerichtshof, daß der Verein eine Fortsetzung des verbotenen Bundes sei, und somit trage der Verein auch den politischen Charakter dieses Bundes“. Auch müsse, was in öffentlichen Zimmererversammlungen gesprochen worden sei, als im Verein selbst gesprochen betrachtet werden! So sah das verfassungsmäßig gewährleistete Vereinsrecht in dieser gesegneten Aera aus.

Inzwischen war am 1. Januar 1876 die „Berliner Freie Presse“ ins Leben getreten, — abgesehen von der kurzen Zeit, wo der Schweitzersche „Socialdemokrat“ täglich erschien, das erste sozialdemokratische Tageblatt Berlins.



Derossi



Streikvater W. Schmitz gen. Lukas



Rackow

(Nach zeitgenössischen Bildnissen)

Im Laufe des Sommers 1875 hatte die geeinte Partei in Berlin unter dem Titel „Allgemeine deutsche Assoziationsbuchdruckerei, eingetragene Genossenschaft“, ein eigenes Druckerei- und Verlagsunternehmen auf genossenschaftlicher Grundlage ins Leben gerufen. Nach dem damaligen preußischen Genossenschaftsgesetz war man dabei genötigt, Solidarhaft der Genossenschafter im Statut vorzuschreiben. Die Höhe des Einzelanteils ward auf 30 Mark festgesetzt, die in Teilzahlungen eingezahlt werden konnten, die höchste Zahl von Anteilen, die das Einzelmitglied erwerben konnte, betrug zehn.

In verhältnismäßig kurzer Zeit belief sich die Zahl der Genossenschafter auf gegen 300, trotzdem der Geschäftsdruck anhielt und in einem Gewerbe nach dem andern immer neue Lohnherabsetzungen Platzgriffen.

Der Vorstand der konstituierten Genossenschaft wurde zunächst aus Hasselmann, Fritzsche und Rackow, der Aufsichtsrat aus den Mitgliedern des Parteivorstandes in Hamburg zusammengesetzt. Lokal der Assoziationsbuchdruckerei wurde der zweite Stock im dritten Hof des Industriegebäudes, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a. Es waren verhältnismäßig stattliche Räume, wenn sie auch selbstverständlich mit den heutigen Räumen der Berliner Parteidruckerei keinen Vergleich aushalten könnten.

Die erste Nummer des „Neuen Social-Demokrat“, die in dieser Druckerei hergestellt wurde, tragt das Datum des 22. September 1875, und hier wurde von ihrer ersten bis zur letzten Nummer die „Berliner Freie Presse“ gedruckt, deren erste Nummer am 1. Januar 1876 herauskam.

Ihre ersten Redakteure waren Hasselmann, Hermann Lange, Paul Lossau und Otto Reimer, Geschäftsführer Heinrich Rackow und Expedient R. Schnabel. Buchhalter wurde das rührige Parteimitglied Jakob Bamberger.

Nach seiner Freilassung trat Johann Most und etwas später trat auch der gleichfalls lange hinter Gefängnismauern zurückgehaltene Paul Grottkau in die Redaktion ein, während Hasselmann und Lange im Herbst 1876 nach Barmen übersiedelten, wo Hasselmann mit Lange als Hülfsredakteur das dortige Parteiorgan redigierte und außerdem ein eigenes Wochenblatt unter dem Titel „Die rothe Fahne, Flugblatt

zur Beförderung der Wahl von Arbeiterabgeordneten“ in Folioformat herausgab.

Die Gründung der Rothen Fahne wurde bekanntlich in Parteikreisen als die Anbahnung einer Sonderbündelei innerhalb der Partei, bezw. einer Fraktion Hasselmann betrachtet.

Indes fand das sehr agitatorisch gehaltene Blatt immerhin auch in Berlin eine größere Anzahl Leser, zumal hier ein Teil der Genossen und darunter auch solche, die bis dahin gerade Hasselmann Opposition gemacht hatten, dessen Fortgang von Berlin irrigerweise als die Folge einer gegen ihn gerichteten Intrige ansahen.

In der „Berliner Freien Presse“ vom 8. September 1876 schildert ein süddeutscher Genosse in einem Feuilleton, betitelt „Die Geburtsstätte einer Emanzipierten“, Lokalität und Einrichtungen des damaligen Zeitungsgeschäfts der Berliner Sozialdemokratie. Hier für den Vergleich von damals und jetzt einige Stücke daraus:

> „Geschäfte und freundschaftliche Beziehungen riefen mich nach dem Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a; da sah ich denn, so recht im Berliner Reklamestil, eine Firma prangen, die ich, um sie wortgetreu behalten zu können, meinem Denkzettelbuche einverleiben mußte. Ein an Asthma Leidender muß wenigstens viermal Atem holen, bevor er mit dem Lesen derselben zu Ende kommt.
>
> ... Glücklicher Weise liegt das Geschäft nur zwei Stiegen hoch. Du, lieber Leser, kannst gleichzeitig mit mir eintreten, denn das Expeditionspersonal ist, wie man das wohl nicht anders erwarten darf, höchst zuvorkommend. Also bitte!
>
> „Die Expedition ist geräumig, luftig, freundlich.
>
> „Nachdem wir unser Geschäft abgemacht, ersuchen wir um die Erlaubnis, uns das Etablissement einmal in Augenschein nehmen zu dürfen, und mit Bereitwilligkeit wird uns dieselbe nicht nur erteilt, sondern einer der Herren vom Vorstand erbietet sich sofort, uns zu geleiten und uns jede erwünschte Auskunft erteilen zu wollen, was wir selbstverständlich mit Dank annehmen.
>
> In der Expedition selbst fallen uns zunächst mehrere Regale auf, in welchen bis zur Decke hinauf Bücher und Broschüren geschichtet liegen. Auf unser Befragen erfahren wir, daß dieselben ausschließlich Agitationsschriften für Verbreitung des Sozialismus sind; unser Erstaunen wächst aber, da wir erfahren, daß von einzelnen der Broschüren schon Hunderttausende im Volke vertrieben und mehrere in andere Sprachen übersetzt sind.
>
> Die Genossenschaft, deren Firma zu behalten uns so viel Mühe machte, ist zum Teil Verlegerin, zum Teil Kommissionärin derselben. Die im Expeditionslokale aufgespeicherten buchhändlerischen Artikel bilden die Sortimentshandlung.
>
> „An die Spedition stößt das Redaktionsbureau. Da es gerade Mittag, also „Sprechstunde“, ist, in welcher die Herren Redakteure zahlreichen Personen aus allen Ständen erbetene Auskunft erteilen, so nehmen auch wir Gelegenheit, dieselben um einige Aufschlüsse zu ersuchen. Uns interessiert natürlich

die Presse, an der sie arbeiten, in diesem Augenblick am meisten, und so drehen sich denn auch unsere Fragen hauptsächlich um diesen Gegenstand. Mir kam die Situation recht sonderbar vor. Im gewöhnlichen Leben werden Leute, die einen weitverbreiteten Namen haben, von den Vertretern der Presse „interviewt“. Hier wurden diese Journalisten es selber ...

„Aus dem Redaktionslokale treten wir in das Lager; hier ist ein Buchbinder beschäftigt, der allein die in sein Fach einschlagenden Arbeiten des Geschäfts nicht bewältigen kann, weshalb noch viele Arbeiten außer dem Hause gemacht werden müssen. Das große, geräumige Zimmer ist ringsum mit sehr tiefen, bis zur Decke reichenden Regalen und Schränken versehen, die alle vollgepfropft mit Büchern und Broschüren sind. Hier befindet sich auch eine vorzügliche eiserne Papierschneidemaschine.

Von hier aus begeben wir uns zur Druckerei. Ein mächtig großer Saal mit zweiseitiger Beleuchtung öffnet sich uns. Wahrlich, wir sind im ersten Augenblick von dem Anblicke, der sich uns bietet, frappiert. Eine gewaltige, fast bis zur Decke reichende Maschine ist es, die, in rasender Schnelle arbeitend, unsere Blicke fesselt. Es ist eine Doppelpresse, die Stunde für Stunde an 3.000 Bogen bedruckt und auslegt. Der Maschinenmeister tritt an uns heran und macht uns mit dem Mechanismus vertraut.

Da ertönt ein leises Klopfen, wie mit einem Schlüssel auf einem Brett; mit einem Satze ist der Meister an der Maschine, ein Druck, und ehe eine Sekunde vergangen, steht das Ungetüm still, als ob es durch die Hand eines Zauberers gebannt und erstarrt sei.

Wir waren erschrocken bis ins Innerste, denn wir glaubten, es sei irgend ein Unglück passiert. Zu unserer Freude sahen wir, daß wir uns getäuscht: eine der Punktiererinnen (Mädchen, welche die Bogen anlegen) hatte zwei solcher Bogen statt nur einen durch die Presse gehen lassen, wovon der eine nicht recht von den Greifern erfaßt worden und wodurch eine Störung des Betriebes eingetreten war.



Berliner Freie Presse

Motto: Freiheit! Gerechtigkeit!

Nr. 1. Berlin, 1. Januar 1876. I. Jahrgang.

Abonnements-Einladung.

An die Leser.

Des Neujahrstages halber erscheint die nächste Nummer Dienstag, den 4. Januar.

Inhalt.

Leitartikel.

Politische Uebersicht.

111. Titelseite der ersten Nummer der „Berliner Freien Presse“. 1876

Nicht so lange, als ich hier davon spreche, so ertönte der Ruf: „Aufpassen!“ aus dem Munde des Maschinenmeisters, und der wilde Tanz der Räder, Zylinder, Walzen und Stangen begann aufs neue.

Etwas weiter rechts war eine einfache Presse In Betrieb; auf dieser wurden Accidenzen gedruckt. Ein Katalog mit Illustrationen für- die Maschinenwerkzeugfabrik von Kärger in Berlin war in diesem Moment aus dieser Schnellpresse in Druck. Ich habe infolge meines Berufes viel mit derartigen Katalogen zu schaffen, und darum darf ich mich wohl über' das hier in diesem Fache Geleistete äußern. Es macht mir aber auch Freude, es zu können. Die Arbeit war wirklich musterhaft, was sonst von Berliner typographischen Arbeiten im allgemeinen nicht gerühmt werden kann.

„Wir wenden nun unser Augenmerk auf die Betriebskraft, und da erschließt man uns einen Bretterverschlag, in dem eine zweipferdige Gasmaschine arbeitet. Diese Maschine ächzte, keuchte, stöhnte und detonierte alle Augenblicke, daß einem bange ums Herz werden konnte.

„Auf unsere Frage, warum man eine so geräuschvoll arbeitende Maschine gewählt und nicht lieber eine jener zwei- bis dreipferdekräftigen Dampfmaschinen, welche doch fast geräuschlos arbeiteten, erhalten wir zur Antwort: die Betriebsunkosten einer Gaskraftmaschine verhalten sich zu denen einer Dampfmaschine wie 1 zu 4. Der Verbrauch an Gas zum Speisen der Maschine beträgt täglich kaum über 150 Pf. und dabei erfordert dieselbe keine eigene Bedienung.

Der Maschinenmeister selbst dirigiert sie und er kann es ohne jede Behinderung seiner anderen Arbeiten tun, denn trotz Ihrer Riesenkraft ist diese Maschine folgsam wie ein wohlerzogenes Kind. Ein einziger Fingerdruck gebietet Ihr Stillstand, und ein einziges Zündhölzchen haucht ihr neue Lebenskraft ein, so daß sie wie in jugendlichem Uebermut ihren tollen Reigen von neuem beginnt.

Eine Dampfmaschine dagegen erfordert, daß man ihr einen eigenen Wärter zur Verfügung stellt, den man, wenn es ein zuverlässiger Mann sein soll, nicht gut unter 9—10 Taler wöchentlichen Lohn haben kann. Die Dampfmaschine darf sodann nur zu ebener Erde aufgestellt werden, sie erfordert auch ein vorheriges Anheizen, und wird sie abgestellt, so wird doch die einmal aufgeschüttete Kohle verbraucht. Wir sind natürlich von dieser Auskunft sehr befriedigt und wenden uns nun jener Seite des Saales zu, auf welcher die Jünger Gutenbergs ihre „Schwarze Kunst“ betreiben …“

So sehr das Geschäft dem süddeutschen Sozialisten imponierte, so war es damals doch noch keineswegs sonderlich gut fundiert. Die Auflage der „Berliner Freien Presse“ war in der ersten Zeit recht bescheiden. Wenn sie auch natürlich die des Schweitzerschen „Social-Demokrat“ weit hinter sich ließ, so dauerte es doch eine gute Weile, bis sie die Zahl sechstausend überstieg. Da nun das Format ein großes, der Lieferungspreis an die Spediteure aber ein mäßiger war

und die Inserate sehr spärlich einliefen, wollte sich das Blatt trotz recht bescheidener Bezahlung seiner Beamten lange Zeit nicht decken, ein guter Teil seiner Anschaffungen mußte auf Kredit genommen werden, und seine Verwalter sahen den Zahlungsterminen oft mit schweren Sorgen entgegen.

Indes ging es bei alledem Schritt für Schritt vorwärts. Langsam, aber stetig stieg die Verbreitung des Blattes, und einen erheblichen Teil seines Defizits deckten die Erträge der umsichtig geleiteten Druckerei.

Von welchem Wert ein eigenes Tageblatt aber in jener Zeit des Polizeidrucks für die Berliner Arbeiterschaft war, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Auf die meist unerhörten Verurteilungen von Berliner Sozialisten in der Aera Tessendorf antworteten, sobald die Opfer das Gefängnis verließen, Empfangsfeierlichkeiten zu ihren Ehren. Gewöhnlich konnten die Betreffenden von einer Behandlung erzählen, die der preußischen Justiz zur ewigen Schande gereicht. Vor allem erbärmlich war die Art, wie man die Angeklagten in der Untersuchungshaft, also wo ihnen noch gar kein Vergehen nachgewiesen war, mit herabgekommenen Landstreichern aller Art in enge und schmutzige Räume zusammensteckte.

Der Organisator der Berliner Tischler, W. Schmitz, der wegen eines Versammlungskrakeels mit den Gewerkvereinlern vier Monate Untersuchungshaft und zwölf Monate Strafhaft hat durchmachen müssen, gibt im „Neuen Social-Demokrat“ vom 9. Juni 1875 eine drastische Schilderung derartiger Erlebnisse.

Besser als wie den meisten sozialdemokratischen Gefangenen erging es, nach Ablauf der ersten Monate seiner Haft, Most in Plötzensee. Er erhielt Mittelkost, durfte sich literarisch beschäftigen und ziemlich häufig Besuche empfangen, und dies obendrein nicht im Sprechzimmer der Gefangenen, sondern entweder beim Direktor oder bei dem sehr rücksichtsvollen Polizei-Inspektor, wo es stets Gelegenheit gab, Most irgend welche Leckerbissen zuzustecken.

Eine große Empfangsfestlichkeit bereiteten die Berliner Maurer am 14. August 1875 ihrem begabten Führer Paul Grottkau, als dieser nach sechzehnmonatlicher Haft, die er in Stettin zu erdulden gehabt hatte, nach Berlin zurückkehrte. Der „Berliner Prater“ in der Kastanienallee, eines der größten Lokale Berlins, war überfüllt, auch von der näheren und weiteren Umgebung Berlins waren Delegierte eingetroffen, Grottkau zu begrüßen.

Noch großartiger war die Empfangsfeierlichkeit, die Berlin am 18. Juni 1876 Johann Most bereitete, als dieser aus der „Bastille am Plötzensee“ herauskam. Sie fand im Saal und Gatten des Lokals „Königshöhe“ statt. Paul Grottkau und August Heinsch leiteten die Feierlichkeit, und ein sich vorübergehend in Deutschland aufhaltender deutsch-amerikanischer Genosse, Dr. J. Hoffmann, hielt die Begrüßungsrede, die in die von Most selbst herrührenden Worte auslief: „Die Freiheit ist die liebende Mutter, welche alle ihre Kinder zu Frieden und Eintracht zu erziehen vermag; und sie ist es ja, welche in den kommenden Tagen — nicht das große, wohl aber das

maßgebende Wort führen wird," und mit dem Ruf schloß: „Es lebe die Freiheit, es lebe unser braver Most!"

Mit stürmischem Jubel nahm die Versammlung dieses Losungswort auf, der sich zu nicht endenwollenden Beifallsbezeugungen steigerte, als nunmehr Most selbst die Tribüne bestieg. Er beschränkte sich auf eine kurze Ansprache, in der er betonte, er sei vorläufig noch nicht redegewandt genug, eine stundenlange Rede zu halten, sondern müsse sich erst wieder daran gewöhnen, unter Menschen zu verkehren. Der Anblick der großen Versammlung verleihe ihm neuen Mut, nach wie vor für jene Freiheit zu kämpfen, welche zugleich die Gleichheit sei. Eine hinreißende Rede Grottkaus schloß das Fest, das so stark besucht war, daß Saal und Gatten bei weitem nicht ausreichten, die erschienene Menge zu fassen, und große Massen die Landstraße vor dem Lokal auf- und abwogten.

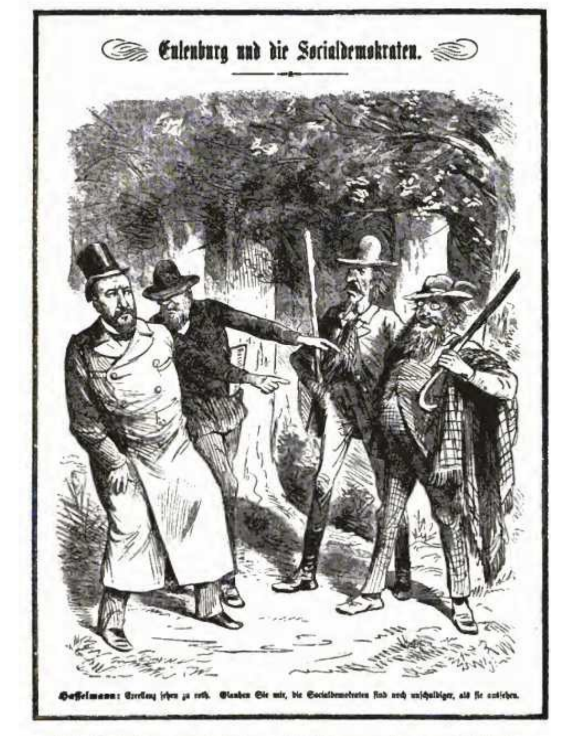
Noch einer Feierlichkeit sei gedacht, die in jener Zeit stattfand oder vielmehr hatte stattfinden sollen, aber nur in verunglückter Gestalt zur Ausführung kam. Im September 1875 unternahmen es einige Berliner Sozialisten, eine Todesfeier zur Erinnerung an den Ende Juli 1875 verstorbenen J. B. v. Schweitzer zu veranstalten. Sie sollte im Lokal des Handwerkervereins stattfinden, und W. Schmitz, der Leiter der Berliner Tischler, lud im Namen der Berliner Mitgliedschaft des Tischlervereins die ehemaligen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins dazu ein.

Ernst Bernhard Richter, ein seinerzeit sehr geschätzter Redner des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der aber jetzt, weil er sich zurückgesetzt fühlte, zur kleinen Sonderpartei Bräuer in Hamburg hielt, war zum Festredner bestimmt.

Unter der Annahme, daß es sich hier um eine Gegenbewegung gegen die neugeeinte Partei handle, ward dem bezüglichen Inserat von der Geschäftsleitung des „Neuen Social-Demokrat" die Aufnahme versagt, und der vom Einberufer angerufene Parteivorstand in Hamburg trat dieser Ablehnung bei, indem er darauf hinwies, daß eine Feier zur Erinnerung und Ehrung J. B. v. Schweitzers „nur auf Unkenntnis der Verhältnisse beruhen könne, oder dem Gedanken entsprungen sei, die Keime der Zwietracht in die neue Parteiorganisation zu streuen". Er fordere also die Berliner Parteigenossen auf, „der Feier den Rücken zu kehren".

Das geschah denn auch in dem Maße, daß diese von nur gegen 150 Personen besucht war, von denen ein Teil obendrein Gegner der Veranstaltung waren und sich vor Beginn der Festrede Richters entfernten. Alles das war unter den damaligen Zeitverhältnissen begreiflich genug.

Dennoch macht es einen peinlichen Eindruck, daß beim Ableben des Mannes, der trotz aller seiner Fehler so viel gerade für die Ausbreitung sozialistischer Erkenntnis in Berlin getan hatte, der von seinem Schüler Hasselmann redigierte „Neue Social-Demokrat" weiter nichts fand, als die hämische Notiz: „Dr. J. B. v. Schweitzer soll, wie die Zeitungen berichten, am 28. Juli in einem Bade der Schweiz gestorben sein. Die Nachricht bedarf allerdings sehr der Bestätigung."



112. Verspottung von Hasselmanns Versicherungen der Harmlosigkeit der Sozialdemokratie. „Berliner Wespen." 1876

Solcher Preisgebung des Toten gegenüber empfindet man nachträglich doch eine gewisse Genugtuung darüber, daß, welches auch ihre Motive waren, immerhin eine Anzahl Berliner Sozialisten den Tod des einst so beliebten Führers nicht sang- und klanglos vorübergehen lassen wollten[16].

Im vierten Jahre des neuen Deutschen Reiches waren die französischen Milliarden zum großen Teil schon verpulvert, und es wurde von Regierungsseite die Einführung einer Petroleumsteuer und eine Erhöhung der Biersteuer in Vorschlag gebracht. Hiergegen protestierte am 10. Oktober 1875 eine große Volksversammlung auf Tivoli, in der August Heinsch den Vorsitz führte und Hasselmann das Referat hielt.

Eine zweite nicht minder stark besuchte Volksversammlung fand am 28. November 1875 auf Tivoli statt, mit August Bebel als Referenten über das Thema: „Die Stellung der Kleingewerbetreibenden zum Sozialismus und Liberalismus“. Der Empfang Bebels, der zum erstenmal seit Abschluß der Vereinigung in Berlin auftrat, war ein großartiger.

Im Frühjahr 1876, als im preußischen Abgeordnetenhaus eine neue Städteordnung für Preußen auf der Tagesordnung stand, war die Berliner Partei wiederum auf dem Platze und hielt am 9. April eine Massenversammlung auf Tivoli ab, in der Hasselmann die städtische Verwaltung Berlins kritisch beleuchtete und folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

> „Die Volksversammlung erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Städteordnung, welche nicht auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts die Kommunalvertretung regelt, und beschließt, diese Resolution dem Abgeordnetenhause mitzuteilen.“

Selbstverständlich hütete das Dreiklassenparlament sich sehr, einer solchen Stimme nachzugeben.

Acht Tage nach der letztberichteten Versammlung feierte das sozialdemokratische Berlin den Geburtstag Lassalles durch ein Fest im Handwerkerverein, auf dem der Schauspieler Weber aus Hamburg Lassalles „Franz von Sickingen“ mit großem Erfolg vorlas.

Dies gab den Anstoß dazu, daß kurze Zeit darauf das am Weinbergsweg gelegene National-Theater das Lassallesche Drama auf der Bühne zur Aufführung brachte. Leider in geistloser Bearbeitung

[16] In der Generalversammlung des sozialistischen Arbeiterwahlvereins vom 17. Oktober wurde allerdings das Vorgehen der Veranstalter der Schweitzerfeier einstimmig als Verstoß gegen das Parteiinteresse bezeichnet und die Hoffnung ausgedrückt, „das Aehnliches in Zukunft nicht mehr vorkomme."

und mit größtenteils unzulänglicher Besetzung. Trotzdem machte auch hier das Drama großen Eindruck.

„Sage man nicht mehr“, schloß der sachkundige damalige Rezensent der „Berliner Freien Presse“ seine Besprechung, „daß ‚Franz von Sickingen‘ nicht bühnenwirksam ist. Wenn der letzte Akt, nachdem die Darstellung im dritten so herzlich schlecht gewesen war, noch zu stürmischer Begeisterung hinreißen konnte, so ist der Beweis der dramatischen Wirksamkeit hinlänglich geliefert.“ In Altona hatte bei ausreichender Besetzung das Stück unbestrittenen Erfolg gehabt.

Im Juni 1876, als die Orientfrage akut geworden war, kam der Generalsekretär der englischen Friedensgesellschaft W. Randall Cremer nach Berlin, um für internationale Schiedsgerichte und einen Friedenskongreß zu wirken. Unter der Führerschaft des Dr. Max Hirsch ward für diesen Zweck in das kleine Lokal Neue Grünstr. 28 eine Versammlung einberufen. Doch konnten die Einberufer aus eigener Kraft nicht mehr als einige 30 Mann aufbieten, so daß die meist nur aus Neugier erschienenen etwa 60 bis 80 Sozialdemokraten auch hier die Mehrheit hatten. Sie wandten sich sehr entschieden dagegen, daß man eine so wichtige Angelegenheit in einer Winkelversammlung behandle, und beantragten, ein im Verhältnis der erschienenen Parteien zusammengesetztes Komitee mit der Einberufung einer Volksversammlung zu beauftragen.

Da die Einberufer wohl oder übel abstimmen lassen mußten, drang der Antrag und ebenso die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene gemischte Liste durch, indes lehnte der auf dieser figurierende Gewerkvereinler Landgraf die Wahl ab.

Die beschlossene Volksversammlung fand am 2. Juli im Neuen Gesellschaftshaus statt und bekräftigte die gleichen Grundsätze zur Militär- und Friedensfrage, welche in der Resolution der Konzerthausversammlung vom 7. November 1869 niedergelegt waren.

In der gleichen Volksversammlung referierte der Schriftsetzer Fritz Mille über einen im Buchdruckgewerbe Berlins ausgebrochenen Streik. Wie andere Industrielle, nahmen die Berliner Buchdruckereibesitzer den Geschäftsdruck zum Anlaß, eine gehörige Lohnreduktion ins Werk zu setzen. Es sollte mit dem Inkrafttreten eines für ganz Deutschland vereinbarten Normaltarifs, dessen Sätze an sich schon im Durchschnitt erheblich niedriger waren als die bis dahin anerkannten Satzpreise, eine Herabsetzung des Lokalzuschlages für Berlin von 33⅓, auf 25 % stattfinden.

Gegen diese letztere Maßregel, mit der ihr Wocheneinkommen um 8 Mark verringert worden wäre, lehnten sich die Setzer auf. Nachdem man sich gegenseitig äußerste Forderungen gestellt, kam es am 1. Juli zu einem Streik bezw. einer Arbeitssperre, infolge deren zunächst eine Anzahl Berliner Blätter nur in reduziertem Umfang erscheinen konnten.

Indes gelang es den Buchdruckereibesitzern, nach und nach so viel Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, daß der Streik nach sechs Wochen als zu Ungunsten der Arbeiter beendet erklärt werden mußte. Er hatte über 120.000 Mark Unterstützungen gekostet und zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Berliner Setzerausschuß und der mit dessen Vorgehen unzufriedenen Leipziger Zentralleitung des Schriftsetzerverbandes geführt.

Märkischer Volksfreund.

Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes der Mark Brandenburg.

113. Titelseite der ersten Nummer des „Märkischen Volksfreundes". 1876

Gleichviel aber, ob die Taktik der Berliner Setzer richtig war oder nicht, mußte das Vorgehen der Buchdruckereibesitzer, beziehungsweise, da es sich hauptsächlich um Zeitungsdruck handelte, der Zeitungsbesitzer, die Arbeiterschaft um so mehr erbittern, als die Aufhebung des Zeitungsstempels den Herren erst kurz vorher einen erheblichen Gewinn in den Schoß geworfen hatte.

Die Praktizierung des vom Minister Camphausen proklamierten Rezepts, die Krisis durch Herabsetzung der Löhne zu bekämpfen, griff immer weiter um sich. Während die Arbeitslosigkeit immer noch zunahm, entblödete man sich nicht, beim Bau der Stadtbahn männliche Erdarbeiter durch importierte Polinnen zu ersetzen.

Alle diese Dinge, während man den meisten Arbeitern das Koalitionsrecht kurzerhand durch Versammlungsverbote unmöglich machte. Es wurde schon erwähnt, daß Zimmerern, Maurern rc. immer wieder die Bestätigung angemeldeter Versammlungen unter dem Vorwand verweigert wurde, es handle sich offenbar nur um Fortsetzung der aufgelösten Vereine.

Eines der vielen Beispiele dafür, welche Kunstgriffe die Arbeiter der betreffenden Gewerbe anwenden mußten, um überhaupt eine Versammlung abhalten zu können, lieferte eine auf den 9. Juli 1876 in das Schmiedelsche Lokal mit der Tagesordnung: „Preußen in Rußland" einberufene öffentliche Arbeiterversammlung, die in ihrem Verlaufe sich als eine Zimmererversammlung herausstellte, und deren wirklicher Zweck es war, für eine ins Leben gerufene Zimmererorganisation, das „Berliner Vereinigte Zimmerergewerk", Propaganda zu machen. Soweit war es denn auch gelungen, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen.

Indes es ging auch hier wie gewöhnlich, das Statut dieser rein lokalen, ausdrücklich nur für gewerbliche Zwecke gegründeten Organisationen wurde nicht bestätigt und alle Reklamationen blieben fruchtlos.

In der „Berliner Freien Presse" vom 15. Mai 1877 findet man eine zusammenhängende Schilderung der vergeblichen Bestrebungen der

Zimmerer Berlins, sich eine gesetzliche Organisation zu schaffen. Der als offener Brief an den Minister Eulenburg abgefaßte Artikel, der die ganze Rechtlosigkeit der Epoche illustriert, trägt die Ueberschrift: „Sind die Berliner Zimmerer vogelfrei?“ Es hätte aber auch statt Zimmerer Maurer, Sattler und wer weiß was noch heißen können.

Am 11. und 25. Juli 1876 hielt Johann Most in Grätz' Salon, Brunnenstraße 140, Vorträge über „die Lösung der sozialen Frage“. Das Manuskript dieser Vorträge war eine Gefängnisarbeit, die Most dann als Broschüre unter dem gleichen Titel erscheinen ließ. Die sehr energisch den Entwickelungsgedanken im Gegensatz zur Gewaltstheorie betonende Schrift ist für den Geist, der in Berlins Sozialdemokratie damals überwog, charakteristisch.

Die Ausführungen Mosts begegneten in Berlin keinem Widerspruch, ernteten vielmehr allgemeinen Beifall. Most zeigt sich in dieser Broschüre stark von Eugen Dühring beeinflußt, den er außerdem in einem langen, durch viele Nummern der „Berliner Freien Presse“ gehenden Aufsatz „Ein Philosoph“ verherrlichte. Auch darin sprach er nur aus, was ein namhafter Teil der schriftstellerisch und rednerisch in Berlin tätigen Sozialdemokraten dachten.

Lassalles Genossenschaftsplan hatte jede Realität eingebüßt, man suchte nach etwas positivem, das man bei Marx, der sich damals schweigend verhielt und dessen Ansehen unter den Wechselfällen der Internationale zeitweise doch etwas gelitten hatte, nicht zu finden glaubte. Es fehlt sogar in der „Berliner Freien Presse“ nicht an Spitzen gegen Marx, die freilich nur dem Eingeweihten verständlich waren.

Um den Dühringkultus jener Tage zu begreifen, muß man wissen, daß Dühring sich in seinen Vorlesungen wie in seinen damaligen Schriften als durchaus radikalen Sozialisten und im Gespräch mit Sozialdemokraten als Parteigenosse gab. „Ich greife Marx nicht von rechts, sondern von links an,“ war ein oft von ihm wiederholtes Wort, und nicht energisch genug konnte er die Notwendigkeit der politischen Aktion betonen. Fast alles was von Akademikern sich damals in Berlin in der Partei befand, stand unter dem Einfluß Dührings; ebenso aber auch, außer Most, noch F. W. Fritzsche, Paul Grottkau, F. Milke, I. Dolinski und andere aus der Arbeiterklasse hervorgegangene führende Genossen.

Zum zweiten Kongreß der geeinten Partei entsandte Berlin Grottkau, Hasselmann, Most und Reimer als Delegierte. Daß dieser Kongreß die Verlegung des Zentralorgans der Partei nach Leipzig beschloß, wurde bereits früher erwähnt. Am 29. September erschien die letzte Nummer des „Neuen Social-Demokrat“, und wieviel man seinem Redakteur Hasselmann auch vorwerfen kann, so soll doch das große Verdienst dieses Blattes um die Ausbreitung des Sozialismus in Berlin auch hier noch einmal festgestellt werden. Der Abschiedsartikel Hasselmanns schloß mit den Worten:

> „Ein Kämpfer für die Sache des Proletariats ist im „Neuen Social-Demokrat“ dahingeschwunden, fest bis zum letzten Augenblick; aber auch hier bestätigt es sich wieder, daß aus seiner Asche noch kräftigere Kämpfer emporsteigen, welche rastlos das begonnene Werk fortsetzen werden.

> „Darum, Genossen, treu und unerschütterlich stets die letzten Konsequenzen der Sozialdemokratte gezogen, jeder Schwankung, jedem Kompromisse, jedem Abweichen vom geraden Wege der proletarischen Bewegung feind — das sei die letzte Mahnung des „Neuen Social-Demokrat."

Mittlerweile war man dem Termin nahegerückt, wo ein neuer Reichstag zu wählen war, und selbstverständlich waren die Sozialdemokraten Berlins hierbei die ersten auf dem Platz. In der „Berliner Freien Presse" vom 24. September 1876 forderte ein von 26 Parteigenossen unterschriebener Aufruf zur Sammlung für einen Wahlfonds der Partei auf, und in der nächsten Nummer teilten sieben Parteigenossen mit, daß sie sich zu einem provisorischen Mahlkomitee für Berlin konstituiert hätten, was selbstverständlich nicht ohne vorhergegangene private Besprechung der Parteigenossen geschehen war. Im Aufruf aber hieß es, daß die Unterzeichner, „den Kundgebungen aus dem Publikum gemäß", bereit seien, „alles zu tun, was einen guten Ausfall der Wahlen herbeiführen kann".

Zwei Monate später, als der Wahltermin — der 10. Januar 1877 — angesetzt war, bestätigte eine in der „Bundeshalle" am Alexanderplatz abgehaltene Volksversammlung das Mandat der sieben als „Zentralwahlkomitee für Berlin". Es waren dies die Genossen Anders, Dastig, Ecks, Greifenberg, Heinsch, Keitel und Werthmann.

Vorher indes waren schon in Volksversammlungen die Kandidaten für die sechs Berliner Wahlkreise proklamiert worden. Da man sich nunmehr den Gegnern ganz anders gewachsen fühlte, als noch im Jahre 1874, ward für jeden Wahlkreis ein besonderer Kandidat aufgestellt, und zwar: J. Most für den ersten, August Baumann für den zweiten, Heinrich Rackow für den dritten, F. W. Fritzsche für den vierten, Otto Kapell für den fünften und W. Hasenclever für den sechsten Wahlkreis. Für Teltow-Beeskow-Storkow wurde auch diesmal C. Dietzmann, für Niederbarnim C. Finn aufgestellt. Das Wahlkomitee für den letztgenannten Wahlkreis bestand aus den Genossen Hermann, Schuster und Kleber; an der Spitze des Wahlkomitees für Teltow-Beeskow-Storkow stand der Genosse Versümer.

Der Agitation im Landgebiet um Berlin wie überhaupt in der Provinz Brandenburg kam das Blatt „Der Märkische Volksfreund" zu Hülfe, das vom 1. Oktober 1876 ab wöchentlich zweimal im Verlage der Assoziationsdruckerei erschien.[17] Dagegen war es nur in wenigen Ortschaften möglich, größere Versammlungen abzuhalten, weil die geeigneten Lokale für Sozialisten nicht hergegeben wurden.

In Berlin kämpften die bürgerlichen Parteien diesmal den Wahlkampf fast völlig hinter verschlossenen Türen und durch das Mittel der

[17] Eine dem „Potsdamer Amtsblatt" mit beigelegter Insertionsgebühr übersandte Anzeige des „Volksfreund" kam an die Absender mit der erheiternden Bemerkung zurück: „Brevi manu mit dem ergebensten Bemerken zurückzusenden, daß dergleichen Zeitungsannoncen in das Amtsblatt nicht aufgenommen werden!" Noch humoristischer mutet die Antwort des Verlegers des „West-Prignitzer Kreisblatt" an, der ein Inserat, das Kolporteure für den „Märkischen Volksfreund" gesucht würden, mit dem offenherzigen Bemerken zurückschickte: „Ich werde dasselbe nicht in mein Kreisblatt der Westprignitz aufnehmen, da es gegen mein Interesse verstößt!"

Hausagitation, ergingen sich aber in ihrer Presse in um so wilderen Angriffen auf die Sozialdemokratie. Die unglaublichsten Albernheiten wurden der Partei unterstellt, wobei sich mehr als vorher der Fortschrittler Eugen Richter auszeichnete, der es nahezu fettig bekam, die auf diesem Gebiet ganz besonders erfinderische „Post“ noch zu überbieten. Die „Volkszeitung“, die damals ihrem Tiefstand nahe war, erging sich in endlosen Variationen ihres Liedes von der Verruchtheit der „Sozialdemagogie“.

Eine Broschüre gegen die Partei schrieb unter dem Titel „Die Sozialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen“, der Nationalliberale von Unruh, den wir als Leiter der Norddeutschen Fabrik für Eisenbahnbedarf bereits kennen gelernt haben. Derselbe Mann, von dem Freunde in der Gattenlaube rühmten, daß er unübertrefflich im Erzählen von undruckbaren Geschichten sei, zeterte entrüstet, die von der Sozialdemokratie erstrebte Reform der Ehe bedeute eine „Verwandlung der Ehe in Prostitution“.

Flugblatt
zur Beförderung der Wahl von
Arbeiterabgeordneten.
Die rothe Fahne.
Probe-Exemplar.
An meine Parteifreunde!
Die rothe Fahne
Wilhelm Hasselmann.
Der Inhalt
Bedingungen für den Bezug.
W. Hasselmann, Berlin SO., Adalbertstraße 50, 3 Treppen,

114. Erste Seite der Probenummer der von Wilhelm Hasselmann herausgegebenen „Rothen Fahne“. 1876. (Verkleinert.)

Je mehr der Wahlkampf vorschritt, um so mehr häuften sich die Angriffe dieser Art. Mit Ausnahme vielleicht der ultramontanen „Germania“, die im Angesicht des damals noch spielenden Kulturkampfs keine Ursache hatte, sich speziell gegen die Sozialdemokratie zu ereifern, war die ganze Presse Berlins einmütig in Angriffen auf diese.

Mit ganz besonderer Vorliebe suchte man Klagen von Arbeitern, die angeblich durch die Sozialdemokratie geschädigt oder von ihr im Stich gelassen sein sollten, gegen die Partei auszuspielen. In der Regel zog man sich dabei freilich gehörige Zurückweisungen von Seiten der Betreffenden selbst zu. Nur in dem Falle des Schriftsetzers A. Küster, der seinerzeit verantwortlicher Redakteur des „Neuen Social-Demokrat“ gewesen war und als solcher, nachdem er schon mehrere Monate Gefängnis hatte verbüßen müssen, noch zu weiteren achtzehn Monaten verurteilt worden war, konnte man mit einem echten Absagebrief paradieren, der indes den Schreiber selbst und nicht die Partei bloßstellte. Aber echt oder nicht, bei dem großen Publikum zogen diese Dinge um so leichter, als der Leserkreis der „Berliner Freien Presse“ noch nicht entfernt an den des bürgerlichen Zeitungsgelichters heranreichte.

Indes durch all diese Angriffe ließen sich die Sozialisten Berlins ebensowenig entmutigen, wie durch die auch jetzt nicht abreißenden

Verurteilungen ihrer Vorkämpfer und die allerhand polizeilichen Schikanen, wie Saalabtreibung und dergl.[18]

Mit gutem Humor und rastlosem Eifer ward die Organisation und Agitation betrieben. Nach der am 23. September 1877 erstatteten Rechenschaftsablegung des Zentral-Wahlkomitees für Berlin wurden von diesem für Hauptwahl, Stichwahlen und Nachwahl 307 Agitations-Versammlungen und 144 Wahlhülfsmänner-Versammlungen veranstaltet.

An der Spitze der Referenten stand Most mit 40 Vorträgen, ihm folgten Grottkau mit 38, August Baumann mit 29, Bernstein und Fritzsche mit je 26, Rackow mit 23, Hasenclever mit 21, Lossau mit 18, und 35 Redner, mit zwischen 1 und 7 Vorträgen.

Natürlich hatten die meisten der Genannten daneben noch außerhalb Versammlungen abgehalten. Auf Sammellisten und durch die „Berliner Freie Presse“ wurden insgesamt 15.700 Mark aufgebracht, eine für die damalige Zeit und bei der Fortdauer des Notstandes überraschend große Summe, welche selbst den Gegnern Respekt einflößte und, da der größte Teil der Wahlarbeit unentgeltlich geleistet wurde, Berlin in die Lage versetzte, erhebliche Summen für den Kampf außerhalb zu überweisen.

Die Berliner Parteidruckerei stellte für den Wahlkampf nicht weniger als 1.346.145 Drucksachen her; davon entfielen 556.000 auf 13 verschiedene Wahlaufrufe, 473.000 auf Stimmzettel für 10 Wahlgänge, 156.000 auf 87 verschiedene Wahlaufrufe, 68.480 auf 261 verschiedene Plakate, 57.600 auf 83 verschiedene Wahleinladungszettel usw.

Die Gegner sahen das alles mit steigender Furcht vor dem Wahlausfall sich vollziehen; je näher der Wahltag rückte, um so dringendere Mahnrufe ertönten aus den Spalten der bürgerlichen Zeitungen, vor allem den Organen der Fortschrittspartei; man tat zwar, als sei man der Siege in Berlin sicher, erklärte aber, es müsse gleich im ersten Wahlgang unbedingt ein glänzender Sieg erkämpft werden. Jedenfalls war von Ueberrumpelung durch die Sozialdemokratie diesmal keine Rede.

115. Spottbild auf die Niederlage der Fortschrittler und Nationalliberalen in Berlin bei der Reichstagswahl 1877

Aus dem „Kladderadatsch“

Die Gegner sahen das sie bedrohende Unheil offenen Auges herannahen, und es lag nur bei ihnen, ihrer Energie und dem Vertrauen, das sie den Wählern einzuflößen vermochten, ihm wirksam zu begegnen. Am guten Willen fehlte es den maßgebenden Elementen der antisozialistischen Parteien denn auch nicht.

[18] Einen drastischen Fall von Saalabtreibung durch die Polizei nagelten dir Organisatoren des sechsten Wahlkreises. C. Greifenberg und A. Keitel, unterm 30. Oktober in einer Beschwerdeschrift an das Polizeipräsidium fest, erhielten aber eine ausweichende Antwort, auf die sie die Rückantwort nicht schuldig blieben. Die Korrespondenz ist in der „Berliner Freien Presse" vom 12. Nov. 1876 abgedruckt.

Die Fortschrittler hielten eine Masse Bezirksversammlungen — selbstverständlich hinter verschlossenen Türen — ab und forderten u. a. die Hauswirte auf, die Mieter zur Ausübung ihrer Pflicht — will sagen, Wahl der Fortschrittskandidaten anzuhalten. Desgleichen wurden die Gewerkvereinler für die Fortschrittspartei in Bewegung gesetzt.

Indes, was wollte das gegenüber dem Eifer im sozialdemokratischen Lager sagen! In solcher Zahl hatten sich für die Sozialdemokratie Hilfsmannschaften bereit gestellt, daß, als endlich der 10. Januar 1877 da war, fast alle Wahllokale doppelt und dreifach mit Zettelverteilern besetzt werden konnten, und so groß war deren Kampfeseifer, daß die zur Ablösung entsandten Genossen gewöhnlich mit der Bemerkung zurückgewiesen wurden, sie sollten nur anderwärts einspringen, hier brauche man keine Ablösung.

Die Sozialdemokraten Berlins durften auf ein gutes Wahlresultat vorbereitet sein, und doch überraschte der Erfolg, den die Auszählung ergab, Freund wie Feind.

Freilich darf man die damaligen Wahlziffern nicht mit denen der Gegenwart vergleichen: erstens zählte die Bevölkerung Berlins 1876/77 erst gerade eine Million Einwohner, und dann war die Wahlbeteiligung im ganzen doch nur eine mäßige, sie überstieg im Durchschnitt nicht 50 Prozent.

Aber die Ziffern der abgegebenen Stimmen übertrafen im ganzen alles bisher in Berlin Dagewesene, und der Anteil der Sozialdemokraten an ihnen blieb nur um eine Kleinigkeit — 612 Stimmen — hinter dem der bisherigen politischen Beherrscherin Berlins, der Fortschrittspartei, zurück. In zwei Wahlkreisen — in Berlin IV und Berlin VI waren die sozialdemokratischen Kandidaten gleich im ersten Wahlgang gewählt, in einem dritten — Berlin III — kam der Sozialdemokrat mit dem Fortschrittler in die Stichwahl, in zwei anderen — Berlin I und Berlin II — mußten die Fortschrittler mit den Nationalliberalen um den Sitz kämpfen, wobei die Sozialdemokraten den Entscheid zu geben hatten, und nur in einem Wahlkreis — Berlin V — war der Kandidat der Fortschrittler gleich im ersten Gang durchgekommen.

Ein für die Fortschrittspartei niederschmetterndes Resultat. Die Partei war kür den Hochmut, mit dem sie — wenige rühmliche Ausnahmen abgerechnet — auf die links von ihr emporstrebende Arbeiterpartei herabzublicken gewohnt war, bitter bestraft. Von 80.436 Stimmen hatten erhalten:

Die Fortschrittspartei	32.188 Stimmen
Die Sozialdemokratie	31.576 Stimmen
Die Nationalliberalen	11.641 Stimmen
Die Handwerkerpartei	3.961 Stimmen
Die Ultramontanen,	1.070

Konservativen rc. Stimmen

Die sozialdemokratischen Stimmen verteilten sich in den einzelnen Wahlkreisen, wie folgt:

1. Wahlkreis	Most	1.173 Stimmen
2. Wahlkreis	Baumann	3.960 Stimmen
3. Wahlkreis	Rackow	3.991 Stimmen
4. Wahlkreis	Fritzsche	10.769 Stimmen
5. Wahlkreis	Kapell	2.032 Stimmen
6. Wahlkreis	Hasenclever	9.569 Stimmen

Von den beiden Wahlkreisen um Berlin hatte Niederbarnim für Finn 2.855, Teltow-Beeskow-Storkow für Dietzmann 2.608 Stimmen geliefert. Noch wohnte nur erst ein geringer Teil der Arbeiterschaft Berlins in den Vororten, deren Bevölkerung sich mit ihrer heutigen gar nicht vergleichen kann. Rixdorf z. B. hatte nur grade 11.600 Einwohner, Charlottenburg nicht viel mehr, Schöneberg war noch überwiegend dörflich, und auch Moabit war noch völlig von Berlin abgetrennt und trug in seiner Mehrheit kleinbürgerlichen Charakter. Dasselbe gilt von Lichtenberg, Weißensee usw.

Auf größeren Erfolg in diesen beiden Wahlkreisen hatte niemand gerechnet, man war schon mit dem — gegen die Wahl von 1874 — sich auf über 50 Prozent belaufenden Zuwachs der Stimmen sehr zufrieden.

Aber Berlin! Es ist schwer möglich, die Begeisterung zu schildern, die in den Kreisen der Berliner Genossen bei Bekanntwerden des Resultats um sich griff. Berlin IV und Berlin VI im ersten Gang erobert — das übertraf die kühnsten Hoffnungen. Und dazu die Erfolge im zweiten und dritten Wahlkreis! Namentlich die viertausend Stimmen, die auf August Baumann im „Geheimratsviertel“, wie der zweite Wahlkreis damals hieß, gefallen waren, dünkten uns die schönste Bekräftigung des Refrains, mit dem dieser Genosse seine Wahlreden stets geschlossen hatte: „Es muß durchgebrochen werden!“



Bürger, Handwerker, Arbeiter

des

dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises!

Zum dritten Male rufen wir Euch zu:

Auf zur Wahl!

Keiner versäume, sein Wahlrecht auszuüben!

Eine furchtbare Krisis lastet auf dem deutschen Volke!

Handel und Gewerbe liegen darnieder. Tausende von Gewerbtreibenden haben ihre Selbständigkeit eingebüßt, und weitere Tausende gehen ihrem sicheren Ruin entgegen. Hunderttausende von Arbeitern sind arbeitslos und wissen heute nicht, wovon sie morgen leben sollen.

Schleunige Hülfe thut Noth!

Wer aber kann helfen? — Einzig und allein die Gesetzgebung.

In Eure Hand, Wähler, ist es gegeben, dafür zu wirken, daß Männer gewählt werden, welche die Bedürfnisse des Augenblicks und der Zukunft kennen und thatkräftig für Abhülfe der Nothstände eintreten.

Wer hat die gegenwärtige Krisis verschuldet? Die bisherige **mangelhafte** und **einseitige Gesetzgebung**, das den Gründerschwindel unterstützende Aktiengesetz, die rücksichtslos festgehaltene Freihandelspolitik, die völlig unzureichenden Patentgesetze und die von Jahr zu Jahr sich steigernde Steuerlast, verbunden mit ständiger Kriegsgefahr, haben das übrige dazu beigetragen, die deutsche Industrie dem sicheren Verfalle preiszugeben.

Den Klagen des Handwerkerstandes setzt man das Schlagwort „Zünftler“ entgegen. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter fertigte man mit dem einem Worte ab: **Socialismus.**

Und weshalb konnte man dieses thun? Weil das werkthätige Volk nicht genügend in der Gesetzgebung vertreten war. Generälen, Geheimräthen, Großgrundbesitzern, Großindustriellen, Banquiers, Advokaten, Doctoren, kurz den Bevorzugten in der heutigen Gesellschaft, standen bisher nur wenige wahre Volksmänner gegenüber.

Das muß anders werden! Und an Euch, Wähler des dritten Wahlkreises, ist es, dafür zu sorgen, daß der Kandidat des werkthätigen Volkes

Heinrich Rackow

siegreich aus der Wahl hervorgehe.

Nachdem Rackow am 10. Januar ca. 4000, am 26. Januar über 6000 Stimmen erhalten hatte, ist derselbe am 11. d. M. in einer von Tausenden besuchten öffentlichen Wähler-Versammlung, zu der Jedermann, ohne Unterschied der Partei, freien Zutritt und freie Rede hatte, **einstimmig zum alleinigen Kandidaten des werkthätigen Volkes proklamirt worden.**

Ihm gegenüber steht der Rittergutsbesitzer Herr von Saucken-Tarputschen. Derselbe hat sich in einer Versammlung aufstellen lassen, in welcher von den „Fortschritts-Machern“ jede entgegengesetzte Ansicht ferngehalten und mit Hülfe der Polizei Diejenigen mundtodt gemacht wurden, welche Herr v. Saucken in seiner Kandidatenrede in schmutzigster Weise beschimpft hatte.

116. Flugblatt zur Nachwahl im dritten Berliner Wahlkreis. 1877

Und „wo kommen die viertausend Sozialdemokraten in unserem friedlichen Kreise her?“ tönte es am Morgen des elften Januar vom Tiergarten bis zur Schöneberger Straße. Man vergaß, daß der zweite Wahlkreis noch mehr umfaßt, als das Quartier der geheimen und sonstigen Räte.

Beispiellos in jeder Hinsicht war ferner der Verlauf der Volksversammlung auf Tivoli, wo am Abend des 10. Januar das Wahlresultat verkündet werden sollte. In der Einladung zu dieser Versammlung hatte sich das Zentral-Wahlkomitee gewissermaßen für die Wahl des im äußersten Süden der Stadt gelegenen Lokals entschuldigen zu müssen geglaubt: „Da es nicht möglich gewesen ist, Mitte der Stadt ein geeignetes Lokal zu erhalten, ersuchen wir, auf Tivoli zu erscheinen“, hieß es in der Einladung. Der Satz war überflüssig.

In unübersehbaren Scharen wälzten sich die Massen am Abend, kaum, daß der Wahlakt vorüber war, durch die Belle-Alliancestraße nach Tivoli hin. Als Schreiber dieses gegen 9 Uhr mit Freunden ebenfalls sich zur Versammlung begeben wollte, kamen schon Ströme von Menschen vom Tivoli zurück, und immer wieder tönte es den vorwärts Drängenden entgegen: „Geht nicht erst hinauf, es findet niemand mehr Platz“. Mancher ließ sich dadurch auch bewegen, halben Weges umzukehren, die meisten kehrten erst um, nachdem sie sich oben selbst überzeugt hatten, daß Eindringen unmöglich war. Bis weit nach zehn Uhr bot die breite Heerstraße das Bild der nach entgegengesetzten Richtungen drängenden Massen dar.

Im Riesensaal des Tivoli aber stand Mann an Mann so eng gedrängt, daß es kaum möglich war, auch nur die Arme zu bewegen. Wie eine Mauer standen sie und schauten zur Galerie hinauf, wo August Heinsch präsidierte. Ohne einen Redner zur Seite und durch seine unermüdliche Wahlarbeit selbst so mitgenommen, daß er unmöglich längere Reden halten konnte, kam dieser in die größte Verlegenheit, wie er die vieltausendköpfige, begierig aufschauende Masse unterhalten sollte. In der Not half er sich am Ende damit, daß er bald auf Erraten hin Wahlnachrichten verkündete und bald den Versammelten jovial zurief: „Nun könnt Ihr wiedermal die Marseillaise singen“, was diese sich selten zweimal sagen ließen.

Scherze dieser Art konnten das Gefühl der Begeisterung selbst bei denjenigen, welche die Komik der Sache durchschauten, nicht zurückdrängen. Man vergaß alles andere und dachte nur immer wieder an die erfochtenen Siege. Viele der älteren Genossen waren nicht imstande, Freudentränen zu unterdrücken; als Fritzsche, der im vierten Wahlkreis Gewählte, spät abends erschien, hatte er eine ganze Kanonade von Begeisterungsschlägen auf die Schulter zu bestehen. Doch hören wir die Schilderung eines bürgerlichen Berliner Blattes, des damals fortschrittlich redigierten „Berliner Börsenkurier“. Er schrieb in seiner Nummer vom 12. Januar 1877:

> „Es läßt sich heute nicht mehr verheimlichen und nicht mehr umschreiben — ein starker Prozentsatz der Bevölkerung des Deutschen Reiches huldigt sozialistischen Ideen, lebt und webt in den Utopien der Sozialdemokratie. Wer gestern die Vereinigung der Sozialdemokraten da draußen, wo es zum

Monument des Kreuzberges hinaufgeht, einige Aufgebote der „Sozialisten-Bataillone“ am Abend der Wahl auf Tivoli gesehen hat, der konnte immerhin einen kleinen Vorgeschmack von ihrer Bedeutung und von ihrer Stärke erhalten. Es waren nach polizeilicher Schätzung nicht weniger als zweiundzwanzigtausend Mann dort versammelt, zweiundzwanzigtausend Mann, die stundenlang geduldig auf die Mitteilung der Ergebnisse des Wahlkampfes harrten, und die dann mit einem wahren Fanatismus, mit Hurrarufen und mit dem Gesang der Arbeitermarseillaise die Resultate der Wahlen, die ihnen den Sieg verkündeten, begrüßten.

Bis spät in die Nacht hat man in den umliegenden Straßen, hat man in den benachbarten Gegenden genug verspürt von der Lebenskraft der Sozialdemokratie. Beinahe bis zum frühen Morgen zogen Scharen und Trupps, meist fünfzehn bis zwanzig Mann zählend, heimwärts, ihrem Triumphgefühl meist durch Absingung des sozialistischen Kampfliedes, eben jener „Arbeiter-Marseillaise“, Luft machend.

Nirgends ist es übrigens zu der leisesten Unordnung, oder selbst nur zu einer Karambolage zwischen den heimwärtskehrenden Sozialisten und den behäbigen Wächtern der öffentlichen Sicherheit gekommen.“



117. Spottbild auf die Reichstagswahlen. 1877
„Berliner Wespen“

In der Tat benahm sich die Polizei, die in Massen im Garten und in der Umgebung des Tivoli postiert war, sehr zurückhaltend. Jedesmal, wenn der überwachende Polizeioffizier den Saal passieren mußte, ersuchte er bekannte Parteiordner, ihm einen Weg zu bahnen, da er selbst keine Opposition provozieren wolle. Dem Eindruck der gewaltigen spontanen Manifestation konnte man sich in den Behörden nicht entziehen.

„Die Metropole der Intelligenz, durch Herrn Fritzsche im Deutschen Reichstag vertreten“, schrieb am Tage nach der Wahl die oberoffiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, „das ist eine Signatur der Zeit, so furchtbar beredt, daß wir unter dem ersten Eindruck derselben eine gründlichere Betrachtung derselben uns versagen. Wir werden oft genug darauf zurückzukommen haben.“

Soviel war auch den Gegnern klar, das System Tessendorf hatte Bankrott gemacht. Schon die Tivoliversammlung brachte auf Vorschlag Heinschs dem gesellschaftsrettenden Staatsanwalt ein donnerndes Hoch.

In ihrer Nummer vom 19. Januar, brachte die „Berliner Freie Presse“ mit der Ueberschrift: „Wer ist der größte Sozialist?“ ein Gedicht, das alle bekannten Sozialistenführer: Hasselmann, Bebel, Liebknecht rc.

Revue passieren ließ und bei jedem erklärte: „Der Sozialist muß größer sein“, bis am Schluß der Vers folgte, den wir diesem Kapitel als Motto vorangesetzt haben.

Und die Fortschrittler? Man sollte es nicht für möglich halten, aber diese Partei, die durch eine ganze Reihe von Vorkommnissen vorbereitet sein mußte, daß ihre Wahlsitze in Berlin ernsthaft bedroht waren, hatte so sehr alles Empfinden für das, was im Volke lebte, und jede Tatkraft verloren, daß sie nicht einmal für eigene Feststellung des Wahlresultats am Abend des Wahltages gesorgt hatte. Man verließ sich auf den Effekt der Artikel und Flugblätter, in denen der Zukunftsstaat der Sozialdemokratie als Zuchthausstaat dem Spießbürger geschildert wurde, rief diesen Spießbürger, ohne zu bedenken, für wie viele Kleinbürger sogar jener „Zuchthausstaat“ keine Schrecken mehr haben konnte, zur Bürgerpflicht auf und schlief im übrigen den Schlaf der Gerechten.

Um so unbehaglicher jedoch das Erwachen. Nun das Resultat vorlag, pries man die Organisation und den Eifer der Sozialdemokratie im Gegensatz zur Lässigkeit des gebildeten Bürgersmanns. Daß auch gar so mancher Bürger sozialdemokratisch gewählt hatte, wollte den guten Leuten absolut nicht in den Kopf. Unvergeßlich wird dem Schreiber dieses sein, mit welcher Entrüstung ein Wähler in grauem Haar, dem man den Kleinbürger sofort ansah, im fünften Wahlkreis den ihm vom fortschrittlichen Stimmzettelverteiler angebotenen Stimmzettel für Duncker zurückwies. „Lassen Sie mich mit der Partei in Ruhe, die hat uns zu sehr betrogen,“ rief er fast zitternd vor Erregung aus, und ähnliche Szenen passierten vor anderen Wahllokalen.

Bezeichnend für den Geist des fortschrittlichen Bürgertums ist ferner die geringe Stimmenzahl, die der Fortschrittler Dr. Max Hirsch im ersten Wahlkreis erhalten hatte. Wie zahm auch die Arbeiterorganisationen waren, die Hirsch ins Leben gerufen hatte, und wie offenbar ihn dazu nur das Bestreben veranlaßt hatte, möglichst viele Arbeiter dem Liberalismus zu erhalten, so verzieh es ihm ein großer Teil der Fortschrittsbourgeois nicht, daß er überhaupt Arbeiter organisiert und sogar einige Streiks geführt hatte, und so erhielt er in der Domäne der Fortschrittspartei noch weniger Stimmen, als der Nationalliberale Forckenbeck. Dieser konnte 3.074 Stimmen verzeichnen, Hirsch aber nur 2.721 Stimmen.

Für die Stichwahl in diesem Kreise wurde von sozialdemokratischer Seite die Parole ausgegeben „gegen Hirsch“. Im zweiten Wahlkreis, wo der Fortschrittler Klotz mit Forckenbeck in Stichwahl kam, ward es den sozialistischen Wählern freigestellt, sich der Stimme zu enthalten oder für Klotz zu stimmen; aber Hirsch dürfe wegen der Verwirrung, die er unter den Arbeitern stifte, nicht gewählt werden. Inwieweit die 1.173 Wähler Mosts dieser Parole folgten und für Forckenbeck stimmten, läßt sich nicht feststellen.

Als am Vorabend der Stichwahl in einer nationalliberalen Versammlung Most das Wort verweigert wurde, erklärte dieser, nun hätten auch die Nationalliberalen den Anspruch auf die sozialdemokratischen Stimmen verwirkt. Aber selbstverständlich war

es viel zu spät, die Parole herumzugeben, auch hätte man sich damit nur lächerlich gemacht.

Bei sehr viel stärkerer Wahlbeteiligung siegte Hirsch, für den nunmehr fortschrittlicherseits Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt worden waren, mit 5.659 Stimmen über Forckenbeck, der 5.280 Stimmen erhielt. Auch der zweite und der dritte Wahlkreis blieben der Fortschrittspartei noch erhalten, indes gelang es der intensiven Agitation der Sozialdemokratie, im dritten Wahlkreis die Stimmenzahl Rackows von 3.991 auf 6.070 zu erhöhen, und als infolge Verzichts des gewählten Fortschrittlers Herz eine Nachwahl notwendig wurde, hielten bei allgemein geringerer Wahlbeteiligung doch 5.765 Wähler am sozialdemokratischen Kandidaten fest. Ein Abschluß, mit dem die Partei mehr wie zufrieden sein konnte; niemand hatte in jenem Wahlkreis eine auch nur annähernd so große Zahl sozialdemokratischer Wähler vermutet.

Am Bankrott des Systems Tessendorf nahm auch die Fortschrittspartei teil. „Die Reaktion steht vor der Tür“ riefen ihre Blätter. Gewiß rieben sich die Reaktionäre die Hände. „Norddeutsche Allgemeine“, „Kreuzzeitung“, „Post“ predigten jede in ihrer Weise die Notwendigkeit einer Umkehr. Aber wie sehr hatten nicht gerade die Fortschrittler durch ihr Gejammer über die Verworfenheit der Absichten der Sozialdemagogie und die Urteilslosigkeit ihrer Anhänger Stimmung für die Reaktion gemacht.

Als es in den ersten Tagen nach dem 10. Januar schien, als ob genug Sozialdemokraten gewählt werden würden, um selbständig im Reichstag Anträge einbringen zu können, schrieb die fortschrittlich-liberale „Berliner Tribüne“: „Ist es für das Deutsche Reich in der Tat so gleichgültig, der erste Staat zu sein, dessen Volksvertretung die hirnverbrannten Doktrinen über den Umsturz unserer heutigen Gesellschaft, über die Abschaffung der Armee, des Erbrechts, der Ehe und dergleichen mehr nicht nur in gelegentlicher Abwehr geißeln, sondern allen Ernstes auf die Tagesordnung seiner Sitzungen setzen soll?“

Und in das gleiche Horn bliesen die übrigen Fortschrittsblätter. Ueberzeugender konnte der Beweis nicht geliefert werden, daß Führer und Mannen des Berliner Fortschritts nicht bloß am zehnten Januar geschlafen hatten.

Sechzehntes Kapitel. Von den ersten großen Wahlsiegen bis zu den ersten großen Leichenbegängnissen.

Das System Tessendorf wird fortgesetzt. — Die Sozialdemokratie entwickelt sich zur Parlamentspartei. — Große und kleine Notstandsdemonstrationen, die Fortschrittspresse verwarnt Max Hirsch. — Nachwahlen in Berlin VI und Berlin V: Der Kampf Hasenclevers Ludwig Löwe und sein Ausgang. — Die Verweisung Eugen Dührings aus dem Lehrkörper der Berliner Universität. Die Protestbewegung der Arbeiter und Studenten. Berliner Sozialisten gegen den Friedrich Engelsschen Anti-Dühring. — Der „Mohrenklub". — Mosts Vorträge kontra Mommsen. — Dr. Olivier und sein Brot. — Ein Protest an den preußischen Landtag gegen die Berliner Polizei. Der Verein zur Wahrung der Interessen der werttätigen Bevölkerung Berlins wird gegründet. — Dührings Bruch mit der Sozialdemokratie und der Schiffbruch seiner freien Akademie. — Treitschke kommt nach Berlin, Charaktere zu bilden. Reaktionsstürme in Sicht. Tessendorfs juristische Blamagen und politische Lorbeeren. — Die Sozialdemokratie bleibt auf dem Reformweg. Erster Versuch der Beteiligung an Kommunalwahlen. — Die Staatssozialisten und die Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei. Die Redeschlachten Stöcker-Most und Most-Wangemann. — Die Kirchenaustrittsbewegung und ihr Effekt auf Kaiser Wilhelm I. — Die zwei großen sozialdemokratischen Leichenbegängnisse vom Frühjahr 1878: August Heinsch und Paul Dentler.

> „Nicht Ihre Fäuste, Ihre Köpfe reklamiere ich."
>
> Joh. Most, Die Lösung der sozialen Frage.

Das System Tessendorf war besiegt, aber es gab sich noch nicht für besiegt. Die Polizeipraxis gegenüber den des Sozialismus verdächtigen Organisationen der Arbeiter und die staatsanwaltliche und gerichtliche Praxis gegenüber dem freien Wort in Presse und Versammlung blieben vor der Hand die alten, wenn nicht die Verfolgungen noch verschärft wurden.

In dem am 23. Januar 1877 vor der siebenten Deputation verhandelten Prozeß gegen Beamte der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und des Berliner Arbeiterwahlvereins vertrat Tessendorf seine schon bekannte Theorie, daß Angehörige verbotener Vereine jedes Vereinsrecht verwirkt hätten und daß öffentliche Versammlungen, die von leitenden Mitgliedern solcher Vereine abgehalten würden, dadurch allein schon sich als Fortsetzungen dieser kennzeichneten, und hatte damit bei den Richtern in der Sache vollen Erfolg.

Das Erkenntnis, wonach die genannten Organisationen vom Gericht als für Preußen geschlossen erklärt und A. Heinsch zu sechs Wochen, C. Derossi zu zwei Monaten, August Seib zu drei Wochen und Karl Greifenberg zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurden, atmet von Anfang bis zu Ende den Geist der Partei- und Klassenjustiz. Es ist in den Nummern der „Berliner Freien Presse" vom 31. Januar bis 3. Februar 1877 ausführlich mitgeteilt und kommentiert, und sei dem Studium des Geschichtsschreibers der politischen Justiz in Preußen dringend anempfohlen. Hier sein Schlußsatz:

> „Die sozialistische Arbeiterpartei, die an die Spitze ihres Programms den Umsturz des Staates stellt, hatte nach dieser Tendenz ein Ziel, was ein geordnetes Staatswesen unmöglich dulden darf. Also konnte es nicht zweifelhaft sein, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei mit solcher Tendenz für den Umfang des preußischen Vereinsgesetzes nicht mehr geduldet

> werden kann, und der Wahlverein, der vorzugsweise und in erster Linie den Zwecken der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wenn auch nur mittelbar, gedient hat und zu dienen berufen war, mußte ebenso wie diese sozialdemokratische Arbeiterpartei für den Am fang des preußischen Vereinsgesetzes und für Berlin geschlossen werden.“

Man beachte wohl, daß es sich hier nicht um einen Prozeß wegen politischer Tendenzen oder wegen Vergehen gegen die Staatsordnung handelte, sondern daß lediglich über eine angebliche Verletzung der Formalbestimmungen des Vereinsgesetzes zu befinden war, die von allen bürgerlichen Parteien ganz offenkundig mit Füßen getreten wurden. Brutaler konnte die Praxis des zweierlei Rechts nicht kundgegeben werden.

Faktisch stand die Sozialdemokratie in Berlin wie auch anderwärts schon unter Ausnahmerecht. Dabei war die Sozialdemokratie vielleicht zu keiner Zeit weniger herausfordernd in ihrem Auftreten, als gerade in dieser Epoche. Von irgendwelcher Gewaltpropaganda war absolut keine Rede. Im Gegenteil, mehr als je war man auf dem Wege zur Befreundung mit dem Parlamentarismus.

Es ist später zur Beschönigung des Ausnahmegesetzes viel von den revolutionären Parlamentsreden von Most und Hasselmann gesprochen worden, die zu ihm gedrängt hätten. Aber Hasselmann war bei der Reichstagswahl von 1877 durchgefallen und mußte die „Rote Fahne“ schließlich eingehen lassen, während Mosts Parlamentsreden den Leser durch ihre außerordentliche Mäßigung und Sachlichkeit überraschen.

Most war es auch, der 1877 nach erfolgter Reichstagswahl gleich für die Sozialdemokraten, die Volksparteiler und die Elsässer Plätze auf der äußersten Linken des Reichstags belegen wollte und, als er deswegen in der bürgerlichen Presse angegriffen wurde, erklärte, er sei, was die Demokraten betreffe, „hierzu durch einen bekannten Demokraten, welcher mit denjenigen sich ins Einvernehmen gesetzt hatte, die gesonnen sind, mit den Sozialisten eine Gruppe der äußersten Linken zu bilden, bevollmächtigt worden. Zur Bildung einer solchen Gruppe ist es bekanntlich formell nicht gekommen, aber faktisch bestand zwischen bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten gerade damals ein freundschaftliches Verhältnis.

Es zeigte sich dies auch u. a., als am 6. März 1877 Johann Jacoby an den Folgen einer Steinoperation gestorben war. Von Berlin gingen für die Partei damals Most und Rackow, als persönlicher Freund Jacobys u. a. der faktisch schon der Partei beigetretene, aber mehr im stillen wirkende Paul Singer, zur Beerdigung nach Königberg, wo man im Verein mit bürgerlichen Demokraten den Verstorbenen feierte. Ebenso beteiligte sich, neben anderen sozialdemokratischen Abgeordneten, auch Most an der von Mitgliedern des eingegangenen demokratischen Vereins am 1. Mai 1877 veranstalteten Gedächtnisfeier Johann Jacobys, bei der Guido Weiß die Festrede hielt.

Und mancher wird erstaunt sein, zu erfahren, daß, als im Sommer 1877 in Frankreich Gambetta nach der Auflösung der

Nationalversammlung durch Mac Mahon die Parole ausgab: „Wiederwahl der 363 Republikaner ohne Unterschied der Fraktion“, es gerade Most und der damalige übrige Redaktionsstab der „Berliner Freien Presse“ waren, die im Gegensatz zum Leipziger „Vorwärts“ die Anschauung vertraten, daß in Frankreich die Sicherung der Republik gegen die klerikal-monarchistische Reaktion die Hauptaufgabe des Moments, die Gambettasche Parole daher berechtigt sei.

Der „Vorwärts“ hatte nämlich unter der Ueberschrift: „Nieder mit der Republik!“ einen Artikel gebracht, der ausführte, daß, je eher die gegebene französische Bourgeoisrepublik gestürzt werde, dies für die Entwickelung der Dinge um so besser sei. An diesen Artikel knüpfte sich, nachdem die „Frankfurter Zeitung“ ihn scharf angegriffen hatte, eine lebhafte Debatte in der damaligen sozialistischen Parteipresse. Der größere Teil der Parteipresse nahm für den „Vorwärts“-Artikel Partei, als dessen Verfasser man irrigerweise Liebknecht vermutete. Der Redaktionsstab der „Berliner Freien Presse“ dagegen — Most, Lossau, Grottkau — vertrat beharrlich die Anschauung, daß die Sozialdemokratie an der Erhaltung der Republik in Frankreich im höchsten Grade interessiert sei. Dies unter folgender Motivierung:

> „Bleibt die Republik erhalten, so ist dies überhaupt nur unter der Bedingung denkbar, daß sie sich entwicklungsfähig erweist; damit ist aber auch für den Sozialismus die Bahn geebnet. Und die jetzigen Vorgänge müssen auch die bürgerliche Republik ganz von selbst von der Notwendigkeit der revolutionären Entwickelung überzeugen, da nur in dieser die Mittel gegeben sind, womit dem Zäsarismus nachhaltig begegnet werden kann.
>
> „Die allgemeine politische Amnestie, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit usw. usw. sind Dinge, welche der etwaigen Niederlage Mae Mahons auf dem Fuße folgen müssen, wie überhaupt unter republikanischem Regime die politische Freiheit den Franzosen nicht dauernd vorenthalten werden kann, da hierzu einerseits das reaktionäre Gebaren der Bonapartisten und andererseits der revolutionäre Grundcharakter des französischen Volkes dazu herausfordert.
>
> „Und daß später die bis zu einem gewissen Grade gediehene politische Freiheit das französische Volk in seinen sozialen Bestrebungen hemmen sollte — diesem Glauben vermögen wir uns nicht hinzugeben, weil wir keine Pessimisten sind, und weil uns die Logik zwingt, das Gegenteil anzunehmen.
>
> „Obgleich wir in der jetzigen französischen Republik erst kaum noch den Rahmen zu einem freien Volksstaate zu erblicken Imstande sind, können wir doch einer Zerstörung derselben in keiner Form das Wort reden. Und wenn es in Frankreich zur Schlacht um Sein oder Nichtsein der Republik kommen sollte, so werden wir nicht wünschen, daß der Säbel triumphiere, sondern daß der Kampf ende mit dem Siegesrufe: Es lebe die Republik!“

So im Leitartikel vom 8. Juli 1877 das Organ, an dessen Spitze der „wilde“ Most stand. Die Debatte wurde übrigens in einer Form geführt, die sehr wohltätig berührt. Es kämpfte Ansicht gegen Ansicht, aber

von gehässiger gegenseitiger Denunzierung und dergleichen war nicht die Rede. Schließlich lenkte der „Vorwärts“ ein, so daß der Abschluß der Polemik ein durchaus harmonischer war. Welcher Auffassung die Geschichte Recht gegeben hat, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Die erste Aktion der Partei in Berlin nach dem Sieg vom 10. Januar 1877 betraf den noch immer nicht endenwollenden Notstand. Von dem Geschäfts- druck, der in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf Deutschland und speziell auf Berlin lastete, macht man sich heute schwer eine Vorstellung. Keine Industriekrisis hat seitdem auch nur annähernd so viel Not und Elend mit sich gebracht, wie jene.

Fast alle Fabriken Berlins arbeiteten mit reduziertem Personal. Große Werkstätten, wie die Pflugsche Maschinenfabrik, gingen ganz ein, wie denn überhaupt die Maschinenindustrie besonders schwer zu leiden hatte. Wo in normalen Zeiten Invalidengelder für 35.000 Arbeiter gezahlt wurden, wurden 1877 nur noch für 16.000 Arbeiter Einzahlungen gemacht, und von diesen 16.000 waren noch nicht die Hälfte vollbeschäftigt.

Der Norden Berlins sah seine Bevölkerung abnehmen, an die Stelle von Wohnungsnot trat Ueberangebot von Wohnungen, womit aber keineswegs Besserung der Wohnungsverhältnisse verbunden war. Die nicht abreißenden Lohnherabsetzungen hatten im Gegenteil die Wirkung, daß sich die Arbeiterbevölkerung um so mehr in engen Räumen drängte. Von hundert Bewohnern der Oranienburger Vorstadt hatten je 64,34 nur ein heizbares Zimmer!

Der Arbeitsmangel war so groß, daß es wiederholt zu Zusammenrottungen von Arbeitslosen kam, gegenüber denen die Polizei allerdings leichtes Spiel hatte; eine solche Zusammenrottung fand u. a. am 15. Februar statt, und ohne das Dazwischentreten einiger Sozialisten wäre es wahrscheinlich zu Blutvergießen gekommen.

Wähler des 6. berliner Wahlkreises.

Die neue Weltordnung der Sozialdemokraten.

Es giebt viel Elend, Noth und Unrecht in der Welt. In dem Streben, dasselbe zu beseitigen oder zu mildern, sind alle menschlich fühlenden und rechtlich denkenden Männer einig. Die Sozialdemokraten haben aber dafür noch ein besonderes Universalrezept, dasselbe heißt:

Konfiskation alles Eigenthums durch den Staat.

Grund und Boden, Haus und Hof, Geld und Geräth, große und kleine Ersparnisse, Alles fällt dem Staat anheim.*)

Damit wird der Staat als einziger Besitzer auch der einzige Unternehmer; jede Arbeit, jedes Geschäft auf eigene Rechnung ist ausgeschlossen.

Da der Staat alleiniger Unternehmer wird, so hat alsdann der Arbeiter auch keine Wahl mehr unter den Arbeitgebern. Er verliert ebenso die Wahl des Arbeitszweiges wie des Aufenthaltsortes.

Jeder Bürger muß alsdann diejenige Arbeit verrichten, welche der Befehl der sozialdemokratischen Staatsbehörde ihm auferlegt. —

Lohnstreitigkeiten, Streikes kommen freilich dabei nicht mehr vor. Man kann den Arbeitgeber nicht wechseln, weil es außer dem Staat einen zweiten Arbeitgeber nicht giebt; man kann nicht feiern, weil man nach Konfiskation aller Ersparnisse nichts mehr zuzusetzen hat, sondern aus der Hand in den Mund lebt. Ueberhaupt wird alsdann auch

der Arbeitslohn abgeschafft.

Der Arbeiter bekommt kein Geld mehr in die Hand, weil sonst in Folge von Ersparnissen Privateigenthum mit der Zeit wieder entstehen könnte. Der Arbeiter erhält nur eine Staatsanweisung auf Befriedigung „seiner vernunftgemäßen Bedürfnisse“, wie es in dem sozialistischen Programm heißt. Was seine vernunftgemäßen Bedürfnisse sind, das bestimmt die Staatsbehörde. Die Staatsbehörde, welche dem Arbeiter seine Arbeit vorschreibt, weist ihm auch in

einer großen Kaserne die Wohnung an.

Dieselbe Staatsbehörde bestimmt ebenso genau
ob der Arbeiter heirathen darf,
weist ihm nebst Familie bestimmte Kleider an,
befiehlt was Mittags gekocht werden soll,
ordnet wie oft die Wäsche gewechselt werden darf, u. s. w.

Fünf Frauen, so hat Herr Bebel unlängst in Königsberg, als er durch Interpellationen gedrängt wurde,**) in dieser Weise den sozialdemokratischen Zukunftsstaat näher zu beschreiben, ausgeführt, werden dann ausreichen, um für 5000 Arbeiter die Menage zu bereiten.

Die Kinder werden natürlich unter Ausschluß eines jeden elterlichen Beliebens streng nach den Weisungen der Staatsbehörde erzogen.

Ein Erbrecht, wonach den Kindern das zum Vortheil gereichen kann, was die Eltern in einem arbeitsvollen Leben vor sich gebracht haben, kommt nicht mehr zur Geltung.

Dieser sozialdemokratische Zukunftsstaat sieht allerdings einem großen nationalen

Zuchthaus

so ähnlich wie ein Ei dem andern.

Doch halt! ein Unterschied zu Gunsten des Zuchthauses kann nicht abgeleugnet werden. Auch dem Zuchthäusler, selbst dem lebenslänglich Verurtheilten winkt die Hoffnung auf Freiheit; es ist ihm sogar die Möglichkeit gegeben, durch eisernen Fleiß und Ueberverdienst geringe Ersparnisse aus dem Zuchthaus in das freie bürgerliche Leben mit hinaus zu nehmen. Der Arbeiter im sozialdemokratischen Zukunftsstaat dagegen bleibt angekettet an diejenige Arbeitsweise und Lebensform, zu welcher ihn die sozialdemokratische Staatsbehörde einmal verurtheilt hat, bis er endlich in dem Normalgrab nach den Vorschriften der Behörde zur Bestattung gelangt. —

Eines freilich soll der sozialdemokratische Zukunftsbürger vor dem Häusling und der Spittelfrau voraus haben, er darf ab und zu einen Stimmzettel in eine Urne werfen, auf dem geschrieben steht, wer sein Zuchtmeister sein soll. Wahrlich eine Scheinfreiheit, noch hohler und bedeutungsloser in dem unfreien Zustande als das Wahlrecht für die Volksvertretung, welches bis vor Kurzem die Soldaten in Reih und Glied besaßen. Wehe den Soldaten, welche nicht nach Parolebefehl wählten!

Aber, sagen die sozialdemokratischen Führer, dieser Verlust der persönlichen Freiheit wird eingetauscht gegen ein sinnlich besseres Leben, gegen bessere Wohnung in unserer großen Kaserne, bessere Kost aus der großen sozialdemokratischen Menage. Ein solches von oben herab bis in allen Einzelheiten von unseren Staatsbehörden geregeltes Leben wird es ermöglichen, die tägliche Arbeitszeit bis auf zwei Stunden zu ermäßigen, nachher — so führte Herr Bebel in Königsberg weiter aus — lebt jeder der Erholung, dem Genusse und — sinnt über neue Erfindungen und Verbesserungen der Produktionsweise nach.

An Einbildung und Träumerei ist gewiß das Möglichste geleistet. Aber gesetzt, diese aller thatsächlichen Begründung entbehrenden Phantasien würden Wirklichkeit, können sie den Arbeiter verlocken?

Auch das Kind plaudert dem gefangenen Vogel im Käfig in seiner Einfalt vor, wie gut er es habe, wie er für nichts zu sorgen brauche, wie dumm es von ihm gewesen, durch das offen gelassene Thürchen einen Fluchtversuch zu machen. Der dumme Vogel sucht, so lange er noch fliegen kann, immer wieder aus dem vergoldeten Käfig in die goldene Freiheit zu entkommen.

*) Anmerk. In dem auf dem sozialdemokratischen Kongreß zu Gotha einstimmig angenommenen Programm der sozialistischen Arbeiterpartei heißt es wörtlich: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.“

**) Anmerk. Die sozialistischen Führer lieben es zwar sehr, die bestehenden Zustände zu kritisiren und schlecht zu machen, lassen sich aber ungern darauf näher ein zu zeigen, wie es besser gemacht werden kann.

118. Erste Seite eines freisinnigen Flugblattes gegen die Sozialdemokratie aus der Reichstagswahl. 1877

Unter diesen Umständen hielt es die Berliner Parteileitung für angezeigt, eine große Demonstration in Sachen des Notstandes zu veranstalten, und am Sonntag, den 18. Februar, fanden in sieben der größten Säle Berlins Volksversammlungen statt mit der Tagesordnung: „Der Notstand in Berlin und Vorschläge zur Abhülfe desselben.“

Referenten waren Baumann, Bernstein, Fritzsche, Grottkau, Jörissen, Keitel und Most. Die Versammlungen waren sämtlich überfüllt und nahmen einstimmig eine Resolution an, die an die Reichs-, Staats- und Stadtbehörden unter Betonung ihrer Kompetenzen und Pflichten ganz bestimmte Forderungen zur Abhülfe des Notstandes stellte. Die Stimmung in einigen dieser Versammlungen war eine überaus erbitterte; bei der Erwähnung des vom Minister Camphausen und dem Handelsminister Achenbach ausgegebenen Rezepts, den Notstand durch Herabsetzung der Löhne und Erhöhung der Arbeitszeit zu bekämpfen, ertönten Rufe, wie „gibts keine Galgen mehr?“, die weit über die landläufigen Mißbilligungsbezeugungen hinausgingen.

Indes sorgte gerade die Partei dafür, daß sich an die Demonstrationen keinerlei Exzesse knüpften. Für die Berechtigung der Aktion selbst zeugt die Tatsache, daß man auch in anderen als sozialistischen Kreisen es für angezeigt hielt, Maßnahmen gegen den Notstand zu verlangen.

Nachdem schon Ende Januar der noch immer fortvegetierende Berliner Arbeiterverein sich mit der Notstandsfrage befaßt hatte, veranstalteten auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine eine Notstandsversammlung, die sogar am selben Tag stattfand, wie die sozialdemokratischen Demonstrationen, aber selbstverständlich kaum den vierten Teil der Besucher zählte, welche die kleinste der sozialdemokratischen Versammlungen aufwies. Dagegen wichen die an Reich, Staat und Gemeinde auf Abhülfe gegen den Notstand gestellten Forderungen nur im Verlangen der Parzellierung der Staatsdomänen prinzipiell von den Notstandsforderungen der Sozialdemokratie ab.

Diese Uebereinstimmung in einer praktischen Frage genügte der offiziellen Fortschrittspresse, dem Schreckenskind Max Hirsch eine Lektion über die Verwerflichkeit aller Staatshülfe zu lesen. Die Krisis müsse sich „selbst ausheilen“. „Jede ernsthafte politische Partei“, so deduzierte die „Vossische Zeitung“, „wird zu allen Zeiten und am meisten zu Zeiten wirtschaftlicher Notstände auf das Verderbliche und die Gefahren der Staatshülfe hinweisen und sie bekämpfen.“

Das war die Weisheit der Maßgebenden im Rat der Fortschrittspartei; die Arbeiterklasse sollte sich über den Notstand hinweg hungern, und wenn noch so viele darüber ins Bettelproletariat herab sinken oder sonst zugrunde gehen sollten. War ja doch aus Fortschrittskreisen von Eugen Richter dem Minister Camphausen am lautesten für sein Rezept Dank gesagt worden.

So lagen die Dinge, als die Wahl Hasenclevers im 6. Wahlkreis vom Reichstag für ungültig erklärt wurde, weil in den amtlichen Wahllisten ein Bogen in die Liste eines falschen Bezirks eingeheftet worden war.

Da in dem Wahlbezirk, wo die verheftete Liste fehlte, am Wahltage weniger Wähler als nicht eingetragen von der Wahl zurückgewiesen worden waren, als das absolute Mehr Hasenclevers betrug, war ein ausreichender Grund zur Annullierung der Wahl nicht vorhanden, zumal die Mehrheit der zurückgewiesenen Wähler Hasenclevers waren; aber aus Haß gegen die Sozialisten und in der Hoffnung, den

Wahlkreis der Sozialdemokratie wieder entreißen zu können, stimmten auch die braven Fortschrittler für die Ungültigkeit.

In Ludwig Loewe, dem einstigen Verehrer Lassalles, fanden sie nach langem Suchen den Mann, der bereit war, der Sozialdemokratie das ihr gebührende Mandat, wenn es irgend ging, zu entreißen, und der auch den Nationalliberalen des Kreises genehm war. Letzteres zeigt schon, welche Wandlung mit Loewe vor sich gegangen war; hätte er noch demokratisches Empfinden gehabt, so durfte gerade er in diesem Fall, wo es so klar zutage lag, daß Hasenclever der eigentlich erwählte Vertreter des Kreises war, die Kandidatur nicht annehmen.

Der Wahlkampf nahm denn auch einen viel schärferen, viel gehässigeren Charakter an, wie alle früheren Kämpfe in Berlin. Die Fortschrittler appellierten an die reaktionärsten, borniertesten Instinkte der bürgerlichen Wählerschaft. Eugen Richter hielt — natürlich hinter verschlossenen Türen — im Borsigschen Saal eine Wahlrede, in der er nicht davor zurückschreckte, die vollständige Entvölkerung des Wahlkreises vorauszusagen, sofern Hasenclever noch einmal gewählt würde. Die wohlhabenden Leute, die Industriellen — kurz alles, was etwas zu verlieren habe, würde darauf verzichten, noch länger in einem solchen Stadtteil zu wohnen. Die Rede, in der neben andern Geschmacklosigkeiten auch diese Albernheit ihren Platz fand, wurde als Flugschrift in 50.000 Exemplaren verbreitet, und Fabrikanten wie Hausbesitzer wurden aufgeboten, ihren ganzen Einfluß auf die Wähler zugunsten Loewes geltend zu machen. Nie zuvor hatte die Fortschrittspartei soviel Mannen in einem Wahlkreis in Aktion gesetzt, als gerade bei dieser Wahl.

Der Mischmasch der Sozialistentöter fand indes die Berliner Sozialdemokratie gerüstet. Auch in bezug auf sie kann man sagen, daß ihre Agitation nunmehr alles bisher bei Wahlen von ihr Geleistete übertraf. Ein ausgebildetes System von Bezirksführern und Hilfsmannschaften wurde ins Werk gesetzt, das sich bei der Flugblätterverbreitung und aller sonstigen Wahlarbeit vortrefflich bewährte.

In großen Versammlungen sprachen neben Hasenclever noch Bebel, Liebknecht, Most, Grottkau vor Tausenden. Die in diese großen Versammlungen eingeladenen Fortschrittsführer zogen es selbstverständlich vor, nicht zu erscheinen, dagegen ging Hasenclever darauf ein, in einer von den Fortschrittlern einberufenen Versammlung in der Ahrensschen Brauerei in Moabit, wo Ludwig Loewe als Hauptredner auftreten sollte, diesem zu antworten, obwohl ihm dafür nur 45 Minuten Redezeit eingeräumt und der Sozialdemokratie nur 5 — sage und schreibe fünf Einlaßkarten überlassen wurden! Allerdings sollten sich die Fortschrittler in der Parteistellung der Wähler, an die sie die übrigen Karten verteilten, sehr täuschen.

Gut die Hälfte der Besucher der Versammlung gaben sich, zur großen Verblüffung des fortschrittlichen Komitees, durch ihr Verhalten als Parteigänger und Freunde der Sozialdemokratie zu erkennen, und Hasenclever wurde mit stürmischen Akklamationen empfangen. Trotz

alledem glaubten die Fortschrittler und ihre Verbündeten noch immer, ihres Sieges über die „Kommunisten“ sicher zu sein.

Ludwig Loewe, der eine sehr leidenschaftliche Rede hielt, sprach von der Wahl als von einer im voraus zu seinen Gunsten entschiedenen Sache und verlegte sich in der Hauptsache darauf, die gegen ihn persönlich gerichteten Angriffe zurückzuweisen. Hasenclever antwortete ihm geschickt und erntete immer wieder demonstrativen Beifall.

Was Ludwig Loewe besonders zur Wut gereizt hatte, waren Angriffe, die sich auf ihn als Kommunalpolitiker bezogen. In den Wahlkampf spielte nämlich ein örtlicher Interessenkonflikt hinein. Loewe hatte als Stadtverordneter dagegen gewirkt, daß die Stadt Berlin den im Norden gelegenen alten Viehhof zu dem von der Viehhofgesellschaft normierten Preise ankaufe, und es durchgesetzt, daß statt dessen das Terrain des jetzigen, im Nordosten gelegenen Viehhofs angekauft wurde.

So weit wäre wenig dagegen einzuwenden gewesen, denn der Hinweis Loewes darauf, daß der alte Viehhof dem Bedürfnis des wachsenden Berlin eines Tages nicht mehr genügen werde, war durchaus berechtigt. Nun ward aber behauptet, daß ein Loewe sehr nahestehender Finanzier, der Bankier Gravenstein, als Gründer einer Bodengesellschaft an dem Verkauf des neuen Terrains sehr interessiert gewesen sei und daß die Stadt es jedenfalls viel zu teuer bezahlt habe.

Der Streit hierüber trat in dem Wahlkampf sehr in den Vordergrund, und an die Sozialdemokratie drängten sich Gestalten recht zweifelhaften Kalibers heran, ein Umstand, der manchem die Freude über den Ausgang des Kampfes etwas beeinträchtigte. Denn das Ende war ein glänzender Sieg für die Sozialdemokratie.

Mit 12.751 gegen 11.650 Stimmen wurde Hasenclever gewählt. Trotzdem ein großer Teil der Wähler aus der Arbeiterklasse infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit inzwischen verzogen waren, hatte sich die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Wähler in vier Monaten um über 3.000 vermehrt.



119. Bürgerliche Karikatur auf die sozialistisch denkenden Berliner Arbeiter

Aus dem „Kladderadatsch“

Wie war aber auch gearbeitet worden! Die Sozialdemokratie gab der Hauptstadt immer wieder neues zu sehen. Am Sonntag vor dem Wahltag war auf 7 Uhr früh eine Versammlung der Flugblattverbreiter und sonstigen Hülfsmannschaften in den Handwerkervereinssaal einberufen, und schon lange vor Eröffnung war das geräumige Lokal voll besetzt.

Natürlich war auch die Hermandad am Platz, und es machte einen gar eigentümlichen Eindruck, so früh am Morgen eine

Volksversammlung bei Gaslicht und unter polizeilicher Aufsicht tagen zu sehen.

Am Wahltage selbst aber versammelten sich die Bezirksführer und ein Teil der Hülfsmannschaften schon um 3½ Uhr morgens in der Wohnung Karl Greifenbergs, des obersten Organisators des Kreises, um das letzte Flugblatt in Empfang zu nehmen und es vor den Fabriken an die Arbeiter zu verteilen, bevor diese die Fabrik betraten.

Die anderen Hülfsmannschaften versammelten sich um 7 Uhr früh in Saal und Garten der Norddeutschen Brauerei, wo auch am Abend das Wahlresultat verkündet wurde. Mit welchem Jubel es von den vielen Tausenden entgegengenommen wurde, die das Lokal füllten, kann man sich leicht vorstellen. Ein Berichterstatter ließ einen Arbeiter bei Bekanntgabe des Resultats Hasenclever begeistert zurufen: „Siehste Wilhelm, die gerechte Sache siegt!“

Ob das Wort so gefallen ist, ist ziemlich gleichgültig, aber das Empfinden der sozialdemokratischen Wählerschaft des eroberten oder vielmehr festgehaltenen Wahlkreises bewegte sich in der Tat in diesem Gedankenkreise. Man empfand den Sieg fast mehr noch als einen solchen des Rechts, wie als einen solchen der Partei.

Und nicht nur in der Sozialdemokratie dachte man so. Was noch wirklich demokratisch empfand in Berlin, stand in diesem Kampf auf Seiten der Sozialdemokratie.

Ludwig Loewe war bis dahin häufiger Besucher des Guido Weißschen Stammtisches in der Hausmannschen Weinstube gewesen. In der „Berliner Freien Presse“ vom 9. Juni 1877 findet man aber Beiträge zum sozialdemokratischen Wahlfonds quittiert unter Initialen, die Guido Weiß und seinen Freunden zugehörten, und als am Sonnabend nach der Wahl Ludwig Loewe sich wiederum an dem Stammtisch einfand, ward ihm durch Stillschweigen zu erkennen gegeben, daß hier nicht mehr sein Platz sei.

Die Fortschrittler ihrerseits waren wie zu Boden geschmettert, sie hatten so sicher auf einen Sieg gerechnet, daß sie schon die Musikanten für das Siegesfest bestellt hatten. Jetzt, wo sie geschlagen waren, konnte man auch in ihren Blättern lesen, daß Ludwig Loewe, in dem man zuerst den sicheren Retter begrüßt hatte, nicht der geeignete Kandidat gewesen sei. Nun, die Umstände, die gegen Loewe sprachen, sind vorher mitgeteilt worden, aber die einige hundert Stimmen der Viehhof-Interessenten entschieden den Kampf nicht. Loewe war schließlich doch noch eine Persönlichkeit, die Eindruck machte; mit ihren sonstigen Kandidaten aus dem Bürgertum hätten die Fortschrittler womöglich noch schlechtere Geschäfte gemacht.

Gegen die Aufstellung eines Arbeiters aber, der damals den Kreis vielleicht noch für die Fortschrittspartei hätte retten können, sträubte sich der Klassengeist des in ihrem Rat maßgebenden Fabrikantentums. Es stand damals sehr schlimm um diese Partei in Berlin.

Die „Volkszeitung“, das für die Arbeiter bestimmte Organ der Fortschrittspartei, war durch ihren Verleger, Franz Duncker, der in Schulden geraten war, dem finanziellen Bankrott nahe gebracht, und

Duncker hatte seine Mandate für Landtag und Reichstag niederlegen müssen. Dabei kamen Dinge aus seinem Eheleben an die Oeffentlichkeit, die wohl vor einer freien Auffassung des Rechts der Geschlechter bestehen mochten, aber der offiziellen Philistermoral, die ob der „freien Liebe“ der Sozialdemokratie zetert, direkt ins Gesicht schlugen und nach landläufiger, sehr verwerflicher Sitte gegen die Partei ausgespielt wurden.[19]

Nicht nur in Berlin, in ganz Deutschland war der Wahlsieg im VI. Wahlkreis von den Parteigenossen mit Jubel begrüßt worden. Das sozialistische Zentralwahlkomitee Deutschlands, d. h. der Parteivorstand, veröffentlichte in der „Berliner Freien Presse“ vom 16. Juni folgendes Telegramm:

> „Parteigenossen Berlins! Ihr habt Euch gestern wacker gehalten. Die Arbeiter allerorts jubeln Eurem Siege zu. Ihr, die Kämpfer und Sieger vom 14. Juni, werdet Euch nicht minder tapfer am Montag, den 18. Juni, im V. Wahlkreise schlagen. Hoch die Sache des arbeitenden Volkes!
> Das sozialistische Zentral-Wahlkomitee Deutschlands. Auer. Brasch. Derossi. Seib. Hartmann.“

Von der Wut der Gegner zeugte unter anderem die Tatsache, daß, als am Abend des 14. Juni Hasenclever mit einigen Freunden das bekannte Bierlokal „Zum Kuhstall“ in der Invalidenstraße aufsuchte, sie von den Stammgästen des Lokals in gröbster Weise insultiert wurden. Um keine Prügelei zu provozieren, reagierten sie nicht darauf, sondern zogen es vor, ein anderes Lokal aufzusuchen. Einem Parteigenossen, der bis dahin Stammgast gewesen war, verwies der Wirt am nächsten Tage den ferneren Besuch, weil er sich in der Gesellschaft Hasenclevers befunden hatte. Ein Zeichen, wie sehr sich die Situation zuspitzte.

Die reaktionäre Presse zog aus dem Resultat des Wahlkampfes die Folgerung, daß die Sozialdemokratie mit den Mitteln des Liberalismus nicht zu bekämpfen sei, sondern zu schärferen Polizeimaßregeln und neuen Strafgesetzen gegriffen werden müsse. Hatte doch die im fünften Wahlkreis durch den Rücktritt Dunckers notwendig gewordene Nachwahl einen verhältnismäßig noch größeren Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie ergeben. Die Stimmen ihres Kandidaten Otto Kapell hatten sich von 2.032 auf 3.217, d. h. um nahezu 60 Prozent, vermehrt! Die sozialdemokratische Flut stieg.

Im Juni 1877 erfolgte die Maßregelung Eugen Dührings durch die philosophische Fakultät der Berliner Universität. Sie hatte keinen unmittelbar politischen Charakter, sondern knüpfte an die

[19] Zu den zweifelhaften Gestalten, die sich bei der Nachwahl im VI. Wahlkreis an die Partei heranwarfen, gehörte auch ein gewisser Kandidat Radin, der im Verein mit einem sozialistischen Studenten ein Wahlwitzblatt unter dem Titel „Der rothe Aujust" verausgab Im Wahlkampf ließ man die eine Nummer hingehen, obwohl sie fast nur Geschmacklosigkeiten enthielt; als aber Radin nach der Wahl den Versuch machte, das Blatt fortzusehen und es der Partei in Berlin aufzuzwingen, ward er von der „Berliner Freien Presse" mit der Erklärung abgewiesen, daß „derartige Unternehmungen von tüchtigen, prinzipienfesten und im Parteileben erfahrenen Personen redigiert werden müssen, wenn das Parteiinteresse nicht darunter leiden solle. Die Partei hatte mit dem „Rothen Aujust", der noch später öfters genannt wurde, nur wenig zu tun.

persönlichen Angriffe an, die Dühring gegen einige Professoren gerichtet hatte, in denen er Feinde vermutete oder die ihm sonst bekämpfenswert erschienen.

Daß Dühring hierbei erheblich über die Schnur gehauen hat, kann nicht bestritten werden, die Art, wie er in seinen Vorlesungen und Schriften über Männer wie Ad. Wagner, Virchow, Helmholtz, Zeller usw. loszog, stieß selbst viele seiner Anhänger ab. Ueber diese Ungezogenheiten oder Geschmacklosigkeiten mit der Aberkennung des Rechts zur Privatdozentur zu bestrafen, war ebenso kleinlich gehässig, wie es vom Standpunkt der Gegner Dührings überflüssig war, denn faktisch schädigte Dühring durch sie nur sich selber.

Man hätte den verbitterten blinden Gelehrten ruhig gewähren lassen können. Statt dessen setzte man eine Haupt- und Staatsaktion gegen ihn ins Werk, wobei denn, wenn es auch nicht offen ausgesprochen ward, seine radikalsozialistischen Theorien doch für die Maßregelung mitbestimmend waren. Am lärmendsten sekundierten der Fakultät die reaktionäre „Post" und Blätter ähnlichen Kalibers.

Auf der anderen Seite traten die Sozialdemokraten, Anhänger wie Gegner Dührings, einmütig für den gemaßregelten Dozenten und das Recht der freien Meinungsäußerung ein. In der Partei hatte bis dahin eine ziemlich gereizte Stimmung zwischen Anhängern und Gegnern Dührings bestanden. Die Artikel, die Friedrich Engels unter dem Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" gerade damals im Leipziger „Vorwärts" veröffentlichte, wurden von den Anhängern Dührings in der Partei als ungerecht betrachtet, und auf dem zu Pfingsten 1877 abgehaltenen dritten Kongreß der geeinten Partei hatte ein Antrag von Most 49 Unterschriften gefunden — mehr als die Hälfte der Delegierten — der folgendermaßen lautete:

> Der Kongreß erklärt: „Artikel, welche, wie beispielsweise die in den letzten Monaten von Engels gegen Dühring veröffentlichten Kritiken, für die weitaus größte Mehrheit der Leser des „Vorwärts" völlig ohne Interesse oder gar höchst Anstoß erregend sind, haben künftighin aus dem Zentralorgan fortzubleiben."

Zum Glück für den guten Namen der Partei war dieser Antrag, für den Most in der Berliner Mitgliedschaft eine Mehrheit gewonnen hatte, im Verlauf des Kongresses zugunsten eines Vermittlungsantrags von Bebel zurückgezogen worden, der nur mit Hinweis auf die Länge der Engelsschen Polemik und die voraussichtlich nicht kürzer ausfallende Antwort Dührings eine andere Form der Veröffentlichung verlangte. So stand die Sozialdemokratie im Punkte „Freiheit der Kritik" mit blankem Schild da.

Die Engelssche Gegenschrift gegen Dühring war ja überaus scharf und in Einzelhieben ungerecht, so daß wir unter dem Mostschen Antrag die Namen fast sämtlicher Berliner Besucher des Kongresses finden, wie Fritzsche, Finn, Grottkau, Heiland. A. und O. Kapell und Rackow. Gerade weil die Engelsschen Artikel so großartige Partien enthielten, erbitterten die eingestreuten Bosheiten gegen Dühring um so mehr.

Wie anderwärts, gab es aber auch in Berlin Sozialisten, die von Dühring als Theoretiker wenig wissen wollten und seine an Marx und Lassalle geübte Kritik als ebenso falsch wie gehässig bezeichneten. Alle diese machten jedoch jetzt mit den Verehrern Dührings gemeinsame Sache gegen dessen Maßreglung.

Zunächst taten diejenigen Parteigenossen, die Verbindung mit akademischen Kreisen hatten, ihr möglichstes, die Protestbewegung in der Studentenschaft zu fördern, oder, wo sie noch nicht bestand, zu veranlassen. In diesem Sinne entfaltete eine besonders wirksame Tätigkeit Louis Viereck, damals noch Referendar, aber schon längere Zeit stiller Anhänger der Partei. Seiner gewandten Führung war es namentlich zuzuschreiben, daß die etwas unbeholfene Studentenbewegung Einheitlichkeit erhielt und wirklich großartige Demonstrationen zustande kamen.



Frau Staegemann
Erste Organisatorin der Berliner Frauen



Frau Cantius
Vorsitzende des Frauenvereins Berlin-Norden

(Nach zeitgenössischen Bildnissen)

Eine große Studentenversammlung fand am 12. Juli im Handwerkerverein unter Vierecks Vorsitz statt und nahm nach langer und lebhafter Debatte mit allen gegen etwa 20 Stimmen eine Resolution an, die unter Berufung auf die Artikel 20 und 27 der preußischen Verfassung — „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, und „jeder Preuße hat das Recht, in Wort, Schrift und Bild seine Meinung frei zu äußern“ — die Remotion Dührings für eine Verletzung der Freiheit der Wissenschaft erklärte und entschieden mißbilligte. In gleicher Weise ward eine vom Studenten Beldimann beantragte Resolution angenommen, welche zur Bildung einer gesellschaftlichen Vereinigung für die Freiheit der Wissenschaft aufforderte. Mehr als hundert Personen meldeten sich zum Beitritt in diese Vereinigung.

Am selben Abend, wo die Studentenversammlung stattfand, tagte in der Bundeshalle eine sozialdemokratische Volksversammlung, in der Fritzsche und Most über „Die Freiheit der Wissenschaft und das Berliner Universitäts-Gericht“ referierten. Obwohl nur durch die „Berliner Freie Presse“ bekannt gegeben, hatte diese Versammlung einen großartigen Besuch angezogen, und nach Anhören der Referate war eine Protestresolution angenommen und eine Deputation, bestehend aus Fritzsche, Most, Heinsch, Greifenberg und Ecks, beauftragt worden, sie der Studentenversammlung mitzuteilen. Der besagten Deputation wurde von den Studenten eine begeisterte Aufnahme zuteil.

Während es einige Jahre vorher noch unmöglich gewesen war, an der Berliner Universität auch nur ein halbes Dutzend sozialistischer Studenten zu ermitteln, hatte jetzt die Sozialdemokratie mit einer nicht unbedeutenden Fraktion von Studierenden der Universität, der Bau- und der Bergakademie Fühlung gewonnen.

Die Frucht war im Winter 1877 bis 1878 die Bildung einer freien Zusammenkunft, die ihr Lokal im oberen Zimmer eines Bierlokals in der Mohrenstraße hatte und davon den Namen „Mohrenklub“ erhielt. Man hielt die sozialistischen Blätter des In- und Auslandes und diskutierte allerhand theoretische Fragen des Sozialismus.

Wähler des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises!

Bürger, Handwerker, Arbeiter!

Otto Kapell

Otto Kapell

Otto Kapell.

120. Flugblatt zur Nachwahl im fünften Wahlkreis

Teilnehmer am Mohrenklub, dessen Organisator Louis Viereck war, waren neben den Redakteuren der „Berliner Freien Presse“ und verschiedenen Parteiagitatoren Karl Höchberg, der vom 1. Oktober 1877 ab aus eigenen Mitteln in Berlin die sozialistische Halbmonats-Revue „Die Zukunft“ herausgab, die von der Partei als ihr wissenschaftliches Organ anerkannt wurde; der Versicherungsbeamte E. A. Schramm, der sich als Mitarbeiter an den verschiedenen Parteiblättern und als Vortragender wegen der ungewöhnlichen Klarheit, mit der er ökonomische Theorien behandelte, großer Beliebtheit erfreute und der auch in Verwaltungsangelegenheiten ein geschätzter Ratgeber der Partei war; Doktor August Th. Stamm, der Verfasser des Buches „Die Erlösung der darbenden Menschheit“, für den die „Grund- und Bodenfrage“, die er obendrein ziemlich einseitig, fast nur vom Standpunkt des städtischen Mieters betrachtete, die Frage aller Fragen war, sowie eine Anzahl Studenten, von denen die meisten in schlechten und guten Zeiten treue Anhänger der Partei geblieben sind.[20]

Gelegentlich finden wir im Mohrenklub auch Ignaz Auer, der im Herbst 1877 in die Redaktion der „Berliner Freien Presse“ eingetreten war. Aus dem Mohrenklub ist manche fruchtbare Anregung für das Parteileben hervorgegangen; insbesondere war die Schaffung des

[20] Hier die Namen einiger Studenten, die dem Mohrenklub angehörten: Freudenthal, Gelhorn, Grunzig, Güttler, Hey, Lisso, Philipp, Wreschner, Zabel, Zeidler.

Berliner Arbeiter-Bildungs-Instituts bis zu einem gewissen Grade das Verdienst des Mohrenklubs.

Am 1. Juli 1877 fand die Jahres-Generalversammlung der Assoziationsbuchdruckerei statt. Ihr Geschäftsbericht ergab, daß die „Berliner Freie Presse“ im ersten Jahr eine Unterbilanz von 12.908 Mark hatte, die im wesentlichen dem ersten Halbjahr entstammte', wo die Auflage des Blattes eine niedrige war; bis zum Jahresabschluß war seine Verbreitung von 3.000 bis auf gegen 10.000 gestiegen. Aeußerst bescheiden ist der Etat der Redaktion; er betrug für das ganze Geschäftsjahr nur 7.285 Mark.

Außer der „Berliner Freien Presse“ stellte die Assoziation noch zwei politische Blätter, den „Märkischen Volksfreund“ und die „Stettiner Freie Presse“, sowie drei Gewerkschaftsblätter her: die „Tapezierer-Zeitung“, den „Ambos“, Organ der Schmiedegesellen, und den „Botschafter“, Organ der Tabakarbeiter. Das Personal bestand aus vier Redakteuren, zwei Expedienten, zwei Buchhaltern, einem Faktor, zwei Maschinenmeistern, dreizehn Setzern, einem Korrektor und fünfzehn Hilfsarbeitern.

Die Unterbilanz der „Berliner Freien Presse“ wurde durch Einnahmen für Druckaufträge gedeckt, so daß das ganze Unternehmen einen Gewinn von 1.760 Mark erzielt hatte. Sein Besitz an Maschinen, Typen usw. stellte nach erfolgten Abschreibungen einen Wert von 33.700 Mark dar. War das Geschäftsergebnis auch noch kein glänzendes, so konnte es doch befriedigen, es zeigte das Unternehmen in hoffnungsvoller Entwicklung. Der Vorstand wurde für das kommende Jahr aus den Parteimitgliedern H. Rackow, A. Heinsch und W. Bong zusammengesetzt.

Die Dühringbewegung, bei der es begreiflicherweise viele Angriffe auf die Zunft der Universitätsprofessoren regnete — ein Regen, der, wie alles, was von oben kommt, auf Gerechte und Ungerechte träufelte — gab nebenbei den Anlaß zu einer Reihe von Vorträgen, die Johann Most im Sommer 1877 im Saale des Handwerkervereins über das Thema: „Die soziale Revolution und der Cäsarismus im alten Rom“ hielt.

Die Vorträge — es waren ihrer im ganzen sieben — waren vom Vertrauensmann für den Nordbezirk organisiert und nahmen am 10. Juli ihren Anfang. Sie behandelten die Sklavenaufstände Roms, die Bewegung der Gracchen, die Bürgerkriege, die katilinarische Verschwörung und den Staatsstreich Cäsars, teils unter Bezugnahme auf Mommsens römische Geschichte und teils mit scharfen Ausfällen auf die Tendenz der Mommsenschen Geschichtsschreibung.

Die Vorträge, zu denen sich jedesmal auch ein großes Kontingent von Studenten einfand, gaben der bürgerlichen Presse willkommenen Anlaß, das Unterfangen des „Buchbindergesellen“, sich an einen Mommsen heranzuwagen, im ungünstigsten Licht erscheinen zu lassen. Die Berichte der bürgerlichen Blätter waren aber durch die Bank gröblich entstellt, wozu die Unwissenheit und die Verlogenheit der verschiedenen Berichterstatter gleichmäßig beitrugen. Das

Menschenmögliche an boshafter Verdrehung leistete ein gewisser Peters, der für die „Post“ Berichte schrieb.[21]

Unzweifelhaft beruhte die Kritik, die Most an Mommsen übte, wiederholt auf Mißverständnissen, wobei aber Most von bürgerlich-demokratischen Gelehrten, wie Kolb, beeinflußt war, und auch sonst war die Mostsche Geschichtsbehandlung anfechtbar. Aber so unerhört, wie es die „Post“, die „National-Zeitung“, die „Staatsbürger-Zeitung“ und ähnliche Blätter hinzustellen liebten, war das Vorgehen Mosts nicht.

Er hatte sich im Gefängnis eingehend mit der römischen Geschichte befaßt; Schreiber dieses selbst hatte ihm auf seinen Wunsch einige hervorragende Werke darüber besorgt, und er maßte sich durchaus nicht an, etwa den Quellenforscher Mommsen kritisieren zu wollen; wiederholt betonte er ausdrücklich, daß seine Angriffe nicht der Forschung, sondern der Tendenz in der Darstellung Mommsens galten.

Es war also eitel Heuchelei, wenn man über die Most-Mommsen-Vorträge als einen Unfug schrie. Die Akademiker, die am 21. August, nach dem letzten der Mostschen Vorträge, Most entgegentraten, um ihn zu widerlegen, zeigten sich ihm — von Rhetorik ganz abgesehen — durchaus nicht überlegen.

Nachdem die Agitation in den Ortschaften in der näheren und ferneren Umgebung Berlins weitere Fortschritte gemacht hatte, sollte am 22. Juli 1877 ein Brandenburgischer Provinzialkongreß von Parteigenossen stattfinden, wohl der erste Versuch einer derartigen Zusammenkunft für die Stammwiege der preußischen Monarchie.

Indes trat die Polizei dazwischen und versagte dem Einberufer, Julius Heiland, die Bestätigung, „weil“, so hieß es, „das Polizeipräsidium im Einverständnisse mit der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft nach den vorliegenden Tatsachen, insbesondere auf Grund der Beschlüsse des diesjährigen Kongresses der Sozialdemokraten Deutschlands in Gotha als erwiesen annimmt, daß es sich dabei lediglich um eine Reaktivierung der geschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands handelt“.

Um den juristischen Geist dieser Polizeiverfügung recht zu erfassen, muß man wissen, daß der Gothaer Kongreß, auf den die Verfügung hinweist, einmütig beschlossen hatte, im Angesicht der Handhabung der Vereinsgesetze in Deutschland von der Schaffung einer speziellen Parteiorganisation grundsätzlich Abstand zu nehmen.

Die gleiche Polizeiwillkür machte sich auch gegenüber dem Wahl-Siegesfest geltend, das auf den 21. Juni in die „Norddeutsche Brauerei“ einberufen war. Auf der einen Seite verhinderte die Polizei in Hinblick auf die anwesenden Frauen jede Festrede, auf der anderen gebot sie Schluß von Fest, Konzert und Ball um 12 Uhr.

Auf Gegenvorstellungen hatte der Vertreter des Herr von Madai nur die Redensart: „Ich wünsche nicht, daß die Berliner Arbeiter auch noch nach 12 Uhr Geld ausgeben.“ Dies in einer Stadt, in der damals Hunderte von Sumpflokalen höherer und niederer Art bis zur Tageshelle behufs Ausbeutung des Publikums geöffnet sein durften,

[21] Man findet eine Charakteristik diese- Edlen in der .Berliner Freien Dresse- von, 25. August 1877, wo auch festgestellt ist, daß er seine Berichte absichtlich fälschte.

war die offenbarste Heuchelei, gegen die es indes zunächst kein Mittel gab.

Etwas später im Jahr, im September 1877, verwehrte die Polizei sogar dem fortschrittlichen Gesangverein „Liederhort“ die Abhaltung eines Konzerts mit Ball im Handwerkerverein. Und als das beauftragte Mitglied des Vereins, nachdem eine Beschwerde beim Ministerium erfolglos geblieben war, persönlich im Ministerialbureau vorsprach, ward ihm zu verstehen gegeben, das Verbot sei mit Rücksicht darauf erfolgt, daß im Saal des Handwerkervereins sozialdemokratische Versammlungen stattfänden. Richtig erhielt der Beschwerdeführer denn auch unterm 3. Oktober vom Polizeipräsidium die Mitteilung, daß ihm die Erlaubnis zu einer solchen Festlichkeit „auch in Zukunft für das genannte Lokal nicht erteilt werden würde“.

Danach konnte es nicht Wunder nehmen, daß gegen solche Wirtschaften, wo sozialdemokratische Arbeiter verkehrten, der Militärboykott damals sehr eifrig betrieben wurde. Bezüglich einer Anzahl Lokale ward er öffentlich kundgegeben, was einer der betroffenen Wirte damit erwiderte, daß er ein Inserat mit dem Bild eines Soldaten und der Inschrift veröffentlichte: „Der darf nicht rin“.



1. Lieferung. Berlin, 1. Januar 1873. 1. Jahrgang.

Social-politische Blätter zur Unterhaltung u. Belehrung für die deutschen Arbeiter

Bestellungen [illegible]

Herausgegeben und redigirt von W. Hasenclever und W. Hasselmann.

Diese Blätter [illegible]

Der Socialismus

bezweckt, durch das allgemeine gleiche Wahlrecht für das gesammte Volk die politische Freiheit und durch die staatliche Organisation der Arbeit die sociale Gleichheit zu erringen.

Unsere Aufgabe soll nun sein, klarzulegen, daß die angeführten Mittel auch wirklich die richtigen sind, den ausgesprochenen Zweck zu erreichen.

Der heutige Artikel soll nachweisen, daß das allg. gleiche Wahlrecht die Waffe ist, mit welcher für das gesammte Volk die Freiheit, auf der dann die Gleichheit aufgebaut wird, erkämpft werden soll; daß also der sociale Staat auf völlig friedlichem Wege hergestellt werden kann.

In einzelnen Staaten existirt schon das allg. gleiche Wahlrecht, so zum Beispiel in Frankreich und in Deutschland bei den Wahlen zum Reichstage, die gesetzgebenden Körperschaften zweier großen Nationen werden also durch dieses Volksrecht schon zusammengesetzt. — Man sollte nun annehmen dürfen, daß in diesen beiden Staaten über kurz oder lang auch auf dem angegebenen Wege vorgegangen und der socialistische Staat errichtet werden könne.

Wir kommen hierauf noch zurück. Zunächst aber müssen wir das Wesen des allg. gleichen Wahlrechts näher bestimmen und dann feststellen, wie dasselbe beschaffen sein muß, um den Ansprüchen eines Freiheit-liebenden, eines Freiheit-suchenden Volkes zu entsprechen.

Nichts ist erklärlicher, als daß die besitzenden Klassen, nachdem die alten absoluten Monarchien untergegangen waren und die constitutionelle Staatsform an ihre Stelle trat, bei Herstellung der Constitution durch ihren Einfluß dafür sorgten, daß in denselben verschiedene Vorrechte für sie festgestellt würden. Und so kam man leicht dahin, diese Vorrechte gerade in die Gesetzgebung, als den wichtigsten Faktor der modernen Staatsidee, zu bringen. Es entstanden in fast allen konstitutionellen Staaten die Censuswahlen; in Preußen das sogenannte Dreiklassenwahlsystem, welches gegenwärtig noch in Kraft ist. Die Theilnahme an der Gesetzgebung wurde nach dem Besitze regulirt, und die Steuerliste ward maßgebend, wie viele Stimmen der Einzelne abzugeben habe. So ist es ja bekannt, daß es bei den preußischen Landtagswahlen vorkommt, daß ein Besitzer dieselbe Stimmenzahl repräsentirt, wie hundert Nichtbesitzende.

Während der Revolutionen aber, welche dem dritten Stand, die Bourgeoisie zur Herrschaft gelangen ließen, brauchte der kämpfende dritte Stand die Arbeiter als Mitkämpfer gegen die bevorrechteten beiden ersten Stände, und so kam es, daß der Arbeiterklasse als Köder die Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, hingeworfen wurden und daß, um diese Worte doch auch in etwas zu bestätigen, das allg. gleiche Wahlrecht eingeführt wurde, solange wenigstens, als der Kampf und die Macht der Arbeiter, die sie sich im Kampfe erobert hatten, währten.

Daß auch einzelne Revolutionäre des dritten Standes in bester Meinung das allg. Stimmrecht empfohlen und dem Volke dargereicht haben, ist nicht zu bezweifeln, doch die Klasse der Bourgeois hat es dem Volke gern und freudig allüberall wieder rauben lassen; sie ist nirgends energisch für dasselbe in die Schranken getreten.

Das Proletariat aber, welches das allg. Stimmrecht einmal kennen gelernt hatte, erhob immer und immer wieder den drohenden Ruf nach diesem allgemeinen Volksrechte. Wunder hatte dasselbe noch nie gewirkt, es hatte sich der Arbeiterklasse kaum nützlich erwiesen, und dennoch mit einem gewissen politischen Instinkte, mit einer ungewissen Ahnung wurde Jahre lang und wird noch immer die Forderung nach demselben gestellt.

121. Titelblatt der ersten Nummer der von Hasenclever und Hasselmann herausgegebenen „Social-politischen Blätter“

Ueberhaupt fanden Humor und Witz unzählige Wege, den Polizeimaßnahmen das Gift zu nehmen, was natürlich an ihrer Gehässigkeit und Rechtswidrigkeit nichts änderte. Sie wurden am 9. Oktober in einer stark besuchten Volksversammlung in einem Referat Paul Grottkaus über die preußische Verfassung und die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts scharf gegeißelt, worauf die Versammlung die Parteigenossen Grottkau, Böttcher, Greiffenberg, Keitel und Paul beauftragte, eine Beschwerde über das Verfahren von Polizei und Ministerium des Innern an den Landtag ergehen zu lassen. Das von diesem Komitee abgefaßte und sehr wirkungsvoll gehaltene Schriftstück ist in der „Berliner Freien Presse“ vom 24. Oktober 1877 abgedruckt. Es beginnt mit den Worten:

> „Einem hohen Hause der Abgeordneten beehren sich die ergebenst Unterzeichneten nachstehende Beschwerde über das hiesige Polizeipräsidium, die Staatsanwaltschaft des hiesigen Stadtgerichts, sowie über den Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, ergebenst vorzulegen,

und schließt:

> „Wir sehen einer energischen Remedur dieses gesetzwidrigen Verfahrens entgegen und hoffen um so mehr auf baldige Abhülfe als Uebels, als wir nicht mehr als unser gesetzliches Recht beanspruchen und zeichnen mit aller Hochachtung
> (folgen Unterschriften).

An irgend welches ernsthafte Eingreifen des Landtages war natürlich nicht zu denken. Die Petitionskommission schickte vielmehr im Januar 1878 die Petition an die Unterzeichner „als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet“, wieder zurück, weil — beim zweiten Versammlungsverbot nicht noch einmal der ganze Instanzenzug bis an den Minister durchgemacht worden sei, der beim ersten Verbot sich als absolut fruchtlos erwiesen hatte.



Die Zukunft.

Socialistische Revue.

Erster Jahrgang (1877/78).

Mit Beiträgen von

A. Bebel, L. Bertrand (Brüssel), W. Blos, Dr. C. Braunemann, Dr. Ludw. Büchner, Dr. A. Douai (Irvington U. S.), H. W. Fabian, A. Geib, V. Gerhier (Paris), J. Guesde (Paris), M. Kayser, Dr. M. Lehe, Dr. Bol. Limanowski (Lemberg), Dr. A. Lindwurm, B. Malon (Lugano), Joh. Most, Dr. Mülberger, Dr. de Paepe (Brüssel), Maximilian Schlesinger, C. A. Schramm, Dr. Geo. Stiebeling (New-York), G. Vollmar, L. Viereck und Anderen.

Berlin SO., 1878

Druck und Verlag der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei

122. Titelblatt der von Karl Höchberg herausgegebenen „Zukunft“. 1877

Indes hatte die so kräftig gehaltene Anklageschrift immerhin die Wirkung, daß, als am 11. November 1877 ein erneuter Versuch gemacht wurde, einen sozialdemokratischen Verein für Berlin zu gründen, die Polizei ihm zunächst nichts in den Weg legte. Dieser Verein erhielt den Titel: „Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins“. Die Versammlung, die seine Gründung beschloß, fand im Luisenstädtischen Theater statt und war von 3.000 Personen besucht. Das von Most vorgelegte Statut sagt hinsichtlich des Zwecks des Vereins kurzerhand:

> „Der Verein erstrebt das Selbstbestimmungsrecht des Volks auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens.“

Der Verein erhob einen Beitrag von 20 Pf. monatlich und hatte zur Leitung einen aus fünf Personen bestehenden Vorstand. Sein erster Vorsitzender wurde der Zigarrenarbeiter G. Dietzmann. Er hatte viel mit Polizeischikanen zu kämpfen, aber erst das Sozialistengesetz sollte ihm den Garaus machen.

So wenig wie aller einzelnen Versammlungsverbote kann natürlich auch der vielen Haussuchungen im einzelnen gedacht werden, mit denen die Berliner Sozialdemokraten in der hier behandelten Zeit bedacht wurden.

Bei einer dieser Haussuchungen, die in den Lokalitäten der „Berliner Freien Presse“ stattfand und vom Kriminalkommissarius Krüger selbst vorgenommen wurde, passierte es, daß, als die Beamten in den Setzersaal traten und dem ersten Setzer, auf den sie zugingen, sein Manuskript abverlangten — es handelte sich um das Manuskript eines Studentenaufrufs in der Dühringsache —, ihnen ein Stück Papier überreicht wurde, auf dem zu lesen stand: „Dumm, frech, fromm und unverschämt.“ Letzteres die Eingangsworte einer Notiz, die man in derselben Nummer der „Berliner Freien Presse“ (7. Juli 1877) findet, in der die Haussuchung mit guten, Humor geschildert ward. Ob die Tinte, mit der sie geschrieben, noch sehr frisch war, als die Polizei das Manuskript in die Hand bekam, ist nicht festgestellt worden.

Im Herbst 1877 fand das Freundschaftsverhältnis zwischen den führenden Mitgliedern der Berliner Sozialdemokratie und Dühring ein jähes Ende. Dühring hatte nach seiner Maßregelung die Gründung einer freien Akademie angekündigt, die im Gegensatz zur Universitätswissenschaft dem unabhängigen Wissen eine Stätte bieten sollte, und der Gedanke war in sozialistischen Kreisen mit Begeisterung aufgenommen worden. Nach beendigten Sommerferien hielt nun Dühring im Saal des Architekten-Hauses einen vorbereitenden Kursus von drei Vorträgen, zu denen die Sozialdemokratie ein nicht geringes Hörerkontingent stellte. Ueber diese Vorträge schickte er der „Berliner Freien Presse“ durch den ihm besonders nahestehenden Studenten Döll Berichte, die sich nicht völlig mit dem deckten, was er wirklich gesagt hatte. Aus diesem Grunde ließ sich die Redaktion über den dritten Vortrag durch ihr Mitglied Fritz Milke einen eigenen Bericht schreiben, der eine leise kritische Note enthielt, sonst aber für Dühring durchaus günstig lautete.

Dühring erblickte indes in diesem Versuch, die Unabhängigkeit zu wahren, schon ein Stück Feindseligkeit, und noch deutlicher wurde die Absicht, die neue Vereinigung zu einer spezifisch auf Dühring persönlich zugeschnittenen Körperschaft zu gestalten, als Dühring in einer weiteren Versammlung, die am 9. November stattfand, die von ihm und Döll ausgearbeiteten Statuten der zu schaffenden Vereinigung bekannt gab. Sie legten alle Rechte, alle Verfügungen in die Hand der „Begründer“, nämlich Dührings und seines „Vertreters“ Döll, und atmeten auch sonst einen abstoßend engherzigen Geist. So sollte niemand, der an einer „zünftlerischen Universität“ als Professor oder Dozent lehrte, was doch Dühring selbst bis dahin getan, Mitglied der neuen Vereinigung werden können.

Selbstverständlich stand es Dühring frei, eine eigene Schule zu bilden, aber was die Statuten vorschlugen, war nicht das, was seine sozialistischen Anhänger, wie übrigens auch die Mehrzahl seiner übrigen Hörerschaft, unter einer Vereinigung für freie wissenschaftliche Betätigung verstanden. Dies wurde ihm vor der Versammlung im persönlichen Gespräch und auch in der Versammlung selbst in höflichster Weise entgegen gehalten, auf welche Vorhalte Dühring nur recht gehässige Antworten hatte und alsbald in der sozialistenfeindlichen „Staatsbürgerzeitung“ beschimpfende Angriffe auf die Sozialdemokratie und diejenigen Akademiker losließ, die sich nicht seinem Absolutismus unterwerfen wollten. Er hatte dabei für Leute, die in mutigster Weise sich Maßregelungen wegen ihres Eintretens für ihn zugezogen hatten, nichts als so giftige Verdächtigungen, wie „sozialistische Halbwelt“ und dergleichen.

Mancherlei davon ließ sich menschlich durch den Verfolgungswahn des blinden Mannes entschuldigen, aber die Angriffe zeigten daneben doch zugleich eine Neigung zur Wahllosigkeit in den Mitteln, die dem überzeugten Sozialisten einen weiteren persönlichen Verkehr mit Dühring als unpassend erscheinen ließ. Die „Berliner Freie Presse“ gab in einem Leitartikel — 13. November 1877 — der ablehnenden Stellungnahme der sozialistischen Verehrer Dührings zu seiner

Akademie eine prinzipielle Begründung und erklärte in ihrer Nummer vom 14. November auf von seiner Seite erfolgte Angriffe noch einmal, daß die Sozialdemokraten Dühring durchaus nicht deshalb entgegen getreten wären, weil er die geplante wissenschaftliche Vereinigung von der Partei unabhängig halten wollte, sondern lediglich deshalb, weil sie kein unfehlbares Papsttum Dühring wollten.

Damit war die Verbindung zwischen Dühring und der Sozialdemokratie zu Ende. Selbstverständlich wurde nun auch aus der Dühring-Akademie nichts. Am 15. Januar 1878 hielt Dühring dann noch im Architektenhause eine Vorlesung über den marxistischen Sozialismus, die nichts als ein Zerrbild dessen gab, was Marx wirklich gelehrt hatte. Die Zuhörerschaft füllte nun nicht einmal mehr den kleinen Saal des Architektenhauses.

Daß Dühring schließlich ins Lager des wütendsten Rassenantisemitismus abschwenkte, ist bekannt. Da er sich indes nicht gleichzeitig der kirchlichen Reaktion verschreiben mochte und auch vom kapitalistischen Staat nichts wissen wollte, fanden seine Angriffe auf die „marxistische Sozialdemokratie“ selbst in der bürgerlich-konservativen Presse nur lauen Beifall, so sehr man dort mit steigender Heftigkeit den Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie predigte. Für die Mission, die akademische Jugend, die sich den Lehren der Sozialdemokratie so zugänglich gezeigt hatte, vor der Verführung durch die Umsturzpartei zu bewahren, war Dühring doch nicht der rechte Mann.

So verschrieb man sich denn von Leipzig her den braven Treitschke, der ja in bezug auf giftige Bekämpfung der Sozialdemokratie schon das menschenmögliche geleistet hatte und in den Preußischen Jahrbüchern die Diktatur Bismarcks sans Phrase predigte.

Treitschke sperrte sich erst etwas. Das ihm ursprünglich gebotene Gehalt von 9.000 Mark Fixum neben den hohen Studentenhonoraren genügte dem Manne nicht, der von den Arbeitern verlangte, daß sie „aus Idealismus“ sich begnügen sollten, ewig mit Hungerlöhnen abgespeiste Proletarier zu bleiben; erst als das Fixum auf 12.000 Mark erhöht wurde, schlug er ein und kam nach Berlin, die akademische Jugend „zu Charakteren“ zu erziehen. Er fand eine ihm äußerst günstige Atmosphäre vor.

Die sozialistischen oder wenigstens der Sozialdemokratie unparteiisch gegenüberstehenden Studenten waren schließlich nur eine Minderheit, die große Mehrheit der akademischen Jugend hörte lieber auf die sich immer stärker vordrängenden Apostel nationalistischer Reaktion, und so mußte für Treitschke ein besonderer Hörsaal hergerichtet werden, weil keiner der vorhandenen ausreichte, die Masse der ihm Zulaufenden zu fassen. Auf sozialdemokratischer Seite ließ Most es sich nicht entgehen, Treitschke in einer großen Volksversammlung als Geschichtsfälscher und „Leibhusar der Hohenzollern“ mit derben Strichen zu kennzeichnen.

Unter den Akademikern, die sich der Sozialdemokratie näherten, begegnen wir damals schon dem später als Literarhistoriker so bekannt gewordenen Heinrich Hart.

Es mag ferner erwähnt werden, daß in jenen Tagen sogar Offiziere Beziehungen zur Sozialdemokratie suchten. Wiederholt fanden sich im Winter 1877/78 aktive Offiziere mit Most und noch einigen wenigen Sozialdemokraten im Zimmer einer Berliner Weinstube zusammen. Daß es bei den gemeinen Soldaten und selbst den Unteroffizieren zu rumoren anfing, blieb auch in oberen Regionen nicht verborgen. Zu Nachübungen eingezogene Reservisten zeigten ihre sozialistische Gesinnung ganz offen, und wiederholt fanden denn auch regelrechte Durchsuchungen in Kasernen nach sozialistischen Schriften statt, so daß es schon seinen guten Sinn hatte, wenn J. Audorf in seinem im Winter 1877/78 entstandenen „Petroleumlied“ sang:

> „Selbst im Verborgenen leuchtet schon,
> Man ist vor Staunen stumm,
> Trotz Sub- und Ordination
> Hell das Petroleum.“

Es war eine eigentümliche Situation. Der Liberalismus, wie ihn die nationalliberale Partei und mit ihr die Fortschrittspartei, die ja faktisch nur Anhängsel jener war, vertraten, war gründlich unpopulär geworden. Die Verluste, die weite Bevölkerungskreise durch den Börsenkrach und die in seinem Gefolge eingetretenen Bankrotte erlitten hatten, wurden, zum Teil freilich verdientermaßen, dem Liberalismus aufs Konto gesetzt und trieben die entrüsteten Philister, deren Horizont nicht über das Nächstliegende hinausreicht, scharenweise in die Arme der verschiedenen reaktionären Parteien.

Die aufkommende Schutzzollreaktion wirkte gleichfalls als Sprengpulver auf den Liberalismus, und von dem Moment an, wo Bismarck sich der Schutzzöllnerei zuwandte, um mit Hülfe der verbündeten Schlot- und Landjunker diejenigen indirekten Steuern einzuheimsen, zu deren Bewilligung das Gros der damaligen Liberalen sich nicht entschließen konnte, fielen die Aktien des deutschen Liberalismus fast noch schneller, als der Durchschnitt der in der liberalen Aera gegründeten Aktiengesellschaften.

Mit dem Parteiliberalismus fiel aber auch zunächst der Sinn für die politisch-liberalen Institutionen. Das Wachstum der Sozialdemokratie hatte das Bürgertum wild gemacht; speziell in Preußen konnte man sich nicht damit abfinden, daß die Sozialdemokratie sich als dauernde Einrichtung politisches Bürgerrecht erkämpft hatte. Die Fortschrittspresse überbot in ihrer Ratlosigkeit oft selbst die konservativen Organe in Rufen nach dem Staatsanwalt. So war eine Reaktionsatmosphäre geschaffen, bei der es nur wenig bedurfte, um die Entladung eines Reaktionssturms herbeizuführen.

Die ihr Handwerk die ganze Zeit über munter fortsetzende Tessendorferei war im Grunde nur der Vorbote dieses Sturms. Vom Standpunkt des juristischen Fachmannes bewachtet, muß es unglaublich erscheinen, daß ein Mann wie Tessendorf, der sich selbst bei den so entgegenkommenden Berliner Richtern immer wieder Niederlagen schmählichster Art holte, in der Stelle eines ersten Staatsanwalts hatte verbleiben dürfen. Der Politiker begreift es vollkommen.

Juristisch gewissenlos, hatte Tessendorf den Instinkt des politischen Jagdhundes. Für die Geneigtheit Bismarcks, zu Ausnahmegesetzen seine Zuflucht zu nehmen, hatte er einen vorzüglichen Riecher. In seinen Anklagen und Strafanträgen lebt der Geist des Bismarckschen Regierungssystems. Immer neue Handhaben zur Erzielung von Verurteilungen schnüffelte er auf.

So bot er sein möglichstes auf, für die der „Berliner Freien Presse“ als Sonntagsbeilage zugegebene „Neue Welt“, die unter Bruno Geisers Redaktion in Leipzig herauskam, einen fliegenden Gerichtsstand in Berlin zu konstruieren, unbekümmert darum, daß eine Gerichtsinstanz nach der andern die von ihm verfügten Konfiskationen aufhob und seine Anklagen zurückwies.

Ein andermal konstruierte er vor Gericht den Begriff der „indirekten Majestätsbeleidigung“ aus einer Notiz heraus, in der es geheißen hatte, „um uns keine Majestätsbeleidigungsklage zuzuziehen enthalten wir uns jeder kommentierenden Bemerkung“.

Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1877 und der ersten Monate 1878 brachte er einen Redakteur der „Berliner Freien Presse“ nach dem andern ins Gefängnis und erzielte er außerdem Verurteilungen gegen Hasenclever, Bebel, Most, Grottkau usw. Blieb auch in den meisten Fällen die Verurteilung erheblich hinter seinen Strafanträgen zurück, so hatte er eben doch den Erfolg, daß „mindestens etwas“ hängen blieb, und er selbst riskierte ja nichts.

Gegen Bebel hatte er ein Jahr Gefängnis beantragt und 6 Monate erzielt, gegen Most aber beantragte er in einer Anklage, die am 27. Oktober 1877 zur Verhandlung kam, zwei Jahre Gefängnis, während der Gerichtshof — man bedenke, die siebente Deputation! — nur auf drei Monate erkannte und das Kammergericht, an das er appellierte, es ebenfalls ablehnte, über dies Strafmaß Hinauszugehen, bezw. diejenigen Aeußerungen für verbrecherisch zu erklären, bei denen dies das Stadtgericht verweigert hatte.

Ein Staatsanwalt, dem unter andern Verhältnissen eine derartige Ablehnung passierte, wäre womöglich auf einen untergeordneten Posten versetzt worden.[22]
Tessendorf aber durfte in dieser Weise noch Jahre hinaus weiter die Justiz malträtieren, bis er an das Reichsgericht befördert wurde. Er durfte Angeklagte in gröbster Weise beschimpfen, mit Worten wie



№ 1. Berlin, den 20. December 1877. Probe-Nummer!

Der Staats-Socialist.

Wochenschrift für Socialreform.

Motto:

Programm.

123. Titelseite der Probe-Nummer des „Staats-Socialist“ 1877

[22] Sehr gut erinnerte die „Berliner Freie Presse
Oberstaatsanwalt Schwark eine Anklage gege
hatte, auf die Freisprechung erfolgte, er für di
gestellt und dann, unter Enthebung aus dem
Kassenrevisor an das Appellationsgericht Mar
wegen eines Versehens erfolgt. „Wenn nun vo
75 Prozent, von Gerichtswegen für ungerecht
Anklagen zwei, also 50 Prozent selbst von der
unbegründet erklärt werden, dann will es uns
Beamte, der solche Anklagen erhebt, nicht di
besitzt und daher besser in einem kleinen Stä
verwendet würde als in Berlin." („Berliner Frei

„Frechheit“ und dergleichen um sich werfen, und seinen Bemühungen, Sozialisten, gegen die er Anklagen erhob, mindestens auf einige Zeit in Untersuchungshaft zu bringen, kamen die Gerichte nur allzu willig entgegen.

Und doch war, es sei dies wiederholt, die Sozialdemokratie zu keiner Zeit weniger auf Gewaltaktionen aus, weniger revolutionslustig, weniger „umstürzlerisch“ gestimmt gewesen, als in dieser Epoche.

Im Reichstag brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten Reformanträge durchaus gemäßigten Charakters ein, ihr Arbeiterschutzgesetzentwurf, der im Frühjahr 1878 verhandelt wurde, forderte z. B. lediglich ein Zehnstundengesetz, für das Most im Reichstag eine richtige Reformrede hielt. In Arbeiterversammlungen wurden für dieses Arbeiterschutzgesetz und ebenso für ein Gesetz, das die Bauhandwerker dem Haftpflichtgesetz unterstellen sollte, Petitionen in Umlauf gesetzt.

In der sozialistischen Presse fing man an, sich für alle möglichen Verstaatlichungen im gegebenen Staat zu erwärmen. So befürwortete C. A. Schramm in der „Zukunft“ ein Eintreten der Sozialdemokratie für das damals von Bismarck ins Auge gefaßte Reichseisenbahn-Projekt. Ihm trat zwar die Redaktion der „Berliner Freie Presse“ in vorzüglichen Artikeln entgegen, aber die Diskussion wurde doch in solcher Weise geführt, wie man eben diskutable Gedanken erörtert.

Verschiedenen der damaligen Steuerprojekte der Regierung, wie Börsensteuer, Lotteriesteuer, Spielkartensteuer, erkannte die sozialistische Presse zu, daß sie gerade nicht unglücklich gewählt seien, wenn die Sozialdemokratie auch als Gegnerin aller indirekten Steuern sich ablehnend verhalten müsse. Man faßte ernsthaft eine Beteiligung an den Berliner Kommunalwahlen ins Auge und erörterte ferner sehr ernsthaft auch die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen.

Es mag interessieren, daß der erste Versuch einer Beteiligung von Sozialisten an den Berliner Kommunalwahlen schon im Jahre 1877 gemacht wurde. Es war bei einer Nachwahl im 26. Stadtbezirk; wenige Tage vor der Wahl, am 20. November 1877, beschlossen einige dort wohnende Sozialisten einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und ohne besonders lebhafte Agitation erzielten sie immerhin für ihn 72 von 482 abgegebenen Stimmen. In verschiedenen Versammlungen wurde nun die Frage der ferneren Beteiligung an Kommunalwahlen eingehend erörtert und schließlich in einer außerordentlichen Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins mit großer Mehrheit beschlossen, fortan in geeigneten Wahlkreisen in die Kommunalwahl einzutreten. In einem in der „Berliner Freien Presse“ vom 15. März 1878 veröffentlichten Aufruf der Leitung des Vereins heißt es darüber:

> „Wir werden in Zukunft also nicht mehr bloß alle drei Jahre uns an den Reichstagswahlen beteiligen und dort unsere Kraft erproben, nein, wir werden auch bei den Kommunalwahlen unsere Kandidaten aufstellen und so den Versuch machen, auch in dem Beratungssaale des Berliner Rathauses der

> Sozialdemokratie Sitz und Stimme zu erobern. Zwar wissen wir, welche Schwierigkeiten das bestehende reaktionäre Dreiklassenwahlsystem diesem unserem Streben in den Weg legen wird, indes der Beschluß ist gefaßt, der Beschluß ist gut, und unsere Pflicht ist es, demselben nachzukommen.“

So war ein bedeutender Schritt mehr auf dem Gebiet der Gegenwartsarbeit gemacht. Im nördlichen Teil des vierten Wahlkreises war schon vorher ein Verein für kommunale Angelegenheiten des Nord-Ostdistrikts ins Leben getreten, der sich durchaus als sozialistischer Bezirksverein betätigte. Wohlwollend stellte sich die Berliner Sozialdemokratie den Bestrebungen eines meist aus bürgerlichen Reformern bestehenden Vereins für Reform der Schule gegenüber, der um jene Zeit viel Versammlungen in Berlin abhielt.

Da setzte gegen Ende 1877 die Agitation der „christlich-konservativen Staatssozialisten“ ein. Staatssozialistisch gesinnte Gelehrte im Verein mit sich gleichfalls als solche gebenden Geistlichen der evangelischen Kirche wollten eine streng monarchistische christlich-soziale Partei ins Leben rufen. Eine antisozialdemokratische Arbeiterpartei, die der Gewerkvereinsführer Max Hirsch zu gründen versucht hatte, war schon nach den ersten Wochen als totgeborenes Kind erkannt worden; jetzt sollte es die Firma „Staatssozialismus“ tun.

Es war eine sehr gemischte Gesellschaft, die sich da zusammenfand und als deren Organ eine Wochenschrift unter dem Titel „Der Staatssozialist“ ins Leben trat: ehrliche Ideologen und ernsthafte Gelehrte, wie Petermann, Schäffle, Scheel, Ad. Wagner, Ad. Samter, R. Todt neben politischen Strebern und Intriganten vom Schlage eines Stöcker; Männer, denen die soziale Reform wirklich am Herzen lag, neben solchen, denen sie nur Aushängeschild für reaktionäre Zwecke war.

Statt daß die Vereinigung für die Ersteren eine Verstärkung bedeutete, ward sie faktisch für sie ein Moment der Schwäche. Sie stieß bei allen politischen Parteien auf Mißtrauen. Immerhin sollte sie zunächst einiges Geräusch machen.

Auf den 3. Januar 1878 ward von ihr in dem großen Saal „Zum Eiskeller“ in der Chausseestraße eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Bildung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei“. Zum Referenten hatte sie einen Abtrünnigen der Sozialdemokratie, den Schneidergesellen Grüneberg gewählt, der sich in München in der Sozialdemokratie unmöglich gemacht, Gelder unterschlagen und nun „den Weg zu seinem Gott“ gefunden hatte. Natürlich war er nur vorgeschobene Person, der Hauptredner der Partei war vielmehr an dem Abend der Hofprediger Adolf Stöcker, der hier zum ersten Mal in einer Berliner Volksversammlung austrat.

Es war eine sehr bewegte Versammlung. In ihrer erdrückenden Mehrheit bestand sie aus sozialdemokratischen Arbeitern, und so fiel denn auch das Bureau in die Hände der Sozialdemokratie. Paul Grottkau führte den Vorsitz. Da der brave Grüneberg in seinem Referat nach Kräften über die Sozialdemokratie herzog, gab es während seiner Rede wiederholt stürmische Unterbrechungen, und

auch bei Stöcker, der sich als „ehrlicher Mann und Kind des Volkes“ einführte, fehlten die Unterbrechungen nicht. Aber selbstverständlich wurde keinem von beiden die Redefreiheit beeinträchtigt.

Nach Stöcker nahm Most das Wort und kennzeichnete mit großem Geschick die reaktionäre Verkehrtheit, den Staat wie er gerade sei und das staatlich approbierte Christentum zu den berufenen Faktoren der sozialen Besserung zu stempeln. Seine Beispiele aus der Geschichte, seine Nachweise, zu welchen Gewaltakten und Unterdrückungen der Geister das Christentum den Deckmantel habe abgeben müssen, rissen die Hörerschaft zu jubelnden Beifallsbezeugungen hin, die sich bis zu einer minutenlangen Demonstration steigerten, als Most dem von Stöcker vertretenen Priestertum der offiziellen Kirche zurief: „Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen!“

Am Schluß der Versammlung wurde mit allen gegen 17 Stimmen eine Resolution angenommen, wonach unter Hinweis darauf, daß das Christentum in fast 1900 Jahren nicht imstande gewesen sei, Not und Elend zu lindern, geschweige denn aus der Welt zu schaffen, und daß wirtschaftliche Errungenschaften ohne volle politische Freiheit wertlos seien; daß also selbst bei Erfüllung des christlich-sozialen Programms die Sache ganz beim alten bliebe, die Versammlung erklärte — daß sie

> „lediglich von der Sozialdemokratie eine gründliche Beseitigung aller heute bestehenden wirtschaftlichen und politischen Unfreiheiten erhofft und sich daher verpflichtet, mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften für die Verbreitung der Lehren dieser Partei einzutreten und zu wirken.“

Damit und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie endete diese Versammlung, die in der Geschichte der Berliner Volksbewegungen eine gewisse Berühmtheit beansprucht.

Sie gab Herrn Stöcker Gelegenheit, sich sofort in seiner ganzen Unwahrhaftigkeit zu produzieren. Obwohl es aus dem Zusammenhang der Mostschen Rede unzweideutig hervorging, daß das „macht eure Rechnung mit dem Himmel“ lediglich die geschichtliche Ueberlebtheit des Kirchentums plastisch ausdrücken sollte, schrie er in einer Zusendung an die Presse Zeter, Most habe „zur Ermordung der Geistlichkeit aufgefordert“ und stellte es in Abrede, daß er in der Versammlung das sozialistische System für in der Hauptsache berechtigt anerkannt habe. Er dichtete sich auch einen furchtbaren Mut an, daß er es gewagt habe, eine Volksversammlung zu veranstalten, von der er von vornherein gewußt hätte, daß sie in die Hände der Sozialdemokratie fallen würde, welcher Mut indes für jeden, der die Versammlungspraxis der Sozialdemokratie kannte, außerordentlich gering war. Ferner brüstete er sich damit, daß sich nach Beendigung der Versammlung sechzig bisherige Sozialdemokraten in die christlich-soziale Partei hätten einschreiben lassen, was eine ganz offenbare Lüge war.

Um seiner Aufschneiderei den Boden zu entziehen, forderte die „Berliner Freie Presse“ die Berliner Sozialdemokraten eindringlich auf,

den Versammlungen der „christlich-sozialen Partei“, sobald sie als Partei- oder Vereinsversammlungen einberufen würden, fern zu bleiben.

> „Wo freie öffentliche, also Volksversammlungen stattfinden, haben alle Sozialisten ein Recht und sogar eine moralische Pflicht, zu erscheinen und durch freie Diskussionen und Abstimmungen sich zu betätigen. Allein wo sich einzelne reaktionäre Gruppen hinter eine Vereins- oder Partei-Geschäftsordnung verkriechen und dadurch jede eingehende sachliche Entgegnung von vornherein unmöglich machen, sollen sich unsere Gesinnungsgenossen nicht als Statisten gebrauchen lassen.“

In einer Volksversammlung würden die Sozialdemokraten bereit sein, unmittelbar nach dem Vortrag des christlich-sozialen Redners über dessen Resolution abstimmen zu lassen und dann erst in die Diskussion einzutreten. Es würde sich dann am besten zeigen, wie wenig hinter der Bewegung stehe. Aber den Herren durch den Besuch ihrer gedeckten Versammlungen den Anschein einer Bedeutung zu geben, sei die Sozialdemokratie nicht da.

Die Warnung hatte nicht sofort vollen Erfolg; ein Teil der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft konnte es sich nicht versagen, teils aus Neugierde, teils des Spaßes halber in die Stöckerschen Versammlungen zu laufen. Erst nach und nach blieben Stöcker und Genossen auf ihr eigenes Publikum angewiesen.

Inzwischen aber wurde sozialdemokratischerseits eine Gegenaktion in Form einer intensiven Agitation für den Austritt aus der Landeskirche ins Werk gesetzt. Am 22. Januar 1878 sprach Most im großen Saal des Handwerkervereins vor einem Kopf an Kopf gedrängt stehenden Publikum über das „Verhalten der Berliner Bevölkerung zum Pfaffentum“. Nach einer Kritik der Religionen, denen er die materialistische Weltanschauung als die Weltanschauung der Sozialdemokratie gegenüberstellte, legte er die vorteilhaften Wirkungen dar, welche ein Massenaustritt aus der Landeskirche zur Folge haben würde, und schloß mit der Aufforderung an die sozialistische Bevölkerung Berlins, „zur Ehre Berlins und als Antwort auf die neuesten Zumutungen der Christlichsozialen ihrer wirklichen Gesinnung durch massenhaften Austritt aus der Landeskirche Ausdruck zu geben“.

Aufruf

Berliner Studirender an die Studirenden Deutschlands!

Commilitonen!

Die Freiheit der Wissenschaft ist in Gefahr!

Die am 29. Juni d. J. versammelten Studirenden der Fr.-W.-Universität, der Bau-, Gewerbe- und Bergakademie haben folgende Resolution angenommen:

„Wir, die Studirenden der Universität und technischen Hochschulen Berlins haben uns überzeugt, dass die von der Berliner philosophischen Fakultät incriminirten Stellen aus Dr. Dühring's „Kritische Geschichte der Principien der Mechanik“, und dessen Broschüre: „Der Weg zur höheren Berufsbildung der Frauen“, nichts enthalten, was über die Grenzen einer nicht blos schicklichen, sondern auch würdig gehaltenen Kritik hinausginge. Auf Grund der Artikel 20 u. 27 der preussischen Verfassung: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ und „Jeder Preusse hat das Recht in Wort, Schrift und Druck seine Meinung frei zu äussern“, protestiren wir gegen das Vorgehen der philosophischen Fakultät gegen den Privatdocenten Dr. Dühring, indem wir dasselbe für eine Gefährdung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre erklären.“

Commilitonen! Wir bitten Euch, sofort Studenten-Versammlungen einzuberufen, dieselbe Resolution zu Eurem Beschluss zu erheben und dadurch unsere Sache zu der Eurigen zu machen. Hört an, um was es sich handelt:

Seit vierzehn Jahren wirkt an unserer Universität der Privatdocent Dr. Dühring, ein Mann, der sich nicht nur als hochbegabter Lehrer um die Studirenden Berlins, sondern als originaler Denker und erstaunlich vielseitiger Schriftsteller auch um die Förderung der Wissenschaft und allgemeinen Bildung ausserordentlich verdient gemacht hat. Bewundernswerth tief und gehaltvoll als Wirklichkeitsphilosoph, Nationalökonom und Wissenschafts-Historiker, erlangte er auch als selbstständiger Arbeiter und feiner Sachkenner im

124. Titelblatt des Protestes gegen die Maßregelung Eugen Dührings

Selbstverständlich erntete er rauschenden Beifall, und einige junge Theologen, die ihm entgegentraten, sprachen in dieser Versammlung vor tauben Ohren. Die in der Versammlung ausgebotenen gedruckten Formulare für Austrittserklärungen fanden reißende Abnahme. Letzteres war auch in den Versammlungen der Fall, die nun folgten.

In jeder sozialdemokratischen Versammlung wurden fortan Formulare für den Kirchenaustritt ausgeboten und stets fanden sie willige Abnahme, so daß Freund und Feind glauben konnte, die Agitation werde zum Austritt von Tausenden und Abertausenden führen. Die von Sozialdemokraten veranstalteten Distriktsversammlungen, die dem gleichen Thema galten, waren im Verhältnis ebenso stark besucht, wie die vorbezeichnete Versammlung.

Und eine Versammlung, in welcher der Missionsdirektor Wangemann Mosts Vortrag vom 29. Januar widerlegen wollte, war noch stärker besucht als jene erste Versammlung, da man von vornherein Tische und Stühle aus dem Saal entfernt hatte. Wangemann machte unzweifelhaft einen wesentlich besseren Eindruck, als Stöcker, und Most trat ihm auch persönlich höflich entgegen und gab zu, daß die Missionäre bei wilden Völkern manches gute verrichtet hätten; aber das Ende der Diskussion war kein anderes als es bei Stöcker gewesen. Nahezu einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen:

> „In Erwägung, daß die dogmatische Religion, die einzig und allein auf dem blinden, denklosen und darum auch geistestötenden Wunderglauben beruht, die Entwickelung der die Zivilisation schaffenden Erfahrungswissenschaften und mithin auch die Entwickelung der Zivilisation selbst hemmte und nach ihrer Natur hemmen muß;
> „in Erwägung, daß die dogmatische Religion den Menschen zum willenlosen Knecht eines vom Standpunkte der Wissenschaft nicht anzuerkennenden, ‚himmlischen Gottes' und der weltlichen und kirchlichen ‚gesalbten‘ Vertreter desselben auf Erden feierlich proklamiert;
> „in Erwägung, daß die dogmatische Religion das natürliche Streben der Menschen nach irdischem Wohl verwirft, indem sie ihnen ein nach dem gesunden Verstand entschieden zu verneinendes ‚schönere‘ Leben nach dem Tode' in einem nicht existierenden Jenseits' verspricht und damit die leibliche und geistige Tyrannei im wirklichen Leben fördert, und ferner
> „in Erwägung, daß die sogenannte christlich-soziale Arbeiterpartei den dogmatischen Wunderglauben mit allen seinen Konsequenzen zur Grundlage ihrer Bestrebungen macht:
> „erklärt die am 5. Februar 1878 zu Berlin im Saale des Handwerkervereins tagende Volksversammlung die christlich-soziale Parteibewegung als einen entschiedenen Rückschritt in das dogmatisch-barbarische Mittelalter und als einen Schandfleck als 19. Jahrhunderts und
> „beschließt, mit allen Kräften dahin zu wirken:
> 1. daß die vernunftmäßigen Lehren der Wissenschaft und des auf derselben basierenden Sozialismus sich mehr und mehr verbreiten, indem sie die unvernünftigen Wunderdogmen des Aberglaubens vollständig verdrängen ...
> 2. daß alle diejenigen, die sich von dem Wunder- und Aberglauben befreit haben, aus der Kirche ausscheiden, um

derselben auf diese Weise die unverdiente moralische und materielle Unterstützung zu nehmen und

3. daß die Schule von ihrem konfessionellen Charakter befreit werde, welche Bestrebung durch den Massenaustritt aus der Kirche sehr gefördert wird.“

Wangemann sprach dann noch in einer unter dem Vorsitz von Frau Hahn tagenden Arbeiterfrauen- und Mädchenversammlung, die gleichfalls einen ungeheuren Besuch angezogen hatte, so daß das Lokal — Renz' Salon, Naunynstraße — sich bald als zu klein erwies und die Männer, die sich eingefunden, das Lokal wieder verlassen mußten, um den andrängenden weiblichen Besuchern Platz zu machen. Most, der auch hier Referent war, errang wiederum über Wangemann einen großen rhetorischen Erfolg.

Diese Kirchenaustrittsbewegung beschäftigte die ganze bürgerliche Presse und versetzte die Regierungskreise eine zeitlang in nicht geringe Unruhe. Was sollte werden, wenn die Bewegung weitere Wellen schlug?

Als die Termine zur amtlichen Feststellung der Kirchenaustritte heranrückten, war der Andrang in dem Terminzimmer des Stadtgerichts so stark, daß Nummern ausgegeben werden mußten, um in das Gedränge etwas Ordnung zu bringen. Die zur protokollarischen Unterzeichnung ihres Austritts Gekommenen wurden je zu sechs vorgelassen, und Hilfsbeamte wurden eingestellt, die Abfertigung zu beschleunigen. Kurz, es mußte scheinen, als sollte sich wirklich ein Austritt von Tausenden und Abertausenden aus der Landeskirche und sonstigen Religionsgemeinschaften vollziehen.

Später stellte sich allerdings heraus, daß das Jahr 1878 nur wenige Hundert endgültige Austritte mehr zu verzeichnen hatte, als der Durchschnitt der vorangegangenen Jahre. Zwischen Anmeldung und Vollzug war den meisten offenbar die Lust wieder vergangen. Die Hausbesuche der Geistlichen bei den Frauen, die Hinweise darauf, daß man durch den Kirchenaustritt sich manche spätere Unterstützungen verscherze, während das Verbleiben in der Kirche dem Arbeiter keine Lasten auferlege, verfehlten im Laufe der folgenden Monate ihre Wirkung nicht, zumal noch zu erwähnende Vorkommnisse die Begeisterung für den Kirchenaustritt sehr herabtönten, bezw. das Interesse an ihm in den Hintergrund drängten.

Aber vorläufig glich die Bewegung einem Strom, der alles mitzureißen schien. Warnungsworte aus dem eigenen Lager oder von Freunden, wie Guido Weiß, der erklärte: „Ihr galvanisiert einen Leichnam, am Ende wird die Kirche den Vorteil haben“, mußten als Schwarzseherei erscheinen.

Immerhin wußte die Presse zu berichten, daß der alte Kaiser dem Polizeipräsidenten Madai sein „tiefes Bedauern“ über die Kirchenaustrittsagitation ausgedrückt und ihn aufgefordert habe, ihr nach Möglichkeit entgegen zu wirken. Worauf die Polizei plötzlich anfing, das Ausbieten von Formularen zum Kirchenaustritt für „groben Unfug“ zu erklären und mit Strafmandaten zu ahnden.

Die Gerichte haben später dieser Polizeimaßregel die Anerkennung versagt, aber vorläufig erhielten alle, die in Versammlungen

Austrittsformulare ausboten, Strafmandate zugeschickt, nach denen sie 15 Mark Geldbuße erlegen oder verschiedene Tage Haft absitzen sollten. Auch dem Landtagspräsidium drückte der alte Wilhelm, als es ihm am 22. März 1878 den üblichen Geburtstagsbesuch abstattete, sein Mißbehagen über die antireligiöse Bewegung aus. Und Wilhelm I. tat den zum Schlagwort gewordenen Ausspruch: „Die Religion muß dem Volke erhalten werden“.

Das unheimliche Empfinden in Regierungskreisen wurde noch verstärkt durch die beiden großen sozialdemokratischen Leichenbegängnisse, die Berlin im Frühjahr 1878 sah.

Am 7. März 1878 erlag August Heinsch im Alter von 31 Jahren einem Blutsturz. Die Verdienste dieses ausgezeichneten Mannes um die sozialistische Bewegung Berlins sind schon in den vorhergehenden Kapiteln berührt worden. Obwohl seit langem lungenleidend, hatte Heinsch insbesondere bei der Reichstagswahl von 1877 eine so ausbleibende Tätigkeit entfaltet, daß aus Freundeskreisen immer wieder die Mahnung an ihn erging, doch auf seine Gesundheit wenigstens einige Rücksicht zu nehmen. Darauf hatte er indes nur immer ein und dieselbe Antwort: „Laßt's gut sein; ich weiß es, ich gehe drauf. Aber ich verspreche euch, ich sterbe an einem Donnerstag, und dann habt ihr am Sonntag eine schöne Leiche.“ Und nun war der Tod wirklich an einem Donnerstag eingetreten, so daß es in der Tat ein Sonntag sein konnte, wo Heinsch zu Grabe getragen wurde.

Daß das Begräbnis unter großer Beteiligung erfolgen würde, stand außer Zweifel, von der Größe aber, welche die Beteiligung wirklich annehmen sollte, hatte sich niemand vorher eine Vorstellung gemacht. Es war zunächst geradezu rührend, in der „Berliner Freien Presse“ vom 9. und 10. März die Aufrufe zu lesen, in denen die Arbeiter der verschiedenen Organisationen und Berufe von ihren Kollegen aufgefordert wurden, dem Freunde Heinsch die letzte Ehre zu erweisen.

Wir bringen an anderer Stelle die Abbildung eines Stücks aus der „Berliner Freien Presse“ vom 10. März 1878 mit einem Teil solcher Inserate. Den Aufrufen wurde in überraschender Weise Folge gegeben.

Die Polizei, die ja nie sich enthalten kann, irgendwie in sozialistische Feierlichkeiten störend einzugreifen, erließ ein Verbot, die Fahnen im Leichenzuge zu entfalten; die Fahnen durften nicht einmal verhüllt im Zuge getragen werden. Sonst benahmen sich die Polizeibeamten im ganzen taktvoll, so daß trotz der ungeheuren Menge von Leidtragenden, die sich einfanden, nennenswerte Störungen nicht vorkamen.

Um 3 Uhr nachmittags sollte der Leichenzug sich in Bewegung sehen, um ½2 Uhr war der Mariannenplatz schon von Menschenmassen überfüllt. Das Formieren der einzelnen Züge wurde durch das Verbot, Fahnen zu tragen, erheblich erschwert, aber die ruhige Disziplin der Massen half über die Schwierigkeit hinweg.

Punkt 3 Uhr setzte sich der Leichenzug in Bewegung, voran der Verein der werktätigen Bevölkerung Berlins in der Stärke von zirka

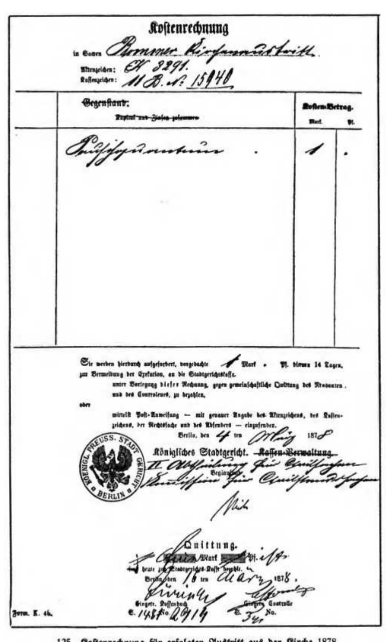
3.000 Mann. Ihm folgten das Musikchor, dann der mit Blumen und Kränzen bedeckte Sarg und sechs Freunde des Verschiedenen als Träger. Hierauf die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Auer, Demmler, Fritzsche und Most, der 600 Personen zählende Zug der Arbeiterfrauen Berlins und im Anschluß daran die verschiedenen Gewerke und Vereine. Ueber eine Stunde nahm der Aufzug vor dem Trauerhause in Anspruch; erst nach 4 Uhr konnten die Trauerwagen der Leidtragenden sich in Bewegung setzen.

Der Weg ging das Mariannenufer entlang, über die Schillingsbrücke durch Andreasstraße, Große Frankfurterstraße, Strausbergerstraße, Friedensstraße, Saarbrückerstraße, Schönhauser Allee nach dem Begräbnisplatz der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee, der die Reste des Verstorbenen aufnehmen sollte.

Erst gegen 6 Uhr langte der Zug am Friedhof an, der nur einen sehr kleinen Teil des Trauerzuges aufnehmen konnte. Die vielen im Zuge getragenen Kränze wurden von Hand zu Hand weiter gegeben, um den Ort ihrer Bestimmung zu erreichen. Am Grabe sprachen Fritzsche und Most, während Auer, Richard Fischer, Frau Stägemann und viele andere Kränze im Rahmen der verschiedenen Institute und Körperschaften der Arbeiterbewegung niederlegten. Auch ein Kranz der sozialistischen Studenten der Berliner Universität und ein solcher der russischen Sozialisten in Berlin fehlten nicht.

Der Zug machte einen gewaltigen Eindruck, seine Größe überraschte alle Welt, die Parteimitglieder selbst nicht minder als wie die Gegner. Die Straßen, die er passierte, waren von spalierbildenden Menschenmassen angefüllt, die Fenster und Türen der Häuser von Zuschauenden belagert.

Folgendes Stück aus einer Korrespondenz der sozialistenfeindlichen „Magdeburger Zeitung“ gibt am besten die Verblüffung wieder, welche diese gewaltige, selbst von den Teilnehmern in solcher Stärke nicht vorhergesehene Manifestation auf die Gemüter der Gegner machte, während ein Teil der Berliner Presse ihren Umfang hinwegzureden sich bemühte:


Kostenrechnung

in Sachen
Aktenzeichen: CK 3291.
Kassenzeichen: 11 B. N: 15940

Gegenstand:	Kosten-Betrag. Mark	Pf.
	1	.

Sie werden hierdurch aufgefordert, vorgedachte 1 Mark . Pf. binnen 14 Tagen, zur Vermeidung der Exekution, an die Stadtgerichtskasse
unter Vorlegung dieser Rechnung, gegen gemeinschaftliche Quittung des Rendanten und des Controleurs, zu bezahlen,
oder
mittelst Post-Anweisung — mit genauer Angabe des Aktenzeichens, des Kassenzeichens, der Rechtssache und des Absenders — einzusenden.
Berlin, den 4 ten März 1878
Königliches Stadtgericht. ~~Kassen-Verwaltung.~~

Quittung.
Mark Pf.
heute zur Stadtgerichts-Kasse bezahlt.
Berlin, den 16 ten März 1878.
Eingetr. Kassenbuch C. 1487 No 2914
Eingetr. Controlle C. 34 No.
Form. K. 4b.

125. Kostenrechnung für erfolgten Austritt aus der Kirche 1878

> „Soeben spielte sich in den Straßen des Nordostviertels in Berlin eine Szene ab, die Ihresgleichen in den Annalen dieser Stadt kaum aufzuweisen haben dürfte. Der Leichenzug der Märzgefallenen mag erschütternder gewesen sein, denn noch zuckte jede Fiber der Bewohner von den gewaltigen Eindrücken, welche der brudermörderische Barrikadenkampf hinterlassen hatte.
> Das Leichenbegängnis Waldecks, die großartigste Demonstration des bürgerlichen Liberalismus, hatte etwas in seiner Feierlichkeit Ergreifendes, das seine unauslöschlichen Spuren dem Gedächtnis der Teilnehmer einprägte. Nichts von alledem schien der Gefolgschaft inne zu wohnen, welche die Berliner

> Sozialdemokraten der Leiche eines ihrer ausgezeichnetsten Lokalagitatoren bereitet hatten.
> Diese unabsehbaren Menschenmassen, welche sich wie ein mächtiger Strom durch die überdicht bevölkerten Arbeiterquartiere unserer Stadt ergossen, gemahnten den Beobachter an die Macht eines Elementarereignisses. Nichts Erschütterndes, nichts Feierliches (?) bezeichnete diesen Leichenzug, nein, etwas Fürchterliches, etwas Erschreckliches (! !) sprach sich in dieser Leichenparade aus, zu welcher die Heerführer der Sozialdemokratie ihre Mannschaften entboten hatten ... Wer spricht noch vom Arbeiterbataillon Berlins angesichts dieses Leichenaufgebots? Das sind Regimenter, Divisionen, Brigaden; ja mehr, das sind ganze Armeekorps, ohne jedwede Uebertreibung gesagt, das sind ganze Armeekorps, welche ihrem, sicherlich um die Sache hochverdienten Toten die letzte Ehre erweisen.“

So das nationalliberale Blatt. In Regierungskreisen hatte man sicher die gleiche Empfindung. Die Atmosphäre wurde eine immer gespanntere. Die Reaktionspresse steigerte ihre Hetzartikel, die zu Gewaltmaßregeln drängten, und im Kleinen fehlten auch Gewaltakte nicht.

Die Polizei fing plötzlich an, unter dem Vorwand von Sicherheitsfürsorge Versammlungen gleich bei ihrem Beginn aufzulösen; sie gebot Freihaltung eines Mittelgangs und löste auf, wenn ihr der Mittelgang nicht breit genug erschien. Später wurde auch „wegen schlechter Luft“ aufgelöst, Oeffnen der Fenster aber verboten, weil dadurch die Versammlungen den Charakter von Versammlungen unter freiem Himmel erhielten!

Die „Berliner Freie Presse“ wurde mit Prozessen überschüttet, immer schneller folgten die Verhaftungen ihrer Redakteure einander. Am 17. Januar war Paul Dentler, ein aus dem Kaufmannsberuf hervorgegangener begabter junger Journalist, verhaftet worden. Erst vierzehn Tage nach der Verhaftung wurde ihm die Anklageschrift zugestellt, die nicht weniger als 18 Anklagen umfaßte. Dentler sollte 4 Majestätsbeleidigungen, 5 Beleidigungen des Polizeipräsidiums und 9 weitere Beleidigungen von Beamten und Instituten begangen haben. Tessendorf verfuhr nunmehr nach dem bekannten Dichterwort, aber in umgekehrter Anwendung:

> „Du kannst im Kleinen nichts verrichten
> Und fängst es drum im Großen an.“

Die Menge sollte es bringen. Inzwischen wurde die vorläufige Freilassung Dentlers verweigert, obwohl ärztlich festgestellt war, daß er sich im vorgerückten Stadium der Lungentuberkulose befand und der Aufenthalt in der Zelle für ihn verhängnisvoll werden mußte. Weder wurde ein Kautionsangebot angenommen, noch Dentlers Ueberführung in die Charité bewilligt, obwohl Dentler schon zwei



Flugblatt No. 2
des
Central-Vereins für Social-Reform
auf religiöser u. constitutionell-monarchischer Grundlage.

1000 Stück des Blattes kosten 10 Mark, 100 Stück 1 Mark u. s. w. (Zu beziehen durch C. Colombel in Berlin, Bergmannstraße 17. S.W.)

(Vorbemerkung. Die nachfolgende Rede will nicht beleidigen, sondern Klarheit schaffen. Sie will den Arbeitern zeigen, daß sie von ihren Agitatoren in die Revolution und Gewaltthat geführt werden; sie will auch die anderen Klassen an die Gefahren mahnen, in welchen wir stehen. Die Verbitterung eines Standes, wie sie in den angeführten Beispielen hervortritt, ist nicht möglich ohne Schuld der anderen Stände. Als solche vielfach vorhandene Schuld erscheint dem Redner: Irreligiosität, Materialismus, Genußsucht, Verschwendung, Mangel an sittlichem Ernst und Theilnahmlosigkeit gegen das Wohl und Wehe der nichtbesitzenden Volks-Klassen.)

Rede des Hofpredigers Stöcker
am 18. Januar d. J. in dem Saale des Handwerker-Vereins zu Berlin, über das Thema:
Der Haß der Socialdemokratie gegen das Christenthum.

Meine Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie heute Abend gekommen sind. Ich danke Ihnen um so mehr, als die Berliner Freie Presse die Parole ausgegeben hatte, die Socialdemokraten sollten nicht kommen. So sehe ich, daß Sie freie Männer sind, nicht Sklaven einer Partei. (Bravo.)

Wenn ich heute schon wieder zu Ihnen rede, so dürfen Sie darum doch nicht meinen, daß die christlich-sociale Arbeiterpartei eine Pastorenpartei ist. Ich hoffe, es werden auch Andere hier sprechen: Gelehrte, Fabrikanten, Gutsbesitzer, Arbeiter. Und ich selbst würde heute gern einen anderen Gegenstand behandelt haben. Gern hätte ich vor Arbeitern über die Arbeit gesprochen; über den einen Irrthum, daß die Arbeit eine Waare sei, wodurch der Arbeiter erniedrigt wird, — und über den anderen Irrthum, daß die Arbeit allein Werthe schafft, wodurch falsche Hoffnungen erregt werden, — und über das wahre Wesen der Arbeit, daß sie persönliche [illegible] Gern hätte ich Ihnen unser christlich-sociales Programm [illegible], damit Sie auch im Einzelnen wissen, was wir wollen. Aber ich muß heute über

126. Christlich-soziales Flugblatt

Blutstürze hinter sich hatte. Ein Brief, den er unterm 7. März aus dem Gefängnis schrieb, enthüllt ein wahrhaft unverzeihliches Verhalten der Gefängnisverwaltung und insbesondere des Gefängnisarztes. Hier einige Stücke daraus:

> „Am Tage meiner Verhaftung wird von den Freunden unter Erreichung eines Attestes meine Entlassung aus Gesundheitsrücksichten beantragt. Der Anstaltsarzt, kgl. Sanitätsrat, Stadtphysikus usw., kann mit mir nicht ins Klare kommen und behält sich sein Urteil vor, um mich ‚einige Tage' zu beobachten. Die Beobachtung bestand darin, daß Herr usw. Dr. Lewin in der folgenden Woche zweimal in meine Zelle kam, mich fragte, wie mir's ginge, und verschwand. Aus den einigen Tagen sind sieben Wochen geworden, Herr Lewin hat noch immer kein Urteil über mich."

Am 15. Februar endlich stellt Dentler, nachdem er erfahren, daß ihm ein Rekurs an den Gerichtsphysikus zustehe, mündlich und schriftlich Antrag auf Beschleunigung der Sache, die ihm zugesagt wird. Aber es vergehen weitere 14 Tage, bis der Physikus, ein Medizinalrat, erscheint. Auf Grund sorgfältiger Untersuchung erklärt er Dentlers Zustand für hochbedenklich; aber wieder geschieht über eine Woche nichts, während deren sich bei dem Verhafteten Blutspeien einstellte, der Vorbote von Blutergüssen.

Da endlich wird Dentler, nachdem dies in der Presse konstatiert worden, die Mitteilung, daß er nach der Charité überführt werden solle. Dies geschieht, aber — am 24. April war Paul Dentler tot. Ihn aus der Untersuchungshaft zum Zweck der Aufsuchung eines heilenden Klimas zu entlassen, hatte die „Justiz" sich nicht entschließen können.

Am 7. Februar war er wegen angeblich 13 Beleidigungen, gewissermaßen im Ramsch, zu einem Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden, für vier Majestätsbeleidigungen allein wurden 19 Monate berechnet. Er hatte dagegen Berufung eingelegt, die aber nun gegenstandslos wurde. Eine andere Instanz sprach ihr Urteil darüber.

Das Leichenbegängnis Dentlers. das am Sonntag, den 28. April erfolgte, sah nicht weniger Leidtragende im Zuge, als die Beerdigung von August Heinsch. Es war eine neue, gewaltige Demonstration der Berliner Arbeiterschaft. J. Most und H. Rackow gaben den Empfindungen dieser Arbeiter am Grabe Ausdruck, wofür Rackow später die unvermeidliche Anklage erhielt.

Der Leichenzug, der am 10. März 1878 dem Sarge August Heinschs folgte, war keine beabsichtigte politische Demonstration gewesen; das Bedürfnis, einem allgemein geliebten



Die Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen des werkthätigen Volkes
werden aufgefordert, sich zur Beerdigung unseres verstorbenen Vereins-Mitgliedes
August Heinsch
vollzählig einzufinden und treten an der Wrangelstraßen-Ecke (Spitze nach der Schilling-brücke) an, woselbst sich unsere Fahne befindet, welche Genosse Wedekind tragen wird.
(1627) Der Vorstand.

Diejenigen Frauen, welche dem verstorbenen Gesinnungsgenossen Aug. Heinsch die letzte Ehre erweisen wollen, versammeln sich heute um 2 Uhr im deutschen Reichstheater, Wrangelstraße 66. Frau Stegemann.

Die Frauen des Frankfurter und Stralauer Bezirks werden ersucht, sich bei der Beerdigung des Parteigenossen Heinsch zu betheiligen und bei Göttel, Andreasplatz, Nachmittags 1 Uhr zu sammeln. Das Nähere daselbst. (1620) Frau Hahn.

Die Mitglieder des **Berliner Arbeiter-Sängerbundes** werden hiermit aufgefordert, sich recht zahlreich an der Beerdigung des Genossen **August Heinsch**, welche heute Nachmittag halb 3 Uhr stattfindet, zu betheiligen. Sammelplatz: Waldemarstr., zwischen der Adalbertstraße und Mariannen-Platz. Punkt 2 Uhr.
(1686) Otto Schneider, Vorsitzender.

Genossen von Schöneberg und Potsdamerthorbezirk werden ersucht, Mann für Mann zur Beerdigung von Genossen Heinsch sich einzufinden.
Sammelplatz: Neu-Carlsbad.
Abgang: Mittags 1 Uhr.

Achtung!
Die Berliner Tischler, welche gesonnen sind, an den Begräbnißfeierlichkeiten unseres verstorbenen Freu.des und Gesinnungs-Genossen
August Heinsch
sich zu betheiligen, versammeln sich heute Nachmittag 1 Uhr in Café Klein, Alte Jakobstraße 83. Der Abmarsch mit der Fahne findet um 2 Uhr statt. (1629) G. Lemke.

Schmiede-Verein.
Alle Schmiede Berlin's werden ersucht, heute Nachmittag halb 3 Uhr sich auf dem Mariannen-Platz einzufinden, um am Leichenzug unseres Freundes **A. Heinsch** theilzunehmen. Die Fahne ist zur Stelle. (1623) Der Vorstand.

Sämmtliche Zimmerleute, die sich an der Beerdigung unseres Freundes und Gesinnungsgenossen **August Heinsch** betheiligen, haben sich um das Banner und Fahne unseres Zimmergewerks in der Muskauer- u. Mariannenplatz-Ecke um 2 Uhr einzufinden.
(1626) Für den Vorstand: Lennwitz.

Die Sattler,
welche an den Begräbnißfeierlichkeiten für unsern Freund **August Heinsch** sich betheiligen wollen, werden ersucht, bis halb 2 Uhr in Café Klein, Alte Jakobstr. 83, zu erscheinen.
(1634) Th. Weber.

Sämmtliche Schuhmacher, Stepper und Zurichter, die am Leichenbegängniß des verstorbenen Genossen **Heinsch** theilnehmen wollen, werden hiermit aufgefordert, recht zahlreich heute Mittag, präzise 1 Uhr, im Lokale Stallschreiberstr. 27, zu erscheinen. Fahne kommt mit. (1651) C. W.

Stuhlarbeiter.
Heute Nachmittag halb 3 Uhr wird **Heinsch** beerdigt. Unter Euch speziell begann er seine politische Thätigkeit. Ihm dankt Euer Wahlkreis zum großen Theil den Sieg bei der letzten Reichstagswahl. Ehrt den tapfern Streiter für unsere Sache bis an sein Ende, indem Ihr zahlreich seinem Sarge folgt. — Sammelplätze: Pallisadenstraße 23 bei Schmidt und Andreasstr. 26 bei Göttel. Abgang präzise halb 2 Uhr. (1671)
A. Alt. F. Eichhorn. Cl. Gerstenberg.

Frankfurter und Stralauer Bezirk.
Parteigenossen! Zur Beerdigung unseres Genossen **Heinsch** ist der Sammelplatz bei Göttel, Andreas-Platz, Nachmittags 1 Uhr. Abmarsch halb 2 Uhr. Ich ersuche alle Partei-Genossen recht zahlreich zu erscheinen.
(1621) Julius Hahn.

Zur Beerdigung unseres Genossen Heinsch.
Die Genossen vom Gesundbrunnen versammeln sich heute Mittag halb 1 Uhr bei Boeikel, Grünthalerstr. 60. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. (1628)
Aug. Keitel, Badstr. 66.

Die Parteigenossen von Moabit, welche Willens sind, unserem Genossen Heinsch die letzte Ehre zu erweisen, werden freundlichst ersucht, sich bis halb 1 Uhr bei Hrn. Neumann, Dreysestraße, einzufinden.

Mohren-Club.
Versammlungsort zum Leichenbegängniß von A. Heinsch, Weißbierlokal von Georgi, Kaiser Franz-Grenadierplatz 7, um 2 Uhr.

Zu Heinsch's Begräbniß versammelt sich der Pfeifenklub „Gerechtigkeit" Augustst. 35, Mittags 1 Uhr. (1629)

Verein der Buchbinder und Fachgenossen.
Zu der heute stattfindenden Beerdigung des Begründers unseres Vereins, Herrn Heinsch, versammeln sich die Mitglieder Nachmittags 1 Uhr im Vereinslokale Neue Grünstr. 32. Zu recht reger Betheiligung sämmtlicher Kollegen fordern auf. [1613]
G. Gäßler, B. Jost.

Todes-Anzeige.
Am 8. d. M., Abends 9 Uhr, endete ein sanfter Tod die dreijährigen schrecklichen Leiden meiner innigst geliebten Frau **Emma**, geb. Lampe. Dies meinen Freunden zur Nachricht statt besonderer Meldung. Um stilles Beileid bittet **Carl Macrinus**,
[1618] Grüner Weg 67.
Die Beerdigung findet Dienstag am 12., Vormittags 10 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Montag, 11. März, Abends 8 Uhr,
Neue Grünstraße 32, Café Humboldt:
Oeffentliche Versammlung
selbstständiger Schuhmacher Berlins.
Tages-Ordnung: **Vortrag.**
1) Die Berliner Schuhmacher-[illegible].
2) Die Schuhmacher in Offenbach a/M.
Sämmtliche Schuhmacher sind zu dieser Versammlung eingeladen. Um rege Betheiligung bittet (1649) **J. Lehmann.**

127. Inseratenteil der „Berliner Freien Presse" am Tage vor dem Begräbnis des Genossen Heinsch. (Vergl. S. 354)

Vorkämpfer die letzte Ehre zu erweisen, hatte da die vielen Tausende zusammengeführt.

Das Leichenbegängnis vom 28. April 1878 aber war in erster Linie politische Demonstration. Der Masse der Berliner Arbeiter war Paul Dentler als Persönlichkeit unbekannt geblieben. Wenn sie seinem Sarge folgten, so, um gegen das System zu protestieren, das seinen vorzeitigen Tod beschleunigt hatte.

Es war die erste politische Straßendemonstration der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Berlins, und ihr wuchtiger Charakter konnte die unbehagliche Stimmung in Regierungskreisen über das unausgesetzt zunehmende Wachstum der Sozialdemokratie nur noch steigern. Worauf sollte das hinaus? Die unbequeme Partei gewann ersichtlich in allen Bevölkerungskreisen an Ansehen, sie drohte, durch ihre Agitation Bismarcks Steuerpläne ernsthaft zu stören. Irgend etwas mußte geschehen, ihr das Handwerk zu legen.

Daß die Methode Tessendorf allein nicht genügte, lag auf der Hand. Also brauchen wir stärkere Mittel, folgerten Bismarck und seine Leute. Die Frage war nur, wie den Reichstag für sie gewinnen. Noch war der geschäftige Lasker mit seinen doktrinären Mucken bei den Nationalliberalen obenauf, und die Zentrumspartei war im Angesicht der Ausnahmegesetze gegen ihren Klerus für Zwangsmaßregeln nicht zu haben.

Es mußte etwas Außergewöhnliches hinzukommen, um die Erbitterung der bürgerlichen Parteien über das Wachstum der Sozialdemokratie gesetzgeberisch nutzbar zu machen. Das Außergewöhnliche kam in Gestalt zweier Attentate auf den deutschen Kaiser.

Siebzehntes Kapitel. Die zwei Attentate auf Wilhelm I. und die tausend Attentate auf das Recht.

Neue Preßprozesse. — Der Hödelschuß und sein Urheber. — Bismarck sucht den Schuß zu fruktifizieren. — Das Attentat Nobilings. — Ein amtliches Lügentelegramm eröffnet die Sozialistenhatz. — Die Schmach des Attentatssommers. Wüten der Reaktion und Toben der liberalen Presse. Massenentlassungen und Gesinnungsdruck. Die Arbeiter „gedrückt und fest“. — Die Denunziantenpresse. Majestätsbeleidigungen und Justizmorde. Tessendorf obenauf. Verhaftungen sozialistischer Redakteure. — Massenhafte Hausdurchsuchungen. — Die Unterdrückung des Arbeiterbildungsinstituts. — Der Wahlkampf. — Die Antworten der Arbeiter. — Die Flugblattverbreitung wird erschwert. Gegenwehr: heimliche Abschrift von Wählerlisten. Aus einem fortschrittlichen Wahlflugblatt. — Unheimliche Situation am Wahltage; Appell an die Disziplin. — Das Wahlresultat: Stimmenzuwachs und Mandat-Verlust. — Die Vororts-Wahlkreise. — Sieg in der Stichwahl. Neue Maßregelungen. — Warum ein Lokal sich nicht Kaiser Wilhelm-Garten nennen darf. — Der Mißerfolg der Christlich-Sozialen. — Das Henkerbeil in Funktion. — Neue Spitzeltraten. — Die Assoziationsbuchdruckerei im Kampf mit der Polizei. Ihre Generalversammlung. — Die Ausnahmegesetz — Vorlage im Reichstage. Die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten: Bebel, Hasselmann, Bracke. — Das Ausnahmegesetz.

> „Der Kaiser hat die Wunden, die Nation hat das Wundfieber.“
>
> Guido Weiß in der „Wage“, Juni 1878.

Inzwischen hatte die Berliner Staatsanwaltschaft keineswegs auf ihren Lorbeeren ausgeruht. Der Verfolgungskrieg gegen die Sozialdemokratie ging ununterbrochen fort.

Nach Dentlers Verhaftung hatte Paul Grottkau am 18. Januar 1878 die gefährdete Stelle als verantwortlicher Redakteur der „Berliner Freien Presse“ ausgefüllt. Er sollte am 27. Januar eben verhaftet werden, als er gerade seine schon seit längerer Zeit geplante Uebersiedlung nach den Vereinigten Staaten angetreten hatte. Neun, im Zeitraum von ebensoviel Tagen gegen ihn ausgeheckte Anklagen weinten ihm steckbrieflich nach.

Der an seiner Stelle in die Bresche gesprungene Richard Fischer ward am 11. März in Untersuchungshaft gesteckt. In den sechs Wochen Redaktionstätigkeit sollte er elf Preßvergehen begangen haben. Sie wurden am 26. März verhandelt.

Da ein Verteidiger nicht zur Stelle war, führte Fischer seine Sache selbst; seine Verteidigungsrede ist in der „Berliner Freien Presse“ vom 4. April 1878 abgedruckt. Die Staatsanwaltschaft rechnete für die elf Vergehen zusammen 23 Monate Gefängnisstrafe aus, die zu 18 Monaten zusammengelegt werden sollten. Der Gerichtshof sprach Fischer in vier Fällen frei, in einem Falle konnte wegen Fehlens einer Klage von Seiten des angeblich Beleidigten keine Verurteilung erfolgen, für die andern sechs Vergehen wurde auf zusammen sieben Monate Gefängnis erkannt.

Fischer legte Berufung ein und wurde gegen Kaution vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Aber die Berufsinstanz bestätigte das Strafmaß, und so verbüßte er die sieben Monate im Herbst und Winter 1878/1879.

In die heiße Stelle des verantwortlichen Redakteurs war nach ihm Leopold Schapira eingerückt, trotz vorsichtigster Redaktion jeden

Augenblick gewärtig, gleichfalls in Untersuchungshaft abgeführt zu werden, was ihm denn auch nicht erspart blieb.

So standen die Dinge, als am 11. Mai 1878 nachmittags 3½ Uhr der einundzwanzigjährige Max Hödel-Lehmann vor dem Hause der russischen Botschaft, Unter den Linden 7, aus einem Lefaucheux-Revolver geringster Sorte, dessen Lauf obendrein schief war, drei Schüsse auf den vorbeifahrenden deutschen Kaiser abgab. Die Schüsse gingen sämtlich fehl, und es kann überhaupt bezweifelt werden, ob Hödel, der sofort ergriffen wurde, es mit ihnen sehr ernst genommen hatte.

Was auch Revolutions- und sonstige Romantik später über Hödel geschrieben hat, um ihn mit einem Nimbus zu umgeben, die Tatsachen, die von ihm bekannt wurden, sein Verhalten vor und nach dem Attentat lassen übereinstimmend nur den einen Schluß zu, daß Hödel nicht gerade dumm, aber ein konfuser und moralisch durchaus verlotterter Mensch war, wofür zu einem großen Teil die elenden Umstände verantwortlich gemacht werden müssen, unter denen er als uneheliches Kind einer armen Mutter aufgewachsen war, sowie die Zustände, die solches Elend begünstigten, zum Teil auch körperliche Schäden und geistige Anlagefehler.

Da er bei der Untersuchung im Gefängnis sich als hochgradig syphilitisch erwies, ist es nicht unwahrscheinlich, daß auch sein Gehirn stark affiziert war. Wäre das Nobilingattentat nicht erfolgt, so würde man vielleicht doch bei der Verhandlung gegen Hödel, die am 10. Juli 1878 vor dem Staatsgerichtshof erfolgte, die Frage der Zurechnungsfähigkeit Hödels ernsthaft in Betracht gezogen haben. So aber wurde die Verhandlung zur reinen Posse.

Der mit der Verteidigung Hödels betraute Justizrat Willens hielt — wahrscheinlich aus Feigheit — das wahre Gegenteil einer Verteidigungsrede, so daß er selbst im Gefühl dessen am Schluß sagte, er befürchte, daß der Angeklagte mit ihm nicht zu seinem Rechte gekommen sei und bitte den Gerichtshof, seine Verteidigung „ergänzen und verbessern zu wollen“. Der Gerichtshof tat aber nichts dergleichen, sondern verurteilte Hödel unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zum Tode wegen Hochverrats.

Einen ordentlichen Prozeß hat Max Hödel nicht gehabt. Er wurde zum Tode verurteilt und geköpft, weil die sogenannte Staatsraison des damaligen Regiments, weil das System Bismarck es so verlangte.

Diesem kam der Hödelschuß, wie wir gesehen haben, außerordentlich gelegen. Kaum hatte Bismarck in Friedrichsruhe die Meldung von dem Vorkommnis erhalten, so erging auch sofort von ihm telegraphische Weisung nach Berlin: „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie“. In der ganzen, der Regierung zugänglichen Presse, und diese war dank dem damals noch in voller Kraft arbeitenden Reptilienfonds nicht gering, wurde nun mit Hochdruck gegen die Sozialdemokratie gehetzt, die als die Partei der politischen Attentate hingestellt ward.

Die Spekulation war für den unmittelbar ins Auge gefaßten Zweck nicht gerade schlecht gewählt; freilich gehörte kein großer Geist dazu, auf sie zu verfallen. Der alte Kaiser war als Begründer des neuen

Deutschen Reichs und auch wegen verschiedener persönlichen Eigenschaften bei der breiten Volksmasse sehr populär. Er hatte mit seinen 81 Jahren den Haß, den einst die Demokraten gegen ihn empfanden, überlebt, ein Attentat auf einen Einundachtzigjährigen widersprach dem menschlichen Empfinden so sehr, daß zuerst sich wirklich die Entrüstung auch solcher Leute gegen die Sozialdemokratie kehrte, die durch Klassen- oder Parteihaß noch nicht verblendet waren.

Indes hielt diese Stimmung, die sich in den ersten Tagen auf die verschiedenste Weise in der Presse, im politischen und im Privatverkehr Luft machte, nicht lange vor. Erstens konnte das wahre Verhältnis Hödels zur Sozialdemokratie und der wenig ernsthafte Charakter seines Attentats sehr bald festgestellt werden, und zweitens ging Bismarck in der Fruktifizierung des so fragwürdigen Attentats etwas gar zu plump vor.

Der Entwurf eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie, der schon acht Tage nach dem Hödelschuß den Bundesrat passiert hatte, bedeutete die Konfiszierung jeglicher Preß- und Vereinsfreiheit für die Arbeiterklasse. Darauf konnten sich aber weder die Zentrumspartei, deren Klerus selbst noch unter Ausnahmegesetzen stand, noch die Leute vom linken Flügel der Nationalliberalen verstehen, die immer deutlicher Reaktionslust witterten. Der von Bismarck im Reichstag nicht einmal selbst vertretene Entwurf wurde am 24. Mai nach zweitägiger Debatte mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Draußen im Lande freilich sah es bereits anders aus. Da machte sich der Haß schon in allerhand Maßregelungen sozialdemokratischer Arbeiter Luft. Und in Berlin folgten Polizei und Gerichte der im Reichstage von Bennigsen und anderen gegebenen Weisung, die bestehenden Gesetze „bis an die äußerste Grenze des Zulässigen“ gegen die Sozialdemokratie anzuwenden.

Angemeldete sozialistische Versammlungen wurden entweder durch Beeinflussung der Saalinhaber hintertrieben oder unter irgendwelchen Vorwänden gleich nach Eröffnung aufgelöst. Indes das reichte doch nicht aus, zumal die Verbreitung der „Berliner Freien Presse“ fortgesetzt stieg. Sie hatte bereits die für damals respektable Auflage von 14.000 erreicht. Sehr unliebsam wurde auch die Tatsache empfunden, daß das Anfang April eröffnete sozialistische Arbeiterbildungsinstitut sich eines außerordentlich starken Andrangs erfreute.

Wie schon früher erwähnt, war der Plan zur Schaffung dieses Instituts aus dem Mohrenklub hervorgegangen. Dort waren auch die ersten Beitragszeichnungen für dasselbe erfolgt. Da der Ertrag jedoch bei weitem nicht zur Deckung der ziemlich hohen Einrichtungskosten ausreichte, so war es im wesentlichen Karl Höchberg, der die Finanzierung des Instituts auf sich nahm. Leiter wurde Fritz Milke, Verwalter der aus dem Maurerberuf hervorgegangene schriftgewandte Wilhelm Körner.

Es ward eine Lokalität in der Seydelstraße 8, 1 Treppe vorn heraus, gemietet, ein Lesezimmer eingerichtet, für das die bedeutenderen

deutschen bürgerlichen Zeitungen, die ganze deutsche sozialistische Presse und ein Teil der sozialistischen Presse des Auslandes abonniert wurden. Kurse in den verschiedensten Fächern der Allgemeinbildung: Rechtschreiben, Aufsatz, Buchführung, Kulturgeschichte, Nationalökonomie, Rhetorik usw. wurden eingerichtet, und so großen Anklang fand das Institut, daß schon nach einigen Wochen zu den gemieteten Räumen eine zweite Etagenwohnung hinzugenommen werden mußte.

Auch mußten Parallelkurse für die verschiedenen Fächer der Lehrgegenstände eingerichtet werden, weil die Klassenräume für den Andrang der Schüler nicht groß genug waren. Dieser Andrang erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, daß der alte Berliner Handwerkerverein stark herabgekommen war und der Sozialdemokratie gegenüber seine programmatische Unparteilichkeit aufgegeben hatte, teils war er die naturgemäße Folge des großen Aufschwungs der sozialdemokratischen Bewegung in Berlin und des Bildungsdrangs der von ihr erfaßten Arbeiter. Die Bewegung wuchs ungeachtet aller Verfolgungen und Schikanen, und was von der Partei in die Hand genommen wurde, dem war eine begeisterte Aufnahme sicher.

Eine auf Sonntag, den 26. Mai in das Bussesche — jetzt Buggenhagensche — Lokal am Moritzplatz einberufene Volksversammlung, die gegen das geplante Hödelgesetz protestieren sollte, wurde zu einer großartigen Demonstration. Das von Julius Motteler erstattete Referat über das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Debatte über das Ausnahmegesetz erntete stürmischen Beifall, und mit allen gegen eine Stimme nahm die lange vor Beginn überfüllte Versammlung eine Resolution an, die den Abgeordneten Zustimmung und Dank für ihr Verhalten ausdrückte. Die sozialdemokratische Fraktion hatte durch Liebknecht eine Protesterklärung gegen den Regierungsentwurf verlesen lassen, in dem sie es für unter ihrer Würde erklärte, in eine Debatte über das Machwerk überhaupt einzutreten.

Acht Tage darauf, am 2. Juni 1878, nachmittags 2 Uhr, fielen — wiederum Unter den Linden — die Schüsse Karl Nobilings auf den deutschen Kaiser. Sie waren aus dem zweiten Stock des Hauses Unter den Linden 18 aus einem mit Schrot geladenen Doppelgewehr abgegeben, und etwa 30 Schrotkugeln trafen den Kaiser in Gesicht, am Kopf, an beiden Armen und im Rücken, ohne ihm indes lebensgefährliche Wunden beizubringen.

Dagegen brachte Nobiling, als Leute in das Haus stürmten, um ihn zu ergreifen, mit einem Revolver dem zuerst auf ihn eindringenden Hotelier Holtfeuer eine ernsthafte Verwundung des Unterkiefers und dann sich selbst einen Schuß in den Kopf bei, der ihn zunächst vernehmungsunfähig machte und sich in weiterer Folge als tödlich erwies.

An dem Ernst des Nobilingschen Attentats war nicht zu zweifeln, dagegen sind seine Motive noch heute nicht völlig sichergestellt. Nobiling gehörte einer sehr königstreuen Familie an, deren Mitglieder teils Landwirte, teils Beamte und Offiziere waren. Er selbst hatte

Landwirtschaft und Nationalökonomie studiert, hatte es aber, da er nur sehr mäßig begabt war, zu keiner festen Anstellung bringen können. In einem aus jener Zeit stammenden Brief des Sanitätsrats Dr. Lewin, der Nobiling nach dem Attentat behandelte, an einen Kollegen, heißt es: Nobiling habe ihm, Lewin erklärt, er habe „den sich seiner Ansicht nach zum Schaden des Volkes leitenlassenden Kaiser erschießen wollen, weil er glaubte, der Kronprinz würde selbständiger und unbeeinflußter regieren“.

Dieser Brief des Arztes, der den Verwundeten jeden Tag sah und beobachtete, ist damals nicht bekannt gegeben worden. Er fiel erst zwei Jahre später durch einen Zufall in die Hände Paul Singers, wurde dann durch diesen zur Veröffentlichung gebracht, ohne daß Dr. Lewin seine Echtheit bestritt. Wenn Nobiling überhaupt ein politisches Motiv für sein Attentat hatte, so ist es fast außer Zweifel, daß es der in diesen Sätzen kundgegebene Wunsch gewesen sein muß.

Wie dem indes auch sei, so viel war sicher, vom sozialdemokratischen Standpunkt aus war nichts widersinniger, als wie ein Attentat auf den alten Kaiser. Wer mit angesehen hatte, wie schon das so zweifelhafte Hödelattentat alle möglichen Geister gegen die Sozialdemokratie wild gemacht hatte — und Nobiling war die ganze Zeit über in Berlin gewesen — der konnte sich unmöglich dem Wahn hingeben, durch ein neues und ernsthaftes Attentat der Partei irgendwelchen Dienst zu leisten.

So absolut verpönte die Sozialdemokratie jeden derartigen Gedanken, daß Most es am 27. Mai in Chemnitz in einer Volksversammlung für zweckmäßig hielt, von Attentätern den Ausdruck „Idioten“ zu gebrauchen, was ihm allerdings noch gleich in der Versammlung Verhaftung zuzog. Er wurde von Chemnitz nach Berlin überführt, wo er in Plötzensee eine fällig gewordene dreimonatliche Gefängnishaft absaß und dadurch von der Hatz, die nun über die Sozialdemokratie hereinbrach, wenig zu spüren bekam.

Als am Nachmittag des 2. Juni Extrablätter das Nobilingsche Attentat bekannt gaben, kam denn auch niemand im Volke auf die Idee, die Sozialdemokratie könne mit der Sache etwas zu tun haben. Dem Schreiber dieses wurde, als er in der vor dem Schloß sich ansammelnden Menge herumfragte, ob man denn wisse, was den Attentäter zu seiner Tat veranlaßt habe, die Antwort zuteil: „Er soll einen Bruder auf dem „Großen Kurfürsten“ gehabt haben“.

Berliner Tageschronik.

*Durch Zufall ist es uns gelungen, die Abschrift der Liste derjenigen Lokale zu bekommen, welche den Soldaten der Berliner Garnison verboten sind, da in denselben Socialisten verkehren. Wir veröffentlichen diese Lokale, indem wir unseren Genossen gleichzeitig empfehlen, diejenigen Lokale, welche wir durch ein Sternchen ausgezeichnet haben, bei ihren Ausgängen zu berücksichtigen. Diese Lokale heißen:

*1. Arndt, Neue Roßstr. 8.
2. Blez, Bülowstr. 63.
3. Buske, Moritzplatz.
4. Cassis, Linienstr. 20.
5. Conrad, Friedrichstr. 32.
6. Dierfeld, Gartenstr. 63.
*7. Dittmer, Prinzenstr. 52.
8. Fürst Blücher, Müllerstr. 6.
9. Gliewe, Hasenhaide.
10. Gollbemer, Thurmstr. 4.
11. Göttel, Andreasstr. 26.
*12. Gottwald, Lindenstr. 127.
13. Göffel, Andreasstr. 20.
*14. Guiard, Weberstr. 32.
15. Hahn, Dennewitzstr. 15.
*16. Hahn, Koppenstr. 52.
17. Hainel, Thurmstraße und Hasenhaide.
18. Hirt, Mittelstr. 14.
19. Höhne, Ziethen- und Bülowstraße-Ecke.
20. Janke, Wassertthorstr. 24.
21. Jarcky, Müllerstr. 22.
*22. Jacobitz, Wrangelstr. 109.
23. Jagus, Chausseestr. 17.
24. Café zum Sultan von Zanzibar, Alexanderstraße 50.
*25. Kassel, Wallstr. 25.
26. Klisch, Landsbergerstr. 87.
27. Krüger, Prenzlauerstr. 32.
28. Königsmauer.
*29. Kubalt, Prinzenstr. 70.
30. Kupal, Prinzenstr. 72.
31. Lobber, Ziegelstr. 24.
32. Luther, Hasenhaide 7a.
33. Manteufel, Gesundbrunnen.
34. Musikerbörse, Kastanienwäldchen.
35. Ostherren, Sophienstr. 15.
36. Palmenkeller, Landsbergerstr. 73.
*37. Paul, Luckauerstr. 6.
*38. Penkuhn, Köpnickerstr. 195.
39. Pickert, Kommandantenstr. 77/79.
*40. Pieper, Lichterfelderstr. 1a.
41. Pludra, Brunnenstr. 140.
42. Prüfert, Potsdamerstr. 103.
43. Reinicke, Hasenhaide 5.
44. Reinsch, Münzstr. 6.
45. Renz, Naunynstr. 27.
*46. Salzwedel, Klosterstr. 73.
47. Sendhof, Gitschinerstr. 73.
48. Scherer, Brunnenstr. 40.
*49. Schmarr, Blumenthalstr. 5.
50. Schmiedicke, Gellerstr. 1.
*51. Schmidt, Palisadenstr. 23.
*52. Schmolt, Skalitzerstr. 27.
*53. Schneider, Adalbertstr. 16.
54. Schröder, Holzmarktstr. 3.
55. Schulz, M., Gr. Frankfurterstr. 27/28.
56. Schulz, Thierarznei-Schulplatz 3.
*57. Schwerdtfeger, Fischerbrücke 25/26.
58. Spielmann, Friedrichstr. 106b.
*59. Stolz, Potsdamerstr. 117.
60. Stöpel, Elisabethufer 11.
61. Tietz, Hasenhaide 3.
62. Teter, Alt-Moabit 43.
63. Tritt, Alexanderstr. 82.
64. Vögt, Brückenstr. 2.
65. Vogel, Alexanderstr. 81.
66. Weber, Invalidenstr. 39.
*67. Werner, Schwedterstr. 19.
*68. Wolff, Chausseestr. 59.
69. Wolff, Schönhauser Allee 114.
70. Wursche, Rixdorf.
*71. Zmelig, Cottbuser Damm 60.

128. Liste der im Jahre 1878 mit Militärverbot belegten Wirtschaften. Aus der „Berliner Freien Presse“

Der „Große Kurfürst“ war ein tags vorher im Aermelkanal mit dem größten Teil seiner Bemannung infolge ungeschickten Manövrierens untergegangenes deutsches Kriegsschiff. Aus der Antwort ersieht man, welches Motiv dem Volk als das Nächstliegende erschien.

Am Abend aber wußten Extrablätter der „Post“ und des „Berliner Tageblatts“ schon zu melden, daß man bei Nobiling sozialdemokratische Schriften gefunden habe, und in der Nacht vom 2. zum 3. Juni wurde vom Wolffschen Telegraphenbureau folgende Depesche mit der Bezeichnung „offiziell“ nach allen Himmelsrichtungen versandt:

> „Berlin, 2 Uhr Nachts. Bei der späteren gerichtlichen Vernehmung hat der Attentäter Nobiling bekannt, daß er sozialistischen Tendenzen huldige, daß er auch wiederholt hier sozialistischen Versammlungen beigewohnt und daß er schon seit acht Tagen die Absicht gehabt habe, Seine Majestät den Kaiser zu erschießen, weil er es für das Staatswohl ersprießlich gehalten habe, das Staatsoberhaupt zu beseitigen“.

Diese Depesche war eine schamlose Lüge. Nobiling war am Abend nach dem Attentat infolge der schweren Verwundung, die er sich beigebracht hatte, überhaupt nicht vernehmungsfähig. Von einer gerichtlichen Vernehmung konnte absolut keine Rede sein. Das offiziöse Telegraphenbureau ist einfach „offiziell“ dazu mißbraucht worden, die Oeffentlichkeit in die Irre zu führen.

Es war dasselbe System, nach dem die famose Emser Depesche aus einer „Chamade“ in eine „Fanfare“ umredigiert worden war, und hier wie dort war der Zweck der gleiche: Entrüstungsstürme zu entfesseln. Von wem das Machwerk abgefaßt worden ist, ist nicht bekannt; daß Bismarck sein geistiger Urheber war, daß die Fälschung auf Weisung von Friedrichsruh aus erfolgte, kann keinem Zweifel unterstehen. Sonst hätte es auch nicht bis zwei Uhr nachts gedauert, bis das Telegramm verschickt wurde. Aber es erfüllte seine Wirkung.

Eine Hetze gegen die Sozialdemokratie — nein, gegen alles, was nur in sozialdemokratischem Geruch stand, erhob sich, die ihresgleichen nicht kannte. Die ersten Wochen sahen weite Kreise der Nation in einem Zustand, der an Wahnsinn grenzte. Die Sozialdemokratie war geradezu vogelfrei. Die Polizei durfte sich alles gegen sie erlauben.

Das Versammlungsrecht, das schon die letzten Monate über durch Polizeischikanen aller Art zum Kinderspott gemacht war, hatte nunmehr überhaupt für sie auf. Alle größeren Lokale wurden der Partei durch den Einfluß der Polizei abgetrieben; fanden Versammlungen in kleineren Lokalen statt, so wurden sie unter dem ersten beliebigen Vorwand aufgelöst oder gar nicht erst gestattet.

Der Presse konnte man nicht so ohne weiteres an den Kragen, wenn man nicht direkt gesetzwidrig vorgehen wollte. So brutal aber die Polizei vorging, so wollte sie doch wenigstens die Form der Gesetzlichkeit wahren. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte sie ruhig die Druckerei der „Berliner Freien Presse“ schließen und das ganze Redaktions- und Expeditionspersonal einstecken dürfen, es hätte in der bürgerlichen Presse kein Hahn danach gekräht. Denn mit ganz wenigen Ausnahmen überbot diese in jenen Tagen in bezug auf Verfolgungswut die Polizei bei weitem.

Von den Blättern der offenen Reaktion gar nicht zu reden, setzten sich liberal nennende Berliner Blätter, wie „Berliner Tageblatt“, „Tribüne“, „Nationalzeitung“ ein Lügensystem und eine Hetze gegen

die Sozialdemokratie ins Werk, die jede Unterdrückungsmaßregel gerechtfertigt erscheinen lassen mußten. Außer der in Berlin einflußlosen ultramontanen „Germania“ war es lediglich die nun doch zur Besinnung gekommene „Berliner Volkszeitung“, die die Lügenkolportage nicht mitmachte. Auch die „Vossische Zeitung“ hatte hier und da lichte Momente; aber „Tageblatt“ und „Tribüne“ logen das Blaue vom Himmel herunter, und die ganze liberale Provinzpresse betete ihnen und den verlogenen Reaktionsblättern vom Schlage der „Post“ nach. Durch Lügenberichte liberaler Blätter wurde das Bürgertum der Reaktion in die Arme getrieben.

Und nicht genug damit, trieben diese Blätter im trauten Verein mit der Reaktionspresse es auch zu Aechtungsmaßregeln gegen die sozialdemokratischen Arbeiter oder sonst in abhängiger Stellung befindlichen Personen an. Fabrikanten, Kaufleute usw. wurden direkt aufgefordert, alle ihre Angestellten, die sich als Sozialdemokraten erwiesen, unverzüglich aus der Arbeit zu entlassen. Und da großes Ueberangebot auf dem Arbeitsmarkt herrschte, fiel diese nichtswürdige Aufforderung, der sich übrigens das Handelsministerium in einem Rundschreiben anschloß, auch auf fruchtbaren Boden.

Die „Berliner Freie Presse“ hatte eine ganze Reihe solcher brutalen Maßregelungen zu konstatieren. Oft wurde den so aus der Arbeit Gejagten noch ein Uriasbrief in Form eines Entlassungsscheins mit auf den Weg gegeben, der ihnen das Finden einer andern Stelle nach Möglichkeit erschweren, wenn nicht unmöglich machen sollte. Die Leiter der staatlichen Werkstätten gingen darin den privaten Unternehmern des Beispiels halber beflissen voran. In den Werkstätten der Ostbahn wurde eine Anzahl Arbeiter kurzerhand mit Entlassungsscheinen wie der folgende abgelohnt:

> „Kgl. Ostbahn. Entlassungsschein. Der [23] Wilhelm Gärtner hat als Schlosser in hiesiger Werkstatt vom 17. März 1875 bis 22. Juni 1878 gearbeitet. Derselbe wird hiermit wegen hervorragender Tätigkeit bei sozialdemokratischen Agitationen entlassen.
> Berlin, den 22. Juni 1878. Der Maschinenmeister: Surk.“

Andern Arbeitern, die man wegen ihrer Tüchtigkeit nicht gern entbehren mochte, mutete man zu, sich von der Partei loszusagen, wenn sie nicht entlassen werden wollten. In den Werkstätten der verschiedenen Eisenbahnen wurde folgender Akas durch Aushang bekannt gegeben:

> „Verwarnung.
> Die Beteiligung an sozialdemokratischen Vereinen, sowie jede Unterstützung sozialdemokratischer und gleichartiger (!) Bestrebungen und Agitationen, insbesondere durch Geldbeträge, Halten von Zeitschriften, Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und Besuch aller Lokale ist bei Strafe der sofortigen Entlassung verboten.“

Ein gleiches, den Arbeitern ihre staatsbürgerlichen Rechte frech absprechendes Dokument wurde dem Personal der städtischen

[23] Man beachte den Stil,wo es sich um Arbeiter handelt!



Liebknecht,
der letzte Socialdemopolenkönig.

129. Karikatur von Wilhelm Liebknecht. „Kladderadatsch." 1878

Straßenreinigung kundgegeben, und der Verband Berliner Arbeitgeber beschloß am 3. Juli, in gleicher Weise alle Arbeiter zu entlassen, welche in den Werkstätten sozialdemokratische Schriften halten, Gelder für sozialdemokratische Zwecke sammeln und innerhalb oder außerhalb der Werkstätten als sozialdemokratische Agitatoren tätig sein würden.

Das konnte nun freilich nicht so durchgeführt werden, denn da hätten gar manche Fabrikanten ihre Bude gleich zumachen können. Indes war doch in den betreffenden Fabriken über jeden Arbeiter, der zu seiner Ueberzeugung stand und pflichtgemäß für sie eintrat, das Damoklesschwert aufgehängt.

Ganz besonders beteiligten sich an dieser nichtswürdigen Aktion solche Fabriken, die mit blutigem Gründungsschwindel in Aktiengesellschaften umgewandelt waren. Ihre Namen sind in der „Berliner Freien Presse" vom 14. Juli zu lesen. Wir finden gar manche der heut als Vertreter des Scharfmachertums bekannten Firmen auch dort schon vor; namentlich fehlt nicht eine der großen Berliner Maschinenfirmen.

Die Stimmung, die sich unter diesen Umständen der Arbeiter Berlins bemächtigte, charakterisierte ein aus Moabit datierter gereimter Bericht der „Berliner Freien Presse" wie folgt:

„Die Stimmung hier im Norden und Nordwesten —
ist eine, die sich schwer bezeichnen läßt, —
und ich charakterisier' sie wohl am besten —
mit kurzen Worten als „Gedrückt und fest":
Gedrückt nur kann sie sein bei jetziger Schwüle —
die einem ja das Athmen kaum erlaubt —
und mit Verletzung heiligster Gefühle —
uns Kopf und Herz in Eisenklammern schraubt. —
Doch ist sie fest, ja um so komprimierter —
je stärker sie belastet wird vom Druck —
und wird sie auch fast täglich eingeschnürter —
am Wahltag platzt sie doch mit einem Ruck".

Wenn auch der Verfasser dieser und anderer hübscher Reimchroniken der „Berliner Freien Presse" in späteren Jahren sich schnöde vergangen hat, so hat er doch das Empfinden, welches die Sozialisten Berlins in jenen Tagen erfüllte, trefflich wiedergegeben. Ja, so fühlten alle: „gedrückt und fest".

Denn nicht nur mit der Willkür der Polizei, nicht nur mit schnödem Gesinnungszwang der Masse des Unternehmertums hatte die Sozialdemokratie Berlins zu rechnen. Was noch ganz besonders dazu beitrug, die Stimmung zu einer gedrückten zu machen, war die plötzliche Ausbreitung der Pest des erbärmlichsten Denunziantentums. Sie war die würdige Frucht der Ketzereien der Lügenpresse.

Es war wie eine Epidemie: die niedrigsten Instinkte wurden durch die denunziatorischen Artikel und Notizen der obengenannten Blätter geweckt. Streberei und Rachsucht feierten Orgien, denn die Richter kamen den Denunzianten aufs willigste entgegen. Wer sich an irgend jemand rächen wollte, brauchte ihn nur als Majestätsbeleidiger anzuzeigen: er konnte in neun von zehn Fällen sicher sein, ihn auf viele Monate, wenn nicht Jahre ins Gefängnis zu bringen, was oft genug den völligen Ruin des Betreffenden bedeutete.

Und was wurde nicht alles von den willigen Richtern als Majestätsbeleidigung erklärt, und wie hohe Strafen wurden nicht jetzt sofort verhängt! Redensarten, für die sonst Monate als genügende Strafe erachtet wurden, wurden jetzt mit ebensoviel Jahren geahndet. Woche für Woche wurden in Berlin in Extrasitzungen Majestätsbeleidigungsprozesse partienweise — man könnte sagen, im Ramsch — abgehandelt, und da regnete es nur Verurteilungen zu ein, zwei, drei Jahren und darüber.

Als Beispiel mag folgende Zusammenfassung des Zeitungsberichts über die Verhandlung vom 8. Juni 1878 dienen:

1. Schneider Johann Julius Bock soll laut Bekundung eines Polizeioffiziers auf der Großen Frankfurterstraße „freudig erregt“ gesungen haben: „Der Kaiser ist gestorben, er lebt nicht mehr.“ Angeklagter entschuldigt sich mit Trunkenheit. Strafantrag: 3 Jahre Gefängnis. Erkannte Strafe: 2⅓ Jahr Gefängnis.
2. Emil Heinrich Müller, ehemals Literat, soll in einem Schanklokal unflätige Redensarten auf den Kaiser ausgestoßen haben. Liefert Beweis, daß er in der Charité schon wegen Verfolgungswahnsinn behandelt worden war. Strafantrag: 5 Jahre, erkannte Strafe: 2 Jahr Gefängnis.
3. Jugendlicher (!) Arbeiter Friedrich Carl Sommer soll in der Nacht nach dem Attentat auf einer Bank Unter den Linden gesagt haben, Hödel sei ein Dummkopf, Nobiling habe seine Sache gut gemacht. Strafe: 4 Jahre Gefängnis.
4. Arbeiter Carl Dibus soll in einem Schanklokal geäußert haben: „Na, wenn er man tot wäre.“ Behauptet, nicht gewußt zu haben, von wem gesprochen wurde. Strafe: 1½ Jahr Gefängnis
5. Putzer Johann Carl Jakob soll, an einer Litfaßsäule stehend, frohlockend geäußert haben: „Endlich hat es doch einer verstanden.“ Bestreitet dies; der Gerichtshof glaubt dem Denunzianten und verfügt: 2½ Jahr Gefängnis.
6. Handelsmans Johann Otto Bossin. Soll in einem Schanklokal den Kaiser beschimpft und erklärt haben: „Es werde noch viel toller kommen.“ Strafe: 5 Jahr Gefängnis.
7. Schneidergeselle Ernst August Hesse soll in einem Schanklokal „die verwerflichsten Wünsche gegen das Leben des Kaisers haben laut werden lassen.“ Strafe: 5 Jahr Gefängnis.

Wenngleich in einzelnen dieser Fälle Aeußerungen vorgelegen haben mögen, die sich nicht verteidigen lassen, so war es noch sehr fraglich, ob sie überhaupt auf Grund des Majestätsbeleidigungs-paragraphen

bestraft werden durften, bei dessen Formulierung seinerzeit der Gesetzgeber ausdrücklich die Bestrafung der vordem strafbaren sogenannten Ehrverletzung beseitigt hatte.







Richard Fischer, Schriftsetzer geb. 3. April 1855 — Ignaz Auer, Sattler geb. 19. April 1846 (Nach zeitgenössischen Bildnissen)

Wollte man sie strafen, so wären ein paar Wochen oder höchstens Monate Haft vollauf ausreichende Sühne gewesen. Statt dessen jene unerhörten Strafsätze! Und obendrein auf was für Zeugnisse hin! Im Fall 6 war es bloß ein Zeuge, ein Pferdehändler, welcher die strafbare Aeußerung gehört haben wollte. Es stand also, da der Angeklagte bestritt, Aussage gegen Aussage. Sonst heißt es im Strafrecht: „In zweifelhaften Fällen für den Angeklagten“. Hier aber wurde auf die Aussage eines einzigen Menschen hin, der sich doch verhört oder, bloß um sich wichtig zu machen, denunziert haben konnte, ein anderer auf zweieinhalb Jahre ins Gefängnis gesteckt!!

Fünf Tage später, am 13. Juni, erhielten neun Personen zusammen 18 Jahre 2 Monate Gefängnis aufdiktiert. Ein Arbeiter Schieche mußte dafür, daß er zu einem Schuhmacher Grehl geäußert haben sollte, „wenn sie den Alten totgeschossen hätten, brauchten wir keine Abgaben mehr zu bezahlen“, auf drei Jahre, der Schlosser Wilhelm Hansen, weil er nach dem Zeugnis „einer jungen Dame“ hinsichtlich der Nachricht, daß der Kronprinz den Kaiser vertreten werde, bemerkt haben sollte: Wie lange wird der leben, wenn er den Bismarck nicht entläßt; die bauen ja doch nur Zuchthäuser, ich bin „Sozialdemokrat“, auf zwei Jahre ins Gefängnis.

Und das nannte sich Justiz!

Daß solche Verurteilungen, die nun durch die Presse mit ganz besonderem Behagen bekanntgegeben wurden, geradezu als Anreizung zu Denunziationen wirken mußten, liegt auf der Hand. Es wurde denn auch mit diesen immer schlimmer.

So hatte ein Maschinenmeister Berwinsky einen Tischlergesellen Kelpin, der erklärt hatte, Sozialdemokrat zu sein, im Schanklokal gefragt: „dann würden Sie wohl auch hingehen und auf den Kaiser schießen?“ worauf Kelpin, der, wie Berwinsky zugeben mußte, stark angetrunken war, bejahend geantwortet haben sollte. Für dieses provozierte, nicht einmal eine wirkliche Beleidigung ausdrückende „Jawohl“ wurden dem Arbeiter zehn Monate Gefängnis aufdiktiert.

Ein anderer Arbeiter, der zu einem Geheimpolizisten, mit dem er sich unterhielt, geäußert haben sollte, das Schießen auf den Kaiser komme davon, daß dieser 1848 auf das Volk habe schießen lassen, wurde auf 18 Monate ins Gefängnis gesteckt.

Ein Arbeiter Lange mußte die ihm in der Erregung entfahrenen Bemerkung, wenn er entlassen werde, so werde er auch hingehen

und auf den Kaiser schießen, mit zehn Monaten büßen. Vergeblich fragt man: „Wo steckt da die Beleidigung?“

Ein anderer Arbeiter, der von einem Gastwirt und dessen Frau, mit denen er in Streit lag, denunziert war, bekam, trotzdem zwei Gegenzeugen bestritten, daß seine Worte die Bedeutung hatten, die das denunzierende Ehepaar ihnen unterschob, vier Jahre Gefängnis!

Es kam dahin, daß Frauen, die sich mit ihren Männern gestritten hatten, hinliefen und sie als Majestätsbeleidiger denunzierten.

Nach einem, am 2. Juli zwischen zwei Arbeiterstauen stattgehabten Hauszank rief die eine, die Tischlerfrau Randler, der anderen zu: „Warte Du Aas, das werde ich Dir besorgen, Du hast den Kaiser beleidigt“, lief hin und denunzierte die andere. Trotzdem ihr durch Zeugen nachgewiesen wurde und sie schließlich einräumen mußte, diese Drohung ausgestoßen zu haben, wurde das Opfer der Denunziation, die Arbeiterfrau Weigt, zu 3 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt!

Es ließen sich ganze Bogen mit der Vorführung solch schändlicher Denunziationsakte und noch schändlicherer Verurteilungen vorführen.

Im ganzen wurden in Deutschland in den 2 Monaten vom 2. Juni bis 2. August 1878 563 Personen wegen Majestätsbeleidigung denunziert und nur 42 davon wurden freigesprochen. Die anderen 521 wurden zu insgesamt 811 Jahren 11½ Monaten Gefängnis verurteilt. Fünf von den Angeklagten machten ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende.

Schwer wurde durch eine nichtswürdige Denunziation die Familie eines Sozialdemokraten, des Zahntechnikers Supercinsky, betroffen. Ein sich als Fortschrittler aufspielender Zigarrenhändler Tiedemann, der jahrelang mit Supercinsky befreundet gewesen war, und dem dieser viele Gefälligkeiten erwiesen hatte, bekam es fertig, gegen ihn auszusagen, er habe im März 1877, als im Verein „Nordklub“ ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht worden sei, „Pfui“ gerufen.

Daraufhin wurde Supercinsky sofort aus seiner Wohnung heraus verhaftet, was seinen Vater in solchen Schrecken versetzte, daß ihn ein Schlaganfall niederwarf, von dem er sich nicht mehr erholen sollte. Als Supercinsky Anfang September aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, fand er seinen Vater im Sterben und seine Mutter auf dem Krankenlager.

Am 10. August war der Fall vor Gericht zur Verhandlung gekommen. Obwohl nicht einer der in jener Sitzung des Nordklub zugegen Gewesenen die Angabe des Tiedemann bestätigt, verschiedene Zeugen vielmehr ihre Richtigkeit energisch bestritten hatten, war Supercinsky zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 9. September war sein Vater eine Leiche. Wieviel ähnliches und noch schlimmeres Leid diese schändlichen Denunziationen verursacht haben, läßt sich gar nicht ermessen.

Es war eine schmachvolle Zeit. Niemand war seiner Haut sicher, der erste beste Lump konnte über einen den Ruin herbeiführen. Es ist schwer zu entscheiden, wer dabei die schäbigste Rolle gespielt hat: das Denunziantengesindel oder die Richter, die solche Erkenntnisse fällten. Man muß nicht glauben, daß die Vertreter der Themis sich der

juristischen Ungeheuerlichkeiten nicht bewußt gewesen wären, die sie begingen.

Etliche Jahre später hob einer dieser Richter selbst im Gespräch das Mißverhältnis zwischen einem von ihm gefällten Erkenntnis und der zugrunde liegenden Handlung hervor, und als er daraufhin gefragt wurde, wie er denn aber ein solches Urteil habe fällen können, gab er achselzuckend zur Antwort: „Ja, bedenken Sie doch die Zeit!“ Das charakterisiert in der Tat jene Tage. „Bedenken Sie doch die Zeit!“ Weil ein Malkontenter ein Attentat auf den Kaiser begangen hatte, mußten unzählige Attentate auf das Recht verübt werden.

Das Treiben wurde so arg, daß es bei besser angelegten Naturen schließlich eine Reaktion gegen das Denunziantengesindel hervorrief. Anständige Unternehmer erklärten der Polizei, wenn diese sich nach Sozialdemokraten unter ihren Arbeitern erkundigte, sie hätten keine Zeit, der Gesinnung ihrer Leute nachzuforschen. Andere behielten von ihnen beschäftigte Sozialdemokraten allen Anzapfungen zum Trotz in Stellung.

Berlin, im Juni 1878.

P. P.

Laut § 12 unseres Statuts geben wir Ihnen umstehend den dritten Geschäftsbericht unserer Genossenschaft, abgeschlossen am 31. März 1878.

Den Geschäftsbericht selbst glauben wir für Jedermann verständlich genug abgefasst zu haben und uns hier nur auf einige allgemeine Erläuterungen beschränken zu dürfen.

Wenn wir in unserem vorjährigen Geschäftsbericht die Hoffnung aussprachen, dass wir in diesem Jahre mit einem nicht unbedeutenden Reingewinn abschliessen würden, so werden Sie aus dem Gewinn- und Verlust-Conto ersehen, dass unsere Hoffnung eine nicht unberechtigte war. Wir schliessen mit einem Reingewinn von 5636 Mk. 48 Pf. ab, über dessen Verwendung die am 21. Juli cr. tagende Generalversammlung zu beschliessen haben wird.

Der Reingewinn würde ein noch höherer sein, wenn wir nicht genöthigt gewesen wären, auf im Laufe des Jahres unsicher gewordene Forderungen nicht unbedeutende Abschreibungen vorzunehmen.

Eine weitere Verringerung hat der Gewinn dadurch erfahren, dass wir in diesem Jahre die noch bis dahin auf Lager geführten „Social-politischen Blätter“ als unverkäuflich ausschieden, wodurch der Werth des Brochürenlagers um 764 Mk. verringert wurde.

Der Brochüren- resp. Buchhandel weist in diesem Jahre einen Gewinn von 1063 M. 92 Pf. gegen im Vorjahr 2460 Mk. 88 Pf. auf, welche Thatsache theils durch das Ausscheiden der Social-politischen Blätter erklärt wird, theils aber daher entsteht, dass gerade in dieser Abtheilung unseres Geschäftes der Detail-Verkauf sich verringert, da sich überall Filialen und Zeitungsexpeditionen etablirt haben, welche von uns zu Engrospreisen beziehen.

Einer Erklärung bedarf noch der Gewinn, den wir auf Zinsen-Conto gemacht haben.

Derselbe ist keineswegs dadurch entstanden, dass wir hätten eigenes überflüssiges Capital zinstragend anlegen können, sondern er entstand dadurch, dass wir ursprünglich gegen Credit entnommene Waarenposten nachträglich gegen Baar regulirten und dadurch an Diskont-Vergütung 1386 Mk. 36 Pf. gewannen, während wir nur 890 Mk. 16 Pf. für Darlehne an Zinsen verausgabten.

Das Redactions-Conto weist eine Ausgabe von 13,205 Mk. 86 Pf. auf, und vertheilt sich dies wie folgt: An Gehältern für ständige Redacteure wurden 7564 Mk., für Reporter, Correspondenten etc. 2976 Mk., für Strafen und Unterhaltungs-Kosten verhafteter Redacteure 2665 Mk. 70 Pf. gezahlt.

Um Ihnen wenigstens ungefähr einen Ueberblick über den Umfang und die Bedeutung unseres Geschäftes zu gewähren, erlauben wir uns, Ihnen mitzutheilen, dass wir im verflossenen Jahr einen Baarumsatz von 193,219,31 Mk. erzielten, dass unser Verbrauch an Papier die Höhe von 48,537,46 Mk. erreicht, und dass wir 85,673 Brochüren, incl. Kalender, abgesetzt haben; letzterer wurde in rot. 58,000 Exemplaren abgesetzt.

Im Vorstand trat, wie im Vorjahre, so auch in diesem Jahre, eine Veränderung ein, und zwar dadurch, dass unser in der vorjährigen Generalversammlung gewähltes Mitglied Aug. Heinsch, der zugleich technischer Leiter unseres Geschäftes war, durch den Tod ausschied. — An Stelle desselben wurde statutengemäss bis zur nächsten General-Versammlung Herr Ignatz Auer ernannt.

Ausserdem sind in diesem Jahre 23 Mitglieder ordnungsgemäss ausgetreten und 45 neue Mitglieder eingetreten, so dass unsere Genossenschaft am Jahresschluss 309 Mitglieder zählte.

Indem wir uns vorbehalten, in der General-Versammlung ausführlicheren Bericht über unsere Thätigkeit zu erstatten, begrüssen wir Sie inzwischen

mit aller Achtung

Allg. deutsche Assoc.-Buchdruckerei
(Eingetragene Genossenschaft)
Der Vorstand:
I. Auer. W. Bong. Heinr. Rackow.

130. Rechenschaftsbericht der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei für das Jahr 1877/1878

Als am 7. Juni drei Geheimpolizisten einen Studenten des Bergfachs aus der Vorlesung des Geheimen Bergrats Wedding heraus durch den Pedell „wegen Verdachts der Beteiligung an einem Hochverratskomplott“ verhaften lassen wollten, empörte dies den Gelehrten so, daß er von jeder Disziplinar-Maßregel gegen den Studenten absah, obwohl er ihm einige Monate vorher angekündigt hatte, daß er ihn relegieren müsse, wenn er noch weiter sich mit sozialdemokratischen Dingen befasse.

Das „hochverräterische Komplott“, an dem der Student sich beteiligt haben sollte, war — der Mohrenklub. Der Wirt des Lokals in der Mohrenstraße, wo die Mohren zuerst verkehrt hatten, war zur Polizei gelaufen und hatte gemeldet, dies sei sicher die Gesellschaft, die das Attentat ins Werk gesetzt habe. Er oder seine Stammgäste wollten auch wissen, daß einige der Mohren mit Nobiling in einem Restaurationskeller in der Jägerstraße verkehrt hatten.

Natürlich war daran kein Wort wahr. Aber die Polizei gelangte — wahrscheinlich durch den später als Spion entlarvten Studiosus Nonne — in den Besitz einer Liste von „Mohren“, und so gab es denn am 6. Juni in der Frühe bei einer ganzen Reihe von Studenten Haussuchung mit daran anschließender Sistierung. Selbstverständlich ohne jeden Erfolg, nur, daß einigen so auf die Liste der Polizei gelangten

Studenten späterhin noch allerhand Schikanen bereitet werden konnten.

An die Haussuchungen schlossen sich für die betreffenden Studenten peinliche Verhöre vor dem Universitätsrichter Hinschius mit obligaten Verweiserteilungen an;

Der mitdenunzierte Louis Viereck war einem Disziplinarverfahren dadurch zuvorgekommen, daß er seine Entlassung aus dem Staatsdienst genommen hatte. Er widmete sich nunmehr um so eifriger literarischer und sonstiger Tätigkeit für die Sozialdemokratie. Von ihm rührten die Gesetzesausgaben mit Kommentaren her, welche von der „Berliner Freien Presse“ vom 1. Januar 1878 ab als Wochenbeilagen gebracht worden waren, und die wegen des scharfen Tons der Kommentare große Wut im Lager der Reaktion erregt und der „Berliner Freien Presse“ verschiedene Anklagen und Verurteilungen zugezogen hatten.

Gegen die „Berliner Freie Presse“ ging der Vernichtungskrieg mit verdoppelter Wucht vor sich. Streber Tessendorf war ja jetzt in seinem Element. Die Majestätsbeleidigungsverfolgungen waren für ihn ein Sport. Den ersten besten Denunzierten auf Monate und Jahre ins Gefängnis zu bringen und dadurch ganze Familien ins Elend zu stürzen, war ihm eine Lust. Dabei erwies er selbst sich als ganz erbärmlicher Feigling.

Wiederholt veranlaßte er Notizen in der Presse, daß ihn die Sozialdemokraten in die Cafés und Restaurants verfolgten, daß sie Beobachter vor sein Haus schickten, die in höchst verdächtiger Weise dort stundenlang sich aufhielten und sicher irgendwelchen Anschlag gegen ihn im Schilde führten — Dinge, an denen kein Wort wahr war.

Kaum, daß das Attentat und die Freisprechung von Vera Saffulitsch in Petersburg sich ereignet hatten, so erklärte Tessendorf sofort in offener Gerichtsverhandlung, man vergleiche ihn mit Trepow, und es scheine auch gegen ihn auf ein Attentat abgesehen zu sein, vielleicht übernähmen die Präsidentin Stägemann oder Hahn die Rolle der Vera Saffulitsch. Das war so albern, daß sich schließlich selbst liberale Blätter über Tessendorf lustig machten, und das dem „Berliner Tageblatt“ beigegebene Witzblatt „Ulk“ am 9. Mai den Sozialdemokraten folgendes nicht üble Versehen „An Herrn Tessendorf“ in den Mund legte:

„Man möchte mich zum Trepow machen.“
Sprachst du, und spieltest darauf an,
Daß sich sehr leicht bei unserm schwachen
Geschlecht die Vera finden kann.
Wir droh'n dir nicht mit Blei und Eisen,
Verehrter, das steht bombenfest.
Das kann dir die Partei beweisen.
Die dich fortwährend leben läßt.

Das war vor den Attentaten Hödels und Nobilings gewesen. Nun, wo die bürgerliche Presse selbst alles Maß in Bekämpfung der Sozialdemokratie verloren hatte, war Tessendorf Meister.

Da ihm die „Berliner Freie Presse“ nicht Material genug zu politischen Anklagen bot, kultivierte er nebenbei noch das Gebiet der

Privatbeleidigungs- usw. Klagen. Leuten, die von der „Berliner Freien Presse“ Angriffe erfahren hatten, wurde von der Staatsanwaltschaft die betreffende Nummer mit der Anfrage zugestellt, ob sie wünschten, daß Klage gegen das Blatt erhoben werde, und selbstverständlich gingen gar manche willig darauf ein.

Auf diese Weise häuften sich die Anklagen gegen das Organ der Berliner Arbeiter immer mehr, und immer gefährlicher wurde es daher, für das Blatt zu zeichnen. Am 19. Juni wurde Leopold Schapira, der nach Fischers Verhaftung als verantwortlicher Redakteur eingesprungen war, morgens 6 Uhr aus dem Bett heraus von zwei Schutzleuten verhaftet. Seine Stelle übernahm Paul Pulkrabeck, ein höchst opferwilliger junger Postbeamter, der in seinen Abendstunden im Arbeiterbildungsinstitut unentgeltlich Elementarunterricht gegeben und dem Institut dazu noch wertvolle Bücher geschenkt hatte, die er sich aus seinem Ersparten gekauft hatte. Am 24. August traf ihn das gleiche Schicksal, und nun übernahm der Schriftsetzer Karl Emmerich die verantwortliche Redaktion. Nach kaum drei Wochen, nämlich am 21. September, ward auch er verhaftet.

Die mittlerweile erfolgten Verurteilungen zeigten, daß die redaktionelle Verantwortung für die „Berliner Freie Presse“ die unfehlbare Anwartschaft auf Jahre Gefängnis bedeutete. Dennoch fand sich in so bedrängter Situation sofort ein Genosse, der bereit war, die sichere Verfolgung auf sich zu nehmen. Es war dies der Parteigenosse Karl Manz, der als Buchbinder in der „Berliner Freien Presse“ tätig war, wobei ausdrücklich bemerkt werden muß, daß es durchaus nicht etwa materielle Bedrängnis war, die Manz zu diesem Schritt veranlaßte. Er zeichnete die „Berliner Freie Presse“ bis zu ihrer letzten Nummer und wurde, wie seine Vorgänger, mit einem ganzen Haufen von Anklagen überschüttet.

Das Verfahren gegen Pulkrabeck, gegen den nicht weniger als 35 Anklagen erhoben wurden, Emmerich und Manz zog sich bis in die Zeit des Ausnahmegesetzes hin.

Schapira wurde am 27. September 1878 wegen Beleidigung der siebenten Deputation des Stadtgerichts in zweiter Instanz zu 1 Jahr 3 Monat Gefängnis verurteilt. Das Vergehen wurde in Artikeln über die Behandlung Paul Dentlers und in Aufnahme der Rede gefunden, die Heinrich Rackow am Grabe Dentlers gehalten hatte. Rackow selbst war für die Rede zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Bezeichnend ist, daß in der ersten Instanz Tessendorf gegen Schapira 1 Jahr 6 Monate beantragt, der Gerichtshof aber nur auf 6 Monate erkannt hatte. Tessendorf legte Berufung ein, in der Zwischenzeit fällt der Schuß Nobilings, und nun geht in zweiter Instanz der Staatsanwalt sofort höher hinauf, beantragt 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, und das Kammergericht macht aus 6 Monaten 15 Monate; bei Rackow wurden 3 Monate zu 6 Monaten.

Ein liberaler Journalist dagegen, der Redakteur Gebert von der „Berliner Bürger-Zeitung“, der seinerzeit im gleichen Sinne über den Fall Dentler geschrieben hatte, vor Gericht aber zu Kreuze kroch und die Richter anflehte, darauf Rücksicht zu nehmen, daß es ihn doch

schon hart genug treffe, neben Sozialdemokraten auf der Anklagebank zu sitzen, kam mit 4 Wochen Haft davon.

Am 8. Oktober ward der Kandidat der Philosophie Ed. Bertz wegen angeblicher Beleidigung der bewaffneten Macht, die er in einem Artikel über das Einjährigensystem begangen haben sollte, in contumaciam zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Verurteilungen zu geringeren Strafen nicht zu gedenken, sei noch ferner erwähnt, daß am 16. April das Kammergericht eine Verurteilung des Redakteurs August Finke, der im Jahre 1877 die „Berliner Freie Presse“ gezeichnet hatte, auf 1 Jahr 2 Monate normiert hatte. Am 19. Oktober wurde der Redakteur Julius Dolinski, der von einer Verurteilung zu insgesamt 15 Monaten schon 6 Monate verbüßt, aber gegen Kaution Urlaub erhalten hatte, plötzlich ohne Vorladung wieder in Haft genommen. Es war am Vorabend des Ausnahmegesetzes, und da griff man auf, was man konnte.

Ist es schon eine Unmöglichkeit, eine einigermaßen entsprechende Statistik der Verurteilungen und Verhaftungen zusammenzustellen, so ging die Zahl der Haussuchungen, mit denen damals die tätigen Genossen Berlins heimgesucht wurden, geradezu ins Endlose. Unmittelbar nach dem Nobilingattentat ward selbstverständlich die „Berliner Freie Presse“ sofort aufs Korn genommen.

Am 3. Juni rückten 14 Mann Kriminalpolizei unter Führung des Kriminalkommissarius Hesst ins Geschäftslokal der Assoziationsbuchdruckerei ein und hielten eine Hausdurchsuchung in Redaktion, Expedition, Druckerei usw., wie sie peinlicher nicht gedacht werden konnte. „Mancher Gegenstand, der von uns selbst schon lange vermißt wurde, ward bei dieser Gelegenheit wiedergefunden“, schrieb die Redaktion mit grimmem Humor. Massenhaft wurden Papiere aller Art mitgenommen, und wenn sie auch selbstverständlich kein Material für die Beziehung der Partei zum Attentat lieferten, so mögen sie doch gar manchen stillen Mitarbeiter auf die schwarze Liste der Polizei gebracht haben.

Von dem Geschäftslokal der „Berliner Freien Presse“ ging es in die Privatwohnungen von Auer, Most, Rackow, Schapira, und dort wurde nicht minder peinlich gehaussucht, selbst Betten und Gewürzkasten wurden nicht verschont, und massenhaft wurden Privatbriefe mit Beschlag gelegt. Gleicher Aufmerksamkeit erstellten sich am selben Tage noch F. W. Fritzsche und andere Berliner Sozialisten.

Tags darauf drang die Polizei in der siebenter Abendstunde in das Arbeiterbildungsinstitut, sowie in die Wohnung des Geschäftsführers des Instituts, Fritz Mitte ein, und hielt dort Haussuchung. W. Körner, der Verwalter des Instituts, wurde gegen seinen Protest ohne jede Vorladung oder Verhaftsbefehl nach dem Molkenmarkt abgeführt und dort verhört. Von Papieren beschlagnahmte man u. a. die Liste der Besucher des Instituts, und auf Grund dieser Liste erfolgten allerhand Maßregelungen. Das Arbeiterbildungsinstitut aber wurde am 7. Juni von der Polizei vorläufig geschlossen.

Es ist dann später, nachdem man absolut gar nichts Verfängliches gegen diese Bildungsanstalt hatte aufdecken können und Körner, den man als der Geheimbündelei verdächtig drei Wochen in Haft gehalten

hatte, wieder entlassen werden mußte — den gleichfalls eingesteckten Fritz Mitte behielt man zur Abbüßung einer Verurteilung wegen Preßvergehens gleich in Haft — vorübergehend als Lese-Institut geduldet worden, dagegen ward das Verbot der Veranstaltung von Unterrichtskursen aufrecht erhalten, so daß die teuren Lokalitäten mit Ende September aufgegeben werden mußten.

Im Laufe des Juli wurden die obengenannten Redakteure der „Berliner Freien Presse“ in ihren Wohnungen noch einmal mit Polizeibesuch belästigt, und dasselbe wurde einer großen Anzahl mehr oder weniger bekannter Parteimitglieder zuteil. Und so rissen die Haussuchungen nicht ab.

An die

Reichstagswähler Berlins!

Der deutsche Reichstag ist seitens der Regierung aufgelöst und Neuwahlen zum 30. Juli d. J. angeordnet.

Der traurige Anlaß, welchen die Regierung benützte, um die Auflösung herbeizuführen, ist bekannt. Ein entweder wahnsinniger oder moralisch total verkommener Mensch aus den sogenannten besseren Gesellschaftsklassen hat auf den 81jährigen deutschen Kaiser ein Attentat ausgeführt, dessen Verlauf und Folgen wir alle kennen.

Was nun ein Elender verbrochen, die Nation soll es büßen, ja noch mehr, was ein Mitglied unserer „oberen“ Gesellschaftskreise ausgeübt, die Partei der Armen und Enterbten, sie soll dafür rechtlos gemacht werden.

Ausnahme-Gesetze gegen die Social-Demokratie! Das ist der Schlachtruf, unter dessen Klängen die Regierung und fast alle übrigen Parteien in den Wahlkampf ziehen.

Ohne daß man bis jetzt den leisesten Anhalt hat, daß der Mordbube mit der Social-Demokratie irgend welche Verbindung hatte, will man doch letztere bereits für ein Verbrechen büßen lassen, für das Niemand verantwortlich gemacht werden kann als der Thäter selbst. **Ist das gerecht? Kann ein ehrlicher Mann einem solchen Verfahren zustimmen?**

Die Regierung will aber nicht blos Ausnahmegesetze gegen die Socialdemokraten, sie hat auch noch andere Pläne.

Unser in's Ungeheure ausgebildete Militärapparat verschlingt, Jahr um Jahr steigend, Millionen und Hunderte von Millionen, die Kräfte des Volkes beginnen unter diesem ungeheuren Druck zu erlahmen, unsere Gewalthaber aber wollen den Militarismus nicht beschränken.

Um nun die nöthigen Mittel aufzubringen, **sollen Hunderte von Millionen neuer Steuern vom Volke aufgebracht werden und, da man nicht den Muth hat, diese Opfer direkt zu fordern, so will man den Zweck erreichen durch die Einführung des Tabakmonopols, Einführung von Finanzzöllen und die Erhöhung der indirekten Steuern.**

Währenddem man aber darüber brütet, neue Steuern ausfindig zu machen, welche wesentlich von den unteren Schichten des Volkes getragen werden müssen, sucht man zu gleicher Zeit die politischen Rechte dieser Volksschichten mehr und mehr zu verkümmern.

Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstag beschränkt werden soll.

Bürger, Arbeiter! Könnt Ihr ein solches Beginnen unterstützen, wenn noch ein Tropfen demokratischen Blutes in Euren Adern rollt?

Am 30. Juli wird Euch Gelegenheit gegeben, der Reaktion auf ihre finsteren, volksfeindlichen Pläne Antwort zu geben.

Die Regierung appellirte an „das Gewissen der Nation“; die Regierung soll eine gewissenhafte Antwort haben. Diese Antwort aber lautet:

Keine Ausnahmegesetze; keine Vermehrung der Steuerlasten, sondern Minderung derselben; kein Monopol, wohl aber Hebung und Schutz der Industrie, und Verbesserung des Looses der werkthätigen Masse; keine Erneuerung des Militärseptennats, sondern Wahrung des Budgetrechtes des Reichstags und Minderung der Militärlasten überhaupt; keine Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts, sondern Ausdehnung desselben auf die Landtage und Gemeinden; keine Beschränkung der politischen Freiheiten, sondern Ausbau derselben nach den Prinzipien der Gerechtigkeit.

Dies unser Programm; dies unsere Antwort auf die Frage der Regierung.

131. Erstes Flugblatt für die Reichstagswahl. 1878. Erste Seite

Bürger, Arbeiter! Wollt Ihr mit uns dieselbe Antwort geben, so wählt die Kandidaten, welche wir Euch vorschlagen. Es sind keine neuen Namen, welche wir nennen, sondern alte, erprobte Streiter für des Volkes Rechte.

Wir schlagen Euch vor: für den

1. Wahlkreis: Johann Most, Redacteur.
2. „ August Baumann, Schriftsetzer.
3. „ Heinrich Rackow, Buchhändler
4. „ F. W. Fritzsche, Cigarren-Fabrikant.
5. „ Otto Kapell, Zimmerer.
6. „ Wilhelm Hasenclever, Redacteur.

Bürger, Arbeiter! Dies unsere Kandidaten; dies unser Wahlprogramm. An Euch wird es sein, zu entscheiden.

Aber es ist nicht genug, am Wahltag seine Stimme für einen der oben genannten Kandidaten abgeben **zu wollen**, es muß **vorher** schon dafür gesorgt werden, daß man seine Stimme am Wahltage auch **abgeben kann.**

Nach von den verschiedensten Seiten eingehenden Berichten haben eine große Anzahl von Hausbesitzern **die Wahllisten den im Hause wohnenden Wählern nicht vorgelegt**, außerdem aber Wähler, welche keine eigene Wohnung haben, als da sind: Schlafburschen, Chambre-Garnisten &c. überhaupt **nicht in die Listen eingetragen.**

Wer aber am Wahltag nicht in den Listen steht, kann sein Wahlrecht nicht ausüben.

Welche Fehler aber bei Aufstellung der Listen unterlaufen können, und welche Folgen dies haben kann, das haben uns Vorkommnisse im sechsten Wahlkreis bei den vorigen Wahlen gezeigt. Solches darf dieses Mal nicht wieder vorkommen; es kann aber nur vermieden werden, **wenn die Wähler selbst die Wahllisten kontrolliren und sich von der Richtigkeit derselben überzeugen.**

Nach einer vom Magistrat erlassenen Bekanntmachung werden die Wählerlisten am 2., 3., 4. und 5. Juli d. J., von Vorm. 9 bis Nachm. 2 Uhr, bei den Herren Bezirksvorstehern und vom 6.—9. Juli an den Wochentagen von Vorm. 9 bis Nachm. 3 Uhr und am Sonntage von Vorm. 11 bis Nachm. 2 Uhr an den nachstehend bezeichneten Orten ausliegen:

1. Wahlkreis: Turnhalle Neue Friedrichstraße 32.
2. „ „ Wilhelmstraße 117.
3. „ „ Schmidstraße 38.
4. „ „ Krautsstraße 43.
5. „ „ Ziegelstraße 8.
6. „ „ Ackerstraße 28a.

Das socialdemokratische Central-Wahl-Comité.

C. Auderö, Stepper. **Fr. Schiele**, Schriftsetzer. **E. Daßig**, Sattler. **H. Eck**, Cigarrenfabrikant. **Fischer**, Böttcher. **C. Greifenberg**, Schriftsetzer.

Verantwortlich: E. Daßig in Berlin. — Druck der Allg. deutschen Associations-Buchdruckerei zu Berlin.

132. Erstes Flugblatt für die Reichstagswahl. 1878. Zweite Seite

Selbst manche Polizeibeamten bekamen schließlich einen Ekel vor dieser Schnüffelarbeit. Wußten sie doch oft am besten, von welchem Kaliber die Denunzianten waren, auf deren Angeberei hin sie diese widrige Arbeit zu besorgen hatten. Als der Vater eines der Behaussuchten dem die Haussuchung vornehmenden Polizeihauptmann gegenüber davon sprach, daß der Polizeiberichterstatter M. A. Wagner fast nur Unwahrheiten über die Sozialdemokratie in Umlauf setze, entschlüpfte dem Beamten die Bemerkung: „Ach, der ist noch nicht einmal der Schlimmste, da ist ein gewisser Reporter Bennemann, der lügt noch viel ärger.“ Und das war richtig.

M. A. Wagner und Bennemann waren die Reporter, die im Juni 1878 die meisten der Hetzlügen ausgeheckt und in die Presse gebracht hatten, durch die damals Massen des Volkes in eine fast rasende Stimmung gegen die Sozialdemokratie versetzt wurden. Und so frech Wagner log, so war ihm der Bennemann an Gemeinheit doch noch ein großes Stück über.

Von Bennemann war u. a. die Notiz verbreitet worden, es seien Zeugen dafür vorhanden, daß Nobiling mit Finn, Hasenclever und anderen Sozialdemokraten auf einer Landpartie betroffen worden sei.

Vor dem Untersuchungsrichter konnte später der saubere Vogel für diese Behauptung weiter nichts vorbringen, als daß er selbst eines Tages im Grunewald die genannten Sozialdemokraten mit einer Anzahl von ihren Freunden gesehen habe und ihm darunter ein sehr intelligent aussehender junger Mann in Hemdsärmeln aufgefallen sei, der doch nur Nobiling gewesen sein könne.

Das als Beweis aufzutischen, war von dem Patron nicht etwa Dummheit, sondern Frechheit, und wurde von ihm vor dem Untersuchungsrichter Johl so dreist aufrecht erhalten, daß dieser, ein Mann, der es mit seinem Amt ernst nahm, schließlich die Geduld verlor und dem Burschen zurief: „Herr Bennemann, es hat bisher die Untersuchung noch nicht den geringsten Anhalt ergeben, daß Nobiling mit irgend einer politischen Partei in Verbindung gestanden hat.“

Später fiel der „Berliner Freien Presse“ ein Zettel von der Hand des Bennemann folgenden Inhalts in die Hand:

> „Geehrter Herr Kommissar!
> Sollte Herr ... leugnen, heute noch Sozialdemokrat zu sein (was er mir gestern erklärte), so möchte ich Ihnen sehr achtbare Bürger als Zeugen nennen, in welcher Weise der ... bis in die neuere Zeit für die Sozialdemokratie agitiert hat.
> Bennemann.“

So, mit Auslassung des Namens des Denunzierten, wurde der Zettel in der „Berliner Freien Presse“ vom 23. Juli abgedruckt, mit dem Zusatz, daß das Original in der Redaktion zur Einsicht ausliege. Und der bloßgestellte „Reporter, Spitzel und Denunziant in einer Person“ wie ihn die Presse nannte, wagte sich nicht zu rühren. Dies ein kleines Bild des infamen Spitzelwesens, das wie die Pest um sich griff.

Bekannte Sozialdemokraten sahen sich, sobald sie ihre Wohnungen oder Arbeitsstätten verließen, auf Schritt und Tritt von allerhand Gestalten jenes unsauberen Charakters verfolgt. Wo sie einkehrten, nahmen die Spione in möglichster Nähe von ihnen Platz und spitzten eifrigst die Ohren, etwas vom Inhalt ihrer Gespräche zu erhaschen. Aber damit nicht genug, drängten sich solche Burschen auch in die wenigen Arbeiterversammlungen ein, die jetzt noch stattfinden konnten, und suchten dort Aeußerungen oder Manifestationen zu provozieren, die sich zu Majestätsbeleidigungsprozessen und dergleichen ausbeuten ließen.

Auf Sonntag, den 16. Juni, vormittags war in das Lokal Zelten Nr. 4 eine Versammlung sozialistischer Wähler einberufen worden, in der Ignaz Auer über die bevorstehenden Reichstagswahlen referieren sollte.

Ein Verbot der Versammlung war nicht gut angängig, da mittlerweile der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben waren. Dafür drückte die Polizei mit dem Erfolg auf den Wirt, daß die Tausende von Arbeitern, die zur Versammlung kamen, schon vor der festgesetzten Zeit das Lokal geschlossen fanden.

Sie begaben sich in das benachbarte Zelt Nr. 3; dort wimmelte es von Polizisten in Uniform und Zivil, während vor den Lokalen außer Fußschutzleuten auch berittene Schutzmannschaft postiert war, die in provozierendster Manier das sich stauende Publikum auseinander trieb. Auf wiederholten Polizeidruck erklärte nach einer Weile auch der Wirt von Zelt Nr. 3, kein Bier mehr auszuschenken, und mit Stentorstimme forderte gleich darauf ein Polizeikommissar die Besucher auf, unverzüglich den Garten zu räumen.

Nun begaben sich 30 bis 40 Sozialisten in die Gartenlokalität der Ahrensschen Brauerei in Moabit. Kaum hatten sie sich dort

niedergelassen, so häuften sich auch schon an den benachbarten Tischen die bekannten Spitzelgestalten, und ganz unvermittelt brachte plötzlich einer der Biedermänner in provokatorischster Form ein Hoch auf den Kaiser aus. Das Manöver schlug fehl, weil die Sozialisten zu gut geschult waren, um auf den Köder anzubeißen, aber welches der Zweck dieses Hochs war, steht außer Zweifel.

Drei Tage vorher, am 13. Juni 1878, hatte sich im Vogelschen Lokal, Alexanderstraße, eine noch unverschämtere Provokation abgespielt. Dort hatte in einer Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins C. Finn über die Ziele der Sozialdemokratie gesprochen. Da meldet sich vor Schluß der Versammlung ein Mensch, der sich als Hutmachergeselle Zimmermann bezeichnet, und erklärt laut: „Ich bin heute abend Mitglied geworden, aber nur weil ich annahm, daß wir am Schluß der Versammlung ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser ausbringen werden."

Was diese Bemerkung sollte, lag für den tiefer Blickenden klar zu tage. Wer immer ein Wort dagegen gesagt hätte, und wie er es auch gesagt hätte, wäre einer Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung sicher gewesen.

Ignaz Auer, der das mit Blitzesschnelle begriff, sprang denn auch sofort vor und verdarb dem Patron in einer außerordentlich geschickten Rede das Spiel. Er nahm ohne weiteres das Wort und führte, wie es im Bericht der Tagespresse heißt, „mit erhobener Stimme aus, er müsse seine Genossen und Freunde dringend ersuchen, sich nicht durch Agenten hinreißen zu lassen, sondern in ruhiger und friedlicher Weise Zweck und Ziel der Sozialdemokratie zu verfolgen. Die Sozialdemokratie befinde sich jetzt in einer noch nie dagewesenen Krisis. Schlangen umzüngeln sie von allen Seiten. Wenn den Arbeitern auch hier ein Stock zwischen die Füße geworfen werde, so hüte man sich, zu straucheln. Gebrauche man Vorsicht und Umsicht, und erteile man auf alle Provokationen Antwort am 30. Juli. (Stürmischer Beifall.) — Vorsitzender: Die Versammlung ist geschlossen. — Aus der Mitte der Versammlung: „Die Sozialdemokratie soll leben hoch!" Die Versammelten stimmten dreimal begeistert in dieses Hoch ein." Besser konnte die Schlinge nicht zerrissen werden. Auer hatte ein Meisterstück geleistet.

Es war dies eine der wenigen Versammlungen gewesen, die überhaupt noch vor der Neuwahl abgehalten werden konnten. Sonst wurde, wo nicht die Lokalabtreibung das ihrige tat, schon von vornherein unter den albernsten Vorwänden aufgelöst.

Selbst eine auf Grund persönlicher Einladung durch Postkarten veranstaltete Versammlung, die lediglich den Zweck hatte, ein Wahlkomitee für die ausgeschriebene Reichstagswahl ordnungsgemäß zu ernennen, entging der Auflösung nicht. Da durch die Karteneinladung dafür gesorgt war, daß der nun beliebteste Auflösungsvorwand der Polizei, Ueberfüllung des Lokals, wegfiel, und die nur von geschulten Parteigenossen besuchte Versammlung in äußerster Ruhe verlief, mußte schließlich eine ganz unbedeutende und obendrein halblaut geführte Unterhaltung zwischen zwei

Besuchen den Vorwand zur Auflösung liefern. Der auflösende Polizist erklärte diese Unterhaltung für „Tumult“.

Wer nicht mit dabei gewesen ist, kann sich schwer einen Begriff von der schamlosen Verlogenheit dieser Behauptung machen. Wir waren geradezu außer uns, und es bedurfte in der Tat eines übermenschlichen Grades von Selbstbeherrschung, den frechen Eingriff in das Versammlungsrecht ruhig hinzunehmen.

Indes wußten die Versammelten, was auf dem Spiel stand; sie verließen ruhig den Saal und ein Teil von ihnen nahm im Garten des Lokals Platz. Sofort ward ihnen auch das untersagt, und als dem Parteigenossen H. Szimmath auf das vom Polizisten im Kasernenhofton hervorgestoßene Gebot: „Den Garten räumen!“ die Worte entfuhren: „Nanu, hier ist doch kein Tumult?“ hatte das für ihn sofortige Verhaftung zur Folge.

Mit der Auflösung war übrigens im vorliegenden Falle der Zweck der Versammlung nicht verhindert. Fünf Mitglieder des zu konstituierenden Zentral-Wahlkomitees für Berlin waren schon regulär gewählt, als der „Tumult“ entdeckt wurde, und wenn es auch infolge der Auflösung nicht zur Abstimmung über das sechste Mitglied kam, so konnte dieses doch als gewählt betrachtet werden, da gegen seine Person kein Gegenvorschlag gemacht worden war.

Das Komitee bestand danach aus den Genossen C. Anders, Fr. Schiele, E. Dastig, H. Ecks, K. Fischer und C. Greifenberg, die in der hier gegebenen Reihenfolge die sechs Berliner Wahlkreise für den Wahlkampf zu organisieren hatten, denen dann noch der Genosse R. Tiedt als Kassierer zugesellt wurde.

Für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow wurde, um dies gleich hier einzuflechten, das Wahlkomitee aus den Genossen Alberts, Bäthke, Radojowsky und Versümer, das für Niederbarnim ward aus den Genossen Ferdinand Ewald, Gustav Meinhardt und Konrad Seikel zusammengesetzt.

Der zu den schmachvollen Erscheinungen des Attentatssommers gehörende und in den verschiedensten Formen ausgeübte Gesinnungsdruck richtete sich namentlich auch gegen die Verbreitung des Organs der Berliner Sozialdemokraten. Ein regelrechtes Kesseltreiben ward gegen die „Berliner Freie Presse“ ins Werk gesetzt.

Auf die Wirte der Arbeiterbudiken drückten uniformierte und nichtuniformierte Polizisten, die „Berliner Freie Presse“ abzuschaffen, und ein gleicher Druck wurde auf die Zeitungsverkäufer ausgeübt; bei der Abhängigkeit dieser Leute von der Gnade der Polizei anfänglich auch nicht ohne Erfolg. Zeitweise sank die Abnehmerzahl des Blattes um gegen 3.000, damals ein großer Verlust. Bald indes wußten die Arbeiter die passende Antwort zu geben.

Unterm 23. Juli 1878 konnte die Presse berichten, daß, als in einem Lokal in der Landsberger Allee ein Gast die „Berliner Freie Presse“ verlangt und darauf vom Wirt die Antwort erhalten habe: „Die habe ich abbestellen müssen“, sofort 16 Gäste, alles Stammgäste des Wirts, aufgestanden seien, ihre Zeche erlegt und mit den Worten: „Wenn Sie von den Leuten leben können, die Sie zwingen, die ‚Berliner Freie Presse‘ abzubestellen, dann tun Sie es nur,“ das Lokal

verlassen hätten. Das war keine Uebertreibung, sondern nur ein typisches Beispiel dafür, was von den Berliner Arbeitern in Hunderten von Fällen und schließlich mit einer gewissen Systematik durchgeführt wurde.

Ueberhaupt war die Einschüchterung der Arbeiter keine so einfache Sache. Folgende Einsendung konnte die „Berliner Freie Presse“ am 23. Juni 1878 veröffentlichen:

> Den Arbeitern der Schneiderwerkstatt Mücksch & Zöllner wurde seitens des Geschäftsleiters folgendes bekannt gemacht:
>
> „Meine Herren, ich habe Ihnen bekannt zu machen, daß, wer von heute an die Berliner Freie Presse weiter liest, entlassen ist.“
>
> Unterzeichnete lassen sich die Berliner Freie Presse nun nicht mehr nach der Werkstätte, sondern nach ihrer Wohnung senden.
>
> Die Arbeiter der Schneiderwerkstatt von Mücksch & Zöllner, Landsbergerstraße 115.

Die Arbeiter ließen sich nicht zu direktem Widerstand gegen die Polizei hinreißen, der bei den damaligen Verhältnissen, auch wenn die Polizeimaßregeln noch so Willkürhaft waren, nur nutzlose Opfer gekostet hätte; aber ducken ließen sich alles in allem schließlich nur wenige.

Als das Unternehmertum anfing, den Arbeitern bei Androhung der Entlassung schriftliche Lossagung von der Sozialdemokratie abzuverlangen, hatte am 16. Juni 1878 die Redaktion der „Berliner Freien Presse“ die Weisung ausgegeben, diese Erklärungen ruhig zu unterschreiben und dadurch wertlos zu machen. Die Aufforderung, der sich übrigens auch der „Vorwärts“ in Leipzig anschloß, ist, außer von den Sykophanten der Reaktion, auch von wohlmeinenden Doktrinären angegriffen worden, weil so etwas dem Bekennermut Abtrag tun müsse.

Indes gibt es kein Moralgesetz, das da vorschreibt, dem seine Gesinnung kundzutun, der einem den Revolver auf die Brust setzt. Nur der hat Anspruch auf Wahrheit, der die freie Ueberzeugung achtet. Den Berliner „Sklavenhaltern“, wie die „Berliner Freie Presse“ die Unternehmer nannte, die ihren Arbeitern solches Aufgeben ihrer Ueberzeugung durch die Hungerfolter abzwingen wollten, geschah kein Unrecht, wenn ihnen dies schofle Spiel verdorben wurde. Denn diese Wirkung hatte die Aufforderung. Mit dem Ausgeben der Parole: „Unterschreibt alle“ verlor

5. Wahlkreis.

Wähler!

„An das Gewissen der Nation“

wendet sich bei den am 30. Juli stattfindenden Neuwahlen nach ihrer eigenen Erklärung die deutsche Reichsregierung.

Soll aber die Rückäußerung des Volkes eine freie, das Gewissen nicht bedrückende sein, so müssen auch sämmtliche Beamte der Regierung, besonders aber die der Polizei, jegliche Wahlbeeinflussungen strengstens vermeiden, da sonst der Appell der Regierung an das Gewissen der Nation ohne jegliche Bedeutung ist.

Bis jetzt kann man, und besonders auch in Berlin, noch nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß die Polizei in dem gegenwärtigen Wahlkampfe ihre Stellung richtig auffasse und völlig unparteiisch auftrete.

Allen anderen Parteien legt sie nicht die geringste Schwierigkeit in den Weg, während es unserer, der socialdemokratischen Partei, sehr erschwert wird, durch Wort und Schrift sich an die Wähler zu wenden.

Wird denn dadurch an das Gewissen der Nation appellirt, wenn die polizeilichen Beeinflussungen eine Wahl zu Gunsten eines conservativen oder fortschrittlichen Candidaten „machen“ helfen, haben solche Wahlen denn irgend welchen moralischen Werth? Ein anständiger Candidat, er möge einer Partei angehören, welcher er wolle, wird sich jede Beeinflussung der Polizeibehörde zu seinen Gunsten oder zu Ungunsten seines Gegners höflichst verbitten. Leider aber haben die gegnerischen Parteien sehr selten solche anständigen Candidaten.

Wir haben noch nicht gehört, daß dieselben laut und vernehmlich dagegen protestiren, daß man die Arbeiter mit Entlassung bedroht, wenn sie nicht zu ihren Gunsten stimmen wollen.

Oder hat einer der Herren Fortschritts-Kandidaten schon jemals erklärt, daß er es unwürdig finde, wenn die Fabrikanten für ihn Stimmen bei den Arbeitern werben mit Androhung der Hungerpeitsche? Solche durch Brutalität erpreßte Stimmen können wahrlich nicht mitzählen bei dem Appell „an das Gewissen der Nation“.

Die Gewissenlosigkeit treibt ihr Spiel und demoralisirt und corrumpirt das öffentliche Gewissen.

Oder aber hat jemals ein Fortschritts-Kandidat darüber seine Mißbilligung ausgesprochen, daß es seinem Gegen-Kandidaten nicht vergönnt ist, in öffentlichen Versammlungen seine Ansichten auszusprechen, da die Locale durch allerlei Beeinflussungen, die zum großen Theile von den Fortschrittsleuten herrühren, der Socialdemokratie und ihren Candidaten versperrt bleiben?

Die Fortschritts-Kandidaten dürfen in den Wählerversammlungen das große Wort führen, unser Candidat ist durch die Machinationen der Fortschrittspartei zum Schweigen verurtheilt. Jeden Ehrenmann fragen wir, ob das Recht sei? Das ist kein ehrlicher offener Kampf mehr, das ist ein heimtückischer Kampf, indem man einen waffenlosen Gegner anfällt.

Und gerade die Fortschrittspartei die sich noch immer die Partei der Freiheit und Demokratie zu nennen wagt, sie sollte doch wahrlich nicht in solchen unehrenhaften Kampf eintreten.

Doch was verlangen wir da? Ist die Fortschrittspartei nicht schon Jahre lang die Partei des Rückschritts gewesen, hat sie nicht in erster Linie die wahre Demokratie, die Socialdemokratie, in der perfidesten Weise angebellt und dadurch der Regierung die Wege zu den Ausnahmegesetzen geebnet? Gerade die Liberalen und Fortschrittler sind durch ihre Verläumdungen und Verhetzungen des Socialismus die eigentlichen Erzeuger des geplanten Ausnahmegesetzes, welches dazu angethan ist, die Stimme des arbeitenden, werkthätigen Volkes, die Stimme der Kleinbürger und Handwerker auf Jahre hindurch verstummen zu lassen.

Das geplante Ausnahmegesetz trägt so recht den Stempel eines Klassengesetzes an sich:

„Die Reichen und Vornehmen dürfen auch fernerhin so ein wenig „Opposition“ machen — dieselbe ist ja den Machthabern nicht gefährlich — das Volk der Arbeit aber hat zu zahlen und den Mund zu halten.“

Wenn man all' die Maßnahmen erblickt, welche gegenwärtig gegen die Partei des arbeitenden Volks ergriffen werden: die Auflösungen der Wählerversammlungen, das Verbot des Sammelns von Wahlgeldern, die polizeiliche Fortnahme von gerichtlich nicht beanstandeten Wahlflugblättern, die polizeiliche Sistirung der Verbreiter derselben, die Bedrohung der Arbeiter durch ihre Arbeitgeber ꝛc. ꝛc., dann wahrlich meint man, daß die deutschen Arbeiter, geächtet und verfehmt, von den Machthabern nicht mehr zur Nation gerechnet werden, daß sie zu Parias, zu Aussätzigen der Gesellschaft gestempelt werden sollen.

Das Land aber, welches seine besten, seine edelsten Söhne — und das sind die socialdemokratischen Arbeiter — in die Acht erklärt, steht, wie die Geschichte lehrt, schon dicht am Rande des Abgrundes.

Daß aber unser theures Vaterland nicht in diesen Abgrund der Reaction und der Schande hineinstürzt, dies müssen wir, die „Geächteten“, verhüten. Wir müssen unbeirrt von Verfolgungen den geraden Weg der Wahrheit, der Freiheit und des Rechts weiter wandeln. —

Zeigen wir nun, was denn eigentlich die vielverrufene Socialdemokratie innerhalb des heutigen Staates will. Hier das Programm derselben:

1) Allgemeines gleiches, directes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder ein Feiertag sein.
2) Directe Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher

133. Erste Seite des Wahlflugblattes für den 5. Wahlkreis

das Abverlangen der Gesinnungserklärungen jeden Sinn und schlief alsbald ein.[24]

Daß aber die Berliner Arbeiter in ihrer großen Mehrheit gar keine Neigung hatten, mit ihrer Ueberzeugung hinter dem Berge zu halten, sollte der nun stattfindende Wahlkampf zeigen.

Nie zuvor hatten in Berlin Wahlen unter so ungleichen Verhältnissen für die Parteien stattgefunden. Alle großen und ebenso alle mittleren Versammlungssäle Berlins waren der Sozialdemokratie verschlossen, selbst das Vogelsche Lokal am Alexanderplatz (Alexanderstr. 31), wo seit vielen Jahren beständig sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden hatten, wurde nach der obenerwähnten Versammlungsauflösung der Partei fortan versagt.

Es lohnte auch gar nicht, Agitationsversammlungen in kleinere Lokale einzuberufen, denn wenn sie gut besucht waren, so wurden sie wegen „Ueberfüllung“ aufgelöst, und halbbesuchte Versammlungen hätten wenig agitatorische Wirkung gehabt.

So vollzog sich, während die Gegner alle möglichen Versammlungen abhielten, auf sozialistischer Seite der Kampf diesmal ohne jede Versammlungsagitation. Am 4. Juli machte der „Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins“ bekannt, daß in den nächsten Wochen keine Mitgliederversammlungen abgehalten werden würden. Nur in einigen Orten in der Umgebung Berlins gab es hier und da Versammlungen, die aber keine Bedeutung hatten.

Die ganze Wahlbewegung wurde in kleinen Komitees besorgt, und auch das nicht, ohne daß die Polizei wiederholt in Gastwirtschaftszimmer oder auch Privatwohnungen, wo einige Sozialisten zusammen waren, eindrang und die Anwesenden auf die Wache sistierte. Denn der freiwilligen Spitzel, die, wo sie eine sozialdemokratische Versammlung witterten, sofort Anzeige machten, gab es immer wieder. Meldete aber ein Sozialist solche Komiteesitzung an, dann erhielt er unter Umständen eine Antwort, wie die folgende:

> Rixdorf, den 29. Juni 1878.
>
> Auf die Anzeige vom 28. d. M. wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß die Erteilung einer Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung einer Wählerversammlung am 30. Juni d. J. in Ihrer Wohnung versagt werden muß, weil nach den vorliegenden Tatsachen, insbesondere auf Grund der Beschlüsse des im Jahre 1877 in Gotha stattgehabten Kongresses der Sozialdemokratie Deutschlands für erwiesen angenommen werden muß, daß es sich dabei lediglich um eine Reaktivierung der geschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands handelt.
>
> Der Amtsvorsteher Bording.
>
> An Herrn Drechslermeister A. Bäthke,
> hier, Ziethenstraße 41.

[24] In einer späteren Sitzung des Arbeitgebervereins ward auf Antrag von Siemens (dem Vater) beschlossen, von Gesinnungszwang außerhalb der Fabrik Abstand zu nehmen.

Man beachte wohl, daß es sich um eine Versammlung zu einer schon ausgeschriebenen Wahl handelte!

Aber nicht genug, daß der Sozialdemokratie so die Versammlungsagitation genommen wurde, hätte man ihr am liebsten auch die Verteilung von Wahlflugblättern unmöglich gemacht.

Gleich das erste, vom Zentralwahlkomitee für Berlin ausgegebene und der „Berliner Freien Presse“ vom 1. Juli 1878 beigelegte Wahlflugblatt, über dessen außerordentlich gemäßigten Charakter die bürgerliche Presse geglaubt hatte, sich lustig machen zu dürfen, wurde den Verbreitern, wo die Polizei ihrer habhaft wurde, abgenommen und am 6. Juli auf Beschluß der Ratskammer des Stadtgerichts konfisziert.

So mußten denn die weiterhin zur Verteilung bestimmten Flugblätter so hergestellt und die Verteilung so organisiert werden, daß, ehe noch der Polizei das erste Exemplar in die Hand fiel, die ganze Verteilungsmannschaft schon mit Flugblättern versorgt und die Verteilung im vollen Gange war. Was denn auch nunmehr geschah. In verhältnismäßig kurzer Zeit war eine Organisation für den Wahlkampf über ganz Berlin hergestellt, die im Bedarfsfall fast auf die Minute pünktlich arbeitete, so daß zur selben Zeit, wo die Flugblattverteilung im Zentrum der Stadt begann, sie auch im entlegensten Distrikt der Außenquartiere vor sich ging.

Mit welchem Eifer die sozialistisch denkende Arbeiterschaft Berlins in den Wahlkampf eintrat, zeigte sich schon, als die Wählerlisten gemäß den Vorschriften des Wahlgesetzes zur Einsicht ausgelegt wurden. Zu keiner Zeit vorher war der Andrang bei den Wahlkommissaren, wo die Listen zur Kontrolle auslagen, so stark gewesen wie diesmal, und daß mindestens Neunzehntel derer, die sich selbst überzeugen wollten, ob sie auch in den Listen standen, Sozialdemokraten waren, verhehlten sich auch die Gegner nicht.

Nicht minder wurden sie durch die Quittungen der Eingänge für den Wahlfonds verblüfft, welche das Wahlkomitee Woche für Woche in der „Berliner Freien Presse“ veröffentlichen konnte. In diesen stets mehrere Spalten füllenden Quittungen kam der ungebeugte Widerstandsgeist der Berliner Sozialdemokraten in allerhand, den Sammlungsbeiträgen beigefügten Mottos oft drastisch zum Ausdruck. Der Leser findet das Abbild einer solchen Liste in unseren Illustrationen; doch mögen auch hier einige der Mottos folgen:

> „Von zehn halbwüchsigen rohen Buben mit grauen Bärten durch W. Z. Rate I 7,50. Trotzalledem und alledem wird die Freie Presse doch gelesen, Rate I 10,40. Von einem Barackenbewohner aus dem Jahre 1870, 1,50. Drückt sie an die Wand, daß sie quietschen, 21,05. Werkstatt „Nun erst recht“, 6,75. Neun ungläubige Eisenarbeiter aus einer Knochenmühle, wo die Presse verboten ist, 3,—. Jed' Unrecht meiden, kein Unrecht leiden, 4,60. Nicht tot zu kriegen, 4,—. Von mehreren, die nicht sollen, aber wollen, Rate II 6,25. Die Bösen werden sich selbst zerfleischen, 3,20. Einer von der verwilderten Masse, 5,—. Durch einen Tagedieb von Tagedieben, 2,30.“

So ging es oft ganze Spalten lang.

Eine große Rolle spielten bei den Quittungen die Fritzsche-Hasenclever-Rackow- usw. „Spenden“, die als Gegendemonstration gegen die damals als Zeichen der Königstreue ins Werk gesetzte und vielfach durch moralischen bezw. ökonomischen Zwang zusammengebrachte „Kaiser Wilhelm-Spende“ einliefen.

Desgleichen wurden in den Mottos die Schlagworte verspottet, mit denen die gegnerischen Parteien den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie führten. In diesem Sinne ist das Motto von den „halbwüchsigen Buben in grauen Bärten“ zu verstehen. Es kehrt in den Quittungen in vielen Variationen wieder, und ist die Antwort auf das u. a. auch von dem biederen Treitschke ausgegebene Geschwätz, daß die Anhängerschaft der Sozialdemokratie fast nur aus halbwüchsigen Burschen bestehe. Am stärksten aber prägt sich der Protest gegen den von Fabrikanten, Hauswirten usw. ausgeübten Gesinnungszwang aus. Viele Beiträge kamen von Leuten ein, die „leider keine Flugblätter austragen dürfen“ oder „nicht wählen dürfen, wie sie wollen“.

Die reichlichen Sammlungen waren aber auch nötig, denn infolge all der geschilderten Erschwerungen erwuchsen der Partei allerhand außergewöhnliche Kosten. Da das Austragen der Wahlflugblätter in die Wohnungen vielfach von den Hausbesitzern verhindert wurde, ward es nötig, ganze Partien von Flugblättern durch die Post zu versenden, was einen nicht geringen Kostenaufwand verursachte.

Uebrigens wurde den widerhaarigen Hauswirten mancher Streich gespielt. So mußten sie zu ihrem Aerger immer wieder sozialdemokratische Wahlaufrufe an den Wänden ihrer Flure usw. mit besonders starkem Klebestoff angeschlagen finden. Auch sonst fehlte es nicht an Fällen, wo allzu eifrige Hauswirte das Gegenteil von dem erzielten, was sie wollten.

Da die Versammlungsagitation der Partei unterbunden war, war es für sie von um so größerem Wert, Abschrift der amtlichen Wählerlisten zu erhalten, um die Hausagitation vor der Wahl und insbesondere das Abholen säumiger Wähler am Wahltage ordentlich besorgen zu können. Das Zentralwahlkomitee wandle sich daher an den Magistrat mit dem Antrage, ihm gegen Bezahlung der Kosten Abschrift der Wahllisten auszufolgen. Obwohl bis dahin die Fortschrittler wiederholt die Listen erhalten und auch diesmal in ihrem Aufruf an die Parteigenossen um Geldsammlungen darauf hingewiesen hatten, „daß die Abschrift der Wahllisten allein 2.000 Mark kosten werde“, wurde das Gesuch des sozialdemokratischen Komitees mit der Begründung abschlägig beschieden, daß „bei der Kürze der Zeit das Wahlbureau nicht imstande ist, Abschriften der Wählerlisten zu liefern“. Als ob es keine Schreiber in Berlin gegeben hätte.

Das unwahrhaftige Schriftstück trug die Unterschrift des Stadtsyndikus Zelle, und Herr Zelle war — fortschrittlicher Kandidat für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis.

Indes sollte gerade in diesem Wahlkreis die Vorenthaltung der Listen zu nichte werden. Der Schuldiener der Gemeindeschule, in der die Listen zur Kontrolle auslagen und über Nacht aufbewahrt wurden — es

war dies die Gemeindeschule in der Krautstraße — war im Stillen Sozialdemokrat und ließ das Wahlkomitee wissen, daß, sofern ihm Verschwiegenheit verbürgt würde, er es riskieren wolle, Abschrift der Listen in seiner Wohnung zu gestatten. So wanderten denn am Sonntag den 7. Juli 1878 eine Anzahl Parteigenossen in die besagte Wohnung und schrieben dort bis in die Nacht hinein eine Liste nach der andern ab. Da es sich jedoch um über 50.000 Namen mit Beruf und genauer Adresse handelte, konnte die Arbeit nicht an dem einen Tage vollendet werden, und da ferner die Amtswohnung des Schuldieners an Wochentagen vor Zufällen nicht geschützt werden konnte, wurde die Arbeit in der Nacht vom Montag den 8. Juli zu Dienstag den 9. Juli in den Räumen der „Berliner Freien Presse“ fortgesetzt.

Die Sache war nicht ungefährlich, denn die „Berliner Freie Presse“ wurde von Spitzeln überwacht, und es mußte auffallen, daß die Räume fast die ganze Nacht durch erleuchtet waren. Eine Ueberraschung durch die Polizei aber hätte dem Schuldiener die Existenz und ihm sowie den Abschreibenden Prozesse wegen widerrechtlicher Verwendung von Akten gekostet.

Indes ging alles glücklich vorüber, und wenn man auch mit Rücksicht auf den Schuldiener nur eine beschränkte Anzahl Parteigenossen zugezogen hatte, darf doch mit Genugtuung festgestellt werden, daß keinerlei Ausplauderei stattfand. Niemals haben Polizei und Behörden bisher etwas von dieser Sache erfahren.

Auf Grund der abgeschriebenen Listen wurde allen Wählern des IV. Wahlkreises das Hauptwahlflugblatt unter Kuvert teils durch Austräger, teils per Post zugesandt. Es machte das erhebliche Kosten, hat sich aber, wie der Wahlausfall zeigte, sehr gut bezahlt gemacht.

Unter solchen Verhältnissen ruckte der Wahltag heran. Die Berliner Sozialdemokratie hatte in den sechs Wahlkreisen der Stadt die alten Kandidaten wieder aufgestellt, in Teltow-Veeskow-Storkow ward für Dietzmann diesmal W. Schweppendiek, Tischler, in Niederbarnim an Stelle Finns Fr. Arndt, Schuhmacher, — Letzterer, wie man sich erinnert, der erste Berliner Bevollmächtigte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, — aufgestellt.

Die Fortschrittler hatten für diese Wahl eine Art Bündnis mit den Nationalliberalen geschlossen, dessen Preis die Opferung des Gewerkvereinsführers Max Hirsch war; er mußte, da er einem Teil der Bourgeoisie zu sehr nach Arbeiterpolitik roch, auf sein Mandat im ersten Wahlkreis verzichten. An seine Stelle wurde der den Nationalliberalen genehme sanftliberale Professor Hänel-Kiel aufgestellt. Im vierten Wahlkreis stellten sie gegen Fritzsche den Stadtsyndikus Zelle, im sechsten gegen Hasenclever den alten Klotz auf, der bisher den zweiten Wahlkreis vertreten hatte und auch dort wieder kandidierte.

Daß sie für die beiden am stärksten von Arbeitern bewohnten Wahlkreise Berlins keine anderen Kandidaten auszusuchen wußten, als den in seiner Art biederen, aber jeder Schneid entbehrenden Veteranen Klotz und einen durchaus kapitalistisch gesinnten Kommunalbureaukraten, und ihnen bei der Wahl in nicht zu

übertreffender Selbstironie den Titel Arbeiterkandidaten anhängten, war schon schlimm genug.

Aber man muß ihre damaligen Wahlflugblätter lesen, um ganz inne zu werden, wie sehr die Führer des Berliner Fortschrittlertums alles Gefühl dafür verloren hatten, was sich für eine liberal-demokratische Partei schickte. Obwohl es zugegebene Tatsache war, daß Bismarck und seine Leute den Kampf ebensosehr gegen den Gesamtliberalismus wie gegen die Sozialdemokratie führten, richteten die Fortschrittsblätter immer wieder ihre Geschosse in erster Reihe gegen die links von ihnen stehende Arbeiterpartei, und dies obendrein in genau derselben denunziatorisch-verleumderischen Sprache, wie die ärgsten Reaktionäre. So heißt es in einem vom Vorsitzenden des fortschrittlichen Wahlkomitees, dem Fabrikanten C. Keilpflug, gezeichneten Wahlflugblatt der Partei:

> „Der sozialdemokratische Schwindel mitsamt seinen Schmarotzerpflanzen ist eine Schmach für das ganze deutsche Volk, berechnet, den kleinen Mann an sich zu locken und die Kluft zwischen Arbeiter und Fabrikant gewissenlos zu erweitern."
>
> „Die sozialistischen „Agitatoren verführen den leichtgläubigen Arbeiter zu ungerechtem Widerstande gegen seinen Arbeitgeber und rauben ihm dadurch das Brot! Keiner aber ist imstande, der hungernden Arbeiterfamilie Arbeit und dadurch Brot zu verschaffen.
> Darum folget nicht den Lockungen
> der Vaterlandslosen Zugvögel,
> sondern jaget sie hinaus aus Berlin, dahin, woher sie gekommen sind."

Wenn einmal die Geschichte des Niedergangs des Liberalismus in Deutschland geschrieben werden wird, dann darf man diese Erbärmlichkeiten nicht übergehen. Hatten die Fortschrittler nicht genug Anstandsgefühl, der schon halb geächteten Partei der Arbeiterklasse gegenüber auf so niedrige Angriffe zu verzichten, so hätte ihnen politische Klugheit sagen müssen, daß solche Sprache gegen eine Bewegung von weltgeschichtlicher Bedeutung führen, für die doch Tausende und Abertausende von Arbeitern vor ihren Augen die größten Opfer brachten, den Ast selbst absägen hieß, auf dem sie sitzen konnten, wenn sie eine demokratische Partei sein wollten.

Von der Sprache der Fortschrittler kann man auf die der konservativen Parteien schließen. Ihre Presse konnte in bezug auf ekelhafte Beschimpfungen und Verleumdungen nicht überboten werden, gegenüber denen die Angegriffenen so gut wie wehrlos waren. Wenn jemals das Wort vom zweierlei Recht des Klassenstaats seine Berechtigung hatte, so in jenen Tagen.

Es kam u. a. auch dadurch zum Ausdruck, daß, während die Assoziationsbuchdruckerei mit polizeilichen Strafmandaten überschüttet wurde, weil auf von ihr gedruckten Flugblättern nur der Name des oder der Herausgeber, nicht aber auch der des Druckers gestanden habe, kein einziges solches Strafmandat den bürgerlichen Parteien zuteil wurde, von deren Flugblättern das gleiche zutraf.

Noch drastischer, wenn auch indirekt, wird der Rechtszustand, d. h. das Willkürregiment, unter dem dieser Wahlkampf stattfand, durch eine Bekanntmachung illustriert, welche die „Berliner Freie Presse“ in ihrer Nummer vom 28. Juli und am Wahltage selbst an hervorragender Stelle in gesperrtem Druck veröffentlichte. Sie teilt mit, daß von Veranstaltung einer Versammlung für die Entgegennahme der Wahlresultate Abstand genommen werden mußte, und zwar aus folgenden Gründen:

> „Einmal ist es die Unmöglichkeit, ein passendes Lokal zu solcher Zusammenkunft zu bekommen, das andere Mal aber halten wir es unter den gegebenen Verhältnissen nicht für ungefährlich, große Menschenmassen an einem Orte zu konzentrieren.“

Daher werde, heißt es weiter, das Wahlresultat am Wahlabend nur an den Orten in den einzelnen Wahlkreisen zu erfahren sein, wo am Morgen die Hülfsmänner verteilt werden, nicht aber am Sitz der Zentralleitung: „Der Zentralleiter wird präzise 6 Uhr abends das Lokal, wo er während des Tages sich aufhielt, verlassen und sich anderswo hinbegeben zur Zusammenstellung der Resultate.“

Auch in den Bureaus der „Berliner Freien Presse“ werde nichts zu erfahren sein.

> „Es ist uns von der Verwaltung der ‚Berliner Freien Presse‘ mitgeteilt, daß alle Lokalitäten derselben am Wahltage von 6 Uhr abends ab für jeden ohne Ausnahme geschlossen bleiben.“

Die Genossen mögen überhaupt ihre Wißbegierde bis zum Mittwoch morgen zügeln, „damit selbst bei den angegebenen Stellen kein Andrang stattfindet.“ Kein aufrichtiger Parteigenosse werde diesen Anordnungen zuwider handeln; wenn trotzdem gegen sie verstoßen werde, so könne dies nur „von Spitzeln oder Vigilanten und somit von Gegnern unserer Sache geschehen“.

> „Achtung vor der Organisation! — Jeder auf seinen Posten!“

Mit diesem Mahnruf schließt die Bekanntmachung. Was für Zustände, die die Partei zu solchem Verzicht auf ihre Bewegungsfreiheit, zu solchen Vorsichtsmaßregeln nötigten!

Dies die Zeichen, unter denen am 30. Juli 1878 Berlin zum viertenmal seine Vertreter für den Deutschen Reichstag wählte. Das sozialdemokratische Zentral-Wahlkomitee hatte seinen Sitz im Lokal von Schwerdtfeger, Fischerbrücke 25, aufgeschlagen; aber nur von den Leitern der einzelnen Wahlkreise entsandte Personen fanden am Wahltage dort Zugang. Die Organisation erwies sich als der Situation gewachsen; freiwillige Hülfsmannschaften waren im Ueberfluß vorhanden. Vom 23. Juli ab hatte die „Berliner Freie Presse“ Nummer für Nummer packende Aufrufe



4. Reichstags-Wahlkreis.

Mitbürger!

Trotz der maßlosen Anstrengungen, welche die Reaktion der Partei der Kleinbürger und Arbeiter gegenüber gemacht hat, haben wir unsere Gegner doch bei der Wahl mit

3578 Stimmen

geschlagen.

Wohl hat man es uns unmöglich gemacht, das uns durch Gesetz und Verfassung garantirte Vereins- und Versammlungsrecht zu gebrauchen; wohl hat man die Austräger unserer Aufrufe polizeilich aufgegriffen, in einzelnen Fällen sogar das Briefgeheimniß nicht respektirt; wohl haben Polizeibeamte die Namen unserer Wahlkandidaten von den Anschlagsäulen gerissen, Arbeitgeber haben ihre zu uns gehörigen Arbeiter von der Wahl ferngehalten oder gar zur Stimmabgabe für den Gegenkandidaten gezwungen; wohl haben sich verschiedene Wahlvorsteher erlaubt, in der Liste eingetragene Wähler in durchaus gesetzwidriger Weise von der Wahl zurückzuweisen, und doch hat ihnen das Alles nicht geholfen!

Es fehlen unserem Kandidaten in Folge dieser durchaus ungehörigen Manöver nur noch

74 Stimmen

an der absoluten Majorität.

Also noch einmal zur Wahl; der Sieg ist unser.

Leicht und mühelos werden wir diesen Sieg erringen, wenn nur Jeder wieder seine Schuldigkeit thut, wenn nur Jeder wieder zur Wahl geht, wenn Keiner zu spät kommt. Dann wollen wir die Gegner schon, um mit Bismarck zu reden, „an die Wand drücken, daß sie quietschen".

Diesmal ist Jeder, der am 30. Juli für unsern Kandidaten gestimmt hat, mit seiner Ehre verbunden, ihm den endgiltigen Sieg zu verschaffen.

Halten wir fest an unserm Kandidaten

Herrn F. W. Fritzsche,

wie er in seinem langen, arbeits- und sorgenvollen Leben fest und treu gehalten hat zur Sache der Kleinbürger und Arbeiter!

Sechsundfünfzig Tausend wahlberechtigte Stimmen haben hier in Berlin erklärt, daß sie mit den herrschenden Zuständen und mit dem Gebahren der Fortschrittler nicht einverstanden sind! Soll diese ungeheure Zahl ohne Vertreter im Reichstage bleiben? Sollen wir Niemanden dort haben, der für unsere Interessen eintritt, der Reichsregierung die volle ungeschminkte Wahrheit sagt, wo uns Alle der Schuh drückt?

Mitbürger! Wir müssen diesmal für die andern Wahlkreise mit sorgen, müssen auch für sie einen

wirklichen Volksvertreter

ins Parlament senden!

Also heran, zur Wahl!

Diesmal ist die engere Wahl zwischen den beiden Candidaten, zwischen Fritzsche und Zelle, für Niemanden schwierig.

Herr Fritzsche vertritt die berechtigten Forderungen der Kleinbürger und Arbeiter.

Herr Zelle vertritt die Fortschrittler.

Wenn Herr Zelle in den Reichstag kommt, wird auch dort die Fortschrittswirthschaft gestärkt, die wir aus Herrn Zelle's Wirksamkeit im Berliner Magistrat genügend kennen gelernt haben.

Seitdem Herr Zelle im Magistrat sitzt, haben sich trotz aller schönen Reden die Steuern von Jahr zu Jahr vermehrt.

Vor zwanzig Jahren hatte Berlin so viel Steuerüberschüsse, daß man aus denselben das Millionen kostende Rathhaus bauen konnte. Und damals gab es noch keine Einkommensteuer. Diese wurde erst 1870 eingeführt, und sollte nur erhoben werden, um Einnahme-Ausfälle zu decken.

Jetzt wird sie alle Jahre erhoben und heute müssen wir schon

100% Einkommensteuer

bezahlen!

Das wird auch im Staat, im Deutschen Reich so weiter gehen, wenn wir Herrn Zelle, den rechtsgelehrten Beistand unseres Magistrats, wählen!

Herr Zelle will auch kein allgemeines, gleiches Wahlrecht, sondern Censuswahlen, d. h. die ärmeren Bürger sollen trotz der von ihnen gezahlten enorm hohen Miethssteuer

gar kein Wahlrecht mehr haben!

Herr Zelle ist aber auch Freihändler. Wenn unsere

134. Stichwahlflugblatt für F. W. Fritzsche

veröffentlicht, welche jedesmal die ganze erste Seite des Blattes füllten und tiefen Eindruck machten. Wir bringen einen solchen Aufruf in Reproduktion.

Was die konservativen Parteien anbetrifft, so hatten die Bismärcker Berlins alles mögliche aufgeboten, diesmal wenigstens in Berlin den einen oder anderen Wahlkreis zu erobern. Sie hatten im ersten Wahlkreis Moltke, im zweiten und vierten den übrigens schon in seiner Stellung wankenden Kulturkampfminister Falk, im dritten, fünften und sechsten Wahlkreis die Fabrikanten Vollgold, Schwartzkopff, Hoppe aufgestellt.

Die Zünftler präsentierten überall den Obermeister der Schuhmacherinnung, Bierberg, der sich in jüngeren Jahren als Sozialdemokrat ausgegeben hatte, die Ultramontanen zählten sich auf den Namen ihres Führers Schorlemer-Alst, die Christlichsozialen hatten im dritten Wahlkreis ihr Vorstandsmitglied Bernsdorff, im vierten ihren Renommier-"Arbeiter" Grüneberg und im sechsten Herrn Stöcker selber aufgestellt und bildeten sich ernsthaft ein, imponierende Erfolge zu erzielen, in welcher Hinsicht sie so bitter enttäuscht wurden, daß Stöcker später den Abend des 30. Juli 1878 für „den erschütterndsten Augenblick“ seines Lebens bezeichnete.

Die Parteien arbeiteten, was sie nur konnten, und so fiel die Wahlbeteiligung stärker aus, als sie je zuvor in Berlin gewesen war, sie belief sich im Durchschnitt auf 79 Prozent.

Am 10. Januar 1877 hatten 80.000 Wähler in Berlin gewählt, diesmal, nur anderthalb Jahr später, wählten 160.000 Wähler. Davon stimmten für die vereinigten Fortschrittler und Nationalliberalen gegen 86.000, für die Sozialdemokraten 56.147, für die Konservativen 14.300, für die Ultramontanen 1.400, für die Christlichsozialen ebenfalls 1.400 und für die Zünftler nicht ganz 500. Gewählt wurden, außer im vierten Wahlkreis, wo Fritzsche mit 20.224 Stimmen mit dem Fortschrittler Zelle in Stichwahl kam, der 16.646 Stimmen erhalten hatte, durchgängig die Kandidaten der fortschrittlich-liberalen Koalition, die gegen 1877 einen Stimmenzuwachs von über 95 Prozent verzeichnen konnte. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie blieb nicht viel dahinter zurück. 1877 hatte sie in Berlin 31.576 Stimmen erhalten, diesmal waren es 56.147, d. h. gegen 80 Prozent mehr.

Hinter den gegebenen Verhältnissen war das, wie selbst die Gegner anerkennen mußten, ein gegen alle Erwartungen günstiges Resultat. Mit unerhörtem Hochdruck war gegen die Partei gearbeitet worden, die der übermächtigen gegnerischen Presse nur ein Blatt mit nicht ganz 14.000 Auflage entgegensetzen konnte, und die so gut wie keine Wahlversammlungen hatte abhalten können; noch fünf Tage vor der Wahl hatte ein Gastwirt im IV. Wahlkreis, der seinen Saal für eine Versammlung zugesagt hatte, mit folgenden Worten abgeschrieben:

> „Benachrichtige Sie hiermit, daß ich polizeilicherseits mein Lokal am Dienstag nicht vermieten darf, und bitte hiermit, die Sache für erledigt anzusehen.
> Stößel, Gesellschafts-Salon, Lichtenbergerstr. 116.“

Die ökonomische Uebermacht war gegen die Sozialdemokraten, wo immer es nur anging, rücksichtslos in Anwendung gebracht worden;

Tausende von Arbeitern wurden am Wahltage zurückgewiesen, weil sie angeblich Armenunterstützung empfangen hatten. In einem einzigen Wahlbezirk belief sich die Zahl der so Zurückgewiesenen auf 84![25] In einigen Bezirken der Arbeiterquartiere fehlten ganze Hauslisten, und unzählige Fälle von Wahlbeeinflussungen und Wahlunregelmäßigkeiten konnten konstatiert werden.

Man hatte gehofft, auf diese Weise die sozialdemokratischen Stimmen von der 1877 erlangten Höhe herunterzudrücken, und nun waren es statt 31.000 über 56.000! Die Partei durfte ihr Haupt ungebeugt erheben, sie hatte von neuem ihre Lebenskraft bekundet.

Aber — ein Wahlkreis war ihr abgenommen und der andere auf Stichwahl gebracht. Das waren böse Enttäuschungen. Jedoch ließ man deshalb den Kopf nicht hängen.

„Wir haben zwar im Wahlkampfe den kürzeren gezogen, wir sind aber nicht geschlagen“, schrieb am 1. August 1878 die „Berliner Freie Presse“ in ihrem Wahlartikel, „die Partei der Königsmörder, der Faulenzer und Tagediebe, der Verführer, Dummköpfe oder verkommenen Subjekte, wie man uns in liebenswürdigster Weise genannt hat, vermehrte sich in Berlin trotz aller Maßregelungen, trotz aller Verlästerungen, trotz aller Verfolgungen in 18 Monaten um 78 Prozent. Da können wir der Zukunft fröhlich und wohlgemut entgegen sehen.“

Von den Vorortswahlkreisen wies Niederbarnim einen kleinen Rückgang von 2.855 auf 2.775 Stimmen, Teltow-Beeskow-Storkow dagegen einen um so glänzenderen Aufschwung von 2.608 auf 4.763 Stimmen auf. Ursprünglich schien es sogar, als sollte dort der sozialdemokratische Kandidat Schweppendiek in die Stichwahl kommen.

Indes brachten die entlegeneren Orte der reaktionären Stimmen so viele, daß die Konservativen, die Moltke aufgestellt hatten, mit den Fortschrittlich-Liberalen in Stichwahl kamen. Bei dieser traten, nachdem sich der fortschrittliche Kandidat, Kaufmann Wöllmer, verpflichtet hatte, unter keinen Umständen für ein Ausnahmegesetz zu stimmen, die Sozialdemokraten für ihn ein und führten denn auch dadurch seinen Sieg herbei.

Im Wahlkreis Niederbarnim dagegen, wo gleichfalls Stichwahl zwischen Fortschrittlern und Konservativen stattfand, beschlossen die dortigen Genossen, im Angesicht der unanständigen Kampfesweise der Fortschrittler und ihres Kandidaten Mendel sich der Abstimmung zu enthalten. Uebrigens hatten die nahe bei Berlin gelegenen Ortschaften dieses Wahlkreises ebenfalls Zuwachs gegen früher zu verzeichnen.

In den kleineren Ortschaften des platten Landes dagegen war es dem Terrorismus von Behörden und Unternehmern, an dem die Fortschrittler kräftig Anteil nahmen, gelungen, die Arbeiterwähler teils

[25] Auch herrschte noch immer Geschäftsdruck. Nach dem Fabrikinspektionsbericht für Berlin von 1878 war gegen das Vorjahr die Zahl der Fabriken Berlins um 200, die der Arbeiter um 4.000 zurückgegangen!

zur Wahlenthaltung, teils zur Abgabe von Stimmzetteln gegen ihre Ueberzeugung einzuschüchtern, teils fielen auch noch viele Arbeiter auf die Lügen über die Sozialdemokratie hinein.

Bei der Stichwahl im vierten Berliner Wahlkreis, in die die Partei sofort mit voller Energie eintrat, wurde fortschrittlicherseits kein Mittel gescheut, der Sozialdemokratie auch diesen Kreis zu entreißen. Ihr Kandidat Zelle wurde nun der Kandidat der vereinigten Ordnungsparteien gegen den „Umsturz.“ Das konservative Wahlkomitee forderte direkt seine Gesinnungsgenossen zur Wahl Zelles auf. Gleichzeitig wurden die Ortsvereinler als Stimmentreiber derselben Fortschrittspartei in Bewegung gesetzt, die für ihren Führer Max Hirsch kein Mandat mehr hatte, und sie ließen sich auch willig dazu gebrauchen.

Außerdem wurde ein Arbeiter vorgeschickt, der Fritzsche in der Berliner „Volkszeitung“ in einem langen Eingesandt verdächtigte, bei dem Zigarrenarbeiterstreik von 1868 Gelder beiseite gebracht zu haben. Die verleumderische Darstellung wurde in der „Berliner Freien Presse“ vom 10. August 1878 von Fritzsche und den Revisoren des betreffenden Streikkomitees unter Vorführung des wirklichen Sachverhalts zurückgewiesen, nachdem in der Nummer vom Tag vorher der Verfasser dieses das erbärmliche Spiel gekennzeichnet hatte, das die Fortschrittler mit ihren wirklichen Arbeiterkandidaten getrieben hatten.

Aber von Wahlversammlungen war für die Partei auch diesmal keine Rede. Die Gegner konnten soviel Versammlungen abhalten, wie sie wollten, die Sozialdemokratie nicht eine. Sie blieb bei dieser Wahl auf Flugblätterverbreitung und die Agitation von Haus zu Haus angewiesen, die denn auch unter der Leitung von H. Ecks, der den nördlich von der Spree gelegenen, und H. Grimpe, der den südlich von der Spree gelegenen Teil des Wahlkreises führte, mit Feuereifer besorgt wurde.

Und trotzdem am Wahltag an jedem Wahllokal die Stimmzettel des Liberalen Zelle den Wählern aus der Arbeiterklasse mit den Worten überreicht wurden: „Bitte, der Arbeiterkandidat Zelle“, und es wiederum allerhand Verhaftung von Stimmzettelverbreitern gab, war das Endresultat doch, daß Fritzsche mit 22.020 gegen 20.182 Stimmen gewählt ward.

Das Wahlresultat wurde zuerst im sozialdemokratischen Wahlbureau für den südlich von der Spree gelegenen Teil des Wahlkreises bekannt. Der Jubel, den die Nachricht unter den dort versammelten Hilfsmannschaften erregte, läßt sich schwer beschreiben. Für den nördlichen Teil des Wahlkreises war am Abend das Damelangsche Lokal, Koppenstraße 35, der Sammelpunkt. Sein Saal war nur mäßig groß, es hatte aber einen stattlichen Garten, und der füllte sich in kurzer Zeit in solcher Weise, daß schließlich, um ein Erdrücken von Menschen zu verhindern, der eben gewählte Abgeordnete Fritzsche selbst sich am Eingang neben der Polizei aufstellte und den endlos andrängenden Wählern den Eintritt verwehrte, wobei mancher gar zu Zudringliche vom eignen Vertreter mit einem kräftigen Stoß heimgeschickt wurde. Das tat der Freude aber keinen Abbruch.

Die Abgewiesenen verteilten sich und trugen von Wirtschaft zu Wirtschaft die Freudennachricht, daß die 56.000 sozialdemokratischen Wähler Berlins nun wenigstens einen Abgeordneten im Reichstag hatten. Jubelnde Hochs ertönten aus unzähligen Lokalen und wurden in verschiedenen Fällen von der Polizei mit Strafmandaten für die betreffenden Wirte beantwortet, weil diese — im August! — dabei nicht alle Fenstern geschlossen hatten.

Wie schon die Hauptwahl, so hatte die Stichwahl auch sonst eine Reihe von Maßregelungen aller Art im Gefolge. Um nur eine zu erwähnen, wurde auf einem Bau des Branntweinbrenners Gilka vier Maurern, die vom Polier Urlaub genommen hatten, um wählen zu gehen, am nächsten Morgen vom Baumeister der Zugang zur Arbeit mit den Worten verweigert: „Sie haben Ihre Stimme ja doch nur dem Sozialisten gegeben“. Das gleiche geschah Arbeitern der



Um Weiterverbreitung wird gebeten!

Arbeiter! Kollegen!

Am 15. August findet die engere Wahl zwischen Stadtsyndikus Zelle und Redakteur Fritzsche statt. Da sollt Ihr noch einmal Mann für Mann an der Wahlurne erscheinen, um Euer wichtigstes Recht auszuüben und Eure Stimme abzugeben. Wißt Ihr, wer Euer Kandidat ist? Der

Arbeiterkandidat ist Stadtsyndikus Zelle!

Man hat Euch gesagt, Ihr sollt Fritzsche wählen; man hat Euch falsch gerathen. Fritzsche hat seit der letzten Wahl im Reichstage gesessen. Was hat er dort gethan? Hört! Die Ultramontanen traten ihm einen Sitz in der Gewerbe-Ordnungs-Kommission ab, damit er an der Berathung der Gewerbenovelle theilnehmen sollte. In der Kommission hat Fritzsche den Mund nicht aufgethan, auch keinen Antrag gestellt. Erst als es nach der Geschäftsordnung des Reichstags — die ihm doch bekannt sein mußte — zu spät war, ist er mit seinen Anträgen gekommen. Warum hat Fritzsche die Anträge seiner Partei nicht in der Kommission gestellt? Heute schimpft er mit sammt seinen Kollegen über den Reichstag, daß dieser nichts für's Volk thue. Wer absichtlich die rechte Zeit zum Handeln verstreichen läßt und hinterher auf andere schimpft, der treibt ein falsches Spiel mit uns und solche Leute dürfen wir nicht wählen. Darum ist

Fritzsche nicht unser Kandidat!

Was haben uns die Socialdemokraten bis jetzt überhaupt im Reichstage für Nutzen gebracht? Gar keinen! Bei den wichtigsten Berathungen haben sie gefehlt. Als z. B. bei der Berathung des Hülfskassengesetzes ein Antrag der Konservativen zur Abstimmung kam, der dem Arbeiter sein Recht verkümmern sollte, da waren die Herren Socialdemokraten nicht in der Lage, für uns einzutreten, weil 8 Mann von ihnen unentschuldigt fehlten. So wurde der Antrag der Konservativen, gegen den nur die Fortschrittspartei und ein Theil der Nationalliberalen stimmten, mit einer einzigen Stimme Majorität angenommen. Das Gesetz wurde verschlechtert und vergebens fragt sich jeder verständige Arbeiter, wo diese sogenannten Arbeitervertreter während dieser wichtigen Abstimmung steckten. Wenn die Socialdemokraten die Reichstagssitzungen schwänzen, wo es sich um die wichtigsten Interessen der Arbeiter handelt, können wir ihnen alsdann unsere Stimme geben? Nein! Folglich ist

Fritzsche nicht Kandidat der Arbeiter!

Kollegen!

Wißt Ihr denn überhaupt Alle, wo die Socialdemokraten eigentlich hinaus wollen? Nein! Das verschweigt man Euch absichtlich. Man sagt Euch, Eure Lage soll verbessert werden, gleiches Recht und volle politische Freiheit sollt Ihr haben. Ja, will denn das nicht jeder wirklich liberale Volksmann? Das bischen Recht, was Ihr besitzt, verdankt Ihr ja nur den Liberalen und wenn's noch nicht mehr geworden ist, so bedankt Euch schön bei den Socialdemokraten, die mit ihrer Zügellosigkeit jeden weiteren Fortschritt unmöglich gemacht haben. Wo die Socialdemokraten eigentlich hinsteuern, steht schwarz auf weiß in ihren Büchern. Das persönliche Eigenthum will man aufheben, den Handwerkerstand will man zu Grunde richten, um die Großproduktion durch den Staat an dessen Stelle zu setzen. Die ganze Welt soll eine einzige Staatswerkstätte werden, in welcher auch die Frau mitarbeiten soll. An die Stelle des eigenen Herdes soll das Staatsspeisehaus treten, das Kind will man vom Herzen der Mutter reißen, um es von Staatswegen in gemeinschaftlichen Anstalten zu erziehen. Einer der Führer der Socialdemokraten, Redakteur Johann Most, sagt ausdrücklich:

„Es ist eine freche Anmaßung der Eltern, ihre Kinder nach Belieben erziehen zu wollen!“

Kollegen! Wollt Ihr solchen Leuten Eure Stimme geben? Nein! Darum wählt keinen Socialdemokraten, wählt unseren Kandidaten,

Stadtsyndikus Zelle!

Zelle macht Euch freilich nicht so große Versprechungen wie die Socialdemokraten, die alles versprechen was Ihr wünscht und schließlich doch nichts halten. Ein ehrlicher Mann verspricht wenig, und thut um so mehr. Er ist der Mann, den wir brauchen. Ohne sich mit seiner Liebe zum Volke zu brüsten, hat er stets — wo es darauf angekommen — das Recht des Arbeiters und Handwerkers vertheidigt. Das wissen die Socialdemokraten sehr genau, trotzdem scheuen sie sich nicht, Herrn Zelle in unverantwortlicher Weise zu verleumden.

Man hat Euch gesagt, Herr Zelle sei für Erhöhung der Steuern. Das ist nicht wahr! In der städtischen Verwaltung hat Zelle mit Steuern nichts zu thun, als Landtagsabgeordneter ist er für Ermäßigung und gerechtere Vertheilung der Steuern eingetreten und wird es auch im Reichstage thun, wenn er gewählt wird. Herr Zelle will dem Volke das volle Steuerbewilligungsrecht erhalten wissen, darum ist er gegen den eisernen Militäretat. Anstatt der hohen Verbrauchssteuern empfiehlt er Luxussteuern, damit der Reiche mehr, der Arme weniger Steuern zahlen soll. Darum rufen Euch die unterzeichneten Arbeiter zu:

Kollegen! gebt dem Stadtsyndikus Zelle Eure Stimme!

Die Socialdemokraten haben Euch erzählt, Zelle sei gegen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und für Ausnahmegesetze. Man hat Euch belogen! Zelle ist entschieden gegen jede Beschränkung des gleichen und direkten Wahlrechts und wird keinem Gesetze zustimmen, welches die Rechte der Arbeiter verkürzt. Zelle will dem Arbeiter das volle Recht gewahrt wissen, das jedem anderen Staatsbürger zusteht. Er will nicht, daß Geld und Gut entscheidet, sondern der Wille des Volkes. Darum glaubt nicht den Verleumdern, wählt nicht ihren Kandidaten Fritzsche, gebt ihnen die allein richtige Antwort, indem Ihr mit uns für Herrn Zelle stimmt:

Zelle ist unser Arbeiterkandidat!

Man hat versucht, Euch gegen Zelle mißtrauisch zu machen, indem man Euch sagte, Zelle sei selbst kein Arbeiter. Merkt wohl auf, Kollegen! Ist denn Fritzsche ein Lohnarbeiter wie wir Alle sind? Nicht mehr und nicht weniger als Zelle. Wir sind überzeugt, daß es Zelle ehrlicher mit uns meint und darum geben wir ihm unsere Stimme. Und wenn Ihr, Kollegen! gleichfalls wollt, daß Zufriedenheit und Wohlstand bei Euch einkehre, wenn Ihr Gerechtigkeit und Freiheit wollt, dann werdet auch Ihr nur für Zelle stimmen.

Der Kandidat aller wirklich freisinnigen Arbeiter des 4. Wahlkreises ist

Stadtsyndikus Zelle!

Hoch lebe der Arbeiterstand!

A. Albiens, Weber, Landsberger-Allee 140. C. Anschler, Tischler, Friedenstr. 53. H. Adler, Arbeiter, Kottbuserstr. 19. Dr. Bamdinck, Schuhmacher, Andreasstr. 66. C. Barth, Weber, Landsberger Allee 127. H. Bauer, Schlosser, Muskauerstr. 29. A. Beck, Stukateur, Reichenbergerstr. 162. W. Beier, Tischler, Pallisadenstr. 75. C. Bertermann, Cigarrenarbeiter, Langestr. 81. [illegible]

[illegible] Wattmannstr. 23. P. Wirth, Büchsenmacher, Forsterstr. 58. L. Wittig, Maurer, Langestr. 67. H. Wittmann, Lagerverwalter, Naunynstr. 74. Woller, Tischler, Fruchtstr. 44. R. Wöhlke, Kupferschmied, Memelerstr. 2. F. Zauder, Tischler, Andreasplatz 4.

[illegible]

135. Freisinniges Flugblatt aus der Stichwahl gegen Fritzsche. Erste Seite.

136. Freisinniges Flugblatt aus der Stichwahl gegen Fritzsche. Zweite Seite.

Nähmaschinenfabrik Frister & Roßmann.

Die Nachwahlen, die im ersten und zweiten Berliner Reichstagswahlkreis dadurch nötig wurden, daß die dort gewählten Fortschrittler für andere Wahlkreise annahmen, zeigten keine wesentlich neue Erscheinungen. Wieder wurde dem sozialistischen Wahlkomitee vom Magistrat Abschrift der Wählerlisten verweigert; diesmal mit dem Zusatz, daß vom Wahlbureau des Magistrats „bisher keiner Partei derartige Abschriften erteilt worden seien“. Eine verheuchelte Ausrede. Die Fortschrittler bekamen nämlich die Abschriften schon von den Bezirksvorstehern, bezw. durften sie bei diesen nehmen lassen.

Einige wenige Wählerversammlungen konnten für den zweiten Wahlkreis in dem Lokal „Kaiser Wilhelm-Garten“, Belle-Alliancestraße 87, veranstaltet werden.

Dafür ward zwei Tage nach der Wahl die Besitzerin des Lokals auf die Polizei befohlen und ihr aufgegeben — man höre! — innerhalb drei Stunden das Schild mit dem Namen „Kaiser Wilhelm-Garten“ „bei Vermeidung exekutorischen Abnehmens“ zu entfernen. Das Lokal dürfe sich „fortan nicht mehr ‚Kaiser Wilhelm-Garten' nennen“. Das sollte die Strafe dafür sein, daß die Frau den Saal den Sozialdemokraten gegeben hatte. Kleinlicher und zugleich dümmer konnte die Polizei nicht Rache nehmen.

Der Ausfall der Nachwahl war in den beiden Kreisen bei geringerer Wahlbeteiligung im Verhältnis nicht viel von dem der Hauptwahl verschieden gewesen. Proportionell hatten sich jedoch im zweiten Wahlkreis die sozialdemokratischen Stimmen gegenüber den fortschrittlichen Stimmen wesentlich vermehrt. Im ersten Wahlkreis hatten die Fortschrittler auch bei der Nachwahl Max Hirsch beiseite geschoben. Statt seiner wurde Ludwig Loewe aufgestellt und gewählt, nachdem er sich in der Hauptwahl im 19. sächsischen Wahlkreis zum Kandidaten der Ordnungsparteien gegen Liebknecht hergegeben hatte.

Der jammervolle Reinfall Stöckers und Grünebergs — der erstere hatte im sechsten Wahlkreis von 38.000 abgegebenen Stimmen gerade 818, der zweite im vierten Wahlkreis von 40.000 Stimmen gar nur 334 bekommen — hieß für Berlin der politische Bankrott der Schwindelfirma: „christlich-soziale Arbeiterpartei“.

Unter dem der Sache nach gerechtfertigten Motto: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ ließ Stöcker das von ihm ins Leben gerufene Arbeiterblatt „Volksmacht“, das die Berliner Arbeiter nicht einmal umsonst nehmen wollten, eingehen.

Der brave Grüneberg wurde mit der Erklärung, daß er Gelder unterschlagen habe, bis auf weiteres abgeschüttelt oder abzuschütteln versucht. Ja, um ihn unschädlich zu machen, denunzierte ihn Stöcker, obwohl es sich um ziemlich unbedeutende Beträge handelte, der Staatsanwaltschaft und hatte dann die Stirn, in einer am 27. September abgehaltenen Versammlung seiner Leute heuchlerisch zu erzählen, er habe in Gemeinschaft mit dem ganzen Vorstand der Partei „für Grünebergs Seelenrettung gebetet“ und zum Himmel gefleht, daß er den Verirrten von seinem verderblichen Treiben zurückhalte. Da das aber nichts geholfen, sei nichts übrig geblieben, als ihn der Behörde zu übergeben. Wolle Grüneberg jedoch abbitten und die Beleidigungen Stöckers zurücknehmen, so werde auch die Anzeige zurückgezogen werden.

Diese heuchlerische Rederei war dem mitanwesenden Missionsdirektor Wangemann gar zu arg, und er trat Stöcker entgegen. Der aber war nicht klein zu kriegen und sang von neuem sein Lied vom „Gebet“ für Grünebergs Seelenheil und Umkehr. Der andere Rekrut Stöckers, Küster, schrieb einen langen Brief an die „Berliner Freie Presse“, in welchem er deutlich durchblicken ließ, daß er gern als reuiger Büßer zur Partei zurückkehren möchte; indes

wurde ihm mit Fraktur zu verstehen gegeben, daß man auf ihn verzichte.

Am Tage vor der Stichwahl im vierten Wahlkreise wurde der von der Regierung ausgearbeitete Entwurf des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie bekannt, und am Morgen nach der Wahl gaben Säulenanschläge als „Warnungsanzeige“ der Berliner Bevölkerung kund und zu wissen, daß „die gegen den Klempnergesellen Emil Heinrich Max Hödel erkannte Todesstrafe heute früh in dem Hofe der neuen Strafanstalt hierselbst durch Enthauptung des Verurteilten vollstreckt worden“ sei.

Durch die vielen Majestätsbeleidigungsprozesse gewarnt, enthielt sich der größte Teil der Bevölkerung Berlins beim Lesen des Anschlags jedes Kommentars. Von denen, die diese Vorsicht nicht beobachteten, sondern in Gegenwart anderen Publikums „ihr volles Herz nicht wahrten“, verfielen wieder eine Anzahl der Denunziation wegen Majestätsbeleidigung und sonstiger Staatsverbrechen.

Das allgemeine Empfinden war, daß diese Auferweckung des Henkerbeils eine Schande für Deutschland sei. Und was über das Ende Hödels bald darauf von Augenzeugen der Presse mitgeteilt wurde, bestärkte das Empfinden noch, daß dieser Mensch dem Henker nicht hatte überliefert werden dürfen.

Als eine Beleidigung, und obendrein eine sehr abgeschmackte Beleidigung des Volkes wurde die Ueberschrift „Warnungsanzeige“ empfunden. Ein, wie heute festgestellt werden kann, von Wilhelm Liebknecht verfaßter Artikel, „Das Henkerbeil“, den die „Berliner Freie Presse“ am 23. August brachte, und der die Kurzsichtigkeit dieser Abschreckungspolitik unter Hinweis auf die drei Stunden nach der Köpfung Hödels in Petersburg durch Revolutionäre erfolgte Erschießung des Chefs der russischen Geheimpolizei, Generals Mensenzow, den Herrschenden mit dem Warnungswort vorhielt: „Discite moniti — Lernt, ihr seid gemahnt!“ — wurde, ebenso wie ein tags darauf aus der „Wage“ übernommener Artikel, „Das Untergrabungsgesetz“, nach erfolgter Denunziation durch die nationalliberalen Zeitungen „Nationalzeitung“ und „Tribüne“, alsbald konfisziert, unter gleichzeitiger Verhaftung des Redakteurs Paul Pulkrabeck, von der schon oben die Rede war. Selbstverständlich ward auch die betreffende Nummer der „Wage“ konfisziert und gegen Guido Weiß wie gegen Pulkrabeck Anklage erhoben.

Ueberhaupt rissen die Verfolgungen durchaus nicht ab; wenn auch jetzt wieder Versammlungen stattfinden konnten, so verfielen sie doch unter den nichtigsten Gründen der Auflösung und hatten für die Wirte soviel Polizeischerereien zur Folge, daß einer nach dem andern sich wieder zurückzog.

So u. a. der Wirt des Damelangschen Lokals in der Koppenstraße. Bei ihm hatte am 1. September der Todestag Lassalles durch ein Instrumental- und Vokalkonzert gefeiert werden sollen. Obwohl nicht einmal eine Festrede angezeigt war, wohl aber Familien sollten „Kaffee kochen“ können, wurde diese Feier von der Polizei kurzerhand verboten, während eine gleiche Feier in dem kleineren Zauligschen

Lokal, Kottbuserdamm 60, wo auch noch einige Versammlungen stattfinden konnten, ruhig geduldet wurde.

Acht Tage darauf wurde Herrn Damelang von der Polizei ein Protokoll zur Unterschrift vorgelegt, wonach ihm, weil er sein Lokal für die Bekanntgabe des Resultats der Stichwahl vom 15. August und zur Lassalle-Totenfeier hergegeben habe, die Polizeistunde auf 11 Uhr herabgesetzt war. Für den Besitzer eines Tanzlokals hieß das einfach der Ruin, und so finden wir denn Anfang Oktober die Mitteilung, daß das Damelangsche Lokal den Arbeitern für ihre Versammlungen nicht mehr zur Verfügung stehe. Bald darauf wurde auch das Zauligsche Lokal als des Besuches nicht mehr würdig bezeichnet. Mit ganz besonderen Schikanen wurde von der Polizei der Parteigenosse, Gastwirt Neumann in Moabit, bedacht.

Was die Versammlungsauflösungen betrifft, so konnte die „Berliner Freie Presse“ am 22. September folgende, der Aufbewahrung werte Zusammenstellung von Auflösungsgründen in Berlin bringen:

> „1. Weil der Mittelgang im Saale voller Menschen stand;
> 2. weil ein Fenster offen war und der überwachende Beamte dadurch zur Ueberzeugung gelangte, es tage eine Versammlung unter freiem Himmel;
> 3. weil Menschen hinter einer verschlossenen Glastür standen und in den Saal hineinsahen — der Beamte löste „im Namen des Gesetzes“ auf, weil jene Menschen ‚möglicherweise' eine Scheibe eindrücken konnten;
> 4. weil ein Anwesender während des Vortrages das Wort lächerlich gerufen hat;
> 5. weil einzelne Anwesende bei einer Aeußerung des Redners gelacht haben;
> 6. weil sich ein Hund in die Versammlung verlaufen hatte.“

In der gleichen Nummer der „Berliner Freien Presse“ findet man noch folgende bezeichnende Notiz:

> „Nulla dies sine linea, kein Tag ohne ein Verbot. Dem von Seiten des Vereins ‚Nordost-Distrikt' zu heute, den 22. d. M. beabsichtigten, in Konzert und Kränzchen bestehen sollenden Stiftungsfest ist die polizeiliche Genehmigung versagt worden. Der Verein ist für kommunale Zwecke gegründet worden. — Im Orpheum, Villa Nova und Kolosseum ist heute Abend großer Ball.“

Die drei letztgenannten Lokale waren Stätten des schamlosesten Menschenhandels. Man versteht danach die schneidende Schärfe der Gegenüberstellung.

Zu dieser nichtswürdigen Polizeiwillkür, die es fraglich machte, wozu man überhaupt noch ein Ausnahmegesetz brauchte, gesellten sich immer neue Beispiele für eine wahre Hochkultur von Spitzelei niedrigster Sorte.

Das Berliner Polizeipräsidium bekam es fertig, auf Grund eines schnöden Spitzelberichts der städtischen Armendirektion bezüglich eines 74 jährigen, kränklichen Almosenempfängers zu schreiben, derselbe sei „ein Sozialdemokrat und Trunkenbold und folglich einer Unterstützung aus städtischen Mitteln nicht würdig“.

Man muß es anerkennen, daß die Polizei mit dieser Infamie bei der städtischen Behörde abfiel. Die Armendirektion beschloß, das Uriasschreiben einfach ad acta zu legen, da die angebliche Trunksucht des Almosenempfängers bisher noch zu keinem Aergernis Anlaß gegeben habe und sozialdemokratische Anschauungen kein Grund seien, Almosen zu entziehen. Wenn die sicherlich nicht übermäßig sozialistenfreundliche städtische Behörde schon so entschied, so kann man daraus den Höhegrad der Gemeinheit dieser Denunziation ermessen.

Von der Auflösungswut blieb selbst die Genossenschaft „Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei“ nicht verschont. Sie wollte am 21. Juli ihre ordnungsmäßig einberufene Generalversammlung abhalten, als mit einer Anzahl uniformierter und nicht uniformierter Schutzleute der Polizeileutnant des Reviers, Hänel, eintrat und kurzerhand „die Versammlung“ auflöste, weil anzunehmen sei, daß hier eine politische Versammlung stattfinde.

Der Vorstand der Genossenschaft rückte darauf Herrn von Madai persönlich auf den Pelz und erhielt von ihm die Erklärung, daß, soweit er die Sache übersehen könne, der Leutnant vollständig ungesetzlich verfahren sei. Der Mann habe von ihm keinerlei Weisung zu solchem Vorgehen bekommen, und wenn er sich nicht ganz weißbrennen könne, würde der Präsident „strengste disziplinarische Bestrafung“ veranlassen. Das war am 23. Juli.

Vierzehn Tage darauf hatte der Gesetzlichkeitseifer des Herr Polizeipräsidenten soweit nachgelassen, daß er den Vorstand der Druckerei durch eine Zuschrift wissen ließ, die Auflösung sei „zwar ungesetzlich und zu mißbilligen gewesen“, den Leutnant treffe aber doch keine Schuld, denn es könne „nicht geleugnet werden, daß die Abhaltung der Versammlung derartig stattfand, daß dem betreffenden Beamten der Verdacht aufstoßen konnte, es handle sich um die Abhaltung einer gesetzlich verbotenen Versammlung“.

Selbstverständlich gab sich der Vorstand mit diesem Bescheid nicht zufrieden, sondern wollte etwas darüber wissen, welcher Umstand denn bei dem Leutnant den Verdacht erweckt habe, worauf ihm unterm 22. August zu wissen getan wurde, daß der Polizeipräsident „sich nicht veranlaßt finden könne, in eine weitere Erörterung des Bescheides einzutreten“. Ein deutliches Zeichen, wie sehr der Wind sich immer mehr verschärfte. Die Willkürherrschaft braucht keine Gründe.

Ebensowenig Erfolg hatte eine vom Vorstand der Druckerei bei der Staatsanwaltschaft gegen den Revierleutnant wegen „Schädigung, Amtsmißbrauch und Hausfriedensbruch“ eingereichte Anzeige. Der Staatsanwalt sah keinen Grund, gegen den Beamten einzuschreiten, weil — so lautete der Bescheid — „nach den angestellten Ermittelungen nicht erwiesen ist, daß derselbe im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlung das zur Anzeige Gebrachte vorgenommen hat“. Der Polizeistaat, wie er leibt und lebt. Den Nichtbeamten schützt Unkenntnis der Gesetze nicht, wohl aber den — Beamten!

Die inhibierte Generalversammlung fand am 25. August statt, und zwar in genau derselben Form wie die aufgelöste Versammlung, ohne daß diesmal einem Polizeileutnant wieder etwas „aufstieß“. Aus den Verhandlungen ist folgendes von Interesse: Der vom Vorstand der Assoziation erteilte Bericht konnte feststellen, daß die Zahl der Genossenschafter sich auf 309 vermehrt habe und der Reingewinn für das Jahr 1877 sich nach großen Abschreibungen auf 5.636 Mark beliefe. Der Barumsatz war auf 193.000 Mark gestiegen, und an Broschüren waren, einschließlich Kalender, 85.673 abgesetzt worden. Das Redaktionskonto der „Berliner Freien Presse“ wies eine Ausgabe von 13.000 Mark auf, davon waren 7.564 Mark das Gehalt für die vier ständigen Redakteure. Man sieht, welche fürstlichen Einkommen aus den Arbeitergroschen herausgeschlagen wurden.

Der Vorstand der Genossenschaft für das kommende Geschäftsjahr wurde aus Ignaz Auer, August Baumann und Heinrich Rackow zusammengesetzt. Außerdem wurde im Hinblick auf das in Aussicht stehende Ausnahmegesetz beschlossen, daß, falls der Leipziger „Vorwärts“ und die „Berliner Freie Presse“ eingehen sollten, der „Deutsche Reichs- und Kgl. Staatsanzeiger“ Publikationsorgan der Assoziation sein sollte.

Als die Annahme des Ausnahmegesetzes stattfand, berief der Vorstand auf den 3. November 1878 eine außerordentliche Generalversammlung behufs Liquidation des Unternehmens ein.

Noch eine Abrechnung aus jenen Tagen beansprucht unsere Aufmerksamkeit. Am 26. September legte das Zentralwahlkomitee für Berlin in öffentlicher Versammlung Rechenschaft über seine Tätigkeit während der Reichstagswahl des Attentatssommers ab. Es waren durch Sammlungen usw. insgesamt 15.491 Mark eingekommen, wofür 1.010.400 Wahlflugblätter und 1.237.000 Stimmzettel gedruckt worden waren. Trotz der früher geschilderten Wahlschwierigkeiten belief sich die Ausgabe für Beförderung der Wahlflugblätter, Verteilung der Stimmzettel usw. auf nur 2.508 Mark, wozu noch 790 Mack für Kuverts und Porti kamen. Für auswärtige Stichwahlen konnten 1.224 Mark bewilligt werden. In einer am 11. Oktober abgehaltenen Versammlung wurde die von 13 Revisoren in 25stündiger Arbeit geprüfte Abrechnung in allen ihren Teilen für richtig befunden und H. Ecks gab einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung der Wahlkämpfe in Berlin, während Baumann die Genossen ermahnte, dem kommenden Ausnahmegesetz nicht zu ängstlich entgegen zu sehen. „Wenn uns die öffentliche Agitation fehlt, dann müssen wir desto mehr die private betreiben.“

Mittlerweile war im neuen Reichstag das Ausnahmegesetz durchberaten worden. Die Wahlen hatten eine wesentliche Verschiebung nach rechts gebracht. Die beiden konservativen Parteien hatten 37 Sitze gewonnen, außerdem aber hatte innerhalb der nationalliberalen Partei der rechte Flügel die Oberhand bekommen; die „Berührung mit dem Volk“ während des Attentatsfiebers hatte der Partei alle Widerstandskraft gegen Bismarck genommen.

Bennigsen erklärte die Ausnahmegesetzvorlage Bismarcks für eine „gesetzgeberische Leistung“, und auch Lasker akzeptierte sie als Grundlage für eine positive Arbeit, während die Fortschrittler zwar an der Parole „kein Ausnahmegesetz“ festhielten, aber durch Hänel eine Verschärfung des allgemeinen Strafgesetzes anbieten ließen, die bei der Praxis von Polizei und Gericht faktisch auch nur als Ausnahmegesetz gewirkt hätte und jedenfalls mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar war. Zum Glück für die Fortschrittler wollte Bismarck partout ein Ausnahmegesetz haben, und so konnten sie von da ab die Opposition der Sozialdemokratie gegen das Gesetz unterstützen, ohne sich weiter an der Demokratie zu versündigen.

Die Beratung des Gesetzes nahm am 16. September ihren Anfang. Als erster sozialistischer Redner sprach Bebel und legte in seiner, großen Eindruck machenden Rede u. a. das ganze Intrigenspiel Bismarcks mit Lassalle und der Lassalleschen Bewegung bloß. Er konnte sich dabei auf Material stützen, das Sophie von Hatzfeldt in sie ehrender Entrüstung über das Vorhaben Bismarcks der Partei überliefert hatte. Natürlich suchte sich Bismarck in der Antwort auf jede Weise herauszureden.

Da Bebel in seiner Rede auch der merkwürdigen Agitation des Karl Eichler aus dem Jahre 1862 erwähnt und Bismarck zugegeben hatte, daß Eichler „Berichte geliefert“ habe, trat plötzlich dieser selbst im „Berliner Tageblatt“ vom 19. September 1878 ans Tageslicht. Er suchte in Abrede zu stellen, daß er in Leipzig von Anerbietungen der preußischen Regierung gesprochen habe, ließ sich aber dann das Geständnis entschlüpfen, er habe zu jener Zeit „in Erfahrung gebracht“, daß die preußische Regierung die sächsische ersucht habe, dem von ihm, Eichler, einberufenen Arbeiterkongreß „nichts in den Weg zu legen“. Das bestätigte natürlich fast noch mehr, als was Bebel behauptet hatte.

Nur sieben von den neun Abgeordneten, welche die Sozialdemokratie trotz Attentatshetze bei der Wahl durchgebracht hatte, konnten an der kurzen Session teilnehmen, die der Beratung des Ausnahmegesetzes bestimmt war, da zwei der Gewählten, Max Kayser und Julius Vahlteich, beim Zusammentreten des Reichstags im Gefängnis saßen und die sächsische Regierung sich nicht herbeiließ, Erwählten des sächsischen Volkes Urlaub zur Teilnahme an den Gesetzesberatungen einzuräumen. Die sieben waren: Bebel, Bracke, Fritzsche, Hasselmann, Liebknecht, K. Reinders und Ph. Wiemer. Sie stritten für eine in jenem Parlament verlorene Sache, aber sie ließen sich dadurch nicht abhalten, das Ausnahmegesetz in seinem Ganzen wie in seinen Einzelheiten bis zuletzt zu bekämpfen.

Besondere Erwähnung verdienen davon noch die Rede Hasselmanns in der Generaldebatte der zweiten Lesung, die Rede Liebknechts zur dritten Lesung und eine Rede Brackes vom 11. Oktober.

Was die letztere betrifft, so ließ Bracke bei Bekämpfung der Bestimmung, daß Beschwerden gegen Druckschriftenverbote keine aufschiebende Wirkung haben sollten, den so berühmt gewordenen Satz fallen: „Wir, meine Herren, pfeifen auf das ganze Gesetz“, was die verheuchelte Reichstagsmehrheit mit einem Sturm der Entrüstung

beantwortete, obwohl Bracke den Satz damals nur in dem Sinne brauchte: „Wir, als Sozialdemokraten, haben für unsere Bestrebungen die Wirkung dieses Gesetzes nicht zu fürchten“, aber noch nicht in dem Sinne, den er später in der Praxis erhielt: „Wir werden dem Gesetz ein Schnippchen schlagen, wo wir nur können“.

Hasselmanns Rede zur zweiten Lesung des Gesetzes war im Ton die schärfste, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurde. Er fand auf die Unverschämtheiten, mit denen Bismarck die Sozialdemokraten bedacht hatte, die passende kräftige Antwort, indem er ihn in derselben Wendung, die Bismarck gegen die Sozialdemokratie gebraucht hatte, als Lügner hinstellte, und er gab dem Empfinden der mit Unterdrückung bedachten Partei sicher den zutreffendsten Ausdruck, als er am Schluß seiner Rede Bismarck zurief, er solle sich gefälligst daran erinnern, daß es einen achtzehnten März 1848 gegeben habe!

Liebknechts Rede zur dritten Lesung war groß angelegt und enthielt scharfe Spitzen gegen das Bismarcksche System, — aber die Annahme des Gesetzes stand bereits fest, und so war irgend ein Eindruck auf das Parlament nicht mehr zu erzielen.

Mit 221 gegen 149 Stimmen ward das Gesetz am 19. Oktober 1878 vom Reichstag angenommen. Am 21. Oktober stimmte ihm in der vom Reichstag beschlossenen Fassung der Bundesrat zu, und am 22. Oktober ward es im „Reichsanzeiger“ verkündet. Da sein Schluß-Paragraph besagte, daß das Gesetz mit seiner Verkündigung in Kraft trete, stand von diesem Tage an die Sozialdemokratie Deutschlands auch gesetzlich unter Ausnahmerecht.

Jedes Preßerzeugnis, jede Versammlung, jede Vereinigung, in denen „sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise“ nach Ansicht der Behörden zutage traten oder verfolgt wurden, waren nun ohne weiteres zu verbieten, desgleichen Sammlungen für solche Zwecke.

Druckschriften, Platten und Formen, von denen die Polizei gleiches vermutete, konnten ohne weiteres mit Beschlag belegt werden.

Gegen Personen, die sich die Agitation für die bezeichneten Zwecke „zum Geschäft“ machten, konnte nach einmaliger Verurteilung auf Beschränkung ihres Aufenthaltrechts erkannt, Gastwirten, Buchhändlern rc. der Gewerbebetrieb untersagt werden.

Für Bezirke und Ortschaften, welche durch die vorbezeichneten Bestrebungen „mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht“ waren, konnte auf ein Jahr und mit dem Recht fortgesetzter Erneuerung ein besonderer Ausnahmezustand — der kleine Belagerungszustand — verhängt werden, auf Grund dessen alle Versammlungen von der vorläufigen Genehmigung durch die Polizei abhängig gemacht wurden, die Verbreitung von Druckschriften auf Straßen, Plätzen rc. ein für allemal verboten und der Polizei das Recht übertragen wurde, Personen, „von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen“ war, aus Ort oder

Bezirk auszuweisen. Zuwiderhandlungen waren mit den üblichen Geld- und Freiheitsstrafen bedroht.

So sah das Produkt des Attentatssommers von 1878 aus. Dies das in künstlich hervorgerufener Fieberstimmung von der „Jungfrau Germania“ mit der Dreieinigkeit: Klassenhaß der Privilegierten, Klassenfurcht von Pfahlbauern und Pfahlbürgern und Unwissenheit versklavter Landproletarier gegenüber der aufblühenden modernen Arbeiterbewegung gezeugte Kind: es war die in Gesetzform gebrachte Diktatur der Polizei.

Achtzehntes Kapitel. Am Vorabend der Herrschaft des Ausnahmegesetzes.

Die Spitzelei nimmt zu. — Bürgerliche Wirte und sozialdemokratische Gäste. — Die letzten sozialdemokratischen Versammlungen Berlins vor Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes und die letzten Aktionsbeschlüsse. — Wie die Sozialdemokraten Berlins zu wenig Schwarzseher waren.

> „Die Sozialdemokratie ist der Rute entwachsen, sie ist zu einer Schule des Verbrechens geworden.“
>
> „Es wird die höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Sozialdemokraten schließt, ihre Leitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbevölkerung ausweist.“
>
> „Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste, und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt.“
>
> „Diese Demagogen leben von den Sparpfennigen der mißleiteten Massen, sie werden brodlos, wenn die Vereinsbeträge und die Zeitungseinnahmen wegfallen.“
>
> Heinrich von Treitschke: „Der Sozialismus und der Meuchelmord.“ Preußische Jahrbücher, 60. Band.

Wie leicht begreiflich, waren die Sozialdemokraten Berlins den Verhandlungen im Reichstage mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt. Als die endgültige Form des Gesetzes sich deutlicher abzeichnete, fanden Besprechungen im engeren Kreise darüber statt, wie man sich nach Inkrafttreten des Gesetzes verhalten solle. Die allgemeine Ansicht ging dahin, von jedwelchem provokatorischen Widerstand abzusehen und zunächst einmal zu erproben, wie das Gesetz werde gehandhabt werden.

Im übrigen sagte man sich, daß vom Moment an, wo die sozialdemokratische Agitation von der Oeffentlichkeit zurückgedrängt werden sollte, die Interessengegensätze der bürgerlichen Parteien mit um so größerer Schärfe sich geltend machen würden, so daß sehr bald wieder die Zeit für die Sozialdemokratie gekommen sein werde.

Inzwischen wurde die Spitzelei von Woche zu Woche bösartiger. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sahen sich, sobald sie den Reichstag verließen, auf Schritt und Tritt von „Geheimen“ verfolgt. „So angenehm auch eine solch offizielle Begleitung unter Umständen in den Abruzzen oder im Böhmerwald sein kann“, schrieb sarkastisch die „Berliner Freie Presse“, als sie dies konstatierte, „so überflüssig erscheint sie in Berlin. Unsere Reichstagsabgeordneten werden sich schon allein gegen Taschendiebe und ähnliches Gesindel schützen.“

Indes, die Polizei wußte, wozu. Als z. B. am 16. September, nach der großen Reichstagsrede Bebels, dieser und Liebknecht auf dem Wege nach Hause in das Geschäft von Gebrüder Singer eintraten, um einen Augenblick Paul Singer zu sprechen, der damals noch nicht offiziell als Sozialdemokrat aufgetreten war, wenn er auch schon seit langem die Partei mit Rat und Tat unterstützt hatte, ward unmittelbar darauf in dem Geschäft polizeiliche Haussuchung abgehalten.

Auf Spitzelintervention war es wahrscheinlich auch zurückzuführen, daß, als Bebel, Liebknecht und einige Freunde sich Anfang Oktober eines Abends im Garten des Mosolfschen Restaurants am Moritzplatz zusammenfanden, der Besitzer durch einen Kellner die kleine, sich schon im Bewußtsein der Spitzelwirtschaft sehr ruhig unterhaltende

Gesellschaft, die obendrein in dem halbleeren Garten an einem isolierten Tisch Platz genommen hatte, ersuchen ließ, ein anderes Lokal aufzusuchen, es hätten sich Gäste über ihre Anwesenheit beschwert.

Die Aechtung bekannter Sozialdemokraten aus bürgerlichen Lokalen war überhaupt an der Tagesordnung. Ja, es kam soweit, daß eines Tages sogar der als bürgerlicher Demokrat bekannte, in der literarischen Welt Berlins sehr angesehene Guido Weiß mit seinen Freunden aus dem Hausmannschen Weinrestaurant, wo sie lange Jahre gern gesehene Stammgäste gewesen waren, da namentlich die geistreiche Unterhaltung von Guido Weiß auch sonst manchen Gast in das Lokal zog — wenn nicht offen herausgewiesen, so doch durch geflissentlich rücksichtslose Behandlung herausgenötigt wurden.

Nicht immer freilich bekam solche Herausdrängelung den Betreffenden besonders gut. Am 21. August, wenige Tage nach der Stichwahl im vierten Wahlkreis, war eine Anzahl Sozialisten — Redakteure der „Berliner Freien Presse“ mit Freunden und Bekannten — aus dem Lokal der Schultheißschen Brauerei in der Schmidstraße, wo sie sich wöchentlich zusammenfanden, ausgewiesen worden. Ein Kellner nahte sich dem Tisch, wo die Bezeichneten saßen, und übergab einem davon — zufällig war es das Redaktionsmitglied G. Taube von der ultramontanen „Germania“ — einen Brief, in dem sich ein Zettel mit folgendem Inhalt befand:

> „Der unterzeichnete Wirt erlaubt sich hiermit, Sie ebenso freundlich als höflich aufzufordern, fernerhin dieses Lokal nicht mehr zu besuchen.
> H. Jäger.“

Auf Befragen, was das bedeuten solle, gab der Wirt zur Antwort, „Stammgäste“ hätten ihm erklärt, sie würden das Lokal nicht länger besuchen, wenn die Sozialisten noch weiter dort verkehrten, und diese „Stammgäste“ gaben denn auch ihrer Genugtuung durch höhnisches Gebahren Ausdruck, als „die Sozialisten“ nunmehr unverzüglich ihrer Wege gingen.

Die Sache ward in der „Berliner Freien Presse“ vom 23. August mitgeteilt, und — vier Wochen später ließ der Geschäftsführer der Brauerei um den Besuch eines Vertreters der Assoziation bitten und erklärte diesem, die Geschäftsleitung des Unternehmens bedauere das Vorkommnis sehr und habe den Wirt auch wissen lassen, daß sie jeden Gast, der sich anständig benehme, gleichmäßig behandelt zu sehen wünsche, welches auch seine politische Ansicht sei. Die Herren möchten also nur ruhig wiederkommen. Im weiteren Gespräch aber bekannte er ganz offenherzig, daß, seit die Notiz in der „Berliner Freien Presse“ gestanden, der Sonntags-Ausschank im Garten der Brauerei regelmäßig um verschiedene Tonnen geringer gewesen sei, als wie früher.

Es war kein Zweifel, ohne jede Aufforderung und ohne daß man von „Kapitän Boykott“ noch etwas wußte, war das Lokal fortan von den Sozialisten Berlins regelrecht und verdientermaßen geboykottet worden.

Von Versammlungslokalen waren der Sozialdemokratie Berlins schließlich nur noch der jetzt namenlose ehemalige Kaiser Wilhelmgarten in der Bellealliancestraße und der Saal der Industriehallen, Mariannenstraße 31/32, geblieben. Dort fanden die letzten Versammlungen statt, die die Partei vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes in Berlin noch abhalten konnte. Von ihnen verdienen die folgenden besondere Erwähnung.

Am 8. Oktober sprach Albert Paul in den Industriehallen über die bevorstehenden Kommunalwahlen. „Der stürmische Beifall, der den Referenten und die nachfolgenden Redner belohnte, bewies, daß die Versammelten gewillt sind, ihre volle Kraft bei den im November stattfindenden Wahlen einzusetzen,“ heißt es im Bericht der „Berliner Freien Presse“. —

Am 12. Oktober referierte Hasselmann im gleichen Lokal über das Thema: „Der Fürst-Reichskanzler für die Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe“. Das Thema bot ihm Gelegenheit, scharf gegen den Regierungssozialismus vom Felde zu ziehen und die Ueberzeugung auszudrücken, daß es dem Ausnahmegesetz „nicht gelingen werde, die Bewegung für den echten Sozialismus zu unterdrücken“. Der Andrang zu dieser Versammlung war ein ungeheurer, der Saal schon lange vor Beginn überfüllt, und Hasselmann, der wenige Tage zuvor seine oben erwähnte Reichstagsrede gehalten hatte, wurde mit Beifall überschüttet, der zum Schluß in wiederholte Hochrufe auf ihn auslief.

Am 13. Oktober referierte August Baumann über ein vom Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins entworfenes Programm, das sich, wie er erklärte, den Bestimmungen des Sozialistengesetzes anpasse, indem es weder auf Untergrabung, noch gar auf Umsturz der gesellschaftlichen Grundlagen ausgehe. Es wurde eine fünfköpfige Redaktionskommission gewählt, die in Verbindung mit dem Vorstand des Vereins dem Programm die endgültige Form geben sollte, Sie wurde aus den Vereinsmitgliedern Breul, Freitag, Möbius. Reinhard und Schulz zusammengesetzt.

Alsdann referierte in der gleichen Versammlung das Vereinsmitglied König noch über die Stadtverordnetenwahl und empfahl die Beteiligung im 25., 29., 33. und 35. Kommunalwahlbezirk. Auch hierüber wurde die Prüfung der vorerwähnten Kommission übertragen.

Am 16. Oktober sollte Bebel im früheren Kaiser Wilhelmsgarten sprechen, die Versammlung ward aber gleich nach Eröffnung „aus sanitären Gründen“ aufgelöst. Der überwachende Polizist erklärte nämlich, die Versammlung könne nicht stattfinden, „da keine Ventilation vorhanden ist und man kaum noch atmen kann.“

Es wurde nun auf den 18. Oktober eine Versammlung in die Industriehallen mit der gleichen Tagesordnung einberufen, und diese



137. Der deutsche Bürger in Nöten

Aus dem „Kladderadatsch“

fand denn auch unter fast noch stärkerem Andrang statt, wie die Hasselmann-Versammlung. Bebel sprach über das Ausnahmegesetz und erntete stürmischen Beifall.

Es war dies der letzte politische Vortrag, der von sozialistischer Seite vor der Verkündigung des Ausnahmegesetzes in Berlin gehalten wurde, und sollte für Jahre auch der letzte sozialistische Vortrag sein, der überhaupt vor Berliner Arbeitern gehalten werden konnte.

Zwei Tage später fand Belle-Alliancestraße 87 die Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen rc. statt — zugleich die letzte Versammlung dieses sozialistischen Arbeitervereins. Sie bestätigte das von der Fünferkommission vorgelegte Vereinsprogramm, wählte C. Finn zum Vorsitzenden, F. Siegrist zum Schriftführer und Carl Anders zum Kassierer für die neue Geschäftsperiode und beschloß, bei der Stadtverordnetenwahl im November in allen Bezirken, wo die dritte Klasse wähle, Kandidaten aufzustellen, die Hauptagitation aber auf die Kommunal-Wahlbezirke 29, 33 und 35 zu konzentrieren. Kandidaten für diese Bezirke sollten F. W. Fritzsche, H. Rackow und W. Körner sein.

Man sieht, die Berliner Arbeiter schenkten den Erklärungen, es sollten durch das Sozialistengesetz die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht verhindert werden, immer noch zu viel Glauben. Das Programm, das sie in dieser Voraussetzung beschlossen, und das schon deshalb ein gewisses Interesse beanspruchen kann, lautet:

> „Der Verein erstrebt das Selbstbestimmungsrecht des Volkes auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens und verpflichtet seine Mitglieder zur Erreichung dieser Zwecke mit allen gesetzlich statthaften Mitteln einzutreten für folgende Punkte:
>
> „1. Ausdehnung der Grundsätze des Reichstagswahlgesetzes auf alle öffentlichen Wahlen für alle mündigen Staatsangehörige mit entsprechender Entschädigung an die Vertreter. 2. Volle Preßfreiheit. 3. Freies Vereins- und Versammlungsrecht. 4. Unentgeltlicher obligatorischer Unterricht bis in die höchsten Lehranstalten. 5. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Fabriken und Werkstätten. 6. Beschränkung und Schutz der Frauenarbeit und Verbot der Kinderarbeit in Fabriken und Werkstätten. 7. Regelung der Gefängnisarbeit.
>
> „Außer diesen allgemeinen Forderungen im Interesse der Arbeiter und Handwerker wird der Verein besonders bestrebt sein, auf kommunalem Gebiete Propaganda zu machen für a) Wahrung und Förderung des wirtschaftlichen Interesses der Gemeinde zum gleichen Wohle aller, b) Entwickelung des Unterrichts- und Erziehungswesens in der Forderung unter 4, c) volle Selbstverwaltung durch eine aus dem allgemeinen, direkten Wahlrecht hervorgehende Stadtverordneten-Versammlung, d) sanitätliche Kontrolle der Lebensmittel, des Wassers, der Wohnungen und Arbeitsräume innerhalb Berlins. —“

Drei Tage nachdem dieses Programm beschlossen war und die Berliner Sozialdemokraten sich anschickten, sich auf Grund eines so gemäßigten Programms ernsthaft mit den Kommunalangelegenheiten zu befassen, verkündete der „Reichsanzeiger“ das Sozialistengesetz, und unter den vier Arbeitervereinen, die ihm in Berlin gleich am ersten Tage zum Opfer fielen, steht als erster auf der Liste der Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins. Die Arbeiter hatten eine Probe machen wollen, die Regierung aber brauchte keine Probe. Nicht auf die einzelne Handlung, auf die Gesinnung kam es ihr an, nicht einzelne Formen einer Bewegung, die Bewegung selbst sollte unterdrückt werden — als Ganzes und in allen Formen.

Mit welchen Erwartungen auf Seiten der Macher des Ausnahmegesetzes dieses ins Leben gesetzt wurde, findet man klassisch in dem Hetzaufsatz „Der Sozialismus und der Meuchelmord“ niedergelegt, den der „Charakterbildner“ Treitschke unmittelbar nach dem Attentat in den „Preußischen Jahrbüchern“ vom Stapel ließ und von dem einige Stilproben an der Spitze dieses Kapitels zu finden sind.

„Von der geheimen Wühlerei der Sozialisten“, prophezeite der hochgepriesene Geschichtsschreiber, „steht nicht allzuviel zu befürchten; das ganze Treiben verliert seinen Reiz für die Masse, wenn die Freuden der Feste und Aufzüge, der öffentlichen Schreierei und Prahlerei aufhören.“ Und so niedrig, wie er die deutschen Arbeiter einschätzte, dachte und hoffte die ganze Bismarckerei.«